Wolfgang Krieger

Geschichte der Geheimdienste

Von den Pharaonen bis zur NSA

C·H·Beck

Wolfgang Krieger

Geschichte der Geheimdienste

Von den Pharaonen bis zur NSA

C.H.Beck

Zum Buch

Die Rolle eines Feldspions aus den Tagen Alexanders des Großen ist schwerlich mit jener der modernen satelliten- und computergestützten Aufklärung auf einen Nenner zu bringen. Doch die Grundprinzipien der Politik, in mancher Hinsicht sogar des Militärischen, sind in den hochdifferenzierten Staaten der Antike und der Gegenwart durchaus vergleichbar. Mißtrauen und das Gefühl einer Gefährdung von inneren oder äußeren Feinden – mag ihre Existenz harte Realität oder schieres Produkt politischer Paranoia sein – bilden Grundkonstanten staatlicher Macht. Das Bedürfnis, den potentiellen Gegner auszuspähen, um seine Absichten, Pläne und Fähigkeiten kennenzulernen und auf sie zu reagieren, noch bevor der andere damit rechnet, resultiert unmittelbar aus einer solchen Unsicherheit. Auf diesem politisch-psychologischen Substrat sind in allen Epochen Geheimdienste und Spione gediehen. Wolfgang Krieger bietet in seinem Buch einen ebenso kenntnisreichen wie spannenden Überblick über dieses große Thema der Weltgeschichte.

Über den Autor

Wolfgang Krieger lehrte in München und Köln, Bologna und Paris, Princeton und Toronto; er war Fellow in Harvard und Oxford und lehrte bis 2013 als Professor für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg. Er ist Mitbegründer des Arbeitskreises Geschichte der Nachrichtendienste und war bis 2007 dessen Vorsitzender; er gehört zum wissenschaftlichen Beirat des französischen Verteidigungsministeriums. Er ist Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission für die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1 Wie und wozu studiert man die Geschichte der Geheimdienste?

2 Geheimdienstliche Tätigkeit in der politischen Vormoderne
Alexander der Große
Rom – ein Großreich ohne Geheimdienst?
Byzantinische Weltpolitik und ihre Geheimdienste
Die arabisch-muslimische Expansion
Die Herausforderung Asiens
Geheimdienstliches in politischen und religiösen Schriften
Schrift und Geheimschrift

3 Neue Gegner: religiöse, revolutionäre, konterrevolutionäre und nationale Kräfte
Erbfolgekriege zwischen Frankreich und England
Francis Walsingham als Geheimdienstchef
Spionage und Diplomatie
Geheimdienst und innere Sicherheit
Frankreichs erster bürokratischer Geheimdienst
Die Amerikanische Revolution
Die Französische Revolution
Napoléon Bonaparte

4 Großmächtepolitik und Revolutionsfurcht
Die Professionalisierung von Polizei und Inlandsgeheimdiensten
Generalstab und Geheimdienst
«Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse …»
Der Militärattaché
Der lange Weg zum Geheimdienstoffizier
Großmacht gegen Großmacht
Alfred Redl

Der mißbrauchte Patriot

5 Moderne bürokratische und technologiebasierte Geheimdienste seit 1900
Großmächtepoker und Geheimdienstamateure
Demokratie und Spionitis
Geheimschutz zur Spionageabwehr
Die Kommunikationsrevolution
Der Erste Weltkrieg
Geheimdienste auf dem Schlachtfeld
Neutrale Staaten als Operationsgebiet
Lenin und die Folgen

6 Vier Gegner im 20. Jahrhundert: Kommunisten, Faschisten/Nationalsozialisten, Kapitalisten und «Terroristen» der Dritten Welt
Die Repression in der jungen Sowjetunion
Die frühen sowjetischen Auslandsoperationen
Der Weg zur Diktatur Stalins
Die erste Blüte der sowjetischen Auslandsspionage
Stalins «Säuberungen»
Stalins mißachtete Auslandsspionage
Pearl Harbor
Die USA ohne Geheimdienste?
Das OSS im Kriegseinsatz
Der Einsatz gegen Hitlers Deutschland
Die deutschen Geheimdienste im Nationalsozialismus
Die Alliierten und der deutsche Widerstand
Die Funkentschlüsselung

7 Der Krieg der Geheimdienste im kalten Krieg
Anpassung in der Sowjetunion
Das zerrissene Frankreich
Ein deutscher Geheimdienst der besonderen Art
Eine spezielle Geheimdienstallianz
Der Schock der sowjetischen Spionage
Das neue amerikanische Geheimdienstimperium

8 Verdeckte Operationen, Spionage, Analyse
Verdeckte Operationen in Europa

Geheimdienstkriege in der Dritten Welt
Die großen Spione und Verräter im Geheimdienstkrieg der Supermächte
Geheimdienstinformationen aus technischen Geräten und die Politisierung der Analysen

9 Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen bei den Geheimdiensten und die begrenzten Möglichkeiten der politischen Kontrolle
Das amerikanische Beispiel
Britische, französische, israelische und deutsche Beispiele
Einige grundsätzliche Probleme der Geheimdienstkontrolle

10 Geheimdienste, Internet und *cyber warfare* – ein kurzer Ausblick

Weiterführende Lektüre

Anmerkungen

Vorwort

Durch die spektakuläre Flucht des amerikanischen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden nach China und seine anschließende Weiterreise nach Moskau wurde im Sommer 2013 ein «NSA-Skandal» ausgelöst, der die deutsche Politik erschütterte – mitten im Bundestagswahlkampf. War bisher vor allem der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gewesen, so rückte nun die National Security Agency (NSA) in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die von Snowden an die Presse gegebenen NSA-Geheimdokumente legten mit einem Schlag offen, in welchem Umfang die USA weltweit Telephone anzapfen und Computer sowie Datenleitungen ausspähen.

Betroffen sind davon nicht nur Terrornetzwerke und die sie unterstützenden Staaten sowie andere Staaten, welche die Sicherheit der USA bedrohen. Es geht auch um einfache Bürger, Amerikaner wie Ausländer, deren Verbindungsdaten und elektronische Nachrichten abgefischt, in gigantischen Datenspeichern festgehalten und zumindest teilweise ausgewertet werden. Da US-Präsident Barack Obama sogleich einräumte, diese geheimdienstlichen Operationen seien «für die Sicherheit der USA notwendig», erübrigte sich die Frage, ob die Enthüllungen überhaupt glaubwürdig seien.

Strittig bleibt allerdings, welchen politischen Stellenwert der geheimdienstliche Zugriff auf das Internet hat. Auf der einen Seite entfaltet sich eine zunehmende Instrumentalisierung dieser neuen Kommunikationstechnologien für eine neue Form der Kriegführung, dem *cyber warfare*, auf den sich viele Staaten bereits einrichten – nicht nur die USA. Auf der anderen wächst die Sorge, wie das Grundrecht auf Privatsphäre angesichts der elektronischen Zugriffsmöglichkeiten auf private Kommunikation überhaupt noch geschützt werden kann. Denn neben den Geheimdiensten sammeln auch Privatunternehmen in einem kaum vorstellbaren Umfang die Daten ihrer Klienten. Und sie tun es zumeist ohne deren Wissen oder bewußte Einwilligung. Was bei der

Einrichtung einer Internetverbindung oder eines Kundenkontos für Internetbestellungen oder eines «kostenlosen» Internetdienstes anzuklicken ist, um sich mit den Zugangsbedingungen «einverstanden» zu erklären, ist regelmäßig eine juristische Farce. In Wirklichkeit liefern sich die Internetteilnehmer den milliardenschweren Firmen wie Google, Facebook oder Microsoft ziemlich schutzlos aus. Und das auch deshalb, weil diese Firmen den Rückhalt der gleichen amerikanischen Regierung genießen, die zugleich das Datenimperium der NSA betreibt – wie im Schlußkapitel dieses Buches zu zeigen sein wird. Die amerikanische Hegemonie über die Welt des Internets hat somit eine private und eine staatliche Komponente, bei der die NSA-Aktivitäten nur ein Teilstück bilden.

In der Hitze der Empörung über den NSA-Skandal vergißt man nur allzu leicht, in welchem Ausmaß das Leben in unseren heutigen Wohlstandsgesellschaften vom Schutz durch staatliche Sicherheitsbehörden abhängt, also von Polizei, Militär und Geheimdiensten. Cyber-Angriffe können unsere «kritische Infrastruktur» lahmlegen, also unsere Energieversorgung, Verkehrs- und Kommunikationssysteme, Fabriken, Banken, Krankenhäuser und vieles mehr. Bei der Abwehr solcher Angriffe sind geheimdienstliche Fähigkeiten unerläßlich. Des weiteren hat die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und durch den islamistischen Terrorismus zum Ausbau der Geheimdienste beigetragen. Um derartige Gefahren rechtzeitig zu erkennen, braucht man geheimdienstliche Mittel und entsprechende Institutionen, die global operieren können und weniger sichtbar sind als Polizei und Militär. Denn Verstöße gegen internationale Kontrollabkommen geschehen meist im geheimen; zudem sind Terroristen und das organisierte Verbrechen global vernetzt. Menschenrechtsverletzungen müssen verdeckt, ohne Rücksicht auf Souveränitätsansprüche verbrecherischer Regime, aufgeklärt werden. Internationale Friedensmissionen müssen abgesichert, Angeklagte des Internationalen Strafgerichtshofes und der UNO-Sondergerichte ausfindig gemacht und den Gerichten überstellt werden. Das alles heißt: Zu den traditionellen militärischen und außenpolitischen Aufgaben der Geheimdienste kommen diejenigen der neuen internationalen Sicherheitspolitik und der unsichtbaren Welt der cyber-Kriminalität sowie der cyber-Angriffe hinzu.

Gleichermaßen im Blick zu behalten ist jedoch die unheroische, die

abscheuliche Seite der Medaille. Geheimdienste haben seit jeher als Instrumente der Repression und der Entwürdigung von Menschen gedient. Das gilt vor allem in Diktaturen, ist aber auch ein Bestandteil der Geschichte der Demokratien. Auch davon handelt dieses Buch über die geheimdienstliche Tätigkeit von den antiken Anfängen bis über das Ende des Kalten Krieges hinaus in unsere Gegenwart.

Wie funktionieren diese in der Öffentlichkeit so wenig sichtbaren Instrumente der Sicherheitspolitik? Wer darf sie einsetzen? Und wer sorgt im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat dafür, daß sie im gesetzlichen Rahmen bleiben und von ihren Regierungen keine unrechtmäßigen Aufträge erhalten? Viele dieser Fragen lassen sich mit historischen Beispielen erhellen oder gar beantworten, andere nicht oder kaum.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Forschungslage auf diesem Gebiet erfreulich verbessert. Einige Staaten, darunter vor allem die USA, haben Teilbestände ihrer Geheimdienstarchive offengelegt, insbesondere solche, die chronologisch bis zur Mitte des Kalten Krieges reichen. Für die Zeit danach wird die Quellenlage lückenhafter, doch es gibt eine Reihe von wichtigen parlamentarischen Untersuchungen, in denen eine weitgehende Offenlegung von Informationen und Entscheidungs-prozessen erzwungen wurde. Hier gewährt man uns Einblick bis tief in das Innere der aktuellen Geheimdienstwelt. Die amerikanischen Untersuchungsausschüsse zu den Terrorangriffen vom 11. September 2001 sind zu nennen, ebenso jene zum Irakkrieg von 2003. Der russische Präsident Boris Jelzin ermöglichte einige spektakuläre Aktenfreigaben, seine Nachfolger setzten diese Politik der Öffnung jedoch leider nicht fort. Im übrigen Osteuropa wurden Geheimdienstakten aus den Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft teilweise offengelegt. Einen Sonderfall bilden die Akten der Staatssicherheit der DDR, welche für die Forschung weitgehend verfügbar sind, trotz bedauerlicher Verluste durch Aktenvernichtung seitens der letzten Stasi-Führung und gewisser Einschränkungen zum Schutz von Persönlichkeitsrechten. Selbst die Volksrepublik China hat manches Aktenstück publik gemacht. Der deutsche Bundesnachrichtendienst begann vor einigen Jahren, ältere Akten an das Bundesarchiv abzugeben und der Forschung zugänglich zu machen. 2011 gewährte er einer Unabhängigen Historikerkommission einen exklusiven Aktenzugang, um dessen Entstehungs- und Frühgeschichte bis 1968 zu schreiben. (Der Autor ist Mitglied dieser Kommission.) Das alte Vorurteil, man könne über die

Geheimdienstgeschichte nicht wissenschaftlich arbeiten, weil es keine (öffentlich zugänglichen) Quellen gebe, ist längst nicht mehr zu halten.

Ohne Zögern kann man von einer weitgehend neuen Sichtweise der Geheimdienstgeschichte sprechen, die sich seit den 1970er Jahren vor allem in den USA, in Großbritannien und Frankreich entwickelte und jüngstens in Israel, Kanada, Australien, den Niederlanden, Spanien und anderswo aufgegriffen wurde. Deutschland leistet mit den herausragenden Arbeiten zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit einen wichtigen Beitrag, der leider international zu wenig bekannt ist und in der deutschen Historikerzunft zu wenig geschätzt wird. Das Format einer populären Buchreihe erlaubt es nicht, diese in- und ausländischen Publikationen umfassend nachzuweisen. Anmerkungen und Bibliographie mußten äußerst knapp gehalten werden. Gleichwohl soll dieses Buch einen möglichst vielfältigen Einblick in diese neue Historiographie der geheimdienstlichen Tätigkeit geben, die in Deutschland noch wenig rezipiert wird.

Im Unterschied zum Gros der Fachliteratur, auch der neuesten außerhalb Deutschlands erschienenen, habe ich eine Perspektive gewählt, die von den national bestimmten Sichtweisen abrückt. Und doch mußten große Regionen der Welt und einige wichtige Teilbereiche unberücksichtigt bleiben. Die Inlandsgeheimdienste habe ich nachrangig behandelt, weil die thematische Nähe zu Polizei und Justiz ein riesiges, nicht zu bewältigendes Feld eröffnet hätte. Die Wirtschaftsspionage, ob staatliche oder private, bleibt weitgehend ausgeklammert, weil auch hier der Kontext, zumeist im Bereich der Technik- und Handelsgeschichte, zu viel Platz eingenommen hätte. Berücksichtigt wurde im wesentlichen die geheimdienstliche Tätigkeit im Bereich des modernen Staates samt seiner historischen Vorläufer, auch wenn die zunehmend wichtigen privaten Nachrichtendienste ein interessantes Thema mit vielfältigen historischen Wurzeln wären. Bei der Auswahl der Beispiele standen nicht die hinlänglich bekannten Namen und Episoden der Spionagegeschichte im Vordergrund, sondern Fragestellungen, die das historische Verständnis der geheimdienstlichen Tätigkeit in ihrem historischen Kontext vertiefen.

Viele meiner Überlegungen und Thesen habe ich über die Jahre hinweg mit Fachkollegen im In- und Ausland diskutiert. Der von mir mitgegründete *Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V.* (seit 1993, bald danach als *International Intelligence History Association* weltweit bekannt geworden), der *Gesprächskreis Nachrichtendienste in Deutschland*

e.V. (gegründet von RA Wolbert Smidt und Botschafter a.D. Dr. Hans-Georg Wieck), zahlreiche wissenschaftliche Konferenzen in den USA, in Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden, Spanien und in den Niederlanden boten mir wertvolle Anregungen. Auch Gespräche mit ehemaligen und noch aktiven Geheimdienstleuten (einschließlich solchen aus der Sowjetunion und aus Osteuropa) haben mein Verständnis vertieft. Besonders herzlich wurde ich im Kreis der *Amicale des Anciens des Services Spéciaux de la Défense Nationale* in Frankreich aufgenommen. Dafür danke ich Dr. med. André Vabois (†) und Colonel Henri Debrun. Wo sonst hätte ich Menschen treffen können, die selbst noch die Résistance im Zweiten Weltkrieg oder die Kämpfe in Indochina und Algerien erlebt haben? Von meinen Universitätskollegen und Freunden Ernest May (†) (Harvard University), Loch Johnson (University of Georgia), Christopher Andrew (Cambridge University), Michael Herman (Oxford University), Maurice Vaïsse (Sciences Po, Paris) und Pierre Mélandri (Sciences Po, Paris) habe ich besonders viel gelernt. Auch ihnen mein herzlicher Dank!

Zu Dank verpflichtet bin ich dem Verlag C.H.Beck und seinem Lektor Dr. Stefan von der Lahr, die mich in das Abenteuer geschickt haben, als Neuhistoriker etwas zu Antike und Mittelalter zu schreiben. Meine Studierenden in München, Marburg, Toronto und Paris haben in Vorlesungen und Seminaren lebhaftes Interesse an dieser Thematik gezeigt. Einige haben sich selbst auf den Weg der Geheimdiensthistorie begeben.

Meine Familie hat mich wunderbar unterstützt. Möge ihr dieses Buch gefallen. Ich bin ihr zutiefst dankbar!

Für die 3. Auflage wurde ein neuer Abschnitt über aktuelle Entwicklungen der Geheimdienste im Bereich Internet und *cyber warfare* hinzugefügt sowie das Literaturverzeichnis aktualisiert.

1 Wie und wozu studiert man die Geschichte der Geheimdienste?

Von Winston Churchill stammt der schöne Ausspruch: Wer weit nach vorne in die Zukunft sehen will, muß weit zurück in die Vergangenheit blicken. Damit meinte er nicht, die Archäologen seien die besten Futurologen – obgleich es im Einzelfall zutreffen mag. Er weist vielmehr darauf hin, daß die unmittelbare Vergangenheit nicht hinreichend Anschauungsmaterial liefert, um den historischen Wandel abschätzen zu können. Dem ist hinzuzufügen, daß auch die eigene Erfahrung, die Erfahrung der eigenen Gesellschaft, des eigenen Staates bei weitem nicht ausreicht. Deshalb kann man die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Sicherheitspolitik, und damit auch der geheimdienstlichen Tätigkeit, nicht allein mit deutschen Maßstäben und deutschen Erfahrungen studieren.

Gewiß ist ein Feldspion bei Alexander dem Großen von Makedonien mit der heutigen satelliten- und computergestützten Aufklärung kaum auf einen Nenner zu bringen. Doch die Grundprinzipien der Politik, manchmal sogar des Militärischen, sind in den hochdifferenzierten Staaten der Antike und in der heutigen Politik durchaus ähnlich. Vor allem ist der menschliche Faktor, beispielsweise die Spannung zwischen Vertrauen und Mißtrauen gegenüber einem Spion, gleichgeblieben. Im Verhalten der Menschen gibt es weitaus weniger Veränderungen als in seiner materiellen Umwelt. Und diese menschlichen Verhaltensweisen und Eigenschaften, insbesondere die schlechten wie Machtgier, Habsucht, Neid, Mißgunst, Lüge und Untreue, verbinden sich mit dem menschlichen Aggressionstrieb, der zu Krieg und Gewalt führt. Ohne sie zu kennen, vermag man die geheimdienstliche Tätigkeit, samt ihren Abgründen, nicht zu verstehen.

Ein besonders unglaubwürdiges Argument besagt, man könne mit Informationen und Akten von Geheimdiensten nicht arbeiten, weil sich deren Wahrheitsgehalt nicht überprüfen lasse. Hierauf hat die Geheimdienstforschung eine Reihe von überzeugenden Antworten

gefunden, die übrigens gar nicht so neuartig sind, wie man vermuten könnte. Denn Geheimdienste sind mit ihrer Verschleierung und Täuschung keineswegs allein auf der Welt. Jeder gute Historiker und Sozialwissenschaftler kennt dieses Problem. Firmen, Gruppen, Religionsgemeinschaften, «Personen der Zeitgeschichte» und einfache Privatleute wollen oftmals in einem ganz bestimmten Licht gesehen werden und wollen verhindern, daß «unangenehme» Informationen über sie ans Tageslicht kommen. Selbst der Finanzkollaps an der Wall Street im Oktober 2008 basierte zu wesentlichen Teilen auf einer derartigen Intransparenz sowie auf einer Irreführung der investitionsbereiten Öffentlichkeit. Es bedarf also keiner *neuen* Methoden, um sich mit den Geheimdiensten zu befassen, sondern es müssen die bewährten mit Akribie und Finesse angewendet werden. Es müssen Fragen gestellt werden, auch wenn die Antworten nicht (oder noch nicht) auffindbar sind. Analysen müssen exakt belegt und begründet werden.

Was sind überhaupt Geheimdienste? Hierzu ist bislang wenig geschrieben worden, was man als Theorie bezeichnen könnte.[1] «Intelligence is information about the enemy», sagt man im Amerikanischen kurz und bündig, aber doch unvollständig. Eine praktische Möglichkeit der Definition besteht in der Fokussierung auf die Inhalte, also auf die Frage: Womit befassen sich Geheimdienste? Hier sind vier unterschiedlich große Bereiche zu nennen: (1) die Beschaffung von Informationen über den Gegner (oft auch über Konkurrenten und Freunde), (2) die verdeckte Beeinflussung, (3) die Abschirmung des eigenen Herrschaftsapparates gegen geheimdienstliche Angriffe und schließlich (4) das Eindringen in die gegnerischen Geheimdienste.

Wenn man die drei hauptsächlichen Bereiche politischer Herrschaft betrachtet:
1) die Verteidigung gegen äußere Feinde,
2) die Konfliktregelung im Inneren und
3) das Steuersystem zur Finanzierung dieser politischen Herrschaft, so leuchtet uns rasch ein, in welcher Weise die Ausübung dieser Macht jeweils von einem bestimmten Wissen abhängig ist. Im Bereich der äußeren Sicherheit bedient man sich der Spionage, also des Diebstahls oder sogar des gewaltsamen Raubes von Informationen.

Mehr als das meiste übrige Regierungswissen ist das geheimdienstliche Wissen interpretationsbedürftig. Zudem muß es sehr sorgfältig auf seine Echtheit geprüft werden, denn die gezielte Irreführung des Gegners durch

falsche Informationen, im Französischen spricht man von «Vergiftung» (intoxication), gehört zu den ältesten Tricks der Machtpolitik. Sodann sind die aus der geheimdienstlichen Tätigkeit gewonnenen Informationen zumeist unvollständig. Gleichwohl muß der Herrscher oder ein anderer Entscheidungsträger manchmal rasch handeln. Es bietet sich der Vergleich mit einem Arzt an, der einen Notfall behandeln muß, ohne den Gesamtzustand des Patienten zu kennen. Ein anderer Vergleich wäre der eines kompetenten Kriminalisten, der mit lückenhaften Indizien einen Täter ermitteln und vor Gericht bringen muß. Sherlock Holmes und sein ärztlicher Freund Dr. Watson haben uns diese Kunst der Beweisführung aus spärlichen Indizien vorgeführt.

Nach der Beschaffung, Überprüfung und Analyse von Informationen spielt die Anwendung des gewonnenen Wissens eine wichtige Rolle. Im Amerikanischen spricht man von «actionable intelligence», das heißt von Geheimdienstwissen, das sogleich als Basis für Entscheidungen taugt.[2] Schließlich wird der Entscheidungsträger bestimmte Aufträge zur Informationsbeschaffung erteilen. Und damit haben wir bereits grob skizziert, was man in der Fachsprache den «intelligence cycle» nennt.

Zur geheimdienstlichen Tätigkeit zählt aber auch, was im engeren Sinn mit dem «intelligence cycle» nichts zu tun hat, weil es sich nicht um Wissen, sondern um Eingriffe in den Herrschaftsbereich des Gegners handelt. Man spricht von «verdeckten Aktionen» (im Englischen zumeist als «covert action», im Französischen als «action» oder «guerre secrète» bezeichnet). Sozialwissenschaftlich könnte man von einer Verhaltensmodifikation sprechen, die mit verdeckter Falschinformation, aber auch durch Begünstigung, Bestechung und Erpressung wichtiger Einzelpersonen oder Gruppen herbeigeführt wird. Heimliche Geld-, Waren- und Waffenlieferungen können ebenfalls im Spiel sein. Zu den verdeckten Aktionen gehört das direkte Eingreifen in politische oder militärische Vorgänge des Gegners, wobei entweder eigenes oder fremdes (zumeist gekauftes) Personal zum Einsatz kommt. Nicht selten bedient man sich religiöser oder ethnischer Minderheiten oder ideologisch motivierter Gruppen – im 20. Jahrhundert sind es typischerweise kommunistische oder antikommunistische Gruppen, je nach der ideologischen Ausrichtung des zu bekämpfenden Gegners. Durch quasimilitärische Kommandounternehmen werden Sabotageakte oder gar Invasionen durchgeführt oder gegnerische Führer ausgeschaltet. Auch der Einsatz von Partisanen oder von maskierten, bewaffneten Kräften kann in diese

Kategorie gehören.

Unerläßlich für alle geheimdienstliche Tätigkeit ist die Abschirmung des eigenen Herrschaftsapparates gegen geheimdienstliche Angriffe des Gegners. Es läßt sich leicht denken, warum der geheimdienstliche Angriff auf einen gegnerischen Geheimdienst die beste Möglichkeit darstellt, um nicht nur dessen Staatsgeheimnisse zu ergattern, sondern auch dessen geheimdienstliche Aktivitäten lahmzulegen. Da ein Verräter im eigenen Geheimdienst selbst Profi ist, wird es besonders schwer sein, ihn zu enttarnen. Wer den Roman *Dame, König, As, Spion* von John le Carré kennt, weiß, wie vertrackt dieses zumeist grausame «Spiel» zwischen den Geheimdiensten der Großmächte im kalten Krieg war.[3]

Und was sind Spione? Im Lexikon lesen wir, es seien Agenten (des Staates). Doch damit landen wir bei einem schillernden Begriff, denn der Agent einer Versicherung oder eines Reisebüros hat natürlich nichts mit unserem Thema zu tun. Gemeinsam ist ihnen allenfalls, daß sie im Auftrag einer Organisation handeln («agieren»). Wir müssen also beschreibend vorgehen und fragen: Was macht der Spion? Er erkundet das Staatsgeheimnis des gegnerischen Herrschers oder Staates, also den besonders schwer zu beschaffenden Teil des Regierungswissens.

Schwierig ist die für unser Thema sehr wichtige Abgrenzung zwischen dem Spion und dem Verräter. Während der Spion ausgeschickt wird, befindet sich der Verräter bereits dort, wo das Staatsgeheimnis verfügbar ist – also im gegnerischen Machtapparat, beispielsweise in der Umgebung des Herrschers oder in seinem Militär oder Geheimdienst. Sodann gibt es Personen, die den Auftrag des Spions kennen und ihm dabei behilflich sind. Dazu gehören Agentenführer sowie allerlei Personen, die sich um die Informationswege kümmern. Ein Spion, der beispielsweise unter einer falschen Identität lebt, oder ein Verräter im Zentrum des Staatsapparates kann nicht frei herumreisen, mit jedem sprechen und Informationen (vor allem schriftliche) eigenhändig seinem Auftraggeber überbringen. Dafür braucht er Zuträger, vielleicht sogar ein Netzwerk solcher Leute. Aus diesem Grund gibt es «Agentenringe» oder «Spionageringe» von Leuten, die sich gegenseitig decken und unterstützen.

Damit haben wir zwei Umstände benannt, die typisch für die Spionage sind: Erstens ist der Spion auf extreme Weise zwischen Loyalitäten hin- und hergerissen. Gegenüber der eigenen Seite muß er äußerst loyal sein, aber um Verräter zu sein, muß er die Loyalität gegenüber jenen brechen, die ihm in besonderer Weise vertrauen. Zweitens begibt sich der Spion in

große Gefahr, weil es Mitwisser gibt. In der Regel kann er nicht tätig werden ohne diese Helfer, die ihrerseits den Spion oder Verräter ans Messer liefern können, beispielsweise um selbst einer Strafe zu entgehen.

Damit erreichen wir die normative Ebene. Wir fragen, ob Spionage oder Verrat ethisch gerechtfertigt ist oder nicht, ob wir ihr mit Verachtung oder mit Respekt begegnen sollen. Die Antwort hängt hauptsächlich von den moralischen Qualitäten des Auftraggebers und des zu bekämpfenden Gegners ab. Nehmen wir beispielsweise die ehemaligen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR (allseits bekannt als Stasi) und jene Personen, welche außerhalb der DDR für die Stasi zu Verrätern wurden. In der öffentlichen Debatte stehen sich konträre Positionen mehr oder weniger unversöhnlich gegenüber. Die einen fordern eine gerichtliche Bestrafung sowie, für die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM), also die Stasi-Spione im Nebenerwerb, den Ausschluß aus Schlüsselpositionen des öffentlichen Lebens im vereinigten Deutschland. Die anderen, vor allem die ehemaligen Stasi-Leute selbst, nehmen für sich in Anspruch, nur «eine normale Dienstleistung» für einen damals völkerrechtlich anerkannten Staat erbracht zu haben. Manche behaupten sogar, ihr Verrat, ihre Spionage habe dem Frieden im Ost-West-Konflikt gedient. Die deutschen Gerichte räumten nach 1990 in der Tat eine Möglichkeit der legalen «Normalität» für jene ein, die als DDR-Bewohner der Stasi dienten, sofern sie kein unter DDR-Recht strafwürdiges Verbrechen begingen. Demgegenüber wurden Stasi-Mitarbeiter, die auf dem Boden Westdeutschlands tätig waren, strafrechtlich belangt. Das Legalitätsprinzip ließ offensichtlich keine andere Wahl, sosehr man diese Regelung als ungerecht empfinden mag.

Im Unterschied dazu wird man einen gegen das nationalsozialistische Deutschland oder gegen die Sowjetunion oder gegen eine andere Diktatur kämpfenden Spion oder «Verräter» moralisch völlig anders bewerten, da die Prinzipien der Menschlichkeit und des gerechten Friedens übergeordnet sind. Das Widerstandsrecht gegen die Tyrannei ist zumindest im europäischen Rechtsdenken tief verankert. Doch in der historischen Wirklichkeit hat sich dieser Standpunkt nicht immer durchgesetzt, wie ein weiteres politisch-juristisches Beispiel der deutschen Nachkriegsgeschichte zeigt. Zwar wurden die Attentäter des 20. Juli 1944 bereits kurz nach der deutschen Kapitulation zu Helden erklärt. Ihren Familien wurde die besondere Fürsorge der staatlichen Stellen zuteil, jedenfalls in Westdeutschland, doch jene «Verräter», welche den westlichen

Geheimdiensten wertvolle Hilfe beim Kampf gegen die NS-Herrschaft leisteten, blieben von dieser Anerkennung ausgeschlossen. Beispielsweise wurden sie nicht wieder in den diplomatischen Dienst (im Auswärtigen Amt) oder in andere Beamtenlaufbahnen aufgenommen. Die ihnen gezahlten Entschädigungen waren schäbig, wenn sie überhaupt gewährt wurden. Das ist, nüchtern gesehen, kaum verwunderlich, denn selbst Claus von Stauffenberg und seine Mitverschwörer galten den meisten Deutschen als «Verräter» – und zwar noch mehrere Jahrzehnte nach dem mißglückten Attentat auf Hitler.

Völlig vergessen blieb der vermutlich erste deutsche Geheimdienstler, der seine Gegnerschaft zu den Nazis mit dem Leben bezahlte, nämlich der im Juni 1934 von der SS ermordete Reichswehr-Generalmajor Ferdinand von Bredow. Er hatte von 1929 bis 1932 die «Abwehr» (den militärischen Geheimdienst) im Reichswehrministerium geleitet. Erst im Mai 2008 brachte man in Berlin eine Gedenktafel für ihn an. Erst jetzt erinnerte auch die Bundeswehr an ihn. Doch ihre Presseerklärung vom 16. Mai 2008 bezeichnete Bredow als «Idealisten der Weimarer Republik» – eine reichlich verschwommene, ja irreführende Charakterisierung dieses bemerkenswerten Mannes. Immerhin erwähnte der Berliner Standortkommandant, daß Bredow zu jenen Reichswehroffizieren gehörte, die Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch einen Staatsstreich verhindern wollten.

Weil die moralische Qualität der Spionage in vielen Fällen ambivalent ist, kam die Vorstellung auf, Geheimdienste seien elitär zu organisieren. Bei Montesquieu findet man den oft zitierten Spruch, es dürften sich nur «wahre Gentlemen» in dieses Metier begeben. Tatsächlich kamen die Agentenführer oft aus der Oberschicht, weil sie diese Tätigkeit neben ihrem Hauptberuf ausübten, nämlich als Diplomaten, Offiziere, Minister oder hohe Beamte des Hofes – Ämter, die im monarchischen Europa zumeist dem Adel oder einer kleinen bürgerlichen Funktionselite vorbehalten waren. Selbst in den bürokratischen Geheimdiensten des 20. Jahrhunderts finden wir Rekrutierungsmuster, bei denen die Mitglieder bestimmter Universitäten, Eliteschulen oder Studentenverbindungen, im Fall der USA bestimmter Colleges und Anwaltskanzleien, favorisiert werden. Für die DDR-Staatssicherheit galten strenge Rekrutierungsregeln der Kaderpolitik, die nach proletarischer Herkunft, ideologischer Treue und einwandfreier Lebensführung ausgerichtet waren. Das Modell gab auch in dieser Hinsicht die Sowjetunion ab, wie wir noch sehen werden.

2 Geheimdienstliche Tätigkeit in der politischen Vormoderne

Wo suchen wir in der antiken Geschichte nach den Vorläufern der modernen Geheimdienste? Die Antwort könnte so einfach sein: in den Quellen natürlich! Doch die spärlichen Quellen, welche für die Zeit vor drei- oder viertausend Jahren existieren, geben ihr Geheimnis nicht so ohne weiteres preis. Wir müssen nach versteckten Hinweisen suchen.

Die ältesten finden wir in den antiken Großreichen des Nahen und Mittleren Ostens, die den Anspruch eines Universalreiches stellten. Diese Großreiche der Ägypter, Babylonier, Assyrer und Perser waren allesamt religiös begründete Erbmonarchien. Ihre religiöse Fundierung sorgte für eine stabile Herrschaft, sofern die Bevölkerung hinsichtlich ihrer Religion und ihrer ethnischen Zugehörigkeit möglichst einheitlich war. Dort jedoch, wo Territorien anderer Bevölkerungen erobert wurden, stellte sich das Problem der Loyalität. Wurde eine Universalherrschaft angestrebt, so mußten die Eliten dieser fremden Völker entweder integriert oder unterdrückt werden, denn ein Universalreich bedeutete, daß es keine *unabhängige* Herrschaft (damals zumeist ein Königtum) mehr geben sollte – soweit jedenfalls eine geographische Ausdehnung in der politischen Praxis möglich war. Im Extremfall galt es, Aufstände niederzuschlagen oder, besser noch, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Somit konnte ein Vielvölkerreich nur auf Dauer stabil gehalten werden, wenn das Wissen über eventuelle Bedrohungen möglichst früh, möglichst schnell und möglichst umfassend am Hof des Herrschers verfügbar war. Man kann schlichtweg sagen: kein Großreich ohne Geheimdienst.

Das ägyptische Reich gilt als das früheste Beispiel eines Universalreiches. Nach zahlreichen kriegerischen Verwicklungen mit seinen Nachbarn gelang es zu Beginn des «Neuen Reiches» (ab 1532 v. Chr.), Nubien (es entspricht etwa dem heutigen Sudan) und Äthiopien im Süden sowie Libyen im Nordwesten zu erobern und sodann östlich nach Syrien bis an den Euphrat (im heutigen Irak) und nördlich in die

griechische Inselwelt vorzustoßen. Erst in der späten Regierungszeit von Ramses II. (er starb 1213) begann sich dieses Reich aufzulösen, oder besser gesagt, es wurde von den aufsteigenden Großreichen der Assyrer und dann der Perser abgelöst.

Wie war es möglich, ein solches Riesenreich zu regieren, eine solche Vielzahl von Völkern über Jahrhunderte hinweg unter Kontrolle zu halten? Militärische Macht, finanziert durch wirtschaftlichen Reichtum, war gewiß unentbehrlich, doch es mußten weitere Herrschaftsinstrumente hinzukommen, die wir durchaus mit einer modernen Verwaltung vergleichen können. Gouverneure leiteten die einzelnen Provinzen. Sie wurden unterstützt durch örtliche Militärgarnisonen und gaben dem Pharao Lageberichte, nicht zuletzt über die Loyalität der örtlichen Eliten und Kleinkönige. Königsboten, begleitet durch Militär sowie durch Beamte, reisten quer durch das Reich, um die auferlegten Tribute (Steuern) einzufordern. Zugleich sammelten sie Nachrichten über die Grenzgebiete, die Nachbarvölker und selbstverständlich über die eigene Bevölkerung des Reiches. Sie werden in diversen Inschriften erwähnt. Manchmal heißen sie «erster Wagenlenker seiner Majestät», «Fußbegleiter der beiden Länder» (Ober- und Unterägyptens) und «Boten des Königs in alle Länder». Sie müssen hohe Beamte gewesen sein, doch wir erfahren mehr über ihre Tätigkeit als Tributeintreiber als über ihr Geschäft des Nachrichtensammelns, bei dem sie vermutlich Kontakte zu Handelsleuten, Karawansereien und Schiffskapitänen unterhielten. Fragmente von Logbüchern der Königsboten lassen erkennen, daß sie über jeden wichtigen Brief, jedes Regierungsdokument und alle wichtigen Kontakte Buch führten.[1]

Bei wichtigen Ereignissen wie einer Revolte im Süden, über die eine Inschrift in Assuan berichtet, finden wir folgenden Hinweis: «Einer informierte seine Majestät wie folgt: Der jämmerliche Kush [ein Volk im heutigen Nordsudan] hat sich erhoben, doch die unter der Herrschaft des Herrn der beiden Länder stehenden … Einwohner Ägyptens [ägyptische Siedler in Nubien] bringen ihr Vieh hinter der Mauer in Sicherheit, welches ihr Vater in seinen Feldzügen erbaute … um die rebellischen Barbaren zurückzuschlagen …»[2] Wer konnte dieser «eine» sein, der dem Pharao Bericht erstattete? Vermutlich ein für derartige Nachrichtenverbindungen Zuständiger, also ein Königsbote. Auch andere Hinweise auf die Herkunft von wichtigen Nachrichten sind nicht spezifischer als «einer», der dem Herrscher berichtet. Sodann sind die

Hinweise auf loyale Untertanen oder Bevölkerungen typisch. Sie tauchen immer wieder auf, um die örtlichen Kräfteverhältnisse anzudeuten. Ähnliche Berichte gibt es für die Unruheherde in Palästina und Syrien.

Ein dichter Quellenbestand zur Diplomatie der Pharaonen existiert für Pharao Amenhotep IV., besser bekannt als Echnaton, der in der Mitte des 13. Jahrhunderts herrschte und mit Nofretete verheiratet war. Dieser große Reformer von Religion und Gesellschaft erlitt heftige Niederlagen gegen die in Kappadokien (in der Zentraltürkei) ansässigen Hethiter, denen es gelang, Ägypten mehrere Vasallen an der Ostgrenze des Reiches abspenstig zu machen – offensichtlich mit einer raffinierten Politik der Informationssammlung sowie der Beeinflussung, also durch geheimdienstliche Mittel.

Die Hethiter waren geschickt im Umgang mit geheimdienstlichen Mitteln. Ein Bericht über den Feldzug von Ramses II. und die Schlacht von Kadesh (1275 v. Chr.) macht klar, daß die ägyptische Seite von den Bündnissen der Hethiter mit diversen Völkerschaften überrascht war. Zudem ließ sie sich durch zwei verkleidete Spione irreführen, die den Pharao verleiteten, zu rasch auf die Stadt vorzurücken. Erst als zwei weitere hethitische Spione entlarvt und durch brutale Folter geständig gemacht wurden, erkannte die ägyptische Seite, daß sie in einer Falle steckte. Den Hethitern gelang ein Überraschungsangriff über eine Furt hinweg mit 1000 Kampfwagen. Die zweite ägyptische Division wurde im Nu vernichtet. Ramses mußte sich mit seinen Truppen zurückziehen. Seine treue Leibgarde konnte gerade noch verhindern, daß der Pharao in Gefangenschaft geriet. Er mußte einen Waffenstillstand und den Verlust Syriens akzeptieren.[3]

Bei der Durchsetzung seiner Herrschaft im Inneren Ägyptens baute der Pharao hauptsächlich auf religiöse Mittel. Er galt als der Sohn des Sonnengottes und wurde durch eine große Priesterkaste gestützt. Gleichwohl gab es «die Augen und Ohren des Pharao». Das waren besonders loyale hohe Beamte unter der Leitung des Vizirs (einer Art Regierungschef), der den Beamtenapparat und das für die Sicherung der Nachrichtenwege zuständige Botenpersonal unter ständiger Beobachtung hielt. Man könnte durchaus von einer Art Geheimpolizei sprechen.[4]

Die Babylonier und Assyrer waren zunächst gelehrige Schüler Ägyptens, doch in einigen Bereichen scheinen sie das geheimdienstliche Handwerk ein erhebliches Stück weiterentwickelt zu haben. Vor allem erkannten sie die große Bedeutung von ausgebauten, kontrollierten Straßen, auf denen

die Regierungszentrale sicher mit den Außenposten kommunizieren konnte. In Wüstengebieten wurden Festungen mit zuverlässigen Wasserquellen angelegt. Straßen und Wasserwege wurden von einem königlichen Kurierdienst genutzt, dessen Fäden in der Hauptstadt Ninive zusammenliefen. Diese Informationswege dienten gleichermaßen der Verwaltung, dem Militär und der Diplomatie, die allesamt vom geheimen Nachrichtenwesen profitierten. Bei Kriegszügen wurden Posten mit Feuersignalen aufgestellt, die in Sichtweite voneinander lagen und Kurznachrichten übermitteln konnten. Kuriere überbrachten anschließend die ausführlichen Berichte.[5] Diese spärlich überlieferten Agentenberichte beziehen sich zumeist auf lokale Verschwörungen und Aufstände in den Randprovinzen des Reiches. Unter diesen bereitete Armenien besonders viel Ärger, da der dortige König immer wieder Oppositionelle und Deserteure aus Assyrien mit Land beschenkte. Die assyrischen Könige bedienten sich ihrerseits einer Politik der gezielten Ansiedlung von zuverlässigen Bevölkerungen. Es könnten mehrere zehntausend Menschen gewesen sein, die zwangsweise umgesiedelt wurden, um Rebellionen zu unterdrücken und Grenzen zu sichern – eine Praxis, die nachfolgend in den Imperien von Rom und Byzanz zur Anwendung kam.

Auch die Perser, deren Reich unter Kyros dem Großen (601–530 v. Chr.) seinen kometenhaften Aufstieg nahm, legten großen Wert auf einen funktionierenden Geheimdienst, dessen Strukturen und Leistungen wir durch die sehr viel reichere Quellenüberlieferung um einiges besser kennen. Der griechische Historiker Herodot, der etwa 100 Jahre später lebte, gibt uns zahlreiche Hinweise auf die persische Technik der Machtentfaltung und -bewahrung. Unter Dareios I. wurde das immense, von Griechenland bis nach Indien ausgedehnte Reich in 20 Satrapien (Provinzen) eingeteilt, in denen jeweils ein Gouverneur (Satrap) mit einem Rat aus persischen Siedlern regierte. Die dort stationierten Truppen unterstanden jedoch dem König, der seinerseits durch eine Leibgarde von 10.000 «Unsterblichen» geschützt wurde. Am Hof gab es ein Amt zur Überwachung aller Satrapen und Beamten. Der Amtsträger galt als «das Auge des Königs», den der griechische Militärführer und Schriftsteller Xenophon als Teil eines größeren Systems beschreibt. König Kyros habe viele «Augen» und «Ohren» gewonnen, indem er die Leute mit Geschenken und Ehren überhäufte. «Denn indem er [der König] diejenigen, die ihm wichtige Auskünfte gaben, großzügig belohnte, brachte er viele Leute dazu, ihre Ohren und Augen für alles offenzuhalten, was sie dem König

mitteilen konnten, um ihm nützlich zu sein. Darum hieß es auch, der König habe viele Augen und Ohren. […] Überall hat man Angst, etwas für den König Nachteiliges zu sagen, als ob er selbst es hörte, oder etwas für ihn Nachteiliges zu tun, als ob er selbst dabei sei. […] Dieses Verhalten der Menschen ihm gegenüber hatte meines Wissens keinen anderen Grund als seinen Wunsch, kleine Gefälligkeiten mit großen Belohnungen zu vergelten.»[6]

Die persischen Könige schickten hohe Beamte auf jährliche Inspektionsreisen, um die Lage in den Satrapien zu erkunden und gewiß auch, um die Zuverlässigkeit der Satrapen und ihrer Leute zu überprüfen. Allerdings verfügte das persische Großreich über ein stark verbessertes Straßen- und Kuriernetz, wie Xenophon hinzufügt: «[…] so wird doch deutlich, daß dies die schnellste Möglichkeit für den Menschen ist, auf dem Landweg voranzukommen. Es ist schon eine gute Sache, daß man so schnell wie möglich Nachricht bekommt, um so schnell wie möglich entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.»[7]

Herodot berichtet voller Bewunderung über die «Königsstraße», die von Sardis (in der Westtürkei) über Babylon (Bagdad) in die persische Hauptstadt Susa führte. In festen Abständen entlang der Straße befanden sich Festungen, Karawansereien und Kurierstationen. Wenn man sich an die vorgeschriebenen Etappen hielt, ließ sich die Strecke von 13.500 Stadien (entspricht 2511 km) in «genau» [so steht es bei Herodot] 90 Tagen zurücklegen.[8]

Das Nachrichtenwesen der Perser und ihre Königsstraßen riefen bei den griechischen Intellektuellen großes Erstaunen hervor. Herodot, ein Bewunderer des großen Kyros, schreibt über dessen Jugend, der spätere König habe schon als Kind die großen Aufgaben des Reiches unter seinen Spielkameraden aufgeteilt. «Er aber teilte die dazu ein, daß die einen Häuser bauten, andere als Leibwächter dienten, und wieder andere Auge des Königs sein sollten. Wieder einem anderen gab er das Amt, ihm Audienzen zu vermitteln [d.h. Botschaften zu überbringen]. So übertrug er einem jeden eine bestimmte Aufgabe.»[9] Sollte sich diese Szene so abgespielt haben, wäre sie nur ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß diese Aufgaben lange vor Kyros zu den wichtigsten unter den Hofbeamten zählten. Die Überwachung der Völkerschaften und der königlichen Bediensteten sowie leistungsfähige Informationswege sind nichts anderes als Chiffren für geheimdienstliche Tätigkeiten, ohne die ein Großreich nicht regierbar war. Die verbesserte Technik der Feuersignale wird von

mehreren griechischen Autoren beschrieben, nicht zuletzt vom großen Dramatiker Aischylos, der selbst an den Schlachten von Marathon und Salamis gegen die Perser teilgenommen hatte. Seine Agamemnon-Tragödie läßt er mit dem Monolog eines Wachmannes auf dem mykenischen Palast beginnen, der nach Feuersignalen über den Fall der Stadt Troja Ausschau hält und dann tatsächlich Agamemnons Gattin Klytaimnestra die freudige Nachricht der Feuerzeichen melden kann.

Sehr aufschlußreich für die Entwicklung eines militärischen Geheimdienstwesens ist der Bericht, den der griechische Militärschriftsteller Xenophon von einem persischen Feldzug des Jahres 401 v. Chr. überliefert. Xenophon hatte zusammen mit etwa 10.000 griechischen Söldnern in einer Schlacht nahe Babylon gekämpft und dabei sogar gesiegt. Doch nach dem Tod des persischen Königs Kyros mußten sich die Griechen möglichst rasch aus dem Staub machen. Xenophon und seinen Leuten gelang tatsächlich dieser Rückzug, quer durch feindliche Gebiete bis an die heute türkische, damals griechisch besiedelte Schwarzmeerküste bei Trabzon. Fünf Monate dauerte dieser Marsch, für den Xenophon spezielle Erkundungsteams bildete, eine Art von leichter Kavallerie, um feindliche Truppen zu orten und die Stimmung der örtlichen Bevölkerungen zu erkunden. So gelang es, Angriffen und Hinterhalten aus dem Weg zu gehen und die Truppe samt Nachschub voranzubringen. Während die Griechen bis dahin überwiegend Hopliten, also Fußsoldaten, für Spähtrupps benutzt hatten, lieferten berittene Späher rascher ihre Nachrichten.

Alexander der Große

Die Bewunderung der Griechen für die persischen Nachrichten- und Informationsdienste schlug sich schließlich beim größten aller griechischen Feldherrn und Eroberer nieder, dem Makedonier Alexander dem Großen. Die Eroberung des persischen Reiches binnen zehn Jahren, nicht zuletzt sein Feldzug bis nach Indien, wären nicht möglich gewesen ohne eine wohlorganisierte Beschaffung von Informationen über die gegnerischen Truppen, die politische Stimmung unter den fremden Völkern und die geographischen Gegebenheiten, von denen die Versorgungsmöglichkeiten für die Soldaten besonders kritisch waren. Ohne Zweifel baute Alexander auf den Erfahrungen und Praktiken der

Perser auf. Ebenso gewiß bediente er sich der Straßen und der übrigen persischen Infrastruktur.

Doch bei einer der großen Entscheidungsschlachten, im November 333 v. Chr. bei Issos (nördlich der türkischen Stadt Iskenderun), wäre es wegen eines schlimmen Versagens seiner Militärspionage beinahe zur Katastrophe gekommen. Alexander erhielt detaillierte Meldungen, nach denen der Perserkönig Dareios III. mit seinem Heer noch weit entfernt sei. In Wirklichkeit waren die beiden Heere, ohne es zu wissen, aneinander vorbeimarschiert, wodurch nun die Perser im Rücken Alexanders standen und beide mit verkehrter Schlachtordnung kämpfen mußten. Im Falle einer Niederlage wäre Alexander der Rückzug abgeschnitten gewesen.[10]

Auch bei der dritten großen Schlacht gegen Dareios, im Oktober 331 v. Chr. in Gaugamela (im heutigen Nordirak), waren die Meldungen zunächst falsch. Man sagte Alexander, Dareios sei bereits im Anmarsch, während es sich nur um eine Vorhut handelte. Weitere Falschmeldungen stammten von aufgegriffenen persischen Spionen, die möglicherweise die Makedonier in die Irre führen sollten. Um solchen Fallen zu entgehen, ließ Alexander seinen Vertrauten Laomedon von Mitylene, der des Persischen mächtig war, die sozial Höherstehenden unter den Kriegsgefangenen aushorchen.

Zu allen Zeiten waren Kriegsgefangene eine wichtige Quelle der Militärspionage. Auch für Anwerbeversuche waren sie gut, doch damals wie heute war in einer derartigen Geheimdienstaktion die tatsächliche Loyalität einer solchen Zielperson schwer auszumachen. Ein Beispiel dafür liefert die Geschichte des persischen Agenten Sisenes, der von Dareios an den Hof seines Feindes Alexander geschickt wurde, um dort einen Verwandten des Königs zu einem Mordanschlag zu überreden. (Der Lohn wäre die Königsnachfolge gewesen.) Doch er wurde rechtzeitig enttarnt, zu einem Geständnis gezwungen und hingerichtet. Nach einer anderen Überlieferung soll Sisenes ein Freund Alexanders gewesen sein, der sich verdächtig machte, weil man ihm brieflich eine Aufforderung zum Königsmord überbrachte. Folglich wäre er ein unschuldiges Opfer einer Geheimdienstaktion gewesen. Welche der beiden Versionen ist nun die richtige? Wir wissen es nicht. Beide Versionen könnten der Phantasie der Autoren entstammen. Ihr Interesse scheint vor allem den Intrigen in der Nähe des Helden zu gelten, dem personalisierten Drama.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit war Alexander von mißtrauischer Natur. Er ließ die Briefe seiner Soldaten heimlich öffnen und deren

Privatgespräche belauschen, um die Stimmung in der Truppe zu erkunden. Doch was die Geheimdienstarbeit in der unmittelbaren Nähe des Königs angeht, sind die Berichte ebenso dürftig wie widersprüchlich. Offensichtlich hatten die Autoren kaum authentische Informationen gehabt, was zu um so phantasievolleren Ausschmückungen führte. Somit bleibt für uns die Frage, warum die Quellen uns zwar über vielerlei politische und militärische Details informieren, aber kaum über die Geheimdienstarbeit?

Der Althistoriker Jakob Seibert vermutet, daß die antike Historiographie prinzipiell an derartigen Fragen nicht interessiert war. Ihre Berichterstattung war ausschließlich auf die Person des Herrschers fixiert: «Er macht alles, er ordnet alles und er befiehlt alles. Nur gelegentlich treten seine Helfer in Erscheinung.»[11] Ihre Leistungen würden zwangsläufig diejenigen der Zentralfigur des Königs verringern. Wären nicht mehr die Eingebung der Götter, das Charisma und die Tapferkeit des Helden für eine glückliche Entscheidung, gar für einen Schlachtensieg verantwortlich, sondern ein Netzwerk von Informanten und Experten, so könnte man schwerlich die Geschichte als Heldenepos erzählen. Hierin dürfte ein wichtiger Grund liegen, warum sich die geheimdienstliche Tätigkeit – in unserem modernen Verständnis – so schwer in den antiken Quellen fassen läßt.

Sehr viel besser ist die zum Teil akribische Buchführung über den offiziellen Briefverkehr, die nach der Aufspaltung des Alexanderreiches in den Nachfolgedynastien erhalten blieb. Aus dem Ägypten der Ptolemäer ist beispielsweise das Logbuch eines Kurierbeamten im Jahr 255 v. Chr. erhalten, das deutlich erkennen läßt, wie sorgfältig der offizielle Kurierverkehr und somit das Management von königlichen Dokumenten und Nachrichten organisiert war. Besonders wichtige Dokumente wurden durch Sonderkuriere befördert und durch besondere Polizeibeamte bewacht. Heute würden wir sagen, es handelte sich um die Geheimregistratur sowie um die Beförderung von Verschlußsachen. Dabei ist zu beachten, daß die Kuriere damals nur Regierungssachen, also keine private Post, beförderten. Deshalb ist bewerkenswert, mit welchen Sicherheitsvorkehrungen besonders wichtige Dokumente und Informationen geschützt wurden.[12]

Um Geschwindigkeit ging es auch bei den verbesserten Feuersignalen, die wir bei dem Militärtheoretiker Aeneas im vierten Jahrhundert finden. Allerdings kennen wir seine Überlegungen hauptsächlich durch den

griechischen Historiker Polybios (200 – 120 v. Chr.). Nachfolgend wurden diese Signale mit Buchstaben verbunden. Dabei wurde das Alphabet in fünf Tafeln zu je fünf Buchstaben aufgeteilt. Das erste Signal nannte die Tafel, das zweite die Position des Buchstabens auf der Skala von eins bis fünf. Damit konnten nicht nur beliebige Wörter gesendet werden, sondern diese ließen sich auch verschlüsseln.

Erst bei den Römern erfahren wir mehr über die Weiterentwicklung und den Gebrauch verschiedener Signaltechniken. Es besteht aber kein Zweifel, daß das römische Universalreich in hohem Maße von den militärischen Karten, Erkundungstechniken und Techniken der Nachrichtenübermittlung profitierte, welche die vorangegangenen östlichen Reiche benutzt hatten.

Rom – ein Großreich ohne Geheimdienst?

Zu Beginn ihrer Expansion scheint die Geheimdienstarbeit bei den Römern noch wenig Interesse gefunden zu haben. Bis zum Ende der Republik gab es weder einen organisierten Geheimdienst noch ein ausgebautes System von Kurieren, das dem persischen vergleichbar gewesen wäre. Offensichtlich mußten die römischen Feldherren improvisieren, Informanten je nach Bedarf anheuern, Kriegsgefangene und Deserteure befragen und sich bezüglich der Kenntnisse über fremde Völker und Territorien auf das Wissen der jeweiligen Verbündeten verlassen. Weitere Informationsquellen stellten die weitverstreuten römischen Siedler dar sowie die privaten Handelsleute, Investoren und Seefahrer. Bemerkenswert ist somit, daß sich die römische Politik in einem solchen Ausmaß ihren wechselnden Bundesgenossen und den Interessen wohlhabender Privatleute anvertraute und daß die politische Spitze mit den Truppenführern nicht über wohlorganisierte, gesicherte Verbindungen kommunizieren konnte, wie es in den östlichen Imperien der Fall gewesen war.

Dabei war das Fehlen eines staatlichen Geheimdienstes lange vor der imperialen Expansion Roms spürbar. Bereits in den Kriegen mit den Etruskern kam es immer wieder zu Überraschungsangriffen, die eventuell vermeidbar gewesen wären. Man kennt die legendären Gänse des Kapitols, welche die schlafenden Verteidiger im Juli 387 v. Chr. weckten, als die Gallier im Begriff waren, die Mauern zu erklimmen. Die Gänse

waren übrigens nicht als Wächter dort stationiert, sondern galten als heilige Begleiter der Göttin Juno, der Gemahlin Jupiters, für die es im Kapitol einen Tempel gab. Nüchtern gesagt, hatten die Römer mehr Glück als Verstand in dieser Episode.

In den Konflikten und Kriegen mit den Phöniziern, insbesondere mit der Handelsmetropole Karthago (nahe dem heutigen Tunis), hatte es Rom erstmals mit einem Gegner zu tun, der ein weit überlegenes Nachrichtensystem unterhielt. Für ein Volk der Seefahrer und Fernhändler waren Informationen sowie deren rasche, sichere Übermittlung ein unverzichtbares Mittel zum Erfolg. Dabei waren die Phönizier offensichtlich bestrebt, von anderen Kulturen zu lernen. Viele ihrer technischen Fähigkeiten, aber auch ihre politisch-gesellschaftliche Kultur, lassen sich auf Vorgänger vor allem im östlichen Mittelmeerraum zurückführen.

Im Konflikt mit Rom ging es letztlich um die Hegemonie über das gesamte Mittelmeer, doch anfänglich stand Süditalien, vor allem Sizilien, im Mittelpunkt, wobei sich die Punier – die römische Bezeichnung für die Phönizier – ihrer Stützpunkte in Spanien bedienten. Aus Spanien bezogen sie wichtige Rohstoffe wie Zinn und Silber. Ihre Techniken der Metallverarbeitung waren herausragend. Einzigartig war ihr Atlantikhandel, mit dem sie aus Westafrika Gold und vermutlich aus Westspanien und von den Britischen Inseln Zinn kauften. Denkbar wäre sogar, daß sie bis nach Amerika gekommen sind. Doch im Konflikt mit Rom ging es um Süditalien, dessen Kontrolle die Römer für unverzichtbar hielten. Ohne viel Übertreibung könnte man die nachfolgende Ausweitung des römischen Herrschaftsbereiches, also das spätere Imperium Romanum, als ein Ergebnis dieser Politik der Absicherung bezeichnen. Um Rom und seine sich über das Mittelmeergebiet ausdehnenden Siedlungs- und Wirtschaftsinteressen zu sichern, mußten immer weiter ausgreifende Feldzüge unternommen, immer neue Gegner und Rivalen bekämpft werden. Dabei ist selbstverständlich die Vorstellung einer gleichsam aufgezwungenen Expansion bereits Teil der römischen Staatsideologie gewesen.

In diesem Denken war die Auseinandersetzung mit keinem der Gegner Roms so heftig, so brutal wie mit den Karthagern, deren Kultur bekanntlich im Dritten Punischen Krieg 146 v. Chr. ausgelöscht wurde. Deshalb sind wir über die Karthager nur aus römischen Berichten informiert, die sich durch spärliche archäologische Funde ergänzen lassen.

Diese Einseitigkeit der Überlieferung gilt es auch im Hinblick auf das geheime Nachrichtenwesen und die Kriegführung der Punier zu bedenken. Die verzerrte Sichtweise beginnt schon mit den Größenverhältnissen der Kontrahenten, die in der römischen Historiographie als gleich dargestellt werden. In Wirklichkeit war jedoch Karthago deutlich unterlegen. Um so offensichtlicher war, in welchem Ausmaß das militärische Geschick und die überlegene Beschaffung von Geheimnachrichten sowie deren rasche Weitergabe den für Karthago zunächst günstigen Kriegsverlauf bestimmten.[13]

Im Mittelpunkt der römischen Betrachtung stand Hannibal, der mit der Eroberung von Sagunt (nördlich des heutigen Valencia an der spanischen Mittelmeerküste) 219 v. Chr. den ersten Krieg mit Rom auslöste, weil Karthago damit angeblich einen Vertrag gebrochen hatte. Hannibal nutzte die vielfachen Verbindungen Karthagos, um vor allem die griechisch besiedelten Städte in Süditalien, aber auch im heutigen Spanien und in Südfrankreich zum Kampf gegen Rom zu mobilisieren.

Möglicherweise brachte Hannibal in Erfahrung, daß die Römer über eine in Spanien lokalisierte Kriegführung nicht hinausdachten. Selbst seine Überquerung der Pyrenäen diente ihnen noch nicht als Warnung, daß sich das punische Heer in Eilmärschen in Richtung Norditalien bewegte und noch vor Wintereinbruch die abenteuerliche Passage über die (heute französischen) Alpen in das (heute italienische) Aostatal schaffte. Diese logistische Meisterleistung war nur durch zahlreiche Hilfeleistungen der örtlichen Bevölkerungen möglich, die hier ebenso auf eine Demütigung Roms hofften wie in der Po-Ebene, wo es Hannibal gelang, seine geschwächten Truppen mit frischen keltischen Söldnern aufzufüllen. So war es also nicht so sehr die mitgeführte Logistik als die geheimdienstliche Aufklärung und Beeinflussung der angetroffenen Bevölkerungen, welche diese strategische Überraschung gegen die römische Politik ermöglichte.

Der Römische Senat hatte noch Agenten (Legati Romani = Gesandte) nach Spanien und zu den Galliern entsandt, um die Bündnistreue zu Rom zu festigen. Doch wie der Historiker Livius berichtet, habe man den Römern in Gallien erklärt, man habe kein Interesse, das eigene Land zum punisch-römischen Kriegsschauplatz zu machen.[14] Hannibals Agenten waren offensichtlich schneller gewesen, wie die Römer von griechischen Kolonisten im südfranzösischen Massilia (Marseille) erfuhren. Hannibal, so sagte man ihnen, habe die gallischen Führer heftig bestochen, vor allem mit Gold. Als Publius Cornelius Scipio mit 60 Schiffen, 10.000 Fußsoldaten

und 700 Pferden in Marseille ankam, um sich Hannibal in den Weg zu stellen, war dieser bereits vorbeimarschiert. Es kam noch zu einem Scharmützel berittener Kundschaftertruppen von beiden Seiten, doch Hannibal, der über die römischen Truppen Bescheid wußte, vermied eine Schlacht.

Beim anschließenden Feldzug in Italien gelang es Hannibal immer wieder, die römischen Feldherren über seine militärischen Winkelzüge in die Irre zu führen. Er muß ein ergiebiges Netzwerk von Spionen gehabt haben, die ihm direkt aus den römischen Feldlagern Berichte lieferten. Zudem ließ er einzelne hochgestellte Kriegsgefangene frei, insbesondere solche aus Capua und Tarent, die in ihrer Heimat auf eine Ablösung von Rom hinwirken sollten. Wo immer möglich, machte er sich schwelende Konflikte zunutze und führte somit einen eminent politischen Krieg, bei dem es nicht auf die Zerstörung der Stadt Rom, sondern der verbündeten und unterworfenen Städte und Stämme ankam. Deshalb lenkte er seine Truppen östlich des Apennin nach Cannae, dem damals wichtigsten Versorgungshafen für Rom an der Adriaküste, wo er 216 v. Chr. einen bedeutenden Sieg errang.

Statt nun aber mit seinen geschwächten Kräften gegen Rom anzurennen, gelang ihm ein diplomatischer Durchbruch, indem er die Stadt Syrakus, genauer gesagt den neuen Regenten Hieronymos, zum politischen Seitenwechsel bewegte. Tarent begab sich ebenfalls auf dem Verhandlungsweg ins politische Lager des Puniers. Allerdings verlor er die Stadt Capua wieder, die sich die Römer trotz einer Fülle von geheimdienstlichen Tricks nicht entreißen ließen. Hannibal hatte allerlei Gerüchte ausgestreut. Mit Soldaten, die als Römer verkleidet waren, suchte er die gegnerischen Truppen zu verwirren. Sogar einen Marsch auf Rom täuschte er vor. Doch nun versuchten ihn die Römer mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. Ein Beispiel berichtet Livius aus den Kämpfen im Jahr 208 v. Chr. nahe Venusia (am Golf von Tarent), wo der römische Konsul Marcus Claudius Marcellus fiel. Hannibal besorgte sich sogleich dessen Siegelring, um damit gefälschte Briefe anzufertigen. Einen davon schickte er mit einem verkleideten Agenten, um der romfreundlichen Stadt Salapia (in Apulien) den angeblichen Einmarsch des Konsuls anzukündigen. Doch der zweite Konsul, Titus Quinctius Crispinus, kannte diese Kriegslist und ließ sogleich in den umliegenden Städten vor gefälschten Marcellus-Briefen warnen. Als dann römische Überläufer in der Stadt eintrafen und sich als Vorhut des Konsuls ausgaben, wurden sie hinter den Stadtmauern

umgebracht.

Hannibals Stern war im Sinken begriffen. Dem nur 25-jährigen Publius Cornelius Scipio, der später unter dem Beinamen «Africanus» berühmt wurde, war es im Jahr zuvor gelungen, im Handstreich das punische Hauptquartier Carthago Nova (Cartagena in Spanien) einzunehmen, das in jenem Moment unzureichend militärisch abgesichert war. Nun hatten die Römer ein Faustpfand, nicht zuletzt hochrangige Geiseln, mit denen die spanischen Verbündeten Karthagos bedrängt werden konnten. In Karthago schwand die Unterstützung für Hannibals Kriegszüge. Am Ende forderte Rom seine Auslieferung, der er sich durch eine waghalsige Flucht entzog.

Nach der Vernichtung Karthagos richtete sich die römische Expansion vollends nach Osten, wo 168 v. Chr. das Makedonische Reich zerbrochen war. Nacheinander fielen Griechenland samt Kleinasien, Syrien und schließlich Ägypten unter die römische Herrschaft. Damit intensivierte sich der Austausch mit den Nachfolgern der vormaligen östlichen Universalreiche. Die Römer fanden politische und administrative Praktiken vor, die sie oftmals übernahmen oder doch mit Interesse studierten. Während zunächst noch kein zentraler staatlicher Nachrichtendienst entsprechend den östlichen Vorbildern eingerichtet wurde, spielten private Meldungen von Kaufleuten und Spekulanten eine zunehmende Rolle für die römische Politik. Man könnte von einer Art Wirtschaftsspionage sprechen, die vornehmlich privaten Zwecken diente, obgleich die Meldungen oft genug politischer Natur waren.

Diese Praxis war keinesfalls neu. Wie Polybios berichtet, enthielt der zweite römisch-punische Vertrag von 348 v. Chr. eine Klausel, welche festlegte: «Über dieses Vorgebirge [welches unmittelbar vor Karthago gen Norden liegt] hinaus nach Süden wollen die Karthager ein für allemal nicht, daß die Römer mit Kriegsschiffen fahren […]. Wenn aber jemand durch Sturm oder Feinde gewaltsam dorthin verschlagen wird und irgend etwas braucht, was zum Opfern oder zur Ausbesserung seines Fahrzeugs nötig ist, so soll er dies, außerdem aber nichts nehmen dürfen, und die Gelandeten sollen gehalten sein, sich innerhalb von fünf Tagen wieder zu entfernen. Nach Karthago aber und ganz Libyen diesseits des Schönen Vorgebirges sowie nach Sardinien und Sizilien, soweit es karthagisches Hoheitsgebiet ist, ist es den Römern zu Handelszwecken erlaubt zu fahren, und ihre Rechte versprechen die Karthager ihnen … zu gewährleisten.»[15] Man kann diesen Vertragstext sehr wohl als ein Stück

Spionageabwehr begreifen, wobei der Akzent auf dem römischen Kaufmann erkennen läßt, daß die Punier als das ältere Handelsvolk derartige Praktiken stärker fürchteten.

Zu einem fürchterlichen Gemetzel kam es im Jahr 88 v. Chr. in Pontus, dem Reich des Mithridates, an der südöstlichen Schwarzmeerküste. Durch allerlei Intrigen und Winkelzüge hatte sich dieser in die römische Politik eingemischt. Er suchte sich der römischen Expansion entgegenzustellen und seinen eigenen Herrschaftsbereich zu erweitern. Dabei hetzte er griechische Siedler gegen die römischen auf und ließ mit einem Schlag 80.000 Römer und Italiker ermorden. Offensichtlich wollte er damit dem römischen Einfluß ein Ende setzen oder, um es im Kontext der Geheimdienstgeschichte auszudrücken, sich der «fünften Kolonne» des Römischen Reiches entledigen.

Das gelang ihm nicht zuletzt deswegen, weil er über sichere Wege für Geheiminformationen verfügte. Der Historiker Appian von Alexandria berichtet in seiner römischen Geschichte: «In dieser Zeit [ließ] Mithridates […] in geheimen Schreiben seine sämtlichen Satrapen und Stadtkommandanten wissen, sie sollten den dreißigsten Tag abwarten und dann alle zugleich gegen die bei ihnen lebenden Römer und Italer, sie selbst und ihre Frauen und ihre Kinder und alle Freigelassenen, soweit italischer Herkunft, vorgehen; nach der Ermordung sollten sie die Leichen unbeerdigt liegen lassen […]. Und jedem, der es wagen sollte, die Toten zu begraben oder Lebende zu verbergen, kündigte er Strafe an, während er bei Anzeige und Tötung versteckter Personen Belohnungen in Aussicht stellte. Sklaven, die ebenso mit ihren Herren verfuhren, versprach er die Freiheit, Schuldnern gegenüber ihren Gläubigern in solchen Fällen den Erlaß ihrer halben Schuld.»[16] Die Römer waren entsetzt, brachten es jedoch zwei Jahrzehnte lang nicht fertig, diesen Massenmörder zur Verantwortung zu ziehen, wie Cicero im Jahr 66 v. Chr. in einer berühmten Senatsrede kritisierte.

Interessanterweise wurde Cicero durch drängende Briefe von Kaufleuten und Kolonisten zu dieser Anklage motiviert. «Jeden Tag kommen Briefe aus [Klein-]Asien an unsere guten Freunde, die römischen Ritter, die sich große Sorgen machen um die großen Beträge, welche sie dort investiert haben …» Offensichtlich waren derartige Privatbriefe eine wichtige Informationsquelle für die Politik, wichtig genug, um Ciceros Forderung zu untermauern, daß Gnaeus Pompeius entsandt werden müsse, um endlich der Herrschaft des Mithridates ein Ende zu bereiten. Pompeius, der

Verbündete und Schwiegersohn Caesars und dessen späterer Gegenspieler, gelang es nicht nur, das römische Imperium noch weiter nach Osten auszudehnen, sondern auch im Mittelmeer die Seeräuberei weitgehend zu beenden. Wie Cicero schrieb, hatte die Seeräuberei zeitweise dazu geführt, daß Rom außerstande war, irgendwelche privaten oder öffentlichen Geschäfte über das Meer hinweg zu betreiben: «Soll ich vorbringen, daß die See für die Kaufleute nicht sicher war, wenn zwölf Liktorenbeile [d.h. zwei Prätoren, die von je sechs Liktoren begleitet waren] in die Gewalt der Piraten fielen?»[17] Kurzum, die politische Zentrale war von ihren Außenstellen regelrecht abgeschnitten. Für ein Weltreich war das ein unhaltbarer Zustand.

Und dann kam Caesar, der erkannte, daß die römischen Institutionen der Situation eines Weltreiches nicht mehr angemessen waren. Mit Brachialgewalt wollte er Rom eine neue politische Ordnung geben. Dabei fällt auf, daß ihm die Beschaffung und das Management von Informationen über fremde Völker, nicht zuletzt über die von Rom regierten oder doch kontrollierten Völker, als zentrale Aufgabe galt.

Was jeder Lateinschüler als den Anfang von Caesars Buch über den Gallischen Krieg kennt – «Gallia est divisa in partes tres …» – ist typisch für Caesars Denkweise. Geographie, die Kenntnis der Sitten und Gebräuche, des gesellschaftlichen Aufbaus, des politischen Denkens der gallischen Stämme – diese für seine politische Strategie so bedeutenden Informationen, die wir als politisch-militärisches Lagebild bezeichnen können, stellt er an den Anfang seiner Darstellung. Aber er streut sie auch in die nachfolgende Ereignisgeschichte seines Eroberungsfeldzuges ein. In schlichten Worten, die komplexen Sachverhalte knapp zusammenfassend, sind seine Lageberichte erkennbar das Destillat aus vertraulichen Quellen, aus Hintergrundgesprächen mit gallischen und germanischen Kollaborateuren und aus Berichten von ausgeschickten Feldspionen.

Nach der Eroberung Galliens, also des heutigen Frankreichs, nahm sich Caesar die britischen Inseln vor, von denen widerspenstige gallische Stämme immer wieder militärische Unterstützung bezogen hatten. Mit der Eroberung Britanniens wollte er sozusagen das Rückzugs- und Nachschubgebiet der gallischen «Terroristen» ausschalten. Doch die Römer, einschließlich Caesars, wußten kaum etwas über diese «Insel, an die man wegen ihrer Größe nicht glauben wollte», wie Plutarch schreibt, welche die römischen Schriftsteller zu den wildesten Spekulationen anstiftete.[18] Wie Caesar behauptete, kannten selbst die Händler nur die

Häfen und allenfalls die britische Kanalküste. Er hatte in sein Hauptquartier diverse Händler einbestellt, doch aus ihren Berichten «[…] konnte er […] nicht in Erfahrung bringen, wie groß die Insel sei, welche und wie große Völkerschaften sie bewohnten, welche Kriegserfahrung und Sitten sie hätten oder welches die für die Aufnahme einer Vielzahl größerer Schiffe geeigneten Häfen seien.»[19]

Wie Caesar wissen mußte, würde die Befragung der Händler nicht geheim bleiben. Die Nachricht verbreitete sich bei den Völkerschaften auf beiden Seiten des Ärmelkanals. Schließlich beauftragte er einen romfreundlichen Gallierhäuptling mit einer diplomatischen Mission. Es war die übliche römische Suche nach kooperationswilligen Eingeborenen. Sogar unter den kampflustigen «belgischen» Stämmen fand sich ein Bündniswilliger. Zusätzlich ließ er durch einen Offizier passende Strandabschnitte für eine militärische Landeoperation erkunden.

Caesar schreibt, daß die Gallier ihre Nachrichtenbeschaffung auf ganz ähnliche Weise betrieben. Auch sie hielten alle Reisenden auf und unterwarfen sie gründlichen Befragungen. «In den [gallischen] Staaten, von denen es heißt, daß sie besonders zweckmäßig verwaltet werden, gibt es die gesetzliche Verordnung, daß jeder sofort der Obrigkeit meldet, was er über Staatsangelegenheiten von den Grenznachbarn gerüchtweise gehört hat, und es keinem anderen mitteilt.» Dabei wußten sie sehr gut um die Gefahr der falschen Gerüchte sowie der gezielten Fehlinformationen. In einigen Stämmen durften deshalb die Privatpersonen keine Informationen publik machen. Sie mußten an offiziell beauftragte Personen Bericht erstatten, und nur diese Personen durften entscheiden, welche Nachrichten zur Verbreitung geeignet waren.[20] Informationssteuerung durch die politische Führung dürfte nicht nur dem inneren Zusammenhalt der Stämme gedient haben, sondern auch der Abwehr von Feindpropaganda und von gegnerischer Spionagetätigkeit. In seinem «Gallischen Krieg» berichtet Caesar immer wieder Episoden, in denen er durch gallische Spione und durch die Schnelligkeit der militärischen Nachrichtenübermittlung überrascht oder gar ausgetrickst wurde.

Dabei wußte Caesar sehr genau, daß die Wirkung von Nachrichten, ob geheime oder öffentliche, von der Geschwindigkeit und Sicherheit abhing, mit der sie befördert wurden. Im römischen Bürgerkrieg, den er durch seinen Vorstoß über den Rubikon ausgelöst hatte, kam es zu einem regelrechten Wettstreit, wer bestimmte Nachrichten, vor allem

Siegesmeldungen, schneller nach Rom leiten und damit zur maximalen politischen Wirkung bringen konnte. Bei der großen Entscheidungsschlacht von Pharsalos in Thessalien (heute Farsala) am 9. August 48 v. Chr. über die Truppen des Pompeius verfügte Caesar über die vermutlich erste römische Reiterstafette, die er vorab in bestimmten Abständen entlang des Meldeweges postiert hatte. In Rekordzeit erreichte die Nachricht von Caesars Sieg die Stadt Messina, welche durch die Flotte des Pompeius bedroht wurde. Die Verteidiger der Stadt hielten durch.[21]

Doch zu einer dauerhaften Einrichtung wurde ein fest etablierter, vom Staat finanzierter Botendienst für die Übermittlung von Nachrichten und Dokumenten erst unter Octavian, dem Großneffen und Adoptivsohn Caesars, den man später Kaiser Augustus nannte. Wie viele erkannte er, daß die römische Politik einer Wende bedurfte, um die Herrschaft über ein Großreich effizient ausüben zu können. Bereits im ägyptischen Alexandrien, wo er Marcus Antonius besiegt hatte, interessierte er sich für den königlichen Kurierdienst und die Verwaltung von Geheimdokumenten bei den Ptolemäern, also im Reich der Königin Kleopatra VII., mit der sein Rivale Marcus Antonius verheiratet war. Sueton schrieb dazu in der Augustus-Vita: «Damit ihm [Octavian] um so schneller und sofort berichtet werden und er informiert werden konnte, was sich in jeder Provinz ereigne, verteilte er zunächst junge Leute, später Wagen, in gehörigen Abständen auf den Heerstraßen. Das schien um so treffender, damit eben die, die die Mitteilungen von Ort und Stelle überbrachten, auch befragt werden könnten, wenn irgendwelche Rückfragen notwendig seien.»[22]

Diese Bemerkung macht die enge Verknüpfung von Kurierverbindungen und Nachrichtenbeschaffung deutlich. Bemerkenswert ist jedoch, daß Octavian das alte römische System der örtlichen Beschaffung der Pferde und Kutschen von Privatleuten beseitigte, welches die Beförderung von Staatspapieren und -boten von den örtlichen Umständen und Launen abhängig machte. Mit dem neuen «cursus publicus», einer Staatspost, die durch Bürgersteuern finanziert wurde, folgte er den institutionellen Vorbildern des Ostens, welche beispielsweise Xenophon vom persischen Kurierdienst festgehalten hatte. Es ist aber nicht gesichert, wie weit Octavian mit diesen Vorläufern tatsächlich vertraut war. Bekannt ist, daß er von den ptolemäisch-ägyptischen Institutionen beeindruckt war, die für bestimmte neue Steuern und vor allem für die staatliche Statistik zum Vorbild wurden. Letztere kennen wir aus der Weihnachtsgeschichte des Neuen Testamentes, denn Josef und seine hochschwangere Maria mußten

sich wegen der Steuereinschätzung für Kaiser Augustus auf die beschwerliche Reise nach Bethlehem begeben.

Ebenso dürfte Octavian die Institution der «vigiles» von den Ägyptern übernommen haben, eine Art Feuerwache, die sich jedoch rasch zu einem Informantennetzwerk entwickelte, das alle für die öffentliche Sicherheit gefährlichen Strömungen und Personen meldete. Sie bestand anfänglich aus 3500 freigelassenen Sklaven, die in sieben Kohorten kaserniert wurden. Somit war sie eine Art innerer Geheimdienst, der in Krisen als schnelle Eingreiftruppe verwendbar war.

Der zu Beginn des zweiten Jahrhunderts regierende Kaiser Hadrian, in der britischen Geschichte als Erbauer der nordenglischen Hadriansmauer gegen die unbezwingbaren Caledonier (Schotten) bekannt, könnte der Initiator einer neuen Spielart von römischer Geheimpolizei, der *frumentarii*, gewesen sein. Dieser Begriff tauchte bereits früher als Bezeichnung für Getreidehändler auf, welche die Städte und die Armee versorgten. Mehr und mehr wird damit die Lebensmittelversorgung der Soldaten bezeichnet. Ältere Quellen, beispielsweise Caesar, benennen Soldaten, die auf Erkundung geschickt oder als Spione gegen vermutete Feinde im Inneren eingesetzt werden, als *speculatores* oder *exploratores*, wobei diesen neben der Informationsbeschaffung auch schmutzige Aufträge wie die Beseitigung von unliebsamen Personen erteilt werden. Im heutigen Geheimdienstjargon spricht man von «wet jobs». Man kann sich denken, wie unbeliebt die speculatores waren, die oftmals der persönlichen Leibgarde des Kaisers, den Prätorianern, angehörten. Diese Leibgarde wurde 312 durch Kaiser Konstantin I. aufgelöst, vielleicht um den römischen Geheimdienst aus der Schußlinie der Kritik zu ziehen.

Kaiser Hadrian setzte die *frumentarii*, die es in allen Legionen gab, für geheimdienstliche Zwecke ein. Als eine Art Versorgungseinheit der Truppe kamen sie viel unter die Leute, waren auf Märkten, in Städten sowie in Häfen unterwegs und konnten somit «nebenbei» Informationen sammeln. Aber auch sie fielen rasch in Ungnade bei den Römern, wie Kaiser Macrinus zu spüren bekam, als er Marcus Oclatinus Adventus in den Senat schickte. Dieser Mann war zuvor Chef der *frumentarii* und Präfekt der Prätorianer gewesen. Wie Cassius Dio in seiner Römischen Geschichte berichtet: «[…] dieser Mann [hatte] in der Söldnertruppe gedient und die Aufgaben von Henkern, Kundschaftern und Centurionen versehen […].»[23] *Frumentarii* sollen auch einige der berüchtigten Zwangsarbeitslager geleitet haben.

Eine führende Rolle spielten sie bei der Christenverfolgung. In lebhaften Worten beschreibt Eusebius von Caesarea in seiner Kirchengeschichte die Verfolgung von Christen durch *frumentarii*, auf Befehl des Kaisers Decius. Der heilige Cyprian, er war Bischof von Karthago, beschreibt, wie er durch *frumentarii* verfolgt, doch mit einer List seiner Glaubensgenossen gerettet wurde. Ähnliches finden wir in den Märtyrerberichten, wobei oft nur von Soldaten die Rede ist. Es dürfte sich jedoch um *frumentarii* gehandelt haben, die als Spezialtruppe jeder Legion angefügt wurden. Sie hatten das Recht, vermeintliche Spione auf der Stelle zu töten.[24] Wohl zur besseren Tarnung wurden die *frumentarii* oft mit Kurier- oder Botendiensten betraut oder übernahmen den Dienst von *tabellarii*, also von Privatboten.

Als Rom mehr und mehr zu einer orientalischen Monarchie verkam, in der die politische Macht hauptsächlich der eigenen Herrschaftssicherung und dem eigenen Profit der Spitzenleute diente, nutzte man die *frumentarii* in entsprechender Weise. Im Bürgerkrieg nach 235 n. Chr. wurden die Zustände so schlimm, daß Kaiser Diokletian die *frumentarii* abschaffte – eine Entscheidung, die viel Applaus fand. Doch ganz ohne Geheimdienst und Geheimpolizei ging es offensichtlich nicht, und so schuf man die *agentes in rebus* (vielleicht als Beauftragte in besonderer Mission zu übersetzen), eine Sondertruppe im kaiserlichen Haushalt unter der Leitung des *magister officiorum*, dem mächtigsten Hofbeamten (neben dem Präfekten der Prätorianer), dem unter anderem die Kurierdienste unterstanden. Später koordinierte dieser Beamte auch die Dolmetscher und Übersetzer, was einige Amtsinhaber zu einer Art Außenminister werden ließ.

Die Militär- und Auslandsspionage der römischen Kaiserzeit blieb allerdings dürftig ausgestattet, jedenfalls auf seiten des Staates. Zwar hatte man an den Reichsgrenzen örtliche Beobachtungsposten, um gegen Überraschungsangriffe gefeit zu sein, doch eine ausgedehnte, systematische Erfassung geographischer und politisch-kultureller Informationen über die Völkerschaften außerhalb des Reiches gab es nicht. Entsprechende Schriften finden wir hingegen bei den Griechen und bei Kaufleuten. Es sei nur der griechische Universalgelehrte Claudius Ptolemäus genannt, dessen *Geographia* wegweisend wurde. Dort schreibt er von Kaufleuten, die über Karawanenrouten nach China bereits im zweiten Jahrhundert Seide importierten.

Byzantinische Weltpolitik und ihre Geheimdienste

Deutlich mehr Interesse für die «Barbaren», also die fremden Völker, zeigten die byzantinischen Kaiser. In einem Dekret von 319 nennt Kaiser Konstantin erstmals die *agentes in rebus*, die als Soldaten galten, jedoch in einer eigenen *schola* (Spezialtruppe) organisiert waren. Ihre Zahl variierte stark. Kaiser Julian reduzierte sie wegen heftiger Proteste auf 17. Andere Kaiser hielten weit über tausend dieser Elitesoldaten, für deren Posten es lange Wartelisten von Bewerbern gab.[25] Zu ihren Aufgaben gehörte die Überwachung des *cursus publicus* (Kurierdienst), der immer wieder reformiert werden mußte, vermutlich weil seine Effizienz, vor allem aber seine Zuverlässigkeit beim Transport von Geheimmeldungen und wichtigen Staatsdokumenten ein anhaltendes Problem war. Besondere Aufseher, welche die Pässe und Ermächtigungen des Kurierpersonals überprüften, kamen aus den Reihen der *agentes in rebus*. Da es für die Gerichte, Städte und Provinzverwaltungen ein eigenes Polizeiähnliches Personal gab, dienten die Leute des *cursus publicus* und die *agentes in rebus*, sofern sie geheimdienstliche Aufgaben verrichteten, der politischen Zentrale, also dem Kaiserhof.

Für die Bewachung der Grenzen gab es eine besondere Truppe der Akriten, denen auch die Aufgabe der Spionageabwehr zufiel. Das neugriechische Epos *Digenis Acritas* aus dem 12. Jahrhundert erzählt in farbiger Ausschmückung von den wilden Zeiten der Akriten im byzantinisch-arabischen Grenzgebiet, von allerlei Agenten und Verrätern.

Nach der Einführung des Christentums als Staatsreligion diente die Kirche dem Kaisertum nicht nur als Stabilitätsfaktor und Legitimitätsbeschafferin, sondern von Zeit zu Zeit auch als geheimdienstliches Instrument. Kaiser Konstantin ließ Bischöfe und Prälaten mit der Staatspost, also auf Staatskosten, zum ersten ökumenischen Konzil in Nicäa (325) anreisen. Seine Nachfolger stoppten diese teure Praxis, ließen jedoch weiterhin einzelne Kirchenführer in den Genuß des *cursus publicus* kommen, der nicht nur bequemen, schnellen Transport, sondern auch Sicherheit und vor allem angenehme Unterkünfte während der Reise sowie eine reichhaltige Verköstigung gewährte.

Wo der Islam sich ausbreitete und das Byzantinische Reich bedrohte, fiel den christlichen Gemeinden die Rolle eines Horchpostens zum Nutzen christlicher Fürsten, vor allem aber der Kirchenführung zu. Das war insbesondere an der nordafrikanischen Küste, in Ägypten und Syrien der

Fall, wo die muslimischen Herrscher christliche Minderheiten duldeten. Es kam zu Loyalitätskonflikten zwischen politischer und religiöser Zugehörigkeit, welche seither immer wieder in der Geschichte den Nährboden für geheimdienstliche Tätigkeit und menschliche Dramen bildeten. «Heimliche Freunde» *(kryptoi philoi)* nannte man diese verdeckt operierenden Informanten. Ob Bischöfe, die in der muslimischen Diaspora wirkten, tatsächlich byzantinische Spione waren, ist schwer zu überprüfen. Der Historiker Theophanes berichtet in seiner *Chronographia*, daß auf Theodor, den Patriarchen von Antiochien, dieser Verdacht der arabischen Obrigkeit fiel, weshalb er 757 abgesetzt und in die Verbannung geschickt wurde.[26] Vermutlich reichten die Beweise nicht aus, um eine schwerere Strafe auszusprechen – oder es geschah nicht aus Rücksicht auf die innere Stabilität der multiethnischen und multireligiösen Bevölkerung.

Über die geheimdienstliche Tätigkeit des byzantinischen Militärs sind wir hauptsächlich durch die Schriften zu Strategie und Taktik informiert. Zu den berühmtesten gehört die Abhandlung *Strategikon*, welche dem Kaiser Maurikos zugeschrieben wird, der von 582 bis 602 regierte. Die besondere Bedeutung dieses Werkes liegt in der Taktik des Zusammenwirkens von Fußtruppen und Reiterei, heute würde man sagen, in der Theorie des Gefechtes der verbundenen Waffen. Doch es enthält auch Beschreibungen der Völkerschaften im byzantinischen Grenzgebiet, die uns ein Bild vom Kenntnisstand und von der allgemeinen Lagebeurteilung in Byzanz um 600 geben. Maurikos beschreibt im Detail, wie er sich die taktische Aufklärung wünscht, die vor allem durch Späher geleistet wird, welche jedem Bataillon *(tagma*, bestehend aus 400 Mann) beigegeben werden. Interessanterweise werden als Übermittler der gewonnenen Informationen häufig einheimische Kuriere benutzt, was natürlich voraussetzt, daß man sie für zuverlässig hält. Ebenfalls bemerkenswert ist das Maß an Selbständigkeit, welches Maurikos dem Bataillon zubilligt. Es soll in eigener Regie Gefangene verhören und die gewonnenen Informationen möglichst rasch taktisch anwenden.

Vergleichsweise spät, erst im zehnten Jahrhundert, hat sich das Byzantinische Reich auf den Ausbau seiner Flotte konzentriert, die nach den damals gängigen Vorstellungen nur eine zweitrangige Rolle spielen durfte. Im historischen Rückblick läßt sich vermuten, daß diese militärpolitische Ausrichtung letztlich zum Untergang des Reiches geführt haben könnte. Kaiser Leo VI. (der Weise) hat in seiner militärischen Schrift *Summarische Auseinandersetzung der Kriegskunst* (um 900) vor allem

das Thema Nachschub behandelt. Doch in Kapitel 19 befaßt er sich auch mit der Kommunikation der Kriegsflotte mit Hilfe von unterschiedlich gestalteten Wimpeln sowie mit Feuersignalen. Offensichtlich konnten diese Signale verschlüsselt werden, denn Leo verpflichtete alle Admiräle und Kapitäne, stets genau abzusprechen, welche Signale verwendet werden und wer unter der Schiffsbesatzung dafür zuständig ist.

Obgleich die meisten Häfen nicht militärisch geschützt waren, gab es wohl überall eine Art Hafenpolizei, welche verdächtige Personen und Informationen über mögliche Bedrohungen meldete. Kaiser Justinian, der Auftraggeber der Hagia Sophia, baute die Befestigungen und Beobachtungsstationen an besonders wichtigen Meerengen stark aus. Ceuta, die heutige spanische Enklave an der Straße von Gibraltar, spielte dabei eine besondere Rolle als Marinenachrichtenzentrum. Der spätantike Historiker Prokopios von Caesarea schrieb in seinem Sammelwerk *Die Bauten* (verfaßt 553–555), sie sei «uneinnehmbar für das ganze Menschengeschlecht».[27] Von Ceuta wurden Boote ausgeschickt, um das westliche Mittelmeer zu kontrollieren. Zugleich diente es als Kontrollstation für den Schiffsverkehr am Tor zum Atlantik.

Ein zunehmende Bedrohung für Byzanz waren die muslimischen Heere, über die Kaiser Leo schreibt, sie hätten «… in den meisten ihrer militärischen Praktiken die Römer kopiert, gleichermaßen in der Bewaffnung und in der Strategie». Doch die Zusammensetzung und Motivation der Soldaten überraschte ihn: «Sie sind keine regulären Truppen, sondern eine gemischte Vielheit von Freiwilligen. Der reiche Mann dient aus Stolz auf seinesgleichen, der arme Mann in der Hoffnung auf Kriegsbeute. Viele von ihnen gehen voran, weil sie glauben, der Krieg sei Gott gefällig und der Sieg sei von ihm versprochen worden. (…) Es gibt also keine Einheitlichkeit in ihren Armeen, da die erfahrenen Kämpfer neben den Plünderern ohne [militärische] Ausbildung reiten.»[28] In der Tat erfolgten die meisten Angriffe der Araber mit dem Ziel der Plünderung. Dieser Gefahr waren die Küstenbewohner am Mittelmeer bis in das 19. Jahrhundert ausgesetzt.

Kaiser Nikephoros II. Phokas, der von 963 bis 969 regierte und 960 die Insel Kreta von der Sarazenenherrschaft befreite, verfaßte einen wichtigen Traktat über Militärfragen, in dem er vor allem die Guerillakriegführung behandelte. Dabei betonte er die Nachrichtenbeschaffung von Zivilisten, häufig von Händlern, denen die Akriten besondere Aufmerksamkeit schenken sollten. «Schicke nie einen freien Mann oder einen Sklaven weg,

egal ob bei Tag oder bei Nacht, ob Du schläfst oder bei Tisch oder im Bad bist, wenn er Dir sagt, er habe etwas mitzuteilen.»[29] Man sollte diese Ermahnung in allen militärischen und diplomatischen Posten aushängen, denn freiwillige Anbieter (Selbstanbieter) – im heutigen Fachjargon heißen sie «walk-ins» – gehören zu den besten Quellen, die sich ein Geheimdienst wünschen kann.

Schließlich gewannen die byzantinischen Herrscher eine Menge an geheimen Informationen durch das Mittel der Diplomatie. Das Reich wurde aus allen Richtungen und immer wieder durch neue Stämme oder Völker bedroht, die im Zuge der Völkerwanderung auf dem Balkan sowie im östlichen Europa einfielen. Militärische Vernichtungsfeldzüge reichten nicht aus, um dieser Gefahren Herr zu werden. So wurden Gesandtschaften ausgeschickt, um Verhandlungen anzubieten oder um erst einmal zu erkunden, mit wem man es zu tun hatte, welche Absichten die Gegner verfolgten und wie stark sie militärisch waren.

Die mongolischen Hunnen tauchten zunächst um 350 im Kaukasus auf und überquerten 375 den Don, um sich das Reich der Alanen zu unterwerfen. Bekanntlich zogen sie immer weiter nach Westen, bis sie schließlich 451 in Nordfrankreich besiegt wurden. Doch entgegen der Legende einer brutalisierten Reiterhorde verfolgten sie gerade unter ihrem legendären Führer Attila eine geschickte Mischung aus Kriegszügen und Bündnispolitik. Kaiser Theodosius II. entsandte 448 seinen Botschafter Maximinus, der mit einem stattlichen Gefolge zu Attilas Residenz im nördlichen Ungarn zog. Es kam zu einem Friedensvertrag, der allerdings nicht vergessen ließ, daß die Byzantiner über lange Zeit den Hunnen einen saftigen Tribut gezahlt hatten. Die detaillierte Beschreibung dieser diplomatischen Reise läßt gut erkennen, daß man jede sich bietende Gelegenheit nutzte, um Informationen über den Gegner zu sammeln.

Kaum weniger gefährlich waren die Völkerschaften Persiens, die immer wieder byzantinische Städte überfielen. 532 schloß man einen «ewigen Frieden», doch bereits wenige Jahre später marschierten die Perser in Syrien ein und zerstörten Antiochia (heute das türkische Antakya). Zu einem stabileren Frieden kam es erst 562 durch den bedeutenden Diplomaten Petrus Patricius. Über seine Tätigkeit wissen wir einiges durch den Hofhistoriker Menander Protector, der sich möglicherweise auf den Bericht dieses Diplomaten stützen konnte. Auch hier finden sich wichtige Informationen über die Lage in Persien sowie die Persönlichkeit seines Großkönigs Chosrau I. aus der Dynastie der Sassaniden.

Wegen seiner Verbindungen zu China beim Seidenhandel war Persien von zusätzlichem Interesse für Byzanz. Statt die wertvolle Seide über den persischen Monopolhandel zu beziehen, hätte man gerne einen eigenen Handelsweg aufgebaut. Kaiser Justinian I. bemühte sich, die Äthiopier für diese Zwecke einzuspannen und einen alternativen Handelsweg einzurichten, doch mußte er schließlich das bestehende Abkommen erneuern, nachdem die von Persien importierte Seide über die südanatolische Stadt Nisibis bezogen wurde. Eine mögliche Alternative war offenbar die westgeorgische Stadt Egrisi (von den Römern Lazica genannt), die bereits seit dem mittleren vierten Jahrhundert christlich war und 540 an die Perser verlorenging, aber im Vertrag von 562 für viel Geld zurückgekauft wurde.[30]

Schließlich wurde jedoch eine völlig andere Lösung des Problems gefunden, wie der Historiker Prokopios berichtet.[31] Zwei persische Mönche, die lange in China gelebt hatten, kannten das Geheimnis der Seidenraupe. Im Jahr 555 boten sie ihr Wissen dem Kaiser an, der sie nach China zurückschickte, um Eier von Seidenraupen mitzubringen. Das geschah, und zwar versteckt in einem hohlen Spazierstock. Mit dem Anbau von Maulbeerbäumen gelang es schließlich, eine eigene Seidenraupenzucht zu etablieren, die den Grundstock für das byzantinische Monopol einer eigenen Seidenindustrie bildete. Es war ein Staatsmonopol, das zu einer wichtigen Einnahmequelle wurde.

Auch die Göktürken, ein Reitervolk, welches damals noch weit östlich des Aralsees wohnte, stritten sich mit den Persern um den Seidenhandel. Ihr Khan Istämi Shad schickte 568 eine Delegation an den byzantinischen Hof, um ein Bündnis gegen die Perser anzubieten. Im Interesse des Seidenhandels nahm man dankend an und schickte den General Zemarchus in die Residenz des Khan.[32] Nach Meanders Beschreibung muß es eine abenteuerliche Reise gewesen sein, die über viele Hindernisse zum Ziel führte. Auf dem Rückweg entging man durch eine List einem persischen Hinterhalt – vermutlich mit Hilfe ausgeschickter Kundschafter und bezahlter Zuträger. Die göktürkische Seite richtete in Konstantinopel sogar eine Botschaft ein, um die Bedeutung der Beziehungen zu unterstreichen, wohl auch um Informationen zu sammeln. Doch die byzantinische Verbindung zu den Awaren, ebenfalls ein asiatisches Reitervolk, dessen Intimfeinde die Göktürken waren, führten zum Bruch. Die Göktürken fielen in der byzantinischen Stadt Bosporus am Ostrand der Halbinsel Krim ein.

Hier ist die diplomatische Mission der Brüder und Mönche Kyrill und Method zu nennen, die Kaiser Michael III. auf Bitten des großmährischen Fürsten Rastislav losschickte. Dabei ging es nicht um die Aushandlung eines Bündnisses, sondern um die Missionierung der Slawen, womit Rastislaw vermutlich eine politische Absicht verband. Er wollte fränkische Missionare zurückdrängen, indem er byzantinische Mönche einlud. Die beiden Slawenapostel, wie man sie später nannte, begannen die Bibel und diverse liturgische Schriften in eine Sprache zu übertragen, die man als das Altkirchenslawische bezeichnet. Zudem entwickelten sie eine slawische Liturgie, die erheblich von der römischen abwich. Ein Akt der Religionspolitik bereitete somit die Kirchenspaltung vor, das «morgenländische Schisma» von 1054.

Die byzantinische Diplomatie wurde zunehmend professionalisiert. Bereits im fünften Jahrhundert wurde das «Amt für barbarische Angelegenheiten» geschaffen, das sich mit den Barbaren, also den nicht-christlichen ausländischen Herrschern und Bewohnern, befaßte. Dazu gehörten vor allem die in der Hauptstadt ansässigen Ausländer und Diplomaten. Man wird nicht fehlgehen, hier eine geheimdienstliche Überwachung zu vermuten, die mit bezahlten Zuträgern, dem Öffnen von Postsendungen und ähnlichen Methoden arbeitete. Davon getrennt gab es Hofämter, die sich mit dem offiziellen Schriftverkehr des Kaisers und den kaiserlichen Audienzen befaßten. Auch das große Dolmetscheramt war eigenständig. Um 740 machte sich eine gewisse Zentralisierung der außenpolitischen Aktivitäten bemerkbar. Der für die kaiserliche Post zuständige Logothete (hohe Beamte) bemächtigte sich des Amtes für barbarische Angelegenheiten. 992 erhielt er das ausschließliche Recht, venetianische Schiffe zu durchsuchen und Dispute mit den Kaufleuten zu schlichten. Das gab ihm die Möglichkeit, ausländische Händler und Seeleute stärker zu überwachen und geheimdienstlich relevante Informationen abzuschöpfen. Durch die gleichzeitige Übernahme offizieller diplomatischer und geheimdienstlicher Funktionen wurde dieses Amt zu einem der wichtigsten in der byzantinischen Bürokratie. Dieser Logothete hatte nun direkten Zugang zum Kaiser und durfte jeden Morgen dem Kaiser vortragen – ein Privileg, welches an das allmorgendliche «Briefing» der heutigen amerikanischen Präsidenten durch den obersten Geheimdienstchef erinnert.[33]

Das diplomatische Zeremoniell am byzantinischen Hof wird uns in den Quellen als außerordentlich aufwendig beschrieben. Den ausländischen

Diplomaten führte man jedoch nicht nur den immensen Reichtum an Kunstwerken, Gold und Edelsteinen vor, sondern auch die Befestigungsanlagen Konstantinopels, welche als uneinnehmbar galten. Der Bischof und Historiker Luitprand von Cremona beschreibt diese Praxis für die Mitte des 10. Jahrhunderts sehr ausführlich und weist dabei auf die Vorsichtsmaßnahmen hin, welche auf byzantinischer Seite getroffen wurden. Delegationen durften sich nur unter Aufsicht einer «Ehrengarde» bewegen, die selbstverständlich den Auftrag hatte, unerwünschte geheimdienstliche Aktivitäten der Gäste zu unterbinden. Heute würden wir von Spionageabwehr sprechen. Auf einer seiner Missionen für den langobardisch-italienischen König Berengar II., im Jahr 962, scheint Luitprand mit den Bewachern in Konflikt geraten zu sein.

Kaiser Konstantin VII. schrieb etwa zur gleichen Zeit in seinem Werk *Über die Verwaltung des Reiches (De administrando imperio)*, wie man mit Fremden umgeht und von ihnen Neues erfährt. Er befaßte sich mit den für seine Politik wichtigsten Völkern – den Steppenvölkern in Südrußland, den Ungarn und den Kiewer Russen – und empfahl seinem Nachfolger, jedes Jahr kaiserliche Gesandte an deren Höfe zu schicken, um Freundschaftsverträge abzuschließen oder zu erneuern. Unterwegs würden sie selbstverständlich allerlei Informationen sammeln.

Ein genaueres Studium dieses Textes läßt den Schluß zu, daß die Beschreibungen der auswärtigen Völker und ihrer Politik auf sorgsam zusammengetragenen Berichten beruhen, die zumindest teilweise von Agenten stammen. Man kann dieses Werk als die erste Diplomatiegeschichte bezeichnen, die auf der Basis des byzantinischen diplomatischen Archivs verfaßt wurde und aus der die enge Verzahnung von Diplomatie mit geheimdienstlichen Aktivitäten klar erkennbar ist.[34]

Die Leistungen der byzantinischen Diplomatie und dabei auch ihrer geheimdienstlichen Instrumente erkennt man erst in vollem Umfang, wenn man sich die gewaltigen Herausforderungen klarmacht, vor denen sie stand. Sie war mit einer Vielzahl von fremden Kulturen und Völkern konfrontiert, die weit über den Mittelmeerraum hinausreichten. Mit der geographisch und kulturell viel begrenzteren Außenpolitik des Römischen Reiches läßt sich das kaum mehr vergleichen. Mit den Mongolen und Göktürken wirkten Völkerschaften aus Ostasien auf die europäische Politik ein. Ebenso überraschend war der vom Religionsstifter Mohammed im Jahr 622 entfachte Sturm der arabisch-muslimischen Völker, welcher binnen weniger Jahrzehnte den gesamten Mittelmeerraum und bald auch

weite Teile Asiens erschütterte. Suchten die zentralasiatischen Völker vor allem nach wirtschaftlichen Reichtümern, so ging es bei den Eroberungszügen der islamisierten Beduinen um eine Mischung aus wirtschaftlich motivierter Eroberung und einer mit Waffengewalt herbeigeführten religiösen Mission, also um den Kampf gegen die Vielgötterei und um die Rivalität mit den überall verbreiteten jüdisch-christlichen Religionsgemeinschaften.

Die arabisch-muslimische Expansion

Bereits 655 besiegte das aus Damaskus regierte arabische Reich der Omaijaden die byzantinische Flotte bei Alexandria. Weite Teile des östlichen Mittelmeers fielen unter seine Herrschaft. Diverse Versuche, Konstantinopel selbst einzunehmen, scheiterten jedoch. 679 mußte sich der erste Omaijaden-Kalif einem christlichen Herrscher, Kaiser Konstantin IV., unterwerfen und mit ihm Frieden schließen. Damit waren die Eroberungsversuche jedoch keineswegs am Ende.

Neben der Neuartigkeit der arabisch-muslimischen Herrschaft ist auch zu beachten, wie stark sie sich an Traditionen anlehnte, die sie in den eroberten Gebieten vorfand. Das gilt beispielsweise für die militärische Ausbildung und Praxis, die man der römisch-byzantinischen Tradition entlehnte. Beim Münzwesen wurde zunächst sogar der Kopf des Herrschers aufgeprägt, was der muslimischen Lehre deutlich widersprach. Für den Zusammenhalt ihres Riesenreiches bedienten sie sich des römischen *cursus publicus*, also der Staatspost, die sie als *barid* weiterführten. Anfänge einer Zentralverwaltung sind in den *diwan* (Büro, auch Archiv) zu erkennen, welche byzantinischen Vorbildern glichen. Erst einige Zeit später begann sich eine Kultur der Gelehrsamkeit zu entfalten, die nicht nur auf den antiken Kulturen der Mittelmeervölker aufbaute, sondern diese in erheblichem Umfang bewahrte und fortentwickelte. Dabei entstanden einige politische und geographische Schriften, denen wir einen Gutteil unserer Kenntnisse über die politische Praxis, und damit über die geheimdienstliche Tätigkeit, verdanken.

Da die Muslime von Anfang an über die legitime Herrschaft, also die rechtmäßige Nachfolge Mohammeds, tief zerstritten waren, sah sich bereits der erste Omaijaden-Kalif genötigt, ein weit ausgreifendes Spitzelsystem einzurichten, das ihm mögliche Übergriffe rechtzeitig

melden sollte. Zudem wählte er eine Leibwache von 4000 zuverlässigen Männern aus. Doch mit Waffengewalt und Unterdrückung ließen sich die Zwistigkeiten auf Dauer nicht unter Kontrolle halten. Der Kalif Harun ar-Raschid, ein Zeitgenosse Karls des Großen, mußte Teile des heutigen Tunesien und Algerien in eine Art von Unabhängigkeit entlassen. Unter seinen Söhnen kam es zu einer schweren Staatskrise. Sein Reich erschien kaum noch regierbar. 811 brach ein Bürgerkrieg aus, der bald die Hauptstadt Bagdad erreichte. Weitere Gebiete, darunter Ägypten, Andalusien und Jemen, wurden faktisch selbständig. Allerdings bildete die arabische Sprache als Sprache von Verwaltung, Bildung und Religion ein einigendes Band.

Der 912 verstorbene persische Geograph Ibn Khordadbeh schildert in seinem *Buch über die Straßen und Königreiche* das Netz der Handelsstraßen und Postdienste. In Persien soll der Abstand der Stationen nur 12 Kilometer, in Syrien und auf der Arabischen Halbinsel das Doppelte betragen haben. Der Autor selbst war oberster Posthalter für einen Großteil des heutigen Iran. Er kannte auch die Verwaltungsstrukturen und das System der Steuereinnehmer.[35] Weitere Autoren wie der Steuerbeamte Kudama († 986) und der Geograph Al-Muqaddasi (946–1000) vermitteln einen Eindruck von der Staatspraxis und vor allem auch von den Kenntnissen, die man von der damaligen Welt hatte. Allerdings darf man nicht von einer bloßen Weiterführung des römischen *cursus publicus* ausgehen. Das verbietet schon der Einsatz von Kamelen, die in Wüstengebieten unentbehrlich waren und übrigens die erstaunliche Tagesleistung von 180 km erreicht haben sollen. Der Transport auf Tragtieren herrschte auch im Handel vor. Auf gezogene Fuhrwerke oder Wagen verzichtete man. Man findet sie erst wieder bei den Mongolen.[36]

Wie bei den vorangegangenen Reichsverwaltungen sieht man auch hier eine Symbiose von Post- oder Kurierdienst und geheimdienstlicher Informationssammlung. Der Chef der Post wurde als «das Auge des Kalifen» bezeichnet. Er konnte sogar den höchsten Amtspersonen gefährlich werden, wie ein überlieferter Bericht an einen Kalifen in der Mitte des 9. Jahrhunderts festhält. Darin wird mitgeteilt, daß sich der Gouverneur von Bagdad anläßlich seiner Pilgerreise nach Mekka eine wunderschöne Sklavin für 100.000 Dirhem (Drachmen) gekauft und diese nach Bagdad zurückgebracht habe. Tag und Nacht würde er sich nunmehr mit seiner neuen Geliebten vergnügen und dabei die Staatsgeschäfte vernachlässigen, insbesondere die an den Kalifen adressierten

Beschwerden, was zu Unruhen in der Stadt führen könne.[37]

Daneben unterhielten die Kalifen ein Spitzelwesen, das insbesondere aus Kaufleuten und Händlern bestand, da diese über eine plausible Tarnung verfügten, die ihnen große Mobilität gewährte. Der bereits erwähnte Harun ar-Raschid soll 1700 alte Frauen über ganz Bagdad verteilt haben, um sich aus den Familien und Sippen berichten zu lassen. Oft wurde die Bespitzelung auf vertrauenswürdige Eunuchen übertragen oder auf andere dem Kalifen besonders zuverlässig erscheinende Personen.[38]

Eine wichtige Informationsquelle waren auch die ausgetauschten Kriegsgefangenen. Man darf es wohl als ein Element zunehmender Zivilisierung ansehen, daß zwischen Byzanz und den muslimischen Herrschern ein solcher Austausch überhaupt stattfand. Am Grenzfluß Lamos wurden die Gefangenen einzeln über eine Brücke geführt und den wartenden Delegationen übergeben, die sich auf beiden Seiten der Brücke aufgestellt hatten. Ein Christ, ein Muslim, ein Christ, ein Muslim – und so fort. War die Zahl der zu übergebenden Männer nicht die gleiche, so mußte für die zusätzlichen ein Lösegeld bezahlt werden. Der erste Gefangenenaustausch soll 811, der letzte 957 stattgefunden haben. Beschreibungen von Zeitgenossen beider Seiten, darunter des arabischen Gelehrten Al Mas'udi (895–956), deuten darauf hin, daß auf diese Weise ein nicht unbeträchtliches Wissen über die jeweils andere Seite angesammelt werden konnte.

Hinzuweisen ist auch auf die religiösen Minderheiten, die von beiden Seiten toleriert wurden. In Konstantinopel soll es spätestens seit dem 10. Jahrhundert eine Moschee gegeben haben, die vor allem für ausländische Kaufleute und Besucher, aber auch für Flüchtlinge und muslimische Gefangene gedacht war. In ähnlicher Weise dürften christliche und jüdische Minderheiten im Herrschaftsbereich der Kalifen ein Potential für die Gewinnung geheimer Nachrichten und für die Einschätzung der politischen Verhältnisse von Bedeutung gewesen sein.

Nizam al-Mulk, ein berühmter persischer Wesir (Minister) im Seldschukenreich des späten 11. Jahrhunderts schrieb in seiner Abhandlung über die Kunst des Regierens: «Es ist für einen Herrscher unabdingbar, Informationen über seine Untertanen, seine Soldaten sowie über alles zu erhalten, was in seiner Nähe oder in fernen Regionen geschieht. Er muß alles wissen, gleichgültig, ob es dabei um wichtige oder um unwichtige Dinge geht. (…) Deshalb ist die Ernennung eines Leiters der staatlichen Post unerläßlich.» Als Begründung für diese Wachsamkeit

fügte er hinzu: «Indem er Polizisten und Spione ausschickt, zeigt der Herrscher, daß er gerecht, wachsam und scharfsinnig ist. Wenn er sich verhält, wie ich es beschrieb, wird sein Staat blühen.»[39]

Auch die Mamluken, die 1250 in Ägypten die Herrschaft übernahmen und nachfolgend nach Osten ausdehnten, übernahmen viele dieser politischen Instrumente. Nachdem sie Armee, Flotte und Festungen instand gesetzt und ausgebaut hatten, erneuerten sie das arabische Post- und Spionagewesen.[40] Eine Depesche soll von Damaskus nach Kairo nur vier Tage, in Notfällen sogar nur zwei Tage gebraucht haben. Der Handelsverkehr diente zugleich als Informationsquelle. Über den Mamluken-Sultan Baibars I. wird berichtet, er habe Postverbindungen mit Brieftauben einrichten lassen, welche die politische Zentrale in Kairo mit den Städten Gaza, Damaskus und Aleppo verband. Die Tauben trugen Ringe, an denen Nachrichten auf extradünnem Papier befestigt wurden. Ein spezielles Büro *(diwan)* habe sich mit der Zucht und Pflege der Tiere befaßt. Parallel dazu wurde die alte Idee der optischen Signale wiederentdeckt, deren Signaltürme sich zumeist am Ort von Poststationen befanden.[41]

Der syrische Historiker und Geograph Abu al-Fida (1273–1331) beschreibt den Postdienst sowie die Infrastruktur der Handelswege in einigem Detail. Dazu gehörten die bewachten Karawansereien, die mit Wasservorräten, Pferdeställen, Übernachtungsquartieren und Verpflegungsmöglichkeiten ausgestattet waren. Mit dem Untergang der Mamluken verschwanden diese Einrichtungen jedoch weitgehend, zuerst in Syrien, dann in Ägypten. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts wurde der Postdienst eingestellt. Der Mongolenfürst Timur (auch Tamerlan genannt) und seine «Goldene Horde» stießen bis Damaskus und Bagdad vor und hinterließen eine Spur der Verwüstung.

Die Herausforderung Asiens

Während die ältere Historiographie die Einfälle asiatischer Völker in den Mittleren Osten sowie in den Mittelmeerraum als Herausforderung der Kulturvölker durch Unzivilisierte verstand, erkennen neuere Sichtweisen darin eine eher positive Herausforderung sowie den Beginn einer globalen Zivilisation. Hinzu kommen die unterschiedlichen national bestimmten Historiographien der jeweiligen Nachfolger in der heutigen Zeit. Dafür ist

der 1227 verstorbene Mongolenherrscher Dschingis Khan ein besonders gutes Beispiel. In der heutigen Mongolei wird er als großer Staatsmann (Groß-Khan) verehrt, während die ältere christlich-europäische Geschichtsschreibung in ihm hauptsächlich einen brutalen Eroberer und Zerstörer sah. Aber auch die persische Überlieferung weist ihn als einen der größten Massenmörder der Geschichte aus.[42]

Obgleich er selbst nicht lesen und schreiben konnte, erkannte Dschingis Khan rasch die Bedeutung einer auf Schriftverkehr basierenden Verwaltung. Hinzu kam die Notwendigkeit einer umfangreichen Gesetzgebung, die kurz vor seinem Tod in einem dicken Kompendium (Jassa) vereinigt wurde. Bereits sein Aufstieg unter den Mongolenstämmen ließ erkennen, daß er ein geschickter Diplomat war, der die Vorzüge seiner Verbündeten und die Schwächen seiner Gegner zu nutzen wußte.

Vor allem in China, dessen nördlichen Teil (samt der Mandschurei) er zu erobern vermochte, traf Dschingis Khan auf eine hochgestellte Schrift- und Verwaltungskultur sowie auf eine ausgefeilte Militärtechnik, die er nachzuahmen und zu absorbieren suchte. Seine bemerkenswerte Toleranz gegenüber anderen Religionen dürfte ihm nützlich gewesen sein, unterdrückte Minderheiten für sich zu gewinnen – nicht zuletzt als Informationsquellen und als Potential für Subversion.

Hierbei spielte das nestorianische Christentum eine besondere Rolle, weil diese im 5. Jahrhundert entstandene Glaubensvariante entlang der Seidenstraße bis nach China verbreitet war und auch im Mongolenreich fortbestand.[43] Der Kalif An-Nasir scheint sich auf diesem Weg über die gefährliche Expansion der Mongolen informiert zu haben. Als Gerücht trug man ihm zu, der Groß-Khan sei Christ und könnte somit Bündnisse mit christlich-europäischen Herrschern eingehen. Immerhin vermittelte der nestorianische Patriarch in Bagdad einen diplomatischen Kontakt. Ein besonders präparierter Bote wurde ausgesandt, dem der Schädel rasiert und mit einem Brandzeichen als Legitimation versehen wurde. Als sein Haar nachgewachsen und seine Sprachstudien hinreichend fortgeschritten waren, schickte man ihn auf seine gefährliche Reise, die ihn tatsächlich bis an den Hof des Groß-Khans führte.

Wie jeder gute Diplomat war Dschingis Khan äußerst interessiert an allen Nachrichten über fremde Völker. Die komplizierten Herrschaftsverhältnisse und Zwistigkeiten im muslimischen wie auch im christlichen Lager dürfte er gut gekannt haben. Dabei nutzte er insbesondere die muslimischen Händler der Seidenstraße als

Informationsquelle, und zwar nicht nur hinsichtlich der damaligen muslimischen Welt, sondern auch für Nachrichten über China und Zentralasien, das diese Händler gut kannten. Für die Händler galt der Groß-Khan als Garant für die Sicherheit der Warentransporte auf der Seidenstraße. Sie hatten deshalb allen Grund, ihn zu unterstützen, notfalls auch gegen muslimische Herrscher im Westen.

Es würde zu weit führen, die Kriegszüge des Dschingis Khan und seiner Nachfolger im einzelnen zu analysieren. Wie es ihnen gelang, dieses riesige Reich von 33 Millionen Quadratkilometern (mehr als das Dreifache der heutigen USA!) zu regieren, ist kaum zu begreifen. Dabei waren die mongolischen Siege nicht allein auf den überlegenen und brutalen Einsatz der Waffen zurückzuführen, sondern auch auf diplomatisches Geschick und vor allem auf geheimdienstliche Vorarbeit. Erkundungstrupps wurden ausgeschickt, um den Gegner auszuspähen und das Terrain zu erkunden, ehe die eigentlichen Truppen vorstießen. Subutai, der wichtigste Befehlshaber Dschingis Khans, soll sich viele Monate Zeit genommen haben, um die russischen Fürstentümer, Polen und Ungarn auszukundschaften. Da er zum Zeitpunkt der Kriege in Europa bereits über 60 Jahre alt und zu dick war, um auf einem Pferd zu sitzen, begleitete er seine Truppen in einem Wagen. Er postierte sich auf einer Anhöhe, um von dort seine Truppen zu dirigieren, während die gegen ihn kämpfenden christlichen Fürsten, beispielsweise Richard Löwenherz, zu Pferd ihre Truppen führten und es dabei schwerer hatten, den Überblick über das Schlachtgeschehen zu behalten. Im Frühjahr 1241 brachte Subutai den europäischen Heeren eine Serie von Niederlagen bei und wäre vermutlich weiter nach Westen vorgestoßen, wenn nicht die Nachricht vom Tod des Groß-Khans Ögedei, eines Sohns von Dschingis Khan, die Mongolen zum Abbruch des Krieges bewegt hätte.

Moderne Kriegstechniken, sorgsam den Blicken des Gegners entzogen, waren ein weiteres Mittel der mongolischen Eroberungsstrategie. Mohammed II., König von Choresmien (im heutigen Iran), wußte zwar vom bevorstehenden Angriff der Mongolen. Es war ihm jedoch verborgen geblieben, daß diese sich die chinesischen Katapulte und Sprengstoffe zu eigen gemacht hatten, mit denen sie moderne Stadtbefestigungen zu durchbrechen vermochten. Statt ihre Kräfte im Belagerungskampf zu verschleißen, wie die Choresmen gehofft hatten, gelang es den Mongolen, die Hauptstadt Urgench und bald das gesamte Reich Mohammeds zu erobern. Urgench (im heutigen Usbekistan), dessen Ruinen inzwischen

zum UNESCO-Welterbe gehören, wurde 1221 in einem der blutigsten Massaker der Weltgeschichte dem Erdboden gleichgemacht.

Um ihre Herrschaft über dieses gigantische Reich auszuüben, bedurfte es eines funktionierenden Kommunikationsnetzes sowie einer immer wieder an die Veränderungen angepaßten Informationsbasis über fremde Völker. Dschingis Khan stützte sich dabei auf ein Netzwerk von Poststationen, die auf den wichtigsten Routen im Abstand von einer Tagesreise unterhalten wurden, um Boten mit Pferden, Futter und Nahrungsmitteln zu versorgen. Nachrichten dürfte er vor allem von den überwiegend muslimischen Kaufleuten bezogen haben, die bereits seit mehreren Jahrhunderten Kontakte bis nach China unterhielten. Der früheste Bericht stammt von einem Kaufmann namens Suleiman, der darüber im Jahr 851 eine noch erhaltene Niederschrift anfertigte.[44] Dieser und ähnliche Berichte zeigen, wie genau die muslimischen Händler das mittlere und östliche Asien kannten. Somit kam es vor allem darauf an, dieses Wissen «abzuschöpfen» und nutzbar zu machen. Diese Geheimdienstarbeit dürfte ein wesentlicher Grund für den Erfolg der mongolischen Expansion gewesen sein, die erst 1260 in der Schlacht von Ain Djalut (in Palästina) durch ein Mamlukenheer gestoppt wurde.

Die Mongolen unterhielten auch Beziehungen zu christlichen Herrschern. Sie versuchten sogar, diplomatisch und militärisch in die Kreuzzüge einzugreifen. Papst Innozenz IV. seinerseits suchte sie zur Sicherung der Kreuzfahrerstaaten zu gewinnen. Dazu schickte er den Franziskanermönch Johannes de Plano Carpini, einen Schüler des heiligen Franziskus, im Jahr 1245 zum Mongolenherrscher. Über diese Mission verfaßte Johannes eine Beschreibung, die uns überliefert ist.[45] Es begann ein mehrjähriger diplomatischer Austausch, bei dem der Groß-Khan einen christlichen Mongolen entsandte und der französische König Ludwig der Heilige den Dominikanermönch André de Longjumeau, der Persisch sprach. Aber erst der flämische Franziskaner Guillaume de Rubrouck drang auf seiner Mission von 1253/54 in die erst wenige Jahrzehnte alte mongolische Hauptstadt Karakorum vor. Sein Bericht ist noch heute lesenswert und gehört zu den ersten, die man im christlichen Abendland über die zentral- und ostasiatischen Völker erhielt.[46] Auch hier wird das mongolische Post- und Nachrichtensystem im Detail behandelt.

Zwei Jahrzehnte später brach der viel berühmter gewordene Marco Polo mit seinem Vater und seinem Onkel nach China auf, um erst nach 25

Jahren, im Jahr 1295, ins heimatliche Venedig zurückzukehren. Marco, der sich mehrmals den östlichen Herrschern als Bote zur Verfügung stellte, wußte sehr wohl, daß dieser Dienst zugleich geheimdienstlich genutzt werden sollte. Auch die Poststationen, genannt «jami», waren Umschlagplätze für allerlei Informationen. Das bestätigt der Franziskaner Odorico da Pordenone, der in den 1320er Jahren lange in China lebte. Nach seiner Beschreibung tauschten die an einer größeren Poststation zusammentreffenden Boten allerlei mündliche Informationen aus, die sich bei ihrer Rückkehr an den Hof zu einem aktuellen Lagebild einer größeren Region zusammenfügten.[47] Aus dieser Zeit gibt es einen Bericht, daß an der chinesischen Grenze bereits Pässe mit Bildern des Inhabers, vermutlich einem gezeichneten Portrait, verwendet wurden, um Spione mit falschen Dokumenten aufspüren zu können. Der berberische Reiseschriftsteller Ibn Battuta bezeichnete China als «das sicherste und angenehmste Reiseland». In den bewachten Herbergen würden die Reisenden täglich nach Sonnenuntergang von einem Beamten auf ihre Identität überprüft und für die Nacht im Gebäude eingeschlossen. Am Morgen komme derselbe Beamte wieder, um aufzuschließen und die Personenliste zu überprüfen. Das sei aber keineswegs unangenehm, da es genug Geflügel und sonstiges zu essen gebe. Nur Hammelfleisch sei eine Raritat.[48]

Geheimdienstliches in politischen und religiösen Schriften

Gewiß sind Reiseberichte und diplomatische Missionen aller Art ergiebige Quellen, aus denen man Informationen über geheimdienstliche Praktiken der Antike und des Mittelalters schöpfen kann. Oft ist diese Suche mühsam, weil die Netzwerke und Praktiken mit allen Mitteln getarnt und versteckt wurden. Vieles läßt sich allenfalls erahnen oder vermuten. Doch es gibt auch einige sehr direkte Beschreibungen, die man insbesondere in den sehr weit in die Geschichte zurückreichenden staatstheoretischen Schriften findet. Dabei handelt es sich zumeist um Anleitungen zur Herrschaftspraxis des Fürsten, also um normative politische Schriften, oder um militärtheoretische Anweisungen für den erfolgreichen Heerführer oder Flottenbefehlshaber.

Neben den zahlreichen Beispielen für Spionagetätigkeit in Chroniken und in der Literatur im alten China nimmt die *Kunst des Krieges* von Sunzi einen besonderen Platz ein. Der Verfasser war ein erfolgreicher General,

der um 500 v. Chr. lebte und seine Abhandlung angeblich für den König Helü des Staates Wu schrieb. Ob es sich dabei um eine Zusammensetzung mehrerer Schriften handelt, braucht uns hier nicht weiter zu beschäftigen. Bemerkenswert ist die prägnante Zuspitzung, mit der diese Schrift die wesentlichen Faktoren der Kriegführung erfaßt, ja eigentlich die gesamte Politik der inneren und äußeren Sicherheit.[49] Sie einen Klassiker zu nennen ist beinahe schon eine Untertreibung, denn ihr Einfluß sowohl auf Mao Tsetung als auch auf westliche Strategen, einschließlich des strategischen Denkens im wirtschaftlichen Bereich, ist größer als die eines jeden anderen thematisch verwandten Buches. Zwölf Kapitel behandeln eine Fülle von Aspekten, die von der Planung eines Militäreinsatzes bis zur Organisation der Streitkräfte und zu Einzelfragen der Taktik reichen. Das abschließende dreizehnte Kapitel handelt vom Einsatz der Spione, reicht aber auch hier in allerlei grundlegende Fragen der Machtpolitik hinein.

Zunächst befaßt sich Sunzi mit dem geheimdienstlichen Wissen, das er im wesentlichen als «Vorauswissen» versteht und das man sich nach seiner Überzeugung nicht durch die Befragung von Dämonen oder Geistern oder Sternen, auch nicht durch Analogieschlüsse ähnlich gelagerter Fälle beschafft, sondern nur durch Menschen, «die über die Lage beim Feind Bescheid wissen» – also durch Spione oder sonstige Gewährsleute. Kühl teilt er diese Personen in verschiedene Kategorien ein, um ihren Informationszugang, ihre Lebensweise sowie die anzuwendenden Spionagetechniken zu unterscheiden. Interessanterweise zählt er auch die Einflußnahme auf den Gegner und dessen Umfeld – insbesondere durch umgedrehte und durch «tote», also vorgetäuschte Spione – sowie die direkte Einwirkung, beispielsweise durch ein Attentat, zur Spionagetätigkeit. Modern gesprochen, vermischt er damit die Nachrichtenbeschaffung mit den verdeckten Aktionen (covert operations), ganz so, wie es auch bei den heutigen Großmächten der Fall ist.

Zwei Aspekte seiner Anleitung verdienen besondere Aufmerksamkeit. Zum einen die finanzielle Seite: «Eine große Militäroperation ist sehr kostspielig für ein Volk. Die Lage des Gegners nicht zu kennen, nur weil man die Aufwendungen für Spionage scheut, ist deshalb äußerst inhuman und paßt nicht zu einem aufrechten militärischen Befehlshaber oder Regierungsberater oder zu einem erfolgreichen [politischen] Führer. (…) niemand sollte so großzügig belohnt werden, wie ein Spion.» Zum anderen hebt Sunzi hervor, daß die Arbeit mit Spionen hohe intellektuelle und charakterliche Ansprüche an die eigene Führung stellt. «Man kann Spione

nicht [erfolgreich] einsetzen ohne Scharfsinn und Wissen [große Sachkenntnis], man darf sie nicht einsetzen ohne Menschlichkeit und ohne einen Sinn für Gerechtigkeit. Nur mit großer Sorgfalt erfährt man von ihnen die Wahrheit.»

Formuliert man daraus eine Ökonomie der Spionage, so liegt ihr großer Wert im Gewinn, der sich im Vergleich zur Unkenntnis über den Gegner ergibt. Billig ist Spionage nicht in absoluten Zahlen, sondern im Vergleich zu den Konsequenzen aus ihrem nicht erfolgten oder falschen Einsatz. Dieser Gewinn kann jedoch nur erzielt werden, wenn man gleichermaßen in die Entlohnung des Spions und in das Spionagemanagement seitens der eigenen militärischen sowie politischen Führung investiert. Allerdings findet sich bei Sunzi noch kein Hinweis auf eine Professionalisierung dieses Managements. Seine Lehrsätze richten sich an die Person des Herrschers oder des obersten Militärführers. Er argumentiert überwiegend personalistisch, also noch nicht in den Kategorien eines bürokratischen, arbeitsteiligen Führungsapparates.

Tatsächlich gab es in China trotz seiner im Vergleich zur europäischen Staatlichkeit frühen Bürokratisierung einen komplex organisierten Geheimdienst erst seit dem Ende des ersten nachchristlichen Jahrtausends. [50] Das galt insbesondere in den Grenzregionen. Zuständig waren Beamte, deren Amtsbezeichnung allerdings davon nichts preisgab. Die Organisation selbst wurde geheimgehalten, nicht nur ihre Tätigkeit. «… nichts ist geheimer als die Spionage», wie Sunzi schrieb. Allerdings wurde im Strafrecht immer wieder auf den Geheimnisverrat und die Spionage (für den Feind) Bezug genommen. In besonders schweren Fällen wurde nicht nur die Todesstrafe, sondern auch die Sippenhaftung angedroht. Sodann wußte jedermann, daß insbesondere in Kriegszeiten die Bevölkerung mit einem engmaschigen Überwachungssystem überzogen wurde, wobei bestimmte Berufsgruppen wie Reisende, Mönche, Wahrsager und umherziehende Handwerker als besonders verdächtig galten.

Auch im alten Indien gab es eine hochentwickelte Tradition von Spionage, die sich besonders griffig in den politischen Lehren und Maximen des Kautilya zu erkennen gibt. Bei diesem Autor handelt es sich um einen legendären Minister des Maurya-Königs Candragupta, der von 320 bis 297 v. Chr. regierte. Die Urheberschaft dieses Staatslehrbuches mit dem Titel *Arthashastra* – darin stecken die Begriffe Macht und Wohlstand – ist kompliziert. Es handelt sich vermutlich um zwei Autoren, die im Abstand von 100 Jahren an diesem Text schrieben, der erst zu Beginn des

20. Jahrhunderts entdeckt und übersetzt wurde. Unzweifelhaft spiegelt diese Schrift wesentliche Aspekte der politischen Kultur und Herrschaftspraxis im antiken Indien.[51]

Die Bedeutung der geheimdienstlichen Tätigkeit, so der Grundtenor dieser Schrift, ergibt sich aus einem skeptischen Menschenbild. Der Untertan wird als latente Gefahr für die Herrschaft des Königs betrachtet. Ihn zu überwachen und sich gleichzeitig über die Intentionen der Feinde des Königs fortlaufend zu informieren, ist somit eine wichtige Aufgabe der Politik. Damit ist ein Bezug zu wesentlich älteren Überlieferungen hergestellt, die von den Augen des Königs sprechen, welche sehen, selbst wenn der König schläft. Ohne Überwachung und Spionage erschien eine stabile politische Herrschaft undenkbar. Der griechische Diplomat Megasthenes, dessen Bericht seiner Mission am Hofe des eben genannten Königs Candragupta wenigstens in Fragmenten überliefert ist, spricht sogar von einer eigenen Kaste der Aufseher, welche die Bevölkerung systematisch überwacht und dem König Bericht erstattet. Der von ihm verwendete griechische Begriff *episkopoi* läßt sich als Späher übersetzen, aber auch als Aufseher. In der christlichen Kirche wird er bekanntlich zum Bischof.

Wie bei Sunzi wird die Regierungsgewalt mit der Person des Herrschers gleichgesetzt. Dieser habe sich in einem aus acht Zeitabschnitten bestehenden Arbeitstag mehrmals mit geheimdienstlicher Tätigkeit zu befassen. Genannt werden die Mitteilungen der Spione, die Unterredung mit Geheimagenten und die persönliche Beauftragung derselben. Damit sollen vermutlich der besondere Stellenwert dieser Vorgänge und ihre logische Unterteilung in mehrere Arbeitsgebiete zum Ausdruck gebracht werden, denn es ist schwer vorstellbar, daß ein König diese Kontakte in jedem Fall persönlich pflegen konnte. Allein die Entgegennahme und Verifikation der Meldungen verlangte einen erheblichen Aufwand, denn als zuverlässig galten hier wie übrigens auch im Strafrecht bestimmte Aussagen erst, wenn sie durch drei Zeugen belegt werden konnten.

Bei der differenzierten Beschreibung der vielfältigen Agententypen fällt auf, wie stark man sich auf Personen stützte, die sich als gesellschaftliche Randfiguren, Versager oder sonstwie dem «normalen Leben» entzogene Leute bezeichnen lassen. Bei den nicht ortsgebundenen Spionen, zu denen auch Werber und Übermittler zählten, nennt die *Arthashastra* ihrem Gelübde untreu gewordene Bettelmönche, verarmte Bauern und Kaufleute sowie Asketen, die mit ihren Schülern von Stadt zu Stadt ziehen. Man

erwartete, daß sich derartige Menschen ein Zubrot verdienen wollten.

Mit einer zweiten Kategorie, den mobilen Agenten, sollten einerseits die hohen Beamten des Reiches ausgespäht und überwacht werden. Andererseits sollten sie Spezialeinsätze bis hin zu Auftragsmorden ausführen. Das eine erforderte den unverdächtigen Zugang zu den führenden Gesellschaftsschichten, wofür sich beispielsweise Witwen aus (privilegierten) Brahmanenfamilien besonders eigneten. Das andere bedurfte tapferer Männer, sogenannter Sattrin-Agenten (benannt nach dem Wort für Hinterhalt), die sich in diversen Künsten der Zeichendeutung und Wahrsagerei sowie in den Zauberkünsten auszukennen hatten. Als Köche, Kellner, Diener und Barbiere getarnt, drangen sie in die unmittelbare Nähe der Zielperson vor. Einen derartigen Zugang konnten sich auch Bucklige, Musiker, Tänzer und Randexistenzen der Gesellschaft verschaffen. Sodann ist dort von einem eigenen Geheimdienst des Obersteuereinnehmers die Rede, der geheime Einkünfte ausfindig machen und dabei ebensolche Personen, ja sogar Geisteskranke und Blinde einsetzen sollte.

Ausführlich wird beschrieben, welchen Prüfungen ihres Charakters und ihrer Zuverlässigkeit diese Agenten über sich ergehen lassen mußten: Der König gibt vor, gegen eine religiöse Verpflichtung verstoßen zu haben, was angeblich «allen gefällt». Die richtige Antwort ist, dem König und der angeblichen Mehrheitsmeinung zu widersprechen. Ein Heerführer gibt zum Schein vor, eine Verschwörung gegen den König zu planen. Der zuverlässige Agent verweigert standhaft seine Mitwirkung. Einem Minister wird zugeflüstert, die Hauptgemahlin des Königs begehre ihn und werde ihn reich belohnen. Wenn er sein Amt und seinen Kopf retten will, muß er sich weigern, auf das verlockende Angebot einzugehen.

Als besonders gefährlich galten die Prinzen der Königsfamilie, denn ihnen würde es am ehesten möglich sein, den König zu stürzen und zu ersetzen. Durch die genaue Beobachtung ihrer persönlichen Eigenschaften, insbesondere ihrer Schwächen, sollten sie in Schach gehalten werden. Im äußersten Fall sollte der Rivale durch einen Agenten beseitigt werden. Man sprach von «stiller Strafgewalt», die neben den regulären Gerichten ihren Platz hatte.[52]

Um auswärtige Feinde zu schwächen, sollte eine Fülle von Methoden angewendet werden. Einflußagenten sollten unter der Bevölkerung Gerüchte streuen. Angebliche Opponenten des Königs sollten sich dem fremden Monarchen als Vertrauensleute anbieten, um dessen Absichten

und die Verhältnisse am fremden Hof auszuforschen. Gesandte durften eingesetzt werden, um bei benachbarten Herrschern Geheiminformationen zu sammeln.

Sogar eine Gehaltsliste für Agenten findet man im *Arthashastra*. Im Unterschied zu Sunzi sind die Besoldungsvorschläge dürftig. Mit 1000 *panas* lag die oberste Gruppe der Geheimagenten auf dem Besoldungsniveau der Wahrsager, Astrologen und Barden. Einfachen Zuträgern von Informationen billigte man nur 250 *panas* zu, was dem Gehalt eines Schauspielers entsprach.

Wieweit diese Vorschläge und politischen Empfehlungen berücksichtigt wurden, läßt sich nur sporadisch aufzeigen. Die großen Epen der Sanskritdichtung wissen allerlei über Spionage und Verschwörungen zu berichten. Eine Tradition der sachlich-nüchternen Chronik oder Historiographie, wie man sie aus anderen Kulturen kennt, gibt es im alten Indien jedoch nicht. Abgesehen von den staatstheoretischen Schriften, unter denen das *Arthashastra* herausragt, müssen wir nach literarisch verkleideten Spuren suchen. Immerhin beruft sich der moderne indische Geheimdienst – das Intelligence Bureau und, seit den 1960er Jahren, seine Nachfolger – auf die Tradition des Kautilya und beansprucht damit, der weltweit älteste zu sein.[53]

Eine zugleich religiöse und literarische Darstellung antiker Spionage findet sich im Alten Testament, insbesondere in der Geschichte des jüdischen Volkes nach dem Auszug aus Ägypten, der sich auf das Jahr 1490 v. Chr. datieren läßt. Den Kern der Erzählung bildet das Ringen dieses Volkes mit seiner Religion, seinem einzigen Gott. Doch die ethnischen und persönlichen Konflikte, die Persönlichkeit und Führungsrolle des Moses sowie seine Konflikte mit anderen Führungsfiguren bestimmen das dahinterstehende menschliche Drama. Hinzu kommt die große Politik der Willensbildung und der langfristigen Strategie, die schließlich in der Eroberung des Abraham von Gott verheißenen Landes Kanaan mündet.

Dabei ist die biblische Erzählung sehr konkret auf den gewaltsamen Charakter dieser Landnahme gerichtet. «Wenn ihr den Jordan überschritten und Kanaan betreten habt, dann vertreibt vor euch alle Einwohner des Landes und vernichtet alle ihre Götterbilder! Alle ihre aus Metall gegossenen Figuren sollt ihr vernichten und alle ihre Kulthöhlen zerstören. Dann nehmt das Land in Besitz und laßt euch darin nieder; denn ich habe es euch zum Besitz gegeben.»[54] Es handelte sich also um

einen göttlichen Auftrag zur Eroberung und zur vollständigen Vertreibung der ansässigen Bevölkerung!

Moses bereitete diese Operation vor, durfte sie jedoch nach Gottes Willen nicht mehr zu Ende bringen. «Der Herr sprach zu Moses: Schick einige Männer aus, die das Land Kanaan erkunden, das ich den Israeliten geben will. Aus jedem Väterstamm sollt ihr einen Mann aussenden, und zwar jeweils einen der führenden Männer.»[55] Die Bibel zählt diese zwölf Stammesführer namentlich auf und berichtet den genauen Spionageauftrag des Moses: «Zieht von hier durch den Negeb und steigt hinauf ins Gebirge! Seht, wie das Land beschaffen ist und ob das Volk, das darin wohnt, stark oder schwach ist, ob es klein oder groß ist; seht, wie das Land beschaffen ist, in dem das Volk wohnt, ob es gut ist oder schlecht und wie die Städte angelegt sind, in denen es wohnt, ob sie offen oder befestigt sind und ob das Land fett oder mager ist, ob es dort Bäume gibt oder nicht. Habt Mut und bringt Früchte des Landes mit! Es war gerade die Zeit der ersten Trauben.» Weltlich gesprochen handelte es sich um eine Mischung aus militärischer und wirtschaftlicher Spionage.

Die Späher begaben sich einzeln ins Feindesland, um im Falle der Enttarnung rechtzeitig fliehen zu können. Nach vierzig Tagen kehrten sie zurück. Ihre Berichte allerdings stürzten das Volk Israel in eine Führungskrise. «Es ist wirklich ein Land, in dem Milch und Honig fließen; das hier sind seine Früchte. Aber das Volk, das im Land wohnt, ist stark und die Städte sind befestigt und sehr groß.» Sie sprachen von Riesen und von der beängstigenden Stärke des Gegners. «Wir können nichts gegen dieses Volk ausrichten; es ist stärker als wir.»[56]

Nun spielte sich ein gewaltiges Drama ab, in dem zunächst die zweifelnde, emotionalisierte Volksmasse Moses und Aaron, dessen älteren Bruder, steinigen wollten. Im Zorn drohte Jahwe die Vernichtung seines Volkes an, wurde aber durch die Fürsprache des Moses wieder auf den Kurs des geduldigen Überzeugens zurückgeführt. Zwei der Stammesführer, Josua und Kaleb, gaben eine positive Einschätzung der Lage: «Lehnt euch nur nicht gegen den Herrn auf! Habt keine Angst vor den Leuten in jenem Land; sie werden unsere Beute. Ihr schützender Schatten ist von ihnen gewichen, denn der Herr ist mit uns. Habt keine Angst vor ihnen!»[57] Sie konnten sich zunächst nicht behaupten, wurden jedoch vom göttlichen Strafgericht ausgenommen, das über die Zweifler und Protestierer herabfiel. Nur wer an das Versprechen Gottes glaubte, sollte das verheißene Land betreten.

Josua übernahm nach dem Tod Moses' die Führung. Er schickte zwei Spione in die Stadt Jericho, dessen König jedoch über eine effiziente Spionageabwehr verfügte, welche sich rasch an die Fersen der Hebräer heftete. Sie brachten das Quartier der beiden in Erfahrung und wollten die Wirtin namens Rahab zur Herausgabe zwingen. Ob diese Frau wirklich eine Prostituierte war, wie es in den gängigen Übersetzungen heißt, sei dahingestellt. Eventuell wurde dieser Status nur deshalb vermutet, weil sie keinen Ehemann hatte und eine außerordentliche Schläue an den Tag legte. Von höchster Bedeutung ist, wie sie aus dem Besuch der beiden hebräischen Agenten eine Rettungsstrategie nicht nur für diese, sondern auch für ihre eigene Familie konstruierte.

Zunächst einmal führte sie die Abwehragenten in die Irre, indem sie ihnen glaubhaft versicherte, die beiden Hebräer hätten bereits die Stadt wieder verlassen. In Wirklichkeit hatte sie die Fremdlinge auf dem Hausdach unter allerlei tarnendem Material versteckt. Sodann schlug sie den Geretteten einen Pakt vor: «Ich weiß, daß der Herr euch das Land gegeben hat und daß uns Furcht vor euch befallen hat und alle Bewohner des Landes aus Angst vor euch vergehen. Denn wir haben gehört, wie der Herr das Wasser des Schilfmeers euretwegen austrocknen ließ, als ihr aus Ägypten ausgezogen seid. Wir haben auch gehört, was ihr mit Sihon und Og, den beiden Königen der Amoriter jenseits des Jordan, gemacht habt: Ihr habt sie dem Untergang geweiht. Als wir das hörten, zerschmolz unser Herz und jedem stockte euretwegen der Atem; denn der Herr, euer Gott, ist Gott droben im Himmel und hier unten auf der Erde.»[58]

Rahad war eine scharfe Analytikerin. Sie erkannte die schlechte Moral der eigenen Bevölkerung und die überlegene Kraft der Gegner, die sie nicht allein aus deren Nähe zu Gott, sondern auch aus konkreten politisch-militärischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit schloß. Im Grunde genommen instrumentalisiert sie die beiden hebräischen Agenten für eine Strategie des eigenen Überlebens: «Nun schwört mir beim Herrn, daß ihr der Familie meines Vaters euer Wohlwollen erweist, wie ich es euch erwiesen habe, und gebt mir ein sicheres Zeichen dafür, daß ihr meinen Vater und meine Mutter, meine Brüder und meine Schwestern und alles, was ihnen gehört, am Leben laßt und daß ihr uns vor dem Tod bewahrt.»

Die Tatsache, daß die beiden Agenten einen Pakt abschließen konnten, der die gesamte eigene Militärführung verpflichtete, läßt wohl auf ihre hohe Herkunft und ihr Vertrauensverhältnis zu Josua schließen. Taktisch gesehen, lag ein großer Vorteil dieses Paktes nicht nur in der

stillschweigenden Unterstützung durch Rahads Familie, sondern auch in der günstigen Lage ihres Hauses direkt an der Stadtmauer, ja sogar mit einem Fenster zur Außenseite der Mauer, durch welches sich die beiden Spione abseilen konnten. An dieses Fenster sollte Rahab eine geflochtene, purpurrote Schnur binden, um den hebräischen Angreifern das Sanktuarium von Rahabs Familie zu signalisieren.

Nach ihrer Rückkehr berichteten die beiden dem Josua: «Sie erzählten ihm alles, was sie erfahren hatten, und sagten: Der Herr hat uns das ganze Land ausgeliefert; alle Bewohner des Landes vergehen aus Angst vor uns.»[59] In der Tat beschreibt der Text Josua im sechsten Kapitel, daß die Eroberung Jerichos in einer Mischung aus religiöser Demonstration mit der Bundeslade und einer ohrenbetäubenden Geräuschkulisse aus organisiertem Geschrei und dem schrillen Ton der Widderhörner gelang. Man könnte von psychologischer Kriegführung sprechen.

Dann jedoch hob ein fürchterliches Gemetzel an. «Mit scharfem Schwert weihten sie alles, was in der Stadt war, dem Untergang, Männer und Frauen, Kinder und Greise, Rinder, Schafe und Esel. Zu den beiden Männern, die das Land erkundet hatten, sagte Josua: Geht zu dem Haus der Dirne und holt von dort die Frau und alles, was ihr gehört, wie ihr es ihr geschworen habt. Da gingen die jungen Männer, die Kundschafter, und holten Rahab, ihren Vater, ihre Mutter, ihre Brüder und alles, was ihr gehörte; sie führten ihre ganze Verwandtschaft (aus der Stadt) heraus und wiesen ihnen einen Platz außerhalb des Lagers Israels an. (…) So wohnt ihre Familie bis heute mitten in Israel …»[60]

Diese Belohnung läßt sich religiös interpretieren, wie mehrere biblische Texte die Tat der Rahab auslegen. «Aufgrund des Glaubens kam die Dirne Rahab nicht zusammen mit den Ungehorsamen um; denn sie hatte die Kundschafter in Frieden aufgenommen» – heißt es im Paulusbrief an die Hebräer und ähnlich im Evangelium des Jakobus.[61] Wer den Willen Gottes vollzieht, wird gerettet – übrigens nicht nur individuell, sondern mit seinen Angehörigen und samt Familienbesitz. Doch sehen wir auch die weltliche Botschaft dieser erfolgreichen Geheimdienstoperation: Überläufer werden fürstlich belohnt, sofern ihr politisches Kalkül aufgeht.

Schließlich soll uns Rahabs purpurroter Faden auf die Bedeutung der geheimen Botschaften, Signale und Zeichen im Bereich der geheimdienstlichen Tätigkeit erinnern. Geheime Signale haben sich in vielerlei Varianten entwickelt. Als deren höchste Komplexität könnte man die Schrift bezeichnen, also die Fähigkeit, die menschliche Kommunikation

der Sprache unbegrenzt durch Zeit und Raum zu übermitteln.

Schrift und Geheimschrift

Als in den mesopotamischen Stadtstaaten die ersten Schriftsysteme in Gebrauch kamen, brauchte man keine Sorge wegen des unbefugten Zuganges zur niedergeschriebenen Information zu haben.[62] Schrift war selbst ein Geheimcode und nur wenigen Personen zugänglich. Ihr Gebrauch diente zunächst dazu, wichtige Daten der Lebensmittelproduktion und -lagerung festzuhalten – eine wichtige politische Aufgabe zum Erhalt der politisch-gesellschaftlichen Stabilität –, und wurde später auf weitere Verwaltungsbereiche sowie auf religiöse Mitteilungen ausgedehnt. Die ägyptische Keilschrift wurde von Herodot bereits als «dem Volke zugehörig» beschrieben, war also einer Vielzahl von Personen zugänglich.

Den Durchbruch zur Buchstabenschrift, wie die vom Lateinischen abgeleitete Schrift der mittel- und westeuropäischen Sprachen von heute, ist vermutlich den Phöniziern zu verdanken, die allerdings zunächst noch keine Vokale schrieben, sondern die Konsonanten durch Punkte und Häkchen ergänzten, wie es noch heute im Arabischen oder im Hebräischen geschieht. Andere Kulturen entwickelten Silbenschriften (Indien, Japan) oder Bilderschriften (China). Je komplizierter diese Schriften waren, desto deutlicher ist ihre Funktion als Medium geheimer oder doch zumindest vertraulicher Botschaften aller Art. Umgekehrt mußte die leichte Lesbarkeit und eine weite gesellschaftliche Verbreitung dazu führen, daß Methoden der Geheimhaltung gebraucht wurden, um schriftliche Informationen einem gezielten Kreis von Empfängern vorzubehalten. Wer sich geheimdienstlich betätigte, hatte logischerweise das größte Interesse an diesen Techniken der Geheimschriften.

Das früheste bekannte Beispiel dürfte ein altägyptischer Hieroglyphentext sein, dessen Bilderzeichen untypische Abweichungen und Symbole aufweisen. Auch aus der mesopotamischen Keilschriftüberlieferung gibt es Beispiele, die auf eine Art von Kryptographie, also Geheimschrift, hindeuten. Im wesentlichen funktioniert die Kryptographie nach dem Prinzip des Zeichentausches, bei Buchstabenschriften also des Austausches von Buchstaben. Zur Entzifferung braucht der Empfänger einer solchen Nachricht den

passenden Schlüssel. Das heißt, er muß wissen, nach welchem System die Buchstaben vertauscht wurden.

Zu den bekanntesten Schlüsseln der Antike zählt die spartanische Skytale. Es handelt sich hier um einen Stock, um den ein langer schmaler Lederstreifen gewickelt wird (spiralförmig). Dieser Streifen wird so beschriftet, daß sich die Buchstaben zu Wörtern und Sätzen fügen, sofern dabei ein Stock von einer exakt vorgegebenen Dicke verwendet wird. Somit ist die Dicke des Stockes der Schlüssel, der es erlaubt, die unverständliche Buchstabenfolge zu einer verständlichen sprachlichen Botschaft werden zu lassen. Das Prinzip läßt sich mit einem Papierstreifen imitieren, den man um einen Kochlöffel oder einen Besenstiel wickelt, dann in Richtung seiner Achse beschriftet und wieder abnimmt. Die Buchstabenfolge des Papierstreifens ergibt ohne das Rundholz keinen Sinn.

Der griechische Historiker Plutarch beschreibt in seiner Biographie des spartanischen Generals Lysander, wie dieser während des Peloponnesischen Krieges (431–404 v. Chr.) einen Überraschungsangriff der Perser vereiteln konnte, weil er mittels einer Skytale-Botschaft den betroffenen Frontabschnitt warnen konnte. Neben diesem taktischen Nachrichtenverkehr der verschiedenen Truppenteile erwähnt Plutarch aber auch, daß die Ephoren, also die hohen gewählten Politiker, mit ihrem Militärbefehlshaber mittels Skytale in Verbindung standen. Hier diente das Verschlüsselungssystem als Führungsinstrument, als Mittel der politischen Kontrolle über das Militär. Nach Abschluß des Peloponnesischen Krieges im Jahr 404 schickten sie Lysander eine Abmahnung und den Befehl zur sofortigen Heimkehr, da er sich in Westkleinasien gegenüber den von athenischer Herrschaft befreiten Städten wie ein Tyrann aufführte.[63]

An dieser Stelle seiner Geschichte gibt uns Plutarch eine genaue Beschreibung der Skytale.[64] Er fügt allerdings eine Geschichte an, die den begrenzten Wert dieses Informationsweges aufzeigt, denn die Nachricht läßt sich nicht authentifizieren. Deshalb drängt Lysander seinen politischen Gegenspieler Pharnabazos, in einem versiegelten Brief seine Anschuldigungen zu widerrufen. Doch dieser vertauscht den vereinbarten Brief mit einem anderslautenden Text, den Lysander trickreich unterschob, womit die Authentifizierung zur Farce wurde.

Zur Interpretation seiner rund 500 Jahre später verfaßten Biographie Lysanders bleibt hinzuzufügen, daß Plutarch bei seinen Lesern durchaus

die Kenntnis der klassischen Darstellungen wie jene des Thukydides (eines Zeitzeugen der Peloponnesischen Kriege) explizit voraussetzt. Den Skytale jedoch hielt er für eine weithin unbekannte Besonderheit. Deshalb seine ausführliche Beschreibung, die von vielen späteren Autoren übernommen wurde, darunter von dem im folgenden Jahrhundert tätigen Historiker Gnaeus Gellius, der Plutarchs Beschreibung fast wörtlich kopierte. Allerdings finden sich zahlreiche Hinweise auf den Skytale sogar bei den griechischen Theaterschriftstellern Aristophanes und Nikophron sowie bei dem Athener Historiker Xenophon. Die Fülle solcher Hinweise läßt den Althistoriker Wolfgang Kuhoff zu dem Schluß kommen, daß zumeist tragische Helden mit dem Skytale in Verbindung gebracht wurden. Die fehlerlose geheime Nachrichtenübermittlung war den Spartanern bei ihrer Expansionspolitik sichtbar nützlich, konnte jedoch deren historischen Niedergang nicht abwenden.[65]

In der griechisch-römischen Antike finden sich zahlreiche Beispiele für Geheimbotschaften. Eine besonders zeitraubende muß jene gewesen sein, bei der einem kahlgeschorenen Sklaven die Geheimbotschaft auf den Schädel geschrieben wurde. Der arme Mann konnte selbstverständlich erst losgeschickt werden, wenn sein Haarwuchs die Schrift verdeckte. Verschiedentlich wird auch berichtet, daß beschriebene Holztafeln mit Wachs oder abwaschbarer Farbe überzogen wurden, um die geheime Botschaft zu kaschieren. Auch die unsichtbare Tinte, welche man durch Erwärmen oder andere Techniken wieder lesbar macht, ist für die Antike belegt. In diesen Fällen spricht man allerdings von Steganographie, denn im Unterschied zur Kryptographie wird hier am lesbaren Schriftbild nichts verändert. Jeder Unautorisierte könnte den Text lesen, falls er das Versteck wüßte.[66]

Beide Techniken, die Kryptographie und die Steganographie, wurden durch die Jahrhunderte fortentwickelt, wobei erstere im elektronischen Zeitalter einen ungeheueren Aufschwung erlebte, von dem noch zu berichten sein wird.

Eine frühe Form der Kryptographie benutzte Julius Caesar, der Teile seiner Korrespondenz verschlüsselte, indem er jeden Buchstaben seines Textes durch den jeweils dritten im Alphabet folgenden ersetzte. Sein Adoptivsohn, der nachmalige Kaiser Augustus, gebrauchte den jeweils nächstfolgenden Buchstaben zur Verschlüsselung. Hieraus soll sich die Redensart ableiten, man wolle jemandem «ein X für ein U» vormachen.[67] Denkbar war auch, griechische mit lateinischen Buchstaben zu

vertauschen oder Zahlen für Buchstaben einzusetzen. Doch jede dieser regelhaften Substitutionen hat einen großen Nachteil. Ein geschickter Tüftler kann sie rasch aufdecken. Sobald das Prinzip an einem einzigen Wort geknackt ist, geht es wie mit der Dominoreihe, bei der ein Stein umfällt und alle anderen mitnimmt. Mit einem einzigen, zudem einfachen Schlüssel werden alle Wörter rasch lesbar. Allerdings gibt es schon bei dieser einfachen Caesar-Methode 25 verschiedene Schlüssel, da man statt des nächsten, übernächsten oder dritten Folgebuchstaben auch den vierten, fünften und so fort nehmen und so das gesamte Alphabet von 25 nutzen kann. Bei einer völlig freien Kombinierbarkeit wäre die Zahl der Möglichkeiten eine Vier mit 26 Nullen.

Das volle Ausmaß von Kryptographie und Steganographie in der Antike läßt sich nicht genau bestimmen. Wir sind auf verstreute Hinweise in den Quellen angewiesen. Immerhin zählt das indische *Kamasutra*, jenes zwischenmenschliche Verhaltenslehrbuch der besonderen Art aus der Sanskritliteratur des 3. Jahrhunderts n. Chr., die Geheimschriften zu den 64 Künsten, die eine Frau beherrschen sollte, um heimliche Liebesabenteuer zu arrangieren. Der häufigste Gebrauch dürfte in den Bereichen Diplomatie und Militär, aber auch bei Verschwörungen und heimlichen Beziehungen aller Arten erfolgt sein.

Von besonderem Interesse für die Geschichte der verschlüsselten und versteckten Botschaften ist, was ein arabischer Gelehrter des 9. Jahrhunderts, also zur Zeit der Enkel Karls des Großen, herausfand und niederschrieb: die Häufigkeitsanalyse als Mittel der Entschlüsselung. Man nehme einen Text der gleichen Sprache, so Al-Hindi, und zähle die Häufigkeit der einzelnen Buchstaben. Im verschlüsselten Text wird der am häufigsten auftretende (substituierte) Buchstabe (oder das häufigste Zeichen) dem häufigsten des lesbaren Textes entsprechen. Das gleiche gilt für die relative Häufigkeit der übrigen Buchstaben oder Zeichen. Im Deutschen steht der Buchstabe «e» mit 17,4 Prozent an erster Stelle, das «n» mit 9,78 Prozent an zweiter Stelle – und so fort. Derartige für jede Sprache unterschiedliche Durchschnittshäufigkeiten erfahren Abweichungen je nach Autor, Sachbezug, Sprachniveau und spezifischem Sprachgebrauch. Doch sie liefern immerhin einen von mehreren Ansätzen zur Entschlüsselung. So zeigt diese erst 1987 in einem Istanbuler Archiv wiedergefundene Schrift, daß man bereits sehr früh das Potential einer systematischen Vorgehensweise erkannt hat, die es erlaubt, einen Schlüssel zu knacken. Zugleich machen die Probleme der Kryptographie

klar, warum die sichere Übermittlung von Geheiminformationen durch Boten oder im direkten persönlichen Kontakt von Bedeutung blieb – quer durch die Jahrhunderte.

Im Rückblick des Historikers mag es scheinen, als bewege sich die gesamte Geschichte auf die Gegenwart zu. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Geschichte kennt viele Sackgassen und Irrwege. Doch eine gewisse Fortentwicklung der geheimdienstlichen Tätigkeit, ihrer Methoden und Instrumente ist unverkennbar. Geheimes Wissen wird überliefert, die Überlieferung wird zum Ausgangspunkt von Innovationen. Sobald man sich diese Grundbedürfnisse in Politik, Wirtschaft, Diplomatie und Militär klarmacht und diese mit den denkbaren Möglichkeiten der geheimdienstlichen Tätigkeiten verknüpft, kommt einem die Geschichte dieser Tätigkeiten seltsam vertraut vor – über alle gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen hinweg. Das hat vor allem damit zu tun, daß bestimmte menschliche Eigenschaften und Grundbedürfnisse die gleichen bleiben. Insbesondere die Person des Spions oder des Verräters, des Agentenführers, des Nachrichtenanalytikers und des Anwenders von geheimdienstlichen Informationen läßt sich quer durch die Geschichte wiedererkennen. Es sei nicht geleugnet, daß es auch hier gewisse Lernkurven gibt. Menschliche Verhaltensweisen werden verbessert. Doch die großen Veränderungen finden wir nicht hier, sondern beim Einsatz technischer Mittel, der allerdings erst mit den wissenschaftlichen Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert zu grundlegenden Veränderungen führt.

Insofern lassen sich die Jahrhunderte von der Antike bis zur technischen Moderne als eine Zeit des langen Übergangs beschreiben. Das Kennzeichen dieser langen Zeitspanne ist eine schrittweise Personalisierung und Individualisierung. Mehr und mehr lernen wir den Spion, seine Helfer, seine Opfer und seine Nutznießer aus der persönlichen Nähe kennen. Wir erfahren ihn als Mitmenschen und damit die geheimdienstliche Tätigkeit als eine zutiefst menschliche.

3 Neue Gegner: religiöse, revolutionäre, konterrevolutionäre und nationale Kräfte

Durch den Zusammenbruch des weströmischen Reiches und die Jahrhunderte der Völkerwanderungen wurde das mittlere und westliche Europa in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen. Zwar hat die historische Forschung zahlreiche Beispiele gefunden, in denen Restbestände von hochentwickelter Staatlichkeit, also von institutionell geregelter Verwaltung, Rechtsprechung und politischer Herrschaft, fortexistierten. Doch wenn man im England von König Alfred oder in Franken unter Karl dem Großen an einer Art Renaissance, das heißt an der Wiederentdeckung der antiken Bildung und am Aufbau von königlichen Kanzleien, arbeitete, so wurde dabei nur allzu deutlich, wie mühsam es war, sich dem Entwicklungsstand der antiken Reiche anzunähern.

Das galt auch für die systematische Sammlung von Nachrichten über Nachbarn, Feinde und sonstige fremde Völker, die wir im weitesten Sinne zu den geheimdienstlichen Tätigkeiten zählen, sowie für die Technik der Informationsbeförderung durch Post und Kuriere auf dem Landweg oder mit regelmäßigen Schiffsverbindungen. An allem mangelte es. Gewiß macht es die bis ins Hochmittelalter reichende Dürftigkeit der schriftlichen Überlieferungen schwer, geheimdienstliche Tätigkeit umfassend und kontinuierlich nachzuweisen. Das gilt sogar für die Kriegführung, zumal der typische Rittersmann jener Zeit sich von der Schriftlichkeit fernhielt, wenn er nicht gar wie Karl der Große Analphabet war. Soweit Politik auf Schriftlichkeit basierte, lag sie nun weitgehend in den Händen der Kirche, wobei sie selbst dort bei einer Minderheit von Mönchen und Geistlichen konzentriert war. Die Idee einer durchgehend akademisch gebildeten Priesterschaft lag noch in weiter Ferne.

Schriftbewanderte Geistliche gab es in praktisch allen königlichen Kanzleien. Sie wurden nur langsam durch weltliches Personal abgelöst. Bis ins 17. Jahrhundert finden wir Geistliche an der Spitze der

Staatsverwaltung sowie unter den engsten Beratern der Könige. Man denke an die Kardinäle Richelieu unter Ludwig XIII. von Frankreich und Mazarin unter dem jungen Ludwig XIV. oder an den Herzog von Lerma, ebenfalls ein Kardinal, unter Philipp III. von Spanien.

Somit war die Geistlichkeit eng mit der Wiederentstehung moderner Staatlichkeit verbunden. Kein Wunder also, daß sie dort auch mit dem zunehmend systematischen Einsatz von geheimdienstlichen Mitteln zu tun hatte. Als erster moderner bürokratisch-institutionalisierter Staat darf übrigens der Kirchenstaat gelten, wobei die Päpste zugleich Pioniere der internationalen Berichterstattung über die politischen und geistigen Verhältnisse in der Welt waren. Wie sonst hätte die Weltkirche als Organisation entstehen und sich behaupten können? Ob wir jedoch im Kontext der päpstlichen Politik und Diplomatie tatsächlich von einem «Geheimdienst des Papstes» sprechen können, wird noch zu erörtern sein.

Man darf sich die allmählich entstehende moderne Staatlichkeit samt ihrer versteckten geheimdienstlichen Instrumente nicht als Einheitsmodell vorstellen. Vielmehr herrschte eine Fülle von Varianten. Selbst die Monarchien bestanden aus einer Kombination von regionaler Königsherrschaft und feudaler Adelsherrschaft, die von Fall zu Fall immer wieder anders aussah. Sodann gab es vor allem im nördlichen Italien sowie in Deutschland Stadtrepubliken, unter denen Florenz, Genua, Venedig und Nürnberg hervortraten. In Deutschland existierten kirchliche Territorien, die in einigen Fällen von mächtigen Bischöfen (sogar von Fürstbischöfen), in anderen von Klöstern regiert wurden. Zählt man noch die Mischformen wie die von einem gewählten König geführte polnischlitauische Adelsrepublik, das deutsche Wahlkaisertum, die Wahlmonarchie des Papsttums, die teilsouveränen deutschen Rittertümer sowie die Ordensstaaten, insbesondere der Templer, hinzu, so kommt man auf eine verwirrende Vielfalt politischer Organisationsformen.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Struktur dieser politischen Systeme nur schwer zu durchschauen war. Die Rechte und Kompetenzen rührten oft aus komplizierten Überlieferungen her, ließen vielerlei Ausnahmen zu und waren häufig nur durchsetzbar, sofern auf allen Seiten der gute Wille dazu bestand. Gegen die Mächtigen konnte selbst das verbriefte Recht sich nur schwer behaupten. Willkür war an der Tagesordnung.

Erbfolgekriege zwischen Frankreich und England

Zu den häufigsten Kriegsursachen gehörten Erbstreitigkeiten unter den Fürsten. Rasch bildeten sich kampfbereite Lager für diesen und jenen Thronkandidaten, denn vom Ausgang eines Thronstreites hing es ab, wer mit Privilegien und Ämtern bedacht wurde und wer leer ausging oder gar seines Besitzes beraubt wurde. Man begann einen Krieg, in dem zumeist allerlei Leute, vom vornehmen Adeligen oder Kaufherrn bis hinunter zum sprichwörtlichen «kleinen Mann», bereit waren, durch Spionage oder Verrat zum Erfolg ihres Kandidaten beizutragen.

Nehmen wir das Beispiel des englischen Erbfolgekrieges von 1066! Als König Edward «der Bekenner» am 5. Januar 1066 kinderlos starb, galt Harold Godwinson als der vom sterbenden König bestimmte Nachfolger. Diesem Votum stimmte die Versammlung der Großen des Königreiches zu. Am darauffolgenden Tag wurde Harold in der Londoner Westminsterabtei des Benediktinerordens gekrönt. Sie war erst eine Woche zuvor geweiht worden, diente König Edward als Grabstätte und sollte fortan die Krönungsstätte der englischen Könige sein. Doch der norwegische König Harald Hardrada und Wilhelm, Herzog der Normandie, erhoben Anspruch auf den englischen Thron. Sie repräsentierten verschiedene Zweige der Vikingerherrschaft, die sich seit dem späten 9. Jahrhundert allerlei Ländereien unterworfen hatten, darunter auch das nördliche Frankreich, die Normandie, und das nördliche England. In der Normandie wurde Wilhelm mit nur acht Jahren zum Herzog gemacht, nachdem sein Vater im Heiligen Land gestorben war. Als illegitimer Sohn – seine Mutter war eine Gerberstochter aus der Nähe der herzoglichen Burg von Falaise – war er eine Kämpfernatur. Er hatte sich allerlei gefährliche Leute vom Halse geschafft und in vielen Schlachten gekämpft, als sich dem Enddreißiger die Gelegenheit bot, seine Macht über den Kanal hinweg auszudehnen. Auf diesen Moment hatte er sich vorbereitet, indem er in London sowie in den englischen Küstenorten seine Spione plazierte, die mit eigenen Booten ausgestattet und somit in der Lage waren, ihre Meldungen rasch in die Normandie zu bringen. Geführt wurde dieses Netzwerk von Wilhelms Hofmarschall Guillaume de Crépon.

König Harold war sehr wohl bewußt, daß es an seinem Hof Sympathisanten der Gegenseite gab. Er entfernte einige davon aus seiner näheren Umgebung. Doch gelang es ihm nicht, alle undichten Stellen zu beseitigen. Im übrigen hatte er ein mächtiges Heer und eine starke Flotte,

mit denen sich Wilhelm nicht leichtfertig messen wollte. Auch Harold schickte Spione über den Kanal, von denen einer im Hafen von Dives, westlich von Le Havre, aufgegriffen wurde. Statt ihn zu bestrafen, zeigte ihm Wilhelm die Flotte sowie die im Bau befindlichen Schiffe, die unverkennbar für eine Landung in England vorbereitet wurden. Offensichtlich diente dieser psychologische Trick dazu, den heimkehrenden Agenten und seinen Herrn von der Stärke der herzoglichen Streitkräfte zu überzeugen. Allerdings konnte Harold nicht wissen, wann ein solcher Angriff erfolgen würde. Aus der Lage von Dives ließ sich allenfalls schließen, daß eine Landung am direkt gegenüberliegenden Küstengebiet bei Portsmouth stattfinden könnte.

Durch geschickte Diplomatie gelang es William, den norwegischen König zu einem Eroberungszug nach Nordengland zu bewegen. Damit sah sich Harold aus zwei Richtungen bedroht. Er zog seine Flotte aus dem Kanal ab und brachte sie im Mündungsgebiet der Themse in Position. Von dort würde sie rasch für einen Einsatz im Norden verfügbar sein, zunächst jedoch würde sie einen Überraschungsangriff über die Themsemündung auf London verhindern. Sobald Wilhelm davon Wind bekam, verlegte er seinerseits seine Schiffe in den weiter östlich gelegenen Hafen von Saint-Valéry, von wo aus man über Nacht die englische Küste erreichen konnte.

Der Norweger landete in Yorkshire, wo er zunächst einige kleinere Verbände von Adeligen besiegte, ehe er am 25. September in der Schlacht von Stamford Bridge dem Aufgebot König Haralds unterlag. Bereits drei Tage später landete William am frühen Morgen nahe Hastings, das seine Truppen sofort einnahmen, um es als Nachschubbasis zu nutzen. Als Ortskundige dienten Mönche, die in südenglischen Klöstern gelebt hatten und diesen Landstrich bestens kannten. Harold, der am 1. Oktober davon informiert wurde, zwang seine bereits erschöpften Truppen zu einem mehrtägigen Gewaltmarsch nach Süden. Die verbleibende Zeit nutzte William, um den voraussichtlichen Schlachtort zu erkunden. Jeweils zwei Reiter wurden auf Patrouille geschickt, damit einer vor Ort bleiben und der andere dem Kommandeur berichten konnte. Kleine Kommandoeinheiten wurden in den umliegenden Wäldern postiert, um später den Feind im Rücken angreifen zu können. Auf den Hügeln bereitete man Beobachtungsposten vor.

In London eingetroffen, suchte Harold aus den verschiedenen Berichten Klarheit zu gewinnen. Schließlich brach er nach einer Rast von nur wenigen Tagen in Richtung Hastings auf. Seine Truppen waren ausgelaugt

von den 800 Kilometern, die sie im Zeitraum von nur drei Wochen marschieren mußten. Zudem waren sie verunsichert aufgrund verschiedener Gerüchte, welche die Agenten Wilhelms verbreiten ließen. So gelang es Wilhelm am 14. Oktober, die gegnerischen Truppen anzugreifen, ehe sie in der richtigen Formation Aufstellung genommen hatten. In nur neun Stunden erkämpfte er den Sieg. König Harold starb auf dem Schlachtfeld.

Wilhelm ließ sich am Weihnachtstag 1066 in der Westminster Abbey zum König krönen. Ohne Zweifel hatte sein geschickter Umgang mit Spionage und Täuschung wesentlich zu seinem Sieg beigetragen.[1] Mit List und Brutalität kämpfte er den Widerstand des angelsächsischen Adels nieder, verteilte dessen Güter auf seine normannischen Gefolgsleute und erzwang eine rasche «Normannisierung» des geistlichen und weltlichen Führungspersonals sowie der königlichen Verwaltung.

Für die nächsten vier Jahrhunderte waren Frankreich und England dynastisch verklammert und deshalb immer wieder in Kriege verstrickt, am schlimmsten während des Hundertjährigen Krieges von 1337 bis 1453. Man muß sich allerdings klarmachen, daß es Frankreich als geschlossenes Territorium noch längst nicht gab. Es bestand vielmehr aus einem Flickenteppich von Territorien, der in einem langwierigen historischen Prozeß ausgehend von der Île de France, also dem Pariser Becken, zu einer Zentralmonarchie geschmiedet wurde. Ebensowenig gab es England, auch wenn dort die territoriale Geschlossenheit viel früher erreicht wurde. Die Bevölkerung allerdings bestand aus einer Mischung von germanischen und keltischen Elementen, die durch die Vikinger im Norden und die Normannen vom Süden her «überfremdet» wurden, was sich auch sprachlich äußerte. Wilhelm der Eroberer und seine normannischen Gefolgsleute führten Französisch als Verwaltungs- und Hofsprache ein, während das einfache Volk allerlei germanische Dialekte sprach. Aus beidem entstand gegen Ende des 14. Jahrhunderts, also mitten im Hundertjährigen Krieg, das Mittelenglische, wie wir es aus den *Canterbury Tales* von Geoffrey Chaucer kennen – eine Art «Franglais», das eine Mischung von Französisch und dem weitgehend germanischen Altenglisch war.

Man kann sich lebhaft vorstellen, wie diese Verschmelzung von Territorien, Völkern und Sprachen zu allerlei Problemen der Identität führte. Die heroische Geschichte der Johanna von Orléans am Ende des Hundertjährigen Krieges dreht sich vor allem um diese

Auseinandersetzung zwischen den Engländern, welche Johanna als eine fremde Besatzungsmacht sieht, und den Franzosen, die sie aufruft, endlich zu einer einzigen Nation zu werden. Ihr Versuch endete bekanntlich auf dem Scheiterhaufen in Rouen, der Hochburg der nach England orientierten Normandie.

Verrat und Verschwörung für und gegen die Engländer waren überall gegenwärtig. Während der vielen Kriegszüge mußte immer wieder geprüft werden, welche Städte, welche Adeligen zuverlässige Verbündete waren. Menschen wurden in Loyalitätskonflikte gestürzt, Opportunisten kalkulierten ihre Gewinne, wenn sie für die eine oder andere Seite Partei ergriffen. Es war ein idealer Nährboden für Spionage und Verrat. Als Drehscheiben geheimdienstlicher Aktivitäten ragten die Fernhandelszentren Brügge und Gent heraus, deren reiche Wollindustrie unter dem Schutz der mit England verbündeten burgundischen Herzöge stand. Für die englischen Wollexporte, aber auch für die militärische Sicherung der normannischen Besitztümer war die nordfranzösische Küstenstadt Calais besonders wichtig. Sie wurde im Sommer 1347 von den Engländern nach elfmonatiger Belagerung eingenommen. Daraufhin boten sich sechs der angesehensten Bürger dem Sieger als Geiseln an. Sie wurden durch die Fürsprache der englischen Königin gerettet, einer Grafentochter aus dem benachbarten Hennegau (heute ein frankophoner Teil Belgiens). Der Bildhauer Auguste Rodin verewigte diese Heldentat, doch andere Leute in Calais paßten sich rasch an die Herrschaft der Engländer an. Fortan galten Dover und Calais als «die beiden Augen Englands».

In Südengland fürchtete man eine französische Invasion. Im Jahr 1380 geriet ein englischer Untertan namens Geoffrey Boun in den Verdacht, für den französischen König zu spionieren. Er gestand, nach einem zweijährigen Aufenthalt in Frankreich von französischen Agenten im Hafen von Winchelsea abgesetzt worden zu sein, damals ein wichtiger Handelsund Kriegshafen, in dem Truppen für den Einsatz in Frankreich verschifft wurden. Sein Auftrag lautete, die englischen Küstenbefestigungen zu erkunden. Merkwürdigerweise wurde er nicht bestraft. Seine Spur findet sich zehn Jahre später wieder, als er erneut inhaftiert wurde. Doch läßt sich dieser rätselhafte Fall nicht weiter aufklären.[2]

Der französische Priester Jean de Saint-Amand begegnete im Oktober 1367 in einem bretonischen Gasthof «zufällig» einem englischen

Kaufmann, der ihn für Spionagedienste anwarb. Ob dieser Mann wirklich Kaufmann war, darf man bezweifeln. Nach längeren Verhandlungen über die in Aussicht gestellte Bezahlung erklärte er sich bereit, nach Calais zu reisen und von dort aus in Erfahrung zu bringen, wie sich Herzog Wenzel von Brabant, ein Halbbruder des frankreichfreundlichen Kaisers Karl IV., in den englisch-französischen Auseinandersetzungen verhielt. Jean wurde sehr bald verhaftet und legte ein umfassendes Geständnis ab, aus dem wir seinen ebenso abenteuerlichen wie verschwenderischen Lebenswandel kennen. Sein Motiv liegt auf der Hand: Er brauchte Geld.

Weit schwieriger ist es, die Agententätigkeit eines anderen französischen Priesters, eines gewissen Jean Fusoris, zu verstehen. Er wurde im August 1415 von französischen Behörden nahe der Hafenstadt Harfleur aufgegriffen, die von den Engländern belagert wurde. Er trug zwei Briefe bei sich, wovon einer vom Bischof von Norwich stammte, der sich im Gefolge des englischen Königs bei den Belagerungstruppen aufhielt. In diesem Brief bat der Bischof den Priester, er möge sich erkundigen, wie groß der Widerstand gegen die englischen Truppen sei. Der zweite Brief stammte von einem Bediensteten des Bischofs und war an eine nicht näher genannte Person im Haushalt der Königsfamilie gerichtet. Er enthielt die Bitte, etwas über die Absichten des französischen Königs gegenüber England zu berichten.

Im Zuge der gerichtlichen Untersuchung wurde bekannt, daß der Bischof im vorangegangenen Jahr, anläßlich einer diplomatischen Mission in Paris, den Priester dort zweimal aufgesucht hatte. Kurz darauf kam Fusoris mit einer Delegation nach England, wo er im Schutze der Nacht mit dem englischen König zusammentraf und von diesem Geld erhielt, welches ihm der Bischof für den Erwerb eines Astrolabiums geschuldet hatte.

Interessanterweise entspann sich ein Streit zwischen den weltlichen und kirchlichen Gerichtsbarkeiten um die Zuständigkeit für diesen Fall. Am Ende kam es weder zu einem Freispruch noch zu einem Schuldspruch. Man wollte offensichtlich die Sache nicht weiter aufklären.[3] War Fusoris ein Doppelagent gewesen? Wollte man weitere beteiligte Personen auf der französischen Seite schützen? Geld war bei einem hochgebildeten Mann wie Fusoris – er hatte akademische Abschlüsse in Theologie und Medizin – nicht der Hauptaspekt. Aber was war es dann? Wer schützte ihn vor dem üblichen Schicksal eines aufgegriffenen Agenten?

Wieviel Geld damals für Spionage ausgegeben wurde, läßt sich nicht

einmal schätzen. Die Belege sind zu dürftig. Doch kennt man einige Fälle, in denen hohe Prämien gezahlt wurden. Der englische Gouverneur von Calais hatte einen Sonderfond, das «spyall money». Auch die Chefs von Heeren und Flotten dürften über entsprechende Kassen verfügt haben. Philippe de Mézières, einstmals Kanzler des Königs von Zypern und danach am Hof des französischen Königs Karl V. tätig, schrieb, man müsse für die Spione mindestens ein Drittel des Militärbudgets ausgeben.[4] In seinem Werk *Le songe du vieil pélerin* aus dem Jahr 1390 erteilt er dem jungen König Karl VI., dessen Lehrer er war, allerlei Ratschläge für die Reform seines Reiches. Insbesondere drängt er ihn zu einem Frieden mit England, um sodann aufs neue die Christen zu einem Kreuzzug ins Heilige Land führen zu können.[5]

Francis Walsingham als Geheimdienstchef

Bei Königin Elisabeth I., in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, finden wir einen fest organisierten Geheimdienst. Die reformatorische Aufspaltung in mehrere christliche Konfessionen überlagerte allerlei landsmannschaftliche und dynastische Loyalitäten. Dem eigenen Glauben zuliebe boten sich viele als Spione für ihre jeweilige Schutzmacht an. England, das bislang eine der treuesten Töchter Roms gewesen war, schloß sich verspätet der Reformation an, weil der Papst König Heinrich VIII. eine Scheidung verweigerte. Unter seiner Tochter Maria, die mit dem spanischen König verheiratet war, wurde England rekatholisiert. Wenige Jahre später, unter Marias Schwester Elisabeth, führte man die Reformation zum zweiten Mal ein. Nun tobten heftige Konflikte über das «richtige» Maß an Reformation.

Der englische Puritaner Francis Walsingham hatte diese Religionskonflikte am eigenen Leib erfahren. Er entstammte einer Juristenfamilie, studierte Jura, verbrachte die Jahre der katholischen Maria Tudor als Flüchtling in Italien, lernte diverse Fremdsprachen und den Umgang mit Leuten aus allen Ständen und Schichten. Walsingham war zunächst Parlamentsabgeordneter (1562) und wurde 1568 vom Principal Secretary William Cecil in die königliche Kanzlei geholt, um geheimdienstlich zu arbeiten. Principal Secretary war damals der erste Berater der Königin, über dessen Schreibtisch alle wichtigen Vorgänge der Außen- und Innenpolitik gingen. Auf beiden Feldern sammelte Cecil

zahllose Spionageberichte von einem Netzwerk von Agenten, das nun mehr und mehr Walsingham übernahm.[6]

Eine strikte Trennung zwischen den offiziellen Staatsgeschäften und der Spionage gab es damals nicht. Botschafter, königliche Berater, allerlei Politiker und Geschäftsleute unterhielten jeweils eigene Netzwerke oder waren selbst als Spione tätig. Allerdings waren die meisten Spione eher kleine Leute oder gesellschaftliche Randfiguren: Diener, Schreiber, Sekretäre, Pfarrer, niedere, schlecht bezahlte Beamte, nicht selten auch Straftäter und allerlei Gesindel.

Man darf sich die Kopfstelle der englischen Spionage nicht groß vorstellen. Die gesamte englische Staatsverwaltung umfaßte damals nur 1200 Leute, von denen die Hälfte zur privaten Verfügung der Königin vorgesehen war. Fast alle waren schlecht bezahlt, der Staat war schlecht organisiert. Vor allem reiche Leute konnten sich Staatsposten leisten, beispielsweise als Botschafter oder am Hof. Selbst Cecil und sein Geheimdienstmann Walsingham mußten vielerlei Spionagedienste aus der eigenen Tasche bezahlen. Sie taten es in der Hoffnung auf ein späteres Geldgeschenk der Königin oder auf einen politischen Nutzen im Kampf um die Gunst der Königin. Dabei hatte Walsingham zuwenig Vermögen, um mit den wirklich reichen Höflingen konkurrieren zu können. Als Botschafter in Paris (1570–73) ruinierte er sich beinahe finanziell, weil er nicht nur teure Einladungen geben, sondern auch viele Spione privat entlohnen mußte. Aber sein Wahlspruch lautete: «Das Wissen ist niemals zu teuer.» («Knowledge is never too dear.») Er meinte damit das Herrschaftswissen der besonderen Sorte, eben das geheimdienstliche Wissen.

Weil die Engländer kaum Steuern zahlten, konnte sich das Land nur eine winzige Armee von einigen hundert Soldaten leisten, die an der Südküste Wache hielten. Noch immer fürchtete man Invasionen an der Kanalküste. Die Miliz war untrainiert und in Übersee nicht einsetzbar. Die Flotte bestand aus bewaffneten Handelsschiffen im Privatbesitz der wichtigsten Hafenstädte, die dafür von der Krone beachtliche Privilegien erhielten.

So war England militärisch stark gefährdet. Als beste, weil billigste Verteidigung diente die Spionage. Gelegentlich griff man mittels Subsidien, also mit Geld und Waffenlieferungen, in die europäischen Religionskriege ein, um an der gegenüberliegenden Kanalküste keinen Fürsten und keinen Staat zu mächtig werden zu lassen. Diese «Balance of

Power», wie man sie später nannte, war somit eine Politik der Schwäche, die nur möglich war, wenn man Verschwörungen, Bündnisse und Kriegsvorbereitungen der Gegner frühzeitig in Erfahrung bringen konnte. Sie war also nur mit aktiver Geheimdienstarbeit realisierbar.

Königin Elisabeth, die durch ihre Heiratspolitik – ohne je zu heiraten! – und ihre verdeckten Aktionen gegen Spanien und Frankreich (am waghalsigsten durch Korsaren wie Francis Drake, den Weltumsegler) Außenpolitik betrieb, war durch ihre katholische Cousine Maria Stuart, Königin von Schottland, gefährdet. Maria hatte einen für viele Leute plausiblen Anspruch auf den englischen Thron. Sie bemühte sich um geheime Allianzen mit den katholischen Großmächten. Der zuverlässige, immens intelligente Jurist und Diplomat William Cecil und sein Nachfolger im Amt des Principal Secretary (1573), eben Francis Walsingham, waren im wörtlichen Sinn eine Art Lebensversicherung für die Königin. Denn bei diversen in- und ausländischen Komplotten zur Rekatholisierung Englands war der Königsmord fest eingeplant.

Elisabeth ließ deshalb die Stuartkönigin gefangennehmen. Eine Anklageschrift mit allerlei Spionagematerial über Verschwörungen wurde vorbereitet, doch Elisabeth zögerte mit dem Hochverratsprozeß. Von 1568 bis 1586 (18 Jahre) dauerte dieser Schwebezustand. Dann allerdings, als sich England praktisch im Krieg mit Spanien befand, kam es zur Verurteilung und zur Hinrichtung im Februar 1587. Dafür gab letztlich Walsinghams geheimdienstliche Arbeit den Ausschlag. Er war es, der die Beweise für die Schuld Maria Stuarts herbeischaffte. Die verschlüsselte Post der abgesetzten schottischen Königin wurde von Walsinghams Kryptologen entziffert. Zweifel an der Echtheit der Verschwörungen waren nicht mehr möglich.

Entschlüsselte Briefe lieferten auch die entscheidenden Hinweise auf den bevorstehenden Angriff der spanischen Armada, der dann im Sommer 1588 erfolgte. Walsingham hatte in vielen Häfen und Handelsstädten seine Agenten, die ihm über Schiffsbewegungen, Provianteinkäufe und Finanztransaktionen berichteten. Durch verdeckte Aktionen sollte Spanien geschwächt werden – einerseits in den Niederlanden, von wo aus spanische Truppen über den Kanal eine Invasion Englands vorbereiteten, andererseits in Spanien und in der Karibik, wo sich die spanische Flotte aufhielt. Im April 1587 griff Sir Francis Drake den südspanischen Hafen Cadiz an, versenkte Schiffe, zündete Lagerhäuser und Werkstätten an und verschwand binnen 36 Stunden wieder.

Walsingham empfahl Angriffe auf die spanische Fischereiflotte bei Neufundland sowie auf Silber- und Goldtransporte aus der Neuen Welt. Angesichts der riesigen Beute finanzierten sich diese Aktionen selbst. Auch Propagandaschriften verfaßte er, unter Pseudonym natürlich, zur Verteilung in ganz Europa. Doch die englische Unterstützung für die niederländischen Protestanten wollte nicht gelingen. Spanien war einfach zu stark und zu reich. Es konnte Zehntausende von Soldaten finanzieren.

Walsinghams Ausgaben für Spionage stiegen 1587 dramatisch an. Er beschäftigte eine Vielzahl von Leuten hohen und niedrigen Standes. Zu ihnen gehörte beispielsweise der bedeutende Literat Christopher Marlowe, ein Zeitgenosse und Freund William Shakespeares. Marlowes Liebhaber war wiederum ein jüngerer Vetter von Walsingham, der ebenfalls im Spionagedienst stand.

1588 spitzte sich die Lage dramatisch zu. Walsingham kannte die Invasionspläne der Spanier, aber nicht den Zeitpunkt. Dann endlich, am 19. Juli 1588, wurde die Armada an der Südwestspitze Englands gesichtet: 130 Schiffe. Just in diesem Moment steckten die wesentlich kleineren englischen Schiffe im Hafen von Plymouth fest wegen ungünstiger Winde. Als die Spanier dann am 27. Juli vor Calais ankerten, um kleine Transportschiffe bei der Überquerung des Kanals zu decken, griffen die Engländer an. Nun allerdings waren es die spanischen Invasionstruppen, die durch Stürme im Hafen von Dünkirchen festsaßen und von den englischniederländischen Schiffen festgehalten wurden. Der Rest ist bekannt. Die Invasion scheiterte. Große Teile der Armada wurden auf ihrem Rückweg über Schottland und Irland von Stürmen versenkt.

So hatte Walsinghams Spionagetätigkeit, sein geheimer Krieg, England über Jahre hinweg geschützt. Doch dieser wußte sehr wohl: Gegen einen direkten militärischen Angriff eines überlegenen Gegners hilft Spionage nicht. Als es 1588 zur Seeschlacht mit den Spaniern kam, war die geschickte Verteidigung in Verbindung mit einer großen Portion Glück entscheidend – vor allem das unerwartet stürmische Wetter.

Walsingham, der zwei Jahre später starb, völlig verarmt übrigens, hatte die Spionage professionalisiert und zu einem Mittel des militärisch Schwachen im Kampf gegen einen viel mächtigeren Feind gemacht. Allerdings gelang es nicht, einen gleichwertigen Nachfolger zu finden. So mußte die englische Spionage mehrmals neu aufgebaut werden. Es fehlte also noch die von Einzelpersonen unabhängige Spionagebürokratie mit durchgehender Professionalisierung. So unglaublich es klingen mag: Diese

Stufe wurde erst etwa 350 Jahre später, kurz vor dem Ersten Weltkrieg, erreicht.

Spionage und Diplomatie

Gleichwohl breitete sich die Praxis der Spionage stetig aus, und zwar nicht nur als Hilfsinstrument der Kriegführung, der Abwehr von Angriffen auf die «Nervenstränge der Regierung» (Karl Deutsch) – vor allem der Person des Herrschers – und für die Spionageabwehr. Mit der Herausbildung der modernen Diplomatie fand die geheime Informationsbeschaffung ihren festen Platz in den Beziehungen zwischen den Staaten. Mit moderner Diplomatie ist gemeint, daß nicht nur Verträge, sondern auch Korrespondenzen mit anderen Staaten und vor allem auch die eigene schriftlich festgehaltene Entscheidungsbildung dokumentiert wurden. Das heißt, ein Unterhändler erhielt nicht nur einen ausformulierten Auftrag, in dem das zu erzielende Ergebnis benannt wurde, sondern er stand während seiner Verhandlungen laufend in Verbindung mit seinem Staatsoberhaupt, das selbst wiederum von einer fest etablierten Mannschaft von Experten beraten wurde, aus der sich allmählich ein bürokratisch durchorganisiertes Außenministerium entwickelte. Diese diplomatische Zentrale war ihrerseits darauf angewiesen, fortlaufend Berichte über die wichtigsten Gegner und Verbündeten sowie über aktuelle oder mögliche Konflikte zu erhalten. Informationen dieser Art wurden von Diplomaten geliefert, die sich ihrerseits der Dienste von Spionen bedienten.

Die Praxis der ständigen Repräsentanz eines regierenden Fürsten (oder Staates) am Hofe eines anderen begann vermutlich zwischen dem (römischen) Papst und dem byzantinischen Kaiser. Auf rein weltlicher Basis setzte sie in Oberitalien ein, wo sich Mailand unter dem «condottiero» Francesco Sforza in der Mitte des 15. Jahrhunderts bei einigen der anderen italienischen Stadtstaaten durch einen fest etablierten Vertreter repräsentieren ließ. Noch 1455 wollte er allerdings keinen französischen Botschafter akzeptierten, aus Furcht vor Spionage und vor Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mailands. 1487 schickte Spanien einen ständigen Vertreter nach London, und allmählich verbreitete sich diese Praxis. Der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation schloß sich allerdings nicht an, weil zunächst unklar war, ob und inwieweit er für die deutschen Fürsten, Städte und kirchlichen

Territorien – also für die Reichsstände – sprechen konnte. Eine Regelung dieser Souveränitätsfrage wurde erst im Westfälischen Frieden von 1648 getroffen, aber auch dann nicht im Sinne einer modernen nationalstaatlichen Zentralisierung der Souveränität.

In Frankreich war es Kardinal Richelieu, eigentlich Armand Jean du Plessis de Richelieu, der 1616 mit 31 Jahren in den Dienst König Ludwigs des XIII. trat und 1624 dessen erster Minister, nach heutigen Begriffen Regierungschef, wurde. Sein engster Mitarbeiter und Vertrauter war François Leclerc du Tremblay, genannt Père Joseph, den man wegen seiner Kapuzinerkutte auch als die graue Eminenz bezeichnete. (Dieser deutsche Begriff geht tatsächlich auf ihn zurück.) Richelieu reformierte die französische Verwaltung und gründete 1635 die Académie française. Vor allem kümmerte er sich um die französische Diplomatie während des Dreißigjährigen Krieges, in dem das katholische Frankreich die protestantische Seite unterstützte, um damit den Einfluß der Habsburger zurückzudrängen.

Um seine Diplomatie zu betreiben, und übrigens auch den Kampf gegen seine innerfranzösischen Gegner, bildete Richelieu ein Netzwerk von Agenten und Spionen. Seine Rolle als Förderer der Künste und der Intellektuellen gab ihm zugleich die Möglichkeit, aus diesem Milieu Unterstützung zu unterhalten. Ja, man könnte sogar von Propaganda sprechen. Gewiß gab es damals noch keine Massenpresse und keine elektronischen Medien, doch läßt sich von einem großen öffentlichen Interesse an Nachrichten aus Politik und Gesellschaft sprechen, dem man mit Pamphleten aller Art, mit Büchern, vor allem aber mit umfangreichen Privatkorrespondenzen Rechnung trug. Das in dieser Hinsicht wichtigste Druckerzeugnis, der jährlich publizierte *Mercure français*, wurde von Père Joseph betreut. 1631 kam das Wochenblatt *La Gazette* hinzu, welches ebenfalls von einem der Richelieu-Leute, man sprach abschätzig von seinen Kreaturen, geleitet wurde. Kurzum, der Kardinal ließ nicht nur die Staatsgeheimnisse anderer Mächte und die geheimen Informationen seiner Gegner beschaffen, sondern er sorgte auch für die Informationssteuerung der Öffentlichkeit.[7]

Dabei erlitt er gewiß einige Rückschläge. Im Juni 1627 wurde einer seiner Agenten und engen Mitarbeiter, François Dorval-Langlois de Fancan, in der Bastille inhaftiert. In seinem Besitz fand man inkriminierende Korrespondenzen mit führenden ausländischen Protestanten und katholischen deutschen Fürsten, von denen er

offensichtlich erhebliche Zahlungen erhalten hatte. Ein Doppelagent also? Eindeutige Beweise gibt es bis heute nicht, doch der Mann starb ein Jahr später in der Haft. Man versteht die Nervosität Richelieus angesichts einer weiteren Auseinandersetzung mit England um die belagerte Stadt La Rochelle an der Atlantikküste. Sie war eine Hochburg der französischen Protestanten (Hugenotten), die mit den Engländern und anderen protestantischen Mächten kollaborierte. Trotz des Verrates von Fancan gelang es Richelieu und seinem König, mit geheimdienstlicher List und enormen militärischen Anstrengungen die befestigte Hafenstadt einzunehmen und damit der politischen Sonderstellung der Protestanten ein Ende zu bereiten. In religiöser Hinsicht steuerte Richelieu übrigens einen versöhnlichen Kurs, indem er durch das Gnadenedikt von Alès die Ausübung der protestantischen Konfession weiterhin zuließ. (Erst 1685 wurde der Katholizismus zur Staatsreligion, was zur Vertreibung der Hugenotten führte.)

Die zentrale Figur im Agentennetz Richelieus war zweifellos Père Joseph, der es verstand, insbesondere durch Ordensbrüder und andere Kleriker, vermutlich auch Beichtväter von Fürsten, allerlei wertvolle Informationen aus den Fürstenhöfen zu beschaffen, auch aus dem Heiligen Römischen Reich. Er stammte väterlicherseits aus dem Amtsadel mit einer beeindruckenden Liste hoher Beamter und Richter, mütterlicherseits aus dem Landadel der La Fayette. Sein großes diplomatisches Geschick setzte er einerseits für die Schlichtung innenpolitischer Konflikte ein, bei denen es vor allem um Spannungen zwischen dem Hof und dem Hochadel ging, andererseits für die Außenpolitik. Sein Traumprojekt, ein vereinigter christlicher Feldzug zur Befreiung Konstantinopels und des Heiligen Landes von der Herrschaft der Osmanen, scheiterte, doch gewann er im Zuge ausgedehnter Verhandlungen vor allem mit dem Papst sowie mit dem spanischen Hof eine unvergleichliche Kenntnis der damaligen internationalen Politik. Zugleich hatte er als Franziskanerprovinzial eine nach außen plausible Begründung, seine Ordensleute in alle Himmelsrichtungen auszuschicken. Unter diesem Deckmantel ließen sich allerlei Informationen beschaffen und übermitteln. Übrigens setzte er sich auch für den Ausbau der französischen Flotte ein, die eine aktivere Kolonialpolitik, vor allem im heutigen Kanada, erlauben sollte.[8] Hierbei ließen sich die religiösen Anliegen der Missionsarbeit auf das engste mit dem Ausbau des Überseehandels – in Konkurrenz zu England und Spanien – verknüpfen. Daß der französische Bündnisvertrag von Bärwalde (1631)

mit dem protestantischen Schwedenkönig Gustav Adolph die Lieferung kriegswichtiger Rohstoffe für den Ausbau dieser Flotte zusicherte, war von allergrößter Bedeutung.

Besonders heikle Missionen übernahm Père Joseph selbst, beispielsweise beim Regensburger Kurfürstentag von 1630, als Frankreich am Krieg noch nicht offiziell beteiligt war. Unterwegs dorthin traf er sich in der Stadt Memmingen heimlich mit Wallenstein, dem Feldherrn des Habsburgerkaisers, der sich recht freimütig über die pro-spanische Fraktion am Wiener Hof beschwerte und Ambitionen erkennen ließ, auf eigene Rechnung Politik machen zu wollen. In Regensburg angekommen, gelang es Père Joseph, auf die Entlassung Wallensteins hinzuwirken und damit die Macht der Kurfürsten zu stärken. Die Logik war diese: Ein Kaiser, dem der Militärunternehmer und Feldherr Wallenstein ein mächtiges Kriegsmittel an die Hand gab, würde stärker habsburgische Dynastieinteressen verfolgen und sich weniger um die «Libertät», also die eigenständige Teilsouveränität der höchsten Reichsfürsten, kümmern. Frankreichs Interesse lag bei dieser Eigenständigkeit, egal übrigens, ob diese Fürsten protestantisch oder katholisch waren. Hauptsache, sie zügelten die habsburgische Expansion.

Mit Akribie hat die moderne Forschung die Bedeutung von Richelieu und Pater Joseph für die französische Außen- und Sicherheitspolitik herausgearbeitet, bei der unverkennbar die geheimdienstliche Tätigkeit von großer Bedeutung war. Auf der Internetseite des heutigen französischen Auslandsgeheimdienstes DGSE werden diese beiden Kleriker im Dienste der französischen Monarchie als Gründerväter eines institutionalisierten Auslandsgeheimdienstes bezeichnet.[9]

Zu den am besten erforschten Beispielen der Verbindung von frühmoderner europäischer Diplomatie und Spionage gehört die Außenpolitik während des Spanischen Erbfolgekrieges, der 1713/14 mit den Friedensschlüssen von Utrecht und Rastatt abschloß. Damals entwickelten sich zugleich der begrenzte politische Krieg, abschätzig oft als Kabinettskrieg bezeichnet, und der Gedanke einer dauerhaften internationalen Friedensordnung, niedergelegt in der berühmten Friedensschrift von 1713 des Abbé de Saint-Pierre, in welcher er aus seinen Erfahrungen als französischer Unterhändler in Utrecht schöpfte.

Beide Gedanken spielten eine Rolle für die Ausbildung eines allgemeinen Völkerrechtes. Und beide verlangten eine große Steigerung der Diplomatie als der Kunst der Koalitionsbildung ebenso wie des Ausgleichs zwischen

den Mächten. Zugleich erweiterte sich die geographische Perspektive. Zwar ging es noch immer um Territorien und dynastische Ansprüche in Europa, doch die ökonomische Bedeutung der amerikanischen Kolonialreiche Spaniens, Frankreichs und Englands war nicht zu übersehen. Man könnte von einem Globalisierungsschub der europäischen Politik sprechen, der die Diplomaten um so begieriger danach suchen ließ, wie sie mittels Spionage ihre eigenen Erfolgschancen verbessern konnten. In ihren Depechen kam zunehmend «ein Durst nach Informationen» über neue Völker und Regionen sowie über das «Räderwerk» der Machtpolitik zum Ausdruck. In seinem wegweisenden Buch *Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV* geht Lucien Bély den Spuren von 500 Informanten nach, von denen man allerdings nur einen Teil als echte Spione bezeichnen kann.[10]

«Jetzt gibt es keine Pyrénäen mehr», soll der spanische Botschafter am Hofe Ludwigs ausgerufen haben, als der französische König seinen Enkel zum neuen spanischen König ausrief.[11] Mit dem kinderlos gebliebenen Karl II. war die Linie der spanischen Habsburger erloschen. Ein französischer Bourbonenprinz, der kaum 17jährige Philipp, der immerhin eine spanisch-habsburgische Großmutter hatte, würde die Macht Frankreichs stärken oder doch zumindest das Gespenst der habsburgischen Umklammerung bannen. Das Mächteringen zwischen Frankreich und Österreich ging in eine neue Runde. Es hatte 1506 mit der Ernennung des Habsburgers Philipps des Schönen zum spanischen König begonnen und endete mit dem Ersten Weltkrieg.

Das spanische Erbe anzutreten bedeutete vor allem den Zugriff auf den immens profitablen Handel mit Spaniens Kolonien in Süd- und Mittelamerika, der über Sevilla abgewickelt wurde. Später ging er über Cadiz, als der Guadalquivir und somit der Schiffahrtsweg nach Sevilla zunehmend versandete und für die immer größer werdenden Handelsund Kriegsschiffe unbefahrbar wurde. Wie der große französische Marschall und Festungsbaumeister Sébastien Le Prestre de Vauban in seiner Denkschrift von 1706 schrieb, war der Überseehandel das wichtigste, obgleich geheimgehaltene Kriegsmotiv der Engländer. Dabei nannte Vauban bereits den Handel mit Indien, obgleich es den Engländern erst ein halbes Jahrhundert später gelingen sollte, sich Indien weitgehend zu unterwerfen.[12]

Gleichzeitig ging es im Spanischen Erbfolgekrieg um die Ländereien im heutigen Belgien (damals die «spanischen Niederlande»), in der Region

Mailand sowie im südlichen Italien, von denen man sich einen erheblichen Zuwachs an Reichtum versprach. Die Staatskassen der Großmächte litten mächtig unter den hohen Kosten für die Hofhaltung und für das Militär. Deshalb mußte die Diplomatie nicht nur für Prestige und Sicherheit sorgen, sondern vor allem auch für die Finanzierung der sich ausweitenden modernen Staatlichkeit, also der «Staatsgewalt» (Wolfgang Reinhard).

Die Grenzen zwischen Spionen und Informanten waren damals noch unscharf. Man könnte von Gelegenheitsspionage oder von geheimdienstlichem Nebenerwerb sprechen, denn professionelle Geheimdienstler gab es noch kaum. Auch wenn sich viele angesehene Höflinge, Kaufleute und Offiziere auf diesem Gebiet betätigten, begegnete ihre Aktivität einer zur Schau gestellten Abscheu. «In einer Welt des Zweifels, des Verdachtes, der Lüge kontrastierte die Welt des Geheimen mit der Welt der Ereignisse, des klaren Sachstandes, der öffentlichen Zeremonien, welche das helle Gesicht der Verhandlungen zeigte» – so der Historiker Bely.[13] Dementsprechend findet man in den Depeschen und Briefen der Diplomaten allenfalls versteckte Hinweise oder Teilinformationen. Doch das Ausmaß der Spionage ist deutlich erkennbar, ebenso die Motive ihrer Seilschaften und Netzwerke. Es ging ums Geld, um die Liebe oder um innere Überzeugung.

Geheimdienst und innere Sicherheit

Aus Polizeiberichten wird deutlich erkennbar, daß die mit der Diplomatie zunehmende Spionage ein wachsendes Problem für die innere Sicherheit darstellte. Nicht nur galt es, ausländische Spione von den eigenen Geheimnisträgern fernzuhalten, sondern es bestand auch die Gefahr von Verschwörungen, welche durch Ausländer finanziert und organisiert wurden. «Es gibt in Paris mehrere Ausländer, die bei wohlhabenden Bürgern, Kaufleuten, Bankiers und anderen wohnen, und insbesondere bei [Protestanten]. Das bedeutet eine große Gefahr, die man nicht dulden sollte, oder nur dann, wenn [diese Leute] beim Kommissar des Stadtviertels gemeldet werden.»[14] Dieses Zitat aus einer Korrespondenz des Pariser Polizeileutnants von 1710, dessen Amt seit 1667 existierte und heute dem Polizeipräfekten von Paris entspricht, illustriert das wachsende Bedürfnis, in einer Welt zunehmender Mobilität die Kontrolle über die

Bevölkerung zu sichern. Ausländer mochte man an ihrer Sprache erkennen, doch für die eigene Bevölkerung gab es außer den spärlichen Einträgen in den Kirchenbüchern kaum Möglichkeiten der Identifizierung. Gewiß war der Erlaß von 1539 eine erste administrative Hilfe, als König Franz I. die amtliche Verzeichnung von Geburt, Eheschließung und Tod vorschrieb (und übrigens auch den Gebrauch des Französischen als einzige Amtssprache), doch die örtlichen Behörden mußten sich oft auf Zeugen verlassen bei der Identifikation von verdächtigen Personen. Allerlei Leute legten sich phantasievolle Namen und Biographien zu, am häufigsten jene von religiösen Ordensgemeinschaften, welche sich trefflich zum Zweck der Spionage einsetzen ließen.

Im Archiv der Bastille, dem Pariser Gefängnis für «bessere» Leute, findet sich die Spur eines gewissen Monsieur Paumier. Er wurde in Frankreich ansässig, um zum Katholizismus überzutreten und König Ludwig XIV. zu dienen. Gegenüber der Polizei gab er an zu wissen, daß «… die Engländer und Holländer überall in Paris und am Hof ihre Spione haben, die ihnen genau berichten, was vor sich geht.» Der Hofbeamte schließt daraus: «Da er sich lange Zeit in London aufgehalten hat, könnte er sehr wohl einige davon kennen. Deshalb trägt Ihnen der König auf, daß Sie ihn erneut überprüfen.»[15]

Die aufkommende Mode der Kaffeehäuser war den Behörden ein besonderer Dorn im Auge. Ein Schotte namens Burnet fiel auf, da er sich «… seit langem in Paris aufhielt, sein Leben in Kaffeehäusern verbringt, um Nachrichten mitzuteilen oder zu erfahren und um über Religion zu streiten; er kommt oft nach Versailles, und jedes Mal äußert er sich kritisch über die Leute in der Regierung …»[16] Daraus ließ sich unschwer auf einen Spion schließen. Ebenso verdächtig waren Leute, die sich in gewissen Pariser Stadtvierteln herumtrieben, vor allem im Universitätsviertel am Südufer der Seine sowie in den öffentlichen Parks (Luxembourg, Tuilerien).

Wie war die Spionage organisiert? Zumeist in kleinen Netzwerken, die von einem Mitarbeiter des Königs geführt wurden oder eines Feldherrn wie John Churchill, der seit 1702 Herzog von Marlborough war. Sein Sekretär war der Franzose Adam de Cardonnel, der über beste Verbindungen zu französischen Protestanten verfügte. Zwei aufeinanderfolgende englische Botschafter in Paris bedienten sich des Dichters Matthew Prior, der über ein kleines Informantennetz verfügte, dem auch die Witwe Langlois mit ihren beiden Töchtern angehörte. «…

die Alte ist ein Spitzel der besten Sorte», heißt es in den französischen Polizeiakten.[17] Der französische Botschafter in Venedig, Abbé de Pomponne, machte sich rasch eine Reihe von Leuten dienstbar und wollte durch nahe Verwandte am Hof in Versailles bewirken, daß er seine Unkosten dem Kriegsminister in Rechnung stellen konnte. Immerhin betrafen die von seinen Leuten abgefangenen Briefe und beschafften Informationen die französischen Truppen. Er müsse irische Priester sowie einen irischen Offizier und einen gewissen Graf San Salvador auszahlen. Sodann gebe es andere wichtige Quellen aus der Umgebung des habsburgischen Kaisers und seines Feldherrn Prinz Eugen von Savoyen. Das wurde eine Zeitlang geduldet, doch als das französische Heer sich im Spätsommer 1706 aus Norditalien zurückzog, erhielt er Anweisung, die Zahlungen einzustellen.[18]

Derartige Netzwerke stellten ein erhebliches Risiko dar. Als man im Hafen von Saint-Malo zwei verdächtige Personen aufgriff, fand man bei ihnen Briefe, die eine ganze Reihe von Namen enhielten, für die sich die Spionageabwehr interessierte. Schließlich entdeckte man Dokumente, über die der französische Marineminister Pontchartrain an seinen Hafenintendanten schrieb: «Der Spion in ihrem Hafen ist sehr intelligent. Er muß mit dem Chef der Munitionsbeschaffung in Verbindung stehen, denn er gibt dem Feind genauere Angaben über unseren Munitionsbestand, als ich von Ihnen erhalten habe.»[19] Schließlich enttarnte man Spione in weiteren französischen Häfen und versuchte sogar, einen Teil des Netzes für eigene Zwecke zu nutzen.

Eine systematische Abwehr von fremder Spionage war vor allem durch die Öffnung von Postsendungen möglich. Das geschah auf dem eigenen Territorium, war aber auch auf fremdem Gebiet möglich, falls sich das Personal einer wichtigen Poststation in Dienst nehmen ließ, wie es beispielsweise 1706 in Basel der Fall war oder einige Jahre später in Flandern. Im Mai 1709 wurde allerdings der Postmeister von Montbéliard, damals war es die württembergische Stadt Mömpelgard, verhaftet, weil er für die Franzosen spioniert haben soll. Andere Verhaftungen folgten in grenznahen Posthaltereien zu Frankreich. Umgekehrt versuchte man die eigenen Korrespondenzen durch Chiffrierung zu schützen. Im 17. Jahrhundert verfügten praktisch alle großen Höfe und Stadtstaaten über ein «Geheimkabinett», in dem Briefe und Depeschen entschlüsselt und verschlüsselt werden konnten. Zu den bedeutendsten Kryptologen zählte Antoine Rossignol, der für Ludwig XIV. tätig war. Die russische Zarin hatte

Christian Goldbach, für den englischen König Karl II. war John Wallis tätig, und später bediente sich Maria Theresia der Dienste von Baron Ignaz de Koch. Doch der Kurfürst von Hannover dürfte wohl das bedeutendste Genie seiner Zeit für seine Geheimschriften engagiert haben, den Mathematiker und Philosophen Gottfried Wilhelm von Leibniz.[20] Durch seine Erfindung des binären Zahlencodes ist er unmittelbar mit dem Computerzeitalter verbunden.

Diese Leute waren hochbezahlt und hatten oft einen Stab von Mitarbeitern. Zusätzlich mußte jeder Botschafter oder Unterhändler seine eigene Korrespondenz verschlüsseln oder einen engen Vertrauten damit betrauen. Die Chiffrieranweisungen wurden häufig gewechselt, um den Schaden eventueller Einbrüche zu begrenzen. Ferner wies man den einzelnen Botschaftern oder Unterhändlern verschiedene Schlüssel zu. Zusammengerechnet war dieser Aufwand der diplomatisch-politischen Informationsübermittlung hoch, wenn man noch die Ausgaben für Kuriere, Schiffe und Pferde hinzuzählt. Um Korrespondenzen möglichst unauffällig erscheinen zu lassen, benutzte man allerlei Deckadressen, wofür sich naturgemäß diejenigen von Handels- und Finanzleuten am besten eigneten, da sie ohnehin ausgedehnte Geschäftskorrespondenzen zu führen hatten.[21]

Frankreichs erster bürokratischer Geheimdienst

Eine genaue Bilanz von Kosten und Nutzen aufzumachen bereitet allerlei Schwierigkeiten. Doch hat es den Anschein, daß der französische Hof nach dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges seine Auslandsspionage vernachlässigte. Zudem hatte der Krieg enttäuschend geendet. Zwar blieben die Bourbonen auf dem spanischen Thron – übrigens bis zum heutigen Tag. Italien nördlich und südlich des Kirchenstaates sowie die südlichen Niederlande fielen jedoch unter den Einfluß der Habsburger, während die Engländer mehrere Stützpunkte im Mittelmeer sowie eine Gebietserweiterung im heutigen Kanada erhielten. Mit diplomatischem Geschick hatte Frankreich weitere Verluste seiner Position abgewehrt, aber die ambitionierte Politik des Sonnenkönigs hinterließ einen finanziellen Scherbenhaufen. Nach seinem Tod 1715 folgte sein nur 5jähriger Urenkel Ludwig XV., der als Fünfzehnjähriger die sechs Jahre ältere Tochter des vom Thron verjagten polnischen Königs Stanislaus

Leszczynski heiratete. Es wundert nicht, daß der junge Ludwig nur schrittweise die Zügel seines Königreiches in die Hand bekam. Zweifellos war er sich seiner Situation bewußt, die jener ein Jahrhundert davor glich, als der Kind-König Ludwig XIV. durch eine Adelsrevolte bedroht wurde. Mit der Ernennung seines Hauslehrers, des Bischofs André Hercule de Fleury, zum Ersten Minister gelang eine allmähliche Stabilisierung des Königtums, insbesondere der zerrütteten Finanzen. Der französische Überseehandel stieg nahezu auf das Vierfache.

Gegen den Willen Fleurys begab sich Ludwig in einen Krieg um die polnische Erbfolge seines Schwiegervaters. Zugleich marschierten französische Truppen in Lothringen ein, das durch komplizierte Verhandlungen mit dem habsburgischen Kaiser schließlich an König Stanislaus als Ersatz für die polnische Krone abgetreten wurde. Es fiel damit an Frankreich, das nun sein Territorium ohne große eigene Verluste enorm erweitern konnte. Dann allerdings, im Österreichischen Erbfolgekrieg von 1740 bis 1748, gewann Frankreich zwar große Schlachten, gab jedoch ohne zwingenden Grund das bereits besetzte Territorium des heutigen Belgien zurück, welches damals als eines der reichsten in Europa galt. Möglicherweise wollte Ludwig, der seit dem Tod von Kardinal de Fleury (1743) ohne Ersten Minister regierte, die Engländer und Holländer nicht durch einen derart monumentalen Machtzuwachs provozieren.[22]

In dieser Situation entstand der erste bürokratisch organisierte Auslandsgeheimdienst in Frankreich, das *secret du roi*, das seit 1746 nachweisbar ist und 32 Mitarbeiter gehabt haben soll. Es diente dazu, die französischen Diplomaten heimlich zu kontrollieren sowie dem König eine parallele Diplomatie oder doch eine geheime Einflußnahme insbesondere auf Österreich und Rußland zu ermöglichen. Man könnte von einer heimlichen Ostpolitik sprechen, die der offiziellen französischen Politik der Minister und Diplomaten wenigstens in Teilen zuwiderlief und zu der auch die Pflege der französischen Sonderbeziehungen mit dem Osmanischen Reich gehörten. Die Leitung dieser Geheimorganisation übertrug Ludwig seinem Vetter, dem Prince de Conti, der trotz seiner brillanten militärischen Laufbahn zunächst mit den innenpolitischen Gegnern des Königs sympathisiert hatte. Auch hier suchte Ludwig dem historischen Beispiel zu folgen, indem er dem unbequemen Prinzen die polnische Krone in Aussicht stellte. Das Unternehmen war jedoch zum Scheitern verurteilt. Die sächsischen Kurfürsten hielten an der polnischen

Krone fest, mit russischer Unterstützung, und ruinierten damit das schöne Kurfürstentum. Conti wandte sich vom König ab und verließ das *secret du roi*.

Die Führung ging nun an den Marquis Charles-François de Broglie über, der nach einer militärischen Karriere zu einem der wichtigsten Diplomaten wurde. 1752 entsandte ihn der König als außerordentlichen Botschafter nach Warschau, um dort die Machtausdehnung Österreichs sowie der neuen Großmacht Rußland zu beobachten und möglichst zu unterbinden. Dessen engster Vertrauter war Jean-Pierre Tercier, der bis 1759 einen hohen Posten im Außenministerium hatte und somit Zugang zu allen diplomatischen Informationen.

Die Tätigkeit des *secret du roi* blieb über zwei Jahrzehnte hindurch strikt geheim. Die Mitarbeiter waren nur untereinander bekannt, reisten zu allerlei Missionen und hatten eigene Codes zur Verschlüsselung ihrer Korrespondenz. Wenn sie in Schwierigkeit kamen, beispielsweise durch Festnahme, durften sie nicht auf die prompte Hilfe des Königs zählen, weil damit ihre Geheimorganisation im Regierungsapparat Aufmerksamkeit erregt hätte. Ihre hauptsächliche Tätigkeit bestand in der geheimen Überwachung der Post. Der König selbst verkehrte mit seinen Agenten über Deckadressen, deren Post von der Kontrolle ausgenommen war.[23]

Doch es gab auch Geheimprojekte, die man heute als verdeckte Operationen oder gar als *guerre secrète* bezeichnen würde. Nach dem polnischen Abenteuer, das vor allem durch Geheimdiplomatie und Bestechung betrieben wurde, bereitete man eine Invasion Englands vor. Es sollte dabei jedoch nicht um eine blanke Eroberung gehen, sondern man glaubte, einer befürchteten englischen Invasion zuvorzukommen. Dieses Projekt kam auf, nachdem Frankreich im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) einen Großteil seiner Überseebesitzungen eingebüßt hatte. In Indien blieben nur noch fünf Handelsstützpunkte erhalten. Im späteren Kanada ging alles verloren, einschließlich einer frankophonen Bevölkerung, die bis heute hauptsächlich in der Provinz Québec lebt. Entlang dem Mississippi-Fluß gab man «Louisiana» an das bourbonische Spanien.[24] Als Überseemacht hatte Frankreich weitgehend abgedankt, und so kam die Furcht auf, die Engländer könnten nun Frankreich selbst angreifen, um es aus den wenigen verbliebenen Kolonien zu vertreiben und damit komplett aus dem lukrativen Überseehandel zu verdrängen.

Zunächst wurden alle verfügbaren Informationen über die englische Flotte, die Küstenverteidigung sowie die finanzielle Lage Englands

zusammengetragen. Zwei Agenten reisten 1763 über den Ärmelkanal, um diverse Einrichtungen vor Ort zu besichtigen. 1764 entstand eine Studie über die französische Flotte, doch das Projekt wurde nicht weiterverfolgt. Zudem wäre durch den eigenwilligen Chevalier d'Éon der königliche Geheimdienst beinahe aufgeflogen. Dieser wollte einerseits als regulärer Diplomat tätig sein und sich andererseits mittels seines bald notorischen Bedürfnisses, in Frauenkleidung aufzutreten, in allerlei Spionageabenteuer stürzen.

Im Juni 1763 schickte der König den 35jährigen nach London als Sekretär des neuen Botschafters, um bis zu dessen Ankunft die Geschäfte zu führen. Als der Botschafter eintraf, wollte der Chevalier seinen Titel als Geschäftsträger behalten und vor allem seine ebenso ausschweifenden wie kostspieligen Einladungen (auf Kosten des Hofes) weiterhin pflegen. Der König schien an diesem seltsamen Burschen Gefallen zu haben, doch mußte er einsehen, daß er ihn mit einer kompromittierenden schriftlichen Instruktion versehen hatte, wie er für das *secret du roi* in England tätig werden sollte. Man schickte allerlei Leute aus, um die Papiere des seltsamen Chevaliers sicherzustellen, was einige Jahre später gelingen sollte. Erst nach dem Regierungsantritt von König Ludwig XVI. (1773) gelang es, diese Affäre vollständig zu bereinigen. Der Chevalier d'Éon mußte schließlich alle Papiere einem französischen Agenten aushändigen und erhielt eine kleine Pension unter der Auflage, fortan nur noch in Frauenkleidern aufzutreten.

Die Amerikanische Revolution

Mochte eine französische Invasion in England ein Hirngespinst bleiben, so ergab sich zwölf Jahre nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges eine viel bessere Gelegenheit, den Engländern die Schmach von 1763 heimzuzahlen. In den englischen Kolonien in Nordamerika hatte der Friedensschluß von 1763 großen Ärger verursacht, weil man den Siedlern das Vordringen nach Westen untersagte und den heiligen Zorn der streng protestantischen «Amerikaner» erregte, als die britische Krone den frankophonen Katholiken der vormaligen französischen Kolonien das Recht der freien Religionsausübung gab. Zudem forderte London von den britischen Siedlern allerlei neue Steuern, mit denen die englischen Kriegskosten rückwirkend finanziert werden sollten. Es kam zu Attentaten

gegen die englische Kolonialverwaltung und schließlich zur Amerikanischen Revolution. Nun kam für Frankreich die Chance, mit subversiven Methoden gegen England vorzugehen.

Eine Schlüsselfigur in diesem Komplott war der Theaterschriftsteller Pierre-Augustin Caron de Beaumarchais, dessen *Hochzeit des Figaro* in der Vertonung von Wolfgang Amadeus Mozart und *Der Barbier von Sevilla*, vertont von Gioacchino Rossini, ihn unsterblich machten. Doch nebenher betätigte sich dieser Pariser Uhrmachersohn geheimdienstlich für den französischen Hof. Bald nach Beginn der nordamerikanischen Unruhen richtete er eine Reihe von Briefen an den französischen Außenminister Vergenne, in denen er vorschlug, die Aufständischen mit Waffen zu unterstützen. Der Graf war alles andere als ein Revoluzzer, doch die Wut über die Niederlage von 1763 brachte den erfahrenen Diplomaten schließlich auf die Seite der Aufständischen.

Es kam zur ersten Waffenlieferung. Beaumarchais erhielt zunächst Geld, um zu Beginn des Jahres 1776 eine Deckfirma zu gründen, die sich als die spanische Reederei Rodrigue Hortalez et Cie ausgab. In einem späteren Brief schrieb er an seine Kontaktleute: «Meine Herren, ich darf Ihnen berichten, daß das Schiff Amphitrite mit einer Ladung von 400 Tonnen im Hafen liegt und in die Vereinigten Staaten segeln wird, sobald guter Wind aufkommt. Das für Sie bestimmte Schiff hat 4000 Gewehre geladen, 80 Fässer mit Pulver, 8000 Paar Schuhe und 3000 Wolldecken. Hinzu kommen einige Offiziere der Pioniere und der Artillerie sowie ein deutscher Baron, der bislang Adjutant von Prinz Heinrich von Preußen war. Ich denke, Sie können ihn zum General machen und bin Ihr ergebener Diener.»[25] Es dürfte sich hier um den preußischen Militär Friedrich Wilhelm von Steuben handeln, der in der Tat im Jahr 1777, anläßlich eines Aufenthaltes in Paris, Benjamin Franklin kennengelernt hatte, den Unterhändler der amerikanischen Rebellen. Franklin hielt sich seit Dezember 1776 dort auf und versuchte am Hof sowie in der feinen Pariser Gesellschaft die Politik der 13 rebellischen Kolonien anzupreisen. Die Rebellen hatten zwar in George Washington einen hervorragenden Militärführer, doch ihre Truppen waren schlecht bewaffnet und noch schlechter ausgebildet. In der offenen Feldschlacht hatten sie keine Chance gegen die Profis der englischen Kolonialtruppen, doch es gelang ihnen, durch geschickte Rückzüge, überraschende Störangriffe und vor allem durch eine äußerst wirksame Propaganda die Engländer in Schach zu halten.

Im Februar 1778 schließlich kam die französische Regierung aus der Deckung und schloß mit Franklin einen Allianzvertrag. Frankreich erkannte die Vereinigten Staaten diplomatisch an und sicherte ihnen Unterstützung zu. Mehr noch, Frankreich verzichtete in Artikel VI des Vertrages auf die ehemaligen französischen Gebiete in Nordamerika und erkannte im voraus alle Gebietserweiterungen über die ursprünglichen 13 Kolonien hinaus an. Offiziell betrachtete sich Paris nicht im Krieg mit London, doch zu den Nachschublieferungen kamen bald Truppen (6000 Soldaten unter dem Kommando von General Rochambeau) und Kriegsschiffe, die zusammen mit der spanischen Unterstützung schließlich den amerikanischen Rebellen den Sieg brachten.

Aus einer verdeckten Operation des französischen Geheimdienstes war eine förmliche Allianz mit einem revolutionären Staat geworden, dessen demokratische, anti-monarchische Rhetorik wahrlich schlecht zur prunkvollen Bourbonenmonarchie paßte. Zudem förderte sie den Ruin der französischen Staatsfinanzen, der seinerseits die Französische Revolution zumindest begünstigte, wenn nicht gar im Kern verursachte. Ohne Zweifel gab der Finanzbankrott der französischen Krone den revolutionären Kräften Auftrieb.

Doch zurück zum Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, der für die Geschichte der geheimdienstlichen Tätigkeit von großer Bedeutung war. Bereits zu Beginn des Krieges, mehr als sieben Monate vor der Unabhängigkeitserklärung, richtete der *Continental Congress*, der Vorläufer des heutigen Parlaments der USA, ein *Committee of Secret Correspondence* ein, «… nur mit dem Auftrag, mit unseren Freunden in Großbritannien, Irland und anderen Teilen der Welt zu korrespondieren.» Zwei Wochen später stellte es einem sympathisierenden Rechtsanwalt in London die Summe von 200 Pfund in Aussicht für Berichte «über die Haltung ausländischer Mächte uns gegenüber. (…) Wir müssen nicht andeuten, daß große Umsicht sowie undurchdringliche Geheimhaltung erforderlich sind.» [26] Arthur Lee, der hier angesprochen wurde, versuchte Preußen und Spanien für ein Bündnis zu gewinnen. Er gehörte später zum Verhandlungsteam von Benjamin Franklin.

Ihre größte Bedeutung hatte die Spionage für die militärischen Operationen. Für Washington war sie ein Mittel, die Schwäche seiner Truppen zu kompensieren und großen Feldschlachten aus dem Weg zu gehen. Dabei erlitt er heftige Rückschläge. Sein erstes Opfer war der 21jährige Offizier Nathan Hale, den Washington losschickte, um die

britischen Truppen in der Umgebung von New York auszukundschaften. Er wurde auf Long Island ergriffen und von den Briten ohne Zögern am 22. September 1776 exekutiert. Sein Standbild findet sich nicht nur auf dem Campus seiner alten Universität, in Yale, sondern auch vor dem Hauptquartier der CIA in Langley bei Washington, DC. Daß niemand weiß, wie der junge Mann überhaupt aussah, scheint dabei nicht zu stören. Unter den Geheimdienstleuten der USA gilt er als ihr erstes Opfer für die Freiheit.

Zwar kannte General Washington die Bedeutung der Spionage für die Führung eines Krieges, doch fehlte ihm eine ausreichende Organisation, um die Agenten effizient zu führen. Mehrere seiner militärischen Niederlagen waren dem Mangel an korrekten Informationen geschuldet. Gelegentlich fiel er auch Täuschungen zum Opfer. Im schrecklichen Winterlager von Valley Forge (1777/78), als sich seine Truppen in einem erbärmlichen physischen Zustand befanden, inszenierte er selbst eine Täuschungsoperation, indem er eigenhändig Dokumente erstellte, in denen nicht-existierende Infanterie- und Kavallerieregimenter genannt wurden. Mit Hilfe von Doppelagenten täuschte er dem Gegner vor, die Amerikaner verfügten über viel größere Truppen, als es tatsächlich der Fall war. Diese Operation war erfolgreich. Die Engländer überschätzten ihren Gegner um 8.000 Mann und sahen vorerst von einem Angriff ab.[27]

Im Sommer 1780 erreichte ihn die Nachricht von einem bevorstehenden Angriff der Engländer auf die soeben in Newport (Rhode Island) eingetroffenen französischen Truppen unter General Rochambeau. Die englischen Kolonialtruppen, welche sich unter ihrem Oberbefehlshaber General Henry Clinton im weit südlich gelegenen Charleston befanden, hatten sich bereits eingeschifft, als sie durch Washingtons Agenten über einen bevorstehenden Angriff der Amerikaner auf New York hörten. Diese Kriegslist rettete möglicherweise die französischen Truppen. Sie wurden dringend gebraucht.

Im Vorfeld der Entscheidungsschlacht von Yorktown (1781) gelang es einem Lehrer aus Boston namens John Lovell, den Code zu knacken, welchen die englischen Militärkommandeure für ihre Korrespondenz benutzten. In einem Dankesbrief an Lovell gab sich Washington als ein emsiger Sammler und Analytiker von Einzelinformationen zu erkennen. «Erst wenn wir allerlei Informationen miteinander vergleichen, sind wir oft in der Lage, Tatsachen zu erkennen, die uns verborgen geblieben wären, weil sie durch einen einzigen Hinweis nicht verständlich sind.»[28]

Wenn man Lovell als den Vater der amerikanischen Kryptologen bezeichnen könnte, so darf Washington als Modell eines Militärbefehlshabers gelten, der sich selbst auf die Kunst der Auswertung von nachrichtendienstlichen Informationen verstand. Und auf die Kunst der geheimdienstlich-militärischen Täuschung.

Einige Jahre später erbat sich Washington als erster Präsident der USA einen Etat für Auslandsspionage. Im ersten Jahr betrug er nur 40.000 Dollar, doch im dritten Jahr wurde er auf 1 Million Dollar erhöht, was 12 Prozent des damaligen Bundeshaushaltes entsprach. (In den heutigen USA sind es «nur» 0,2 Prozent.) Für einen Staat, der in Friedenszeiten kaum über nennenswerte Streitkräfte verfügte, mochte ein vergleichsweise hoher Spionage-Etat ein sinnvolles Mittel der Verteidigung sein – vorausgesetzt, er wurde richtig eingesetzt.

Während des Krieges um ihre Unabhängigkeit hatten die Amerikaner erfahren müssen, daß sie es nicht nur mit dem gegnerischen Militär, sondern auch mit der gegnerischen Spionage zu tun hatten – und mit Verrätern in den eigenen Reihen. Ein solcher war General Benedict Arnold, der zunächst auf der Seite der Revolutionäre kämpfte und dort sehr erfolgreich war. Sein Sieg in der Schlacht von Saratoga (1777) hatte Frankreich bewogen, sich offiziell mit den Rebellen zu verbünden. Arnold, der schwer verwundet wurde, genoß das Vertrauen George Washingtons, obgleich er wegen angeblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten durch ein Militärtribunal verurteilt wurde. Der Kongreß weigerte sich, die privaten Auslagen von General Arnold zu erstatten, welche dieser für seine Truppen getätigt hatte. Zugleich warf man ihm vor, sich durch opulente Einladungen über beide Ohren verschuldet zu haben.

Arnold war verbittert. Man überging ihn bei Beförderungen. Schließlich erhielt er das Kommando über das Fort West Point – den Militärstützpunkt, welcher später die Militärakademie der US-Armee beherbergen sollte. Er faßte den Plan, diesen Stützpunkt an die Briten zu übergeben und dabei die Seiten zu wechseln. Wenige Monate davor hatte er die 19jährige Margaret Shippen geheiratet, die Tochter eines angesehenen Richters in Philadelphia. Während der britischen Besetzung Philadelphias war diese junge Frau mit dem britischen Major John André ausgegangen, dem Adjutanten des britischen Generals Henry Clinton und zugleich sein Geheimdienstoffizier. Vermutlich stellte die junge Margaret den Kontakt zwischen General Arnold und Major André her. Es kam zu einer Absprache, nach der Arnold für die Summe von 20.000 britischen

Pfund das Fort West Point übergeben sollte.

Wäre dieser Coup gelungen, hätte die britische Armee die Neuengland-Kolonien von den übrigen Rebellen abschnüren können. Doch das Komplott scheiterte, als André im September 1780 den Versuch unternahm, sich mit Arnold in einem Wald am Hudson-Fluß zu treffen. Die beiden wurden von amerikanischen Milizionären überrascht. Arnold gelang die Flucht. André versuchte, in Zivilkleidern durch die von den amerikanischen Truppen besetzten Gebiete zu entkommen. Dabei wurde er jedoch aufgegriffen und enttarnt. Bei sich (in seinen Strümpfen versteckt) trug er sechs Papiere mit der Handschrift von General Arnold, in denen dieser beschrieb, wie die Briten bei der «Eroberung» von West Point vorgehen sollten.

Ein Militärgericht verurteilte André zum Tode. Washingtons Versuch, den Verurteilten gegen den geflohenen General Arnold auszutauschen, scheiterte, und so wurde André am 2. Oktober 1780 gehenkt. Benedict Arnold hingegen übernahm ein Kommando auf der britischen Seite und erzielte dabei wiederum einige lokale Siege. In einem offenen Brief an die Bevölkerung der britischen Kolonien rechtfertigte er sich, indem er die Korruption der amerikanischen Revolutionäre anprangerte und insbesondere das Bündnis mit dem katholischen Frankreich.

Jede Seite sollte später daraus ihre Heldengeschichten stricken. John André wurde 1821 exhumiert und in der Londoner Westminster Cathedral in der Hero's Corner beigesetzt. Seine Mutter hatte sogleich nach seinem Tod eine Pension, sein Bruder einen Adelstitel erhalten. Neuestens wurde er von der Schwulenbewegung als einer der Ihren entdeckt, da er in einem Brief von seinem mangelnden Interesse an Frauen schrieb. Mit Sicherheit war er ein gebildeter Mann, der Gedichte schrieb, Querflöte spielte und fließend Französisch, Deutsch und Italienisch sprach. Er stammte aus einer Hugenottenfamilie, hatte in Genf die Schule besucht. An ihm ließ sich nichts Böses finden.

Die Amerikaner taten sich mit ihrem Teil der Geschichte schwerer, denn es ließ sich nicht leugnen, daß Benedict Arnold zu den begabtesten Militärs des Unabhängigkeitskrieges zählte. Auf dem Schlachtfeld von Saratoga errichtete man 1887 ein Denkmal «zum Gedenken an den brillantesten Soldaten der Continental Army», der dort schwer verwundet wurde. Die Inschrift nennt seinen militärischen Rang, doch der Name fehlt. Sein Verrat ging in die amerikanische Geschichtslegende ein als Synonym für das, was man in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg mit dem

norwegischen Naziführer Widkun Quisling verbindet. Ein Quisling ist also im Amerikanischen ein Benedict Arnold, ein politischer Mega-Verräter. Benedict ist in den USA ein äußerst seltener Vorname geblieben. Im Zensus von 1990 steht er an 1124. Stelle.

Nicht in die amerikanische Nationallegende paßt auch, daß Benedict Arnold seinen Verfolgern entging, nach London beordert wurde und dort den englischen König Georg III. beriet. Ein paar Jahre lebte er als Geschäftsmann in Kanada, danach wieder in London, wo er 1801 an den Folgen seiner Verwundungen starb. An seiner letzten Wohnstätte in einem vornehmen Londoner Viertel hängt eine offizielle Tafel der Londoner Stadtverwaltung, die Arnold als «American revolutionary soldier and patriot» verewigt. Politisch korrekt ist das weder für die eine noch für die andere Seite.

Gewiß war es den Briten nicht gelungen, durch geheimdienstliche Aktivitäten den Sieg der Amerikaner zu verhindern, aber sie machten ihn doch um einiges kostspieliger. In London wurden diese Aktivitäten durch William Eden koordiniert, den damaligen Handels- und Kolonialminister. Eden war dem Amerikaner Arthur Lee auf der Spur, der in Berlin über eine militärische Unterstützung durch Preußen verhandelte. Dessen Hotelzimmer wurde aufgebrochen, seine Papiere kopierte man. In Paris zahlte Eden jährlich 1000 Pfund an Edward Bancroft, einen Vertrauten des amerikanischen Chefunterhändlers Benjamin Franklin. Franklin übrigens weigerte sich bis an sein Lebensende, an einen möglichen Verrat seines Freundes Bancroft zu glauben. Das ganze Ausmaß seiner Spionage wurde erst mehr als ein Jahrhundert später, im Jahr 1891, in London aufgedeckt.

Der Führungsoffizier von Bancroft war ein gewisser Paul Wentworth, eine elegante, verführerische Erscheinung, sehr kultiviert und intelligent. Beaumarchais beschrieb ihn als «einen der geschicktesten Männer aus England», der zudem hervorragend Französisch spreche.[29] Er sei mit der Aufgabe betraut, die Kontakte zwischen dem französischen Hof und den amerikanischen Rebellen auszukundschaften und negativ zu beeinflussen. Das war gewiß richtig, doch Wentworth hatte zugleich eine heikle diplomatische Mission. Er sollte Benjamin Franklin ein Friedensangebot der britischen Regierung unterbreiten, in dem vorgesehen war, eine Reihe der amerikanischen Forderungen zu akzeptieren und 200 Amerikaner in das englische Oberhaus zu berufen, also zu adeln. Franklin lehnte interessanterweise dieses Angebot nicht rundweg ab, sondern nutzte es, um die französische Seite endlich ins Boot zu bekommen.

Bekanntlich wurde daraus nichts, doch die Mischung von alteuropäischer Intrige und moralistisch-demokratischer Ideologie, mit der Franklin operierte, ist bemerkenswert. Als man ihn auf die Gefahr von gekauften Spionen in seiner Umgebung aufmerksam machte, antwortete er: «Wenn die Handlungen eines Mannes gerecht und ehrenvoll sind, kann sein Ruf nur gewinnen, falls diese bekannt würden.» So weigerte er sich, seine Korrespondenz mit dem *Continental Congress* nach den ihm mitgegebenen Instruktionen zu verschlüsseln. Wichtige politische Papiere ließ er offen herumliegen. Allerdings bediente sich Franklin eifrig der Geheimpropaganda, indem er gefälschte Briefe und Berichte zirkulieren oder publizieren ließ, welche die britische Politik diskreditieren sollten. [30]

Nicht alle Anführer der amerikanischen Revolution waren derart naiv. Der Rechtsanwalt und New Yorker Abgeordnete John Jay, später der erste Präsident des amerikanischen *Supreme Court*, erkannte früh, welche Gefahr der Unabhängigkeitsbewegung durch Spionage und Sabotage drohte. Bereits 1776 untersuchte er ein Komplott, welches der britische Gouverneur von New York, William Tryon, angeblich gegen George Washington geplant hatte. Einer der Verschwörer, Thomas Hickey, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Es ist jedoch zweifelhaft, daß Hickey mehr wollte, als zur britischen Seite überzulaufen, die damals vermutlich weit mehr Anhänger unter den britischen Kolonisten in Nordamerika hatte als die Sache der Revolutionäre. Sicher ist immerhin, daß Tryon mit Repressalien gegen die Zivilbevölkerung der Aufständischen vorgehen und damit die britische Kriegführung jener der Rebellen anpassen wollte. Doch dafür erhielt er keine Genehmigung seiner Vorgesetzten.

John Jay saß einer New Yorker Kommission «für das Aufspüren und Ausschalten von Verschwörungen» vor, die man vielleicht zu den ersten Elementen einer amerikanischen Gegenspionage rechnen könnte. Sie führte Hunderte von Untersuchungen gegen Sympathisanten der englischen Krone durch und operierte mit Dutzenden von Agenten, die vor allem Verschwörungen aufspüren sollten. Doch sie berichtete auch über die Stimmung in der Öffentlichkeit, die insbesondere bei den Kaufleuten des Übersee- und Karibikhandels schlecht, das heißt anti-amerikanisch, war.

Es war nicht mehr nur die religiöse oder nationale Zugehörigkeit, welche die Leute gegeneinander aufbrachte, oder die Loyalität gegenüber bestimmten Sippen und Dynastien. Mit der Amerikanischen Revolution

wurde die politische Ideologie zur neuen Staatsdoktrin und damit zum Kern eines Staatsbildungskrieges (Johannes Burkhardt). Dabei spielten Religion und wirtschaftliche Interesse eine gewisse Rolle. Doch waren diese keineswegs entscheidend, wie die ältere protestantische und später die marxistisch angehauchte Historiographie eines Charles Beard behauptete, denn im Kern ging es um Ideologie, um politisch-säkulare Glaubenssätze, die nun zum Gegenstand von geheimdienstlicher Tätigkeit wurden. Nach der Amerikanischen Revolution bildete die wenige Jahre später ausbrechende Französische Revolution den zweiten Anschub für diese ideologisch motivierte Spionage, die dann im 20. Jahrhundert jene gigantischen Spionage- und Überwachungsapparate hervorbrachte, denen wir uns heute noch gegenübersehen.

Die Französische Revolution

Salopp gesagt, begann die Französische Revolution mit einem *intelligence failure* der Behörden für die innere Sicherheit. Am Tag, als das Pariser Bastille-Gefängnis gestürmt wurde, schrieb König Ludwig XVI. in sein Tagebuch «rien» (nichts ist geschehen). Zwar hatte es vielerlei Anzeichen für die brenzlige Situation gegeben – Anzeichen, die von Hungersnöten bis zum Staatsbankrott Frankreichs reichten. Doch mochte man sich beruhigen mit dem Hinweis, daß man auch in der Vergangenheit stets irgendwie über die Runden gekommen sei. Zudem haben scharfsinnige Köpfe wie Alexis de Tocqueville rasch erkannt, daß die Ursachen der Revolution weit zurückreichten in die konfliktreiche Beziehungsgeschichte zwischen Adel und Monarchie. Das später zum nationalen Mythos stilisierte Ereignis vom 14. Juli 1789 an der Bastille geschah eher beiläufig.[31] Richtig bleibt gleichwohl die Feststellung, daß der König und sein Hof die Lage falsch einschätzten.

Wichtig für unser Thema ist hierbei vor allem, daß die Revolutionäre – im Unterschied zur Monarchie – durchaus erkannten, wie gefährlich ein Mangel an Information und eine falsche Einschätzung der Lage ihrer eigenen Sache, nämlich der Revolution, werden konnten. Deshalb waren es die Revolutionäre, insbesondere die radikalen Köpfe und Gruppierungen unter ihnen, die in Frankreich erstmals einen durchorganisierten Geheimdienst für die innere Sicherheit sowie einen dauerhaften, dem Außenministerium – nicht dem Hof – zugeordneten

Auslandsgeheimdienst schufen. Zugespitzt formuliert: Es war nicht die Monarchie, sondern die Demokratie, welche den modernen geheimdienstlich gestützten Überwachungsstaat schuf. Auch in dieser Hinsicht wurde also Frankreich zum Labor der modernen demokratischen Politik.

Zunächst allerdings fehlten eine klare Führung und ein stabiler bürokratischer Rückhalt. In den ersten Jahren der Revolution wurde die Politik nämlich durch Komitees, Ausschüsse, Gremien aller Art gemacht. (So stellte man sich ursprünglich die Führung eines demokratischen Gemeinwesens vor.) Nachdem Frankreich zunächst eine konstitutionelle Monarchie wurde, in der dem Monarchen die Staatsgewalt weitgehend entzogen war, kam es unter den Revolutionären zu immer heftigeren Auseinandersetzungen über den Kurs dieser Revolution. Schließlich siegten die Radikalen. Im September 1792 proklamierten sie die Republik, im Januar 1793 ermordeten sie den König und später die Königin. Fortan regierte das immer wieder umbenannte Parlament, das allerdings die Führung weitgehend an 16 Ausschüsse übergab. Zu diesen gehörten der Wohlfahrtsausschuß (Comité de salut public), den sich der Demagoge Maximilien de Robespierre schuf, sowie der allgemeine Sicherheitsausschuß (Comité de sûreté générale), dem aufgetragen wurde, das Land mit einer massiven Unterdrückungskampagne (terreur) zu überziehen, wofür es vor allem die Pariser Polizei und das Militär unter seine Kontrolle brachte. Parallelgeschaltet war eine Revolutionsjustiz, welche am laufenden Band Urteile gegen wirkliche und vermeintliche Revolutionsgegner sprach und die Guillotine zum Symbol einer Politik des brutalen Durchgreifens machte.

Somit wurde die geheimdienstliche Tätigkeit zwar ausgeweitet und als Element der Revolution eingesetzt, doch zugleich wurde die halbwegs als professionell zu bezeichnende Geheimdienstarbeit überschattet von einer Massenhysterie der Verdächtigung und Bestrafung. Polizei, Armee und Justiz wurden wahllos zur Repression eingesetzt. 45.000 Menschen fielen diesem Terror zum Opfer. Mindestens 25.000 davon wurden ohne Urteil guillotiniert. In der Vendée, an der französischen Atlantikküste, wurden schätzungsweise 200.000 Menschen umgebracht, im wesentlichen durch Militäreinsätze gegen Zivilisten.

Gewiß spielten auch in dieser radikalen Phase der Französischen Revolution die Geheimpolizei sowie die Militärspionage eine Rolle. Somit kann man die Jahre 1792 (Ausrufung der Republik) bis 1795 (Ende der

Terreur) nicht schlichtweg ausklammern, doch ein geordneter institutioneiler Aufbau der Spionage fand erst in den Jahren des Direktoriums und dann während der Herrschaft von Napoléon Bonaparte (ab 1799) statt.

Für die Inlandsspionage wurde Joseph Fouché die zentrale Figur. Mit ihm begann die moderne Polizeiarbeit im Sinne einer Geheimpolizei, die jene Personen und Gruppen frühzeitig identifiziert und überwacht, welche die staatliche Ordnung (angeblich oder tatsächlich) gefährden. Im Juli 1799 wurde er zum Polizeiminister ernannt und nach dem Novemberputsch Bonapartes von diesem im Amt belassen, das er (mit einer kurzen Unterbrechung) bis Juni 1810 behielt. Sein Ministerium organisierte er in vier große Bereiche, unter denen derjenige für die Abwehr von staatsfeindlichen Umtrieben dominierte. Fouché bezeichnete dies als die Aufgabe, «Recherchen zu allen Verschwörungen und Unternehmungen [durchzuführen], welche sich gegen die Verfassung, die Regierung und die obersten Personen der Justiz richten…» Als Zielpersonen fügte er hinzu «… Provokateure und Anführer oder Komplizen derartiger Handlungen».[32] Verschwörungen gegen die Verfassung, eigentlich gegen die in der Verfassung festgelegte politische Ordnung, deuteten bereits in der Wortwahl auf den späteren deutschen Begriff des «Verfassungsschutzes» hin. Nicht nur die Person des Staatsoberhauptes sowie der Minister und hohen Beamten, sondern das Abstraktum der Verfassung wurde somit zum Objekt des Inlandsgeheimdienstes, als den man Fouchés Polizeiministerium zumindest in Teilen bezeichnen kann.

An Bonaparte schrieb Fouché: «Die Polizei, wie ich sie auffasse, muß so beschaffen sein, daß sie Delikten zuvorkommt und sie verhindert …»[33] Mit einer regulären Polizei, die nur durch ihre Präsenz und ihre Aufdeckung von Straftaten eine abschreckende Wirkung entfaltete, war das nicht zu leisten. Fouché richtete eine Geheimpolizei ein, die mit geheimdienstlichen Methoden arbeitete. Während er die reguläre Polizei durch seine Mitarbeiter führen ließ, galt seine Aufmerksamkeit vor allem dem verdeckten Krieg gegen die politischen Gegner des Regimes, hauptsächlich den Monarchisten und Emigranten sowie den Ausländern.

Doch auch hier betrat er nicht überall Neuland. Das Spitzelwesen hatte bereits im Ancien régime erhebliche Ausmaße angenommen. Im Jahr 1753 wurde die Hälfte des Budgets der Pariser Polizei für die Entlohnung von Spitzeln ausgegeben. Erste Versuche wurden unternommen, die

gewonnenen Informationen in systematischen Karteien festzuhalten. Doch diese Struktur hatte sich in der Revolution weitgehend aufgelöst. An ihre Stelle traten lokale Bürgerkomitees und Bürgerwehren. Erst 1791 wurde mit der *Gendarmerie nationale*, einer allgemeinen Landpolizei, wieder ein zentrales Instrument geschaffen.

Fouché richtete nun die Pariser Polizeipräfektur ein, um sich der alltäglichen, politisch wenig relevanten Aufgabenbereiche zu entledigen. Zugleich schickte er sich an, die Polizeikräfte im übrigen Frankreich aus der Kontrolle der dortigen Präfekten herauszulösen und seinem Polizeiministerium zu unterstellen.[34] Das gelang nicht überall. Gleichwohl legte er damit den Grundstein für eine zentralistische Polizeiorganisation, wie sie noch heute in Frankreich besteht. Zusätzlich ernannte Fouché immer wieder Kommissare für besondere Aufgaben, also Geheimdienstleute, welche ihm direkt unterstanden. Das war vor allem in den Hafenstädten wichtig, wo es galt, den Waren- und Personenverkehr auf verdächtige Anzeichen zu prüfen.

Der Hafenstadt Boulogne am Ärmelkanal galt seine besondere Aufmerksamkeit. Jeder Franzose, der aus England zurückkehrte, mußte sich bei der Polizei von Boulogne auf Herz und Nieren prüfen lassen. Dieser Küstenabschnitt war zugleich die Anlaufstelle für zurückkehrende Emigranten und für Flüchtlinge aus England, zu denen insbesondere katholische, überwiegend irische Priester zählten, da in England die Katholikenverfolgung erst zwei Jahrzehnte später, 1829, eingestellt wurde. Hier war gewiß das Potential für Verschwörungen und die Verbreitung politisch gefährlicher Gerüchte am größten. Zugleich galt es, eine aktive Spionageabwehr zu betreiben, da sich Frankreich fast ununterbrochen mit England im Krieg befand. Schließlich ist auf die politische Zerrissenheit der französischen Bevölkerung hinzuweisen, die sich in einer Vielheit verfeindeter Lager, Gruppen und Parteien äußerte, die ständig miteinander haderten. Eine derart explosive Lage ließ sich, davon war Fouché überzeugt, nur durch intensive Präventivmaßnahmen der Geheimdienstarbeit unter Kontrolle halten.

Typisch für Fouchés systematisches Vorgehen sind die zumeist täglichen Berichte über die Sicherheitslage, die je nach den Zuständigkeiten der Empfänger ihre Inhalte variierten. Neben allgemeinen Berichten für ganz Frankreich und quer durch alle Bereiche gab es tägliche Berichte über die Lage in der Hauptstadt sowie über ansässige oder durchreisende Ausländer. Dort wurde auch über Emigranten sowie über Vorkommnisse

an den europäischen Höfen berichtet, welche die Sicherheit Frankreichs tangieren konnten. Schließlich wurde ein Tagesbericht über aktuelle Verbrechen erstellt.

Kennzeichnend war auch die Erfassung von auffälligen Personen jeder Art, auch hier mit besonderem Augenmerk auf Ausländern und Emigranten, in einzelnen Personalbögen oder *fiches*. Daraus wurden bald die Karteiblätter in Registraturschränken, welche alle modernen Bürokratien kennzeichneten, ehe deren Informationen in elektronische Dateien überführt wurden. Das Leben einzelner Menschen auf einem *fiche* festzuhalten, reduziert auf wesentliche Daten, Informationen und Querverweise zu anderen *fiches*, diese rationalisierte Faktenverwaltung zur Kontrolle von Menschen, ja von Gesellschaften und Nationen, wurde zum Inbegriff aller staatlichen Kontrolle. Es war gewiß kein Zufall, daß die moderne Polizei, der moderne (bürokratisierte) Geheimdienst sowie die staatliche Statistik (Zensus) beinahe gleichzeitig entstanden, denn ohne staatliche Datenerfassung und – Verwaltung kann es keine lückenlose Überwachung der Bevölkerung und damit keinen Inlandsgeheimdienst geben.

Daß derartige Personendateien ein reales Stück Macht darstellten, ließ Fouché die Leute auf allerlei Weisen spüren. Immer wieder wurden Gesuche an ihn gerichtet, man möge bestimmte Informationen oder ganze *fiches* über hochgestellte Persönlichkeiten, vor allem Adelige, löschen. Den Konsuln, darunter Bonaparte, boten solche Gesuche die Möglichkeit einer kleinen Machtdemonstration. Sie wußten im übrigen sehr genau, daß ihre eigene Herrschaft auf Gedeih und Verderb auf Fouchés Polizeiapparat angewiesen war. Schließlich ließ Fouché sogar in einer von ihm kontrollierten Zeitung die Meldung drucken: «Es verlautet, daß die Konsuln dem Polizeiminister das Recht zur endgültigen Löschung übertragen haben.»[35]

In seiner *Topographie chouannique* von 1804 gab er präzise die Wege, Unterkünfte, Treffpunkte und Landepunkte der britischen Agenten sowie der französischen Umstürzler an, die versucht hatten, von der Bretagne aus einen royalistischen Putsch zu inszenieren.[36] An Fouchés Schrift besticht die Präzision und umfassende Faktensammlung, mit der er operiert. Im Anhang findet sich eine Liste von 1800 Beteiligten, zu denen auch viele Soldaten oder ehemalige Soldaten zählen, die in die Verschwörung verwickelt waren, welche im Jahr 1804 mit der Festnahme des bretonischen Anführers («General») Georges Cadoudal endete.

Das Wort *chouannique* bezog sich einerseits auf einen Royalisten namens Jean Chouan, der eigentlich Cottereau hieß, andererseits war es eine Anspielung auf das Käutzchen (chouette), dessen Ruf den Aufständischen als Identifikation diente. Mit *Topographie chouannique* meinte Fouché also eine gleichermaßen geographische, organisatorische und personenbezogene Gesamtbeschreibung seines größten Problems der inneren Sicherheit, entfernt vergleichbar einem heutigen Lagebild des islamistischen Terrorismus.

Cadoudal stand für den Versuch, die Bretagne zum Ausgangspunkt für einen bewaffneten Aufstand gegen die Revolutionsregierung des Direktoriums zu machen. Den französischen Monarchisten, unterstützt durch den britischen Geheimdienst, kam allerdings der Militärputsch Bonapartes vom 9. November 1799 in die Quere. Napoléon bot dem in der Bretagne einflußreichen Cadoudal sogleich einen Posten an, den dieser jedoch ablehnte. Lieber wollte er nach England abtauchen, um dort mit einem Bruder des hingerichteten Königs zu konspirieren, der 1824 als Karl X. den französischen Thron besteigen sollte.

Ein Jahr danach installierten Cadoudals Leute in Paris ihre berüchtigte «Höllenmaschine», die am 24. Dezember 1800 den Ersten Konsul auf dem Weg zur Oper treffen sollte. Bonaparte entging diesem Bombenattentat, das 22 Tote und über hundert Verletzte zurückließ. Cadoudal entging den Nachforschungen. Er konnte in England erneut eine Landeoperation gegen Frankreich planen, mit direkter, wenngleich geheimer Unterstützung des englischen Premierministers William Pitt, der dafür britische Truppen beisteuern wollte. Doch Fouché hatte überall seine Spitzel, sogar im englischen Geheimdienst. Zunächst allerdings schlug er in einem ungünstigen Moment zu und verpaßte Cadoudal bei einer Razzia gegen die Verschwörer. Erst im März 1804 gelang Fouchés Beamten der Zugriff mitten in Paris. Einige Monate später starb Cadoudal durch die Guillotine. Bis heute bleibt er ein bretonischer Volksheld. Für Fouché war dieser Schlag gegen die Regimegegner ein Triumph. Für die Sicherheit Napoléons blieb Fouché noch lange Jahre unentbehrlich.

Fouchés Karriere gehört zu den farbigsten der Französischen Revolution, war aber keineswegs singulär. Wie viele andere Führungsfiguren schwankte er zwischen moderaten und extremistisch-revolutionären Worten und Taten. Nachdem ihn Kaiser Napoléon 1810 entlassen hatte, privatisierte er zunächst, schloß sich aber dann, als Napoléon 1814 gestürzt wurde, den Royalisten an und wurde sogar für einige Monate

Regierungschef, ehe ihn der neue König wiederum zum Polizeiminister machte. Die Überlegung des Königs war einfach: Keiner kannte die Umstürzler jeglicher Couleur so genau wie Fouché. Folglich würde er am besten geeignet sein, sie in Schach zu halten.[37] Damit allerdings überspannte König Ludwig XVIII. den Bogen. Zu viele Adelige erinnerten sich, daß Fouché im Januar 1793 für den Tod des damaligen Königs gestimmt und die Royalisten drangsaliert hatte.

Im September 1815 mußte Fouché demissionieren und als Botschafter nach Dresden gehen. Ein königlicher Erlaß vom Januar 1816 verbot schließlich den Königsmördern von 1793 die Rückkehr nach Frankreich. Fouché starb 1820 in Triest, wo übrigens Jerome Bonaparte (der Schwiegersohn des Königs von Württemberg) den Großteil der Papiere Fouchés verbrannte. Damit verschwanden wichtige Beweise zu seiner geheimen Geschichte der politischen Manipulationen, insbesondere von Bestechung und Erpressung. Allerdings blieb ein Manuskript übrig, das posthum als seine Memoiren (1824) erschien. Als Fußnote sei hinzugefügt, daß sein Biograph Louis Madelin noch 1901 auf das Unverständnis einflußreicher Universitätshistoriker stieß mit seinem Versuch, Fouché als außergewöhnliche, aber doch in die Revolutionszeit passende Figur darzustellen. Ein hochbegabter Geheimdienst- und Polizeichef, der die Französische Revolution verkörperte? Das wollte nicht ins republikanische Bild passen. Dem armen Madelin wurde eine Professur verweigert. Er wurde dann allerdings einer der meistgelesenen populärwissenschaftlichen französischen Historiker seiner Generation.

Napoléon Bonaparte

Als bekanntester Agent der Napoleonzeit gilt Karl Schulmeister, der vor allem gegen Österreich große Erfolge erzielte. Schulmeister wurde in einer rechtsrheinischen Exklave des Elsaß geboren, kam aus einer Familie kleiner Beamter und heiratete die Tochter eines Hüttendirektors. In Straßburg eröffnete er ein Geschäft, in dem er mit Tabak, Zucker und allerlei Waren handelte. Dieser bescheidene Laden diente bald nur noch als Fassade für einen schwunghaften Schmuggel, mit dem er in den 1790er Jahren reich wurde und viele Reisen unternahm. Nach Paris lieferte er bald nicht nur Waren, sondern auch kriegswichtige Informationen. Nachdem er sich 1799 den französischen Truppen angeschlossen hatte, fiel

er General Savary auf, der ihn schließlich 1804 Napoléon vorstellte, angeblich mit den Worten: «Hier ist ein Mann, Sire, der nur Verstand, aber kein Herz hat.» Nichts deutet darauf hin, daß Schulmeister kein Herz hatte, doch er konnte sich mit großem Geschick verstellen, und er behielt in den schwierigsten Momenten die Nerven – beides wichtige Eigenschaften für einen erfolgreichen Geheimdienstagenten.[38]

Sein erster großer Auftrag für Kaiser Napoléon war eine Operation der Täuschung. 1805 begab sich Schulmeister nach Wien, versehen mit der falschen Identität eines nach Frankreich emigrierten ungarischen Adeligen, der nun wegen seiner Sympathie für das Haus Habsburg in Frankreich nicht mehr geduldet werde. Es gelang ihm, bis in das Hauptquartier von Feldmarschall Karl Mack vorzudringen, der ihn für eine gute Quelle bezüglich der Standorte und Absichten der Franzosen hielt. Schulmeister wußte ihm zu berichten, daß sich Napoléon nach Frankreich zurückziehen wolle, um dort einem möglichen Umsturz zuvorzukommen. Als Beweis legte er allerlei Briefe und antinapoleonische Traktate vor, die in der Fälscherwerkstätte Savarys fabriziert worden waren. Mack dachte nun, er könne westwärts den sich zurückziehenden Truppen folgen. Doch bei Ulm wurde er auf drei Seiten von französischen Einheiten angegriffen. Er mußte eine bittere Niederlage hinnehmen und mit 70.000 Mann kapitulieren. Für Napoléon stand der Weg frei nach Wien. Im Dezember 1805 besiegte er die russisch-österreichischen Koalitionstruppen bei Austerlitz. Österreich lag endgültig am Boden.

Schulmeister reiste zwischen den Fronten hin und her, bot sich auch dem russischen Feldherrn Kutusow an, der in Leo Tolstois Roman *Krieg und Frieden* mit so viel Bewunderung geschildert wird. Schulmeister wurde von der österreichischen Spionageabwehr enttarnt und in Richtung Wien abgeführt, konnte allerdings fliehen und sich in einem Gasthaus verstecken. Er wurde von Savary freudig begrüßt und zum Polizeichef des französisch besetzten Wien gemacht. Einige Jahre später erhielt er ein hohes Militäramt, doch als Napoléon 1810 die österreichische Kaisertochter Marie-Louise heiratete, paßte Schulmeister nicht mehr ins Bild. Er lebte fortan in großem Stil, dank einer generösen Schenkung des Kaisers, in einem Schloß bei Straßburg. Schulmeister überlebte die Wirren des Untergangs Napoléons und wurde zur Legende. 1851, anläßlich eines Elsaßbesuches, machte ihm Staatspräsident Louis-Napoléon, der bald darauf zum Kaiser Napoléon III. wurde, seine Aufwartung. Zwei Jahre später starb der 83jährige Veteran der Spionage.[39]

Kennzeichnend für Napoléons Machtausübung in Militär und Politik war seine Fähigkeit, Menschen für sich zu begeistern und ihr Vertrauen zu gewinnen. Der Leiter seiner Militärspionage, General Savary, gehörte gewiß zu den engsten Vertrauten. Doch der unentbehrliche Fouché war kein Mann, dem man wirklich tiefes Vertrauen entgegenbringen konnte, da seine Karriere vom Priesteramt zum Polizeiminister zu abenteuerlich und undurchsichtig verlaufen war. Ähnliches galt für den Chef der Auslandsspionage, Außenminister Talleyrand, der 15 Jahre älter als Napoleon war und, als er im Juli 1797 in dieses Amt berufen wurde, ebenfalls einen Weg hinter sich hatte, der Mißtrauen erweckte. Seine Herkunft aus dem westfranzösischen Hochadel, seine körperliche Behinderung – er humpelte –, die ihn statt zum Militär in die kirchliche Laufbahn zwang, und sein scharfer Verstand bestimmten die Ambitionen dieses außergewöhnlichen Mannes. Durch seinen Onkel, den Bischof von Reims, kam er rasch in ein gutbezahltes Kirchenamt, das ihn praktisch an die Spitze der Finanzverwaltung der französischen Kirche führte. Gemeinsam mit Finanzminister Calonne überlegte er in den letzten Jahren der Monarchie, wie die Staatsfinanzen saniert werden könnten. Daran hatte die Kirche ein vitales Interesse, richteten sich doch die Augen der Gegner König Ludwigs XVI. auf die Reichtümer der Kirche, die man konfiszieren könnte – was dann unter der Revolution tatsächlich geschah. 1788 erhielt er das ersehnte Bischofsamt (in Autun), obgleich er seit fünf Jahren mit einer Gräfin zusammenlebte, die schriftstellerisch und als Dame der Gesellschaft hervortrat und mit ihm einen Sohn hatte.

Mit Ausbruch der Revolution wurde er Politiker, trat für die Enteignung der Kirche und die Gleichheit der Bürger unter einer Verfassung ein und avancierte schließlich zum Präsidenten des Parlaments. Auf dem Pariser Marsfeld hielt er eine Messe mit 300.000 Teilnehmern zugunsten der «Einheit der Franzosen». Nachdem er sein Kirchenamt aufgegeben hatte, schickte man ihn 1792 auf eine Mission nach London. Talleyrand war nun Diplomat. Es folgte eine Episode als Immobilienhändler in Massachusetts, ehe er, nach dem Ende der Terreur, 1796 als Gelehrter nach Paris zurückkehrte. Zunächst als Botschafter, dann als Außenminister brachte er es erneut zu einem Vermögen, das vor allem aus Bestechungsgeldern diverser Staaten zusammenkam.

Als Talleyrand im Außenministerium erklärte, es werde künftig keine Geheimnisse, sondern nur noch ordentliche Beziehungen mit Hilfe der Diplomaten geben – man glaubt hier den viel späteren amerikanischen

Präsidenten Woodrow Wilson und seine neue, «offene» demokratische Außenpolitik der Völker zu vernehmen –, dürfte das kaum jemand ernst genommen haben. Tatsächlich entließ Talleyrand eine Anzahl von Spionen, organisierte das Ministerium nach seinem Geschmack und besetzte wichtige Posten mit seinen Vertrauten. Dabei kam gleichwohl die Spionage nicht zu kurz.[40] In seinem Büro ließ er ein Geheimarchiv einrichten, das die Berichte seiner Spione, aber auch die Abschriften wichtiger Briefe sowie eine Fülle von biographischem Material zu allerlei wichtigen Persönlichkeiten in Frankreich und im Ausland enthielt. Man erkennt die Parallele zu Fouché: personenbezogene Informationen als Basis für Spionage, Erpressung und so fort. Zu seinen engsten Vertrauten gehörte Blanc de La Nautte d'Hauterive, der als Konsul in New York den aus England geflohenen Talleyrand aufgenommen hatte.

Da zumindest Teile der Kassenbücher (bis 1804) für die Spionage erhalten sind, kennen wir einige der Empfänger und die Geldbeträge, aus denen man auf bestimmte Operationen sowie deren Bedeutung schließen kann. Mit hohen Summen sind die Napoléon-Brüder Joseph und Lucien verzeichnet, wobei zu vermuten ist, daß diese das Geld an Agenten weitergereicht haben. Klarer sind jene Fälle, in denen ansässige Ausländer oder außerhalb Frankreichs lebende Personen die Empfänger waren.[41] Allerdings bestand immer die Gefahr, daß Politiker derartige Geheimbudgets benutzten, um daraus persönlichen Nutzen zu ziehen. Deshalb schrieb Napoléon im September 1807 an Talleyrand einen Brief, in dem er die Abrechnungen der Spionagegelder im einzelnen kommentierte: «Ich wünsche, daß Sie mir zur Kenntnis geben, wo sich [die namentlich genannten Spione] aufhalten und ob ihre Dienste dem entsprechen, was sie kosten.»[42] Des weiteren nannte er Fälle, die nicht als Spionage abgerechnet werden dürften, beispielsweise heimliche Zuschüsse für eine Zeitung.

Talleyrands Geheimniskrämerei diente indes noch einem anderen Zweck, nämlich der Einwerbung und dem Empfang von Bestechungsgeldern, wobei die Spionage nicht so sehr als Instrument der Außenpolitik denn als Mittel der Geheimhaltung diente. Daß ausgerechnet die Memoiren des Direktoriumsmitgliedes (1795–1799) Paul de Barras darüber Auskunft geben, stellt eine Delikatesse dar, denn Barras war selbst einer der großen Bestechlichen jener Zeit. Seine Absetzung durch den Putsch vom November 1799 verbitterte ihn gewiß. Gleichwohl ist nicht zu bezweifeln, daß Talleyrand bei einer Reihe von diplomatischen Manövern,

insbesondere wenn es um Territorien und Herrschaftstitel ging, kräftig in die eigene Tasche wirtschaftete.[43] Barras nannte die abenteuerliche Summe von 117 Millionen Francs.

Bonaparte sah sich bereits zu Beginn seines Italienfeldzuges von 1796 vor die Notwendigkeit gestellt, sich mit den Beziehungen zwischen Spionage, Geld, Politik und Kriegführung zu befassen. Was das Direktorium zur Finanzierung seiner Truppen zahlte, war völlig unzureichend. Doch ein reiner Ausbeutungskrieg, bei dem sich die Truppe aus den besetzten Kriegsgebieten alimentierte, widersprach den hehren Zielen der revolutionären Befreiung. Um sich nun der Bevölkerung der italienischen Fürstentümer und Stadtstaaten als Befreier anzupreisen, mußte zumindest der Anschein einer revolutionären Anständigkeit gewahrt bleiben. Finanzielle Geschäfte durften allenfalls auf dem Wege der Geheimdiplomatie erledigt werden. Zugleich mußte die Befreiungspropaganda in den zu erobernden Gebieten finanziert, sollten Politiker und Militärs bestochen werden, um den Widerstand gegen das französische Vorrücken zu minimieren.

Bonaparte richtete ein «geheimes Büro» ein, dessen Leitung er dem 43jährigen Regimentskommandeur der Kavallerie Jean Landrieux übertrug.[44] Dieser schuf zwei Abteilungen. Eine für die üblichen Aufgaben der Militärbeobachtung und der Spionageabwehr, die andere für rein politische Aufgaben, zu denen die Beobachtung der Zivilbevölkerung und die Steuerung von Volksaufständen gehörte, soweit diese dem Vormarsch der eigenen Truppen nützlich erschienen. Landrieux legte sich allerlei Beobachter und Agenten zu. Ein entlaufener Priester allerdings, der zunächst gute Arbeit leistete, machte sich mit den erbeuteten Kassenbeständen aus drei italienischen Kleinstädten aus dem Staub. Es gab adelige Damen wie die Gräfin Albani in Mailand, die Gräfin Uggeri in Brescia und eine Madame Pellegrini in Verona, die zu Diensten waren. Die Mitarbeiter von Landrieux hielten nächtliche Treffen mit Polizeichefs sowie mit Truppenkommandeuren (oder deren Abgesandten) ab, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen.[45]

Rasch baute er ein Agentennetz auf, das nicht nur die italienischen Hauptstädte erfaßte, sondern bis Paris und Wien reichte. In Paris galt es, die politischen Winkelzüge des Direktoriums zu beobachten und sicherzustellen, daß die aus Italien gelieferten Nachrichten bei den richtigen Leuten auf die erwünschte Resonanz stießen. Ohne Beeinflussung der französischen Öffentlichkeit und der Pariser Eliten wäre

Bonapartes in jeder Hinsicht politischer Italienfeldzug niemals geglückt.[46]

Um die Revolution zum Instrument der Eroberung Italiens zu machen, mußten überall geheime Organisationen gefunden oder gegründet und gesteuert werden, was nicht immer leichtfiel. In Venedig, das eine erfahrene Spionageabwehr hatte, flog die angezettelte Verschwörung bereits beim zweiten Treffen auf. Die Revolutionäre verschwanden in den Bleikammern des Dogenpalastes. Der revolutionäre Sturm gegen die Obrigkeit war allenthalben populär, mit Ausnahme von Parma, wo man mit dem Fürsten durchaus zufrieden war. In Brescia kam es im März 1797 zum Volksaufstand. Der französische Agent Nicoloni hatte Verbindung zu den Aufständischen und schrieb an Landrieux: «Der Ausschuß hat mich beauftragt, Ihnen 550.000 Pfund (165 in unseren Millionen) anzubieten, 300.000 für General Kilmaine und 250.000 für Sie. Das ist zunächst einmal nicht viel. Es wird mehr werden, wenn Sie kommen …»[47] Dem gleichen Agenten gelang es, die Stadt Cremona einzunehmen, indem er des Nachts 500 französische Soldaten über die Zugbrücke führte, während die Militärwachen schliefen.

In seinen Memoiren schrieb Landireux: «… was man vor der Revolution noch in keinem Krieg gesehen hat: Je weiter wir vordrangen, desto mehr wurden die alten Regierungen, die alten Gesetze des Landes durch neue Stadtregierungen und andere neue Behörden à la française abgelöst.»[48] Sein enger Vertrauer, der Revolutionsgeneral Kilmaine, formulierte es noch drastischer: «… wir haben in Italien drei Eroberungen gemacht – das Land, eine riesige Menge Geld, welches wir ihm weggenommen haben, und schließlich die Korruption und das italienische Banditentum.»[49]

Wie jede Armee, die auf fremdes Territorium vordringt, bekam es die französische schon bald mit Angriffen aus dem Hinterhalt zu tun. Einzelne Soldaten wurden ermordet, Anschläge verübt, auf die man durch Geiselnahmen von angesehenen Stadtbürgern reagierte. Eine genaue Nachforschung nach den Tätern war unter den gegebenen Umständen nicht möglich.[50] Man mußte sich auf das Wesentliche konzentrieren: die diplomatisch-militärischen Schachzüge gegenüber der Republik Venedig, welche Landrieux in seinen Memoiren in allen Einzelheiten beschrieb.

Durch seine detaillierten Aufstellungen von Einwohnerzahlen, Zahlen von fremden Soldaten, Rekrutierungspotential für jede politische Einheit und die politische Lage in den Städten und Regionen konnte er Bonaparte und General Berthier, dem Chef des Generalstabes der französischen

Italienarmee, ein präzises Lagebild verschaffen, aus dem vor allem hervorging, daß die Situation der französischen Armee unhaltbar war. Ihre Kräfte waren zu schwach, um Norditalien über längere Zeit unter Kontrolle halten zu können. Savoyen war besiegt, Mailand und Mantua erobert. Genua hatte sich durch einen Volksaufstand selbst lahmgelegt. Doch Venedig, mit dem Bonaparte ein Neutralitätsabkommen (von Sainte-Euphémie) abgeschlossen hatte und dessen Gebiet der Terra Firma (mit Ausnahme der Militärfestungen) den Franzosen zum Durchzug freigegeben war, stellte einen Unruhefaktor dar. Landrieux und andere standen in Kontakt mit venezianischen Gesandten, fingen ihre Briefe ab, versuchten die kommenden Schritte der Serenissima abzuschätzen.[51] Daß ausgerechnet der Geheimdienstchef zwischen den aufständischen Orten des venezianischen Hinterlandes und dessen Regierung vermittelte, erinnert ein wenig an den Fuchs, dem man die Bewachung des Hühnerstalles überträgt. Gewiß sollte das Regime gestürzt werden, doch man wartete den passenden Zeitpunkt ab.

Nachdem es im April 1797 in Verona zu einem Massaker an französischen Verwundeten, Verwaltungsleuten und deren Familien kam, unterstützt durch einen Aufruf des venezianischen Klerus, ergriff Bonaparte die Initiative, sich ganz Venedig zu unterwerfen. Im Oktober schließlich gestand Österreich seine Niederlage ein und unterzeichnete den Friedensvertrag von Campo Formio. Für die Schreckenstaten von Verona, denen mehrere hundert Franzosen zum Opfer fielen, hatte es diverse Vorwarnungen gegeben, denen Landrieux nachging. Es gelang ihm allerdings nicht, rechtzeitig einzugreifen, weshalb es zu einem Vertrauensbruch zwischen ihm und Bonaparte kam.[52]

Als Landrieux ohne Genehmigung einen Umsturz in Genua anzettelte, glaubte er sich in Gefahr. Er brachte seine Frau samt dem nur vier Monate alten Kind in ein Versteck, ließ sich gefälschte Papiere ausstellen und bereitete seine Flucht auf die österreichische Seite vor. Doch der Erfolg des Umsturzes ließ ihn das Unternehmen abbrechen. Trotz des Erfolges von Genua entließ ihn Bonaparte als Leiter des geheimen Büros. Die Kasse mit 210.281 Franc wurde ordnungsgemäß übergeben. In seinem Bericht an das Direktorium in Paris stellte Bonaparte seinem Geheimdienstchef wegen der Ereignisse in Venedig ein schlechtes Zeugnis aus. Landrieux zog sich auf seinen Landsitz zurück und wurde nicht mehr gerufen.[53]

Die Verbindung von geheimdienstlicher Tätigkeit, Revolution und Kriegführung war gewiß das Kennzeichen der Epoche zwischen 1789 und

der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongreß von 1814/15. Allerdings bleibt festzuhalten, daß es Frankreich nicht gelang, die Revolution auf die großen Mächte selbst, auf Österreich, England, Rußland und (mit erheblichem Abstand) Preußen, zu übertragen. Immerhin wurden Österreich und Preußen erheblich dezimiert, das Heilige Römische Reich zum Einsturz gebracht. Das erreichte man einerseits durch große Feldzüge, andererseits durch eine gewaltige Vielfalt von Verlockungen und Vergünstigungen für jene Fürsten und Politiker, die sich der neuen Ordnung anschlossen. Dabei spielte die Geheimdiplomatie samt verdeckten Operationen eine wichtige Rolle. Ebenso wichtig waren die Sicherungsmaßnahmen der Großmächte nach innen, mit denen revolutionäre Umtriebe im Keim erstickt wurden.

Am wenigsten angreifbar erschien England, dem als einziger der kriegsbeteiligten Großmächte die Schmach eines französischen Einmarsches in die Hauptstadt erspart blieb. Doch auch hier versuchte man, durch Subversion und Geheimoperationen die Politik Londons zu schwächen. Während sich England zunehmend zur Operationsbasis für monarchistische Verschwörungen gegen Frankreich entwickelte, richteten sich Frankreichs Operationen gegen Irland, das wegen der teilweise brutalen englischen Politik quer durch die Jahrhunderte immer wieder ein Angriffsziel bot. Im Dezember 1792 schrieb der französische Konsul aus Dublin: «Die Unruhe in Irland läßt gewiß eine Revolution erwarten. (…) Sollte ein Krieg mit England unvermeidlich werden, dürfen wir nicht die Vorteile übersehen, welche die uns freundliche Gesinnung der Iren bietet. Dort würden uns ausgezeichnete und gut gelegene Häfen zur Verfügung stehen, eine große Anzahl an Matrosen und selbstverständlich furchtlose Korsaren.»[54]

Einmal abgesehen von der englischen Flotte und den in Irland stationierten Truppen, ließ sich ein solches Unternehmen nicht leicht durchführen. Zum einen galten die Franzosen den streng katholischen Iren als gottlos – man denke an die großen französischen Aufklärungsphilosophen, die durchweg antikirchlich oder sogar atheistisch waren. Zum anderen gab es unter den irischen Kontaktleuten ins Ausland jede Menge Agenten, die für einen der englischen Geheimdienste arbeiteten. (Auch daran änderte sich übrigens wenig im Laufe der Jahrhunderte.)

Die englische Regierung setzte ihre Spionage nicht nur defensiv ein, sondern auch offensiv. Das bekamen Napoléons Truppen vor allem in

Spanien zu spüren, wo General Wellington seit 1808 aus seinem Quartier in Portugal die spanische *guerilla* mit Geld und Waffen unterstützte. Die französischen Soldaten wurden aus dem Hinterhalt angegriffen und zermürbt. Erbeutete Dokumente lieferten die Freischärler bei der englischen Militärspionage gegen hohe Prämien ab.[55] In Colquhoun Grant hatte Wellington einen fähigen Offizier für geheimdienstliche Aufgaben gewonnen.

Zunächst waren die französischen Truppen als Verbündete Spaniens willkommen. Doch ihre Einmischung in die Politik führte am 2. Mai 1808 zum Madrider Aufstand, den die Franzosen mit Hilfe einer mamlukischen Spezialeinheit niederwarfen. Es folgten Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, Hunderte von Erschießungen, gespenstisch dargestellt in Francisco Goyas Gemälde *El Tres de Mayo* (Der 3. Mai 1808).[56] Nun brach der Aufstand in Asturien und im restlichen Spanien aus. Überall kam es zu Angriffen auf Franzosen und deren Eigentum. Der Volkskrieg ließ sich auch durch brachiale Gewalt nicht mehr zum Stehen bringen. Es war die erste große Niederlage des Korsen.

Abschließend ein paar Bemerkungen zur Seekriegsführung, die traditionell von geheimdienstlichen Aktivitäten abhängig war. Wie sonst sollte man in Erfahrung bringen, welche Schiffe mit welcher Bewaffnung die Gegner hatten, wo sie lagen und wie sie eingesetzt werden sollten? Dazu gab es ein Netz von Agenten und Beobachtern, die in den Häfen und zunehmend auf neutralen Handelsschiffen die Schiffsbewegungen sowie die Proviantierung beobachteten und an die Zentrale der Marine oder den Stab des Marinebefehlshabers meldeten. Auf See stand den Schiffen jedoch nur ein auf Wimpeln basierendes Signalsystem zur Verfügung, mit dem Nachrichten von Schiff zu Schiff oder in Küstennähe durch Signalstationen übermittelt werden konnten. Ende des 18. Jahrhunderts gelang es der englischen *Royal Navy*, mit drei Wimpeln insgesamt 999 verschiedene Botschaften zu senden – vorausgesetzt, beide Schiffe verfügten über das gleiche Codebuch. Erst 1801 veröffentlichte Admiral Sir Home Riggs Popham sein Buch über *Telegraphic Signals or Marine Vocabulary*, das 1803 in der gesamten *Navy* eingeführt wurde. Nun übermittelte man Wörter, ja ganze Sätze mittels Zahlenkombinationen. Durch einen Zusatz konnten die Wimpel einmal Zahlen, dann wieder Wörter übermitteln. Mit 24 Wimpeln ließen sich 267.720 Signale versenden. Am 21. Oktober 1805 schickte Admiral Nelson damit sein legendäres Signal an alle seine Schiffe vor der südspanischen Küste bei Trafalgar: «England expects that every man will

do his duty.» Übrigens änderte der Signalmatrose den Wortlaut etwas, weil nur gängige Wörter durch Zahlen und damit rasch übermittelt werden konnten, während man ungewöhnliche Wörter buchstabieren mußte.

Bis dahin war die Flottenkommunikation denkbar schlecht gewesen. Nelson war Ende Mai 1798, als Bonaparte von Toulon, Genua, Korsika und Civitavecchia (bei Rom) mit 50.000 Mann und über 400 Schiffen in See stach, ohne sicheren Hinweis, wo das vermutete französische Landeunternehmen stattfinden sollte. Die Franzosen eroberten zuerst Malta, landeten dann jedoch in Ägypten – während die Engländer wochenlang jede Bucht im östlichen Mittelmeer absuchten, um die französische Flotte zu finden. In den seichten Mündungsgewässern des Nils griffen die Engländer am 1. August 1798 überraschend bei Nacht an. Die Franzosen hatten anders kalkuliert und nicht einmal ihre Schiffsartillerie in Stellung gebracht. In einem Flammenmeer sanken ihre besten Schiffe. Die zweite Garnitur wurde zusammen mit Teilen der verbündeten spanischen Flotte vor Trafalgar versenkt, was den Briten für Jahrzehnte die nahezu uneingeschränkte Herrschaft auf den Weltmeeren einbrachte.

Die Marinegeheimdienste hatten auf beiden Seiten in unterschiedlicher Weise weitgehend versagt. Wie sich herausstellen sollte, waren die von Bonaparte mitgeführten Wissenschaftler eine ergiebige Quelle für die Briten. Sie wußten natürlich, wohin diese teils militärische, teils wissenschaftliche Expedition gehen sollte, denn sie mußte sich fachlich und mit den auszuwählenden Forschungsinstrumenten darauf vorbereiten. Unter den 167 Wissenschaftlern, Künstlern und Ingenieuren gab es einen Spion des britischen *Foreign Office*, der bereits am 7. Mai das Reiseziel meldete. Die Nachricht konnte jedoch nicht rechtzeitig an Nelson geleitet werden. Im übrigen hielt Nelson das Ziel Ägypten, welches auch andere Meldungen (neben anderen Zielen) nannten, für eine gezielte Falschmeldung. Viel wahrscheinlicher erschien es der Londoner Regierung, daß Bonaparte über Portugal in Richtung auf die Britischen Inseln unterwegs war, wie der Außenminister am 1. Juni schrieb.

Jedenfalls, so schließt der renommierte britische Militärhistoriker John Keegan, war Nelsons Blinde-Kuh-Spiel mit Bonaparte im Mittelmeer eine Beweis für die noch recht begrenzte Nützlichkeit der Geheimdienste für die damaligen Flottenoperationen.[57] Die englischen Siege seien kein Beweis für das Gegenteil.

4 Großmächtepolitik und Revolutionsfurcht

Am Ende der Revolutionskriege, die sich mit Unterbrechungen, Friedensschlüssen, Koalitionswechseln und erneuten Feldzügen gegen Frankreich von 1792 bis 1815 hinzogen, wurden die Ausgaben für die Auslandsgeheimdienste fast überall reduziert. Beispielsweise fiel das britische Budget von 100.000 Pfund jährlich auf 40.000 Pfund (1822). Durch die auf dem Wiener Kongreß beschlossene neue Mächteordnung wurde der Bedarf an aktuellen militärischen Informationen erheblich geringer. Die militärische Auslandsspionage konzentrierte sich nun auf die kontinuierliche Beobachtung von Festungs- und Hafenanlagen, von gelegentlich auftauchenden Neuerungen in der Waffentechnik und von Kriegsplänen der möglichen Gegner. Auf absehbare Zeit bedrohten sich die Großmächte nicht wechselseitig, jedenfalls nicht in akuter und massiver Weise.

Äußerlich bedroht blieben hingegen die kleineren Staaten. Das traf vor allem für Italien zu, wo der überragende Außenpolitiker seiner Zeit, Fürst Clemens von Metternich, eine Regelung treffen wollte, welche – ähnlich dem Deutschen Bund – den mittelgroßen und kleinen Staaten ein gemeinsames föderales Dach geben sollte. Dazu kam es jedoch nicht. Zwar wurde die seit 1796 von Frankreich erzwungene Neuordnung Italiens rückgängig gemacht, doch bildeten sich verschiedene nationalistische Bewegungen, welche diese Staatenwelt heftig erschütterten.

Am stärksten war davon der Kirchenstaat betroffen, der völlig unzureichend militärisch geschützt war und auch im Inneren kaum ausreichende Kräfte hatte, um sich dieser nationalistischen Umsturzbewegungen zu erwehren. Die päpstliche Politik schwankte zwischen einem Traditionalismus, der auf der ganzen Linie hinter die Französische Revolution zurückgehen wollte – in weltlich-politischen wie in kirchlich-religiösen Belangen –, und dem Versuch, zumindest einige der Neuerungen der Revolutionszeit anzuerkennen und damit dem öffentlichen Verlangen nach Reformen nachzugeben.

Diese Mischung aus äußerer Schwäche und innerer Unentschlossenheit

nutzten nicht nur die revolutionären und nationalistischen Bewegungen, die ein modernes, politisch vereintes und weltlich orientiertes Italien verlangten. Auch einige der Großmächte, vor allem Österreich und Frankreich, suchten aus dieser Lage ihren Gewinn zu ziehen. Das ambitionierte Königreich Savoyen mit seiner Hauptstadt Turin ging noch erheblich weiter, indem es die Untergrundbewegungen auf heimlichen Wegen unterstützte und damit gegenüber dem Kirchenstaat eine Politik der geheimdienstlichen Subversion betrieb. Mit dieser Strategie erreichte es schließlich nicht nur den Kollaps des Kirchenstaates, sondern auch des süditalienischen Königreichs von Neapel und Sizilien, das sich dem Papsttum eng verbunden wußte. Damit fiel ganz Süd- und Mittelitalien unter den Einfluß des Hauses Savoyen. Die italienischen Historiker haben in diesem «Risorgimento», der «Wiedergeburt» Italiens und seiner 1870 vollendeten Einheit (unter dem savoyischen Königtum), traditionellerweise eine nationale Erfolgsgeschichte gesehen. Für viele Zeitgenossen allerdings war es eine Zeit der Umstürze und Kriege, die im Grunde genommen die Umbrüche der Napoleonzeit fortsetzte.

Der Geheimdiensthistoriker stößt hierbei auf zwei große Fragen. Die eine betrifft die geheimdienstlichen Manipulationen und Aktivitäten im Risorgimento, welche erstaunlich genau dokumentiert sind. Die zweite Frage richtet sich auf das Papsttum, von dem man weithin glaubte und noch heute glaubt, es habe von jeher über einen äußerst raffinierten Geheimdienst verfügt, der es den Päpsten erlaubt habe, allerlei politische Fäden zu spinnen, die Mächtigen und die Katholiken in aller Welt zu steuern und so eine ungeheuere Macht auszuüben.

Gerade der Niedergang des Kirchenstaates zeigt jedoch, daß es sich hier um eine Legende handelt, wie der amerikanische Historiker David Alvarez jüngst nachweisen konnte.[1] Die internen Sicherheitsorgane des Kirchenstaates waren insgesamt schwach. Im internationalen Verkehr gab es gewiß die Päpstlichen Nuntien (Botschafter) und Konsuln, doch dieses Netz war viel zu klein, um als allumfassendes Informationsinstrument wirken zu können. Zudem hatte der Papst nur mit den katholischen Mächten diplomatische Beziehungen und war somit in wichtigen Metropolen wie London, St. Petersburg und Berlin nicht vertreten. In Skandinavien sowie in der außereuropäischen Welt gab es mit Ausnahme einiger lateinamerikanischer Staaten überhaupt keine Repräsentanten. Die Bischofsberichte aus der gesamten katholischen Welt enthielten nur spärliche Informationen politischer Natur und wurden in Rom

hauptsächlich zu Zwecken der Personalpolitik ausgewertet. Kurzum, in den Zeiten seiner größten Gefährdung, nach dem Sturz Napoléons, verfügte der Kirchenstaat über keinen Nachrichtendienst, der denjenigen der damals wichtigen Staaten vergleichbar gewesen wäre.[2] Gleichwohl bemühte sich der Kirchenstaat, die geheimdienstlichen Attacken seiner Gegner abzuwehren, und das mit einigem Erfolg, wie sich an mehreren Beispielen aufzeigen läßt.

Im Juli 1817 meldete sich ein etwas seltsamer junger Mann in einfacher Handwerkerkleidung beim Bischof von Fermo, einem beschaulichen Ort in den päpstlichen Marken. Nach einigem Zögern wurde er beim Bischof vorgelassen, dem er sich als Paolo Monti präsentierte. Er sei ein führendes Mitglied einer Untergrundorganisation, die durch Anschläge den Zerfall des Kirchenstaates herbeiführen wolle. Nach einem mißglückten Attentat habe er ein schlechtes Gewissen bekommen und wolle nun alles preisgeben, was er über seine Organisation wisse.

Der Bischof wußte mit diesem Mann wenig anzufangen, ließ ihn jedoch zur Kurie nach Rom bringen, wo er sogleich von Kardinalstaatssekretär Ercole Consalvi empfangen wurde, dem päpstlichen Außen- und Innenminister in einer Person. Consalvi war die bedeutendste politische Figur im damaligen Kirchenstaat, promovierter Jurist und bewährter Diplomat. Sofort begriff Consalvi die Chance des Augenblicks, leitete den reumütigen Monti an den Generaldirektor der päpstlichen Polizei und gab damit den Anstoß zu einer geschickten Operation. Monti wurde zu seinen Mitverschwörern zurückgeschickt, um aus dem Inneren dieses Zirkels zu berichten. Mit seiner Hilfe wurden mehr als dreißig Verschwörer identifiziert und festgenommen. Über Jahre hinaus blieb dieser Teil des Kirchenstaates ruhiggestellt.[3]

Nicht zuletzt wegen der reformfeindlichen Politik der Päpste kam es jedoch immer wieder zu Unruhen. Papst Gregor der XVI. (1831–1846) glaubte sogar den Eisenbahnbau verbieten zu müssen, um den Geist des Umbruches fernzuhalten. Nur drei Tage nach seiner Wahl brachen in Bologna heftige Unruhen aus. Sie wurden durch österreichische Truppen niedergeschlagen, als die päpstlichen Soldaten flohen oder sich den Aufständischen anschlossen.

Wegen der großen habsburgischen Territorien in Mittel- und Norditalien (Toskana, Lombardei, Venetien) war Wien nicht bereit, dem revolutionären Zerfall des Kirchenstaates tatenlos zuzusehen. Der revolutionäre Funke konnte sich allzu leicht ausbreiten. Allerdings wollte

man brutale Militärgewalt nur einsetzen, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft waren, denn die Habsburger genossen damals noch viel Sympathie in Italien. Abgesehen von den Aufständischen gab es dort eine große Zahl von Leuten, welche den Habsburgern treu ergeben waren und von ihnen eine schrittweise Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung erwarteten.

Doch 1847 kam es beinahe zum Krieg, als Feldmarschall Radetzky, der Generalkommandant der österreichischen Armee im lombardo-venezianischen Königreich, in die zum Kirchenstaat gehörende Stadt Ferrara einmarschierte. Dahinter steckte ein doppeltes Fiasko der österreichischen Diplomatie und Geheimdienste. Zum einen schätzte man die Politik des im Juni 1846 gewählten Papstes Pius IX. falsch ein. Zum anderen hatte man in Wien falsche Angaben über die öffentliche Stimmung in Ferrara.

Gewiß hatte die bis dahin praktizierte reformfeindliche Politik des Vorgängerpapstes der nationalistischen Bewegung Vorschub geleistet. Deshalb empfahl selbst der konservative österreichische Staatskanzler Metternich dem neuen Papst, er solle einen moderaten Reformkurs einschlagen. Vor allem riet er ihm, den Kirchenstaat wirklich zu regieren und nicht nur zu verwalten. Dafür müsse er einen Ministerrat einsetzen. Der Papst allerdings hörte lieber auf den französischen Botschafter Pelligrino Rossi, der den liberalen Ideen zuneigte. «Die öffentliche Meinung ist eine Tatsache», schrieb der neue Papst im August 1846 an Rossi, «… wir müssen sie akzeptieren.»[4] Kühn stellte er Eisenbahnen, eine Amnestie für politische Häftlinge sowie weitere Reformen in Aussicht. Im Jahr darauf verkündete er die Pressefreiheit (mit wenigen Beschränkungen). Er richtete einen Ministerrat ein. Am 5. Juli 1847 verkündete er die Bildung einer Nationalgarde, eine (begrenzte) Volksbewaffnung, wie sie radikale Reformkräfte seit langem gefordert hatten. Mit einem Schlag wurde nun der Papst zum Helden der italienischen Nationalisten. An vielen Orten kam es zu Sympathiekundgebungen. Rückblickend mußte Metternich eingestehen: «Ich habe alles vorhergesehen, nur keinen liberalen Papst.»

Eine populäre Nationalgarde, die leicht zum Instrument der italienischen Nationalisten werden konnte, wollte Österreich nicht akzeptieren. Und so kam es zum überraschenden Einmarsch österreichischer Truppen in Ferrara. Der britische Vizekonsul berichtete, es seien sechs Kompanien ungarischer Infanterie begleitet von Kavallerie und

einer kleinen Artillerieeinheit mit drei Kanonen einmarschiert, insgesamt 1800 Mann mit geladenen Waffen. Nachdem sie auf einigen der Hauptstraßen auf- und abmarschiert seien, habe sich ein Teil in der Zitadelle, der andere in zwei Kasernen einquartiert.[5]

Die Bevölkerung war entsetzt. Überall in Italien organisierte sich der Protest für den Papst und «gegen die Barbaren». Doch in diplomatischer Hinsicht befand sich Österreich im Recht. Auf dem Wiener Kongreß war vereinbart worden, daß Österreich in den päpstlichen Städten Ferrara und Comacchio militärisch präsent sein durfte. Metternich war es sogar gelungen, mit der französischen Regierung eine gemeinsame Linie zum Erhalt des Kirchenstaates zu finden. Im übrigen hatten die Nationalisten durchaus viele Gegner und nur sehr begrenzten Rückhalt in der Bevölkerung des Kirchenstaates. Radetzky hatte deshalb seinem Kommandanten vor Ort eindringlich vorgeschrieben, daß er behutsam zu Werke gehen solle, um sich diese Sympathien nicht zu verscherzen. Er schrieb ihm: «Sollten die Revolutionäre Ihnen gegenüber eine feindselige Haltung einnehmen, was mir nicht wahrscheinlich vorkommt, oder sollten sie sogar zum Angriff übergehen, dann nehme ich an, Sie wissen, wie Sie die Sicherheit der Ihnen anvertrauten Festung und die Ehre unserer Truppen bewahren können.» Er fügte hinzu: «Lassen Sie nie den Anschein eines Angreifers erwecken.» Aus Rom sei leider keine Führung zu erwarten und damit auch keine Aufforderung an Österreich, im Kirchenstaat zu intervenieren.[6]

Trotz aller diplomatischen Bemühungen Wiens veröffentlichte der Kirchenstaat am 10. August 1847 eine Protestnote gegen die «feindselige» Machtdemonstration der Österreicher in Ferrara und Comacchio. Und zu ihrem Erstaunen fand die Wiener Regierung heraus, daß dieser Text nicht von Kardinal Ciacchi, sondern vom Papst höchstpersönlich verfaßt worden war.[7]

Welchen Ausweg gab es aus dieser Situation? Jedenfalls, so glaubte Metternich, durfte man keine weitere Eskalation riskieren. Es gelang ihm, die Verteidigungsbündnisse mit Parma und Modena abzuändern, die nun höhere österreichische Truppenkontingente vorsahen. Damit konnte Österreich, ohne sein Gesicht zu verlieren, die päpstliche Forderung nach Reduzierungen in Ferrara und Comacchio hinnehmen. Dort würde die Schweizergarde wieder das Regiment übernehmen, doch der Papst behielt sich das Recht vor, auch die neue Nationalgarde einzusetzen. Weiterhin würden also österreichische und päpstliche Soldaten nebeneinander

präsent sein. Wenige Monate später brach jedoch die Revolution von 1848 aus. Die italienischen Nationalisten ließen sich mit geheimdienstlicher und diplomatischer Finesse nicht mehr kontrollieren. Es kam zum Krieg, in dem Österreich noch einmal seine Italienpolitik durchsetzen konnte.

Allerdings wurde die politische Kontrolle über den Kirchenstaat wieder hergestellt, nachdem französisch-spanische Truppen der revolutionären Römischen Republik ein Ende bereiteten. Erst 1870, als sich die Franzosen wegen des Krieges gegen Deutschland rasch zurückziehen mußten, fiel der politisch ungeschickte Pius IX endgültig der subversiven Politik Piemonts zum Opfer. Das Ergebnis war dann allerdings nicht ein revolutionäres oder ein vom Papst geführtes Italien, sondern ein von der piemontesischen Krone geeintes. Niemand kann wissen, ob eine geschickte Geheimdienstpolitik, wie sie einst von Kardinalstaatssekretär Consalvi betrieben wurde, es vermocht hätte, den Kirchenstaat zu retten. Bemerkenswert ist jedoch, daß es nach Consalvi gar nicht mehr versucht wurde.

In gewisser Hinsicht war die Bedrohung des Kirchenstaates durch die italienischen Nationalisten ein Sonderfall, weil es hier um die Verschmelzung mehrerer Staaten ging, während das typische Ziel solcher Bewegungen des 19. Jahrhunderts die Abspaltung aus einem Vielvölkerstaat war. Man denke an die polnische oder griechische Unabhängigkeitsbewegung im frühen 19. Jahrhundert oder an die irische einige Jahrzehnte später. Für den jeweiligen Staatsapparat ging es hier vor allem um eine Bedrohung von innen, wenngleich Sympathisanten von außerhalb wegen ihrer Propaganda sowie ihrer Unterstützung in Form von Geld und Waffen eine zusätzliche Bedrohung darstellen konnten.

Die Professionalisierung von Polizei und Inlandsgeheimdiensten

Der zweite große Gegner der damaligen staatlichen Sicherheitsapparate war die sozialrevolutionäre Bewegung, eigentlich eine große Vielfalt solcher Bewegungen. Ihr Ziel war nicht die Veränderung staatlicher Grenzen, sondern die mehr oder weniger radikale Umgestaltung der Gesellschaft. Das Gedankengut dieser Bewegungen war durch die Französische Revolution zu einem gesamteuropäischen, gegen Ende des 19. Jahrhunderts sogar zu einem globalen Phänomen geworden. Der liberale Historiker und Soziologe Alexis de Tocqueville glaubte deshalb, die

Französisehe Revolution habe keineswegs 1795 oder 1815 aufgehört, sondern setze sich auf unabsehbare Zeit fort. Sein geistiger Nachfahre François Furet sah dieses Ende erst mit dem Niedergang der Sowjetunion 1991 gekommen.[8]

Warum hielt man diese Bewegungen für so gefährlich, und was unternahmen die geheimdienstlich arbeitenden Sicherheitsorgane gegen sie? Die wachsende Binnenmigration, ausgelöst durch einen hohen Geburtenüberschuß und die Modernisierung der Wirtschaft, versetzte die alteuropäischen Ständegesellschaften in Unruhe. Immer mehr Menschen begaben sich auf Wanderschaft, um Arbeit zu finden, nicht selten auch, um schlichtweg zu überleben. Wer nicht gar sein Heimatland verließ, um auszuwandern (vor allem nach Nord- und Südamerika), begab sich in die ungeheuer rasch wachsenden Städte, wo man in Elendsquartieren unterkam. Diese zumeist jungen Migranten waren für sozialrevolutionäre Ideologien besonders anfällig.

Erst allmählich entwickelte sich eine moderne Polizei im heutigen Sinne, also von uniformierten Ordnungshütern in den Städten. Das klassische Beispiel sind die Londoner *Bobbies*, benannt nach dem englischen Innenminister Robert Peel, der diese Einrichtung 1829 schuf (offiziell heißt sie *Metropolitan Police).* Wie die ihr vorausgegangene Londoner Hafenpolizei *(Marine Police Force* von 1798) sollte sie in erster Linie Eigentumsdelikte verhindern und verfolgen. Revolutionäre Bewegungen wie im «Peterloo Massacre» von 1819 bekämpfte man mit den Milizen *(Yoemanry).* Auf dem europäischen Kontinent setzte man dafür das Militär ein. Eine wichtige Ausnahme bildete das bereits 1667 eingerichtete Amt des *lieutenant général de police* für Paris, das im Jahr 1800 in das Amt des Pariser Polizeipräfekten überführt wurde. Hier handelte es sich bereits um eine Polizei zur Abwehr sozialrevolutionärer Unruhen. Und hier gab es auch sehr früh das, was wir als geheimdienstliche Komponente bezeichnen können, nämlich eine systematische Prävention durch den Einsatz von Spitzeln als Frühwarnsystem.

Der französische Begriff der *sûreté* erinnerte an das *comité de sûreté générale* (1792–1795), das in der Zeit des Revolutionsterrors die «Feinde der Revolution» vor das Revolutionstribunal brachte. Mit der Restauration der Monarchie (1815–1848) wurde daraus jedoch wieder ein Inlandsgeheimdienst, der an die Aufgabenstellung der vorrevolutionären Zeit anknüpfte und dabei vor allem mit einem Netzwerk von Polizeispitzeln arbeitete.[9]

Eine legendäre Figur im damaligen Frankreich war Eugène-François Vidocq (1775–1857), der in einigen berühmten Romanen und Filmen, vor allem in *Les Misérables* von Victor Hugo und in *La Comédie humaine* von Honoré de Balzac, verewigt wurde. Der aus Nordfrankreich stammende Bäckersohn hatte eine gehörige Banditen- und Soldatenkarriere hinter sich gebracht, als er 1806 der Pariser Polizei seine Spitzeldienste anbot. Der zuständige Kommandant der *brigade de sûreté* fand, daß ein Krimineller das Verbrechermilieu wohl am besten kenne, und verbrachte ihn wieder ins Gefängnis, damit er dort andere Strafgefangene aushorchen konnte. Das Ganze geschah mit Zustimmung des Polizeipräfekten von Paris sowie des Innenministers. Nach knapp zwei Jahren half ihm die Polizei, von dort auszubrechen.

Doch damit war Vidocqs Polizeikarriere keineswegs beendet. 1812 stellte man ihn als Brigade-Chef bei der *Sûreté* an. Seine Truppe rekrutierte er aus alten Bekannten der Kriminellenszene. Die Beamten der Präfektur wollten damit nichts zu tun haben und ließen ihn gewähren, bis er 1827 von sich aus den Polizeidienst quittierte. Nachdem er sich erfolglos als Papierfabrikant versucht hatte, holte ihn der Polizeipräfekt im Jahr 1832 noch einmal auf den gleichen Posten zurück. Doch als Vidocqs Leute sich an einem Einbruch beteiligten, angeblich um einer größeren Bande auf die Schliche zu kommen, war das Maß voll. Im November erging eine Weisung des Präfekten, daß verurteilte Straftäter fortan nicht mehr bei der Polizei beschäftigt werden durften.

Nicht als Hauptamtliche, aber doch als Spitzel brauchte man die Ganoven weiterhin. *Sûreté-Chef* Canler baute nach der Revolution von 1848 erneut ein großes Netzwerk von Spitzeln auf, die er aus «dem Milieu» rekrutierte. Sogar eine Brigade richtete er wieder ein, der er den Namen «irreguläre Kosaken» gab. In den Randbezirken von Paris benutzte man diese Leute manchmal als Lockvögel. Polizisten beobachteten aus einer sicheren Distanz, ob Verdächtige ihren Spitzel grüßten. Auf ein verabredetes Zeichen hin wurde die Zielperson festgenommen, sobald der Lockvogel unerkannt in der Menge untergetaucht war. Damit wurde zugleich die Identität des Verräters kaschiert, und es erübrigte sich, den übel beleumundeten Polizeispitzel vor Gericht als Zeugen präsentieren zu müssen.[10]

Polizeispitzel blieben bis weit ins 20. Jahrhundert hinein, vielleicht sogar bis heute, ein wichtiges Instrument für die Bekämpfung von Kriminalität. Das leuchtet ein, wenn man sich klarmacht, daß erst die

modernen naturwissenschaftlichen Methoden es möglich machten, vor Gericht eine Beweisführung aufzubauen, die unabhängig war von Geständnissen, von möglicherweise fragwürdigen Zeugenaussagen und von dem seltenen Fall, einen Verbrecher auf frischer Tat zu ertappen. Von großer Bedeutung blieben die Spitzel vor allem für die präventiv arbeitende Inlandsspionage. Man suchte die geheimen Zirkel von Revolutionären und potentiellen Attentätern zu unterwandern, um ihre Aktionen rechtzeitig vereiteln zu können.

Ein besonders umstrittenes Beispiel gab der französische Revolutionär Louis Auguste Blanqui (1805–1881), eine Ikone des französischen Sozialismus. Blanqui vertrat die These, daß eine gerechte Gesellschaft nur durch einen politischen Umsturz erreichbar sei, der von einer kleinen verschworenen Gruppe ausgelöst werden müsse – ein Gedanke, der bekanntlich von Lenin im November 1917 in die Tat umgesetzt wurde. Wegen seiner wiederholten Umsturzversuche war Blanqui bei vielen sozialistischen Zeitgenossen unbeliebt, die sich lieber mit systematisch-«wissenschaftlichen» Theorien des Sozialismus befaßten und, wie Karl Marx, der Arbeiterklasse eine geschichtliche Vorreiterrolle zuschrieben.

Als es im Februar 1848 in Paris zur Revolution kam (und bald danach in vielen Teilen Europas), fürchtete die provisorische republikanische Regierung, daß Blanqui die politischen Wirren nutzen könnte, um auf dem Weg eines Staatsstreiches eine zweite Revolution auszulösen. Immerhin hatte Blanqui am 12. Mai 1839 mit mehreren kleinen Gruppen den Versuch unternommen, das Justizministerium und die Pariser Polizeipräfektur zu stürmen. Damals hatte es 94 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Die Vermutung lag also nahe, daß Blanqui und seine «Zentrale republikanische Gesellschaft» von etwa 500 Mitgliedern erneut zuschlagen könnten.

Um ihn zu diskreditieren, ließ der französische Innenminister Alexandre-Auguste Ledru-Rollin in der republikanischen Zeitung Le *National* einen kurzen Artikel veröffentlichen.[11] Er bezog sich auf «den Vorsitzenden eines bestimmten politischen Clubs, einen wilden Demokraten, der schlecht genug war, die Geheimnisse seiner politischen Freunde zu verraten, um damit sein eigenes Leben zu retten». Diesem Artikel vom 24. März 1848 folgte am 31. März der Abdruck eines Dokumentes in einer Zeitschrift, die der angesehene Journalist Jules Taschereau herausgab. (Er wurde zehn Jahre später zum Direktor der französischen

Nationalbibliothek ernannt.) Dieses Dokument wurde sogleich in mehreren Tageszeitungen nachgedruckt und verbreitete sich in Windeseile. Genaugenommen waren es drei Dokumente aus dem Oktober 1839, in denen es um die Erklärung einer nicht namentlich genannten Person gegenüber dem damaligen Innenminister ging. Das erste nannte allerlei delikate Informationen über die 1835 gegründete Geheimgesellschaft «Gesellschaft der Familien». Das zweite enthielt eine Analyse des Umsturzversuches vom 12. Mai 1839. Darin wurden die Anführer der Angriffstrupps namentlich genannt, die Berufe ihrer Mitglieder, das Hauptquartier sowie die verfügbaren Mittel. Mehr als 20 Führungspersonen wurden mit Namen erwähnt, samt ihren Stärken und Schwächen. Beide Dokumente wurden in der Ich-Form geschrieben. Das dritte hatte die Form eines Protokolls, in dem der Befragte auf eine Reihe von Fragen des Innenministers antwortete.

Wer nur ein wenig von den jüngsten politischen Ereignissen wußte, kam bei der Lektüre unweigerlich auf den Namen Blanqui, der als Anführer damals von der Polizei gesucht und am 14. Oktober 1839 verhaftet wurde. Obgleich man ihn zum Tode verurteilte, wurde das Urteil nicht vollstreckt. Die Vermutung lag also nahe, daß Blanqui sich den Polizeibehörden offenbarte und seine Kameraden preisgab, um damit sein Leben zu retten.

Doch wie sollte das möglich sein? Blanqui, der so viele Jahre in den Gefängnissen verbracht hatte, der unbeugsame Held des revolutionären Kampfes, soll ein Verräter geworden sein? In seinem politischen Klub kam es zu Tumulten. Blanqui gab eine kurze vorbereitete Erklärung ab und zog sich schweigend zurück. Die halbe Mitgliedschaft lief zu anderen Clubs über. Am 1. April 1848 publizierte er einen Leserbrief, in dem er die Dokumente als Fälschungen bezeichnete. Am 5. April setzte die politische Linke eine Untersuchungskommission ein, die von Étienne Arago und Victor Schoelcher geleitet wurde. Arago war ein hochangesehener Dramatiker, der bei Revolutionsbeginn die Leitung der Post übernommen hatte und dann in die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt wurde. Schoelcher saß im Marine- und Kolonialministerium, wo er das Gesetz zur Abschaffung der Sklaverei in den französischen Kolonien vorbereitete.

Blanqui verweigerte allerdings seine Aussage vor der Kommission, weshalb diese zu einem für ihn negativen Ergebnis kam. Nach den Parlamentswahlen vom 23. April, in denen Blanqui und seine Anhänger kläglich scheiterten, verhinderte der reformistische Sozialist Pierre-Joseph

Proudhon mit Mühe die Publikation des Berichtes, den man seiner Feder anvertraut hatte. In einem Brief an den liberalen Ökonomen Adolphe Blanqui, einen Bruder des Revolutionärs, erklärte Proudhon, er habe damit den Namen Blanqui schonen wollen. Praktisch die gesamte Kommission hielt ihn für schuldig. Doch in der linken Öffentlichkeit wollte man davon nichts wissen, obgleich die Beweise von jeher erdrückend waren. So verwundert es nicht, daß Blanqui noch im Pariser Kommuneaufstand von 1870 und darüber hinaus politischen Einfluß hatte. Auch viele Historiker hielten an der Unschuld Blanquis fest. Erst in einer Biographie von 1984 wurde schließlich eingeräumt, daß Blanqui zum Polizeispitzel geworden war.

Der Fall Blanqui darf als historischer Modellfall gelten, sowohl hinsichtlich der zunehmenden Professionalität, mit der die Inlandsgeheimdienste die sozialrevolutionären Bewegungen unterwanderten, als auch hinsichtlich der Verleugnung seitens der Anhänger dieser Bewegungen. Es gelang den Sicherheitsorganen immer wieder, Funktionäre und Revolutionäre als Informanten zu gewinnen. Hinsichtlich des Zustandekommens solcher Kontakte dürfte allerdings der Fall Blanqui eine Ausnahme darstellen. Die Mehrzahl der Spitzel waren Selbstanbieter *(walk-ins)*, Denunzianten.

Generalstab und Geheimdienst

Parallel zur allmählichen Professionalisierung bei den Inlandsgeheimdiensten läßt sich auch im militärischen Geheimdienstwesen eine Professionalisierung des Offizierberufs sowie eine Systematisierung bei der Sammlung und Auswertung von Informationen feststellen. Drei Stichworte sind hier zu nennen. Das erste ist der Generalstab. Damit ist eine behördenartige Organisation aller militärischen Bereiche gemeint, die für die Operationen großer Armeen und Flotten erforderlich waren. Gewiß hatte man die militärische Ausrüstung, die Munitionsversorgung, die Verpflegung und Bekleidung der Soldaten, die Personalverwaltung und auch die Informationsbeschaffung seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Militärführung gezählt. Einzelne Spezialisten hatten sich im einen oder anderen Bereich hervorgetan. Doch eine behördenartig organisierte Dienstleistung, die zwischen den Feldzügen, ja sogar in Friedenszeiten erhalten blieb, war ein

militärgeschichtliches Novum des 18. und 19. Jahrhunderts. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es keinen halbwegs modern zu nennenden Staat, der nicht über einen Generalstab verfügte. Damit einher ging zweitens die spezielle Ausbildung von Generalstabsoffizieren, die ihrerseits eingebettet war in die mit der Gründung von Offiziersakademien (oft auch Militärakademien genannt) sichtbar werdende Ausbildung von Offizieren. Zu diesem Vorgang der Professionalisierung des Offiziersberufs gehörte drittens die zunehmend auf das Kriterium der persönlichen Eignung gestützte Auswahl von Offiziersbewerbern. Diese Demokratisierung des Offizierskorps erlebte in Zeiten von Revolutionen besondere Schübe. – Man denke an Oliver Cromwell und seine *New Model Army* in der Englischen Revolution des 17. Jahrhunderts oder an die amerikanische und die französische Republik des späten 18. Jahrhunderts. – Aber im stillen gab es auch in den Monarchien einen erheblichen sozialen Wandel, der Offizieren bürgerlicher Herkunft im Offizierskorps Platz gab, wenngleich der hohe und der niedere Adel noch stark präsent blieben. Nicht wenige hohe Offiziere mit Adelsprädikaten waren Bürgerliche, die nobilitiert wurden.

Mit dieser Professionalisierung, Spezialisierung und Institutionalisierung militärischen Expertentums begann der militärische Nachrichtendienst allmählich einen ständigen Platz in der Militärbürokratie zu finden. Im deutschen Sprachraum geschah das am frühesten und mit der profundesten Expertise in Österreich. Während der Regierungszeit von Kaiserin Maria Theresia entstanden schrittweise moderne Polizeibehörden. Ihr Staatskanzler Kaunitz hatte das «schwarze Kabinett» zur Spionageabwehr (sowie zur eigenen politischen Spionage) erheblich verbessert. 1758 wurde auf Vorschlag des Feldmarschalls Leopold Joseph Graf Daun ein Generalquartiermeisterstab aus zunächst 40 Offizieren gebildet, der unter anderem für die Einrichtung sicherer Kommunikationswege und für die Beschaffung von militärisch relevanten Informationen über den oder die Gegner zuständig war. (Daun war es übrigens auch, der 1751 die Theresianische Militärakademie zu Wiener-Neustadt errichtet hatte.)

Gewiß wurden derartige Stäbe in Friedenszeiten immer wieder verkleinert. Ihre Finanzmittel wurden gekürzt. Doch ein personeller Kern und vor allem das gesammelte Informationsmaterial blieben erhalten, im Idealfall zumindest. Um eine solche Sammlung noch besser abzusichern, richtete Erzherzog Karl 1802 die «Evidenthaltungs-Abteilung» im Wiener

Kriegsarchiv ein, dem neben den im Ausland tätigen Militärspionen vor allem die entsprechenden Dienststellen in den Grenzprovinzen zulieferten.[12] Hier tritt eine spezifisch österreichische Begrifflichkeit zutage, die «Evidenz», welche man später in den als «Evidenzbüros» bezeichneten Dienststellen für die militärischen Geheimdienste von Heer und Marine wiederfindet.

Seit 1810 wurden, erneut einer Idee von Erzherzog Karl folgend, Offiziere an verschiedene österreichische Botschaften entsandt, um dort ihren militärischen Sachverstand in die Diplomatie einzubringen. 1813 schuf man das «Botenmeister-Corps», das aus Unteroffizieren der Grenz- und Feldjägerbataillone bestand. Diese berittenen Boten konnten wahlweise in Uniform oder in Zivil als Kuriere sowie als Beobachter eingesetzt werden. Indessen gab es diesen Dienst nur zu Kriegszeiten; er wurde bei Kriegsende stets wieder aufgelöst. 1828 löste man die «Evidenthaltungs-Abteilung» aus dem Kriegsarchiv heraus und bildete eine kriegsgeschichtliche Abteilung, in der nicht nur die Kriegsgeschichte, hauptsächlich die Operationsgeschichte, als unmittelbares Lehr- und Anschauungsmaterial für aktuelle Generalstabsarbeit vorgehalten wurde, sondern auch das rasch anwachsende Informationsmaterial zu den hauptsächlich interessierenden Regionen Süd- und Mittelosteuropas. Schließlich sei auf das 1850 gegründete «Evidenzbureau» hingewiesen, das nach den leidvollen politisch-militärischen Erfahrungen der 1848er-Revolution einen zentralen militärischen Geheimdienst auf der höchsten Kommandoebene bildete.[13]

Österreich war damit fast allen größeren Mächten einen erheblichen Schritt voraus. In Preußen wurden die Kriegsakademie und ein Generalstab erst während der Militärreformen von Scharnhorst und Gneisenau in Aussicht genommen (1807/1814), als Preußen vom napoleonischen Frankreich vernichtend geschlagen und in seiner staatlichen Existenz bedroht war. Allerdings war Preußen ein Pionier, indem es das Prinzip der Generalstabsarbeit nicht nur auf die oberste Führungsebene, sondern auch auf große Einheiten (Division, Korps) anzuwenden begann. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dieses Modell weiter ausgebaut und perfektioniert. Die Blitzkriege von 1866 und 1870 gelten bis heute als Erfolge einer Generalstabsarbeit, die für viele Militärreformen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zum Vorbild wurde. Man denke an die Militärreformen von Leonard Woods in den USA am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

«Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse …»

Die USA stellen ein besonders interessantes Beispiel dar, da sie wie kaum ein anderer moderner Staat durch militärische Macht geschaffen und territorial erweitert wurden. Nirgendwo wäre der berühmte Ausspruch Bismarcks im Preußischen Abgeordnetenhaus am 30. September 1862 angebrachter gewesen als in den USA: «Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut.» Nachdem die Amerikaner den riesigen Mittelwesten und den Westen bis zur Pazifikküste erobert hatten – durch Angriffskriege gegen Mexiko und Vernichtungsfeldzüge gegen die indianischen Völker –, stellte sich im Amerikanischen Bürgerkrieg die alles entscheidende Frage nach dem politischen Zusammenhalt dieses staatlichen Gebildes. Dieser Krieg war eine seltsame Mischung zwischen moderner Militärtechnik und Kriegführung einerseits und andererseits den hergebrachten Praktiken eines vormodernen Buschkrieges. Gewiß überwogen die modernen Elemente, also die Feuerwaffen, der Einsatz von Eisenbahnlogistik und stählernen Dampfschiffen sowie der Telegraphie, zwischen den Feldquartieren der Armeeführer und der politischen Zentrale. Doch am Beispiel der Kriegführung von Thomas «Stonewall» Jackson, dem nach Robert E. Lee bedeutendsten Südstaatengeneral, läßt sich der Erfolg dieser Mischung recht gut aufzeigen.

Jackson war durchaus ein moderner Offizier im oben angesprochenen Sinne. Er hatte die 1802 in West Point gegründete Militärakademie absolviert, wo er sich als intellektuell überaus fähig erwies. (Wegen seiner familiär bedingten schlechten Schulbildung erreichte er allerdings keinen der vordersten Absolventenplätze.) Nach dem 1846 beendeten Krieg gegen Mexiko, in dem er sich mehrfach auszeichnete, ging er 1851 als Professor an das 1839 gegründete Virginia Military Institute, wo er Artilleriewesen und Physik unterrichtete. Er war also ein Spezialist für moderne Waffensysteme.

Im ersten Jahr des Bürgerkriegs, während einer Serie von Schlachten im Shenandoah Valley, gelangen ihm dann jene legendären Siege, die er durch eine geschickte Mischung moderner Taktik und archaischer Buschkriegführung erzielte. Für den englischen Militärhistoriker John Keegan handelte es sich «um den Modellfall eines Sieges durch den Einsatz militärischer Geheimdienstfähigkeiten».[14] An kaum einem anderen Beispiel jener Zeit lasse sich besser zeigen, wie der geschickte Einsatz

dieses Instrumentariums die erdrückende zahlenmäßige und materielle Überlegenheit des Gegners zu kompensieren vermochte.

In der Tat gibt dieses Beispiel Aufschluß über die Frage, warum die in fast jeder Hinsicht weit unterlegenen Südstaaten überhaupt so lange durchhalten konnten, oder anders gesagt, warum es den Nordstaatenarmeen erst im vierten Kriegsjahr, nach immensen eigenen Verlusten, gelang, die Armee der Südstaaten zur Kapitulation zu zwingen. Betrachtet man die Kriegsproduktion, die Zahl der Soldaten, die Logistik (vor allem des dreimal längeren Eisenbahnnetzes) und die für die südstaatliche Exportwirtschaft äußerst schädliche Küstenblockade, so würde zumindest für jeden militärischen Laien der Schluß naheliegen, daß bei derart ungleichen Voraussetzungen ein rasches Kriegsende zu erwarten sei. Selbst der Oberkommandeur der Nordstaaten, General Winfield Scott, gab sich zunächst gelassen dieser Erwartung hin. Doch in Verbindung mit ihrer riesigen geographischen Ausdehnung war dieser Entwicklungsrückstand der Südstaaten eher ein Vorteil, denn weniger Eisenbahnen und vor allem weniger moderne Straßen machten es den gegnerischen Armeen ungeheuer schwer, rasch voranzukommen. Zudem gab es eine Fülle von Gewässern, Sümpfen und praktisch kaum erschlossenen Gebieten, die beinahe urwaldartig und deshalb für den Unkundigen, insbesondere den Unkundigen mit schwerem Gerät und langen Nachschublinien, fast undurchdringbar waren.

Das Shenandoah Valley liegt zwischen den Mittelgebirgszügen der Allegheny und der Blue Ridge Mountains, etwa 200 Kilometer landeinwärts von Richmond, der Hauptstadt der Südstaaten, und halb so weit entfernt von Washington, das ebenfalls nicht direkt an der Atlantikküste liegt, sondern am Unterlauf des (schiffbaren) Potomac-Flusses. Heute fährt man dieses Gebiet in wenigen Autostunden ab, doch damals war eigentlich nur ein schmaler Küstenstreifen am Atlantik wirklich erschlossen. Was zwischen diesem Streifen und dem Mississippi lag, war noch weitgehend undurchdringbar und allenfalls in Grundzügen bekannt. Dementsprechend gab es für dieses Hinterland noch keine modernen Landkarten. Mit ihren bescheidenen Mitteln hatten die staatlichen Vermessungen nur den Küstenstreifen erfaßt. Was weiter westlich lag, hatte man nur dort kartographisch genau verzeichnet, wo es um wichtige Bodenschätze oder Eisenbahnstrecken ging.

General MacLellan hatte für seinen Feldzug ins nördliche Virginia zunächst nur volkstümliche Landkarten für Privatleute, auf denen die

Flußläufe und Straßen sehr fehlerhaft verzeichnet waren. Gewiß hatte die Pioniertruppe (ebenso wie die Flotte) ihre Abteilung für Topographie. Sie war jedoch viel zu klein, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Ihr Kartenmaterial war nicht entfernt vergleichbar demjenigen, das sich die mittel- und westeuropäischen Staaten leisteten. Sogar die Karten des britischen *Survey of India* waren weitaus besser. Das große Indienprojekt war im Grunde genommen eine großflächige Geheimdienstunternehmung, da die Kartographen keine Möglichkeit verstreichen ließen, sich über Land und Leute sowie über die lokalen Mächtigen zu informieren. Rudyard Kippling beschreibt in einem der frühesten Geheimdienstromane, wie Kim, der Titelheld, in dieses Milieu hineinwächst.

Von diesem Qualitätsanspruch militärisch relevanter Kartographie war man in den USA noch weit entfernt. Selbst die Orts- und Straßenbezeichnungen waren in Nordvirginia (und in weiten Teilen der USA) noch nicht eindeutig geklärt. Manche davon trugen mehrere Namen, je nach der befragten Quelle. Doppel- und Dreifachbezeichnungen waren an der Tagesordnung.

Diese Lage machte sich der Südstaatenkommandeur Stonewall Jackson zunutze. Er hatte während seiner Jahre am Virginia Military Institute diese Gegend genau kennengelernt. Viele seiner Soldaten kamen aus den dortigen Siedlungen und waren ortskundig, während die Leute aus den Nordstaaten es nicht waren. Eine große Hilfe war der Schullehrer Jedediah Hotchkiss, ein Autodidakt auf dem Gebiet der Kartographie. Durch geschickte taktische Manöver, rasche unerwartete Angriffe und ebenso überraschende Rückzugsbewegungen gelang es Jackson, die zahlenmäßig weit überlegenen Nordstaatentruppen mehrmals zu schlagen und an der Erfüllung ihres Auftrages zu hindern.

Daß schließlich diese Fähigkeiten, einschließlich der geheimdienstlichen, nicht ausreichten, den Sieg der Nordstaaten zu verhindern, beweist die von Keegan und vielen anderen vorgetragene Annahme, daß militärisch erkämpfte Erfolge letztlich vorrangig sind vor geheimdienstlichen. Diese können allenfalls militärische Niederlagen hinauszögern, wenn es an militärischer Stärke fehlt und wenn der Gegner trotz großer Verluste den vollen militärischen Einsatz durchhält. Dieser Durchhaltewille der südstaatlichen Seite war, neben anderen Faktoren, der wichtigste Grund für die lange Kriegsdauer.

Nach Kriegsende stellte General Ulysses S. Grant, der letzte militärische Chef der Nordstaaten (und spätere Präsident), sicher, daß alle Karten von

Hotchkiss aufbewahrt und der *US Army* zu Verfügung gestellt wurden. Kartographie wurde jetzt auch bei den Amerikanern ein wichtiges Teilgebiet der modernen Generalstabsarbeit.

Das war in den europäischen General- und Marinestäben längst geschehen. Friedrich II. von Preußen hatte in seinem Potsdamer Schloß bereits 1742 ein geheimes Kartenzimmer (Plankammer) eingerichtet. Doch es war zunehmend die spezielle Militärgeographie, auf die sich das Interesse richtete. Kriegshäfen, Werften, Eisenbahnlinien, Bahnhöfe, Waffendepots, Befestigungen aller Art – das waren die Objekte, die man in den Stäben kennen und in systematisch angelegten Registraturen oder Karteien festhalten wollte.

Der Militärattaché

Wie sollte man an diese Informationen kommen, die von jeder Seite strikt abgeschirmt wurden? Zur Lösung dieses Problems entwickelte sich das militärisch-diplomatische Instrument des Militärattachés, von dem man nicht ganz zu Unrecht sagt, es diene der legalisierten Spionage. Im strikten Sinne ist dieses Urteil unzutreffend, denn Militärattachés werden zwischen befreundeten oder doch miteinander im Frieden lebenden Staaten ausgetauscht. Und sie unterliegen einem strengen Reglement, das eine aggressive Spionagetätigkeit sowie die Führung eines Agentennetzwerkes untersagt. Doch läßt sich nicht abstreiten, daß diese Grenzen immer wieder überschritten wurden (und noch werden). In Österreich mußte jeder Militärattaché gegenüber dem Chef des Evidenzbureaus in die Hand versprechen, daß er sich an das kaiserliche Verbot der Spionagetätigkeit halten werde. Hingegen war bekannt, daß die Militärattachés der russischen Zaren regelmäßig Agentennetze aufbauten und führten.[15]

Das scheint vor allem seit dem späten 19. Jahrhundert der Fall gewesen zu sein, denn die Absicht von Zar Alexander I., der diesen Austausch auf dem Wiener Kongreß vorgeschlagen hatte, ging eher in Richtung eines Liaisonoffiziers, also eines persönlichen Vertrauten der Monarchen der Heiligen Allianz bei den jeweils anderen Monarchen, um die für gemeinsame militärische Interventionen erforderliche wechselseitige Abstimmung zu erleichtern. Tatsächlich ist also der Militärattaché, der jeweils dem Botschafter seines Landes zugeordnet war und somit

diplomatische Privilegien besaß, von den «Militärbevollmächtigten» zu unterscheiden, welche typischerweise zwischen militärischen Verbündeten ausgetauscht wurden. Gelegentlich waren allerdings beide Funktionen in einer Person vereinigt.

Eine weitere Unterscheidung ist gegenüber den «Militärbeobachtern» zu treffen, welche zu großen Manövern befreundeter Mächte entsandt wurden. Im 19. Jahrhundert wurde es auch gängige Praxis, solche militärischen Fachleute als Kriegsbeobachter auszuschicken. Beides ist ohne Zweifel ein Ausweis für die professionelle Neugier der Staaten, die sich auf die Leistungsfähigkeit von Waffensystemen sowie von Systemen militärischer Rekrutierung, Ausbildung und Organisation richtete. Das Stichwort Professionalisierung ist also auch hier angebracht.

Persönliche militärische Vertreter gab es zwischen Preußen und Rußland bereits während der Befreiungskriege. Als jedoch der preußische Stabschef 1816 vorschlug, zu allen wichtigen Mächten militärische Vertreter zu entsenden, fehlten das Geld und der feste Wille. Auch der französische Außenminister hielt damals noch einen ähnlichen Vorschlag aus der französischen Militärführung für zu kostspielig, stimmte jedoch kürzeren Missionen durchaus zu.

Besonders frustriert muß Sylvanius Thayer, ein Pionier der modernen amerikanischen Offiziersausbildung und einer der ersten Kommandanten der Militärakademie West Point, gewesen sein, als er 1815 nach Europa reiste, um die Schlachten des aus Elba zurückgekehrten Kaisers Napoléon zu beobachten. Zusammen mit einem Kameraden machte er sich nach Europa auf, doch mit der Schlacht von Waterloo war alles entschieden, ehe die beiden die alte Welt erreichten. Während sein Kamerad William MacRee sich auf eine große Rundreise zu europäischen Militärfestungen begab, nahm Thayer an der französischen École Polytechnique ein Studium auf. Zugleich legte er eine Sammlung von militärisch-naturwissenschaftlichen Texten an, die er nach seiner Rückkehr zur Basis einer reformierten, stark auf Mathematik und praktische Naturwissenschaften ausgerichteten amerikanischen Offiziersausbildung machte. An diesem Beispiel läßt sich deutlich machen, wie stark das Interesse am wechselseitigen Austausch, heute könnte man sagen am Technologietransfer und an der Orientierung an einer *best practice*, im damaligen Militär war. Daß hier die Grenzen zur Spionage fließend sind, ist ohne weiteres einleuchtend.

Im Mai 1830 schickte Preußen den Generalstabsoffizier Kapitän von

Cler nach Algerien, um die französische Kolonialexpedition zu beobachten. Sein Bericht, aber auch die französische Revolution vom Juli 1830, führte zu einem Sinneswandel. Von Cler wurde als ständiger Beobachter an der preußischen Botschaft in Paris untergebracht. Möglicherweise war dieser Schritt die Geburtsstunde des Militärattachés im späteren Wortsinn.[16] Doch blieb dies noch für viele Jahre ein Sonderfall. Erst 21 Jahre später akkreditierte Frankreich einen Militärattaché in Berlin. Wichtiger waren zunächst die Ad-hoc-Missionen zu besonderen Anlässen, insbesondere im Kriegsfall. Die Überlegenheit des residierenden Militärattachés konnte man am Beispiele des Krimkrieges erkennen, als die dreiköpfige amerikanische Delegation wegen allerlei bürokratischer Schwierigkeiten erst nach dem Fall der Festung Sewastopol eintraf, während der preußische Militärattaché aus Wien eine genaue Beobachtung der Politik und der Militärbewegungen Österreichs liefern konnte.[17]

Was sollte mit den Berichten der Militärattachés geschehen? Offensichtlich machte es wenig Sinn, eine Menge von militärischen Informationen zu sammeln, ohne sie im Detail aufzuschlüsseln und griffbereit zu halten. Das Londoner Kriegsministerium richtete 1855 ein *Topographical and Statistical Department* ein, zunächst allerdings mit dem Ergebnis, daß die Indexierung hochwertiger war als die Masse der Informationen. Nun wurde den Militärattachés aufgetragen, die großen Wissenslücken systematisch auszufüllen. Heute würde man von Anforderungen (*tasking*) sprechen, also von präzisen Angaben, welche Informationen gebraucht wurden. Im Mai 1860 schrieb der britische Außenminister an den Oberkommandierenden der britischen Armee, man müsse wenigstens nach Berlin einen geeigneten Mann entsenden. Aber erst 1864 war man sich an der Regierungsspitze einig, daß solche Vertreter bei allen größeren Mächten, «sogar in Amerika», erforderlich seien.[18] Dieser Gedanke setzte sich nun durch, weshalb beim preußisch-österreichischen Krieg von 1866 bereits eine ganze Schar von militärischen Beobachtern zugegen war, und zwar auf beiden Seiten. Alle großen europäischen Mächte waren vertreten, doch die amerikanischen Beobachter trafen wieder einmal zu spät ein. Beim Deutsch-Französischen Krieg von 1870 entsandte London sogar mehrere Militärärzte, um die Feldlazarette und die hygienischen Bedingungen vor Ort zu studieren.

Als man in Frankreich begann, den völlig unerwarteten und raschen Zusammenbruch der eigenen Seite zu untersuchen, wurde der Vorwurf erhoben, die französische Militärführung habe ein völlig falsches Bild des

deutschen Militärs gehabt. Oberst Stoffel, der französische Militärattaché in Berlin, publizierte daraufhin seine Berichte aus den Jahren 1866–1870, um zu demonstrieren, daß ihn an der Fehleinschätzung, die ja auch ein geheimdienstlicher Fehlschlag war, keine Schuld traf.[19]

Nun allerdings setzte sich die Entsendung von Militärattachés überall durch. Selbst die USA begannen 1889, in einigen ihrer Botschaften diesen Posten einzurichten. Für so manchen Staat war der direkte Vergleich des eigenen Militärs mit dem in der Fremde beobachteten jedoch wenig schmeichelhaft. Ein amerikanischer Militärfachmann kam beispielsweise zu dem Schluß, daß sich nur die eigenen Handfeuerwaffen und Gewehre auf der Höhe der Zeit befänden. Die amerikanische Feld- und Festungsartillerie sei «im Vergleich zu allen großen Nationen minderwertig und mindestens 15 Jahre hinter der Zeit».[20] Am Vorabend des Ersten Weltkrieges soll es 214 Militärattachés gegeben haben, davon jeweils 31 russische und amerikanische.[21]

Der lange Weg zum Geheimdienstoffizier

Trotz der zunehmenden Professionalisierung und Differenzierung des Offiziersberufes dürfte die Ausbildung im geheimdienstlichen Metier noch in den Kinderschuhen gesteckt haben. Darauf deutet das überlieferte Kursmaterial bei der britischen Armee hin. Spätestens 1871, als der Verkauf von Offizierspatenten abgeschafft wurde, kann man von einer systematisch an Qualitätsstandards ausgerichteten Ausbildung sprechen, auch wenn der Burenkrieg (1899–1902) erhebliche Mängel im taktischen Einsatz von Militärspionage offenlegte. Das Anforderungsprofil war schnell definiert, wie Colonel Edward Gleichen, der Chef der Abteilung für Militärspionage in Europa, es ausdrückte. Ein Geheimdienstoffizier müsse «körperlich perfekt» sein, ein sehr guter Reiter, physisch tapfer, aber zugleich schlau genug, um zu wissen, daß man manchmal mit Diskretion und Risikovermeidung mehr erreichen könne als mit Konfrontation. Vor allem aber müsse er intelligent sein, denn «man wird nie einen tüchtigen Geheimdienstoffizier aus einem wirklich dummen Menschen machen».[22]

Weniger klar war jedoch, was es aus dem Burenkrieg tatsächlich zu lernen gab. Sollte man sich auf zwei völlig unterschiedliche Arten von Krieg einrichten, einerseits auf Kleinkriege *(small wars)* gegen «Orientalen und Wilde» und andererseits auf einen großen Krieg in Europa?

Bemerkenswerterweise glaubte man auf Kolonialkriege besser vorbereitet zu sein als auf europäische. Das war jedenfalls die Auffassung, welche in der Ausbildung für Geheimdienstoffiziere vertreten wurde. Auch das Feldhandbuch *Field Intelligence* für die taktische Geheimdienstarbeit von 1904 versuchte, allgemeingültige Prinzipien und Techniken zu vermitteln. Der Autor war Geheimdienstchef des Oberkommandierenden im Burenkrieg gewesen. Auch sein zweites Handbuch *The Art of Reconnaissance* (Die Kunst der Erkundung im Feld) schloß mehr oder weniger explizit vom Krieg gegen die burischen Bauernkrieger auf einen möglichen Krieg gegen gedrillte europäische Armeen, die von erfahrenem Berufsmilitär geführt würden. Erst 1907 richtete man eine spezielle Vorlesung über «Geheimdienstarbeit in der europäischen Kriegführung» ein. Zugleich galt Japan und Rußland eine besondere Aufmerksamkeit, da ihr jüngst beendeter Krieg (1905) mit einem überraschenden japanischen Sieg geendet hatte. Den Japanern sprach man ein besonderes Talent für geheimdienstliche Tätigkeit zu, obgleich bekanntermaßen Rußland über die größten und aktivsten Geheimdienste in Europa verfügte.

Irgendwie schien man sich in der britischen Armee von einer längeren systematischen Ausbildung wenig zu erwarten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden jährlich nur acht Offiziere für das Geheimdienstmetier gedrillt. In den überlieferten Akten findet man allerlei warnende Stimmen, doch nach dem unerwarteten Kriegsausbruch im Sommer 1914 mußte die britische Armee sich überwiegend auf Improvisation verlegen. Neben der taktischen Aufklärung gab es allerdings die strategische Ebene, im angelsächsischen Militär oft als *grand strategy* bezeichnet. Auch hier gilt es, drei große Felder zu unterscheiden: erstens die Kolonialgebiete (samt ihren Grenzräumen), zweitens die in der Großmächtepolitik noch nicht zugeteilten Regionen und schließlich drittens die direkte Konfrontation der Großmächte. Für den ersten Typus läßt sich vor allem die Rivalität zwischen Rußland und England um Mittelasien anführen, das berühmte, in Rudyard Kiplings *Kim* unsterblich gemachte *great game* um die Regionen nördlich von Indien. Den zweiten Typus verkörpern vor allem jene Gebiete, die mehr oder weniger locker mit dem Osmanischen Reich verbunden waren, also Nordafrika und die Arabische Halbinsel, wobei das seit den 1850er Jahren geförderte Erdöl (neben anderen Bodenschätzen) schließlich eine wichtige Rolle spielen sollte.

Zwischen dem rasch expandierenden russischen Großreich und Britisch

Indien lag der buddhistische Mönchsstaat Tibet, der formell China unterstand, aber in Wirklichkeit selbständig war. Hier fürchteten die Briten ein Vordringen Rußlands mit dem Ziel, Britisch Indien zu bedrohen oder gar Teile davon zu erobern.

Mit einer an der heutigen internationalen Politik orientierten Sichtweise läßt sich allerdings weder die Lage in Indien und Tibet noch die damalige Situation im Nahen und Mittleren Osten begreifen. Was man gewöhnlich als Britisch Indien bezeichnet, war kein Staat im heutigen Sinne, sondern eine Ansammlung von Fürstentümern, Kolonien und anderen Territorien, die bis 1858 offiziell der Britischen Ostindiengesellschaft unterstanden. Erst danach übernahm die britische Regierung eine direkte Verantwortung. Bis dahin hatte sie die Britische Ostindiengesellschaft teilweise als Fassade, teilweise als Instrument benutzt, wobei auch diese formell die Verwaltung im Namen des bis 1858 herrschenden Mogulkaisers führte. Als eine Art Ersatz trug seit 1877 die englische Königin den Titel einer Kaiserin von Indien, was zugleich dem hohen Rang der regierenden indischen Fürsten Rechnung tragen sollte. Eine direkte Regierungsgewalt wollte London auch jetzt nicht ausüben. Die Priorität lag vielmehr auf wirtschaftlichem Gebiet sowie bei der politisch-kulturellen Einflußnahme, die den eigenen Überlegenheitsvorstellungen der «English race» entsprach. Dementsprechend regierte London sein indisches Reich mit einer minimalen Präsenz von Kolonialbeamten, Kolonialpolizei und Militär, um Kosten zu sparen. Um sich allerdings gegen Aufstände und äußere Angriffe abzusichern, brauchte es erhebliche geheimdienstliche Anstrengungen. Der von 1857 bis 1859 andauernde Aufstand der Sepoy, einer indischen Infanterietruppe, die von britischen Offizieren geführt wurde, war den Briten eine Lektion geworden. Damals stand die britische Herrschaft auf der Kippe.

Erste Befürchtungen einer russischen Invasion waren bereits im Jahr 1800 aufgekommen, als Zar Paul I. eine Militärexpedition nach Indien vorbereitete. Er wurde jedoch wenige Monate später ermordet, und sein Nachfolger stoppte dieses Projekt. Die britische Öffentlichkeit beschäftigte sich erneut damit, als es mit Rußland zu Spannungen und sogar zum Krieg kam (Krimkrieg 1853–1856). Im Gefolge dieser Niederlage orientierte sich die in Südosteuropa gescheiterte russische Expansionspolitik wieder nach Asien.

Im Zuge von Militärreformen richtete Rußland einen Generalstab nach preußischem Vorbild ein. Dazu gehörte eine neu konzipierte

Militärspionage mit einer eigenen Asienabteilung, die zunächst einmal mit Hilfe geographisch-wissenschaftlicher Expeditionen allerlei Informationen sammelte und Karten anfertigen ließ.[23] Zu Beginn richtete sich das Interesse auf Persien, Afghanistan und die zentralasiatischen Fürstentümer (Khanate). Tibet interessierte zunächst kaum, auch wenn die 1845 gegründete Kaiserliche Geographische Gesellschaft während der 1870er und 1880er Jahre insgesamt vier wissenschaftliche Expeditionen in den Fernen Osten entsandte – übrigens weitgehend aus Mitteln der Asienabteilung des russischen Generalstabes. 1893 schlug man dem Zaren den Bau einer Abzweigung der Transsibirischen Eisenbahn nach Tibet vor. Doch daraus wurde trotz der vagen Hoffnung auf tibetische Goldvorkommen nichts. Die politische Führung blieb desinteressiert. Das 1884 begonnene 87bändige Nachschlagewerk zu Asien, welches im Auftrag des Generalstabes erarbeitet wurde, enthielt zunächst keinen Eintrag zu Tibet.

1898 reiste der mongolisch-sibirische Mönch und Gelehrte Agvan Dorzhiev nach St. Petersburg, wo man ihn dem Zaren präsentierte. Er galt als Vertrauter des Dalai-Lama und kehrte in den folgenden Jahren zweimal an den Zarenhof zurück, um für Tibet den Schutz Rußlands gegen die Engländer und vor allem gegen Nepal zu erbitten. Doch die Regierung setzte erst 1903 in Grenznähe zu Tibet eine vertrauliche Mission ein, um direkten Kontakt aufzunehmen. In dieser Zeit tauchten dann Gerüchte über russische Waffenlieferungen an Tibet auf, die möglicherweise durch einen japanischen Geheimagenten lanciert wurden, um London zu provozieren. Die Briten entsandten nun eine Militärexpedition unter dem Befehl von Oberst Francis Younghusband, der 1903 mit tausend bewaffneten Gurkha und Sikh bis Lhasa vorstieß, um den Russen «zuvorzukommen». Allerdings fand er nirgendwo einen Beweis für die angeblichen russischen Waffenlieferungen. Auf diplomatischem Wege versicherte der neue russische Außenminister Alexander Petrowitsch Iswolski der britischen Seite, daß Rußland dort keine Interessen habe. Mit einem Abkommen für Persien, Afghanistan und Tibet wurde 1907 das *great game* diplomatisch beerdigt.[24]

Großmacht gegen Großmacht

Kommen wir somit zum dritten Typ von Geheimdienstarbeit im Rahmen

der *grand strategy*, bei dem es um die direkte Konfrontation der Großmächte ging. Hier ist das Beispiel Österreichs besonders instruktiv, da die Donaumonarchie in unmittelbarer Nachbarschaft zum schrittweise zerfallenden Osmanischen Reich und zu seinem ambitionierten Herausforderer Rußland lag. Zudem galt das Habsburgerreich im Inneren als reichlich instabil. Die permanenten Spannungen zwischen den im «ungarischen Ausgleich» von 1867 gebildeten Reichshälften lähmten die Wiener Politik immer wieder. Nicht zu überhören waren die zunehmend militant vorgetragenen Ansprüche der «Nationalitäten», obgleich diese verfassungsrechtlich längst gleichberechtigt waren. Die Aufgabe der österreichischen Sicherheitsbehörden bestand somit darin, ein Frühwarnsystem gegen innere Unruhen bereitzustellen.

Zugleich sollten die militärischen Fähigkeiten und die geheimen politischen Absichten Rußlands erkundet und im Gegenzug die russischen Spionageangriffe auf die Donaumonarchie abgewehrt werden. Wieweit es allerdings den Österreichern gelang, die Militärgeheimnisse Rußlands auszuforschen, ist nur sporadisch bekannt, da ein Großteil der österreichischen Spionageakten am Ende des Ersten Weltkrieges vernichtet wurde. Sehr viel mehr weiß man über die österreichischen Erfolge der Spionageabwehr. Die Memoiren von General Max Ronge, dem letzten Chef des österreichischen militärischen Nachrichtendienstes, enthalten eine lange Liste von verurteilten Spionen. Mit Hilfe der chronologischen und geographischen Zuordnung läßt sich erkennen, daß die meisten für Rußland tätig waren und daß mit dem Jahr 1909 eine starke Zunahme der Fälle einsetzte. Einen Teil dieser Zunahme wird man den verfeinerten Methoden der österreichischen Behörden anrechnen können, doch nahm auch die Intensität der russischen Spionage zweifellos zu.[25]

In Zusammenarbeit mit deutschen Behörden gelang es den Österreichern, mehrere hohe russische Offiziere als Spione zu gewinnen. Ein russischer Generalstabsoffizier soll ab 1889 die Deutschen mit einer Vielzahl von Planungsdokumenten und Berichten versorgt haben, darunter interne Berichte über den aktuellen Zustand der russischen Truppen, die streng geheimen Angaben über die Dislozierung der Verbände sowie ihre Bewaffnung und Befehlsstruktur. Geliefert wurden auch Militärlandkarten und vor allem Aufmarschpläne, und zwar in kurzen Abständen, weshalb es sich um revidierte und aktualisierte Fassungen handelte. Seit 1894 wußte man über die geheime militärische Zusammenarbeit Rußlands mit Frankreich Bescheid, die sich offensichtlich auf die jeweiligen

Militärgeheimdienste erstreckte.[26]

Von Bedeutung war jedoch auch die geheimdienstliche Erfassung der Grenzregionen des Zarenreiches, die im Kriegsfall von besonderer Wichtigkeit sein würden. Hier bedienten sich die Österreicher der nicht-russischen Völker, deren Loyalität zum Zarenreich sehr brüchig war. Besonders wichtig waren die Polen und die galizischen Juden, die sich in Rußland schlecht behandelt sahen. Sie hofften auf eine Befreiung vom russischen Joch. Recht gut wußten sie, daß die Minderheiten Österreichs (trotz aller Proteste und Aufstände) sehr viel besser gestellt waren als diejenigen Rußlands.

Die Juden des Habsburgerstaates sahen in der kaiserlich-habsburgischen Regierung einen Verbündeten gegen den Antisemitismus der Bevölkerung. Aber auch viele Polen sympathisierten mit Österreich, gewiß wegen ihrer katholischen Konfession. Seit 1906 (oder 1908?) arbeitete der aus dem polnischen Kleinadel stammende Józef Klemens Piłsudski für das Evidenzbüro. Er war Mitte der 1880er Jahre in ein mißglücktes Sprengstoffattentat auf den Zaren verwickelt gewesen. Nach seiner Entlassung aus der sibirischen Verbannung wurde er ein führendes Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei, die sich jedoch nur im österreichischen Galizien und in Schlesien einigermaßen frei entfalten konnte. Seit 1908 leitete er einen paramilitärischen Verband, die «Jungschützen», welche während des Ersten Weltkrieges auf österreichischer Seite kämpften.[27] 1918 trat er als Staatspräsident an die Spitze des wiedererstandenen polnischen Staates.

Ihre eigentliche Wirkung entfaltete diese Nationalitätenpolitik des Evidenzbureaus erst im Krieg, als die Unterstützung für allerlei Aufstände und Unabhängigkeitsbewegungen geradezu ein militärisches Mittel wurde – übrigens bei allen Vielvölkerreichen. Besonders interessant wurde der Versuch, muslimische Bevölkerungen für die Mittelmächte zu mobilisieren. Der türkische Sultan rief am 12. November 1914 sogar zum Dschihad gegen Rußland, England und Frankreich auf. Nicht nur das Deutsche Kaiserreich suchte sich mittels seiner Sonderbeziehungen zum Osmanischen Reich auf ein solches Bündnis mit den Muslimen vorzubereiten, wie man weiß. (Dabei spielten allerdings auch friedliche Wirtschaftsinteressen eine große Rolle.) Österreich verfügte in der Person des Orientalisten Alois Musil (1866–1944) über einen bedeutenden Kenner der islamischen Welt, der von Wien für politisch-strategische Zwecke eingesetzt wurde.[28] Der in Böhmen geborene Musil war als katholischer

Priester mit den «biblischen Hilfswissenschaften», darunter der Orientkunde, vertraut geworden und hatte neben den alten Sprachen der Region nicht nur Türkisch und Hocharabisch, sondern auch eine Vielzahl arabischer Dialekte erlernt. Musil betätigte sich archäologisch, erstellte Kartenwerke von Gegenden, die nie zuvor kartographisch erfaßt worden waren. Dabei erforschte er etwa 3000 Ortsnamen, die er quellenmäßig auf ihre unterschiedlichen sprachlich-ethnischen Wurzeln zurückführte.

Musils Reisen und Forschungen fielen bald dem britischen Außenministerium auf, das von 1906 bis zum Kriegsbeginn immer wieder versuchte, ihn zu gewinnen. Er war jedoch bereits für das österreichische Außenministerium tätig. Ab 1909 lieferte er regelmäßig Berichte über Politik, Handel und sonstiges. Insbesondere gelang es ihm, zu wichtigen Führungsfiguren der arabischen Stämme und Clans ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, was wiederum die Basis für seine politische Mission bildete, zu der er kurz nach Kriegseintritt des Osmanischen Reiches aufbrach, um für die Mittelmächte zu werben. Sein Gegenspieler war der viel bekanntere «Lawrence von Arabien», der seinerseits versuchte, die arabischen Herrscher zum Aufstand gegen die Osmanenherrschaft zu bewegen, was dann im Sommer 1916 tatsächlich gelang.[29]

Kehren wir zurück zum Geheimdienstgegner Rußland, dem das Wiener Evidenzbureau seit 1885 ein eigenes Referat für den «russischen Kundschaftsdienst» widmete. Wie zu erwarten, versuchte man die Organisationsstruktur und die Amtsträger der russischen Militärspionage zu ergründen. Das war allerdings ein schwieriges Unterfangen, da es weder eine zentralisierte Behörde noch einen militärischen Geheimdienstchef gab. Während der russische Inlandsgeheimdienst (Ochrana) – nach dem tödlichen Attentat auf Zar Alexander II. im März 1881 – eine große Zentrale in St. Petersburg hatte und selbstverständlich einen (zumeist militärischen) Chef unter der Aufsicht des Innenministeriums, waren die Aufgaben eines militärischen Geheimdienstes auf mehrere Stellen verteilt. Im Ausland wurden die Einsätze von den Militärattachés geleitet, im Russischen Reich von den Kommandanten der Militärbezirke, die selbstverständlich diese Aufgabe mit Hilfe ihrer Stäbe bewältigten. Gewiß gab es im zentralen Generalstab ein Sonderbüro für derartige Fragen, doch hatte es keine zentrale Führungsrolle. Erst im Weltkrieg bemühte man sich um eine straffere Führung, verfiel jedoch angesichts militärischer Fehlschläge in eine Art

Spionagehysterie, der zahlreiche Offiziere mit nicht-russischen Familiennamen als angebliche Verräter geopfert wurden.[30]

Alfred Redl

Schließlich brachten die österreichisch-russischen Geheimdienstbeziehungen den spektakulärsten Verratsfall des beginnenden 20. Jahrhunderts hervor: den Fall Redl. Es ging dabei um den Generalstäbler Oberst Alfred Redl, der im Evidenzbureau tätig war und beinahe dessen Leiter geworden wäre. Nun, im Frühjahr 1913, entpuppte er sich als ein Verräter von militärischen und geheimdienstlichen Staatsgeheimnissen im Solde Rußlands, das ihn für seine Dienste fürstlich belohnte.

Der entscheidende Hinweis auf Redls Verrat stammte von Major Walter Nicolai, dem Leiter der Abteilung IIIb (militärischer Geheimdienst) des Großen Preußischen Generalstabes. Beim Wiener Hauptpostamt hatte es einen postlagernden Brief an einen gewissen Nikon Nizetas gegeben, der wochenlang nicht abgeholt wurde. Man schickte ihn deshalb nach Berlin zurück, wo er aufgegeben worden war. Um den genauen Absender zu ermitteln, mußte die Berliner Post den Brief öffnen. Er enthielt 6000 österreichische Kronen in Banknoten sowie einen Brief mit zwei Adressen in Paris und Genf. Die Post schöpfte Verdacht, und so gelangte der Vorgang zu Major Nicolai, der die gemachten Angaben als Deckadressen der russischen Militärspionage in der Schweiz identifizierte. Er benachrichtigte die österreichischen Kollegen, denn der mysteriöse Empfänger mußte wohl in Wien ansässig sein. In Zusammenarbeit mit der Wiener Schutzpolizei wurde der Brief in einem neuen Umschlag wieder bei der Hauptpost hinterlegt, wobei allerdings am Schalter ein versteckter Klingelknopf installiert wurde. Sobald der Empfänger nach dem Brief fragte, sollten Polizisten herbeigeholt werden und sich um die verdächtige Person kümmern.

Das geschah am Abend des 24. Mai 1913. Der Abholer war ein eleganter Herr in Zivil, den man bis zum Hotel beschattete. Der Polizeichef und das Evidenzbureau wurden verständigt. Zu ihrem Schrecken handelte es sich bei der geheimnisvollen Person um Oberst Redl, der seit Oktober 1912 nicht mehr im Evidenzbureau, sondern als Chef des Generalstabes des VIII. Armeekorps in Prag tätig war.

Bei einem Verhör am selben Abend bekannte sich Redl schuldig, «fremde Staaten» seit 1911 «bedient zu haben». Korrekt an seiner Aussage war jedoch nur, daß er keine Mittäter hatte. Offensichtlich war Rußland der wichtigste Empfänger seiner Dienste gewesen, doch weder der Beginn noch der genaue Umfang der Informationen und Dokumente, welche Redl geliefert hatte, ließen sich zunächst feststellen. Gewiß wären der österreichische Geheimdienst sowie der Generalstab an einer präzisen Schadensbilanz brennend interessiert gewesen. Noch größer war jedoch ihre Sorge um die politische Wirkung eines enttarnten Topspions vor einem österreichischen Gericht. Deshalb entschied man, die Vertuschung des Falles Redl über sämtliche anderen Erwägungen zu stellen. Schier unerträglich war die Vorstellung, daß sich die österreichische (und die internationale) Öffentlichkeit des langen und breiten mit der Frage befassen könnte, warum der Eliteoffizier Alfred Redl einen so unglaublichen Verrat begangen haben mochte. Anstatt Redl sofort in Untersuchungshaft zu nehmen, entsprach man seinem Wunsch, Selbstmord begehen zu dürfen. Als die Öffentlichkeit davon erfuhr, sprach man von einer «unbekannten Ursache» seines Todes. Als weiteres Täuschungsmanöver wurde ein dem militärischen Rang entsprechendes Begräbnis geplant.

Am folgenden Tag fuhr Oberst Urbanski, der Chef des Evidenzbureaus, zusammen mit einem Militärgerichtsbeamten nach Prag, um Redls Wohnung zu untersuchen. Das gefundene Beweismaterial war erdrückend. Redls pompöser Lebensstil, hohe Einzahlungen auf seinem Bankkonto – das alles wies auf einen Täter hin, der aus Profitgier seinen Verrat begangen hatte, vielleicht auch aus verletztem Stolz wegen einer verschleppten Beförderung.

Durch eine Serie von Schlampereien wurde die Vertuschungsaktion der Armeeführung rasch zunichte gemacht. Bereits am 29. Mai, also nur fünf Tage nach der Enttarnung Redls, erzwangen Presseberichte das Eingeständnis eines doppelten Skandals. Zum Spionagefall gesellte sich nun der Skandal der mißglückten Vertuschung. Zunächst einmal brach ein Donnerwetter los, als neben Kaiser Franz Joseph, der die Vorgehensweise der obersten Militärs akzeptierte, auch sein mutmaßlicher Thronfolger Franz Ferdinand informiert werden mußte. Dieser fiel in einen Tobsuchtsanfall. Oberst Urbanski wurde «geopfert», um dem Zorn des hohen Herrn und dem Spott der Presse Genüge zu tun. Er hatte bei der Durchsuchung von Redls Wohnung einen Photoapparat übersehen, der

über einen Trödelmarkt verhökert wurde, obgleich er einen Film mit russischen Geheimdokumenten enthielt.

Zurück blieb die Frage, was Redl tatsächlich verraten hatte und welche militärischen Pläne und sonstigen Geheimnisse deshalb geändert werden mußten. Allein dessen Karriere deutete darauf hin, wie groß das Ausmaß gewesen sein könnte. 1894/95 war Redl im Eisenbahnbureau tätig gewesen, wo er Zugang zu allen Dokumenten über die Mobilisierung sowie über den Nachschub erhielt. Seit 1900 war er im Evidenzbureau hauptsächlich für die russische Kundschaftergruppe zuständig. Er kannte somit jeden für Österreich tätigen Agenten in Rußland. Später arbeitete er in der Gegenspionage, wofür ihm die russische Seite immer wieder Agenten ans Messer lieferte, die nicht mehr gebraucht wurden oder mit deren Enttarnung man besonders wichtige Quellen schützen konnte. Durch diese «Erfolge» bei der Bekämpfung der russischen Spionage gewann Redl in Wien an Prestige, das ihm wiederum erlaubte, als Verräter hoher Militärgeheimnisse weiterzuarbeiten. Neben Rußland dürfte er auch Italien und Serbien beliefert haben. Unklar blieb zudem der Beginn seiner Tätigkeit. Sein Geständnis betraf nur die Jahre 1910 und 1911, doch sein Bankkonto verzeichnete seit 1907 verdächtige Einzahlungen. Ein Bericht des 1905 in Wien stationierten russischen Militärattachés des Zaren enthält eine Beschreibung Redls aus dem Jahr 1907, die ihn übrigens als Frauenliebhaber bezeichnet, während andere Indizien auf homosexuelle Beziehungen hindeuteten.[31]

Redls angebliche oder tatsächliche Homosexualität sowie sein (angeblich) auf eine «plötzliche Geisteskrankheit» hindeutender Selbstmord wurden Teil einer gezielten Desinformationskampagne des österreichischen Geheimdienstes, mit dem man für die Öffentlichkeit, für die Verbündeten (vor allem Deutschland) und nicht zuletzt für die russischen Beobachter den Fall Redl in seiner Tragweite herunterzuspielen suchte. Selbst der eine «krankhafte Veränderung» des Gehirns ausweisende Obduktionsbericht wurde an die Öffentlichkeit gebracht.

Das Resultat war eine weitgehende Verwirrung auf beiden Seiten, ob nun der Gegner seinen Aufmarschplan beibehalten oder heimlich ändern würde. So orientierten sich die Russen bei Kriegsausbruch 1914 an den von Redl erhaltenen österreichischen Plänen, während die Österreicher ihre eigenen Pläne änderten und sich dann nur teilweise daran hielten. Es läßt sich also kaum entscheiden, ob Redls Verrat tatsächlich die Ursache für die immensen österreichischen Kriegsverluste gegen Rußland war. Immerhin

könnte die 1913 eingeleitete Desinformationskampagne gewirkt haben. Auf der Basis des noch immer beschränkten Zuganges zu russischen Archiven wurde der Verdacht geäußert, es könnte einen zweiten österreichischen Verräter gegeben haben, der nie entdeckt wurde.

Der mißbrauchte Patriot

Auf einen völlig anders gelagerten Fall stoßen wir bei der französischen Dreyfus-Affäre, die 1894 begann und deren Nachwirkungen, so unglaublich es klingen mag, bis heute spürbar geblieben sind. Hier geht es jedoch nicht um einen *tatsächlichen* Geheimnisverrat, denn der beschuldigte Hauptmann im Generalstab Alfred Dreyfus hatte, wie später zweifelsfrei nachgewiesen wurde, überhaupt nichts verraten. Vielmehr handelte es sich um einen schändlichen Skandal des militärischen Geheimdienstes, der militärischen Führung, der hohen Politik, der Presse sowie der Justiz. Nach der gerichtlichen Verurteilung von Hauptmann Dreyfus im Dezember 1894 wegen Spionage zugunsten Deutschlands dauerte es zwölf Jahre, bis der Unschuldige vollständig rehabilitiert wurde, obgleich der Nachweis seiner Unschuld viele Jahre zuvor den Verantwortlichen bekannt war oder es hätte sein müssen.

Wie kam es dazu? Am 26. September 1894 lieferte die Putzfrau Marie Bastian (Deckname «Auguste») ein erstaunliches Dokument an ihren Auftraggeber, die Geheimdienstabteilung im französischen Generalstab. Seit fünf Jahren arbeitete sie in der deutschen Botschaft in Paris, entnahm den Inhalt von Papierkörben und manchmal sogar von offenstehenden Panzerschränken und übergab die Papiere in einer benachbarten Kirche. Ihretwegen mußte bereits ein deutscher Militärattaché als *persona non grata* das Land verlassen; zwei im Rüstungssektor tätige Franzosen waren durch Maries Papierfunde des Landesverrates überführt worden. Diesmal handelte es sich um eine handgeschriebene Liste von französischen Militärdokumenten, die von einem französischen Offizier mit Zugang zu den Akten des Generalstabes stammen konnte.

Oberst Jean Sandherr und seine Mitarbeiter in der *Section Statistique et de Reconnaissances Militaires*, zumeist als *Deuxième Bureau* bezeichnet, waren eifrig bemüht, den Verdacht auf Dreyfus zu lenken, der seit dem Vorjahr als Offizier ohne festen Dienstposten zwischen den Abteilungen wechselte und somit einen breiten Überblick haben konnte. Dreyfus

gehörte erstens nicht zum Establishment des Generalstabes; sein Sturz würde also nicht das «System» erschüttern. Er war zweitens Jude und Elsässer, beides verdächtige Kategorien, denen man einen Verrat an Deutschland zutraute. Und mit Dreyfus konnte man drittens den Verdacht von einem anderen Offizier ablenken, der wahrscheinlich als Doppelagent mit den Deutschen ein abenteuerliches Verwirrspiel trieb. Nach Recherchen des französischen Militärhistorikers Jean Doise wollte man den Deutschen falsche Informationen über Artilleriegeschütze zuspielen, um damit die höchst geheime Entwicklung einer ultramodernen 75-Millimeter-Feldkanone zu kaschieren.[32] Nach dieser Hypothese wäre Dreyfus das Opfer einer reichlich dubiosen Geheimdienstoperation gewesen, ein Versuchskaninchen, das man der antisemitischen Presse und Öffentlichkeit vorführte.

Wie sich später herausstellte, hatten Offiziere der *Section Statistique* tatsächlich Dokumente gefälscht und diese mit anderen Fälschungen in die Akte Dreyfus geschmuggelt, damit sie im Strafprozeß verwendet wurden. Jedenfalls würde die These von Doise erklären, warum selbst nach der vollständigen Rehabilitation von Dreyfus nicht alle Täter und Mitwisser bestraft wurden. Major Henri mußte später zugeben, daß er den gefälschten Briefentwurf mit der Liste von Dokumenten sowie andere Schriftstücke nachträglich in die Akte Dreyfus gesteckt hatte. Selbst bei der Überprüfung der Handschrift kamen die Schriftsachverständigen zu divergierenden Auffassungen. Gleichwohl wurden diese Unterlagen als Staatsgeheimnisse gewertet, weshalb sie weder vom angeklagten Dreyfus noch von seinem Anwalt eingesehen werden konnten. Dreyfus wurde lebenslänglich in die Strafkolonie Guyana verbannt, auf jene Teufelsinsel, die man aus der Romanverfilmung *Papillon* (1973) mit Dustin Hoffmann kennt. Zuvor, am 5. Januar 1895, wurde er im Ehrenhof der Pariser École Militaire degradiert.

Über 100 Jahre später, im Jahr 1998, enthüllte Staatspräsident Jacques Chirac eine Gedenktafel, die an diese Schandtat erinnert. Dabei begann die Rehabilitierung von Dreyfus bereits im Sommer 1895 mit dem Tod von Oberst Sandherr. Sein Nachfolger, Oberstleutnant Georges Picquart, wurde nämlich mißtrauisch, als er – wiederum aus dem Papierkorb der deutschen Botschaft – den Entwurf eines Briefes an einen gewissen Major Esterhazy erhielt. Dieser hatte eine abenteuerliche Militär-laufbahn hinter sich, die vom Vatikan bis zur Fremdenlegion reichte. Und er stand in enger Verbindung zu Major Henri.

Beim Vergleich mit Dokumenten aus der Akte Dreyfus fiel ihm auf, daß Esterhazys Handschrift exakt die gleiche war wie diejenige der berüchtigten «Liste». Zudem kannte er Major Henri als pathologischen Antisemiten, dessen enger Vertrauter als Finanzverwalter des Militärgeheimdienstes durch einen Betrugsfall aufgefallen war. Picquart war somit auf einen Sumpf von böswilliger Geheimniskrämerei gestoßen, der auf Esterhazy als den wahren Verräter hindeutete. Davon unterrichtete er im August 1896 den französischen Verteidigungsminister, der sich jedoch damit nicht befassen wollte und ihn an den Generalstabschef verwies. Dessen Stellvertreter herrschte Picquart schließlich an: «Wenn Sie schweigen, wird niemand etwas davon erfahren.» Picquart wurde nach Tunesien versetzt, der Dokumentenfälscher Henri zum Chef der *Section Statistique* befördert. Damit war klar, daß es sich um eine Verschwörung handeln mußte.

Picquart ging nun einen riskanten Weg, indem er anläßlich eines Besuches in Paris einen befreundeten Rechtsanwalt und über diesen den Vizepräsidenten des Senats Scheurer-Kestner (einen Elsässer) kontaktierte. Im ersten Anlauf scheiterte Picquart, denn ein Betrugsprozeß gegen Esterhazy, in dem ein Bankier als Zeuge die in den Zeitungen veröffentlichte «Liste» als dessen Handschrift identifizierte, endete mit einem Freispruch Esterhazys. Ob das Militär oder die Politik (oder beide) auf das Gericht eingewirkt hatten, ist fraglich. Jedenfalls wurde Picquart kurz darauf verhaftet und des Geheimnisverrats angeklagt.

Diese Entwicklung nahm der populäre Schriftsteller Émile Zola zum Anlaß, in der Zeitung *L'Aurore* vom 13. Januar 1898 seinen berühmt gewordenen offenen Brief an den französischen Staatspräsidenten zu publizieren, welcher die Überschrift «J'accuse» (Ich klage an) trug. Er beschuldigte den Generalstab und bezeichnete Esterhazy als den wirklichen Schuldigen, was Zola eine Geldstrafe sowie ein Jahr Gefängnis eintrug.

Nun brach in der französischen Öffentlichkeit eine lautstarke Kontroverse aus, die nicht nur die Politik, sondern sogar die Familien spaltete. Man war entweder «Dreyfusarde» oder nicht. Eine Welle von Antisemitismus überzog ganz Frankreich. Nach Zola wurde auch Picquart verurteilt. Doch in seinem Prozeß bahnte sich eine Wende für Dreyfus an. Ein als Zeuge geladener General wies (unabsichtlich?) auf die Existenz einer Geheimakte hin, die im Dreyfus-Prozeß nicht offiziell als Beweismittel vorgelegt worden war. Damit gab es einen förmlichen Grund

für eine Wiederaufnahme dieses Prozesses. Oberst Henri gestand nun dem Verteidigungsminister seine Fälschungen und beging Selbstmord. Der Verteidigungsminister trat zurück. Esterhazy floh nach Belgien und gestand ein Jahr später, der Verfasser der «Liste» gewesen zu sein. Er lebte später in England, ohne daß Frankreich jemals seine Auslieferung beantragt hätte.

Im Sommer 1899 wurde Picquart freigelassen und Dreyfus für sein gerichtliches Revisionsverfahren aus Guyana zurückgeholt. Er wurde im September 1899 erneut verurteilt, jedoch «nur» zu 10 Jahren Haft und vom Staatspräsidenten begnadigt. Das Berufungsgericht hob schließlich dieses Urteil auf. Erst 1906 nahm die französische Armee den rehabilitierten Dreyfus wieder auf, und erst 1995, im Abstand von neun Jahrzehnten, erklärte die Armee öffentlich, daß Dreyfus das Opfer «einer militärischen Verschwörung» gewesen sei. Die schändliche Rolle der Justiz geriet demgegenüber in Vergessenheit.[33]

5 Moderne bürokratische und technologiebasierte Geheimdienste seit 1900

Warum hat sich vor dem Ersten Weltkrieg die geheimdienstliche Entwicklung so ungeheuer stark beschleunigt? Diese Frage läßt sich mit einem Blick auf die damalige sicherheitspolitische Lage beantworten. Auf dem Wiener Kongreß (1814–1815) entstand ein europäisches Staatensystem, das von fünf Großmächten dominiert wurde. Gemeinsam bekämpften sie revolutionäre Unruhen, vor allem in Italien, Spanien und Polen, gegen die sie mit Interventionstruppen vorgingen, um nach Möglichkeit die «legitimen» Monarchen im Amt zu halten oder wieder einzusetzen. Territoriale und dynastische Veränderungen bedurften der Zustimmung aller Großmächte. Damit waren zwei Grundregeln festgelegt, welche den Bestand der europäischen Monarchien sichern und sie zugleich von Kriegen um eine Vorherrschaft in Europa abhalten sollten.

Doch diese Friedensordnung kam während der europäischen Revolutionen von 1848 an ihr logisches Ende, weil nun drei Großmächte (Frankreich, Preußen und Österreich) selbst im Inneren destabilisiert wurden. Eine gemeinsame militärische Reaktion war deshalb nicht möglich. Im Krimkrieg von 1853–1856 kämpften Frankreich und England gegen Rußland, um dieses daran zu hindern, sich auf Kosten des vom Zerfall bedrohten Osmanischen Reiches territorial auszudehnen. Es deutete sich somit an, daß diese drei Mächte als imperiale Staaten bestimmte Interessen verfolgten, die außerhalb oder doch am Rande Europas lagen. Preußen, das allenfalls ein Teilnationalstaat war, hielt still. Österreich, ein Vielvölkerreich, aber zugleich auch ein deutscher Teilnationalstaat, ebenfalls.

Nachdem das Fünf-Mächte-Regime in der Revolution von 1848 als Instrument der innenpolitischen Stabilisierung und im Krimkrieg bei der Bewältigung von Territorialfragen am Rande Europas versagt hatte, scheiterte es erneut im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 – also mitten in Europa. Preußen erzwang im Handstreich die Auflösung des

Deutschen Bundes. Damit lag die zentraleuropäische Friedensordnung von 1815 in Trümmern. Das viel kleinere Königreich Piemont-Sardinien (als Verbündeter Preußens) nutzte die momentane Schwäche Österreichs, um die Republik Venetien der habsburgischen Herrschaft zu entreißen. Auch in diesem Krieg wurden somit Fakten geschaffen, ohne die übrigen Großmächte zu befragen. Preußens Blitzkrieg von 1866 stellte sie ebenfalls vor vollendete Tatsachen, was man in Frankreich als «die Schande von Sadowa» bezeichnete. (Diese Ortsbezeichnung für die Schlacht bei Königgrätz sollte den nicht-deutschen Charakter jener ostböhmischen Gegend betonen.) Als nun das Tabu der Zustimmungspflichtigkeit endgültig gebrochen war, ging der weitaus größere Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 in ähnlicher Weise über die europäische Bühne. Österreich war mit der Gründung des Norddeutschen Bundes von 1867 bereits aus «Deutschland» verdrängt worden. Nun verweigerte Großbritannien eine Intervention zugunsten Frankreichs. Es hoffte, das vom Krimkrieg noch sehr geschwächte Rußland ruhig zu halten. Mit Erfolg, wie wir wissen.

Wenn es nun kein «europäisches Friedenssystem» mehr gab, insbesondere kein Verfahren, wonach territoriale Veränderungen ohne Krieg zwischen den Großmächten erfolgen konnten, sollte dann jede Macht *isoliert* für seine Sicherheit sorgen? Diese Politik erschien sehr riskant, am meisten für das von Preußen 1871 geschmiedete neue deutsche Kaiserreich, das an drei der Großmächte unmittelbar angrenzte. Als Antwort auf diese Strukturfrage der europäischen Mächtepolitik entwickelte sich eine Politik der Bündnisse, die an die Stelle des «europäischen Konzerts» von 1815 trat. Der deutschösterreichische Zweibund von 1879 machte den Anfang. Den Abschluß bildete die französisch-russische Marinekonvention vom Juli 1912 und die zwischen Paris und London getroffene militärische Übereinkunft vom November 1912, welche die ursprünglich nur koloniale britisch-französische *Entente Cordiale* von 1904 zu einem De-facto-Militärbündnis erweiterte.

Dieser lange Prozeß der Blockbildung, der den Ersten Weltkrieg wahrscheinlich, jedoch keineswegs unvermeidlich machte, führte zu einer Verdichtung der militärischen Rüstung und Professionalisierung sowie, nach 1900, zu mehreren Wellen öffentlicher Spionagehysterie. Dahinter stand die Angst, die eine oder andere Großmacht oder Bündniskoalition könne plötzlich militärisch losschlagen und dabei einen Überraschungssieg erringen – oder (mittels einer längerfristigen Strategie) durch überlegene

Rüstungs- und Mobilisierungsstrategien eine nicht einzuholende militärische Überlegenheit gewinnen, die es ihr dann erlauben würde, anderen Mächten ihren Willen aufzuzwingen, ob mit oder ohne Krieg. Eine Kombination aus beiden Ängsten, gekoppelt mit einer Serie von hochriskanten politischen Entscheidungen, sollte schließlich im August 1914 zum Krieg führen.

Hätte eine bessere geheimdienstliche Arbeit, welche sowohl den Militärs als auch den Diplomaten besser gesicherte Erkenntnisse lieferte, diesen Krieg vermeiden können? Diese Frage läßt sich nicht vollständig beantworten, doch sie verdient unsere Aufmerksamkeit. Klar ist zunächst nur, daß zwei damals und teilweise bis heute populäre Theorien durch den Gang der Ereignisse widerlegt wurden. Entgegen der Behauptung Lenins (und vieler anderer) führte die Kolonialpolitik der europäischen Großreiche nicht zum Weltkrieg. Trotz allerlei internationaler Krisen dieser Art gelang es nämlich den Kolonialmächten, ihre heftigsten Rivalitäten unter Kontrolle zu bringen, wie die britisch-französische Übereinkunft von 1904 und das britisch-russische Abkommen von 1907 über Persien und das nordindische Grenzgebiet beweisen. Noch im Juni 1914 gelang eine deutsch-britische Zusammenarbeit hinsichtlich der deutschen Bagdad-Bahn, von der London stets behauptet hatte, sie liefe den britischen Interessen im Nahen Osten zuwider.

Derartige «Imperialismus-Thesen» werden auch dann nicht richtiger, wenn man sie auf die Innenpolitik ausdehnt und behauptet, die Kolonialmächte hätten ihre inneren Krisen nach außen projiziert («Sozialimperialismus»). In Wirklichkeit erlebte der damalige Privatkapitalismus ein ungeahntes Wirtschaftswachstum, das allenfalls damit politische Probleme schuf, daß eine rasche Demokratisierung die Frage aufwarf, wie der neue Reichtum «sozial gerecht» zu verteilen sei. (Eine Teilantwort darauf war die lange vor 1914 einsetzende Sozialstaatspolitik.) Gewiß gab es Selbstzweifel der «Imperialisten», wie sie sich manchmal selbst nannten. Die einen glaubten mit dem liberalen Ökonomen John Hobson, die koloniale Ausdehnung sei ein wirtschaftliches Verlustgeschäft, die anderen mit dem eher konservativen Alfred Milner, daß Demokratisierung und Kolonialpolitik auf Dauer nicht kompatibel seien. Das «einfache Volk» würde die hohen Investitionen in den Kolonialgebieten und die ebenfalls hohen Betriebskosten nicht akzeptieren. Doch das Gegenteil war der Fall. Die imperiale Begeisterung nahm in allen Schichten zu, genauso wie die Begeisterung für Militär und

Kriegsflotte.

Den meisten politischen Sprengstoff lieferten vor 1914 nicht der Imperialismus oder die Wachstumskrisen des Kapitalismus, sondern der ungeheuere technische Fortschritt, der seinerseits das Problem der Wohlstandsverteilung vergrößerte, weil es immer mehr zu verteilen gab. Zudem produzierte er in rascher Folge immer neue militärische Risiken. Die Feuerkraft und Reichweite der Waffen sowie die damit verbundenen modernen Kommunikationstechniken entwickelten sich viel schneller als deren «Verarbeitung» durch die Politik. Wir können es auf eine schlichte Formel bringen: Die Politik wurde durch das rasche Wirtschaftswachstum und den rasanten technischen Fortschritt überfordert.

Wo früher die britische *Royal Navy* die Meere beherrscht hatte, tummelten sich nun moderne japanische, amerikanische und deutsche Schlachtflotten. Das völlig unterentwickelte und isolierte Japan besiegte 1905 überraschend das russische Riesenreich. Die bislang mit sich selbst beschäftigten USA stiegen binnen weniger Jahre zur globalen Macht mit der zweitgrößten Flotte der Welt und mit Besitzungen im Pazifik sowie in Mittelamerika auf. Deutschland, der neue europäische Industriegigant, verfügte zwar nur über die fünftgrößte Kriegsflotte an Großkampfschiffen (hinter Großbritannien, den USA, Rußland und Frankreich), aber das ungestüme Kaiserreich hatte diese Flotte in weniger als zwei Jahrzehnten auf Kiel gelegt. Bedrohlicher als die deutschen Kriegsschiffe war somit das Potential der deutschen Rüstungsindustrie.

In diesem Sinne brachten Reichtum, technischer Fortschritt und Demokratisierung immer neue Unsicherheiten für die bisherige Ordnung der Gesellschaften. Man beachte nur das rasche Anwachsen der sozialistischen Parlamentsfraktionen in Deutschland, Rußland (seit der Revolution von 1905), Österreich und Frankreich sowie die Erschütterungen, welche die irische Unabhängigkeitsbewegung und die militant vertretene Forderung nach einem Frauenwahlrecht auf den Britischen Inseln erzeugten. Diese Protestbewegungen konnten sich nur vor dem Hintergrund eines raschen Wirtschaftswachstums sowie einer zunehmenden Demokratisierung und Liberalisierung des politischen Lebens entfalten. Überspitzt gesagt, war also die damalige Krise – soweit wir überhaupt diesen Begriff benutzen wollen – eine Erfolgskrise, keine Krise des wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Versagens, wie Marx ein halbes Jahrhundert zuvor geglaubt hatte und wie Lenin und seine fanatischen Generationsgenossen noch immer behaupteten.

Subjektiv allerdings, wenn man also den Blick auf die politischen Ängste der damaligen Fürsten, Politiker, Militärs und Intellektuellen richtet, ist der Begriff der Krise durchaus anwendbar. Sie findet ihren Ausdruck im Ausbau der inneren Geheimdienstapparate, die vor allem den Terror des Anarchismus und die Sezessionsbewegungen diverser nationaler Gruppen (Iren, Polen, Bosnier und so fort) unter Kontrolle bringen sollten.

Gleichzeitig und in Wechselwirkung mit diesen internen Spannungen (oder auch «Krisen») führte die Vergrößerung der Militärapparate, vor allem aber deren schnellere Einsetzbarkeit und Feuerkraft, zu einer wachsenden Unsicherheit. Dabei dienten die Landstreitkräfte nicht mehr als Eingreiftruppe im Fall innerer Unruhen, wie man es noch in der Revolution von 1848 oder gegen den Pariser Kommuneaufstand von 1870 erlebt hatte. Für die Repression im Inneren standen nunmehr moderne Polizei- und Staatsschutzkräfte zur Verfügung, die geheimpolizeilich tätig werden konnten – vor allem in Rußland und England. Die großen Wehrpflichtarmeen waren eigentlich gewaltige Sozialisierungsagenturen, in denen die regionalen Identitäten zu neuen Nationen verschmelzen sollten. Gewiß gab es dabei vielerlei Verwirrungen, weil beispielsweise die Kommandosprachen Russisch und Deutsch in den beiden osteuropäischen Vielvölkerstaaten nicht überall verstanden wurden. Doch zumindest ein gewisses Maß an Integration und Loyalität für diese beiden Vielvölkerstaaten begann sich auszubreiten.

Damit partizipierten die Staatsvölker zum ersten Mal in Friedenszeiten an der Militärpolitik sowie an Fragen der äußeren Sicherheit der Staaten. Diese demokratische Teilhabe wurde in den zahlreichen Militär- und Veteranenverbänden politisch spürbar, aber auch in Lobby-Verbänden, die sich für den Bau der Großkampfschiffe – in England hießen sie *dreadnaughts* (fürchtet nichts) – starkmachten. Dieser populistische Militarismus als Begeisterung der Zivilisten für das Militär war eine typische Erscheinung des ausgehenden 19. Jahrhunderts.[1] Doch in diesen Bewegungen steckte zugleich das Potential für öffentliche Angstkampagnen vor militärisch-politischen Gegnern und damit für jene «Spionitis» der Vorkriegszeit, die sich in Romanen, Pressekampagnen und Spionageskandalen manifestierte wie jenem des völlig unschuldigen Hauptmanns Dreyfus und des enttarnten Topspions Oberst Redl.

Großmächtepoker und Geheimdienstamateure

Es ist kaum zu bezweifeln, daß derartige Angstkampagnen von interessierten Regierungsstellen oder Privatinteressen geschürt wurden, um Entscheidungen über Militärausgaben oder über Personen in der politischen und militärischen Führung zu beeinflussen. Doch zu einem Teil waren sie auch möglich, weil die Regierungen so schlecht über tatsächliche Bedrohungen sowie über die militärischen Fähigkeiten und Absichten der potentiellen oder tatsächlichen Gegner informiert waren. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden militärischen Geheimdienste hatten nur einen winzigen Bruchteil des Personals, über das sie nach 1945 verfügten.

Das gilt selbst für die am stärksten «globalisierte» Großmacht, nämlich die britische. Als Feldmarschall Lord Raglan 1854 in den Krimkrieg zog, verfügte er über keinerlei militärischen Geheimdienst. Ja, selbst Landkarten für das südliche Russische Reich fehlten. Über Umwege wurden russische und österreichische Karten besorgt. Da die englischen Kommandeure keine militärischen Beobachter vor Ort hatten, also keine *scouts*, wußten sie nicht, wo die russischen Verbände standen. Die erst 1885 voll eingerichtete Abteilung «für Topographie und Statistik» des Londoner Kriegsministeriums, die aus einem kleinen Büro für die Verzeichnung ausländischer Uniformen hervorging, legte schließlich eine systematische Sammlung von Karten und Informationen über das Militär der wichtigeren Staaten an, doch stellte man immer wieder fest, daß andere europäische Mächte auf diesem Gebiet überlegen waren.[2] Da die britische Armee nach den Kriegen gegen Napoleon weitgehend koloniale Aufgaben zu erfüllen hatte, kümmerte sich die Militärführung wenig um die militärischen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent. Erst 1904 gründete man einen Generalstab nach preußischem Muster.

Selbst die *Royal Navy* sammelte geheimdienstliche Informationen eher nebenbei – vermutlich in der Annahme, daß England auf den Weltmeeren eine zu große Überlegenheit habe, um sich über andere Flotten den Kopf zerbrechen zu müssen. Während der 1870er Jahre hatte man mehrmals beklagt, über die französischen und russischen Flotten wenig mehr zu wissen, als in den Zeitungen zu lesen stand. Das hydrographische Department, eigentlich zuständig für Seekarten, sollte nebenbei Informationen über die Flotten anderer Mächte sammeln. Zugleich sollte es die wachsenden Bedrohungen für den britischen Überseehandel beobachten. Wie der britische Marinepublizist John Colomb 1881 in einem Vortrag vor der *Royal United Service Institution* anmahnte, brauchte

Großbritannien einen umfassenden Marinegeheimdienst. Erst 1883 wurde ein winziges Büro eingerichtet, das anfänglich aus einem Marineoffizier, zwei Sekretären und einem Kopisten bestand. Drei Jahre später wurde es unter seinem Leiter Captain William Hall zu einer Abteilung im Admiralsstab, doch ließ die Effizienz noch sehr zu wünschen übrig. Anfang 1888 enthüllte eine Londoner Zeitung, daß die französische Mittelmeerflotte im Begriff sei zu mobilisieren, doch Hall gelang es nicht, diesen Vorgang zu beobachten und seine Regierung rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. (Man mußte bei der deutschen und bei der italienischen Regierung nachfragen.) Kurz darauf kam es zu einer Panik, als ein Agent von französischen Eisenbahnarbeiten an der Kanalküste berichtete, die angeblich der Vorbereitung einer Invasion dienten. Ein britischer Offizier, der kaum Französisch sprach, wurde losgeschickt, um die Meldung vor Ort zu überprüfen. Es gelang ihm, die Sache als eine gezielte Provokation zu entlarven.[3]

Die beste britische Geheimdienstorganisation des späten 19. Jahrhunderts gab es im Kriegsministerium. Es hatte nach dem großen indischen Aufstand von 1857 besondere Aufgaben in den Kolonien erhalten, vor allem im nordindischen Grenzgebiet, war dann aber in anderen Bereichen kaum aktiv geblieben. Die Kriege in Ägypten und im Sudan während der 1880er Jahre demonstrierten die Notwendigkeit eines Geheimdienstes der Armee, die 1887 erstmals einen *Director of Military Intelligence* erhielt. Generalmajor Henry Brackenbury, der das Amt innehatte, war im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 als Beobachter gewesen und wollte das preußische Generalstabsmuster auf London übertragen. Erstmals hatte er als Geheimdienstchef das Recht zum direkten Vortrag beim Oberbefehlshaber. Im Jahr darauf avancierte er sogar zum Generalleutnant.[4] Das Metier gewann allmählich an Ansehen.

In Ägypten und im Sudan war übrigens der spätere Feldmarschall Lord Kitchener in geheimdienstlichen Missionen unterwegs – ein Zeichen, daß man sich nicht mehr mit Kriegsinvaliden und Offizieren der zweiten oder dritten Reihe begnügte. Bemerkenswert war auch die Kooperation des *Intelligence Department* (ID) mit dem *Foreign Office*, von der man sagte, sie sei oft besser als mit dem Kriegsministerium gewesen. Diese Zusammenarbeit spielte eine besondere Rolle bei der Einschätzung der russischen Gefahr in Nordindien. Während die *Indian Intelligence Branch* dazu neigte, überall die Vorboten eines russischen Angriffes zu sehen, lag

dem *Foreign Office* sehr an einer nüchternen und ruhigen Betrachtungsweise. 1891 wurde Brackenbury nach Indien entsandt, um im dortigen Geheimdienst die hysterisch aufgeregten Kollegen zur Vernunft zu bringen.

Gleichwohl läßt sich der Begriff des militärischen Geheimdienstes für die Arbeit des ID nur in einem eingeschränkten Sinn verwenden. Die Informationssammlung geschah selten mit Agenten. Vielmehr trug man eine Masse von offenen Informationen zusammen, die man in Zeitschriften, militärisch-technischen Fachpublikationen sowie in der Tagespresse fand. Bis 1886 entstand daraus eine Bibliothek von 40.000 Bänden, die jährlich um über 5000 vermehrt wurde. Da die Bücher und Presseausschnitte nach dem fortschrittlichen Dewey-Schlagwortsystem verzeichnet wurden, war eine effektive Nutzung möglich. Eine Variante davon kam schließlich in der grandiosen Bibliothek des Britischen Museums zur Anwendung. Doch den Bibliothekar der Militärbibliothek, der als einfacher Soldat seine Stelle angetreten hatte, behandelte man ohne Respekt, selbst als er in Abendkursen ein juristisches Studium absolvierte. Aus Rache soll er dem französischen Geheimdienst allerlei geheimes Material verkauft haben, das er in den Aktenschränken des Kriegsministeriums beschaffen konnte. Dabei ging er allerdings so schlau vor, daß man ihm seinen Verrat nicht sicher nachweisen konnte. Er wurde wegen «Verfehlungen im Amt» entlassen.[5]

Im Vergleich zu dieser Sammeltätigkeit aus offenen Quellen nahm sich geheimdienstliche Informationsbeschaffung mit Hilfe von Agenten spärlich aus. Zwar reisten die Mitglieder der ID in ihre jeweiligen Regionen, doch kam es dabei höchstens zufällig zum Umgang mit Agenten. Es hätte auch kein Budget dafür gegeben, weshalb allenfalls der Umgang mit patriotischen Amateuren möglich war.

Tatsächlich gab es unter den damaligen britischen Offizieren gewisse Leute, die eine Vorliebe für das Abenteuer einer Geheimdiensttätigkeit «vor Ort» entwickelten. Der bekannteste war der 1857 geborene Robert Baden-Powell, der Gründer der Pfadfinder. Bei ihm war die Weltanschauung der Pfadfinder eng mit jenem amateurhaften Abenteuer der Spionage verknüpft. Baden-Powell diente bis 1910 in Indien und Afrika, wo er während des Burenkrieges als Generalmajor zu einem bekannten Kriegshelden avancierte. 1884 publizierte er sein erstes Buch mit dem Titel *Reconnaissance and Scouting*, in dem sich der Begriff des *scout* noch keineswegs auf die später von ihm gegründete

Jugendbewegung bezog, sondern einen spähenden Soldaten bezeichnete. Es war somit ein Handbuch für die taktische Militärspionage auf feindlichem Territorium oder doch in der Nähe des Feindes (oder Gegners). Im Alter blickte er auf seine frühe Begeisterung für dieses Metier zurück, als er in der Verkleidung eines Schmetterlingssammlers die dalmatinische Küste bereiste und dabei nicht die filigranen Strukturen dieser farbigen Leichtflügler zeichnete, sondern die Küstenbefestigungen. Besonders interessierten ihn die Zahl, das Kaliber und die Ausrichtung der Geschütze. [6]

Bemerkenswert ist auch seine These, nach der die besten Spione unter dieser Art von Amateuren zu gewinnen seien, die aus Begeisterung für die Sache und ohne Lohn spionieren. Sogar einen therapeutischen Wert schien ihm diese Betätigung zu haben, denn er empfahl sie für Leute, die ihr langweiliges Leben satt hätten und nach einem neuen Sinn suchten.[7] Diesen Typ von Spion hat man sich als patriotisch und mutig vorzustellen. Er muß sich rasch in einer fremden Umgebung sowie im Umgang mit fremden Menschen zurechtfinden und dabei auf das naturverbundene Leben vorbereitet sein. Man erkennt deutlich, wie dieses Ideal mit dem des Pfadfinders zusammenhängt, wobei die englische Bezeichnung eines *scout* sehr deutlich die Verbindung zwischen beiden herstellt. Der *boy scout* läßt sich durchaus als vorbereitende Ausbildung zu dieser besonderen Form der Spionage begreifen. Das Motto, welches Baden-Powell für seine Pfadfinder ausgab, wäre ebenfalls in diesem Sinne zu begreifen. «Be prepared!» ist zwar irgendwie verwandt mit dem deutschen «Allzeit bereit!», doch muß man es eher mit «Sei wachsam!» übersetzen oder sogar mit «Laß dich nicht erwischen».

Baden-Powells Geschick, sich zu tarnen, führt uns zu einer weiteren Eigenschaft des Spions – gemäß dem Verständnis englischer Offiziere unter Königin Viktoria – und seines Verhaltens, nämlich zur Freude an der Verkleidung. Doch selbst danach, in den Jahren der zunehmenden internationalen Spannungen, spielte die Verkleidung eine große Rolle – offensichtlich weil sie den Leuten Spaß machte, aber auch als Mittel der Tarnung in einer feindlichen Umgebung. Sogar Sir Mansfield Cumming, der legendäre Begründer des bis heute bestehenden britischen Auslandsgeheimdienstes MI-6, gefiel sich in allerlei Verkleidungen, die er in seinem Tagebuch notierte. Dort hielt er auch die Verkleidungen und Tarnungen seiner Agenten im Ausland fest, zu denen in der frühen Sowjetunion die später legendär gewordenen Agenten Sidney Reilly und

Paul Dukes gehörten.[8] (Dukes, der 1920 für seine Verdienste als Spion zum Ritter geschlagen wurde, war übrigens der erste Ehemann der Schauspielerin Margaret Rutherford, die man als «Miss Marple» kennt.)

Wie der Burenkrieg am Ende des Jahrhunderts zeigte, war die britische Armee auf dem Gebiet des taktischen militärischen Geheimdienstes durchaus leistungsfähig. Gleichwohl wurde dieser Krieg zu einem Geheimdienstdesaster, weil die politische und militärische Führung in London von den Berichten aus dem Kriegsgebiet keinen angemessenen Gebrauch machte. Kolonialminister Joseph Chamberlain weigerte sich, die von den Militärbeobachtern vor Ort geschätzte Stärke der Burenstreitkräfte zur Kenntnis zu nehmen. Folglich wollte er nur eine kleine Zahl britischer Soldaten zum Einsatz bringen. Der kommandierende General dieser Truppe, Sir Redvers Buller, wies das vom *Intelligence Department* zusammengestellte Handbuch über Südafrika mit der Bemerkung zurück, er wisse bereits alles über Südafrika. Die Buren allerdings erbeuteten ein Exemplar davon und publizierten es in den USA. In einer «schwarzen Woche» im Dezember 1899 verlor Buller viele seiner Soldaten, eine wichtige Schlacht und seinen Posten als Oberbefehlshaber. Seine Arroganz gegenüber Geheimdienstberichten mag auf sein fortgeschrittenes Alter (er war 60 Jahre alt) und auf seine Erfahrung in Kolonialkriegen zurückzuführen sein. Dabei hatte er selbst mehrmals als Nachrichtenoffizier gedient.

Sein Nachfolger, der sieben Jahre ältere Feldmarschall «Bobs» Roberts, wollte diesen Fehler nicht wiederholen. Alle größeren und mittleren Einheiten sollten ihren eigenen Nachrichtenoffizier bekommen. Dessen Nachfolger, Lord Kitchener, baute das Nachrichtenwesen im Feld stark aus und errichtete ein flächendeckendes Netz von Nachrichtenstationen. 132 Offiziere bildeten zusammen mit mehreren tausend Zivilisten und Eingeborenen einen riesigen neuen Apparat zur Sammlung, Bearbeitung und Verteilung von militärisch relevanten Informationen im gesamten Kriegsgebiet. Gleichwohl konnte sich die Qualität der Informationen nicht mit dem Nachrichtensystem der Buren messen, die als Guerillas auf eigenem Boden kämpften und über eine weitaus größere Ortskenntnis und Motivation verfügten.

Nach Kriegsende im Jahr 1902 gab es eingehende Untersuchungen, warum die britische Kriegführung so schlecht, so grausam und für lange Zeit so glücklos gewesen war. Und warum es 450.000 britischer Soldaten bedurft hatte, um ein kleines Bauernvolk zu besiegen, das keinen

militärischen Drill kannte. Eine *Royal Commission* untersuchte die Defizite und kam zu dem Schluß, daß die *Intelligence Division* der Armee mit nur 18 Offizieren (bei Kriegsbeginn) unterbesetzt gewesen sei, wobei die zuständige Abteilung nur zwei Offiziere mit geringer Unterstützung zählte. Gleichwohl habe sie rechtzeitig vor der Burengefahr gewarnt und deren militärische Stärke und Bewaffnung korrekt eingeschätzt.[9]

In einem gewissen Sinn zählte zu den Verdiensten der damaligen Nachrichtenoffiziere, daß sie einen Mann in ihr Handwerk einweihten, der unter den britischen Premierministern derjenige mit den besten geheimdienstlichen Kenntnissen und mit der größten Begeisterung für geheimdienstliche Informationen sein sollte: Winston Spencer Churchill. Seine Einführung ins Metier erhielt er als Korrespondent der *Morning Post*. Er nahm selbst am Krieg teil und geriet dabei sogar in Gefangenschaft. Wie Churchill im Rückblick eingestand, war er auf Abenteuer aus. Kurz nach seiner Ankunft in der britischen Kapkolonie bestieg er einen Militärzug, der zu einer von den Buren belagerten Stadt unterwegs war. Mitten im Niemandsland ereignete sich ein Überfall. Der Zug sprang aus den Schienen. Die Soldaten und ihre Begleiter wurden von bewaffneten Buren umzingelt. Man brachte sie in ein Gefangenenlager nach Pretoria, aus dem allerdings Churchill ausbrechen konnte. In einem siebentägigen Marsch schlug er sich über die Grenze ins heutige Mosambik durch.[10] Daß Churchill als Reporter im Burenkrieg zum geheimdienstlichen Amateur wurde, paßte in das Bild, welches Baden-Powell und andere in idealisierter Form gezeichnet hatten. Jedenfalls war er spätestens seit diesem Abenteuer ein eifriger Leser von Geheimdienstberichten und für alles Geheimdienstliche zu begeistern.

Demokratie und Spionitis

Der Burenkrieg heizte die öffentliche Stimmung in Großbritannien auf. Er fiel mitten in jenen demokratischen Umbruch, den sich die militanten Suffragetten und irischen Nationalisten zunutze machten. Insofern war es für die Briten der erste «demokratische» Krieg, der erste in einer langen Serie. Das heißt, Regierung und Militär konnten nicht mehr handeln, ohne auf die Presse, das Parlament und die öffentliche Stimmung Rücksicht zu nehmen. Hysterisch-chauvinistische Kriegsbegeisterung wechselte mit harscher Kritik nach Niederlagen im Feld. Die angeblich so kühle britische

Volksseele war aufgewühlt. Diese Stimmung begünstigte die große Welle von Geheimdienstromanen und Schauergeschichten über eine bevorstehende Invasion der Britischen Inseln, welche ab 1900 das Land überzog. Da praktisch die gesamte britische Armee in Südafrika war und der Großteil der Hochseeflotte, wie gewöhnlich übrigens, das über den gesamten Erdball verstreute Empire bewachte, kamen derartige Sensationsmeldungen für die «Lehnstuhlstrategen» zum richtigen Zeitpunkt. Mit nur 120.000 Mann, so der Militärschriftsteller Oberst F.N.Maude, könnte Frankreich London erobern. Romane wie *Das nächste Waterloo* oder *Der Untergang Londons im großen französischen Krieg von 1901* breiteten derartige Gruselszenarien aus.

Selbstverständlich bedurfte es der Spionage, um eine derartige Operation vorzubereiten. Mit dem französischen Meisterspion Gaston La Touche erfand der Schriftsteller William Le Queux die zur damaligen Invasionspanik passende literarische Figur. In Afrika, in den Hafenstädten Europas, aber auch in feinen Pariser Kreisen tauchte La Touche auf und sogleich wieder unter, um sein klandestines Handwerk zu pflegen und den Briten zu schaden, wie er nur konnte. Allerdings bekam er es dann mit dem britischen Geheimdienst zu tun, der ihm einen Streich spielte und ihn in letzter Minute daran hinderte, das von seiner britannischen Majestät regierte Reich des Guten zu beschädigen. (Ohne Mühe erkennt man hier einen Vorläufer der viel späteren James-Bond-Romane, in denen der böse Sowjetkommunist oder sein perverser asiatischer Handlanger an die Stelle der intriganten Franzosen traten.)

Einen ähnlich optimistischen Ton – optimistisch hinsichtlich der Leistungen britischer Geheimagenten – findet man im literarischen Klassiker der damaligen Spionageliteratur. Mit dem 1901 erschienenen «Kim» schuf Rudyard Kipling eine Mischung aus Baden-Powells Amateuragenten, seinem naturverbundenen «Allzeit bereit»-Pfadfinderjungen und der damals weitverbreiteten britischen Indienromantik. Weit im Hintergrund, doch dem Zeitgenossen durchaus präsent, ging es um den epischen Kampf mit Rußland an der Nordgrenze Indiens, wobei der russische Bär irgendwie durch das raffiniert-gefährliche Frankreich dirigiert wurde. Zugleich war der Waisenjunge Kim, der mit seinem Naturtalent für Spionage die kulturell unterlegenen asiatisch-indischen Erwachsenen überlistete, ein Signal für den Triumph britischer Kolonialherrschaft.[11] Wie so häufig in der Epik dient das Böse auch hier dazu, die wahre Größe des Helden unter Beweis zu stellen.

Weltpolitisch allerdings drehte sich der Wind. Die imperialen Differenzen der Briten mit Frankreich wurden 1904 beigelegt (wenige Jahre später auch mit Rußland). Die literarisch fabrizierten Invasionsängste verschoben sich in Richtung Deutschland. Erskine Childers erzielte mit seinem Roman *The Riddle of the Sands* von 1903 einen Riesenerfolg. Zwei britischen Beamten gelang es (angeblich), die Vorbereitungen einer deutschen Invasion aufzudecken, die mit deutschen Soldaten erfolgen sollte, welche von der deutschen Nordseeküste in harmlosen Frachtschiffen gen England aufbrechen. Die Landeplätze in England seien bereits von deutschen Spionen erkundet worden, unter ihnen der Meisterspion «Herr Dollmann». Lord Selbore, der Chef der königlichen Flotte, ließ daraufhin durch seine Beamten prüfen, ob eine Invasion dieser Art überhaupt möglich wäre. Zunächst versicherte ihm der Marinegeheimdienst, daß dies nicht möglich sei. Gleichwohl entsandte der Geheimdienst der Armee «einige Experten» an die deutsche Küste, um die Sache vor Ort zu prüfen. Auch sie erklärten eine derartige Operation für unmöglich. Was diese Herren wohl nicht gewußt haben: Auch in der deutschen Marine hatte man bereits einige Jahre zuvor derartige Überlegungen angestellt, dann jedoch als unbrauchbar verworfen.[12]

Derartige Argumente überzeugten die Propheten der Spionitis keineswegs. Immer neue Variationen von Invasionen und Geheimplänen tauchten auf. Das 1904 eingerichtete *Committee of Imperial Defence*, also der große Generalstab für das britische Weltreich, sprach sich gegen die Pläne für einen Tunnel unter dem Ärmelkanal aus. Man befürchtete, daß die Tunnelöffnung auf der englischen Seite durch deutsche Agenten besetzt werden könnte, um anschließend deutsche Soldaten durch den Tunnel zu schleusen. Die deutschen Agenten würden sich unter den Tausenden von deutschen Kellnern und sonstigen Billigarbeitern in London ohne weiteres tarnen lassen. (Richtig an dieser Geschichte ist nur die Präsenz vieler deutscher Handwerker, Dienstboten und auch Kellner, die sich als Gastarbeiter verdingt hatten. Aber es mag doch kein Zufall sein, daß der heutige Kanaltunnel erst im Mai 1994 eröffnet wurde.)

Um die Hintergründe dieser Ängste zu verstehen, sollte man nicht nur die tatsächliche deutsch-englische Flottenrivalität jener Jahre in den Blick nehmen, sondern auch die allgemeine englische Diskussion um Militärreformen sowie um eine größere Effizienz *(national efficiency)*, also Wettbewerbsfähigkeit, der britischen Wirtschaft gegenüber den beiden Aufsteigermächten USA und Deutschland.

Die Militärreformen bewegten die Öffentlichkeit so stark, daß sich eine *National Service League* zugunsten einer allgemeinen Wehrpflicht bildete, die am Vorabend des Weltkrieges über 220.000 Mitglieder und Förderer zählte. Die noch junge Massenpresse, welche dank des ausgezeichneten Netzes von Schnellzügen täglich von London aus über ganz England und sogar Teile von Schottland verbreitet werden konnte, suchte nach Sensationsgeschichten. Der Pressezar Lord Northcliffe glaubte, der Durchschnittsbrite liebe «seine tägliche Haßgeschichte». Und Chauvinismus als Verkaufsargument war eine gewinnbringende Sache, wie er sehr gut wußte. Invasionsgeschichten wurden in Auftrag gegeben und in Fortsetzungen dem Leser verabreicht. Wen wundert es, daß auch die Autoren um die härtesten, raffiniertesten Storys rivalisierten. Einer von ihnen, E. Phillips Oppenheim, «enthüllte» sogar einen Plan, nach dem der deutsche Kaiser, dessen Mutter ohnehin aus dem englischen Königshaus stammte, sein künftiges Weltreich von London aus regieren wolle. 290.000 junge Deutsche, allesamt mit soldatischer Ausbildung, befänden sich bereits im Lande. Dieser Gefahr stehe man völlig hilflos gegenüber, weil es keinen effizienten Geheimdienst gebe, der vor allem in London, «dem Asyl für den Ausländerabschaum der ganzen Welt», irgendeine Kontrolle ausübe.[13]

Man mag diese Schreiberlinge als Absurditäten der Massenpresse abtun, doch ihr kommerzieller Erfolg sollte zu denken geben. Zudem wurden einige ihrer Argumente von den seriösen literarischen und politischen Monatszeitschriften aufgegriffen. Ja, selbst im Parlament wurden sie ernsthaft vertreten. Lord Roberts, der an der Spitze der *National Service League* stand, sprach von 80.000 Deutschen, die sich im Vereinigten Königreich befänden und von denen die meisten ausgebildete Soldaten seien. «Sie arbeiten in vielen Hotels nahe einigen der wichtigsten Bahnhöfe, und wenn es einer deutschen Streitmacht gelänge, in dieses Land einzudringen, käme sie in den Genuß einer Unterstützung und Verstärkung, wie sie noch keine Armee auf fremdem Boden je gehabt hat.»[14]

Seitens der Regierung glaubte man schließlich reagieren zu müssen. R. B. Haldane, der gegenüber Deutschland durchaus freundlich gesinnte Schopenhauer-Übersetzer und britische Kriegsminister, richtete im März 1909 einen Unterausschuß des *Committee of Imperial Defence* ein, der die gegen Britannien gerichtete Spionagegefahr untersuchen sollte. Unter Haldanes Vorsitz berieten der Marineminister, der Innenminister, der Chef

der königlichen Post sowie der Chef der Londoner Polizei und diverse Staatssekretäre und hohe Militärs. Dabei stellte sich heraus, daß mutmaßliche deutsche Spionagefälle erst seit zwei Jahren, somit erst seit den großen Pressekampagnen systematisch gesammelt wurden. Haldane empfahl, sich vor allem mit anarchistischen Bedrohungen zu befassen, deren Mordanschläge auf Könige, Präsidenten und Minister damals die Welt erschütterten (ähnlich den terroristischen Anschlägen in Westeuropa während der 1970er und 1980er Jahre). Die Marine allerdings befürchtete, die Deutschen hätten konkrete Pläne für Sprengstoffanschläge auf britische Docks und Waffendepots. Heute wissen wir, daß das Deutsche Reich damals keine derartigen Agentennetzwerke auf den Britischen Inseln unterhielt, sondern sich hauptsächlich auf die vermuteten Kriegsgegner Frankreich und Rußland konzentrierte.[15] Das eher laienhafte Grüppchen von Spionen, welches in England für die deutsche Marineleitung arbeitete, wurde bei Kriegsbeginn 1914 rasch ausgeschaltet.

So absurd die Beweisführung für eine deutsche Gefahr, so wirksam erwiesen sich die Debatten in institutioneller Hinsicht. Der Schlußbericht des Unterausschusses von 1909 führte zur Gründung des *Secret Service Bureau*, aus dem wenig später ein Inlandsgeheimdienst für Spionageabwehr (MI-5) sowie der *Secret Intelligence Service* (SIS) – bald als MI-6 bekannt – hervorgingen. Die Abkürzung MI für *Military Intelligence* sollte suggerieren, es handle sich nur um militärische Belange. Doch in Wirklichkeit wurde damit die Grundlage für das heutige britische Geheimdienstimperium gelegt.

Zum ersten Chef der Spionageabwehr ernannte man den Armeehauptmann Vernon Kell, dessen Mutter übrigens aus einem polnischen Grafenhaus stammte. Kell absolvierte die Militärakademie Sandhurst, legte ein Dolmetscherexamen für Deutsch und Französisch ab und begab sich 1898 nach Moskau, um Russisch zu lernen. Später kam noch Chinesisch hinzu. Kell befaßte sich zuerst mit Deutschland, dann mit dem russischjapanischen Krieg von 1905. Bei Kriegsbeginn 1914 hatte Kell einen Stab von drei Offizieren, einem Juristen und sieben Sachbearbeitern, der alsbald erweitert wurde. Bemerkenswert an dieser Frühgeschichte von MI-5 war das Engagement des Innenministers Churchill, damals übrigens noch nicht bei den Konservativen, sondern in der Liberalen Partei, der Kell anwies, eine geheime Kartei der in Britannien wohnhaften verdächtigen Ausländer anzulegen, insbesondere der Deutschen. Churchill erteilte hierfür eine Blankoerlaubnis zum Öffnen von Briefen.

An die Spitze des Auslandsgeheimdienstes SIS holte man im August 1909 den 50jährigen Kapitänleutnant (später Kapitän zur See und «Sir») Mansfield George Smith-Cumming, zumeist nur Cumming genannt, dessen Anfangsbuchstabe «C» das legendäre Kürzel aller ihm nachfolgenden Geheimdienstchefs wurde.[16] Cumming hatte sich bei der Piratenjagd in der Straße von Malakka eine chronische Seekrankheit zugezogen und wurde 1886 vorzeitig pensioniert. Doch er sprach Französisch, konnte gut zeichnen und photographieren und interessierte sich für Elektrizität. Die Ehe mit einer reichen Erbin hatte ihn finanziell sorgenfrei gemacht. Da sich Cumming in den spärlichen Räumlichkeiten der Militärbürokratie unwohl fühlte, mietete er auf eigene Kosten eine großzügige Wohnung in der Nähe des damals eleganten Viktoriabahnhofs, die er teils privat nutzte, teils als Büro mit Schreibmaschine und Safe. Von dort baute er ein Netzwerk aus pensionierten Offizieren auf, die er als Touristen getarnt zu Missionen ins Ausland schickte. 1913 richtete er in Rotterdam seinen ersten Auslandsposten ein.

Sein erster Geheimdienstbericht trägt das Datum 18. Januar 1910 und handelt von der Entwicklung und vom Bau deutscher Kriegsschiffe und U-Boote. Im selben Jahr wurden zwei seiner Agenten von der deutschen Polizei aufgegriffen und von einem Leipziger Gericht verurteilt. Eine politische Affäre suchte man dadurch zu vermeiden, daß man sich komplett von den beiden Missetätern distanzierte – eine Vorgehensweise, die bald zur Standardpraxis werden sollte. Wer im Ausland erwischt wurde, durfte nicht auf die Unterstützung der britischen Regierung zählen. Um zu beweisen, daß Erkundungen in Deutschland möglich und «ein Mordsspaß» seien, reiste Cumming selbst mehrmals über den Kanal, obgleich sein Deutsch offensichtlich schlecht war. Übrigens war er mit dem deutsch-jüdischen Pädagogen Kurt Hahn befreundet, dessen Internatschule «Salem» am Bodensee bis heute existiert. Noch berühmter wurde jedoch sein schottisches Internat «Gordonstoun», das er mit Hilfe von Cummings Witwe während der 1930er Jahre aufbaute, wo unter anderen Prinz Philip und Prinz Charles erzogen wurden.

Geheimschutz zur Spionageabwehr

1910 kam es zum ersten britischen Spionageprozeß unter dem Geheimschutzgesetz von 1889 (Official Secrets Act), dem ersten der heute

noch gültigen Gesetze zum Schutz von Staatsgeheimnissen. Angeklagt wurde ein gewisser Leutnant Siegfried Helm, dem man vorwarf, im Kriegshafen von Portsmouth Zeichnungen angefertigt zu haben. Gemeldet wurde er von einer älteren Dame, wohl seiner Vermieterin Miss Wodehouse, die man sich als eine Art «Miss Marple» vorstellen muß. Wie der Historiker Christopher Andrew amüsiert anmerkt, sei die Gerichtsverhandlung wie eine nachgestellte Theaterszene aus dem Satiremagazin *Punch* verlaufen.[17] Das Urteil war überraschend mild, da man den Angeklagten für einen halbverrückten Deutschen hielt, der alles in seinem Notizbuch festhielt – sogar die Möblierung seines Pensionszimmers und den genauen Abstand zwischen der Kommode und seinem Bett. Gleichwohl nahm man die deutsche Gefahr ernst, so ernst, daß das Geheimschutzgesetz 1911 novelliert wurde. Die Beweislast wurde nun umgekehrt. In der Umgebung von militärischen Anlagen mußte ein verdächtiger Ausländer beweisen, daß er sich ohne böse Absicht umhertrieb.[18]

Wie schwierig es war, die verschiedenen Sachverhalte von Geheimhaltung, Spionage und Verrat in Gesetzesform festzuschreiben und den Gerichten damit eine praktikable Vorgabe für Strafprozesse an die Hand zu geben, läßt sich am Beispiel Frankreichs aufzeigen.[19] Im vorrevolutionären Frankreich (also vor 1789) war der geheime Kontakt mit ausländischen Fürsten eine Majestätsbeleidigung *(lèse-majesté)*, wobei jedoch nicht eindeutig festgelegt war, welche Informationen gemeint waren. Das wurde während der Revolution durch ein Gesetz präzisiert, welches sich nur auf Soldaten bezog und dabei den Verrat des genauen Standortes oder des Kennwortes für einen Einsatzbefehl explizit nannte. Offensichtlich war es nur auf Kriegszeiten anzuwenden. Nach drastischen Verschärfungen während des Revolutionsterrors kehrte das napoleonische Strafgesetzbuch *(Code pénal)* von 1810 zur Rechtsstaatlichkeit zurück. Mit dem Tode sollte bestraft werden, wer durch Verschwörung mit einer auswärtigen Macht einen Krieg oder kriegerische Handlungen gegen Frankreich herbeiführte (Artikel 76). Jedoch blieben die Spionagedelikte in Friedenszeiten weiterhin ungenau definiert und auf Staatsbeamte sowie Soldaten begrenzt.

Vor diesem Hintergrund versteht man die seltsamen Winkelzüge der Prozesse gegen Alfred Dreyfus, zumal ihm eigentlich nur vorgeworfen wurde, eine Liste von geheimen Dokumenten (angeblich!) an Deutschland verraten zu haben. Eine Reform der Gesetzgebung war dringend

erforderlich, stieß jedoch auf allerlei Hindernisse. Wie bereits der Berichterstatter für ein Gesetzesvorhaben von 1886 im französischen Parlament ausgeführt hatte, gab es keinerlei inhaltliche Definition für Staatsgeheimnisse. Was sollte überhaupt gesetzlich geschützt werden, und wer sollte seinen Inhalt definieren? Zudem gab es keine Bestimmungen, die eine Preisgabe solcher Informationen an die Presse oder an andere Personen oder Einrichtungen bestrafte, weil diese keine ausländische oder gar feindliche Macht verkörperten. Auch der nachlässige Umgang mit solchen Informationen und Dokumenten wurde nicht gesetzlich erfaßt.

Bis 1914 gab es mehrere Versuche, angesichts der Zunahme von Militärspionage die Rechtslage zu präzisieren. Durch den Weltkrieg gerieten diese Initiativen jedoch ins Stocken, und es dauerte bis zum Jahr 1939, bis erstmals der Begriff des Staatsgeheimnisses *(secret de la défense nationale)* gesetzlich festgeschrieben wurde. Das geschah unter vier Kategorien: (1) geheimdienstliche Informationen über den Aufbau von Militär, Diplomatie, Wirtschaft und Industrie (letztere, soweit relevant für die Verteidigung); (2) Objekte, Photographien und Dokumente, welche derartige Informationen enthalten; (3) Informationen mit Bedeutung für die nationale Verteidigung, welche die Regierung nicht selbst veröffentlicht; (4) Informationen, die der Spionageabwehr und der Geheimhaltung der genannten Informationen dienen. Es braucht wenig Phantasie, um Fälle zu konstruieren, die sich mit diesen Definitionen nicht oder nicht hinreichend rechtsstaatlich entscheiden ließen oder die durch das Netz der Definition schlüpften, obgleich sie eine Gefährdung der nationalen Sicherheit darstellten. Kurzum, der französische Gesetzgeber mußte trotz aller Bemühungen feststellen, daß sich die geheimdienstliche Tätigkeit, ja selbst die Spionageabwehr, nur schwer juristisch fassen ließ.

Diese Erfahrung reichte weit über das französische Beispiel hinaus. Sie sollte zu einem Grundproblem im rechtsstaatlichen sowie im völkerrechtlichen Umgang mit Geheimdiensten und ihren Aktivitäten werden. Mit wenig Übertreibung könnte man sagen: Der Weg nach Guantánamo, zur fragwürdigen justitiellen Behandlung der «feindlichen Kämpfer» des «Krieges gegen den Terror» (George W. Bush 2001), war bereits im 19. Jahrhundert vorgezeichnet. Doch davon später.[20]

Hinzuzufügen bleibt an dieser Stelle, daß Frankreich auf die traumatische Erfahrung mit dem Fall Dreyfus zunächst nicht mit neuen Gesetzen, sondern mit einer kompletten Neuordnung der Spionage und Spionageabwehr reagierte. Die «Statistik»-Abteilung im Generalstab wurde

aufgelöst. Im Mai 1899 ging die gesamte Kompetenz für Spionageabwehr auf das Innenministerium über. Ausdrücklich wurde nun der Innenminister «allein zuständig für die öffentliche Sicherheit, für alle Angelegenheiten der Spionageabwehr sowie für die Überwachung der Grenzen, der Küsten und der militärischen Einrichtungen, einschließlich jener der Marine».[21] Die tatsächliche Bewältigung dieser Aufgabe oblag den auf über 300 Zonen der Außengrenzen verteilten Spezialeinheiten der Polizei *(Sûreté)*, die allerdings die Spionageabwehr nur als eine von mehreren Aufgaben behandelten. Im Innenministerium wurde ein «Generalkontrolleur» für diesen Bereich bestellt. Dabei tauchte zum ersten Mal der Begriff der «Überwachung des Staatsgebietes» *(surveillance du territoire)* auf, der später für den Inlandsgeheimdienst verwendet wurde.

Da offensichtlich auch diese Verteilung der Zuständigkeiten nicht zufriedenstellend war, richtete der damalige Innenminister (und spätere Kriegspremier) Georges Clemenceau eine spezielle Polizeiorganisation ein, welche Beweismaterial für die Gerichte sammeln sollte, um damit die justitielle Seite der Spionageabwehr zu stärken. Diese «mobilen Brigaden» dominierten bald das Feld im Bereich der Polizei. Zugleich gelang es dem *Deuxième Bureau* des Generalstabes, zunehmend enger mit diesen Brigaden zu kooperieren. Die Zusammenarbeit verbesserte sich auch deshalb, weil ehemalige Soldaten in den Dienst jener Sondereinheiten der Polizei traten. Im Juni 1913 schließlich wurde dem Kriegsministerium gestattet, eine eigene Abteilung für «äußere Spionageabwehr» einzurichten. Damit hatte sich das Militär zumindest teilweise seine ursprüngliche Kompetenz zurückgeholt.[22]

Die Kommunikationsrevolution

Während sich vor 1914 der organisatorische Aufbau der neuen bürokratischen Geheimdienste sowie deren Integration in den Militär- und Staatsapparat nur langsam vollzog, wurde die damalige Kommunikationsrevolution rasch zu einem völlig neuen Gebiet der geheimdienstlichen Tätigkeit. Drei Technologien standen im Vordergrund: zunächst die Telegraphie, dann das Telephon und schließlich die drahtlose Signalübermittlung über (elektromagnetische) Funkwellen.

Bei der *elektrischen* Telegraphie – im Unterschied zur bereits genannten *optischen* Telegraphie – werden Buchstaben in Stromimpulse übersetzt, und

zwar in kürzere und längere mit unterschiedlich langen Pausen dazwischen. Aus dieser technischen Möglichkeit entwickelte der Amerikaner Samuel F. Morse (1791–1872) das später nach ihm benannte Alphabet, das es erlaubt, ganze Texte über ein Stromkabel von einem Ort zum anderen zu transportieren. Seit der Entdeckung der Elektrizität im 18. Jahrhundert dauerte es allerdings einige Zeit, bis man genügend starke und konstante elektrische Impulse erzeugen und über geeignete Metalldrähte verschicken konnte. 1850 experimentierte man mit einem Unterwasserkabel am Ärmelkanal. Das erste Überseekabel (zwischen Irland und Neufundland) folgte 1858, doch erst 1866 gelang es, eine wirklich stabile Verbindung zwischen den beiden Kontinenten einzurichten. Später wurden die Signale zwischen elektrischen Schreibmaschinen (Fernschreibern) ausgetauscht.

Als Nutzer kamen zunächst vor allem Händler und Börsenmakler in Frage, die den Preis einer Ware oder eines Wertpapiers in Minutenschnelle erfahren konnten. Rasch hielt die neue Technik auch beim Militär Einzug. Ulysses S. Grant, der berühmte Nordstaatengeneral im Amerikanischen Bürgerkrieg (und spätere US-Präsident), gehörte zu den ersten Militärs, die sich die Telegraphie für die Verbindung zwischen Hauptquartier und Schlachtfeld zunutze machten. Auch in dieser Hinsicht ging dieser Krieg, der bereits den Einsatz von Eisenbahn und U-Boot kannte, als High-Tech-Krieg in die Geschichte ein. Allerdings war die elektrische Telegraphie nicht für einen flexiblen Einsatz in der Schlacht verwendbar, sondern nur zwischen festen Kommandostellen und der politisch-militärischen Führung oder den ortsfesten Einrichtungen für den Nachschub. Das Verlegen der Kabel und die Stromversorgung waren schwierig, aufwendig und oft genug unmöglich.

Mit dem Stromkabel wurde eine weitere Variante der Nachrichtenübertragung möglich: das Telephon. Mit Hilfe eines Mikrophons, das Sprache in Stromstöße umsetzt, und eines Lautsprechers, der die Stromstöße in Sprache (eigentlich in sprachähnliche Geräusche) zurückverwandelt, konnten erstmals 1876 Telephongespräche geführt werden. Auch diese Technologie fand rasch das Interesse der Militärs. Doch die Probleme waren die gleichen wie bei der elektrischen Telegraphie. Kabel und Relaisstationen konnten oft nicht rasch genug auf- und abgebaut werden, um bei der Kriegführung wirklich nützlich zu sein. Sodann konnte der Feind die Verbindungen leicht kappen oder den Fluß der Informationen anzapfen und dadurch mithören.

Erst die dritte elektrische Variante der Nachrichtenübermittlung, nämlich der Funkverkehr mittels elektromagnetischer Wellen, taugte als universell einsetzbares militärisches Instrument. Nachdem 1864 der schottische Physiker James Maxwell die elektromagnetischen Wellen entdeckt hatte, gelang seinem deutschen Zeitgenossen Heinrich Hertz 1888 erstmals die Übertragung von Informationen auf diesem «drahtlosen» Weg. Der russische Physiker Alexander Popov und der Italiener Guglielmo Marconi brachten es schließlich fertig, Funkverbindungen über große Strecken einzurichten. Während Marconi den Schritt zur kommerziellen Umsetzung ging, wurde Popov in geheimen Projekten der russischen Marine tätig. Dabei wurde der eine zum Pionier der kommerziellen Funkverbindungen für das weltumspannende britische Weltreich, der andere entdeckte bei seinen Wellenforschungen, daß elektromagnetische Wellen von Bauten und großen Metallgegenständen, zum Beispiel Schiffen, reflektiert wurden. Das war der Anstoß für die Radartechnik, mit der sich später der Standort dieser reflektierenden Gegenstände bestimmen ließ. Radar wurde allerdings erst im Zweiten Weltkrieg zu einer militärisch nutzbaren Technologie.

Bereits in den 1890er Jahren wurde also erforscht, wie man über große Entfernungen drahtlos kommunizieren konnte. Das war für den Schiffsverkehr von besonderer Bedeutung. Noch wichtiger wurde es für den Einsatz von Kriegsflotten, die dank dieser Technik an jedem Ort der Erde Informationen empfangen und senden konnten und damit überhaupt erst von einer ortsfesten Befehlszentrale aus führbar wurden. Das Räuber- und -Gendarm-Spiel von Admiral Nelson im Kampf gegen die französische Flotte war damit komplett überflüssig geworden.

Die möglichen Anwendungen dieser neuen Kommunikationswege und ihre revolutionäre Wirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft sind zu vielfältig, um auf einen kurzen Nenner gebracht zu werden. Für Politik und Militär eröffneten sie völlig neue Möglichkeiten der Bürokratisierung und Hierarchisierung von Machtausübung, denn nun war es möglich, geographisch verteilte Dienststellen in kurzen Zeitabständen mit Informationen und Weisungen zu versorgen. Dieser direkte, rasche Informationszugriff erlaubte eine effektivere Hierarchisierung und damit eine wirksamere Machtausübung. Bei der Kriegführung kam hinzu, daß dem Befehlshaber einer Armee oder einer Flotte nicht mehr nur große Zielsetzungen vorgegeben wurden (Auftragstaktik), sondern einzelne Befehle für einzelne Operationen (Befehlstaktik), woraus sich die heutige

Möglichkeit zum *micromanagement* von Militäreinsätzen entwickelte.

Allerdings gab es zwei Hindernisse auf diesem Weg der politisch-militärischen Machtausübung. Erstens entwickelten sich die entsprechenden Kommunikationstechnologien über einen Zeitraum von Jahrzehnten. Deshalb ersetzten sie die bislang gebräuchlichen Kommunikationswege erst nach dem Zweiten Weltkrieg vollständig. Alte und neue Technologien liefen jahrzehntelang nebeneinander her. Bekanntlich galt das auch im Transportwesen, wo beispielsweise im Zweiten Weltkrieg noch in großem Umfang Pferde eingesetzt wurden, obwohl es längst benzingetriebene Lastwagen und Autos gab. Sodann kam es durch die rasche, direkte Kommunikation zu den Einheiten auf dem Schlachtfeld (oder im Operationsgebiet der Flotten) immer wieder zu heftigen Konflikten zwischen der Zentrale und den Befehlshabern vor Ort. Man könnte die gesamte Kriegsgeschichte seit der Einführung des militärischen Funkverkehrs unter diesem Blickwinkel schreiben – und hat es auch in vielen Teilbereichen getan. Wie bereits Carl von Clausewitz eindrücklich schilderte, gibt es «Friktionen» (unkalkulierbare Umstände und Ereignisse), die sich schlichtweg nicht vorherbestimmen lassen. Und alle Befehlshaber und Regierungen, die das nicht glauben, müssen ihre bitteren Lektionen lernen.

Völlig neue Verhältnisse schuf die Kommunikationsrevolution des späten 19. Jahrhunderts im Bereich der geheimdienstlichen Tätigkeit. Erstmals konnten Nachrichten rasch und von überall her gesammelt, analysiert und als komplexes, aktuelles Lagebild einer *finished intelligence* dem militärischen Befehlshaber oder politischen Entscheidungsträger vorgelegt werden. Damit wurde es möglich, daß eine große Zahl von einzelnen, geographisch weit verstreuten Beschaffern von Nachrichten zu einem einzigen Projekt beitrug. Zugleich konnten geheimdienstliche Meldungen oder Bewertungen an eine große Zahl von geographisch verstreuten Empfängern geliefert werden. Allerdings war hierfür eine große bürokratisierte Zentrale nötig, welche dieses Informationsmanagement betrieb. Die Achillessehne dieser zunächst grandios erscheinenden Möglichkeiten war die Empfindlichkeit der Übertragungswege und die mit der großen Zahl von Personen wachsende Anfälligkeit für Verrat. Folglich stieg der Bedarf an *Spionageabwehr* sehr stark an.

Doch zurück zum Einsatz der neuen Kommunikationstechniken im Militär. Ebenso schnell wie die russische Flotte realisierte auch die britische, damals die weltweit größte, das Potential dieser neuen

Übertragungswege. Binnen weniger Jahre gelang es Marconi, diese Techniken so weit fortzuentwickeln, daß die britische Marineleitung im Jahr 1900 den Grundsatzbeschluß faßte, den Funkverkehr prinzipiell auf allen Schiffen einzuführen. Sie kaufte zunächst 50 Geräte, von denen 42 auf Schiffen und acht in Küstenstationen installiert wurden. Die Reichweite betrug anfänglich etwa 90 Kilometer. Binnen weniger Jahre gelang es jedoch, mit einem Schiff in über 3000 Kilometer Entfernung zu kommunizieren. (Je nach Wellenlänge werden elektromagnetische Wellen von unterschiedlichen Schichten der Erdatmosphäre reflektiert. Damit ist eine Sichtverbindung zwischen Sender und Empfänger nicht mehr erforderlich.) Durch Variation der Wellenlänge und deren Modulation lassen sich mehrere Signale gleichzeitig an unterschiedliche Empfänger senden und von diesen empfangen. Binnen weniger Jahre stand somit eine erste Infrastruktur für Funkverbindungen zu allen Kriegsschiffen (oder Schiffsverbänden) bereit. Damit konnte die britische Flotte ihre Aufgabe, das Empire und seine Seeverbindungen zu schützen, wesentlich besser erfüllen.

Großbritannien investierte massiv in die neuen Kommunikationstechnologien, um sie für die Wirtschaft und Politik des britischen Weltreiches nutzbar zu machen. Am Ende des 19. Jahrhunderts besaß es 60 Prozent der Überseekabel. Und da viele der übrigen Kabel durch britisch-kontrolliertes Gebiet verliefen, dominierte London praktisch den gesamten Markt auf diesem Feld. Nun spielten die alten politischen Verbindungen, aber auch viele entlegene Inseln und Stützpunkte eine völlig neue Rolle. Das bis 1870 verlegte Telegraphenkabel nach Indien, dem wichtigsten britischen Überseebesitz, verlief über Portugal, Britanniens ältesten und zuverlässigsten Verbündeten in Europa, über Gibraltar (seit 1713 britisch), Malta (seit 1800 britisch) und Ägypten, das allerdings erst 1882 von den Briten besetzt wurde. Dabei gehörten die britischen Kabel gar nicht dem Staat, sondern privaten Firmen und Konsortien. Doch in Notfällen, die er selbst bestimmen durfte, hatte der Staat ein Zugriffsrecht. Ein kluger Zeitgenosse behauptete damals, die Kabelverbindungen brächten den Briten mehr internationalen Einfluß als die Flotte. Denn mit ihnen könne man nicht nur die Nachrichten der internationalen Presse steuern, sondern auch im Weltmaßstab Geschäfte machen.[23]

Kein Wunder also, daß sich andere Mächte bemühten, diesen Vorsprung wenigstens zu verkürzen. Viele Wirtschaftszentren und Metropolen wurden

bald mehrfach durch Kabel verbunden, da keine Macht, die es sich leisten konnte, von einer anderen abhängig sein wollte. Das Deutsche Kaiserreich, das auf dem Gebiet der imperialen Ausdehnung aufzuholen suchte, indem es sich Kolonien sowie eine Hochseeflotte zulegte, schuf eigene Kabelverbindungen zu seinen Kolonialgebieten. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges besaß es das technisch modernste Netz, wobei die Deutschen die Pioniere der Mehrfachnutzung waren, mit deren Hilfe eine immer größere Zahl von Nutzern gleichzeitig ihre Informationen übertragen konnten. Gleichwohl konnten sie es hinsichtlich der Ausdehnung nicht mit den weit über 200.000 Kilometern britischer Unterseekabel aufnehmen.

Der Erste Weltkrieg

Bis 1914 waren alle größeren Kriegsschiffe der Briten, Amerikaner, Franzosen, Italiener, Russen und Deutschen mit Funkgeräten ausgerüstet. Allerdings waren zumeist nur Reichweiten unter 2000 Kilometern möglich. Funksignale mußten deshalb mittels Relaisstationen über größere Entfernungen transportiert werden. Diese Stationen summierten sich schließlich zu einem globalen Netzwerk, das ähnlich den Stützpunkten für Schiffskohle *(coaling stations)* und den Kabelverbindungen für Telegraphie und Telephon einen wesentlichen Teil der imperialen Infrastruktur ausmachte, ohne die man ein modernes Überseeimperium nicht betreiben konnte.[24] Zu Recht konnte man hier von «strategischer Kommunikation» sprechen. Hinzuzufügen bleibt allerdings, daß selbst das britische imperiale Sendenetz erst 1915/16 arbeitsfähig war. Auch andere Mächte befanden sich im Rückstand. Das heißt, die Hochseeflotten des Ersten Weltkrieges waren noch reichlich lückenhaft mit moderner Kommunikationsstruktur versorgt.

Allerdings spielte die Funkkommunikation der Hochseeflotten bereits im Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle, wie sich an der Verfolgungsjagd des deutschen Kreuzers *Emden* illustrieren läßt.[25] Der *Emden* gelang es in den ersten Kriegsmonaten, im Indischen Ozean 23 Handelsschiffe und zwei Kriegsschiffe zu versenken und damit den Briten empfindlichen Schaden zuzufügen, ehe sie am 9. November 1914 von seinem Kommandanten auf ein Korallenriff gesetzt wurde, um das Schiff unbrauchbar zu machen und zugleich die Besatzung zu retten.

Vorausgegangen war am 1. November das Seegefecht von Coronel an der Küste Chiles, in dem die britische Flotte ihre erste Niederlage seit dem Krieg von 1812 gegen die USA erlitt. Die deutschen Schiffe wollten im neutralen Chile Kohle bunkern, trafen jedoch auf einen britischen Schiffsverband, mit dem sie in ein Seegefecht verwickelt wurden. Dabei verloren die Briten 1400 Seeleute, einschließlich ihres Befehlshabers Admiral Cradock, während die deutschen Verluste gering waren.

Die britische Öffentlichkeit war schockiert, Marineminister Churchill wollte schnellstens einen Erfolg melden können, um nicht in ein Stimmungstief zu fallen. Deshalb sollte dem von der *Emden* geführten Handelskrieg rasch ein Ende bereitet werden. Doch diese war lange Zeit schlichtweg nicht auffindbar. Ihrem Kommandanten, Korvettenkapitän Karl von Müller, war es zunächst gelungen, im Indischen Ozean dem erheblich größeren britischen Kriegsschiff *Hampshire* auszuweichen, indem er dessen Funksprüche auffing und entschlüsselte. Sodann versenkte er mehrere Handelsschiffe, die mit Kohle und Zinn beladen waren, sowie zwei Truppentransporter, deren Passagiere er jedoch entkommen ließ. Von Müller wußte sehr wohl, daß auch etliche Handelsschiffe bereits über eine Funkstation verfügten, die er nach Möglichkeit zerstören ließ, ehe Funksprüche abgesetzt werden konnten. Doch schließlich gelang es einem der Schiffe, einen optischen Signalspruch an eine Funkstation an Land abzusetzen, von wo aus über eine Station auf Ceylon, mit einigen Zwischenstationen, eine Nachricht über den Verbleib der *Emden* nach London durchdrang. Daß es von diesem Zeitpunkt an fast zwei Monate dauerte, die *Emden* zur Aufgabe zu zwingen, hing mit dem Geschick zusammen, das die *Emden* beim Umgang mit diesem neuen Kriegswerkzeug Funkgerät an den Tag legte. Der britische Marinegeheimdienst hatte alle Mühe, den Kurs der *Emden* zu verfolgen, obgleich dieser durch allerlei Attacken auf Handelsschiffe markiert war. Das Bravourstück war ein gelungener Angriff von See auf ein britisches Öldepot im Hafen von Madras – ein schwerer Schaden, wenn man bedenkt, daß die *Royal Navy* seit 1910 von Kohle auf Öl umgestellt hatte.

Während die *Emden* selbst keine Funksignale sendete, also Funkstille bewahrte, konnte sie durch den Empfang der Signale britischer Kriegsschiffe ungefähr auf deren Standort und Auftrag schließen. Eine genaue Ortsbestimmung von Funksignalen war jedoch damals noch nicht möglich. (Die Funkpeilung wurde erst im Zweiten Weltkrieg nutzbar.) Allerdings ging von Müller dann einen Schritt zu weit, als er versuchte,

mit Hilfe einer abgesetzten Kommandotruppe eine britische Funkstation auf Direction Island, einem winzigen Eiland im Indischen Ozean, zu zerstören. Die etwa fünfzig Mann große Einheit wurde von Hellmuth von Mücke geleitet, der später dieses Abenteuer in einem Buch beschrieb.[26] Doch die Besatzung der Funkstation konnte noch rechtzeitig ein Notsignal absetzen: «SOS, *Emden* here». Nun gab es für die *Emden* kein Entkommen mehr. Ein Drittel der Besatzung kam ums Leben.

Ein wichtiger Teil der Arbeit mit diesem neuen Kriegsinstrument wurde nicht auf hoher See, sondern in den Büroräumen der Marinenachrichtendienste geleistet. Dort versuchte man, die verschlüsselten Funksignale der Kriegsgegner lesbar zu machen. Dabei hatte die britische Seite besonderes Glück, weil ihr bereits in den ersten Monaten drei der wichtigsten deutschen Schlüsselbücher in die Hand fielen: das *Handelsverkehrbuch*, das *Signalbuch der Kaiserlichen Marine* und das *Verkehrsbuch*.[27] Hinter den harmlos klingenden Titeln verbergen sich jene streng geheimen Verzeichnisse, mit deren Hilfe die Funker und Nachrichtenspezialisten ihre Nachrichten chiffrierten und dechiffrierten. Das erste wurde von der australischen Marineführung aus einem deutschen Handelsschiff entwendet, was den Deutschen offensichtlich nicht auffiel, denn sie benutzten es weiterhin bis März 1916. Das zweite wurde von der russischen Marine entweder aus einem beschädigten deutschen Kriegsschiff gestohlen oder direkt auf geheimdienstlichem Weg beschafft.[28] Das dritte soll durch ein Fischerboot aus einer wasserdichten Metallkiste eines versenkten deutschen Zerstörers geborgen worden sein.

Winston Churchill dürfte unter den damaligen Politikern einer der wenigen gewesen sein, welche die Entschlüsselung des Funkverkehrs für so wichtig hielten, daß sie bereit waren, Personal auch für die Entschlüsselung älterer – militärisch nicht mehr relevanter – Funksprüche einzusetzen, um «in das deutsche Denken einzudringen», wie es Churchill in einer Anweisung an seine Marineführung formulierte. Strengste Geheimhaltung und äußerste Spezialisierung sollten die obersten Grundsätze für die damit befaßten Offiziere und Wissenschaftler sein.[29] Seitens der Marine spezialisierte sich Kapitän William «Blinker» Hall darauf (später wurde er «Sir» und Admiral), der aus gesundheitlichen Gründen sein Kommando auf See aufgeben mußte und sich als Chef des Marinenachrichtendienstes im November 1914 mit einer Handvoll von Experten im Büro mit der Nummer 40 *(Room 40)* des alten Londoner Admiralitätsgebäudes einrichtete.

Diese Organisation ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Einer liegt in ihrer Zusammensetzung, denn abgesehen von dem Physiker und Ingenieur James Alfred Ewing gab es in dem rasch anwachsenden Team der Entschlüsselungsexperten keinen Naturwissenschaftler oder Mathematiker. Bevorzugt wurden vornehme Herren aus dem Milieu der Eliteschule in Eton, die im Zivilleben als Anwälte, Künstler, Schriftsteller und in anderen Berufen tätig waren. «Männer mit Welterfahrung» sollten sie sein und, sofern möglich, mit Deutschkenntnissen. Wichtig war also nicht die mathematisch-technische oder linguistische Kompetenz, sondern die Herkunft.[30] Als Sekretärin diente die Zigarren rauchende Ehefrau eines Investment-Bankiers.

Immerhin ließen sich einige Leistungen vorweisen. Ihre größte dürfte gewesen sein, daß der deutschen Flotte bald kein größerer Überraschungsangriff mehr gelang. Noch im Dezember 1914 hatte sie einige ostenglische Küstenstädte von See aus bombardiert, weil die *Royal Navy* die Position der deutschen Flottenverbände falsch eingeschätzt hatte. Somit verpaßten es die Briten, den waghalsigen deutschen Vorstoß rechtzeitig zu erkennen und mit ihren überlegenen Kräften vernichtend zuzuschlagen. Die deutschen Kriegsschiffe entkamen im Nebel. Zum Glück für die britische Marineführung erfuhr die Öffentlichkeit nicht, wie groß der Fehlschlag tatsächlich war.

Nun schenkte man den Meldungen der Funkentschlüsselung größere Aufmerksamkeit. Einige Wochen später, bei einem erneuten deutschen Vorstoß, konnte *Room 40* rechtzeitig Meldung erstatten, was für den schweren Kreuzer *Blücher* das Ende bedeutete. Er sank und riß fast 800 Seeleute in die Tiefe. Doch wiederum gelang den Briten weit weniger, als möglich gewesen wäre. Ihr Befehlshaber Admiral Beatty glaubte nämlich, es befänden sich deutsche U-Boote in der Nähe, und sah deshalb von einer Verfolgung der deutschen Schiffe ab. Dabei hatte *Room 40* herausgefunden, daß sich diese U-Boote weit entfernt befanden – eine Nachricht, die Beatty nicht rechtzeitig erreichte. Seine Enttäuschung kann man sich gut vorstellen.

Da die deutsche Seite in der Nordsee zahlenmäßig weit unterlegen war (mit 18:31 modernen Großschiffen), suchte sie im Frühjahr 1916 die Entscheidungsschlacht, indem sie die Briten möglichst weit von ihren Heimathäfen weglocken wollte. Wiederum gelang es *Room 40*, die Bewegungen der deutschen Flotte unter Admiral Reinhard Scheer rechtzeitig zu melden. Unterhalb der Südspitze Norwegens kam es

schließlich zur größten Seeschlacht des Krieges, der Skagerrakschlacht. Schlechtes Wetter und unzureichende technische Einrichtungen – es fehlte eine genaue Lagebestimmung aus der Luft, beispielsweise durch Zeppeline – machten es beiden Seiten unmöglich, ihre volle Feuerkraft zur Geltung zu bringen. Zudem war dem britischen Admiral Jellicoe klar, daß eine Niederlage für die Briten weit schlimmere Konsequenzen haben würde als eine deutsche Niederlage für die Landmacht Deutschland. Und wiederum wurde das Instrument Funkaufklärung nicht hinreichend genutzt. Wichtige Meldungen erreichten Jellicoe entweder nicht rechtzeitig oder in einer zuwenig aussagekräftigen Form. Ein kapitaler Fehler wurde im Marinestab begangen, wo man aus entschlüsselten deutschen Meldungen die Rückzugsroute der deutschen Schiffe kannte, aber nicht rechtzeitig an Jellicoe weitermeldete. Wie er später schrieb, «… ist es unmöglich, dieses ungewöhnliche Versagen des Admiralsstabes zu verstehen, aber es kann keinen Zweifel geben, daß die [deutsche] Hochseeflotte wegen dieses Versagens nicht bei Tageslicht am Horn Reef [vor der dänischen Westküste] gestellt wurde».[31]

Geheimdienste auf dem Schlachtfeld

Da es den Briten und Franzosen gelang, die Versorgung ihrer Truppen aus den USA und aus Kanada mit Waffen, Munition, Rohstoffen und Lebensmitteln zu gewährleisten, wurde der Erste Weltkrieg bekanntlich durch die Landstreitkräfte entschieden. In welchem Maß die geheimdienstliche Tätigkeit hierbei zu den entscheidenden Weichenstellungen beitrug, läßt sich schwer entscheiden. An der Ostfront gegen Rußland ist die Schlacht von Tannenberg zu nennen, in der es dem Rußlandexperten im Stab des Oberbefehlshabers Hindenburg gelang, die Funksprüche der russischen Seite, die leichtsinnigerweise ohne Verschlüsselung abgesetzt wurden, rasch in die Operationsplanung einzuarbeiten. Nicht nur die genaue Position, sondern sogar die Marschbefehle der Russen konnten aufgefangen werden, wodurch es möglich wurde, einen erheblichen Teil ihrer Truppen einzukesseln und zur Aufgabe zu zwingen. «Tannenberg war der erste militärische Sieg [in der Geschichte], der durch SIGINT [Funkentschlüsselung] möglich wurde.»[32]

Der rasche deutsche Vorstoß durch Belgien nach Nordfrankreich basierte auf den über Jahre gesammelten Informationen über das französische

Militär, seine Ausrüstung und sein militärisches Denken. Insofern ließ sich der in nur fünf Wochen bis vor die Tore von Paris reichende deutsche Vorstoß wenigstens zu einem Teil der ausgezeichneten deutschen Stabsarbeit und damit auch der geheimdienstlichen Beiträge begreifen. Von Bedeutung waren auch die großen Fehler, die auf der britisch-französischen Seite gemacht wurden. Der französische Militärgeheimdienst *(Deuxième Bureau)* meldete in der Nacht vom 5. auf den 6. August 1914, die belgischen Festungen befänden sich in einem exzellenten Zustand und würden lange durchhalten, zumal die deutschen Angreifer «sehr müde und demoralisiert» seien.[33] Der französischen Militärführung, und wohl auch der politischen Führung, war schlichtweg nicht bewußt, welche Veränderungen die moderne Artillerie mit sich brachte. Sie glaubten, der deutsche Vorstoß durch Belgien werde entweder scheitern oder sich sehr lange hinziehen, so daß ein französischer Angriff nördlich des Elsaß den Deutschen einen wesentlichen Stoß versetzen konnte. Der französische Oberbefehlshaber General Joseph Joffre unterschätzte noch drei Wochen nach Beginn des deutschen Angriffs die Zahl der deutschen Truppen um 300.000. Vor allem wurde verkannt, in welchem Ausmaß die deutsche Seite ihre (schlecht ausgebildeten) Reserven sogleich in die Schlacht warf.

Der Chef der britischen Truppen, General Sir John French, dachte, er könne wie gewohnt seine Kavallerie als Frontbeobachter einsetzen. Er hatte sich kaum darauf eingestellt, daß die Beobachtung aus der Luft viel wirksamer war, obgleich er nur 68 reichlich primitive Flugzeuge zur Verfügung hatte. Rasch bekamen die Briten zu spüren, daß sie nicht einmal über eigene Werke zur Herstellung von Flugzeugmotoren verfügten und in den ersten sechs Kriegsmonaten vollständig auf französische Motoren angewiesen waren.[34]

Als der deutsche Angriff gestoppt und ein Stück weit zurückgedrängt wurde, entstand jene berüchtigte Linie von Schützengräben, die von der Kanalküste bis zur Schweizer Grenze reichte und bis 1918 kaum verschoben werden konnte. In diesem Stellungskrieg war es von größter Bedeutung, über eventuelle Offensiven des Gegners vorab informiert zu sein. Da wenig Hoffnung bestand, die tatsächlichen Militärbefehle rechtzeitig in die Hand zu bekommen, konzentrierte man sich auf die Beobachtung militärischer und logistischer Indikatoren, zu denen vor allem Truppenbewegungen sowie die Anlieferung und Lagerung von Waffen, Munition und Vorräten gehörten.

Beobachter an Bahnhöfen und anderen militärischen Verlade- und

Versorgungsstellen vermochten es, diese Informationen zu sammeln. Zumeist handelte es sich um örtliche Zivilisten, manchmal um Angestellte der Bahn oder von technischen Versorgungseinrichtungen, denen es möglich war, die deutschen Truppenbewegungen und Versorgungsaktivitäten aus nächster Nähe zu beobachten. Problematisch war allerdings die Weitergabe derartiger Berichte zu den zentralen Sammel- und Auswertungsstellen. Gefährlich war auch das Potential der jeweils anderen Seite, eigene Agenten und Zuträger in derartige Netzwerke einzuschleusen. Diese Gefahr war besonders groß, da selbst das hauptamtliche Geheimdienstpersonal kaum professionell ausgebildet war. Zudem war es in der Regel unmöglich, Freiwillige und Einheimische, die sich für derartige Tätigkeiten anboten oder anwerben ließen, auf ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen.

Auf diesem Gebiet hatten Briten und Franzosen wichtige Erfolge zu verzeichnen, die sich wohl daraus erklären, daß die belgische Bevölkerung (verständlicherweise) lieber für sie als für die deutschen Eroberer und Besatzer spionierte. Über 2000 Belgier sollen als Beobachter des Zugverkehrs tätig gewesen sein, und durch Belgien liefen die wichtigsten deutschen Nachschublinien. Der deutschen Seite gelang es erst 1916, in Belgien einen großen Spionagering lahmzulegen. Im Herbst wurde das Netzwerk eines gewissen Brazil Frankignoul ausgehoben. Zehn Mitglieder wurden verurteilt und exekutiert. Das größte soll das über ganz Belgien verbreitete, von zwei Elektroingenieuren aus Lüttich geführte Netzwerk der «weißen Dame» (La Dame Blanche) gewesen sein, das 1200 Personen umfaßte, von denen nur 45 durch die Deutschen enttarnt wurden.[35] Dabei hatten sie in Antwerpen einen wichtigen Geheimdienstposten, der von Elsbeth Schragmüller («Fräulein Doktor») geleitet wurde. Diese preußische Offizierstochter, die 1913 als eine der ersten Frauen an der Universität Freiburg im Fach Staatswissenschaften promoviert wurde, wertete zunächst in Lille für den Militärischen Nachrichtendienst (Abteilung III b) abgefangene belgische Briefe aus und wurde 1915 als Sektionsleiterin nach Antwerpen versetzt. Sie soll diverse Agenten und Agentinnen ausgebildet haben, darunter auch die berühmte, aber hinsichtlich ihrer Spionageerträge eher unwichtige «Mata Hari».[36] Ob die Zugbeobachter wirklich 70 Prozent derjenigen wichtigen geheimdienstlichen Informationen lieferten, welche die Briten aus den neutralen Nachbarstaaten, insbesondere aus den Niederlanden, beisteuerten, läßt sich kaum nachprüfen. Immerhin stammte diese Aussage

von Sir Mansfield Cumming, dessen MI-6-Agenten dafür zuständig waren. [37]

Die zweite wichtige Quelle im Kriegsgebiet waren die Befragungen von Kriegsgefangenen und Deserteuren sowie die bei getöteten feindlichen Soldaten gefundenen Papiere und anderen auswertbaren Gegenstände. Um diese Quellen nutzbar zu machen, brauchte man allerdings eine Vielzahl von Leuten mit guten Fremdsprachenkenntnissen. Ähnliches galt für das Abhören von feindlichen Feldtelephonen, deren Bedeutung offensichtlich die deutsche Seite weit unterschätzte.

Doch woher sollte man die erforderliche große Zahl von Geheimdienstleuten mit den passenden Kenntnissen nehmen? Frankreich verfügte durch seine elsässische und lothringische Bevölkerung über ein großes Reservoir von Leuten, die ausgezeichnet Deutsch sprachen. Im britischen Militär sah es jedoch düster aus. Selbst die Verständigung mit den französischen Kriegsverbündeten war schwierig. So blieb nichts anderes übrig, als in den Universitäten sowie im Milieu der Künstler, Schriftsteller, Kunsthistoriker, Archäologen und ähnlicher schöngeistiger Berufe zu suchen, in denen die Beherrschung von Fremdsprachen und die Kenntnis des europäischen Kontinents zum «Handwerk» gehörten. Diese Personen wurden eilends mit einem militärischen Dienstgrad versehen, in eine Uniform gesteckt und in das 1914 gegründete *Intelligence Corps* (Nachrichtentruppe) eingegliedert. Zusätzlich wurden Personen dieser Art als Beobachter, Agenten und Kontaktpersonen angeworben. Einigen verdanken wir eine literarische Verarbeitung ihrer Erfahrungen. Das bekannteste Beispiel ist der für MI-6 tätige Schriftsteller William Somerset Maugham, dessen *Ashenden: Or, the British Agent* (veröffentlicht 1928) zum Vorbild für die literarische Verwertung ähnlicher Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und im kalten Krieg wurde. Zu nennen sind Graham Greene, Eric Ambler, Ian Fleming und John le Carré.

Von rasch zunehmender Bedeutung war auch die Funkentschlüsselung, die sich während des Krieges rasant fortentwickelte. Der Funkverkehr war zunächst ein verwirrendes Kommunikationsmittel gewesen, der es beispielsweise bei Kriegsbeginn dem Chef des Großen Generalstabes von Moltke nicht erlaubte, von seinem Hauptquartier in Luxemburg den Überblick über seine vorwärtsstürmenden Armeen zu behalten. Als er die Marnefront zurücknehmen ließ, gelang es dem französischen *Deuxième Bureau* bereits zwei Tage später, den Rückzug der mobilen Funkeinheiten als Signal für eine größere Frontveränderung zu deuten. Den

anschließenden «Wettlauf zur Kanalküste» konnte es anhand aufgefangener Funksprüche verfolgen. Rasch gelang es dann, den deutschen Schlüssel «UBCHI» (ursprünglich für «Übungschiffrierung») zu knacken und bis Mitte November 1914 wertvolle Informationen zu gewinnen – bis die Deutschen den Schlüssel wechselten.

Im späteren Kriegsverlauf konnten die Franzosen immer vollständiger und rascher Funksprüche so rechtzeitig entschlüsseln, daß sie der eigenen militärischen Führung eine wichtige Entscheidungshilfe für die Kriegsoperationen boten. Das berühmteste Beispiel ist das *radiotélégramme de la victoire* (die Funkbotschaft des Sieges) vom 1. Juni 1918. Es handelte sich um einen deutschen Funkspruch, dem ein für den 9. Juli geplanter deutscher Angriff bei Compiègne zu entnehmen war. Dem französischen Dechiffrierspezialisten Georges Painvin, einem jungen Professor für Paläontologie an der berühmten Pariser Bergbauakademie *(École des Mines)*, gelang die Entschlüsselung so rechtzeitig, daß ausreichende französische Kräfte am richtigen Ort zur Stelle sein konnten, um den Angriff aufzufangen.[38] Das war der Anfang vom Ende der deutschen Frühjahrsoffensive und damit bald auch der deutschen Truppen auf französischem Boden.

Ein Mann wie Painvin entspricht in keiner Weise dem Bild, das man sich üblicherweise von einem Geheimdienstler macht, der den Gang der Weltgeschichte beeinflußt. Besser paßt August Schluga von Rastenfeld, den man als den wichtigsten deutschen Spion des Ersten Weltkrieges bezeichnet hat.[39] Dieser übergelaufene ungarische Leutnant war bereits im Krieg von 1866 für Preußen geheimdienstlich tätig gewesen. Im Krieg gegen Frankreich 1870/71 spielte er wiederum eine wichtige Rolle. Seine Bedeutung wurde vor allem in den Memoiren des Leiters der Abteilung III b, Major Walter Nicolai, sowie in der unveröffentlichten Dokumentation von Major Friedrich Gempp hervorgehoben.[40] Schluga verbrachte viele Jahrzehnte in Paris, wo er als Journalist tätig war und Zugang zu vornehmen Kreisen samt ihren Vergnügungen hatte. Es steht deshalb zu vermuten, daß seine Informationen hauptsächlich aus offenen Quellen sowie aus Gesprächen bei gesellschaftlichen Anlässen stammten. Durch die politisch-militärische Sachkenntnis des Spions waren sie zudem auf hohem analytischen Niveau.

Bis 1915 beanspruchte Schluga, seine Berichte auf französische Agenten zu stützen, die er aus Genf, dem Sammelplatz französischer Deserteure, steuerte. Es stellt sich allerdings die Frage, wie es Schlugas Agenten

gelingen konnte, immer wieder die französisch-schweizerische Grenze zu überschreiten, ohne jemals von den französischen Sicherheitsbehörden geschnappt zu werden. Somit wäre denkbar, daß er gleichzeitig für die französische Seite gearbeitet haben könnte, die ihn absichtlich mit den in seinen Berichten auffälligen Meldungen über die innere Schwäche der französischen Führung und der französischen Truppen fütterte. Auf diesem Wege könnte man die Deutschen dazu verleitet haben, mehr Truppen an die Ostfront zu verlegen und damit ihre Position an der Westfront zu schwächen.[41] Doch eindeutige Belege für diese Vermutung wurden bisher nicht gefunden. Schluga starb 1917.

Insgesamt dürfte die Suche nach geheimdienstlichen Heldengestalten, die ins Klischee passen und zugleich von herausragender historischer Bedeutung waren, im Ersten Weltkrieg wenig erfolgversprechend sein. Die wichtigste geheimdienstliche Arbeit fand in der Funkentschlüsselung statt, in der Analyse des gegnerischen Verhaltens sowie in reichlich unspektakulären Aktivitäten wie den Befragungen von Kriegsgefangenen und von gelegentlichen Deserteuren, aus denen die Kriegsmächte, darunter auch das Deutsche Kaiserreich, die meisten Informationen über die feindlichen Truppen bezogen haben dürften. Sie betrafen die genaue Lage und Zusammensetzung militärischer Verbände, ihre Bewaffnung und ihre Kampfmoral. Einen Meisterspion in den feindlichen Stäben hatte niemand während des Krieges. Die Arbeit der Spionageabwehr war offensichtlich auf allen Seiten von hoher Professionalität. Ideologische Motive für Verrat, vergleichbar dem Zweiten Weltkrieg oder später, gab es praktisch nicht. Das Militär war auf Patriotismus und auf die Verteidigung des eigenen Vaterlandes eingeschworen.

Neutrale Staaten als Operationsgebiet

Besonders wichtig für die Kriegsspionage waren die neutralen Staaten – also die Schweiz, Spanien und die Niederlande für die Westfront, Dänemark und Schweden für den osteuropäischen Kriegsschauplatz. In ihren Hauptstädten und an ihren Grenzen tummelten sich Agenten und Agentenführer aller Kriegsparteien, die von den neutralen Regierungen weithin geduldet wurden, um den kriegführenden Mächten keinen Anlaß zu bieten, die Militäroperationen auf ihr Gebiet auszudehnen. Als angenehme Begleiterscheinung trieben die neutralen Staaten einen

blühenden Handel mit den Kriegsparteien, ließen immer wieder Truppen und Schiffe durch ihr Staatsgebiet und ihre Hoheitsgebiete auf See passieren. Die geduldete Spionagetätigkeit war somit nur Teil einer ziemlich flexibel, man könnte auch sagen opportunistisch ausgelegten Neutralitätspolitik. Daß die bis zum April 1917 neutralen USA ihre finanzielle Unterstützung beinahe ausschließlich den Entente-Mächten zukommen ließen und nur an diese Kriegslieferungen tätigten, paßte durchaus ins Bild.

Allerdings bemühte sich Großbritannien mit allen erdenklichen Mitteln, selbstverständlich auch mit geheimdienstlichen, der amerikanischen Neutralität ein Ende zu bereiten. Den Durchbruch brachte die britische Entschlüsselung deutscher Depeschen – in einer Nebenabteilung des bereits erwähnten *Room 40*. Erneut spielten deutsche Schlüsselbücher eine wichtige Rolle. Im August 1915 übergab der österreichische Funkingenieur Alexander Szek dem britischen Militärattaché in den (neutralen) Niederlanden Teile eines diplomatischen Schlüsselbuches. Szek, der in England geboren und zur Schule gegangen war, hatte in dem von Deutschland besetzten Belgien an der Reparatur von Funkanlagen gearbeitet und so Zugang zu deutschen Geheimunterlagen erhalten. Pikanterweise wurde Szek bald darauf ermordet, entweder von der deutschen oder von der britischen Seite. Beide hätten Motive dafür gehabt. Doch etwa zur gleichen Zeit wurde ein Schlüsselbuch aus dem Gepäck eines deutschen Diplomaten in Persien entwendet, das nach London gelangte. Es war somit möglich, die Spur des Agenten Szek sorgfältig zu verwischen.

Kompliziert wurde das Mitlesen diplomatischer Korrespondenz durch den Ausfall der deutschen Überseekabel, welche die Briten bereits zu Kriegsbeginn gekappt hatten. Im Verkehr mit den noch neutralen USA mußte man somit auf die Kabel der Schweden sowie der Amerikaner zurückgreifen, welche die Deutschen benutzen durften. In beiden Fällen wurden die bereits verschlüsselten deutschen Texte nochmals überschlüsselt, um den alliierten Mächten nicht kundzutun, daß man die deutsche Kriegspartei unterstützte. Allerdings liefen die Kabel durch London, wo sie selbstverständlich abgehört wurden.

Am 17. Januar 1917 traf bei *Room 40* ein Telegramm ein, das zu einer weltpolitischen Sensation werden sollte. Mit Datum vom 16. Januar informierte der deutsche Außenminister Zimmermann seinen Botschafter in Washington, daß Deutschland zum 1. Februar den unbeschränkten U-

Boot-Krieg wiederaufnehmen wolle. Dabei müsse jedoch versucht werden, die USA weiterhin aus dem Krieg herauszuhalten. Sollte das nicht gelingen, würde man Mexiko ein Bündnis anbieten, das unter anderem die Rückgabe von Gebieten vorsehen könnte, welche Mexiko Mitte des 19. Jahrhunderts an die USA verloren hatte. Zudem wolle man gemeinsam der Regierung in Japan ein Bündnis anbieten.

Noch ehe der Text vollständig entschlüsselt war, sah sich Admiral Hall vor eine schwere Wahl gestellt. Wie konnte dieses Telegramm politisch benutzt werden, ohne den USA und Schweden mitzuteilen, daß die Briten deren diplomatische Korrespondenz entschlüsseln und lesen konnten, und ohne gegenüber Deutschland das ganze Ausmaß der britischen Entschlüsselungskünste preiszugeben? Hall wartete zwei Wochen, bis er das Telegramm dem obersten Beamten des *Foreign Office* zeigte. Um die Herkunft des entschlüsselten Textes zu verschleiern, wies man den britischen Botschafter in Mexiko an, sich das über Washington an den dortigen deutschen Botschafter weitergeleitete Exemplar zu besorgen. In der Tat gelang dieser Streich, vermutlich mit Hilfe eines Angestellten am Telegraphenamt von Mexiko-Stadt. Diese Version hatte zudem den Vorzug, daß sie «nur» mit dem in Persien gestohlenen Schlüssel chiffriert und somit vollständig lesbar war.

Schließlich überließ man der amerikanischen Presse eine Kopie, die am 1. März 1917 als Sensationsmeldung erschien. Übrigens wurde dort berichtet, die Entzifferung sei amerikanischen Geheimdienstleuten gelungen. Eine andere Variante behauptete, das Telegramm sei dem deutschen Botschafter während einer Seereise nach Europa aus seinem Gepäck gestohlen worden. Graf Bernsdorff hatte nämlich nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, als Reaktion auf den unbegrenzten deutschen U-Boot-Krieg, die USA bereits verlassen. Den britischen Regierungsstellen konnten diese Märchen nur recht sein, denn die Wahrheit hätte sich politisch sehr viel schlechter verkauft.

Kann man behaupten, die Enthüllung des Zimmermann-Telegramms habe die USA in den Krieg geführt? Nein, jedenfalls nicht in dieser schlichten Form. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland hatte US-Präsident Woodrow Wilson bereits einen Kriegseintritt erwogen. Gleichwohl löste das Zimmermann-Telegramm eine Welle von Protesten aus, die zeigten, daß es in der amerikanischen Öffentlichkeit noch erhebliche Widerstände gegen einen Kriegseintritt gab. Viele «Neutralisten» behaupteten, es handle sich um eine Fälschung,

die der britischen Kriegspropaganda diene. Die Briten mögen doch bitte schön den Beweis erbringen, daß sie in der Lage seien, deutsche Telegramme zu entschlüsseln. Doch das wurde überflüssig, als sich Außenminister Zimmermann am 3. März zu seinem Telegramm bekannte. Einen Monat später erklärten die USA Deutschland den Krieg.

Gemeinhin gilt das Zimmermann-Telegramm als das berühmteste Beispiel für den Einfluß geheimdienstlicher Tätigkeit auf die große Politik.[42] Doch es war zunächst nur das bekannteste Beispiel für die Leistungen der britischen Funkentschlüsselung. Jahrzehntelang blieb unbekannt, daß die Briten bereits im Ersten Weltkrieg (nicht erst im Zweiten) in der Lage waren, aus entschlüsselten deutschen Funksprüchen genug Informationen zu gewinnen, um die aus Nordamerika zu den Britischen Inseln fahrenden Versorgungskonvois zunehmend besser vor deutschen U-Booten zu schützen. Von Mitte 1917 an verloren sie nur noch ein Prozent dieser Nachschubtransporte, während bis dahin ein Zusammenbrechen der Versorgung noch eine reale Gefahr dargestellt hatte. Zur besseren Koordinierung aller Teilbereiche der britischen Entschlüsselungsarbeiten wurde im Juni 1917 die Abteilung ID25 *(intelligence division)* eingerichtet. Mehrere aus deutschen U-Booten und aus einem abgestürzten Beobachtungszeppelin geborgenen Schlüsselbücher halfen dabei. Noch immer gab es viele Fälle von unlesbaren Funksprüchen. Doch der Weg zum britischen Triumph bei der Funkentschlüsselung im Zweiten Weltkrieg war vorgezeichnet.

Das Zimmermann-Telegramm war ein Beweis unter vielen, daß Deutschland seit geraumer Zeit darauf hinarbeitete, die USA mit Mexiko in einen Krieg zu verwickeln.[43] Phantasievolle deutsche Geister dachten sogar, man könne südlich der USA deutsches Kolonialgebiet gewinnen. Insbesondere im deutschen Militär gab es eine weitverbreitete Neigung, die USA zu unterschätzen, und Graf Bernstorff gelang es nicht, diese Kräfte im Zaum zu halten. So hatte Zimmermann dem US-Botschafter in Berlin sogar gedroht, die 500.000 deutschen Reservisten unter den Deutsch-Amerikanern bedeuteten für die innere Sicherheit der USA eine große Gefahr. Die deutsche Botschaft gab zahlreiche gefälschte Pässe aus und operierte bald auch mit Saboteuren. Viele ihrer oft haarsträubend laienhaften Aktivitäten wurden durch die amerikanischen Sicherheitsbehörden enttarnt und vor Gericht gebracht, was für Deutschland ein denkbar ungünstiges Echo in der amerikanischen Presse hatte.

Die Briten halfen den amerikanischen Behörden, wo sie nur konnten. Seit 1915 unterhielt der britische Auslandsgeheimdienst MI-6 in New York einen Außenposten unter der Leitung von William Wiseman, der den amerikanischen Sicherheitsdiensten und dem FBI zuarbeitete.[44] Colonel House, der diplomatische Berater des Präsidenten, schrieb im März 1916 in sein Tagebuch: «Alle wichtigen deutschen Telephonleitungen werden jetzt angezapft ...»[45] Das galt sowohl für offizielle deutsche Stellen in den USA als auch für verdächtige Deutsch-Amerikaner und für «reisende» Deutsche.

Der spektakulärste Fall dürfte die Explosion auf Black Tom Island nahe der New Yorker Freiheitsstatue gewesen sein, die sich am 30. Juli 1916 ereignete. Mit einigem Geschick gelang es der deutschen Botschaft, die Täterschaft ihres Personals zu verschleiern. Doch die britischen Entschlüsselungsexperten und der amerikanische *Secret Service* erbrachten eindeutige Beweise, daß das Auswärtige Amt und die deutsche Militärführung derartige Anschläge und Sabotageakte in erheblichem Umfang plante und finanzierte.[46] Zu den Schlüsselfiguren gehörte Franz von Papen, der spätere Vizekanzler Hitlers, der zusammen mit dem deutschen Marineattaché Ende 1915 durch die amerikanische Regierung zur *persona non grata* erklärt und ausgewiesen wurde.

Die Explosion auf Black Tom Island, einem großen Rüstungsdepot, auf dem etwa 1000 Tonnen Munition samt 50 Tonnen TNT (ein hochexplosiver moderner Sprengstoff) lagerten, löste eine ungeheuere Schockwirkung aus. Sie glich einem mittleren Erdbeben und ließ im weit entfernten Manhattan zahlreiche Glasfassaden und Fenster zu Bruch gehen. Auch die näher gelegene Freiheitsstatue wurde schwer beschädigt. Am Tatort selbst kamen sieben Menschen ums Leben. Kurz darauf, am 11. Januar 1917, kam es in der Nähe von New York zu einer ähnlich gewaltigen Explosion in einer kanadischen Waggonfabrik, in der Munition hergestellt wurde. Diesmal gab es keine menschlichen Opfer, doch der materielle Schaden war immens. Auch hierfür ließ sich die Tatbeteiligung deutscher Agenten nachweisen, die in die Belegschaft eingeschleust worden waren.

Als Teil der Friedensregelung mit Deutschland wurde nach Kriegsende eine Schiedskommission *(Mixed Claims Commission)* eingerichtet, die ihre Arbeit erst 1939 abschloß.[47] Da Hitlers Regierung jedoch die Entschädigungsforderung nicht anerkannte, wurde erst 1953 eine Kompensation von 50 Millionen Dollar festgelegt, welche die

Bundesrepublik bis 1979 abstotterte. Reinhard Doerries, der sich in vielen Publikationen mit den deutschen Spionage- und Sabotageaktivitäten in den USA befaßt hat, kommt zu dem Schluß, daß diese, neben dem unbeschränkten U-Boot-Krieg und der Verweigerung diplomatischer Vermittlungen zur Beendigung des Krieges, ein dritter wesentlicher Grund für den amerikanischen Kriegseintritt waren. Wie die beiden anderen waren sie das direkte Ergebnis der deutschen Kriegführung, die spätestens seit 1916 fast vollständig in der Hand der Obersten Heeresleitung lag.[48] In seiner berühmten Rede vor dem amerikanischen Kongreß (am 2. April 1917) zur Begründung der Kriegserklärung wies Präsident Wilson auf «Spione und kriminelle Machenschaften» hin, die seit Kriegsbeginn auf amerikanischem Boden hinreichend bewiesen hätten, daß die deutsche Regierung der «preußischen Autokratie» den Frieden mit den USA nicht gewollt habe.

Lenin und die Folgen

Man kann von dieser politisch hochriskanten Politik der deutschen Militärführung nicht sprechen, ohne sogleich an das gewiß fatalste geheimdienstliche Husarenstück zu denken: die Unterstützung der bolschewistischen Revolution in Rußland.

Da es im kaiserlichen Deutschland keinen umfassend operierenden Auslandsnachrichtendienst gab, sondern nur eine Abteilung im Großen Generalstab (Abteilung III B), haben sich vielerlei Behörden mit der Gewinnung von Nachrichten sowie mit der Abwehr ausländischer Spionage befaßt. Der überaus sachverständige Historiker Jürgen W. Schmidt hat diese Verflechtung des zunächst sehr kleinen militärischen Geheimdienstes mit der Polizei, den Zollbehörden sowie verschiedenen zivilen Verwaltungen akribisch rekonstruiert.[49] Doch im Ausland blieb es weitgehend dem Auswärtigen Amt überlassen, unterstützt durch die Militärattachés, Spionage zu betreiben und während des Krieges Propaganda sowie Sabotageaktivitäten zu organisieren und auch zu finanzieren.

Es fiel somit keineswegs aus dem Rahmen, daß das Auswärtige Amt im Zuge seiner Kriegspropaganda diejenigen Organisationen unterstützte, welche in den Feindstaaten subversiv gegen die Kriegsanstrengungen tätig waren. In Rußland waren es vor allem die Bolschewiki, die seit der

Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahr 1903 gegen ihre einstigen innerparteilichen Gegner, die Menschewiki, mit besonderer Heftigkeit kämpften. Im Krieg profilierten sich die Bolschewiki mit der Parole eines sofortigen Friedens, wobei ihr eigentliches politisches Ziel der totale politische Umsturz blieb. Es verwundert somit nicht, daß das Auswärtige Amt unter Richard von Kühlmann, dem Nachfolger Zimmermanns, auf die Idee kam, die Propaganda der Bolschewiki – neben derjenigen von verschiedenen separatistischen Bewegungen – zu finanzieren. Erst dadurch, so Kühlmann im Dezember 1917, konnten diese ihre wichtigste Zeitung, die *Pravda*, in riesigen Auflagen drucken und damit die Anhängerschaft der Partei vergrößern.[50]

Als bedeutendster Verbindungsmann galt ein gewisser Alexander Helphand (genannt Parvus), dessen Biographie mehr als abenteuerlich war. Er war eine Mischung aus Geschäftsmann und politischem Agitator, reiste unaufhörlich zwischen Rußland und Deutschland hin und her, pflegte Beziehungen zu Sozialisten und Revolutionären der unterschiedlichsten Sorte, darunter auch zu Lenin und Trotzki, die er bereits während ihrer Aufenthalte in München (zwischen 1900 und 1905) kannte. In der deutschen Sozialdemokratie galt er sogar als wichtiger Theoretiker, der sich in der Parteipresse zu der umstrittenen Frage äußerste, auf welchem Weg der Sozialismus herbeizuführen sei.

Bereits im Februar 1915 legte Parvus dem Auswärtigen Amt einen detaillierten Plan vor, wie man in Rußland durch die heimliche Unterstützung von Streiks, separatistischen Bewegungen und Sabotageakten tätig werden könne. Durch seine zahlreichen internationalen Verbindungen und seinen Geschäftssinn war er dafür prädestiniert, deutsches Geld auf versteckten Wegen an die entsprechenden Organisationen zu verteilen, vor allem an die Bolschewiki.

Diese wiederum waren ebenfalls sehr geschickt im Umgang mit Geheimdiensten. Nach der Februarrevolution von 1917, in der die Zarenherrschaft gestürzt wurde, war aus den Akten des zarischen Geheimdienstes *Ochrana* erkennbar geworden, daß die Bolschewiki mehr als jede andere Oppositionsgruppe in Rußland mit *Ochrana*-Spitzeln durchsetzt waren. In der St. Petersburger Parteiführung waren es vier von fünf Vorstandsmitgliedern. Unter den sechs Bolschewiki-Abgeordneten in der 1912 gewählten *Duma* (Nationalparlament) befand sich Roman Malinowski, der zum Fraktionsvorsitzenden bestimmt wurde und den

Lenin höchstpersönlich über mehrere Jahre gegen den Verdacht einer Spitzeltätigkeit in Schutz nahm. (Malinowski floh 1914 aus Rußland, kehrte 1918 zurück und wurde nach seiner Verurteilung durch ein Revolutionsgericht am 6. November 1918 in den Kremlgärten erschossen.) [51]

Aus Schaden klug geworden, wollte man auf keinen Fall die Herkunft der Gelder preisgeben, mit denen die riesige Propagandamaschine der Bolschewiki finanziert wurde. Somit ist es durchaus vorstellbar, daß Lenin selbst mit Parvus im entscheidenden Jahr 1917 keinen direkten Kontakt hatte, wie er im nachhinein behauptete. Doch der Versuch, die üppig gefüllte Parteikasse mit den Beiträgen der Mitglieder zu erklären, wie es noch heute durch Apologeten des Kommunismus geschieht, ist lächerlich. [52] Die von Lenin selbst genannte Zahl von 1,4 Millionen Zeitungen pro Woche – verteilt auf 17 Tageszeitungen der Bolschewiki (im August 1917) – ist ohne finanzielle Hilfe von außen schlichtweg nicht vorstellbar.[53] Tatsächlich hat der reformistische deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein bereits in einem *Vorwärts*-Artikel von 1921 vorgerechnet, daß die Bolschewiki aus den Kassen des Auswärtigen Amtes über 50 Millionen Goldmark erhielten. Diese Zahl ergebe sich aus den Unterlagen, die man, neben anderen geheimen Akten der Kriegszeit, in der Registratur des Ministeriums gefunden habe.[54] Spätere historisch-wissenschaftliche Nachprüfungen bestätigten diesen Befund.

Um die Bolschewiki zu einem Instrument für die Kapitulation Rußlands werden zu lassen, bedurfte es zweier zusätzlicher Schritte. Lenin mußte aus seinem Schweizer Exil nach Rußland befördert werden, und sein Kurs eines sofortigen Friedens mußte sich in Rußland durchsetzen. Den ersten Schritt organisierte die deutsche Militärführung, indem sie Lenin nach der russischen Februarrevolution in einem Sonderabteil (nicht in einem plombierten Zug oder Waggon, wie man oft liest) von Zürich über Frankfurt, Berlin und Saßnitz ins neutrale Schweden, und von dort über Stockholm zur schwedisch-finnischen Grenze bei Haparanda bringen ließ, begleitet von zwei deutschen Offizieren.

Als Lenin schließlich am 16. April 1917 in Petrograd (dem umbenannten St. Petersburg) eintraf, stellte sich heraus, daß nicht nur, wie bekannt, die neue republikanische Regierung für eine Fortsetzung des Krieges plädierte, sondern auch die Petrograder Führung der Bolschewiki. Lenin brauchte mehrere Wochen, um die Partei auf seinen Kurs eines sofortigen Friedens ohne Rücksicht auf die Konditionen, also einer Kapitulation, zu bringen.

Als die Bolschewiki schließlich im November durch einen Putsch an die Macht kamen, verfolgten sie das Ziel der sofortigen Kriegsbeendigung gegen alle Widerstände, auch in den eigenen Reihen. Um diese Widerstände zu überwinden, floß erneut erhebliches Geld aus deutschen Regierungskassen. Wiederum setzte sich die Dritte Oberste Heeresleitung für diese finanziellen Maßnahmen ein. Dafür gibt es auf offizieller deutscher Seite hinreichende Belege. Selbst nach Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litowsk im März 1918 befürchtete man in Berlin noch, die Entente-Mächte könnten versuchen, Rußland erneut in den Krieg zu ziehen, nicht zuletzt durch Bestechungsgelder. «Nie war das käufliche Rußland käuflicher als jetzt», seufzte der deutsche Diplomat Graf Mirbach, der das Revolutionsgeschehen in der deutschen Botschaft erlebte. [55]

Mirbach wurde im Juli 1918 ermordet, offensichtlich als Symbolgestalt des unpopulären Friedensschlusses und damit als Versuch, die Revolution doch noch zum Kriegskurs zurückzuführen. Der erzürnte Lenin war unsicher, ob der Leiter seines eigenen Geheimdienstes, Felix Dserschinski, hinter dieser Tat steckte. Er wurde abgesetzt, durfte jedoch nach einigen Wochen wieder in sein Amt zurückkehren.[56]

Die politisch-militärische Führung in Deutschland mochte damals ihre geheimen subversiven Aktivitäten in Rußland als großen Erfolg gewertet haben, der nicht unerheblich zur russischen Kapitulation und zum (vorübergehenden) Auseinanderfallen des russischen Imperiums beitrug. Doch die weltpolitischen Konsequenzen waren ungeheuerlich, wie sich bald zeigen sollte. Ähnlich fatal war lediglich Hitlers Einladung an die Sowjetunion im August 1939, auf dem Weg der Aufteilung Polens den bolschewistischen Herrschaftsbereich bis in die Mitte Europas auszudehnen.

6 Vier Gegner im 20. Jahrhundert: Kommunisten, Faschisten/Nationalsozialisten, Kapitalisten und «Terroristen» der Dritten Welt

Mit der bolschewistischen Revolution begann das ideologische Zeitalter der Geheimdienstgeschichte. Wenn man von der schlichten Kurzformel ausgeht, daß staatliche Geheimdienste zu den Instrumenten der Verteidigung gehören, so hilft der Begriff des ideologischen Zeitalters, zwei wichtige und historisch weitgehend neue Sachverhalte zu verstehen. Erstens gab es jetzt ein neues Feindbild für den Staat, bei dem es nicht mehr in erster Linie um Konflikte um Macht, Einfluß, Territorien und Ressourcen ging, sondern um die *ideologische Orientierung* des feindlichen Staates. Diese Orientierung betraf nicht mehr nur die Regierungs- und Gesellschaftsspitze, wie es beim Kampf um Monarchie und Adelsprivilegien im 18. und 19. Jahrhundert der Fall gewesen war, sondern die gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einschließlich der Wertorientierung, also des politisch-gesellschaftlichen Denkens im weitesten Sinn des Wortes. Später führte man den Begriff «totalitär» ein, um auszudrücken, wie umfassend der Herrschaftsanspruch der neuen Ideologien war (und ist). Daß die traditionellen Gründe für internationale Machtrivalitäten weiterhin wichtig blieben, muß allerdings sogleich hinzugefügt werden. Die Ideologie konnte durchaus ein Vorwand sein, um andere Völker und Territorien zu erobern.

Zweitens war man nun von der Vorstellung geleitet, daß sich die Unterscheidung zwischen äußeren und inneren Feinden nicht mehr so klar treffen ließ, wie sie im modernen bürokratischen Staat des 19. Jahrhunderts auf der institutionellen Ebene festgelegt war. Nachdem man in einem langwierigen Prozeß endlich Polizei und Militär, äußere und innere Spionage fein säuberlich getrennt hatte, ergaben sich zunehmend Probleme mit dieser Einteilung, denn feindliche Staaten benutzten neben den herkömmlichen Machtinstrumenten (Finanzen, Handel, Militär) nunmehr subversive Instrumente, die den feindlichen Staat von innen zu

destabilisieren suchten. Das Wort von der «fünften Kolonne» wurde im Spanischen Bürgerkrieg geprägt. Es bezieht sich auf subversive Oppositionskräfte mit ideologischer Ausrichtung, die von außen unterstützt und gesteuert werden. Völkerrechtlich gesprochen, handelte es sich um eine unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen (souveränen) Staates. Um nicht nach außen hin als Rechtsbrecher zu erscheinen, benutzten die Staaten ihre Geheimdienste für diese Zwecke.

Vollkommen neu war diese Praxis gewiß nicht. Auch die Ideologie als Leitkonzept für die innere und äußere Politik eines Staates hatte ihre Vorläufer, die sich in der Neuzeit während der Religionskriege und später in den politisch-ideologisch bestimmten Amerikanischen und Französischen Revolutionen finden. Unbestreitbar neu waren indessen die technischen Mittel und der Rahmen des bürokratischen Machtstaates, die völlig neue Horizonte für das Wirken der Geheimdienste eröffneten.

Die Repression in der jungen Sowjetunion

Nachdem die Bolschewiki die Macht ergriffen hatten, ohne sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen zu können, ja ohne den Rückhalt jenes «Proletariates», in dessen Auftrag sie angeblich handelten, blieb ihnen nur der Weg in die Diktatur, wenn die einmal eroberte Macht im Staat gesichert werden sollte. Mit Waffengewalt trieben sie am 5. Januar 1918 die frei gewählte Konstituante (verfassunggebende Nationalversammlung) auseinander, in der sie nur 25 Prozent der Sitze errungen hatten. Daraufhin kam es zwar nicht zu den erwarteten Massenaufständen, doch es formierte sich rasch eine aus verschiedenen Gruppierungen bestehende Opposition, die mit brutaler Gewalt niedergeschlagen wurde. Dabei bedienten sich Lenin und seine Genossen der bereits im Dezember 1917 eingerichteten «Außerordentlichen Allrussischen Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution, Spekulation und Sabotage», aus der schließlich die von Felix Dserschinski geführte *Tscheka* hervorging, der berüchtigte sowjetische Geheimdienst. Die vollständige Abkürzung im Russischen lautete *Wetscheka*, während *Tscheka* nur die regionalen Elemente bezeichnete, doch daraus wurde schließlich der Traditionsname, der allen kommunistischen Geheimdiensten als Vorbild diente. Bis zum Untergang der DDR bezeichneten sich die MfS-Mitarbeiter als Tschekisten, obgleich

übrigens die *Original-Tscheka* bereits 1922 aufgelöst wurde, um deren Aufgabe in die Hände des sowjetischen Militärs zu legen.[1]

Rapide entwickelte sich die Zahl der Mitarbeiter von geschätzten 600 im März 1918 auf 40.000 (Ende 1918) und schließlich auf 280.000 (Anfang 1921). Man kann sich denken, daß eine sorgfältige Ausbildung unter diesen Umständen noch nicht möglich war. Als erster Leitfaden diente ein Handbuch, das über weite Strecken von einem ausführlicheren Werk der zarischen *Ochrana* abgeschrieben wurde. In gewissem Umfang mußten auch hier, wie beispielsweise in der Roten Armee, «bürgerliche Experten» übernommen werden, um wenigstens einen minimalen Standard von Professionalität zu erreichen.

Auf Anweisung Lenins wurden ab August 1918 spezielle Gefangenenlager für politische Häftlinge eingerichtet, die ausdrücklich als «Konzentrationslager» bezeichnet wurden – ein Begriff, der im britischen Burenkrieg verwendet wurde, um Lager für die feindliche Zivilbevölkerung zu bezeichnen, die auf diesem Weg von den Guerillakämpfern der Buren separiert werden sollten.[2] Zuerst soll er allerdings im spanisch-kubanischen Kolonialkrieg von 1896 in einem ähnlichen Sinn benutzt worden sein. In den sowjetischen «Konzentrationslagern», die den Anfang des späteren GULAG-Systems bildeten, befanden sich bald Zehntausende von Häftlingen, wobei die Zahlen nur deshalb vergleichsweise gering blieben, weil die meisten der neuen Staatsfeinde sofort umgebracht wurden.

In der Bezeichnung *Tscheka* waren bereits die hauptsächlichen Delikte genannt, die es zu verfolgen galt: Konterrevolution, Spekulation und Sabotage. Später wurde noch das Delikt des Amtsmißbrauches hinzugefügt. Diese Delikte beziehen sich vor allem auf zwei gesellschaftliche Gruppen: Beamte und selbständige Bauern. Die einen drohten durch «konterrevolutionäres» Verhalten, beispielsweise durch den am 19. Dezember 1917 verkündeten Streik sämtlicher Staatsbeamter, den Staatsapparat lahmzulegen. Vor dem zuständigen Revolutionsausschuß sagte Dserschinski: «Jetzt ist der Feind hier in Petrograd, mitten im Herzen. (…) Ich schlage vor, ich verlange, daß wir mit revolutionärer Gewalt gegen diese Konterrevolutionäre vorgehen.»[3] Die Bauern und Händler hatten die Macht über die Versorgung der Städte und der Streitkräfte. Gegen sie führte das Sowjetregime bald einen Vernichtungsfeldzug, für den der Begriff «Soziozid» nicht übertrieben ist. Anstatt einer ethnischen Gruppe, wie beim «Genozid», richtete sich diese

Kampagne der Vernichtung gegen eine sozioökonomische Gruppe, nämlich die freien Bauern und Händler.[4]

Die Tätigkeit der *Tscheka* war zunächst darauf beschränkt gewesen, «vorläufige Ermittlungen» gegen Verdächte einzuleiten, doch bereits im Januar 1918 wurde sie ermächtigt, Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Im Februar erhielt sie von Lenin die schriftliche Anweisung, Konterrevolutionäre «gnadenlos durch Kommandos [der *Tscheka]* umzubringen».[5] Diese Vorgehensweise paßte zur Mentalität von Dserschinski, der als Geheimdienstchef mit kalter Brutalität vorging. Wie Lenin und zahlreiche weitere führende Bolschewiki entstammte er keineswegs dem Proletariat. Seine Herkunft aus einer polnischen Adelsfamilie mit katholisch-patriotischem Hintergrund erklärt möglicherweise seinen Haß auf die russische Vorherrschaft in Polen. Daß er allerdings zum Berufsrevolutionär wurde, der elf Jahre in Straflagern und Gefängnissen verbrachte, ist eher seinem Fanatismus als der russischen Repression zuzuschreiben. Diese läßt sich nämlich mit dem Ausmaß staatlicher Brutalität während der Sowjetzeit nicht entfernt vergleichen. Selbst während der Attentatsserie in den 1880er Jahren, denen immerhin ein Zar (Alexander II. im Jahr 1881) zum Opfer fiel, gab es nur 17 Exekutionen wegen politisch motivierter Verbrechen.[6] Daß ein politischer Serientäter wie Dserschinski immer wieder fliehen konnte oder aus der Haft entlassen wurde (zuletzt im März 1917), wäre in der Sowjetzeit völlig undenkbar gewesen. Allein die Tscheka in Petrograd brachte es bis September 1918, also in nur einem Dreivierteljahr, auf über 500 Exekutionen.[7]

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die meisten Verluste des bis 1921 dauernden Russischen Bürgerkrieges nicht auf das Konto der *Tscheka* gingen. Verständlicherweise gibt es keine genauen Zahlen, doch Schätzungen belaufen sich auf 250.000.[8] Die Gesamtzahl der zivilen Opfer im Bürgerkrieg dürfte bei 8 Millionen gelegen haben. Hinzu kamen rund 770.000 gefallene Soldaten. Damit überstiegen in der Bevölkerung des ehemaligen russischen Reiches die Bürgerkriegsverluste die Verluste während des Ersten Weltkrieges mindestens um das Vierfache.

Die frühen sowjetischen Auslandsoperationen

Bereits im Februar 1920 soll Dserschinski die Devise ausgegeben haben,

daß die Sammlung von Informationen die eigentliche Aufgabe der *Tscheka* sei, und zwar mit dem Ziel, konterrevolutionäre Aktivitäten und Gruppierungen möglichst frühzeitig auszuschalten. Insbesondere sollten Verbindungen zu Emigranten aufgespürt werden, die aus dem Ausland den anhaltenden Widerstand gegen die Bolschewiki organisierten. Bei geschätzten zwei Millionen, die vor den Bolschewiki ins Ausland flohen, war das eine gewaltige Aufgabe, für die eine besondere Auslandsabteilung gegründet wurde. Diese spezialisierte sich zunächst darauf, Tschekisten als diplomatisches Personal getarnt oder als Mitglieder von Handelsdelegationen zu entsenden. Erst Ende der 1920er Jahre begann man, parallel zu diesen durch offizielle Funktionen getarnten Agenten auch sogenannte Illegale zu entsenden, die unter einer falschen Identität und ohne sichtbare Verbindung zum Sowjetstaat im Ausland tätig wurden.

Die ersten dieser Agenten wurden 1921 nach Estland entsandt, das als Drehscheibe westlicher Geheimdienste und subversiver Emigrantentätigkeit galt, sowie nach Warschau und Ankara. Doch London und Paris galten als die gefährlichsten Zentren kapitalistischer Subversion. Hier knüpfte die *Tscheka* an eine Praxis an, die bereits zur Zarenzeit eine Rolle gespielt hatte. Am Ende des 19. Jahrhunderts soll es bis zu 5000 russische Emigranten gegeben haben, die – friedlich oder nicht – auf den Sturz der Zarenherrschaft hinarbeiteten. Deshalb baute die russische Geheimpolizei im Ausland, vor allem in den westeuropäischen Großstädten, ein Agentennetzwerk zur Beobachtung auf, wovon das bedeutendste unter Leitung eines gewissen Peter Rachkowsky in Paris tätig war. Seine Bedeutung rührte damals aus der engen Zusammenarbeit mit den französischen Sicherheitsbehörden, die ihrerseits den gewalttätigen Anarchismus bekämpften. (Man erinnere sich, daß 1894 der französische Staatspräsident Sadi Carnot bei einem Attentat ermordet wurde.)[9] Für die französischen Sicherheitsbehörden waren deshalb die russischen Geheimdienstaktivitäten in Paris eine willkommene Ergänzung der eigenen.

In dieser Hinsicht war die Situation seit den frühen 1920er Jahren eine völlig andere, denn die westlichen Regierungen hatten verständlicherweise an der Bekämpfung des antisowjetischen Widerstandes kein Interesse. Deshalb mußte die *Tscheka* nun unter anderen Voraussetzungen arbeiten und neue geheimdienstliche Kampfmethoden entwickeln, insbesondere solche der Unterwanderung und der Täuschung.

Ein erster Erfolg gelang ihr gegenüber der «Gesellschaft zur Verteidigung des Mutterlands und der Freiheit», welche der Sozialrevolutionär Boris Sawinkow leitete, der bereits im Bürgerkrieg sowie im sowjetischpolnischen Krieg von 1920/21 eine Rolle gespielt hatte. Sawinkow kooperierte mit dem polnischen Nachrichtendienst, lebte jedoch selbst in Paris. In der Person des Alexander Opperput, der sich als Deserteur der sowjetischen Seite ausgab, gelang es der *Tscheka*, einen Vertrauten in Sawinkows Nähe zu plazieren. Es begann die Operation SINDIKAT. Im Juli 1923 veranlaßte ein GPU-Offizier – die *Tscheka* war 1922 umbenannt worden – Sawinkow zu einer heimlichen Reise von Paris nach Moskau, wo er angebliche Untergrundführer treffen sollte. In Wirklichkeit landete er beim Obersten Sowjetischen Gerichtshof, wo er zum Tode verurteilt, seltsamerweise dann jedoch begnadigt wurde und kurz darauf in der berüchtigten Lubjanka «durch einen Unfall» zu Tode kam.[10] Zwei Jahre zuvor hatte man bereits 44 «Mitverschwörer» abgeurteilt, wie die Regierungszeitung *Iswestija* meldete.

Noch wirksamer und raffinierter war die «Operation TREST». Ende 1921 kontaktierte der Tschekist Alexander Jakuschew in Estland den Vertreter einer in Berlin ansässigen Organisation russischer Monarchisten und eröffnete ihm, es gebe in Rußland eine geheime, wohlorganisierte monarchistische Bewegung. Eine ähnliche Kontaktaufnahme mit einer in Paris ansässigen Schwesterorganisation wurde hergestellt. Mit Hilfe weiterer *Tscheka-Agenten* wurde ein Netzwerk aufgebaut, das immer tiefer in die monarchistischen Emigrantenkreise hineinreichte. Dabei fingierte die *Tscheka* selbst die aus der Sowjetunion verschickten Nachrichten, die teilweise sogar mit der Diplomatenpost westlicher Staaten versandt wurden. Auf diesem Weg gelang es dem sowjetischen Geheimdienst, finanzielle Ressourcen der Emigranten zu plündern und zugleich die westlichen Geheimdienste für diese fingierten Untergrundorganisation Trest (= Trust) zu interessieren. Zutreffende Meldungen wurden geschickt mit fingierten Parolen vermischt, um die westlichen Geheimdienste hinters Licht zu führen.

In diesen Zusammenhang gehört die mysteriöse Figur des Sidney Reilly, die in einer zwölfteiligen britischen Fernsehserie (1983) mit Sam Neill popularisiert wurde. Reilly, der eigentlich Shlomo Rosenblum hieß und 1873 in Odessa geboren wurde, läßt sich am besten als phantasievoller Geheimdienst-Entrepreneur verstehen. Er war vor dem Ersten Weltkrieg als Informant für den britischen Polizeigeheimdienst *Special Branch* in

London tätig gewesen. Während der russischen Oktoberrevolution arbeitete er mutmaßlich für den britischen Geheimdienst MI- 6, doch seine Karriere ist voll von Rätseln, mittlerweile nachgewiesenen Unwahrheiten und Abenteuern. Deshalb ist durchaus verständlich, warum MI- 6 ihn zwar immer wieder benutzte, aber nie in seine eigenen Reihen aufnahm.[11]

Es kann nicht verwundern, daß Reilly in die Trest-Affäre verwickelt wurde. Der für Operationen in der Sowjetunion zuständige MI-6-Stationsleiter in Helsinki, Ernest Boyce, befürwortete eine Kontaktaufnahme Reillys mit Vertretern von Trest, die ihn überredeten, mit ihm in Finnland zu verhandeln. Dort wiederum vermochte Jakuschew seinen Gesprächspartner davon zu überzeugen, nach Moskau zu kommen, um die Führung der Trest-Organisation kennenzulernen. In Wirklichkeit wurde er kurz nach dem Grenzübertritt von GPU-Agenten überwältigt und nach Moskau in die Lubjanka verfrachtet. Aus späteren sowjetischen Berichten wird klar, daß Reilly sein Wissen über die russischen Emigrantenorganisationen sowie über den britischen Auslandsgeheimdienst preisgab, ehe er im November 1925 auf einer nächtlichen Autofahrt in einem Wald erschossen wurde. Entgegen der ursprünglichen Vermutung, seine Leiche sei im Wald verscharrt worden, geht aus nun zugänglichen Quellen hervor, daß seine Leiche im Krankenzimmer der Lubjanka aufgebahrt wurde, um die Tschekisten den Triumph vollends auskosten zu lassen.[12]

Seltsamerweise lebte Trest noch bis 1927 fort, als Opperput nach Finnland reiste und dort die ganze Täuschungsaktion der Presse offenbarte. Ob er gezielt durch das GPU für diesen Zweck eingesetzt wurde, um die westlichen Geheimdienste der Lächerlichkeit preiszugeben, bleibt unklar.[13] Sicher ist allerdings, daß den westlichen Geheimdiensten und den russischen Emigranten ein riesiger Schaden zugefügt wurde.

Ein sehr viel längerfristig angelegtes Instrument der sowjetischen Geheimdienstarbeit war die enge Zusammenarbeit mit den im Westen gegründeten kommunistischen Parteien. Von einer echten, also partnerschaftlichen Zusammenarbeit kann hier schon deshalb keine Rede sein, weil Moskau über alles bestimmte. Wer sich diesem Diktat widersetzte und nationale oder eigenständige «Wege zum Sozialismus» vertrat, fiel dem geballten Zorn der Moskauer Zentrale anheim. Als zentrales Steuerungsinstrument wurde im März 1919 die Kommunistische Internationale gegründet, zu deren Präsident man Grigori Sinowjew

bestimmte. Zunächst sollte diese Organisation hauptsächlich dazu dienen, möglichst rasch die bolschewistische Revolution zu exportieren, insbesondere in das durch die militärische Niederlage zerrüttete Deutschland und Österreich. Zu diesem Zweck wurden im Oktober 1919 zwei geheime Außenposten in Berlin und Amsterdam eingerichtet, von denen jedoch der Amsterdamer rasch ins Visier der niederländischen Polizei geriet und damit unbrauchbar wurde. Bereits im April 1920 mußte er geschlossen werden.

Das Berliner Büro spielte eine wichtige Rolle im kommunistischen Revolutionsversuch vom März 1921 in der mitteldeutschen Industrieregion um Halle. Der ungarische Berufsrevolutionär Bela Kun leitete eine geheime Komintern-Delegation, die Anfang März in Berlin eintraf. Zwei Wochen später begann der kommunistisch organisierte Generalstreik, auf den die deutschen Behörden mit dem Notstandsrecht reagierten, welches Reichspräsident Friedrich Ebert für die betroffenen preußischen Provinzen anordnete. Mehrere hundert Streikende kamen ums Leben. Über 3000 Arbeiter wurden festgenommen. Tausende verloren ihre Arbeit. Es war eine beschämende Niederlage für die KPD. Der kurz vor den Aktionen zurückgetretene Parteivorsitzende Paul Levi, der die von der Komintern aufgezwungene «Offensivstrategie» ablehnte, nannte öffentlich die Komintern als Rädelsführer des mißglückten Aufstandes, wurde jedoch der Lüge bezichtigt. Erst fünf Jahre später bestätigte die parteioffizielle Biographie Bela Kuns, daß dieser im März 1921 nach Deutschland gereist war.[14]

Auf diesem Weg war die Bolschewisierung Europas also nicht zu erreichen, wie Lenin selbst eingestehen mußte. Doch die Komintern blieb weiterhin eine Art Geheimdienst, und zwar in erster Linie zur Durchsetzung der Linientreue in den kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion. Der zweite Kominternkongreß im Sommer 1920 schrieb allen Parteien das Prinzip des «demokratischen Zentralismus» vor, mit dem das Exekutivkomitee der Komintern faktisch den kommunistischen Parteien als weisungsbefugtes Organ übergeordnet wurde. Die weitgehend aus Lenins Feder stammenden «21 Leitsätze» verpflichteten alle Komintern-Mitglieder: «Die Reformisten aller Schattierungen systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.» Alle wurden verpflichtet, «einen parallelen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen».[15] Gemeint war offensichtlich eine subversive

Geheimorganisation. Doch das wichtigste Instrument der Kontrolle waren die Moskauer Vertrauensleute («die Augen Moskaus»), welche in aller Welt in den Spitzengremien der kommunistischen Parteien saßen, um geheime Berichte nach Moskau zu senden. Sie allein genossen das Vertrauen Moskaus, nicht die örtlichen Führer, wie Paul Levi 1921 schrieb. Und er fügte hinzu: Das Exekutivkomitee der Komintern sei außerhalb der russischen Grenzen als *Tscheka* tätig.[16]

Dieses Prinzip der internen Kontrolle wurde später auf alle kommunistischen Organisationen übertragen, insbesondere auf alle wichtigen Sicherheitsorgane der osteuropäischen Satellitenstaaten nach 1945. Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Tatsache, daß praktisch alle derartigen Organisationen aus Moskau finanziell unterstützt wurden. Die sowjetischen Zahlungen bildeten ein Kontrollinstrument und begründeten zugleich Abhängigkeiten, beispielsweise für Publikationen und Posten. In der Frühzeit war dieser Zahlungsverkehr gelegentlich recht primitiv angelegt. Es gibt Berichte, nach denen Edelsteine und Gold geschmuggelt wurden, um die ausländischen Getreuen zu finanzieren. Unter anderem soll es sich um konfiszierten Schmuck von «Konterrevolutionären» gehandelt haben.[17] Später ging man zu moderneren Formen der Finanztransaktionen über. Die Praxis des persönlich übergebenen Geldkoffers (selbstverständlich in harter Westwährung) dauerte bis zum Ende des europäischen Kommunismus an.

Der Weg zur Diktatur Stalins

Nach Lenins Tod (1924) brach in der Sowjetunion ein äußerst harter ideologischer Kampf aus, den Stalin zum Aufbau seiner persönlichen Diktatur benutzte. Es war die Zeit der «Säuberungen» während der 1930er Jahre. Dabei wurde der Apparat der Komintern praktisch liquidiert, weil das Führungspersonal in den Augen Stalins als unzuverlässig galt. Sinowjew traf es besonders hart und besonders früh. Er wurde bereits 1927 aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er im Kampf zwischen Trotzki und Stalin mehrmals die Seiten gewechselt hatte. 1933 durfte er zunächst in die Partei zurückkehren, wurde jedoch 1936 in einem Schauprozeß verurteilt und in der Lubjanka erschossen. Daß er sich bei den erzwungenen Geständnissen selbst als Faschisten bezeichnen mußte (als Jude im Jahr 1936!), charakterisiert die Atmosphäre. Am Ende seines

Prozesses sagte er in seinem Schlußwort am 23. August 1936: «Mein defekter Bolschewismus hat sich in Antibolschewismus verwandelt und über den Trotzkismus bin ich zum Faschismus gelangt. Der Trotzkismus ist eine Abart des Faschismus, der Sinowjewismus aber eine Abart des Trotzkismus.»[18] Übrigens soll er sich im Angesicht des Todes mit Gebeten zu seinem Judentum bekannt haben.

Als Unschuldsengel wird man Sinowjew nicht bezeichnen wollen. Die Komintern hatte selbst ihre «Abtrünnigen» brutal verfolgt, insbesondere nach der «Kronstadt-Revolte» vom März 1921. Dabei handelte es sich um ein besonders schändliches Kapitel sowjetischer Paranoia, das übrigens viele eingefleischte Kommunisten dazu bewegte, sich vom Moskauer Kurs abzuwenden. Insofern war Kronstadt durchaus mit der brutalen Niederschlagung des Ungarischen Aufstandes von 1956 vergleichbar.

Was war 1921 geschehen? Ausgerechnet die Marinegarnison in Kronstadt (einer Festungsinsel bei Petrograd), die während der Oktoberrevolution eine Schlüsselrolle zugunsten der Bolschewiki gespielt hatte, protestierte nun gegen deren Gewaltherrschaft mit der Forderung «Alle Macht den Sowjets – keine Macht der Partei!».[19] In ihrem Manifest *Wofür wir kämpfen* stellten sie speziell die *Tscheka* an den Pranger: «… die Folterkammern der *Tscheka* sind weitaus schrecklicher als die Polizeiherrschaft im Zarenregime.» In seinem Bericht an Lenin verstieg sich Dserschinski zu der absurden Behauptung, die Kronstädter Revolte sei das Werk französischer Geheimdienstagenten in Riga. Frankreich plane, sich in der Ostsee zu etablieren. Am 17. März marschierte Trotzkis Rote Armee mit 50.000 Soldaten über das Eis zur Festung Kronstadt und metzelte einen Großteil der 10.000 Aufständischen nieder. Beteiligt waren auch Kampfabteilungen der *Tscheka*.

Lenin war klar, daß sein Regime am Ende eines fürchterlichen Bürgerkrieges und ohne Aussicht auf raschen Export der bolschewistischen Revolution eine Phase der Konsolidierung brauchte. Um weitere Hungersnöte abzuwenden, leitete er eine «Neue Ökonomische Politik» ein, die unter anderem privaten Händlern und Handwerkern eine Fortführung oder Wiederaufnahme ihres privatwirtschaftlichen Broterwerbes gestattete. Zugleich sollten ausländische Investoren geworben werden, um vor allem für Rußlands Rohstoffe bessere Exportchancen und damit bessere Verdienstmöglichkeiten für die sowjetische Staatskasse zu sichern. Diesem Ziel dienten auch die Handelsverträge, welche die Sowjetführung im gleichen März 1921 mit Großbritannien und bald danach mit

Deutschland (Mai 1921), Italien und anderen westlichen Staaten abschloß.

Die erste Blüte der sowjetischen Auslandsspionage

Die neuen Kontakte zum Westen dienten zugleich der subversiven geheimdienstlichen Arbeit, denn die nun eingerichteten Handelsmissionen boten die Möglichkeit, sowjetische Geheimagenten in westliche Hauptstädte zu holen, wo es zunächst noch keine diplomatischen Vertretungen gab. Dieser diplomatische Durchbruch gelang erst mit dem Rapallo-Vertrag vom April 1922, der zwischen Deutschland und der Sowjetunion diplomatische Beziehungen etablierte. Es folgte die diplomatische Anerkennung durch Großbritannien (Februar 1924) und Frankreich (Oktober 1925). Die USA schlossen sich erst 1933 diesem Beispiel an. Selbstredend dienten die sowjetischen Botschaften als Außenposten der GPU.

Die Entscheidung, ausländische Kommunisten und Sympathisanten der Sowjetunion zu Geheimdienstagenten zu machen, erwies sich als sehr erfolgreich, zugleich jedoch in einem technischen Sinn als ein großer Fehler. Die Parteimitgliedschaft der Agenten gab nämlich der westlichen Gegenspionage ein äußerst patentes Muster an die Hand, um sowjetische Spione ausfindig zu machen.

Die Rekrutierung von Agenten aus dem Kreis der kommunistischen Parteimitglieder und Sympathisanten war vor allem erfolgreich, weil in den 1930er Jahren unter jungen westlichen Intellektuellen, vor allem bei den rebellischen Söhnen und Töchtern der privilegierten Gesellschaftsschichten, eine seltsame Begeisterung für das «Sowjetexperiment» aufkam. Diese Begeisterung schlug sich in unzähligen Reiseberichten, Artikeln und Büchern nieder, aber auch in Organisationen, Vereinen und privaten Zirkeln. Sie vertiefte sich noch weiter, als im Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion zum Bündnispartner Großbritanniens und der USA wurde. Zugleich entstanden wegen des Krieges Tausende neuer Jobs in den Regierungsapparaten, für die kein erfahrenes Personal zur Verfügung stand. Also mußte man vielversprechende junge Leute (zumeist «aus gutem Hause») direkt in den Universitäten und Colleges anwerben. Auf diese Weise kamen mit einem Mal viele Leute in den Staatsdienst, deren politische Ansichten sie in normalen Zeiten disqualifiziert hätten. Und dies in einem doppelten Sinn: Sie selbst hätten

sich in Ablehnung der etablierten Verhältnisse nicht beworben, und sie wären mit einiger Gewißheit wegen politischer Unzuverlässigkeit nicht genommen worden. Doch der Krieg veränderte alles, und so entstanden ungeahnte Chancen für die sowjetische Spionage.

Ursprünglich war diese Rekrutierungsmethode eher eine Verlegenheitslösung, nachdem seit 1927 die Sicherheitskräfte in acht westlichen Staaten mehrere Schlüsselfiguren und Spionageringe enttarnten. Dazu gehörte der französische kommunistische Politiker Jean Crémet, übrigens ein Vertrauter Ho Chi Minhs, dem die Flucht nach Moskau gelang. Er spielte bald eine wichtige Rolle im chinesischen Bürgerkrieg und tauchte 1931 wegen der stalinistischen «Säuberungen» mit anderem Namen in Belgien unter, wo er bis zu seinem Tod 1973 lebte.[20] In Großbritannien wurde ein noch größerer Spionagering ausgehoben, was zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau führte – und damit zur Ausweisung aller sowjetischen Diplomaten (inklusive der «legalen» Geheimdienstagenten).

Allerdings war diese Aktion nur ein halber Erfolg für den Westen, denn die britische Regierung gab öffentlich bekannt, daß sie durch die Entschlüsselung sowjetischer diplomatischer Funksprüche den Missetätern auf die Spur gekommen sei. Die Konsequenz war, daß die Sowjets ihre Verschlüsselung radikal änderten und auf das System der Einmalverschlüsselung (One-Time-Pad) übergingen, bei dem jede Nachricht mit einem gesonderten Schlüssel unlesbar gemacht wird. Damit befand sich der Westen im Nachteil gegenüber Stalin, der weiterhin einen Großteil der westlichen diplomatischen Funksprüche mitlesen konnte.[21] Erst nach 1945 gelang es, in diese sowjetische Verschlüsselung einzubrechen (Projekt VENONA).

In dieser für die Auslandstätigkeit der sowjetischen Geheimdienste schwierigen Zeit wurde die Tätigkeit der Illegalen ausgeweitet. Diese sollten in den Operationsgebieten weniger leicht auffindbar sein als die Geheimdienstagenten, die den Botschaften und Handelsmissionen zugeordnet waren. Dabei kam es zunächst zu einigen Mißerfolgen, unter denen der von Berlin aus operierende Moritz Weinstein hervorsticht. Er behauptete gegenüber der Moskauer Zentrale, ein Netzwerk von Agenten zu betreuen und zu finanzieren. Doch eine Überprüfung ergab, daß er in die eigene Tasche wirtschaftete, indem er eigene Verwandte zu Agenten stilisierte oder Agenten schlichtweg erfand, um für sie abzukassieren. 1933 wurde seine illegale Residenz geschlossen.[22]

Doch dann begann mit dem österreichisch-jüdischen Agenten Arnold Deutsch die «Ära der großen Illegalen». Deutsch war ein intellektueller Überflieger, der an der Universität Wien im Fach Chemie promovierte, vier Fremdsprachen beherrschte und sich schließlich in der Psychologie einen Namen machte, als er mit dem Sexualforscher Wilhelm Reich zusammenarbeitete. Seine bedeutendste Leistung war die Rekrutierung der *Cambridge Five*, einer Gruppe junger Absolventen der Universität Cambridge, die in den 1930er Jahren angeworben wurden und bis in die frühen 1960er Jahre ihren Zugang zu Geheiminformationen in der britischen Regierungszentrale für die Spionage zugunsten Moskaus nutzten. Im Bereich der «menschlichen Quellen» (HUMINT) stellten sie einen der größten Erfolge der sowjetischen Geheimdienstgeschichte dar.

Deutsch begann seine Auslandstätigkeit als Illegaler für die Komintern im Jahr 1934 in Rom, wo ihm Secondo Constantini, ein italienischer Angestellter an der britischen Botschaft, zugeteilt wurde, der dort, wie sein Bruder vor ihm, seit mehreren Jahren als sowjetischer Spion tätig war. Die Ausbeute an Geheimdokumenten war erstaunlich. Erst als im Februar 1936 ein Geheimbericht des britischen Botschafters in der italienischen Presse gedruckt wurde, entsandte das *Foreign Office* einen Sicherheitsexperten, der das Leck identifizierte.

Über eine kurze Tätigkeit in Frankreich gelangte Deutsch schließlich nach London, wo er sich im vornehmen Intellektuellenviertel Hampstead einmietete, in dem einst Karl Marx gewohnt hatte. Seine Frau Josephine, die ebenfalls geheimdienstlich ausgebildet war, betrieb den heimlichen Funkverkehr. Die offizielle KGB-Historiographie, die sich übrigens erst 1990 zu Deutsch bekannte, schreibt ihm die Rekrutierung von 25 Agenten zu, zu denen die ebenfalls erst im Jahr 1990 vollständig enttarnten *Cambridge Five* gehörten. Als erster wurde Kim Philby im Juni 1934 angeworben. Er war der Sohn eines prominenten Diplomaten und Orientalisten, der unter anderem den saudischen König Ibn Saud beriet und in den 1920er Jahren den britischen Geheimdienst im Mandatsgebiet leitete. Seine Spionagearbeit für die sowjetische Seite dauerte bis zu seiner Flucht nach Moskau im Januar 1963.

Philbys erste Tat für Arnold Deutsch war der Hinweis auf zwei Mitstudenten, die sich ebenfalls kommunistisch betätigt hatten. Donald Maclean war der Sohn eines liberalen Kabinettsministers. Er wurde im August 1934 von Deutsch für das NKVD rekrutiert, die Nachfolgeorganisation der GPU. Guy Burgess war der Sohn eines

Marineoffiziers. Er verpflichtete sich im Dezember für die Spionage zugunsten der Komintern. Anfang 1937 kam Anthony Blunt hinzu, ein Pfarrerssohn, dessen Mutter einer hohen Beamtenfamilie entstammte. Es folgte John Cairncross, auch er «aus gutem Hause», der übrigens erst 1990 (als letzter) durch den Hinweis eines sowjetischen KGB-Überläufers enttarnt wurde.

Seinerseits wurde Cairncross bereits durch einen weiteren von Deutsch geworbenen Cambridge-Spion (James Klugmann) rekrutiert. Daraus wird deutlich, daß die Zahl der Cambridge-Spione, die übrigens alle aus einem einzigen College (Trinity) kamen, weit über die berühmten fünf hinausreichte. Zudem erkennt man ein Muster der Rekrutierung, das den ersten Zöglingen von Arnold Deutsch die wichtige Rolle des Tippers *(talent spotter)* zuwies.

Binnen weniger Jahre kamen die *Cambridge Five* in wichtige Posten im Staatsapparat, wo sie eine Fülle von streng geheimen Informationen und Dokumenten an die Sowjetunion liefern konnten. Philby war zunächst als Journalist tätig, unter anderem für die Londoner *Times* während des Spanischen Bürgerkrieges. Erst 1940 kam er in den Staatsdienst, dafür jedoch zum Auslandsgeheimdienst MI-6, wo er bald die Abteilung Spionageabwehr für den Bereich Iberische Halbinsel, Gibralter und Afrika leitete. 1944 stieg er zur Sektion Spionageabwehr Sowjetunion auf. Unter anderem gelang es ihm in dieser Position, den in der Türkei übergelaufenen NKVD-Offizier Konstantin Volkov an die Sowjetbehörden auszuliefern.

Maclean began unmittelbar nach seiner Rekrutierung eine Laufbahn im *Foreign Office*. Im September 1941 berichtete er nach Moskau über die höchst geheimen britischen Pläne zum Bau einer Atombombe. Er übergab den Sowjets die 60seitige Vorlage, mit der das britische Kabinett informiert wurde. 1944 wurde er an die britische Botschaft in Washington beordert, wo er mit amerikanischen und kanadischen Diplomaten im Koordinierungsausschuß für das trilaterale Atombombenprojekt (Manhattan Project) saß. Vermutlich war er Stalins beste Quelle zur westlichen Atomdiplomatie, wobei allerdings die technischen Einzelheiten durch Sowjetspione geliefert wurden, die selbst als Wissenschaftler in den Projektgruppen arbeiteten.

Burgess, der neben seiner Homosexualität auch noch ein Trinker mit schlechten Manieren war, arbeitete zunächst als Journalist und wurde für Moskau erst wirklich interessant als Sekretär des Junior-Außenministers

Hector McNeil nach den Parlamentswahlen von 1945. Ob er tatsächlich begeisterter Kommunist blieb, ist schwer auszumachen. Er lernte nie Russisch und konnte sich wegen seiner Homosexualität im Moskauer Exil schlecht zurechtfinden. Blunt hingegen hatte die Sowjetunion bereits im Jahr vor seiner Verpflichtung bereist. Er meldete sich zur britischen Armee, wurde dem Inlandsgeheimdienst MI-5 zugeteilt und lieferte von dort deutsche Funksprüche an die Sowjets, welche die Briten in ihrem äußerst geheimen ULTRA-Projekt entschlüsselt hatten. Das Geheimnis dieser Entschlüsselung teilten die Briten nur mit den Amerikanern, wobei sie allerdings einige auf diese Weise gewonnene militärische Informationen dem sowjetischen Verbündeten in «anderer Verpackung» zukommen ließen. Das Geheimnis der Funkentschlüsselung wurde erst ab 1974 nach und nach gegenüber der Öffentlichkeit enthüllt. Stalin allerdings war dank Blunt von Anfang an im Bilde.

Nach Kriegsende widmete sich Blunt hauptsächlich der Kunstgeschichte und brachte es zum Leiter der königlichen Gemäldesammlung. Nachdem bereits in den 1950er Jahren diverse Verdachtsmomente auftauchten, konnte er 1964 dazu gebracht werden, ein Geständnis abzulegen. Die Königin wurde davon informiert, ließ ihn jedoch bis 1972 auf seinem Posten als oberster Kunstberater. Dabei dürfte es eine Rolle gespielt haben, daß Blunt ein Vetter der Königinmutter («Queen Mum») war und somit ein Verwandter der Königin selbst. Auch seinen 1956 verliehenen Ritterstatus behielt er.

Die ganze Affäre wurde als Staatsgeheimnis betrachtet, bis Premierministerin Margaret Thatcher 1979 damit aufräumte und die Sache öffentlich machte. Jetzt bestand der Skandal nicht mehr allein in Blunts Spionagetätigkeit, sondern auch und in besonderer Weise in der Verheimlichung seines Landesverrates, für den Blunt niemals gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurde. Dabei läßt sich nachweisen, daß den Behörden seit 1950 bekannt war, daß Blunt Kommunist und damit wegen seiner Position im höchsten Maße spionageverdächtig war. An keinem anderen Fall wurde derartig offensichtlich, wie in Kreisen des britischen Establishments offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wurde.

Cairncross schließlich begann kurz nach seinem Universitätsabschluß eine Karriere im Foreign Office. 1942 kam auch er mit dem ULTRA-Projekt in Berührung, als er für einige Zeit direkt in Bletchley Park, dem legendären Dechiffrierzentrum, tätig war. Von dort lieferte er Informationen an die Sowjets. Glaubt man den russischen Unterlagen, soll

er weit mehr als 5000 Dokumente weitergegeben haben, darunter auch solche über das *Manhattan Project*.

Als nach Kriegsende bei ihm Verdachtsmomente aufkamen, gestand er 1951 seinen Verrat. Er dürfte vor allem deshalb ohne Gerichtsverfahren davongekommen sein, weil man in einem Prozeß den Inhalt des Verrats, also das ULTRA-Projekt, hätte benennen müssen. Und da in England die Regierung selbst bei schwerer Kriminalität ganz eigenmächtig entscheiden kann, ob sie Anklage erhebt oder nicht, ist hier eine Anklage schlichtweg unterblieben. So blieb auch dieser Fall ein Staatsgeheimnis, bis sowjetische Überläufer im Jahr 1990 erstmals Licht in die Angelegenheit des «fünften Mannes» der *Cambridge Five* brachten.

In einigen Bereichen ist bis heute nicht zweifelsfrei zu klären, welcher Schaden durch die britischen Sowjetagenten tatsächlich angerichtet wurde. Das gilt beispielsweise für Klugmann, der im Zweiten Weltkrieg in der jugoslawischen Sektion der Special Operations Executive (SOE) tätig war, einem 1940 gegründeten Spezialgeheimdienst mit 13.000 Beschäftigten, der hauptsächlich in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten Europas die dortigen Widerstandsbewegungen unterstützte und Sabotageakte ausführte. Klugmann könnte die bis heute umstrittene Entscheidung Churchills von 1943 beeinflußt haben, anstelle des bislang unterstützten royalistischen Widerstandes fortan die jugoslawischen Kommunisten unter Tito zu beliefern. Das Ergebnis waren fünf Jahrzehnte Kommunismus in Jugoslawien.

Daß die Rekrutierung derartiger Leute aus den besten Kreisen für die sowjetische Spionage überhaupt möglich war, läßt sich nur aus den Umständen der Zeit erklären. Links zu sein, gar kommunistisch, war in den 1930er Jahren chic. Es war vor allem ein Protest gegen das britische Establishment mit seiner Fixierung auf das Empire und seinem Streben, sich von den Querelen des europäischen Kontinents möglichst fernzuhalten – auch um den Preis von politischen Zugeständnissen an Nazi-Deutschland (zumal dann, wenn diese Zugeständnisse, wie im Münchner Abkommen von 1938, auf Kosten Dritter gingen). Eine tiefgreifende Unzufriedenheit mit den politisch-gesellschaftlichen Zuständen – seltsamerweise bei denjenigen, die darunter am wenigsten zu leiden hatten – darf man gewiß als Motiv für die Sowjetspionage vermuten. Abenteuerlust kam hinzu.

Gleichwohl bleibt zu fragen, ob die vergleichsweise unschuldige Begeisterung von Mittzwanzigern und ihre Verpflichtung beim

sowjetischen Geheimdienst in den Jahren 1934 bis 1937 erklären, warum sie während der Kriegsjahre eine Fülle von hochsensiblen militärischen, diplomatischen und sogar geheimdienstlichen Informationen preisgaben und warum einige von ihnen als hohe Beamte (und längst nicht mehr im jugendlichen Alter) diese Tätigkeit später fortsetzten, obgleich sie dazu offensichtlich nicht gezwungen wurden. Blunt und Cairncross ließen nach 1945 ihre Spionageaktivitäten ruhen, ohne daß von sowjetischer Seite Druck zum Weitermachen ausgeübt wurde.

Keineswegs darf man sich bei der historischen Beurteilung dieser Upper-class-Spione auf das später oft gebrauchte Argument einlassen, man habe damals gar nicht wissen können, wie schlimm die sowjetische Diktatur gewesen sei. Ein Blick in die zeitgenössische Presse und Publizistik macht rasch deutlich, daß es seit den Tagen der Oktoberrevolution, und verstärkt seit Stalins Säuberungen, eine Fülle von authentischen Berichten über die inneren Zustände der Sowjetunion und der übrigen kommunistischen Bewegungen gab. Ein ungeschminktes Bild der Tatsachen war überall in den freiheitlichen Staaten verfügbar. Flüchtlinge, Überläufer und kommunistische Renegaten (mit großen Insiderkenntnissen) berichteten bereits damals in großer Ausführlichkeit über das wahre Gesicht des Sowjetkommunismus. Wer nicht Bescheid wußte, insbesondere wenn er als Journalist oder im Regierungsapparat tätig war, mußte über erhebliche ideologische Abwehrmechanismen verfügen, um die Wahrheit nicht an sich heranzulassen.

Zu den bis 1998, also über das Ende der Sowjetunion hinaus gepflegten Mythen des Moskauer Auslandsgeheimdienstes gehörte die Behauptung, die Rekrutierung westlicher Agenten habe mit den dortigen kommunistischen Parteien nichts zu tun gehabt. Diesen Mythos pflegten in erster Linie die kommunistischen Parteien im Westen selbst, um zu verschleiern, daß sie entgegen allen Behauptungen in jeder Hinsicht durch Moskau instrumentalisiert und gelenkt wurden. Für die Geheimdienstgeschichte bemerkenswert ist, wie lange dieses System der Rekrutierung unter den Parteimitgliedern und sonstigen öffentlich bekannten Sympathisanten des Sowjetstaates beibehalten wurde, obgleich seine Gefahren nur allzu offensichtlich waren. Jedes Mitglied hatte eine umfassende Personenkenntnis dieser Netze, die in der professionalisierten Geheimdienstarbeit allenfalls die oberste Führungsetage und wenige besonders vertrauenswürdige Mitarbeiter haben sollten. Diese lange andauernde Praxis läßt sich am ehesten durch den Umstand erklären, daß

die westlichen Staaten ihre Spionageabwehr gegenüber der Sowjetunion wenig konsequent betrieben. Das Risiko der Enttarnung ganzer Netzwerke war somit gering. Nur im nationalsozialistischen Deutschland, einem totalitären Polizeistaat, gelang es rasch, das als «Rote Kapelle» bezeichnete kommunistische Netzwerk aufzurollen.

Die westliche Spionageabwehr begann ihre systematische Enttarnung erst mit dem für die Sowjetspionage sehr verlustreichen Fall eines jungen Geheimdienstoffiziers, der in der sowjetischen Botschaft der UdSSR in Kanada tätig war und im September 1945 überlief, sowie durch zwei amerikanische Exkommunisten, Whittaker Chambers und Elizabeth Bentley, die sehr umfangreiche Aussagen über ihre Spionagetätigkeit und ihre eigenen Netzwerke machten. Erst in diesem Moment erkannte man in Moskau, daß die Rekrutierung ganzer Zirkel von öffentlich bekannten Anhängern der Sowjetunion riesige Gefahren barg. Sie wurde mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Allerdings gab es bereits in den 1930er Jahren gewisse Vorsichtsmaßnahmen. Dazu gehörte die Praxis, daß frischrekrutierte Agenten sogleich ihre Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und zu ihren Organisationen abzubrechen hatten. Dies war eine der ersten Anweisungen, welche Arnold Deutsch seinen jungen Cambridge-Absolventen nach ihrer Anwerbung erteilte. Maclean versuchte seiner Mutter zu versichern, daß seine Begeisterung für den Kommunismus eine Episode seines Studentenlebens gewesen sei. Das gleiche erklärte er vor der Aufnahmekommission des *Foreign Office*.[23]Philby und Burgess traten 1935 sogar der *Anglo-German Fellowship* bei, einem Verein von Leuten, die in Nazi-Deutschland eine leuchtende Zukunft sahen. Bei Philby war die Täuschung so erfolgreich, daß er als Korrespondent über die Franco-Seite im Spanischen Bürgerkrieg berichtete und vom Caudillo höchstpersönlich einen Orden erhielt.

Stalins «Säuberungen»

Zur gleichen Zeit, als die Illegalen im Westen ein vielversprechendes Agentennetz aufbauten, ereigneten sich in der Sowjetunion die Stalinschen «Säuberungen», bei denen es zwar hauptsächlich um Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei der UdSSR ging, die jedoch vielerlei Bezüge zur sowjetischen Geheimdienstgeschichte

aufweisen. Auf einen kurzen Nenner gebracht, waren die sowjetischen Geheimdienste gleichzeitig Täter und Opfer dieser blutigen Machtkämpfe.

Die zunehmende Machtkonzentration bei Stalin, mit der letztlich das Prinzip des «demokratischen Zentralismus» (also der uneingeschränkten Herrschaft der kollektiven Parteiführung) ausgehebelt wurde, erzeugte zunehmend Widerstand bei den alten Parteieliten der Leninzeit. Stalins Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft samt den absichtlich herbeigeführten Hungerkatastrophen, denen allein in der Ukraine fünf bis sieben Millionen Menschen zum Opfer fielen, erschien vielen aus der alten Parteiführung als überflüssige Zuspitzung der Sowjetisierung, zumal der eigentliche Bürgerkrieg, und damit der Kampf gegen die antibolschewistischen Kräfte, längst zugunsten der Bolschewiki entschieden war.

Nachdem Leo Trotzki, Stalins schärfster Gegner, bereits 1925 aus der Führung ausgeschlossen worden war, wurden alsbald alle übrigen, die Stalin widersprachen, als Trotzkisten und damit als Volksfeinde diffamiert und bekämpft. Eine interessante und in der Forschung erst spät aufgeklärte Initiative stellte die «Plattform» vom Juni 1932 dar, in der der Altbolschewist Martemyan Ryutin (immerhin ein Kandidat des Zentralkomitees der KPdSU) die Forderung aufstellte, es müßten alle ideologischen Irrwege aufgegeben und die aus der Partei verstoßenen Bolschewiki (einschließlich Trotzkis) wieder aufgenommen werden. Dabei bezeichnete er Stalin als «Totengräber der Revolution», der entfernt werden müsse. In der Parteihierarchie zirkulierte ein 200seitiges Dokument, welches im September 1932 durch die GPU als eine Schrift Ryutins identifiziert wurde. Sogleich wurden sämtliche Exemplare eingesammelt. Das Dokument selbst wurde für nicht existent erklärt. Ein einziges Exemplar, das erst 1989 an die Öffentlichkeit gelangte, befindet sich heute in einem Moskauer Geheimarchiv. Als Stalin dem Politbüro die sofortige Liquidierung Ryutins vorschlug, ließ er sich zunächst zu einer zehnjährigen Haftstrafe überreden. Fünf Jahre später wurde Ryutin umgebracht, zusammen mit den meisten führenden Bolschewiki der Revolutionszeit.[24]

In den Jahren 1934 bis 1936 wurde der Geheimdienst unter der Führung von Genrich Jagoda nicht nur ausgeweitet, sondern mehr und mehr zu einem Instrument der willkürlichen Verfolgung umgeformt, das außerhalb jeder Rechts- und Verfassungsordnung operierte. Kollektive politische oder schnellgerichtliche Beschlüsse reichten aus für Verhaftungen und

Liquidierungen. Nachdem Stalin 1934 den in der Partei populären Leningrader Parteisekretär Sergei Kirow ermorden ließ, wurde ein Gesetz «zum Schutz führender Funktionäre» erlassen, welches dem NKWD die Aufgabe übertrug, die Spitzenfunktionäre rund um die Uhr zu bewachen. In Wirklichkeit waren sie damit Stalin komplett ausgeliefert, weil sie ständig bespitzelt wurden und jederzeit unter irgendeinem Vorwand verhaftet und ermordet werden konnten.

Im Sommer 1936 wurde schließlich durch einen Beschluß des Zentralkomitees «auf Stalins Vorschlag» das NKWD mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, welche die Anwendung außerordentlicher Gerichtsbefugnisse auf alle «Feinde des Volkes» ausweitete.[25] Damit waren die Trotzkisten gemeint, wobei eine Verbindung zu dem seit Jahren im Ausland lebenden Trotzki frei konstruiert werden konnte, indem Verdächtige zu entsprechenden Geständnissen oder Selbstanklagen gezwungen wurden.

Absurderweise gerieten auch Geheimdienstleute in großer Zahl in die Todesmaschine der «Säuberungen». In den Jahren 1937/38 wurden die meisten der «Illegalen» nach Moskau zurückbeordert und als Trotzkisten dem Henker ausgeliefert. Auch die erfolgreichsten unter ihnen verschonte man nicht, wobei in Kauf genommen wurde, daß damit im Westen kaum noch erfahrene Führungsoffiziere zur Verfügung standen. Warum ausgerechnet Arnold Deutsch zwar zurückbeordert wurde, aber dann doch am Leben blieb, ist ebenso ungeklärt wie sein Tod. Er wurde in Stalins geheimdienstlicher Fälscherwerkstatt beschäftigt und nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion sogar wieder ins Ausland geschickt. Doch ab diesem Zeitpunkt verliert sich seine Spur, jedenfalls nach unserer bisherigen Kenntnis der Moskauer Archive.

Zu erwähnen ist schließlich, daß mit Walter Kriwitzki einem der Todgeweihten die Flucht gelang. Er war als Illegaler in Westeuropa tätig, zuletzt unter der Tarnung eines Buchhändlers in den Niederlanden, setzte sich 1938 in die USA ab und publizierte dort 1939 seinen Erlebnisbericht *In Stalin's Secret Service*. Erwartungsgemäß wurde er von der westlichen Linken scharf angegriffen und diskreditiert. Nachdem er nach seinem Untertauchen im Jahr 1937 mehreren Mordanschlägen entkommen war, fand man ihn im Februar 1941 tot in einem Washingtoner Hotelzimmer – mit drei Abschiedsbriefen.[26] Die wahre Todesursache ließ sich niemals klären, doch ein sowjetischer Auftragsmord ist wahrscheinlich, unter anderem da Kriwitski eine Verbindung zum Kreis des 1940 in Mexiko

durch ein geheimdienstliches Killerkommando getöteten Trotzki hatte.

Auf die Spitze getrieben wurde das absurde Theater, als im März 1937 Jagoda selbst verhaftet und ein Jahr später zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Dabei hatte er den sowjetischen Geheimdienstverbrechen eine zusätzliche Dimension hinzugefügt, indem er ein riesiges System der Zwangsarbeit organisierte, mit dem Großprojekte wie der Bau des berüchtigten Weißmeerkanals und des Moskwa-Wolga-Kanals ausgeführt wurden. Die Arbeitskräfte wurden durch die Geheimpolizei besorgt, was zu einem Teil erklärt, warum so viele Menschen in die berüchtigten Zwangsarbeits- und «Besserungs»-Lager kamen, die sich hinter der gebräuchlichen Abkürzung GULAG verstecken. [27] Die Verschleppung in den GULAG war eine Methode, um Arbeitskräfte zu beschaffen, vor allem in den unwirtlichen Randzonen des Riesenreiches sowie für besonders gefährliche Arbeiten.

Es kennzeichnet geradezu das ideologische Zeitalter, daß Geheimdienste ihre Verhaftungen zum Zweck der Arbeitsbeschaffung tätigten. Dabei galt nicht einmal mehr das herkömmliche Prinzip, Zwangsarbeit als eine vom Gericht verhängte Strafe für individuelle Verbrechen zu behandeln. Menschen wurden nicht für das bestraft, was sie taten, sondern dafür, was sie waren. Jeder, dem man die Zugehörigkeit zum Bürgertum, sogar zum Kleinbürgertum, oder gar zum Adel nachweisen konnte, galt als potentieller Volksverräter und Konterrevolutionär. Ihn zu bestrafen bedurfte keiner gesonderten Begründung. Das heißt jedoch nicht, daß die unteren Volksschichten von der Verfolgung nicht betroffen waren oder die ethnische Zugehörigkeit keine Rolle gespielt hätte. Vielmehr waren die Menschen der totalitären Willkürherrschaft völlig ausgeliefert, ob wegen ihrer Taten, ihrer Herkunft oder ihrer verwandtschaftlichen Beziehung zu jemandem, der in die Mühlen der Entrechtung geraten war.

Anhand biographischer Studien, die über die bekannten Führungspersonen der Geheimdienste hinausgehen und statistisch das gesamte Geheimdienstpersonal zu erfassen suchen, läßt sich feststellen, daß dort insbesondere Nicht-Russen der «Säuberung» anheimfielen.[28] Zu erwähnen ist auch, daß diese ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm für eifrige junge Leute war, zumal 1937 die Gehälter im NKVD vervierfacht wurden. Aus einem eher schlecht bezahlten Metier wurde eines der am besten dotierten und mit den meisten Privilegien ausgestatteten im Sowjetsystem. Die besten Wohnungen, Erholungsheime und Krankenhäuser wurden zur Verfügung gestellt. Die flächendeckende

Überwachung der Bevölkerung in den Fabriken, Büros, Bahnhöfen, Parks, Theater etc. erforderte Hunderttausende von Mitarbeitern, einschließlich Zehntausender Offiziere.[29] Dieser Aspekt der Arbeitsbeschaffung mag zynisch klingen, doch bildet er einen wichtigen Teil der Antwort auf die Frage, warum dieses Terror- und Überwachungssystem überhaupt möglich wurde. Von den Stalinschen «Säuberungen» profitierten viele Hunderttausende, auch und gerade in den Geheimdiensten und bei der Geheimpolizei.

Stalins mißachtete Auslandsspionage

Schließlich sind für die Geheimdienstgeschichte unter Stalin noch zwei wichtige Punkte anzusprechen. Der eine betrifft das Ausmaß, in dem Stalin seine Außenpolitik und damit die Tätigkeit seiner Geheimdienste an der Priorität ausrichtete, den Erzfeind Trotzki zu bekämpfen. Der andere bezieht sich auf die Art und Weise, wie Stalin geheimdienstliche Berichte nutzte.

Daß Stalin Trotzki für gefährlicher hielt als alle anderen Gefahren, ja selbst als die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehende, mag als eine maßlose Übertreibung erscheinen. Seine vielen Äußerungen zu den politischen «Säuberungen» sowie eine Vielzahl von Belegen in den Geheimdienstunterlagen, beispielsweise des inzwischen akribisch ausgewerteten Mitrochin-Archivs, lassen jedoch kaum einen anderen Schluß zu. Bereits im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) nahm Stalin erhebliche Verluste in Kauf, weil «es ihm wichtiger war, die Trotzkisten zu vernichten als Franco».[30] So kam es zu einem Bürgerkrieg im Bürgerkrieg gegen vermeintliche oder tatsächliche Trotzkisten bei den republikanischen Kämpfern sowie in den Internationalen Brigaden. Auch aus Frankreich und anderen westeuropäischen Staaten wurden Verdächtige entführt und nach Moskau verschleppt.[31] Anfang 1940 wurde sogar die Londoner Residentur aufgelöst, weil man befürchtete, die dortigen Operationen seien von den Trotzkisten unterwandert. Die Kontakte zu den *Cambridge Five* wurden für den Rest des Jahres abgebrochen, obgleich der Kriegsbeginn die verlockendsten beruflichen Perspektiven und Spionagemöglichkeiten eröffnete.[32]

Die aus Berlin nach Moskau gelieferten Informationen stammten hauptsächlich aus dem Agentennetz von etwa 60 Leuten, darunter Arvid

Harnack, der im Reichswirtschaftsministerium arbeitete. Zu seinen Kontakten gehörte Harro Schulze-Boysen, ein Großneffe des Admirals von Tirpitz. Er war in der Nachrichtenabteilung des Reichsluftfahrtministeriums tätig. Was im Jargon der deutschen Spionageabwehr unter der Bezeichnung «Rote Kapelle» firmierte, war jedoch kein einheitliches Agentennetzwerk, sondern bestand aus Gruppen und Individuen, die nur teilweise im engeren Wortsinn als Agenten für Moskau tätig waren. Ihr größtes Problem, wenn man aus der Perspektive der Spionagegeschichte urteilt, bestand in der Vermischung von Agententätigkeit, Widerstand und Diskussionszirkel. Damit war jenes Maß an Unauffälligkeit und Täuschung nicht mehr gegeben, das den echten Geheimagenten schützt. Hinzukommen muß eine hohe Professionalität, die bei den deutschen kommunistischen Zirkeln ebensowenig gegeben war und die es der Abwehr (dem deutschen Militärgeheimdienst) sowie einer Sondereinheit der Gestapo leichtmachten, vor allem die Berliner (alsbald auch die anderen) Zirkel zu identifizieren und zu orten. Allerdings muß man fairerweise hinzufügen, daß der größte Schaden durch den sowjetischen Geheimdienstmann Anatoli Gurewitsch angerichtet wurde, der unter Gestapo-Folter die entscheidenden Funk-Codes preisgab. So gelang der Gestapo 1942 der Schlag gegen die Hauptpersonen, der zum Martyrium vieler Männer und Frauen des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft führte.[33]

Doch kehren wir zurück zu Stalin und seinem Umgang mit Geheimdienstberichten. Da die Sowjetunion seit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 mit Deutschland verbündet war, verfügte Moskau über eine Berliner Botschaft und eine Residentur, welche Spionagenachrichten aufnehmen und rasch weiterleiten konnte. Das geschah insbesondere hinsichtlich der deutschen Vorbereitungen zum militärischen Angriff auf die Sowjetunion. Somit hatte Stalin mehrere Meldeposten, die fortlaufend und direkt aus dem Berliner Machtzentrum über die entsprechenden Vorbereitungen und Direktiven berichten konnten – zusätzlich zu den umfangreichen militärischen Bewegungen im östlichen Teil des Nazi-Reiches sowie in den eroberten Gebieten Westpolens, die sich angesichts der riesigen Massen von Soldaten und Waffen nicht geheimhalten ließen.

Der deutsche Angriff vom 22. Juni 1941 erfolgte mit drei Millionen Soldaten in 152 Divisionen (etwa 75 Prozent des gesamten Feldheeres der Wehrmacht), mit 3300 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen sowie 2000

Flugzeugen auf einer Front von nahezu 2000 Kilometern. Eine Truppenansammlung dieses Ausmaßes konnte nicht unbemerkt bleiben und blieb es auch nicht. Seit August 1940 waren deutsche Truppen sukzessiv nach Osten verlegt worden, worüber die Geheimdienste mehrerer Staaten, einschließlich der sowjetischen Dienste, ausführlich berichteten. Ab Oktober 1940 begannen die deutschen Erkundungsflüge im westlichen Grenzgebiet der Sowjetunion, die seit Juni 1941 weit in das sowjetische Territorium hineinreichten und Proteste Moskaus wegen Grenzverletzungen auslösten. Die Deutschen zogen ihr diplomatisches Personal aus Moskau ab, holten ihre Familien nach Hause und begannen, Botschaftsakten zu verbrennen. Die Fülle der nachrichtendienstlichen Meldungen und die Präzision der Angaben ließen kaum einen Wunsch offen. Auch das kapitalistische Ausland richtete eindringliche Warnungen an Stalin. Hitlers Angriffsbefehl lag fast verbatim auf Stalins Schreibtisch. Neben anderen berichteten Schulze-Boysen und Richard Sorge im Mai 1941 darüber. Sorge, der sich in Tokyo Zugang zu den Papieren des dortigen deutschen Militärattachés und Botschafters Eugen Ott verschafft hatte, nannte 150 deutsche Divisionen als die zu erwartende Größe des Angriffs und den 20. Juni 1941 als Angriffstermin.[34]

In einer 1995 in Moskau erschienenen offiziellen Darstellung werden insgesamt über 100 Meldungen aufgezählt, die Stalin durch seine Geheimdienste vorgelegt wurden.[35] Davon waren einige Duzend so konkret und authentisch, daß sie unbedingt ernst zu nehmen waren. Kein moderner Staatschef dürfte je präziser über einen bevorstehenden Angriff auf seinen Staat informiert worden sein. Doch Stalin hielt die Sache für einen britischen Trick, fürchtete den bereits 1940 ermordeten Trotski mehr als Hitler und bezeichnete Sorge als «einen Scheißkerl, der sich mit kleinen Fabriken und Bordellen bereichert».[36] Dem sowjetischen Militär wurde nicht gestattet, günstigere Verteidigungspositionen einzunehmen und sich auf den Krieg vorzubereiten, weil Stalin seinerseits Hitler nicht provozieren wollte und ziemlich genau über seine eigene militärische Schwäche Bescheid wußte. Diese Schwäche hatte Stalin allerdings zu einem Gutteil selbst verschuldet, als er wenige Jahre zuvor viele seiner erfahrensten Offiziere und Geheimdienstleute durch die berüchtigten «Säuberungen» zu Tode gebracht hatte.

Im Rückblick erscheint Stalins Analyse der Situation als grotesk, doch sie entbehrte nicht einer gewissen inneren Logik. Gemäß der marxistischleninistischen Ideologie war es für ihn naheliegend, den

eigentlichen Feind der Sowjetunion in den kapitalistischen Staaten zu sehen, unter denen Großbritannien samt seinem immensen Weltreich als der führende Staat (und damit als die größte Gefahr) anzusehen war. Der italienische Faschismus sowie der deutsche Nationalsozialismus waren aus dieser Perspektive nur Varianten des Kapitalismus, aber keine eigenständig neuen Gesellschafts- und Staatsformen. Deshalb ging Stalin von der Befürchtung aus, daß sich diese beiden Varianten des Kapitalismus gegen die Sowjetunion verschworen hätten – oder es zwangsläufig tun würden. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, so dachte der Kreml-Chef, habe er den Briten ihre schärfste Waffe aus der Hand genommen, indem er eine Allianz zwischen London und Berlin (mit einer zweitrangigen Rolle für Frankreich) verhindert habe.

Deshalb hielt Stalin mit einer gewissen Verzweiflung an seinem Bündnis mit Hitler fest und erfüllte die dort übernommenen Verpflichtungen buchstäblich bis zum letzten Augenblick. Die deutsche Propaganda, in der behauptet wurde, der angebliche deutsche Aufmarsch im Osten sei nur das Hirngespinst einer britischen Desinformationskampagne, entsprach somit genau dem, was Stalin gerne glauben wollte. Anfang Juni 1941, als der deutsche Botschafter in Moskau (Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg) bei einem Essen mit sowjetischen Diplomaten verlauten ließ, daß Hitler definitiv angreifen werde, soll Stalin dem Politbüro berichtet haben: «Jetzt reicht die Desinformation sogar bis zur Ebene des Botschafters.»[37] Allenfalls hielt er es für möglich, daß Hitler von den Sowjets neue Zugeständnisse erzwingen wollte, doch eine Diskussion über diese Möglichkeit ließ er nicht zu. Schließlich ging Geheimdienstchef Lawrenti Beria, der seit November 1938 Volkskommissar des Inneren und damit Herr über den Großteil der sowjetischen Repressionsmaschine war, dazu über, die Überbringer schlechter Nachrichten zu verfolgen – offensichtlich in der Sorge, er könne als Chef des NKVD selbst in den Verdacht der Subversion und Provokation geraten. Genau einen Tag vor dem deutschen Angriff schrieb er an Stalin: «Ich bestehe nochmals darauf, unseren Botschafter in Berlin, Dekanosow, zurückzurufen und zu bestrafen, der mich mit ‹Berichten› bombardiert über Hitlers angebliche Vorbereitungen eines Angriffes auf die UdSSR. Er hat berichtet, dieser Angriff werde morgen erfolgen. (…) Aber ich und meine Leute … behalten fest in unserem Gedächtnis Ihre [Stalins] weise Schlußfolgerung: Hitler wird uns im Jahr 1941 nicht angreifen.»[38]

In einer anderen Schlüsselfrage der Kriegführung verließ sich allerdings

Stalin auf seine Geheimdienstleute – vielleicht auch nur, weil diesmal die Meldungen für ihn positiv waren. Diese Meldungen betrafen die militärische Großmacht Japan, die sich seit 1931 auf dem chinesischen Festland festgesetzt hatte und dort seit 1937 gegen China Krieg führte. 1936/1937 hatte sich Japan mit Deutschland und Italien verbündet, wenngleich daraus keine Verpflichtung zu einem japanischen Kriegseintritt erwuchs. Doch wäre es angesichts der stark antikommunistischen Orientierung Japans durchaus denkbar gewesen, daß sich die japanische Expansion auch gegen die Sowjetunion gerichtet hätte. Entsprechende Planungen der japanischen Militärführung gab es, die unter anderem durch den sowjetischen Agenten Sorge gemeldet wurden. Außenminister Ribbentrop versuchte Japan zu einem Angriff zu drängen.

Wie erwähnt, hatte Stalin keinerlei Vertrauen zu Sorge, doch er verfügte über andere Geheimdienstquellen, nämlich die sowjetische Funkentschlüsselung, die fieberhaft an der Entschlüsselung der japanischen Codes arbeitete. Im Herbst 1941 gelang, was die Amerikaner bereits ein Jahr zuvor geschafft hatten: die Entschlüsselung des wichtigsten diplomatischen Codes, der in der Fachliteratur zumeist als PURPLE firmiert. Im Oktober/November ließ Stalin die Hälfte der sowjetischen Streitkräfte, welche im Fernen Osten stationiert waren, nach Europa verlegen. Dazu gehörten 1000 Panzer und 1000 Flugzeuge. Mit diesen frischen Truppen gelang es vor Jahresende, die Wehrmacht vor Moskau zum Stehen zu bringen.

Stalins Kalkulation ging auf. Am 27. November erhielt der japanische Botschafter in Berlin die Anweisung, der deutschen Führung «einen Vorstoß nach Süden» anzukündigen und ihr bekanntzugeben, daß Japan keine Operationen «gegen den Norden» beginnen werde. Diese Nachricht, die höchstwahrscheinlich von den Sowjets abgefangen und entschlüsselt wurde, bestätigte den vermuteten Kriegskurs der Japaner, der sich nicht nach Norden (gegen die Sowjetunion), sondern nach Süden (gegen die westpazifischen Inseln und gegen Südostasien) richtete.

Pearl Harbor

Der von Japan eingeschlagene Kurs hatte bereits zu heftigen diplomatischen Auseinandersetzungen mit den USA geführt, in denen die

USA schwere Sanktionen, einschließlich eines Ölboykotts, verhängten. Deshalb durfte man das genannte Telegramm als Ankündigung eines gegen die USA gerichteten Krieges verstehen. Am 26. November, einen Tag vor dem genannten Telegramm, legte ein Flottenverband mit sechs Flugzeugträgern in Nordjapan ab. Am 1. Dezember erhielt Admiral Yamamoto, der Oberbefehlshaber der japanischen Marine, die Zustimmung der Regierung. Und frühmorgens am 7. Dezember erfolgte der Angriff auf den amerikanischen Marinestützpunkt Pearl Harbor.

Für die USA galt dieser Angriff nicht nur als «ein Tag der immerwährenden Schande», wie Präsident Roosevelt es formulierte, sondern auch als ein monumentales Versagen der Geheimdienste, die es versäumt hatten, eine rechtzeitige Warnung auszusprechen. Ein Vergleich mit dem 22. Juni 1941, bei dem ja nicht die sowjetischen Geheimdienste, sondern die politische Führung versagt hatte, wäre jedoch aus mehreren Gründen abwegig. Zum einen umfaßte der angreifende japanische Flottenverband gerade einmal 31 Schiffe und U-Boote, die sich durch eine komplette elftägige Funkstille in den Weiten des Pazifiks «verstecken» konnten, ohne daß sie mit den damaligen technischen Mitteln zu orten waren. Es bedurfte also keiner unverzeihlichen Fehler, um die Annäherung der japanischen Angriffsflotte zu verpassen. Zum anderen gab es tatsächlich Warnungen und verdächtige japanische Funksprüche, welche die militärischen Nachrichtendienste der USA nach Washington meldeten. Doch diese wurden nicht rechtzeitig verarbeitet und der politisch-militärischen Führung zugeleitet.

Eine wichtige Rolle spielte die amerikanische Einschätzung Japans. Die amerikanische Führung hielt es schlichtweg nicht für möglich, daß die japanische Flotte in der Lage sein würde, einen solchen Überraschungsangriff gegen amerikanisches Territorium im Ostpazifik auszuführen. Allenfalls hatte man Angriffe auf amerikanische Stützpunkte im Westpazifik erwartet. Diese Angriffe erfolgten fast gleichzeitig am 8. Dezember auf die Philippinen, Guam und andere Inseln sowie auf die britischen Besitzungen Hongkong und Malaya (einschließlich der Flottenbasis in Singapur). Es war also ein vorherrschendes Denkmuster, welches es den Amerikanern schwermachte, die spärlichen Signale des japanischen Großangriffes rechtzeitig zu erkennen. Der in der amerikanischen Öffentlichkeit bis heute immer wieder geäußerte Vorwurf, Washington habe bewußt diesen Überraschungsangriff in Kauf genommen, um die mehrheitlich gegen einen Kriegseintritt gestimmte

Bevölkerung in den Krieg zu katapultieren, wird in der Geschichtswissenschaft überwiegend verworfen.[39] Bei der Legendenbildung stand die psychologische Situation im Vordergrund. Es fiel den Amerikanern schwer, die schreckliche Bilanz von Pearl Harbor zu akzeptieren: 2403 Tote, über 1100 Verwundete, 190 am Boden zerstörte Flugzeuge und 18 versenkte oder schwer beschädigte Kriegsschiffe. Demgegenüber verloren die Japaner nur 55 Mann in 29 Flugzeugen.

Der Überraschungsangriff auf Pearl Harbor warf nicht nur die Frage auf, warum die amerikanische Regierung in dieser Weise überrascht werden konnte, sondern vor allem, warum dies geschehen konnte, obgleich die Entschlüsselung des japanischen Funkverkehrs bereits sehr weit gediehen war. Ein Teil der Antwort ist in dem zu finden, was Roberta Wohlstetter in ihrem klassisch gewordenen Buch als *noise* (verwirrendes Geräusch) beschrieb.[40] Unter den vielen Berichten ist es bei der geheimdienstlichen Analyse oft schwer, die «richtigen Stimmen» herauszuhören. Ein zusätzliches Hindernis für die US-Aufklärung lag darin, daß die japanische Marine just zu dieser Zeit ihren Funkschlüssel wechselte, den die Amerikaner nicht schnell genug auflösen konnten. Aus diesem Grund argumentiert der Kryptologieexperte David Kahn, das Versagen der US-Geheimdienste habe eher bei der Beschaffung als bei der Auswertung von Spionagematerial gelegen.[41]

Nachdem die Kryptologen der *US Army* bereits im September 1940 den neuen japanischen Schlüssel «PURPLE» gebrochen hatten, galt es nun, die häufig variierten Einstellungen der neuen japanischen Verschlüsselungsmaschine zu knacken, um die Flut von Telegrammen lesbar zu machen. Allerdings gab es eine heftige Rivalität mit der *Navy-Führung*, die nicht auf die Selbständigkeit ihrer Kryptologen verzichten wollte. Eine Zusammenlegung aller Expertenteams kam somit nicht in Frage. Deshalb teilte man sich die Aufgabe nach einem Muster, das der bayerische Komiker Karl Valentin einst zur Lösung der Verkehrsprobleme vorgeschlagen hatte: «Am Montag die Radfahrer, am Dienstag die Autofahrer, am Mittwoch die Fußgänger …» Jeweils im Wechsel der Tage wurden die eingehenden japanischen Telegramme an die Kryptologen der *Army* und der *Navy* gegeben. Auch die Weiterleitung an den Präsidenten geschah abwechselnd. Später wurde dieser Turnus abgeändert zu einem monatlichen Wechsel, wobei allerdings für Sonntage und für den späten Abend keine Zustellung vereinbart wurde.[42] Dabei waren die entschlüsselten Telegramme neben den Zeitungsberichten beinahe die

einzige Quelle, die es in Washington gab, um die japanische Politik verfolgen zu können. In den Monaten vor dem Pearl-Harbor-Angriff waren es durchschnittlich 50 täglich.[43]

Am 17. Oktober kam in Tokyo die neue Regierung unter General Hideki Tojo ins Amt, die einen direkten Kriegskurs einschlug und am 5. November den Angriff auf die USA für den 7. Dezember festlegte. Zwar wurde in den von den Amerikanern abgefangenen Meldungen der geplante Überraschungsangriff nicht wörtlich genannt, doch es war von einer «absolut unverrückbaren» letzten Verhandlungsmöglichkeit die Rede, nach der «die Dinge automatisch passieren werden».[44] Aus den Quellen ist klar ersichtlich, daß Roosevelt und seine engsten Berater nach dem Abbruch der diplomatischen Verhandlungen einen japanischen Angriff im Westpazifik erwarteten, der nicht nur die bereits im Krieg befindlichen Staaten und Besitzungen, vor allem die britischen und niederländischen, sondern auch die amerikanischen treffen würde. Was niemand vorhersah, war der zusätzliche Angriff auf die amerikanische Pazifikflotte, die übrigens erst im Laufe der diplomatischen Spannungen von San Diego (an der kalifornischen Küste) nach Hawaii verlegt worden war. Das eigentliche Ziel der Japaner war die Ausdehnung ihres Machtbereiches in Ostasien, und da sie es auf friedlichem Weg nicht schafften, die USA zur Tolerierung ihrer Imperialpolitik zu zwingen, versuchten sie es nun durch einen entwaffnenden Schlag gegen die amerikanische Pazifikflotte.

Am 5. Dezember erhielt Roosevelt den Befehl aus Tokyo an die Botschaft, alle Geheimdokumente zu vernichten. Von da an konnte es keinen Zweifel mehr am bevorstehenden Krieg mit Japan geben. Am nächsten Tag meldete der britische Geheimdienst große japanische Flottenbewegungen südlich von Japan, deren genaue Ziele nicht bekannt seien. In mehreren Gesprächen mit seinen Beratern äußerte Roosevelt die Vermutung, ein Angriff auf Singapur stehe unmittelbar bevor. Als man ihm telephonisch vom Angriff auf Hawaii berichtete, reagierte er zunächst ungläubig und begann zu stottern. Die japanische Überraschung war perfekt gelungen.

Doch warum hatten die zuständigen amerikanischen Befehlshaber, Admiral Kimmel für die Flotte und General Short für die Armee, keinen Verdacht geschöpft? Ein Teil der Antwort liegt in dem Umstand, daß sie nicht auf dem Verteiler für die MAGIC-Entschlüsselungsberichte standen. Niemand hatte es für nötig befunden, im Licht der sich zuspitzenden Krise den Verteiler zu überprüfen. Donovan, der Geheimdienstkoordinator des

Präsidenten, hatte ebensowenig Zugang und damit an dieser Stelle nichts zu koordinieren. Sodann muß beachtet werden, daß die MAGIC-Entschlüsselung nur den diplomatischen Telegrammverkehr lesbar machte, nicht jedoch den Funkverkehr der japanischen Flotte, den die Kryptologen als JN25 b bezeichneten. Somit wurden deren Funksprüche nur routinemäßig aufgefangen und abgelegt, da sie zunächst unlesbar blieben. Um sie rascher zu knacken, hätten erheblich mehr Spezialisten auf den Code JN25 b angesetzt werden müssen als eine Handvoll Leute. Experten vermuten, ein voller Personaleinsatz und damit ein früher Durchbruch hätte genug Datenmaterial geliefert, um den Pearl-Harbor-Angriff rechtzeitig identifizieren zu können. Diese Einschätzung stützt sich auf eine nachträgliche Auswertung, die beispielsweise einen Marschbefehl vom 1. Dezember identifizierte, mit dem ein Tankschiff zu einer Position auf dem Seeweg nach Hawaii beordert wurde.[45]

Wenn es also eine Schuld der politischen und militärischen Führung gab, so bestand sie darin, der Funkentschlüsselung nicht genug Personal zugeteilt und nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet zu haben. (In diesem Punkt war Großbritannien unter Churchills Führung deutlich überlegen.) Hinzu kamen die kulturellen Vorurteile, welche dazu führten, die technischen und militärischen Fähigkeiten der Japaner zu unterschätzen. Von einer Verschwörung gegen das amerikanische Volk zu sprechen, wie die (zumeist politisch rechtslastigen) Extremisten es tun, ist mithin absurd.

Die USA ohne Geheimdienste?

Noch Jahrzehnte später lautet in den USA die populärste Erklärung für Pearl Harbor, die Amerikaner hätten damals eigentlich gar keinen richtigen Geheimdienst besessen. In vielen Büchern findet man die allseits beliebte Geschichte, die USA hätten 1929 ihre Entschlüsselungsaktivitäten eingestellt. «Gentlemen lesen nicht die Post anderer Leute», soll der damalige Außenminister Henry Stimson gesagt haben. Mit dieser Version soll demonstriert werden, wie naiv die Amerikaner in der internationalen Politik gewesen seien, im Unterschied zu den «alten Großmächten» Europas. Selbst der geschätzte Fachjournalist Thomas Power beginnt sein wichtiges Buch *Intelligence Wars: American Secret History from Hitler to Al-Qaeda* mit dem Satz: «Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges waren die Vereinigten Staaten die einzige Großmacht der Welt ohne einen

Geheimdienst.»[46] Im nächsten Satz heißt es dann allerdings zutreffend, daß in Wirklichkeit nur ein *zentraler* Geheimdienst fehlte.

Tatsächlich gab es nicht nur einen, sondern mehrere amerikanische Geheimdienste oder jedenfalls geheimdienstlich arbeitende Abteilungen in verschiedenen Ministerien, so auch im Außenministerium, dessen Büro für die Beschaffung und Entschlüsselung diplomatischer Post und Funksprüche (insbesondere der in Washington ansässigen Botschaften) 1929 durch den neu ins Amt gekommenen Außenminister Stimson geschlossen wurde. Doch die Entschlüsselungsaktivitäten beim Militär wurden fortgesetzt. Die Akten der Spionageabteilung im Außenministerium, und somit das gesammelte Wissen, wurden der Abteilung für technische Kommunikation der Armee übergeben. Im übrigen gab es selbstverständlich auch in der riesigen Marine diverse Abteilungen, die sich mit geheimdienstlicher Nachrichtensammlung und -auswertung befaßten. Eine Kriegsflotte ohne diese Fähigkeiten hat es in der Neuzeit nie gegeben. Sie wäre schlichtweg undenkbar.

Richtig ist allerdings, daß Franklin D. Roosevelt zu Beginn seiner Präsidentschaft eine etwas eigenwillige Vorgehensweise in geheimdienstlichen Fragen hatte, obgleich er spätestens als stellvertretender Marineminister im Ersten Weltkrieg mit Spionageaktivitäten in Berührung gekommen war. Er bediente sich zweier ihm persönlich verbundener Personen, die teilweise auf eigene Faust und über private Kanäle geheimdienstlich für ihn tätig waren. Der eine war der Immobilienmagnat Vincent Astor, der 1927 in New York einen privaten elitären Zirkel («The Room») für geheimdienstliche Informationen gegründet hatte und als Direktor der Western Union Telegraph Company über die Möglichkeit verfügte, gleichsam auf «privater» Basis den Telegraphenverkehr nach interessanten Informationen absuchen zu lassen. (Eine Datenschutzgesetzgebung gab es damals noch nicht.) Zugleich hielt er Verbindung zu einem britischen Horchposten des britischen Auslandsgeheimdienstes MI-6 in New York. Die Briten waren 1940, nach Beginn des europäischen Krieges, durchaus interessiert, über Astor bestimmte Geheimdienstinformationen an Roosevelt zu geben, der seinerseits versuchte, die amerikanische Öffentlichkeit und den Kongreß für einen Kriegseintritt zu gewinnen. Die zweite Vertrauensperson war William Donovan, ein amerikanischer Veteran des Ersten Weltkrieges, der wegen seiner Nähe zu Roosevelt von den Briten hofiert wurde. Auch er gehörte zum Ost-küstenestablishment

aus mächtigen New Yorker Firmenanwälten und Finanziers, die damals (und noch für mehrere Jahrzehnte nach 1945) einen großen Einfluß auf die Außenpolitik der USA ausübten.[47]

Seit Juni 1940 leitete der Kanadier William Stephenson diesen britischen Außenposten, der das Büro sogleich in das damals spektakuläre neue Rockefeller Center verlegte und damit die *British Security Coordination* (BSC) begründete, die als Verbindungsposten aller britischen Geheimdienste in die USA diente. Zur Tarnung wurde sie als britische Paßstelle ausgegeben.[48]

Die Idee einer solchen Koordinationsstelle der britischen Geheimdienste war nicht neu. Bereits im Ersten Weltkrieg hatte ein Kanadier, William Wiseman, derartige Vermittlungsdienste geleistet, auch damals während der langen Jahre der amerikanischen Neutralität. Der 1897 geborene Stephenson war ein hochdekorierter Kriegsheld des Ersten Weltkrieges. Er soll zwölf deutsche Flieger abgeschossen haben, darunter den jüngeren Bruder des «Roten Barons» (von Richthofen), wurde jedoch im Juli 1918 selbst von den Deutschen getroffen. Bald danach heiratete er eine reiche Erbin von American Tabacco und zog nach England, wo er internationale Geschäftskontakte pflegte. Dabei hatte er mit dem *Industrial Intelligence Centre* zu tun, bei dem es um die britische Rohstoffpolitik ging.[49] In den späten 1930er Jahren lieferte er dem Oppositionspolitiker Winston Churchill allerlei Informationen über die deutsche Rüstungspolitik, und als Churchill im Mai 1940 Premierminister wurde, suchte dieser über Stephenson den Kontakt zu den USA.

Durch seine Geschäftsverbindungen kannte Stephenson den Amerikaner Donovan («Wild Bill»). Sein erster Erfolg in der britisch-amerikanischen Geheimdienstdiplomatie war ein Besuch von Donovan in London, wo man ihn hofierte, um den offiziellen US-Botschafter zu umgehen – den nazifreundlichen Joseph Kennedy (den Vater des späteren US-Präsidenten). Damit war eine geheimdienstliche Verbindung zwischen Washington und London hergestellt, bei der es zunächst um die Aufdeckung deutscher Spionage und der befürchteten Sabotage von Kriegslieferungen an die Briten ging, aber auch um antideutsche Propaganda, beispielsweise eine gefälschte deutsche Landkarte von Lateinamerika, die Präsident Roosevelt in einer öffentlichen Rede am 27. Oktober 1941 erwähnte. Diese Karte sollte die deutsche Absicht beweisen, Südamerika in eine Ansammlung von deutschen Satellitenstaaten zu verwandeln. Dabei spielten die britischen

Geheimdienstfälscher auf das Zimmermann-Telegramm von 1917 an. Gewiß war die NS-Auslandsorganisation in Lateinamerika damals sehr aktiv, doch einen NS-Plan zur «Abschaffung aller existierenden Religionen», wie Roosevelt behauptete, gab es nicht.[50]

Eine weitere Frucht dieser britisch-amerikanischen Geheimdienstverbindung war die im September 1940 angekündigte Bereitschaft der USA, den Briten einige (eingemottete) US-Kriegsschiffe zu leihen. Bald darauf kam man überein, auf dem Gebiet der «technischen Geheimnisse» sowie der geheimdienstlichen Erkenntnisse einen intensiven Austausch zu organisieren. Es war der Beginn der amerikanisch-britischen Sonderbeziehungen *(special relationship)*, die bis heute diese beiden Staaten eng miteinander verbindet.

Um effektiv zusammenzuarbeiten, brauchten die USA eine besser koordinierte Geheimdienststruktur. Die verschiedenen Dienststellen bekämpften oder ignorierten sich wechselseitig. Die in Kriegszeiten so wichtige Spionageabwehr wurde von der Bundespolizei FBI betrieben, neben ihrer Hauptaufgabe der regulären Verbrechensbekämpfung. FBI-Direktor J. Edgar Hoover hatte Ambitionen, seine Behörde zu einem mächtigen Geheimdienst auszubauen, der inländische und ausländische Zuständigkeiten unter einem Dach zusammenfassen sollte – ein Plan übrigens, den er auch nach 1945 weiterverfolgte.[51] Tatsächlich gelang es Hoover, im Juni 1940 die Zuständigkeit für ganz Lateinamerika zu erhalten, wo das FBI durch die Entsendung von Spezialisten für die Spionageabwehr bereits mehrere Staaten unterstützt hatte. Dafür gründete Hoover sogar eine neue Abteilung, den *Special Intelligence Service* (SIS). Die militärischen Geheimdienstabteilungen protestierten heftig, aber zunächst wirkungslos.

Roosevelt war davon keineswegs begeistert. Er wußte jedoch, wieviel Rückhalt Hoover bei den konservativen Kongreßabgeordneten hatte. Deshalb suchte er nicht die Konfrontation mit ihm, sondern unterbreitete im April 1941 seinem Kabinett den Vorschlag, sich am britischen Beispiel zu orientieren und einen für alles zuständigen Geheimdienstkoordinator zu bestellen. Eine derartige «Superbehörde zur Kontrolle aller Geheimdienste» wollte jedoch der im Armeestab zuständige General nicht akzeptieren, wie er an seinen Kollegen vom Marinestab schrieb. Für uns «… wäre ein solcher Schritt von großem Nachteil, eventuell eine Katastrophe».[52]

Die Militärs wollten sich nicht durch einen zentralisierten Geheimdienst gängeln lassen. Eines ihrer Motive finden wir in einem Bericht, den der

Leiter des britischen Marinegeheimdienstes am 7. Juli 1941 nach London übermittelte. Zu seinem Erstaunen stellte er fest, daß die amerikanischen Einschätzungen der deutschen Kriegsrüstung weit von den britischen abwichen. Die Marine nehme Zahlen an, die um ein Drittel höher lägen als die britischen. Die Armee schätze die deutsche Luftwaffe um 250 Prozent höher ein. «Diese Vorliebe für Sensationen verhindert eine rationale Bewertung von Geheimdienstberichten», fuhr er fort. Die Meldungen kamen von unprofessionellen Beobachtern, die quer durch Europa reisten und allerlei unqualifizierte Äußerungen abgaben.[53] Doch die übertriebenen Zahlen ließen sich nicht allein auf unprofessionelle Arbeitsmethoden zurückführen. Sie hatten einen handfesten politischen Hintergrund, denn gegenüber dem Kongreß und der Regierung wurden die Bewilligungen für Rüstungsprogramme vor allem mit dem vermuteten Potential des militärischen Gegners begründet. Je stärker die Bewaffnung des Gegners, desto mehr Rüstung würde das amerikanische Militär benötigen. Und da die Wehrmacht seit 1939 eine Serie von militärischen Siegen errungen hatte, die ihr niemand zugetraut hatte, war es plausibler, das deutsche Waffenpotential zu hoch als zu niedrig einzuschätzen.

Unter dem Druck der dramatischen Kriegsereignisse gelang es schließlich, für Donovan eine Dienststelle zur «Koordinierung von Informationen» einzurichten, deren Aufgabe es sein sollte, die Flut von Geheimdienstmeldungen für den Präsidenten aufzubereiten. Ausdrücklich sollte auch die eigene Informationsgewinnung zulässig sein. Binnen weniger Monate entstand eine Organisation mit 600 Mitarbeitern. Im November 1941 wurde ein Verbindungsbüro in London eröffnet. Die Briten waren bereit, jede Unterstützung zum weiteren Ausbau, vor allem aber zur Ausbildung des Personals zu gewähren. Das geschah zum Teil in Kanada, wo vor allem die Agenten für riskante Sabotageeinsätze und andere Formen des Guerillakrieges trainiert wurden. Im Camp X bei Whitby, in der Nähe von Toronto, ließ Stephenson etwa 2000 Agenten schulen, darunter auch Kanadier und Amerikaner. Donovan sprach später davon, man habe die gesamte Ausbildung den Briten zu verdanken. Um sich erkenntlich zu zeigen, lieferte er den Briten eine Menge technischer Gadgets, die in der Figur des «Q» (Q steht für Quartermaster, also für den obersten Nachschubmann) in den Bond-Filmen weiterlebten. Dieses Filmzitat kam nicht von ungefähr, denn Ian Fleming, der Autor der James-Bond-Romane, wurde selbst im Camp X als Kampfschwimmer ausgebildet und war für den britischen Geheimdienst tätig, oft in enger Verbindung

und Rivalität mit amerikanischen Kollegen – ein Thema, das sich ebenfalls wie ein roter Faden durch die Bond-Romane zieht. Und Fleming war kein Einzelfall, sondern einer der zahlreichen später berühmten Schriftsteller, die Stephenson damals anheuerte. Dazu gehörten der amerikanische Journalist Drew Pearson (später eine prominente Feder der *Washington Post)*, das Genie unter den Werbetextern David Ogilvy, der Theaterschriftsteller Noel Coward und der Kinderbuchautor Roald Dahl *(Charlie und die Schokoladenfabrik).* Dahl schrieb übrigens die offizielle, über 50 Jahre geheimgehaltene Geschichte der *British Security Coordination* (auf der Basis der damaligen New Yorker Registraturbestände).[54]

Im Sommer 1942 gelang es Donovan, mit dem *Office of Strategic Services* (OSS) einen zentralen Geheimdienst zu gründen. Allerdings wurde er dem Vereinigten Generalstab unterstellt, nicht dem Weißen Haus. Die Kriegspropaganda, und damit die Hälfte von Donovans bisherigem Personal, wurde in das neugegründete Amt für Kriegsinformation integriert. Damit hatte Donovan eine halbe Niederlage erlitten, denn die Position eines einzigen Präsidentenberaters für alle Geheimdienstfragen wurde nicht vergeben. Die Koordinierung der Geheimdienste wurde einem Ausschuß übertragen, der den Diensten keinerlei Anweisungen erteilen konnte. Doch Donovan hatte auch einen beträchtlichen Erfolg zu verzeichnen, da ihm nun ein großzügiges Budget für den Aufbau einer Organisation zur Verfügung stand, mit dem er Tausende weitere Mitarbeiter einstellen konnte.

Seine Analyseabteilung (R & A für *Research and Analysis)* wuchs bis zu einem Personalstand von etwa 900 Fachleuten an. An die Spitze berief er den Harvard-Historiker William L. Langer, der seine Aufgabe als eine Art von riesigem historisch-sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekt sah und folglich aus den amerikanischen Universitäten die besten akademischen Spezialisten zusammenholte. Geographen, Soziologen, Ethnologen, Juristen, Ökonomen, Linguisten, Psychologen, Historiker und Politologen waren bald in dieser riesigen Denkfabrik versammelt, die vor allem Hilfestellungen für die in Europa, Asien und Afrika kämpfende Truppe bereitstellen sollte. Dazu gehörten fortlaufend aktualisierte Berichte über die politischen Zustände in den feindlichen Staaten sowie in den von diesen besetzten Gebieten. Die gesammelten Informationen bildeten gegen Kriegsende einen Fundus an Wissen, der für die kämpfende Truppe erste Handreichung für den Umgang mit der Zivilbevölkerung bereitstellte. Beispielsweise wurde umfangreiches Informationsmaterial

über die deutsche Wirtschaft und Verwaltung zusammengetragen, welches für die amerikanische Militärregierung von Nutzen war. Jeder Besatzungsoffizier erhielt dadurch spezifische Informationen über die von ihm zu verwaltende Region oder Stadt.[55]

Sodann wurden geographische und wirtschaftliche Informationen aufbereitet, die bei der Festlegung von Zielen für Bombenangriffe und Landeoperationen im Kriegsgebiet nützlich waren. Hierzu wurden ökonomische Berechnungen angestellt, welche Bombenziele die deutsche Kriegführung und die Rüstungsindustrie am schnellsten und nachhaltigsten lahmlegen würden. Derartige Kosten-Nutzen-Rechnungen bildeten die Basis für ein neuentwickeltes Gebiet der Volks- und Betriebswirtschaftslehre: die auf mathematischen Modellen basierende *Operations Research.[56]* Mit Hilfe des hauptsächlich von den Briten entschlüsselten deutschen Funkverkehrs gelang es, eine Bestätigung (oder Widerlegung) der errechneten Hypothesen zu erhalten. Beispielsweise ließ sich auf diesem Weg nachweisen, welche militärischen Einheiten oder Fabriken durch die Zerstörung eines bestimmten deutschen Treibstofflagers geschädigt wurden. Der Bombenkrieg gewann damit an Wirksamkeit, nachdem sich die Flächenbombardements der Großstädte und der Verkehrsinfrastruktur (Bahnhöfe, Knotenpunkte, Brücken) als unerwartet ineffizient erwiesen hatten, weil sie die Kriegsmoral der deutschen Bevölkerung nicht zu schwächen vermochten. Zudem war die Verkehrsinfrastruktur nicht nur schwer zu zerstören (wegen der schlechten Zielgenauigkeit der Bomber), sondern sie wurde oft auch erstaunlich rasch repariert und wieder benutzbar gemacht.

Eine weitere Entwicklung der Wissenschaftler von R & A spielte eine besondere Rolle in der Geschichte der Geheimdienste: die systematische Geheimdienstanalyse auf der Basis aller Informationsquellen – nicht nur der eigenen Geheimdienstinformationen. Heute spricht man von *allsource intelligence*, in die insbesondere auch die *open-source intelligence* einfließt. In Publikationen der verschiedensten Art, von der Presse bis zu regierungsamtlichen Berichten und Statistiken und zur technisch-wissenschaftlichen Fachliteratur, «versteckt» sich eine riesige Masse von Daten und Informationen, die darauf warteten, zu einem Lagebild zusammengesetzt und auf spezifische Fragen geprüft zu werden. Im Grunde genommen war es die Arbeitsweise des wissenschaftlichen Forschers, die durch die Systematisierung in einem Großprojekt (beziehungsweise im Rahmen einer großen Denkfabrik wie R & A) zu

neuen Erkenntnissen führen sollte. Durch die Hinzunahme von genuin geheimdienstlichen Informationen, zu denen Agentenberichte, Protokolle der Befragung von Kriegsgefangenen und Flüchtlingen, beschlagnahmte Geheimunterlagen und entschlüsselte Funksprüche gehörten, konnte nunmehr ein weitaus vollständigeres Bild des militärischen Gegners entstehen, dessen Einzelelemente zudem durch parallele Überlieferungen besser zu überprüfen waren.

Bis Kriegsende hatte R & A drei Millionen Karteikarten, 300.000 Photographien, eine Million Landkarten, 350.000 ausländische Zeitschriften, 50.000 Bücher und vielerlei anderes «offenes» Material gesammelt. Die Analyse erforderte erstens eine große Zahl von Mitarbeitern, wie man sie bislang in den Geheimdiensten nicht kannte. Doch anders ließen sich die Massen von Informationen nicht sammeln, systematisieren und archivieren. Zweitens bedurfte es einer ausgefeilten Systematik der Analyse. Zum Lehrbuch dieser neuen Arbeitsweise wurde die 1949 publizierte Schrift *Strategic Intelligence for American World Policy* von Sherman Kent, einem Geschichtsprofessor an der renommierten *Yale University*, der bei R & A gearbeitet hatte und deren Methode zur Grundlage aller künftigen Geheimdienstanalysen machen wollte.[57] Die «Sherman-Kent-Methode» erlebte nachfolgend allerlei Triumphe und Niederlagen, doch sie stellte immerhin einen Anfang dar.[58]

Die Liste der Intellektuellen, die bei R & A beschäftigt waren, ist lang und mit prominenten Namen gespickt. Arthur Schlesinger und Walt Rostow waren später im engsten Beraterzirkel der Kennedy-Administration. Die Historiker Gordon A. Craig, Crane Brinton und John K. Fairbanks gehörten bald zu den meistgelesenen und einflußreichsten Vertretern ihres Faches. Nicht zu vergessen sind prominente deutsche Emigranten wie Herbert Marcuse, Klaus Mann, Otto Kirchheimer und Franz Neumann, letzterer der Verfasser einer der frühesten Analysen des Nationalsozialismus unter dem Titel *Behemoth* (1944). Eine Besonderheit von R & A war somit, daß auch Linksintellektuelle wie Marcuse (von der Frankfurter Schule), ja sogar erklärte Kommunisten zur Mitarbeit eingeladen wurden.[59] Auch diese Tradition sollte in der Nachfolgeorganisation, der 1947 gegründeten CIA, noch eine Rolle spielen. Doch zunächst dürfte die bunte Zusammensetzung des Personals der hauptsächliche Grund gewesen sein, warum die R & A (wie übrigens die meisten anderen Abteilungen des OSS) ausdrücklich vom Zugang zu den geheimsten der geheimen Informationen, insbesondere zu den

entschlüsselten japanischen und deutschen Funksprüchen, abgeschnitten wurde.

Neben der Geheimdienstanalyse gab es mehrere Abteilungen im OSS, die sich mit verdeckten Einsätzen und mit der Beschaffung von geheimen Informationen befaßten. Bei gewagten Sabotageakten im Kriegsgebiet lag allerdings die Führung auf der britischen Seite. Das erklärt sich vor allem aus der militärischen Situation, in der sich Großbritannien nach der Kapitulation Polens, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks, Norwegens und Frankreichs in den Jahren 1939 und 1940 befand. Zwar konnte die vorbereitende Luftoffensive für ein deutsches Landeunternehmen in England zurückgeschlagen werden, doch war es den Briten auf absehbare Zeit unmöglich, die Wehrmacht auf dem europäischen Kontinent anzugreifen. Es blieben ihnen somit nur drei Möglichkeiten, den Krieg fortzusetzen: (1) eine Seeblockade, (2) eine Fortsetzung des Luftkrieges gegen Deutschland und (3) geheimdienstliche Operationen gegen die deutsche Besatzungsherrschaft. Man wollte die Bevölkerungen der besetzten Gebiete zum aktiven Widerstand ermuntern und bestehende Widerstandsbewegungen unterstützen. Dafür wurde ein zusätzlicher britischer Geheimdienst eingerichtet, die *Special Operations Executive* (SOE), deren Leitung Churchill dem Labour-Politiker Hugh Dalton anvertraute. In erster Linie sollte damit die deutsche Kriegswirtschaft sabotiert werden, die sich zunehmend der Ressourcen der besetzten Gebiete bediente. Doch die Sabotageakte richteten sich bald auch gegen die Wehrmacht und ihre Helfer.

Nach ihrem Eintritt in den Krieg gegen Deutschland am 12. Dezember 1941 befanden sich die USA in einer ähnlichen Situation wie Großbritannien. Sie hatten zunächst keine Möglichkeit, mit Landstreitkräften gegen die Wehrmacht zu kämpfen. Deshalb schlossen sie sich den britischen *Special Operations* an und versuchten, eine Art Guerillakrieg zu führen, was jedoch für lange Jahre, angesichts der effizienten deutschen Spionageabwehr, ein verlustreiches Unterfangen ohne Aussicht auf wesentliche Erfolge blieb.

Das OSS im Kriegseinsatz

Der erste größere Erfolg von OSS war die Vorbereitung der alliierten Landung in Nordafrika. Zwar tobte im östlichen Nordafrika bereits der

Krieg, seit das deutsche Afrikakorps im Februar 1941 in Tripolis (Libyen) gelandet war und mit starken Panzerkräften versuchte, zum Suezkanal und nach Palästina vorzustoßen. Im westlichen Nordafrika hingegen herrschte Ruhe, da es sich um französisches Territorium (Algerien) und französische Protektorate (Tunesien, Marokko) sowie Einflußgebiete des neutral gebliebenen Spanien handelte. Die vertragliche Regelung zwischen Hitler und der französischen Vichy-Regierung sah vor, daß diese Gebiete ohne deutsche Besatzung und unter französischer Hoheit blieben. Doch stand zu vermuten, daß es unter der einheimischen Bevölkerung sowie in den Reihen des französischen Militärs und der französischen Verwaltung zahlreiche Sympathisanten der Westmächte gab.

Um die dortige Stimmung zu erkunden, entsandte das OSS ein Dutzend Leute, getarnt als Vizekonsuln, die sich vor allem in den Hafenstädten umsehen sollten, um Kontakte zu den Vorstehern der ethnischen und religiösen Gemeinden sowie zu Vertretern des französischen Staates herzustellen. Der erfahrene Diplomat Robert Murphy wurde dem designierten Oberbefehlshaber der Invasionstruppen, General Dwight D. Eisenhower, als diplomatischer Berater zur Seite gestellt. (Er behielt diese Funktion bis zum Ende des Krieges und hat darüber in seinen sehr lesenswerten Memoiren berichtet.)[60] Oberst William Eddy, der im Nahen Osten aufgewachsen war und fließend Arabisch sprach, war als Chef der OSS-Station in Tanger – in der neutralen Zone Marokkos gegenüber vom britischen Gibraltar – für die Geheimdienstoperationen verantwortlich.[61]Die Landeplätze mußten erkundet, vor allem aber mußten die Bevölkerung und das französische Militär davon abgehalten werden, gegen die Angloamerikaner zu kämpfen. Das erforderte schwierige Verhandlungen, denn die einheimischen Nordafrikaner waren untereinander zerstritten und interessierten sich wenig für den Krieg der weißen Europäer und Amerikaner. Wenn überhaupt, ergriffen sie Partei gegen die französische Verwaltung. Doch bei dieser sowie bei der französischen Armee durfte keinesfalls der Eindruck entstehen, die Amerikaner wollten Nordafrika dem französischen Einfluß entwinden. Sehr wohl mußte auch den (wenigen) mit General de Gaulle sympathisierenden Vichy-Repräsentanten bewußt sein, daß Nazi-Deutschland einer solchen Parteinahme für die Angloamerikaner nicht tatenlos zusehen würde. Hier allerdings wirkte sich die Niederlage des deutschen Afrikakorps in der zweiten Panzerschlacht von El-Alamein aus, die wenige Wochen vor der alliierten Invasion dem deutschen Nordafrika-

Abenteuer ein Ende setzte. Daran hatten erstmals auch französische Soldaten des «Freien Frankreichs» unter General Pierre Koenig teilgenommen, die bereits im Juni, in der Schlacht von Bir Hakeim, erste selbständige Erfolge erringen konnten.

Am 7. November 1942 begannen die Landeoperationen südlich und nördlich von Casablanca sowie entlang der gesamten algerischen Mittelmeerküste. Sie waren ein großer diplomatischer Erfolg, da es viel weniger Opfer gab, als man erwartet hatte. Es gelang den Streitkräften, in rascher Folge weitere Truppen und Vorräte anzulanden. So konnten die Reste der deutschen und italienischen Truppen aus Nordafrika vertrieben werden. Bereits acht Monate später begannen die Alliierten mit der Eroberung Italiens, indem sie zunächst Sizilien einnahmen. Für das OSS war das ein großer Erfolg, welcher der amerikanischen Militärführung klarmachte, wie wichtig verdeckte Geheimdienstoperationen zur Vorbereitung und Begleitung großer Militäroperationen waren.

Zur gleichen Zeit, im November 1942, begab sich das OSS auf das klassische Gebiet der Spionage: die Arbeit mit Agenten im Feindesland. Getarnt durch die amerikanische Botschaft in Bern, wurde ein Büro des OSS eingerichtet. In der Schweiz lebten zahlreiche Flüchtlinge, die sich in den von Deutschland besetzten Gebieten nicht mehr sicher fühlten, sowie deutsche Emigranten jeder politischen Couleur. Wegen ihrer Neutralität blieb die Schweiz, zumindest in beschränktem Umfang, eine Drehscheibe für Reisende und Geschäftsleute aller Art, während rundherum die Truppen und Schergen der Achsenmächte standen.

Diesen Umstand machte sich der Repräsentant des OSS, der New Yorker Firmenanwalt Allen Dulles, zunutze, der Bern bereits als junger Diplomat während des Ersten Weltkrieges kennengelernt hatte. Während der Pariser Friedenskonferenz von 1919 hatte er zusammen mit seinem Bruder Foster und seiner Schwester Eleanor dem amerikanischen Außenminister Robert Lansing zugearbeitet, der ihr Onkel war. In Bern fiel es ihm leicht, Kontakte zum Schweizer Geheimdienst und zu Emigranten aufzubauen, die ihr detailliertes Wissen über die Vorgänge im Inneren Deutschlands zur Verfügung stellten. Durch Hans Bernd Gisevius, der zunächst bei der politischen Polizei und seit 1939 im Amt Abwehr der Wehrmacht tätig war, kam Dulles in Verbindung mit dem deutschen militärischen Widerstand, der mehrere Attentatsversuche auf Hitler vorbereitete, zuletzt am 20. Juli 1944. Gisevius war im Auftrag von Admiral Canaris, dem Chef der Abwehr, in der Schweiz tätig und hatte somit häufig Gelegenheit zum

Kontakt mit Dulles. Von Gisevius erhielt Dulles auch Berichte über die Entwicklung der deutschen V-1- und V-2-Raketen.

Noch ergiebiger waren die Informationen und Unterlagen, welche Fritz Kolbe lieferte. Kolbe kam aus dem diplomatischen Dienst und war während des Krieges in der Verbindungsstelle des Auswärtigen Amtes mit dem Oberkommando der Wehrmacht tätig.[62] Dadurch hatte er Zugang zu einer Fülle von Dokumenten, von denen er Tausende von Seiten in Kopie an Dulles lieferte. Zu seinen wichtigsten Informationen gehörten Rüstungsprogramme wie die Raketen sowie das ebenfalls in der Entwicklung befindliche Jagdflugzeug mit Düsenantrieb (Me 262). Hinzu kamen Berichte über die spanischen Rohstofflieferungen und die Kriegführung im Osten. Durch seinen Hinweis konnte der als Butler des britischen Botschafters in Ankara getarnte Spion Cicero identifiziert werden.

Eigenartigerweise konnte sich das OSS erst spät und nur partiell auf dem pazifischen Kriegsschauplatz engagieren, weil die beiden amerikanischen Oberkommandeure General MacArthur und Admiral Nimitz keine Einmischung, vor allem keine Einmischung durch die Briten wünschten, die bekanntlich mit dem OSS eng liiert waren. Eine Ausnahme bildete zunächst nur Burma, das zum britischen Weltreich gehörte, aber bereits vor der japanischen Okkupation in eine gewisse Anarchie verfallen war. Einem OSS-Kommando gelang es, 11.000 Stammeskämpfer der Kachin gegen die Japaner zu mobilisieren und von ihnen Informationen über die japanische Besatzungsherrschaft zu erhalten. Obgleich die USA mit der chinesischen Regierung unter General Chiang Kai-Shek eng kooperierten, war auch dort das OSS zunächst nicht willkommen. Dessen Geheimdienstchef Tai Li suchte die Amerikaner nach Möglichkeit aus den gleichzeitig mit dem Krieg gegen Japan geführten Auseinandersetzungen mit anderen Warlords, vor allem aber mit den Kommunisten, herauszuhalten.[63]

Damit wollten sich die USA jedoch nicht zufriedengeben, zumal in China und Südostasien Millionen von japanischen Soldaten stationiert waren, die im Zuge einer Eroberung Japans nicht außer acht bleiben konnten. Deren genaue Standorte, Aufträge und Bewaffnung mußten erkundet werden. Ziele für Bombenangriffe mußten präzisiert werden. Die Versorgungslinien nach China mußten abgesichert werden. Deshalb unternahmen verschiedene amerikanische Kommandostellen, darunter auch das OSS, eigene Geheimdienstoperationen in China – nicht selten, ohne

voneinander zu wissen. Erst dem neuen Regionalbefehlshaber General Albert Wedemeyer gelang es gegen Kriegsende, diese Verwirrungen zu ordnen. Damit war es dem OSS möglich, eine Reihe von amerikanischen Kriegsgefangenen aus japanischer Hand zu befreien und durch Sabotageaktionen, darunter die Sprengung wichtiger Brücken, die Operationsmöglichkeiten der noch völlig intakten japanischen Truppen einzuschränken.

Die politischen Kämpfe in China hinterließen bei den Amerikanern einen zwiespältigen Eindruck. Die einen sahen in der Befreiung Chinas von der japanischen Herrschaft die Möglichkeit, das Land endlich zu einer stabilen, westlich orientierten Großmacht werden zu lassen, womit ein Gegengewicht zu einem erneuten japanischen Großmachtstreben, aber auch zu sowjetischen Ambitionen in Asien geschaffen wäre. Gemäß dieser Hoffnung drängte Präsident Roosevelt darauf, in der neuen internationalen Friedensordnung, insbesondere in den Vereinten Nationen, China den besonderen Großmächtestatus samt Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat zu geben. Andere Beobachter sahen in der korrupten Führung von General Chiang Kai-shek ebenso wie in der kommunistischen Guerilla, die sich auf rückständige Bauern im chinesischen Hinterland stützte, Stoff für einen Konflikt, dessen Lösung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten war.

Es war letztlich General Marshall, der Chef des Armeestabes und militärische Ziehvater Wedemeyers, der den amerikanischen Phantasien eines aus Washington gesteuerten Durchbruches in den innerchinesischen Kämpfen ein Ende setzte. So begann der kalte Krieg in Ostasien, der übrigens viel heftiger als derjenige in Europa wurde und zwei große Kriege in Korea und in Vietnam hervorbringen sollte. Doch zunächst, 1944 und 1945, pflegten die USA, insbesondere die Chinaspezialisten im OSS, aber auch die Militärs um General Wedemeyer, ein geradezu freundschaftliches Verhältnis zur kommunistischen Führung um Mao Tsetung.[64] Auch zu Ho Chi Minh, dem Führer der vietnamesischen Kommunisten, entwickelte sich ein enger Kontakt des OSS, zumal sich dort die Kommunisten im Kampf gegen die japanischen Besatzer hervortaten. Deshalb erhielten sie amerikanische Unterstützung. Bei Kriegsende rief Ho die unabhängige Republik Vietnam aus und zitierte die amerikanische Unabhängigkeitserklärung Thomas Jeffersons aus dem Jahr 1776.[65] Doch zu der von ihm erhofften diplomatischen Anerkennung durch Washington kam es nicht.

Der Einsatz gegen Hitlers Deutschland

In Europa war die Bilanz der westalliierten Geheimdienste reichlich gemischt. Dabei blieb das nationalsozialistische Deutschland bis Kriegsbeginn im September 1939 erheblich leichter zu erforschen als das kaiserlich-imperialistische Japan. Die Grenzen blieben offen. Die Reichsparteitage und vor allem die Olympischen Spiele von 1936 waren große internationale Medienspektakel. Überall auf der Welt hatte das nationalsozialistische Deutschland seine Bewunderer, insbesondere in den Eliten der westlichen Demokratien. Jeder glaubte es zu kennen und zu verstehen. Deshalb schien es gar keinen Bedarf zu geben, irgendwelche Geheimnisse zu finden oder zu entschlüsseln.

Das galt auch für Hitlers Außenpolitik, die anfänglich geradezu darauf ausgerichtet war, die Welt (und übrigens auch die Deutschen selbst) hinsichtlich ihrer wirklichen Zielsetzungen zu täuschen. In den ersten Jahren schien sie sich an die Leitlinien der vorausgegangenen Präsidialkabinette der Weimarer Republik zu halten, die längst von der Konzilianz des verstorbenen Außenministers Stresemann abgerückt waren und den nationalistischen Kurs der Revisionspolitik wieder aufnahmen. Die Parole, «das Unrecht des Versailler Vertrages» tilgen zu wollen, genoß erhebliche Sympathien in den USA, in Großbritannien, teilweise sogar in Frankreich und anderswo in Westeuropa.

Erst als Hitler massiv aufrüstete und internationale Verträge brach, begann ein gewisses Umdenken. Von zunehmender Bedeutung waren dabei die Geheimdienstberichte über die deutsche Aufrüstung und Waffentechnik. Während diese Berichte vor der völkerrechtswidrigen Besetzung des Rheinlandes dazu neigten, das deutsche Militär zu unterschätzen, tendierten sie nachfolgend meist zu einer Überschätzung. Die Wirkung auf die Politik war fatal, denn während man sich zunächst in Sicherheit vor einer möglichen, aber für unwahrscheinlich gehaltenen Bedrohung glaubte, nahm nun die Zahl derer zu, die eine heftige Antwort auf Hitlers Außenpolitik für zu riskant hielten. So entstand die Politik des *appeasement*, das heißt der Beschwichtigung, die behauptete, Deutschlands Forderungen seien im Grunde genommen verständlich und dürften deshalb nicht mit dem kalkulierten Risiko eines Krieges beantwortet werden. Wie die historische Forschung in den 1980er Jahren, nach Öffnung der Akten, herausfand, spielten die britischen Geheimdienste mit ihren Einschätzungen der deutschen Rüstungsentwicklung und der

außenpolitischen Absichten Hitlers eine reichlich seltsame Rolle.

Zunächst versuchte der Staatssekretär im Außenministerium Robert Vansittart, die Berichte über die deutsche Rüstung zu instrumentalisieren, um seine Regierung vom Kurs der Beschwichtigung abzubringen. Doch Vansittart, der bereits vor 1914 als eingefleischter Gegner Deutschlands galt, wurde 1938 auf einen einflußlosen Posten abgeschoben, da seine Ansichten bei Außenminister Lord Halifax auf Widerspruch stießen. Zudem hatte er immer wieder Geheimdienstberichte an den konservativen Unterhausabgeordneten Winston Churchill weitergeleitet, einem scharfen Kritiker der Appeasementpolitik.

Die heftigsten Kontroversen gab es um die Berichte zur deutschen Luftrüstung, durch die sich Großbritannien noch stärker gefährdet sah als vor 1914 durch die kaiserlich-deutsche Kriegsflotte. Bereits im November 1932 hatte der damalige Premierminister Stanley Baldwin im Unterhaus jene vielzitierten Worte gesprochen: «Keine Macht der Welt kann den Mann auf der Straße davor bewahren, bombardiert zu werden. Was immer ihm die Leute sagen mögen, der Bomber kommt immer durch.» Mit Baldwin glaubten viele Leute, die Bomberflotte sei eine Waffe, gegen die es keine wirksame Verteidigung gebe. Wenige Monate später, im Mai 1933, wurde das Reichsluftfahrtministerium gegründet, das unter der Führung von Hermann Göring die deutsche Luftrüstung organisierte und 1935 die Luftwaffe als dritte Waffengattung neben Heer und Marine etablierte. Sie reorganisierte sich 1936 in drei Kommandobereiche: Bomberverbände, Jagdverbände und Küstenwache.

Hitler behauptete 1935, er habe bereits einen Gleichstand mit der britischen *Royal Air Force* erreicht. Doch wie groß war die deutsche Gefahr aus der Luft wirklich? Während die Schätzung des zuständigen britischen Ministeriums von 4000 ausgebildeten deutschen Piloten ausging, nannte der Auslandsgeheimdienst 8000.[66] Die Produktionsziffern der deutschen Kampfflugzeuge waren verwirrend, da zunächst eine riesige Zahl von Trainingsflugzeugen gebaut wurde, die für Kampfeinsätze unbrauchbar waren. Eine wichtige Rolle spielte der ehemalige Weltkriegspilot Malcolm Christie, der zwischen 1927 und 1930 als Luftattaché in Berlin tätig war und nach der Machtübernahme durch die Nazis, als Geschäftsmann getarnt, wichtige Verbindungen zu deutschen Oppositionellen pflegte. Dazu gehörten der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler und der Industrielle Robert Bosch, vor allem aber einflußreiche Leute in der wieder entstehenden deutschen Luftfahrtindustrie sowie im

Reichsluftfahrtministerium.[67] Aus diesem Zirkel erhielt Christie eine Fülle von Informationen, die er an Vansittart weiterleitete. Während man in den Londoner Ministerien zunächst reserviert darauf reagierte, schlug 1936/37 die Stimmung ins Gegenteil um. Nun waren es die Ministerien, vor allem das Luftfahrtministerium und seine Geheimdienstexperten, welche Alarm schlugen. Der Senior unter den Staatssekretären, Sir Warren Fisher, schrieb im April 1938: «… unser Land ist (und bleibt) einer fremden Macht ausgeliefert.»[68] Dabei wäre die deutsche Luftwaffe damals gewiß nicht zu einem Luftkrieg gegen England fähig gewesen, wie er 1940 – dann jedoch unter Nutzung von französischen, belgischen und niederländischen Flugplätzen – gewagt (und verloren) wurde.

Doch zunächst war man sich gar nicht sicher, ob Hitler in Großbritannien tatsächlich einen Feind sah. General John Dill, damals Leiter der Geheimdienstabteilung der Armee, unternahm im September 1935 eine Besichtigungsreise in Deutschland und kam zu zwei Schlüssen: Erstens habe ein stärker gewordenes deutsches Militär eine beruhigende Wirkung auf die Extremisten in der NSDAP; und zweitens sei Hitlers Versprechen glaubhaft, die deutsche Armee werde eine Friedensstärke von 36 Divisionen nicht überschreiten und damit auf einen erträglichen Umfang begrenzt bleiben. Doch bereits ein Jahr später wurde diese Grenze durchbrochen. Zur Zeit der Sudetenkrise im September 1938 waren es dann schon 75 Divisionen. Als der bereits genannte Vertrauensmann Christie im Februar 1937 von Göring zu einem seiner Herrenabende eingeladen wurde und seinen Gastgeber direkt nach seinen außenpolitischen Zielen fragte, war die Antwort recht unverblümt: «Wir wollen eine freie Hand in Osteuropa.» Auf die Nachfrage, ob damit auch Österreich und die Tschechoslowakei gemeint seien, antwortete er schlicht mit «Ja».[69]

Während der Sudetenkrise im Frühjahr und Sommer 1938 kam es aufgrund verwirrender Geheimdienstberichte zu einer fatalen Überreaktion, die ihrerseits in das Münchener Abkommen vom 30. September 1938 mündete. Nachdem Hitler am 30. Mai 1938 den Befehl zur Vorbereitung eines Einmarsches gegeben hatte, gab es in der deutschen Militäropposition unter Generaloberst Ludwig Beck eine heftige Gegenreaktion. Da Beck jedoch in den Reihen der Generalität zuwenig Rückhalt fand, trat er am 18. August als Generalstabchef zurück. Daraufhin wurden mehrere Vertrauensleute nach London entsandt, um die britische Regierung über Hitlers Pläne und über die Militäropposition zu

informieren. Vansittart vermittelte diese Kontakte, an denen auch Churchill beteiligt wurde. Doch Premierminister Chamberlain hielt davon nicht viel. Am 6. September meldete sich Theodor Kordt, damals an der deutschen Botschaft in London tätig, und wurde durch einen Hintereingang in das Büro des Premierministers vorgelassen. Er warnte vor dem bevorstehenden deutschen Angriff und wollte London zu einer öffentlichen Drohung gegen Deutschland bewegen. Dabei gab er irrtümlich den 18. bis 29. September als möglichen Angriffstermin an, während die militärischen Kontakte von einem möglichen Angriff im Oktober gesprochen hatten, was dem tatsächlichen Befehl Hitlers entsprach. Der Auslandsgeheimdienst MI-6 nannte den 25. September. Das Außenministerium hielt den von Kordt bezeichneten Zeitraum für wahrscheinlicher.

Chamberlain geriet nun in Panik und brach am 15. September zu seiner überstürzten Friedensmission bei Hitler auf dem Berghof nahe Berchtesgaden auf. Er setzte damit eine hektische Diplomatie in Gang, die zur Münchener Konferenz führte, auf der in Abwesenheit von Vertretern der Prager Regierung die Abtrennung des Sudetenlandes beschlossen wurde. Als Chamberlain am 30. September unter riesigem Jubel nach London zurückkehrte und der Öffentlichkeit versicherte, er habe einen «ehrenvollen Frieden» geschlossen, «Frieden für die absehbare Zukunft», war er in Wirklichkeit einer Serie von groben geheimdienstlichen, aber auch militärischen Fehleinschätzungen aufgesessen. Ohne irgendeinen Widerspruch hatte der Generalstab dem Kabinett beteuert, nichts könne eine militärische Niederlage der tschechoslowakischen Armee abwenden, auch eine eventuelle britische Hilfe nicht. Dabei hatte der britische Militärattaché aus Prag das Gegenteil berichtet. Die Streitkräfte seien stark – sie waren beinahe halb so groß wie die Wehrmacht – und würden heftige Gegenwehr leisten, die gewiß drei Monate halten würde, insbesondere mit ausländischer Unterstützung. Das französische Militär teilte diese Auffassung, zumal die Deutschen an ihrer Westgrenze durch eine zahlenmäßig überlegene französische Armee und Luftwaffe stark bedroht waren. Diese Überlegenheit ging auch aus den Daten der britischen Armee hervor. Im übrigen mißachtete man die starke Grenzbefestigung an der tschechischen Westgrenze, die erst durch die Abtrennung des Sudetengebietes verlorenging und somit den Prager Staat ohne wirksame Verteidigungslinie zurückließ. Zusätzlich entblößte der deutsche Einmarsch in Österreich die Südgrenze des Prager Rumpfstaates.

In einer Denkschrift vom 18. September (also zwei Tage nach dem ersten Gespräch Chamberlains mit Hitler) stellte MI-6-Chef Sinclair die Frage «Was sollen wir tun?» Dabei ging er wie selbstverständlich von der Prämisse aus, daß die Sudetenfrage eine «wirklich legitime Beschwerde» auf Hitlers Seite sei, der man möglichst rasch nachgeben müsse. Zum Ausgleich solle man Südosteuropa wirtschaftlich unterstützen. Im übrigen müsse man auch Italiens Anspruch auf Äthiopien und den japanischen Anspruch «auf eine besondere Position in Ostasien» anerkennen. In Palästina müsse man den arabischen Ansprüchen gerecht werden und «einen nur symbolischen Staat für die Juden mit stabilen Absicherungen gegen eine jüdische Expansion» schaffen. Mit Frankreich und der Türkei solle man ein Bündnis schließen, aber ohne größere Erwartungen.[70] Bei diesen Ansichten ging Sinclair weitgehend konform mit Chamberlain, dem Außenministerium und der britischen Militärspitze, deren oberste Priorität nicht die europäische Politik, sondern die Bewahrung des britischen Weltreiches war. Sinclairs Überlegungen demonstrieren im übrigen, daß Deutschland durch friedliche Manipulation des Mächtesystems noch allerlei Zugeständnisse erzielt hätte, wenn Hitler nicht zielstrebig eine Politik des Krieges verfolgt hätte. Bekanntlich war ihm das Münchener Abkommen ein großes Ärgernis, das seine aggressiven Pläne zunächst einmal durchkreuzte.

Die deutschen Geheimdienste im Nationalsozialismus

Die Rolle, welche die deutschen Geheimdienste in der unmittelbaren Vorgeschichte und dann während des gesamten Verlaufs des Zweiten Weltkrieges spielten, ist ein zu umfangreiches Thema für einen knappen historischen Überblick wie diesen. In manchen Bereichen ist die Forschungsliteratur zu umfangreich, in anderen zu dürftig, um kurz zusammengefaßt zu werden. Insgesamt sind in den heute zugänglichen Überblicksdarstellungen zum Zweiten Weltkrieg nur wenige Teilbereiche, darunter vor allem die britisch-amerikanische Funkentschlüsselung und die Kriegführung der Partisanen und Widerstandsgruppen, hinreichend eingearbeitet. Selbst vielbändige Werke wie das jüngst fertiggestellte 10bändige, wegen der Teilbände eigentlich 13bändige Sammelwerk *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* behandeln den Faktor Geheimdienste nur stellenweise, hauptsächlich bei der Luft- und

Seekriegsführung. Das dürfte in der allgemeinen Ablehnung geheimdiensthistorischer Themen begründet sein, die bei der Konzeption des Werkes in den 1960er und 1970er Jahren selbst das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr als Herausgeber dieses Monumentalwerkes nicht verschonte.[71]

Drei Faktoren kennzeichnen die deutsche Geheimdienstgeschichte während des Krieges. Sie kennt erstens eine verwirrende Vielfalt von Organisationen und Zuständigkeiten, wie sie im Dritten Reich typisch für die zivile Verwaltung, aber weniger für die militärische war. Zweitens ließ sich Hitler zwar die militärischen Lageeinschätzungen regelmäßig vortragen, doch hinsichtlich seiner Politik und Kriegführung ließ er sich davon wenig beeinflussen – vor allem in den letzten Kriegsphasen. Ein begeisterter Leser von Geheimdienstberichten, vergleichbar Winston Churchill, war der deutsche Diktator bestimmt nicht. Ein Teil der Erklärung dürfte in der Tatsache liegen, daß ihm die Priorität einer Kriegführung, die möglichst wenig Menschenleben kostete, nichts galt und daß ihm der Wahrheitsanspruch einer professionellen Geheimdienstarbeit nichts bedeutete. Drittens schließlich stand ein Teil der militärischen Geheimdienste Hitlers Kriegspolitik und Kriegführung derart ablehnend gegenüber, daß sich hier eines der Zentren des militärischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus bildete. Diese Konstellation ist keineswegs historisch einmalig. Geheimdienste sind gerade für Diktatoren ein besonders gefährlicher Teil des Herrschaftsapparates, weshalb sie ihn typischerweise an der kurzen Leine halten. Das gilt insbesondere für kommunistische Diktaturen, wie wir bereits gesehen haben, und führte nach dem gescheiterten Hitler-Attentat von 1944 zur Machtausdehnung der SS auf die militärischen Geheimdienste.

Selbst ein Mann wie Wilhelm von Schramm, der als älterer Offizier 1940 erstmals mit den militärischen Geheimdiensten in Berührung kam, war erstaunt, wie kompliziert und undurchsichtig diese deutschen Strukturen waren und wie oft sie verändert wurden.[72] Heer, Luftwaffe und Marine hatten ihre «Feindnachrichtendienste», in denen Informationen über die entsprechenden Waffengattungen des Feindes gesammelt wurden. Beim Heer waren sie beispielsweise in «Fremde Heere Ost» und «Fremde Heere West» aufgeteilt. In allen Untergliederungen gab es spezielle Offiziere und geheimdienstlich operierende Truppenteile, die im Operationsgebiet ihre Informationen sammelten und weiterleiteten. Somit entstanden einerseits spezielle Lagebilder für einzelne Truppenteile (oder Flotteneinheiten bzw.

Einheiten der Luftwaffe) für den taktischen Gebrauch in den Einsatzgebieten, andererseits aber auch Daten, die sich zu einem Gesamtbild der Fähigkeiten und Operationen eines bestimmten Gegners zusammensetzen ließen – also strategisch nutzbare Informationen. Die Auswertung erfolgte nicht nur auf verschiedenen Kommando- und Stabsebenen, sondern auch außerhalb der rein militärischen Hierarchien, insbesondere sofern es sich um Informationen zur Kriegswirtschaft und zu Politik und Diplomatie handelte.[73]

Die Aufzeichnung, Entschlüsselung und Analyse des gegnerischen Funkverkehrs erfolgte in der «Nachrichtentruppe», also einem auf diese Informationstechnologien spezialisierten Teil des Militärs, wobei es im Heer neben festen Empfangsanlagen auch mobile (auf Fahrzeugen montierte) Anlagen gab. Bei der Marine und bei der Luftwaffe waren diese mobilen Funkanlagen auf viele Schiffe und Flugzeuge verteilt. Um feindlichen Agenten- und Partisanenfunk zu erfassen und auszuschalten, wurde 1940 eine gesonderte Organisation gebildet. Besonders schwer zu entziffernde Funksprüche wurden in der «Abteilung Chi» (für Chiffrierwesen) bearbeitet.

Eine spezielle Rolle im Bereich der militärischen Geheimdienste spielte das «Amt Abwehr» im Oberkommando der Wehrmacht (OKW). Hitler hatte sich bereits 1938, nach der Absetzung des Reichskriegsministers Werner von Blomberg, selbst zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht erhoben und das Ministerium in eine Stabsorganisation unter seiner direkten Leitung umgeformt. Damit wurde die Abwehr, der zentrale Militärgeheimdienst, ebenfalls zu einer nachgeordneten Abteilung im OKW. Als zentral kann man ihn bezeichnen, seit 1928 der Marinegeheimdienst integriert wurde. Zuständig war er vor allem für Auslandsspionage, Spionageabwehr, Gegenspionage und Sabotage sowie Subversion, also verdeckte Operationen aller Art.

Außerhalb des Militärapparates bestanden zwei größere und zahlreiche kleinere Organisationen und Dienststellen, die ganz oder in erheblichem Umfang geheimdienstlich tätig waren. Dazu gehörte das «Forschungsamt», eine Geheimbehörde zur Funkentschlüsselung, die 1933 gegründet und Reichsluftfahrtminister Hermann Göring unterstellt wurde.[74] Ihr Gründer, Gottfried Schapper, hatte sich bereits im Ersten Weltkrieg mit drahtloser Kommunikation und Entschlüsselung befaßt und schlug dem ihm persönlich bekannten Göring den Aufbau eines zentralen Abhördienstes vor. Aus dem Grüppchen von anfänglich 20 Leuten wurde

eine Mammutorganisation von 6 000 Mitarbeitern. Dabei machte man keinen Unterschied zwischen Inland und Ausland, zivil und militärisch, drahtlos und drahtgebunden (also Telephon). Abgehört wurde schlichtweg alles. Bald konnte Hitler mit aufgezeichneten Telephonaten von Regimekritikern, geschwätzigen Parteifreunden und ausländischen Diplomaten versorgt werden. Während der Sudetenkrise abgehörte Gespräche der tschechoslowakischen Regierungsspitze halfen ihm, die beteiligten Regierungsvertreter zu brüskieren und zu überrumpeln. Chamberlain beispielsweise war alles andere als amüsiert über die abschätzigen Bemerkungen der Tschechen zur Londoner Politik.

Zunächst wurden alle größeren deutschen Städte mit Außenstellen des Forschungsamtes bestückt. Später kamen die besetzten Staaten hinzu. Über ein für damalige Verhältnisse hypermodernes Kommunikationsnetz wurden die Mitschnitte und Informationen weitergeleitet, ausgewertet und den relevanten Dienststellen zugeleitet. Die Reichspost, damals im Besitz des Telephonnetzes, unterstützte nach Kräften. Bis auf die höchste Kategorie der sowjetischen und britischen diplomatischen Codes gelang dem Forschungsamt die Entschlüsselung so ziemlich aller für die Kriegführung wichtigen Kommunikationsverbindungen, einschließlich beispielsweise der Verbindungen zwischen Teilen der sowjetischen Rüstungsindustrie und deren Zentralstelle. Parallel dazu erfolgte eine Auswertung der ausländischen Presse, also von *open source intelligence*.

Viele der gewonnenen Informationen dienten der Luftwaffe bei ihrer Zielplanung für die Bomberflotten. Doch die politische Bedeutung für Görings Position im NS-Staat ist ebenfalls nicht zu übersehen. Göring steuerte den Informationsfluß, ließ dabei gelegentlich den einen oder anderen Minister und Funktionär im dunkeln und demonstrierte gegenüber Hitler seine besondere Wichtigkeit. Dabei stand insbesondere die Entschlüsselung der diplomatischen Korrespondenz in einem gewissen Wettbewerb zur Dechiffrierabteilung des Auswärtigen Amtes, die sich im Organigramm des Ministeriums bei der Personalabteilung versteckte (mit dem Akronym «Pers Z»). Allerdings war diese Stelle mit etwa 40 Spezialisten für die Entschlüsselung sehr viel kleiner als die entsprechende Gruppe im Forschungsamt.[75]

Schließlich ist das Reichssicherheitshauptamt als zumindest partieller Geheimdienst zu nennen, wobei der zunächst für die Parteiuntergliederung der SS tätige – insofern «private» – «Sicherheitsdienst» (SD) von Reinhard Heydrich schrittweise in diese gigantische Repressionsmaschinerie von

Heinrich Himmler integriert wurde. Was ursprünglich nur dazu diente, die Zuverlässigkeit von Partei- und SS-Leuten zu überprüfen, wurde zu einem ebenso brutalen wie effizienten Inlandsgeheimdienst, wobei sich allerdings auch eine wachsende Abteilung hinzugesellte, die als Auslandsgeheimdienst (Amt VI) tätig wurde. Dessen Leiter Walter Schellenberg, ein SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, inkorporierte große Teile des Amtes Abwehr, nachdem sein Leiter Admiral Canaris im Februar 1944 aus dem Amt entfernt wurde. Damit geriet ein Großteil der operativen Geheimdienste, wie zuvor bereits die Polizei, unter die Kontrolle der SS.

Man muß sich klarmachen, daß durch die militärische Besetzung weiter Teile Europas, einschließlich der Zerschlagung von Staaten und der Annexion riesiger Gebiete, von einer Unterscheidung zwischen Inland und Ausland kaum noch zu sprechen war. Wie die Wehrmacht wurden die deutschen Geheimdienste zunehmend als Instrumente der rassischen Verfolgung benutzt. Insofern kann man selbst bei den rein militärischen Geheimdienstfunktionen nicht von einer unterstützenden Funktion der Kriegführung im klassischen Sinn sprechen. Geheimdienstliche Arbeit diente weithin der Repression, Ausbeutung, Verfolgung und Vernichtung im Rahmen der NS-Rassenpolitik. Die verwirrende Vielfalt der geheimdienstlichen Einrichtungen sowie deren konkurrierende Kompetenzen waren Teil des Herrschaftssystems, mit dem Hitler eine Vielzahl von Getreuen unter Kontrolle hielt, indem er ihnen eine besondere Nähe zur Macht suggerierte und sich fallweise vorbehielt, die eine oder andere Person beziehungsweise Organisationseinheit zu favorisieren.

Dieser verbrecherische Charakter der deutschen Expansions- und Kriegspolitik sowie die zunehmende Bedrängnis, in die Hitlers Kriegführung die Wehrmacht trieb, waren naturgemäß den Geheimdiensten am umfassendsten bekannt. Insbesondere das mit ausländischen Informationen vertraute Personal wußte um die immer größere Kluft zwischen der NS-Kriegspropaganda und den militärisch-politischen Realitäten. Es nimmt also nicht wunder, daß viele Skeptiker und auch Aktivisten des Widerstandes in den Reihen der Geheimdienstleute zu finden waren.

Bereits bei Hitlers Regierungsantritt im Januar 1933 gab es unter den im militärischen Geheimdienst tätigen Offizieren einige dezidierte Hitler-Gegner. Viele Jahre ehe Admiral Canaris zum militärischen Widerstand

gehörte und nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, war Ferdinand von Bredow bereit, Hitlers Aufstieg zum Regierungschef mit Gewalt zu verhindern. General von Bredow gehörte seit 1925 der «Abwehrabteilung» im Reichswehrministerium an, die er von 1930 bis Mitte 1932 leitete. Sodann wurde er zum Stellvertreter des Reichswehrministers General Kurt von Schleicher, dessen enger Vertrauter er war. Als Schleicher Reichskanzler wurde und durch Parteiintrigen sowohl des Zentrums (von Papen) als auch der NSDAP Hitlers gefährdet war, versuchte Bredow einen militärischen Staatsstreich zu organisieren. Doch Schleicher selbst stimmte diesen Plänen nicht zu, demissionierte und überließ Papen und Hitler das Feld. Kurz nach Bildung des Kabinetts Hitler-Papen gab Bredow seine Funktionen auf.

Offensichtlich versuchte Bredow nun, als Privatmann gegen das NS-Regime zu arbeiten und Verbindungen ins westliche Ausland zu knüpfen. Doch das erklärt nicht, warum er Ende Juni 1934 im Zuge des von Hitler erfundenen «Röhm-Putsches» ermordet wurde – als einziger Reichswehrgeneral neben Schleicher. Als Hitler und seine SS-Helfer mit der Ermordung von SA-Chef Ernst Röhm offensichtlich jede Opposition gegen Hitler innerhalb der NS-Bewegung «ausmerzen» wollten (ein Lieblingsbegriff Hitlers), ergriffen sie die Gelegenheit, zusätzlich einige exponierte politische Gegner zu ermorden. Dabei war der ehemalige Reichskanzler Schleicher gewiß eine ebenso prominente wie mit den alten Eliten bestens vernetzte Haßfigur. Doch warum der Mord an Bredow, den in der Öffentlichkeit niemand kannte? Dieses Rätsel wurde bis heute nicht vollständig gelöst, doch es sprich alles dafür, daß Bredows Tätigkeit als ehemaliger Geheimdienstchef sowohl von Hitler als auch von Göring für besonders gefährlich gehalten wurde. Bredow soll Hitlers Krankenakte aus dem Ersten Weltkrieg gekannt haben, in der ihn nach einer Kriegsverletzung und kurzzeitigen Erblindung die Lazarettärzte als «Psychopath mit hysterischen Erscheinungsbildern» bezeichneten.[76] Göring wiederum soll im November 1932 mit Bredow über eine Regierungsbildung unter Einschluß der NSDAP, aber ohne Hitler gesprochen haben – ein Verrat an Hitler, den Göring aus der Welt schaffen wollte.[77]

Auch Bredows Nachfolger an der Spitze der Abwehr, Kapitän zur See Konrad Patzig, geriet 1935 mit der NS-Führung in Konflikt und ließ sich in die Truppe zurückversetzen, wo er bis 1942 als Chef des

Marinepersonalamtes mehr oder weniger geduldet wurde, aber danach keine weitere Verwendung mehr fand. Mit Admiral Wilhelm Canaris folgte ein politisch schwer einzuschätzender Mann. Canaris hatte im Ersten Weltkrieg Spionageerfahrung und 1920 als Adjutant des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske politische Erfahrung gesammelt. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, galt er eher als Befürworter dieser neuen Bewegung (wie übrigens mehrere spätere Widerstandskämpfer). Er verstand es, mit Reinhard Heydrich, dem er aus der Marine freundschaftlich verbunden war, ein Arrangement zu finden, das die sich verschärfenden Geheimdienstrivalitäten zwischen Abwehr und der zunächst vor allem an den Funktionen eines Inlandsgeheimdienstes interessierten SS regelte. Doch wußte Canaris um die gegen das NS-Regime gerichteten konspirativen Aktivitäten einiger seiner Mitarbeiter, darunter Major Hans Oster sowie der zivile Jurist Hans von Dohnanyi, der kurz vor Kriegsbeginn vom Reichsjustizministerium zur Abwehr wechselte. Wieweit allerdings Canaris in den Jahren kurz vor und nach Kriegsbeginn mit der Militäropposition verbunden war, ist bis heute strittig. Nicht zu leugnen ist die Duldung von Oppositionstätigkeit einiger seiner engen Mitarbeiter. Zugleich diente er dem NS-Regime durch seine Erfolge beim Ausbau der Abwehr zu einem für Krieg und Besatzungsherrschaft bestens geeigneten Geheimdienst, der mit etwa 400 Offizieren und zahlreichen weiteren Mitarbeitern ein gut funktionierendes Netz von rund 30.000 Agenten und Verbindungsleuten unterhielt.

Dohnanyi war im April 1943 der erste der Verschwörer innerhalb der Abwehr, der verhaftet wurde, weil er mit einem gescheiterten Attentat auf Hitler in Verbindung gebracht wurde. Bald gerieten auch Oster und Canaris ins Visier. Canaris wurde zunächst nur aus dem Amt entfernt, da man nicht genügend Beweise für eine Anklage gegen ihn hatte. Erst drei Tage nach dem Stauffenberg-Attentat fand die Gestapo im Zuge der Verhaftungen und Durchsuchungen der Offiziersverschwörer eine Fülle von Beweismaterial, das zur Festnahme von Canaris führte. Mit anderen Widerständlern kam er schließlich ins Konzentrationslager Flossenbürg, wo er übrigens erst am 8. April 1945 durch ein SS-Standgericht zum Tode verurteilt und tags darauf hingerichtet wurde.

Die Alliierten und der deutsche Widerstand

Der gegen das Hitler-Regime gerichtete Widerstand, dessen Kern aus höheren Offizieren bestand, aber auch Diplomaten, weitere Beamte, Pfarrer und Gewerkschafter einschloß und sich auf vielen Ebenen sowie in diversen Netzwerken und Aktionen äußerte, stellte die alliierten Geheimdienste vor eine Reihe schwieriger Fragen – sowohl der Analyse als auch des politisch-militärischen Handelns. Durch die im Januar 1943 verkündete Erklärung von Casablanca, die von Deutschland (und seinen Verbündeten) eine «bedingungslose Kapitulation» verlangte, war die Möglichkeit bewußt ausgeschlossen worden, mit Hitler oder einer eventuellen Regierungsalternative in Verhandlungen über Bedingungen für eine Kriegsbeendigung zu treten. Dafür gab es zwei gewichtige Gründe. Zum einen würden solche Verhandlungen unweigerlich zu politischen Differenzen zwischen den drei alliierten Mächten führen, zumal Stalin von August 1939 bis Juni 1941 bereits auf dem Wege einer Gebietsaufteilung in Mitteleuropa ein Verbündeter Hitlers gewesen war. Zum anderen würde eine unvollständige Niederlage Deutschlands eine Situation wie nach 1918 heraufbeschwören, in der Berlin erneut den Part einer aggressiven Revisionsmacht spielen könnte.

Für die westlichen Geheimdienste bedeutete ein solches Verbot jedoch, daß sie in ihren Kontakten zu deutschen Widerstandskräften kaum Möglichkeiten hatten, eine günstigere Behandlung Deutschlands in Aussicht zu stellen für den Fall, daß das Hitler-Regime von innen gestürzt und damit der Krieg vor einer totalen militärischen Niederlage Deutschlands beendet würde. Somit war bei Sabotage- und Propagandaoperationen kaum mit der Unterstützung deutscher NS-Gegner zu rechnen.

Die Widersprüchlichkeit dieser Politik trat offen zutage, als der faschistische Große Rat am 25. Juli 1943 den italienischen Diktator Mussolini absetzte und damit den Weg freimachte für einen Bruch mit Deutschland. Am 8. September schloß Italien mit den Alliierten einen Waffenstillstand, der alles andere als die vorgesehene bedingungslose Kapitulation war. Würde es für Deutschland eine vergleichbare Möglichkeit geben? Darüber sprach ein OSS-Agent sogleich mit dem deutschen Botschafter in der (neutralen) Türkei, Franz von Papen – dem ehemaligen Reichskanzler und Vizekanzler Hitlers, der seit seiner Kritik am «Röhm-Putsch» bei Hitler in Ungnade gefallen war. Ein Bericht wurde am 29. Oktober von OSS-Chef Donovan an Präsident Roosevelt geschickt, dessen diplomatische Berater allerdings von einem Abenteuer dieser Art

abrieten.[78] Anfang 1944 wurde ein direkter Kontakt zur Widerstandsgruppe um Beck und Goerdeler hergestellt. Doch diesmal wollte sich Donovan nicht exponieren, weil das OSS bemüht war, Beziehungen zum sowjetischen Geheimdienst NKVD zu knüpfen.[79]

Allen Dulles, der das OSS-Büro in Bern leitete und dort seit Januar 1943 über den Abwehragenten Hans-Bernd Gisevius und andere Kontakt zum militärischen Widerstand unterhielt, brachte gegen diese Haltung Washingtons mehrere Einwände vor. Zum einen könne ein vorzeitiges Ende des Krieges viele Menschenleben retten. Zu anderen werde der Einfluß der Sowjetunion auf die Neuordnung Europas zunehmen, je weiter die Rote Armee nach Westen vorrücke. Das heißt, Dulles dachte bereits über die deutsche Kapitulation hinaus an das künftige Mächteverhältnis zwischen den westlichen Demokratien und den Sowjets. Ein Deutschland ohne traditionelle Eliten, wie sie in den Verschwörerkreisen des 20. Juli repräsentiert waren, würde mit hoher Wahrscheinlichkeit in das sowjetische Lager driften.

Dieser Gedanke lag den meisten Deutschlandexperten in der *Research and Analysis Branch* (R & A) des OSS fern. Obwohl nur einige der dort tätigen deutschen Emigranten explizit Marxisten waren, herrschte eine Sichtweise des Nationalsozialismus vor, die weitgehend von marxistischen Auffassungen bestimmt war. Danach leitete sich die NS-Ideologie im wesentlichen aus dem Gedankengut der politischen Rechten her. Die NS-Bewegung kam hauptsächlich durch die Förderung oder zumindest Duldung konservativer Eliten, nicht zuletzt auch der Führungszirkel der Hochfinanz sowie der Großindustrie und des Militärs, an die Macht. Somit erschien es logisch, daß ein entnazifiziertes, demokratisches Deutschland nur entstehen konnte, wenn diese Eliten aus ihren Machtpositionen entfernt wurden. In diesem Sinne würde die Demokratisierung eine soziale Revolution erfordern. Als Träger dieser Revolution komme hauptsächlich die Industriearbeiterschaft in Frage, weshalb eine echte Opposition, ein echter Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime nur aus dieser sozialen Schicht zu erwarten sei.[80]

Aus dieser Perspektive war ein deutscher Widerstand aus den traditionellen Eliten, einschließlich des Offizierskorps, nicht nur eine Merkwürdigkeit, die nicht zu den alliierten Kriegszielen passen konnte, sondern von sich aus politisch verdächtig, da er mutmaßlich nur das Ziel haben konnte, durch einen vorzeitigen Verhandlungsfrieden die eigene gesellschaftliche Position zu sichern. Somit war es nur folgerichtig, wenn

das R & A am 27. Juli 1944 das gescheiterte Attentat auf Hitler folgendermaßen beurteilte: Die Generalität habe so gehandelt, weil sie befürchtet habe, wie im Herbst 1918 die Kontrolle über die Armee zu verlieren und damit von der NSDAP und der SS aus ihrer Machtposition vertrieben zu werden. Die traditionellen Eliten hätten gehofft, die Westmächte für einen gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus zu gewinnen. Ein anderes Regierungsprogramm hätten sie nicht. «[Diese] Gruppe verkörpert nichts weiter als bankrotte Generäle, nationalistische Intellektuelle und (vielleicht) nationalistische Sozialdemokraten und Beamte. […] Die Vernichtung der Gruppe verhindert nicht die politische Erneuerung Deutschlands.»[81] Jürgen Heideking, der führende Experte in diesem Bereich, sieht im Deutschlandbild des OSS eine «… abschätzige Bewertung des konservativen deutschen Widerstands aus einer ideologischen Voreingenommenheit […], die im – offenbar unbewußten – Widerspruch zu dem von R & A stets proklamierten Ziel der ‹objektiven Analyse› und der Suche nach Wahrheit stand.»[82] Hinzuzufügen ist nur, daß auch auf der britischen Seite das Scheitern des 20. Juli geradezu mit Erleichterung aufgenommen wurde – allerdings weniger aus einer marxistischen Einschätzung heraus, sondern weil dadurch die guten Beziehungen zur Sowjetunion aufs Spiel gesetzt worden wären, die man für eine Wiederherstellung des britischen Weltreichs (vor allem in Asien nach der erhofften Niederlage Japans) dringend brauchte.[83]

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Sichtweise von Allen Dulles im OSS auf wenig Verständnis traf. Gleichwohl bemühte er sich, möglichst genau die hinter dem Attentatsversuch stehenden Personen und Gruppierungen sowie deren politische Zielsetzungen kennenzulernen. Vergeblich versuchte er, einzelne Mitverschwörer, darunter den bei Canaris tätigen Juristen Helmuth James von Moltke, in Sicherheit zu bringen, zumal dieser bereits im Januar 1944 verhaftet wurde und damit nicht leicht mit dem Attentat vom 20. Juli in Verbindung zu bringen war. Immerhin konnte Gisevius, der im Januar 1945 nach Bern zurückkehrte, einen ausführlichen Bericht erstellen, in dem sich ein Satz befand, der Dulles aufhorchen ließ: «[…] viele Deutsche scheinen zu glauben, daß ein bolschewisiertes Deutschland eine Verständigung mit der UdSSR erleichtern würde.»[84] Einmal abgesehen von der Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung den Bolschewismus eher fürchtete, als ihn gleichmütig oder gar zustimmend zu erwarten, muß dieser Bericht im Zusammenhang mit einer anderen Meldung verstanden werden. Im Juli

1943 hatten die Sowjets, unter der Kontrolle des militärischen Geheimdienstes GRU, das «Nationalkomitee Freies Deutschland» gegründet, das hauptsächlich aus emigrierten deutschen Kommunisten und Intellektuellen bestand. In den folgenden Monaten schlossen sich zwei Dutzend deutsche Generäle an, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Im August 1944 trat sogar Generalfeldmarshall Paulus, der verbitterte Verlierer der Schlacht um Stalingrad, bei. Es konnte somit durchaus der Eindruck entstehen, daß die Sowjetunion bereits eine politisch-militärische Führungselite bildete, mit der ein politisch willfähriges, vielleicht sogar sowjetisiertes Deutschland vorbereitet werden sollte.[85] Nimmt man das im Juli 1944 für Polen gebildete «Lubliner Komitee» hinzu, mit dem Stalin eine willfährige kommunistische Regierung bilden ließ, so war ein gemeinsames Muster erkennbar, nach dem Deutschland und andere von den Sowjets zu erobernde oder befreiende Teile Europas möglichst rasch dem Einfluß Moskaus unterworfen werden sollten. Dieser Schluß war nicht zwingend, doch immerhin naheliegend.

Dulles konzentrierte seine Tätigkeit fortan darauf, seine Datei jener herausragenden Personen zu vervollständigen, von denen man wußte, daß sie sich nicht mit den Nazis eingelassen hatten. Anfang Februar 1945 telegraphierte er an Washington: Wir sollten kein deutsches Komitee politischer Flüchtlinge gründen, sondern «… still und ohne Formalitäten in der Schweiz, in Frankreich und anderswo bestimmte deutsche Persönlichkeiten, die in enger Verbindung zu Deutschland geblieben sind und geeignet wären, darauf vorbereiten, [uns] in bestimmten Fragen zu beraten und möglicherweise in bestimmten sachbezogenen Verwaltungsgremien eingesetzt zu werden, welche für die Besatzungsbehörden in Deutschland von allererster Bedeutung wären.»[86] Bereits ein Jahr zuvor hatte er eine erste Liste solcher Personen angefertigt und mit der Bemerkung versehen, diese Personen würden den Alliierten helfen, «… ein politisches Chaos in Deutschland abzuwenden, das einen kommunistischen Staat in Deutschland hervorbringen könnte.»[87]

Diese «weiße Liste» wurde schließlich durch Vorschläge aus anderen OSS-Stationen, aus der Kartei von R & A sowie aus den Unterlagen des Außenministeriums ergänzt und den Kommandeuren der Koalitionsarmeen ausgehändigt, die unter dem Befehl von General Eisenhower Deutschland eroberten und besetzten. Dadurch konnten Persönlichkeiten wie der von

den Nationalsozialisten abgesetzte Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der auf Platz eins der weißen Liste für das Rheinland stand, sofort nach Einmarsch der alliierten Truppen in ihr altes Amt wieder eingesetzt werden. Das gleiche geschah mit dem bayerischen Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner, der sich ins Schweizer Exil retten konnte und dort Verbindung zum OSS hatte. Er wurde als bayerischer Justizminister eingesetzt.

Zugleich suchte Dulles nach Möglichkeiten, nach der Befreiung Frankreichs mit geheimdienstlichen Mitteln in die Schlußphase des Krieges einzugreifen. Bereits im Januar 1945 versuchte er, eine Verbindung zu den Feldmarschällen Runstedt und Kesselring herzustellen, um Möglichkeiten für eine militärische Teilkapitulation an der Westfront auszuloten. Es gelang ihm schließlich, Anfang März 1945 mit dem General der Waffen-SS Karl Wolff in Luzern zusammenzutreffen und einen Plan für eine eigenmächtige Kapitulation der deutschen Truppen in Norditalien (Operation Sunrise) auszuhandeln, die allerdings nach Gesprächen mit einem britischen und einem amerikanischen Befehlshaber erst am 29. April unterzeichnet und einige Tage später in Kraft gesetzt wurde. Obgleich der US-Botschafter in Moskau den sowjetischen Außenminister bereits am 12. März über diese Gespräche unterrichtete, kam es zu einem diplomatischen Eklat und zu der Behauptung Molotows, die Gespräche würden «hinter dem Rücken der Sowjetunion» geführt. Er ließ selbstverständlich nicht verlauten, daß er über den Cambridge-Spion Philby genaue Kenntnis der Verhandlungen hatte und somit wußte, daß es sich tatsächlich nur um eine lokale Militärkapitulation ohne die Absicht zu einem Separatfrieden mit Hitler handelte.[88]

Die Funkentschlüsselung

Als letzter wichtiger Beitrag der Geheimdienste zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges soll die Bedeutung der Funkentschlüsselung für den Kriegsverlauf hervorgehoben werden. Dabei ist zunächst auf eine technische Novität hinzuweisen: die Schlüsselmaschine. Während die bisherige «Handverschlüsselung» zumeist darin bestand, Wörter und Zahlen mit Hilfe eines Schlüsselbuches vom Klartext in einen verschlüsselten Text zu «übersetzen» oder in umgekehrter Reihenfolge einen verschlüsselten Funkspruch «lesbar» zu machen, wurde diese Arbeit

nun in beiden Richtungen durch eine Maschine erledigt, die äußerlich einer Schreibmaschine ähnelte. Im Februar 1918 erhielt Arthur Scherbius ein erstes Patent für eine walzengesteuerte Chiffriermaschine, fast gleichzeitig übrigens mit anderen Erfindern aus den Niederlanden und Schweden. 1923 kaufte Scherbius einige dieser Patente auf und entwickelte sein Gerät damit weiter. Er nannte es Enigma, also Rätsel, und präsentierte es sogleich auf mehreren internationalen Fachmessen. Mit Walzensteuerung waren Räder gemeint, die statt Zähnen eine Vielzahl von elektrischen Kontakten hatten, welche ihrerseits im Inneren der Walzen nach einem gewissen Schema miteinander verdrahtet waren. Die erste Enigma hatte sechs solcher Walzen, von denen vier in eine beliebige Position gedreht werden konnten. Mittels einer bestimmten Einstellung dieser Walzen wurde ein bestimmter Schlüssel vorgegeben, der alle Texte, welche auf den Schreibmaschinentasten eingetippt wurden, nach diesem Schlüssel in eine andere Abfolge von Zeichen verwandelte – also verschlüsselte.[89]

Als potentielle Käufer stellte sich Scherbius zunächst Privatfirmen vor, die ihre Angebote oder Korrespondenzen vor dem wachen Auge ihrer Konkurrenten verbergen wollten. Doch bald zeigte auch das Militär Interesse an derartigen Maschinen. 1926 führte die deutsche Reichsmarine die Enigma ein, 1928 die britische *Navy*. Die japanische Marine kaufte sie zwar ebenso, entwickelte sie jedoch nach eigenen Bedürfnissen weiter. Andere Staaten verfuhren ähnlich. Dabei ist zu beachten, daß es «die» Enigma nicht gab, weil sich binnen weniger Jahre eine ganze Familie von Geräten herausbildete, zu der auch tragbare Modelle gehörten, die der Größe einer Reiseschreibmaschine entsprachen. Vor allem aber sollte die Sicherheit der Verschlüsselung verbessert werden. Das geschah durch eine Vermehrung der unabhängig voneinander einstellbaren Walzen (bis zu acht), um dadurch die Anzahl der möglichen Walzenstellungen – und damit der Verschlüsselungsmöglichkeiten – zu erhöhen. Hinzu kamen sogenannte Stecker, die wie bei einer handbetriebenen Telephonvermittlung eine Vielzahl von Möglichkeiten der Verbindung von Schaltelementen zuließen.

Die Funkentschlüsselung der Enigma-Signale begann wenige Jahre nach Einführung der Maschine auf dem Markt. Besonders wichtig war der im Geheimdienst tätige französische Hauptmann Gustave Bertrand, dem es 1931 gelang, einen deutschen Angestellten in der Chiffrierabteilung des Reichsheeres – Hans-Thilo Schmidt (Deckname «Asche») – zum Verrat von

geheimen Enigma-Unterlagen zu bewegen. Bertrand kooperierte mit dem polnischen Chiffrierdienst BS. 4, dem er Einsicht in seine Geheimunterlagen gab. In dieser Warschauer Dienststelle hatten sich drei junge Mathematiker mit sehr guten Deutschkenntnissen bereits an der Entzifferung der Enigma-Schlüssel versucht. Im Dezember 1932 gelang ihnen der entscheidende Durchbruch und seit Januar 1933 die Entzifferung der ersten deutschen Funksprüche.[90] Sofort ließ man verschiedene Enigma-Modelle nachbauen. Um die Arbeit an einzelnen Funksprüchen zu beschleunigen, baute man eine Anordnung von sechs Enigma-Maschinen, mit denen man die über 17.000 möglichen Walzenstellungen in etwa zwei Stunden durchspielen konnte, um die tatsächlich bei der Verschlüsselung verwendete Einstellung zu identifizieren. Doch als das deutsche Heer und die Luftwaffe Ende 1938 statt drei fortan fünf Walzen benutzten, wobei die Marine bereits mit sieben bis acht Walzen operierte, überstiegen die Einstellungsmöglichkeiten die Kapazität der polnischen Anlage.

Zur Lösung dieses Problems wurde die bestehende Kooperation mit Frankreich um britische Chiffrierexperten erweitert. Nur wenige Wochen vor dem deutschen Angriff auf Polen übergab man den Briten und Franzosen je eine nachgebaute Anlage sowie wertvolle Unterlagen. Als die Wehrmacht in Polen angriff, konnten die polnischen Experten über Rumänien nach Frankreich geholt werden, wo sie im französischen Chiffrierzentrum Château de Vignolles, südöstlich von Paris, weiterarbeiteten. Anfang 1940 gelang es dort, die verbesserten militärischen Enigma-Schlüssel, bald auch diejenigen der Luftwaffe zu brechen – zunächst allerdings mit einer zeitlichen Verzögerung von zehn Wochen.

Nachdem die Deutschen ihrerseits durch die Entschlüsselung britischer Marinecodes einen großen Vorteil bei der Besetzung Norwegens errungen hatten – die deutschen Schiffe konnten dadurch den größeren britischen Verbänden geschickt ausweichen –, hat die alliierte Funkentschlüsselung ab August 1940 entscheidend dazu beigetragen, daß die Luftwaffe ihr Ziel verfehlte, die Luftherrschaft über den Ärmelkanal und über Südengland zu erringen, wodurch das deutsche Landeunternehmen «Seelöwe» abgebrochen werden mußte. Wichtig war dabei die britische Weiterentwickelung der polnischen Dechiffrieranlage, die nachfolgend auch für die Schlacht im Atlantik eingesetzt wurde. Allerdings verbesserte die deutsche Marine ihre Verschlüsselung fortlaufend, wodurch es immer wieder zu Perioden kam, in denen nichts mitgelesen werden konnte. Vor

allem führte die deutsche Marineleitung ein verschlüsseltes System für die Übermittlung von Schiffspositionen (Koordinaten) ein. Doch für die Spezialisten von Bletchley Park kam Hilfe, als 1940 einige Schlüsselwalzen und ein Teil der verschlüsselten Seekarten aus zwei versenkten deutschen U-Booten geborgen werden konnten. Im März 1941 gelang es einem britischen Kommando, nahe den norwegischen Lofoteninseln das deutsche Vorpostenboot «Krebs» zu überfallen und Chiffriergeräte sowie Unterlagen zu erbeuten. Nachfolgend überfiel man mehrere deutsche Wetterschiffe und ein zum Auftauchen gezwungenes U-Boot im Nordatlantik.[91]

Die neugewonnenen Informationen erlaubten bis Januar 1941 eine weitaus bessere Absicherung der Geleitzüge zwischen Nordamerika und den Britischen Inseln. Dann allerdings kam es zu einem elfmonatigen Blackout, weil die deutschen U-Boote eine neue Schlüsselmaschine erhielten, die erst im Oktober 1942 aus einem im Mittelmeer geenterten U-Boot beschafft werden konnte. Im Mai 1943 erfolgte schließlich die Wende im U-Boot-Krieg, als die Alliierten sowohl den Funkverkehr mitlesen als auch durch neue Sensoren und Peilgeräte sowie durch leistungsfähigere Langstreckenflugzeuge die deutsche U-Boot-Flotte dezimieren konnten.

Seit Frühjahr 1944 betrieb man in Bletchley einen mit Röhren arbeitenden Vorläufer des modernen Computers namens «Colossus», der eine wichtige Rolle bei der Verbreitung gefälschter Funksprüche spielte, mit denen die Wehrmachtführung über die alliierte Landeoperation in Nordfrankreich getäuscht wurde. Zwar war es unmöglich, die Massierung von Soldaten und Schiffen an der südenglischen Küste komplett zu verbergen, doch mittels geheimdienstlicher Täuschungsmanöver wurden nicht existierende amerikanische Truppenverbände sowie eine beabsichtigte Landung bei Calais vorgetäuscht. Als Eisenhowers Truppen am 6. Juni 1944 an den weiter westlich gelegenen Stränden der Normandie landeten, dachten Hitlers Strategen, es handle sich nur um das Vorspiel zur Anlandung der Hauptverbände bei Calais.

Es würde zu weit führen, die Vielzahl der möglichen Schlüsseleinstellungen und der in den verschiedenen Staaten, Ministerien, Behörden und Streitkräfte verwendeten Enigma-Modelle (und ihrer Abwandlungen) zu erklären. Um ihre Bedeutung für die Kriegführung zu verstehen, reicht es aus, wenn man sich einige grundsätzliche Faktoren klarmacht. Wer sich, jedenfalls bei den höherentwickelten Enigma-Modellen, exakt an alle Vorschriften hielt, machte es dem Schlüsselknacker unendlich schwer. Doch in der Praxis gab es zahlreiche

Fehler und Regelverstöße, zu denen beispielsweise die Übersendung der gleichen Nachricht in Klartext und in verschlüsselter Form gehörte, beispielsweise bei einem Wetterbericht oder einer Pressemeldung. Damit wurde es sehr viel leichter, aus der Korrelation beider Versionen den Schlüssel zu gewinnen. Sodann muß man bedenken, daß die Entschlüsselung einer taktischen militärischen Information sehr rasch geschehen mußte, um nicht vom angekündigten Ereignis überholt zu werden. Und selbst dann war die Kenntnis des feindlichen Funkverkehrs keine Erfolgsgarantie, wie die Briten im Mai 1941 anläßlich der deutschen Landeoperation in Kreta erfahren mußten. Da die Deutschen die Luftherrschaft in der Umgebung errungen hatten, war es den Briten unmöglich, ihre abgeschnittenen Verbände zu unterstützen.[92]

Erwähnenswert ist noch, welche Vorteile die amerikanische Funkentschlüsselung im Pazifikkrieg brachte. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor gelang es der *US Navy* bereits in der Pazifikschlacht bei Midway Anfang Juni 1942, der japanischen Flotte eine kriegsentscheidende Niederlage beizubringen. Wie war das so schnell möglich? Zunächst einmal, weil in Pearl Harbor keiner der US-Flugzeugträger getroffen wurde. Zum Zeitpunkt des Angriffs waren sie alle auf See. Admiral Yamamoto hatte den US-Stützpunkt Midway einnehmen wollen, weil er zu Recht glaubte, daß die USA alles einsetzen würden, um ihn zu halten. Sollten die Japaner Midway beherrschen, wäre ihre Verteidigungslinie um über 3000 Kilometer nach Osten verschoben worden. Durch die Funkentschlüsselung gelang es den USA jedoch, diesen Plan zu erraten und einen Teil der japanischen Flotte bei Coral Sea (östlich von Neuguinea) abzufangen. Dabei wurden zwei der japanischen Flugzeugträger beschädigt und ein dritter versenkt. Die USA verloren einen von zwei Flugzeugträgern.

Ehe es zur erwarteten Schlacht um Midway kam, ersannen die amerikanischen Codeexperten eine List. Sie schickten eine Nachricht über ein Seekabel nach Midway und baten den dortigen Kommandanten, eine bestimmte Nachricht unverschlüsselt an seine Vorgesetzten in den USA zu funken, worauf diese – ebenfalls unverschlüsselt – eine vorgegebene Nachricht zurückfunken würden. Wie erwartet, erwähnten die Japaner diese Funksprüche in ihrem Lagebericht und kompromittierten damit ihre Verschlüsselung. Sodann funkten sie weitere Instruktionen über die zusammenzustellenden Verbände für den japanischen Angriff, zu denen sechs Flugzeugträger gehörten. Zur gleichen Zeit übermittelten die USA

irreführende Funksprüche, um die Japaner glauben zu machen, die US-Flugzeugträger lägen weit entfernt. Tatsächlich stellten sie den Japanern eine Falle, in der sie vier japanische Flugzeugträger versenkten – bei einem verlorenen US-Flugzeugträger.

Neun Monate später gelang es den Amerikanern, das genaue Datum und die genaue Route einer Inspektionsreise von Yamamoto zu erfahren. Man zögerte zunächst, ob ein gezielter Angriff das Geheimnis der alliierten Funkentschlüsselung preisgeben würde.[93] Doch dann erging der Befehl, das Flugzeug Yamamotos abzuschießen. Sein Tod war ein großer Verlust für Japan.

7 Der Krieg der Geheimdienste im kalten Krieg

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft über Europa und in Deutschland war das ideologische Zeitalter keineswegs beendet. Wie Stalin in einer Wahlrede vom Februar 1946 öffentlich erklärte, sah sich die Sowjetunion weiterhin in einem unversöhnlichen Überlebenskampf mit der «kapitalistischen Welt». Von einer friedlichen Koexistenz sprach die sowjetische Führung erst ein Jahrzehnt später, unter dem Eindruck einer weltweiten nuklearen Bedrohung, doch keineswegs in der Absicht, das alte Ziel der Weltrevolution aufzugeben. In der Tat versuchte noch Michail Gorbatschow, mittels eines reformierten Kommunismus den revolutionären Elan wiederzufinden.

Somit blieb die seit 1917 bestehende Konfrontation, samt ihren Feindbildern, erhalten. Daß Moskau in der zweiten Kriegshälfte in einer Koalition mit den erzkapitalistischen Großmächten USA und Großbritannien vereint gewesen war, wurde als taktische Episode betrachtet. Stalins Wahlrede war somit kein verbaler Ausrutscher, sondern die schlichte Ankündigung, daß der Sieg über Deutschland keineswegs einen Regimewechsel in der Sowjetunion oder ein Abweichen von der kommunistischen Staatsideologie nach sich ziehen werde, wie viele Sowjetbürger gehofft haben mögen, als Stalin 1941 starke nationale Töne («vaterländischer Krieg») angeschlagen und sogar die russisch-orthodoxe Kirche, wenn auch in engen Grenzen, wieder zugelassen hatte. Wie sich bald zeigen sollte, wurden auch jene Hoffnungen im Westen enttäuscht, die in der Sowjetunion eine Art von freundlicher Entwicklungsdiktatur sehen wollten, mit einem freundlich lächelnden «Väterchen Stalin» an der Spitze. In rascher Folge machte Stalin diese «Rückkehr» zur Sowjetideologie sowohl innen- als auch außenpolitisch spürbar.

Gleichwohl konnte der Westen nicht an eine Rückkehr zur Konfrontation im Stil der 1930er Jahre denken, denn die internationale Lage war seit dem Kriegsende von 1945 eine völlig andere. Die Sowjetunion war nunmehr eine hochgerüstete Militärmacht, deren Soldaten und Geheimdienstleute praktisch ganz Europa östlich der Elbe

kontrollierten. Sodann gab es mit den Vereinten Nationen eine neue völkerrechtliche Ordnung, an der sich Moskau beteiligte, auch wenn es die wirtschaftlichen Komponenten wie die Abkommen von Bretton Woods ignorierte. Schließlich war Moskau in allen wichtigen internationalen Kontrollbehörden und Verhandlungsprozessen vertreten, zu denen die Besatzungsverwaltungen in Deutschland, Österreich, Triest und Korea gehörten sowie die Verhandlungen über die Friedensverträge im Rat der Außenminister. War Moskau vor 1939 diplomatisch weitestgehend isoliert gewesen, so war nach 1945 das Gegenteil der Fall.

Selbst die Absicherung der westlichen Einflußgebiete gegen den Kommunismus – beispielsweise der Kolonialgebiete oder, im Fall der USA, des «Hinterhofes» Lateinamerika – ließ sich nicht mehr offen betreiben, jedenfalls nicht während der ersten Nachkriegsjahre. Das Jalta-Abkommen hatte ausdrücklich die kommunistischen Parteien als demokratisch bezeichnet. So nimmt es nicht wunder, daß Präsident Harry Truman in seiner Kongreß-Rede vom 12. März 1947 die Kommunisten nicht beim Namen nannte, als er finanzielle Hilfen für die antikommunistischen Kräfte im griechischen Bürgerkrieg beantragte und eine derartige Unterstützung für ähnliche Fälle anderswo in Europa und in Asien anbot (Truman-Doktrin). Auch in der berühmten Harvard-Rede von Außenminister George Marshall am 5. Juni 1947, die den Marshallplan begründete, kamen die Kommunisten und die Sowjetunion nicht namentlich vor.[1]

Der Bürgerkrieg in Griechenland, die politische Unterdrückung im sowjetisch-besetzten Europa, der Konflikt im Nordiran, der Prager Umsturz im Februar 1948 und schließlich die einsetzende Berlin-Krise einige Monate später ließen jedoch zweifelsfrei erkennen, daß die Sowjetunion keinesfalls daran dachte, mit den westlichen Siegermächten wirklich zusammenzuarbeiten und Kompromisse zu schließen. Der sowjetische Atomtest vom August 1949, der Sieg der chinesischen Kommunisten im Bürgerkrieg im Oktober 1949 und der nordkoreanische Angriff auf Südkorea im Juni 1950 beseitigten die letzten Zweifel, daß Moskau die Konfrontation suchte, wenn auch keinen direkten Krieg mit den westlichen Großmächten. Offen blieben somit die Möglichkeit einer *indirekten* Kriegführung (mit den «Stellvertretern Moskaus»), wie im Fall des Koreakrieges, sowie das gesamte Arsenal von Operationen durch Geheimdienste, Propaganda und vieles mehr.

Damit gewannen die Geheimdienste eine Bedeutung wie nie zuvor in der

modernen Staatengeschichte. Sie waren nicht mehr eine *Ergänzung* anderer machtpolitischer Instrumentarien, sondern ein *Ersatz* für den Großmächtekrieg, den man nicht führen wollte und der durch die wachsenden Atomarsenale schlichtweg unführbar wurde. «Ein Atomkrieg kann nie gewonnen werden und darf nie geführt werden», wie Präsident Reagan drei Jahrzehnte später sagte.[2] Möglich blieben nur noch Geheimdienstkriege der unterschiedlichsten Art. Diese Option entwickelte sich schrittweise und angepaßt an die jeweiligen Kriegsschauplätze.

Anpassung in der Sowjetunion

Zunächst waren die Geheimdienste damit beschäftigt, sich institutionell der Nachkriegssituation anzupassen. Demokratische Regierungen und Diktaturen stellten sich gleichermaßen die Frage, wie ihre durch die Kriegserfordernisse stark vergrößerten Geheimdienste für den Friedensbedarf umzurüsten seien.

Dabei war Stalin offensichtlich der enorme Machtzuwachs seines Geheimdienstchefs Beria ein Dorn im Auge. Er beförderte ihn deshalb zum Vollmitglied im Politbüro und zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und entzog ihm damit die Geheimdienste für das Inland (NKVD) und das Ausland (MGB). Beide erhielten neue Chefs und wurden zu Ministerien aufgewertet: das Innenministerium und das Ministerium für Staatssicherheit. Stalins Rechnung ging jedoch nicht auf, denn Beria verstand es, eine Art informeller Kontrolle zu behalten. Jedenfalls behauptete Chruschtschow, die wichtigen Dossiers seien weiterhin mit Beria abgestimmt worden.[3] Nach Stalins Tod führte Beria sehr schnell die Macht über die Geheimdienste in seiner Hand zusammen, um die nachfolgende Troika (einer der drei war Chruschtschow) auszuhebeln. Er legte das Innenministerium mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen, was eine Kombination von Polizei und Geheimdienst ergab, wie sie in Himmlers Reichssicherheitshauptamt existiert hatte. Hinzu kam die Kontrolle über sämtliche Straflager (GULAG) und über die Atomwaffenproduktion. Doch die Troika verbündete sich mit der Militärspitze (unter Marschall Schukow) und ließ Beria festnehmen, aburteilen und hinrichten. Ein ähnliches Schicksal ereilte seine engsten Vertrauten.

Erstaunlicherweise vermied es Stalin, die ungeheuer korrupte

Leitungsebene der Geheimdienste zu säubern. Zu vermuten ist, daß er sich zutraute, Beria unter Kontrolle zu halten. Im übrigen brauchte er die Geheimdienste für die aus seiner Sicht erforderliche Säuberung der Bevölkerung in den vormals von den deutschen Truppen besetzten Gebieten der Sowjetunion sowie für den Aufbau von Geheimdienststrukturen in den neugewonnenen Satellitenstaaten.

Für die Verfolgung von angeblichen oder wirklichen Kollaborateuren gab es eine Spezialabteilung des NKVD, genannt «Smersch» (eine Abkürzung für «Tod den Spionen»).[4] Sie war 1943 gegründet worden, um Partisanen, Saboteure, Spione, aber auch Deserteure und Verräter in den Streitkräften zu bekämpfen. Bei Kriegsende wurden Millionen von sowjetischen Flüchtlingen auf ihre Treue zum Sowjetsystem überprüft. Etwa zwei Millionen ehemalige deutsche Zwangsarbeiter sowjetischer Herkunft wurden durch die Westmächte repatriiert, also den sowjetischen Behörden übergeben – zumeist unter Zwang, denn die Betroffenen wußten sehr wohl, welchem Verdacht sie durch das Stalin-Regime ausgesetzt waren. Hinzu kamen die sowjetischen Kriegsgefangenen, welche die schlechte Behandlung durch die Deutschen überlebt hatten. Über 2,5 Millionen ihrer Kameraden hatten die grausame Behandlung nicht überstanden.

Da Stalin bereits bei Kriegsbeginn festgelegt hatte, daß alle sowjetischen Kriegsgefangenen automatisch Deserteure seien und deshalb vom Sowjetstaat keinerlei Fürsorge im Sinne des Kriegsvölkerrechtes erwarten dürften, wurden die Überlebenden unter ihnen nicht zu ihren Familien geschickt, sondern in Gefangenenlager nördlich des Polarkreises verbracht. Am schlimmsten erging es denjenigen, die unter General Wlassow versucht hatten, an der Seite der Wehrmacht zu kämpfen, um Rußland vom Sowjetjoch zu befreien. Viele von ihnen wurden mit schrecklicher Brutalität ermordet.[5]

Im März 1946 wurde Smersch als Sonderorganisation der militärischen Spionageabwehr geschlossen. Seine Aufgaben übertrug man der dritten Hauptabteilung des MGB. Eines der brutalsten Kapitel der sowjetischen Geheimdienstgeschichte ging damit zu Ende.

Die zweite große Aufgabe der sowjetischen Geheimdienste war der Aufbau befreundeter kommunistischer Geheimdienste in den von der Roten Armee besetzten Staaten Mittel- und Osteuropas. Polen war einer der ersten Staaten, der von den Sowjets erobert wurde. Zugleich war er politisch der brisanteste, denn Stalin hatte 1939 gemeinsam mit Hitler den

polnischen Staat zerschlagen und erhob Anspruch auf einen großen Teil im Osten des ehemaligen polnischen Staatsgebietes. Niemand in Polen, außer den wenigen Kommunisten, wollte sich diesem Anspruch freiwillig unterwerfen, und selbst unter den polnischen Kommunisten gab es Widerspruch. Der NKVD errichtete deshalb rasch einen polnischen Geheimdienst, der den sowjetischen Strukturen und Praktiken ähnlich sein sollte. Ende des Jahres 1944 hatte man bereits 2500 Rekruten, die von zunächst 200 sowjetischen Tschekisten ausgebildet wurden. Bald darauf stiegen die Zahlen auf ein Vielfaches, denn die sowjetischen Geheimdienstler sollten nicht nur ausbilden, sondern zugleich ein Netzwerk von Kontrollpersonen aufbauen, das den polnischen Geheimdienst (UB) auf Moskauer Kurs zu halten hatte. Dieses Muster wurde praktisch auf alle Staaten übertragen, in denen die Rote Armee stand und in denen kommunistische Regierungen mit mehr oder weniger direkter Gewalt eingerichtet wurden. Eine Spezialität des polnischen UB war allerdings ein gewisser Oberstleutnant Labanowski, der dazu ausgebildet war, in die Rolle eines katholischen Priesters zu schlüpfen. Wenn Häftlinge einen Priester sprechen wollten, wurde Labanowski zum Beichtvater ohne Beichtgeheimnis. Übrigens beherrschte er auch die Rolle eines evangelischen Pastors und eines jüdischen Rabbiners.[6]

Im Berliner Vorort Karlshorst richtete sich die sowjetische Staatssicherheit mit etwa 2000 Personen auf einem riesigen Sperrgelände ein. Zunächst übten die Sowjets alle Geheimdienstfunktionen in ihrer deutschen Besatzungszone, der späteren DDR, selbst aus. Sie etablierten ein System von Verwaltungsbezirken und -kreisen, die jeweils mit Geheimdienstposten ausgestattet wurden. Die ersten großen Verhaftungswellen ohne rechtsstaatliche Justiz erfolgten somit in sowjetischer Regie. Die zehn sowjetischen Speziallager, einige davon in vormals nationalsozialistischen Konzentrationslagern eingerichtet, füllten sich mit angeblichen und wirklichen deutschen Nazis, wobei diese Unterscheidung teilweise nach der Größe des Grundbesitzes oder Firmenvermögens getroffen wurde. Es sollte eine Art Sozialrevolution mittels Enteignung und Zwangsarbeit werden, von der bis zu 180.000 Menschen betroffen waren – die offizielle russische Zahl von 1990 beläuft sich auf 122.671. Ein Drittel von ihnen starb. Über 12.000 wurden in die Sowjetunion deportiert.[7] Unter den Häftlingen befanden sich mehr als 20.000 Sozialdemokraten, welche die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED ablehnten.

Erst im August 1946 wurde eine ostdeutsche politische Polizei gegründet, die unter der Bezeichnung K5 firmierte und binnen zwei Jahren auf 700 Mitarbeiter anwuchs. Im Januar 1950 beschloß das Politbüro der SED die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unter Wilhelm Zaisser, mit Erich Mielke als Stellvertreter. Im gleichen Jahr wuchs das Personal auf 2700. Zaisser galt in Moskau als vertrauenswürdig, während Mielke als Verbündeter von Walter Ulbricht angesehen wurde, der seinerseits versuchte, die SED-Führung ein Stück weit selbständig gegenüber Moskau zu gestalten.

Eine von Moskau unabhängige deutsche Staatssicherheit wollte Moskau jedoch nicht zulassen.[8] Dafür gebe es «zu wenig überprüfte deutsche Kader». Und als das Politbüro der KPdSU endlich der Bildung einer deutschen Staatssicherheit zustimmte, blieb doch fast alles beim alten. Das MfS blieb ein Hilfsorgan der sowjetischen Staatssicherheit. Von 6670 Bewerbern sortierten die sowjetischen Kontrolleure 88 Prozent aus, weil sie Verwandte im Westen hatten oder aus anderen Gründen. Am liebsten wollten «die Freunde», so wurden die Moskauer «Berater» in den Akten bezeichnet, ganz junge Leute, die sie selbst schulen konnten. Die wichtigeren Vorgänge bearbeiteten sie ohnehin selbst.

Turbulent ging es im Sommer 1953 zu. Als Beria nach Stalins Tod das Heft an sich reißen wollte, präsentierte er dem Politbüro eine neue Deutschlandpolitik. Zugleich setzte er den Geheimdienst-Sonderbeauftragten in Berlin ab, schickte einen seiner Vertrauten dorthin und reduzierte die Zahl der Berater auf ganze 328 Mann, also auf etwa 15 Prozent. Nur noch sowjetische Offiziere mit Deutschkenntnissen sollten fortan entsandt werden. Doch dann kam der Volksaufstand vom 17. Juni, der die Sowjets ebenso überraschte wie die SED-Führung. Es war ein Geheimdienstdesaster, zumal die Bedrohung gar nicht vom Klassenfeind, also dem Bürgertum, sondern hauptsächlich aus der Industriearbeiterschaft kam. Daß der Westen damit nichts zu tun hatte, wußte man natürlich. Man behauptete jedoch das Gegenteil, um nicht völlig aus dem ideologischen Schema auszubrechen. Am 26. Juni wurde Beria verhaftet und abgesetzt. Erneut wurde der Sonderbeauftragte ausgewechselt, das Personal auf 540 aufgestockt. Das MfS wurde in die Rolle eines Hilfsorgans zurückgedrängt. Das zeigte sich, als Zaisser abgesetzt und kurz darauf sogar aus der SED ausgeschlossen wurde. Entgegen den Wünschen Ulbrichts kam nicht Mielke, sondern Ernst Wollweber an die Spitze des MfS. Bei den nachfolgenden Säuberungen (gedacht als nachträgliche

Bewältigung des Volksaufstandes) waren die sowjetischen Berater federführend.

1954, aus Anlaß des NATO-Beitritts der Bundesrepublik, ordnete Moskau eine verstärkte «Westarbeit» an. Dazu wurde eine Organisation der Auslandsspionage, welche man erst 1953 in das MfS eingegliedert hatte, zur «Hauptverwaltung Aufklärung» ausgebaut, die fortan im engeren Sinn als Auslandsgeheimdienst der DDR fungierte. Ihr Leiter war und blieb bis 1986 Markus Wolf, ein zu hundert Prozent treuer Mann Moskaus. Als es Ulbricht nach dem Ungarnaufstand von 1956 endlich gelang, für die DDR eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber Moskau durchzusetzen, ersetzte er Wollweber durch Mielke. Doch der Moskowiter Wolf, seit kurzem stellvertretender MfS-Chef, blieb ein Garant für die allseits ergebene Haltung des MfS gegenüber der Sowjetunion. Erst 1958 wurden die sowjetischen Berater innerhalb des MfS auf wenige Dutzend reduziert. Das MfS war nunmehr hinreichend sowjetisiert, und Karlshorst blieb weiterhin stark präsent.

Ein besonderer Fall war Jugoslawien, das zwar kommunistisch wurde, aber ohne sowjetische Militärpräsenz war. Das spielte zunächst keine Rolle, denn Tito und die gesamte Parteiführung waren einhellige Parteigänger Moskaus, wie Milovan Djilas, ein enger Vertrauter Titos, später schrieb.[9] Gleichwohl setzte Stalin seinen Geheimdienst ein, um über die jugoslawischen Verhältnisse, insbesondere innerhalb der KP, informiert zu sein. Titos Selbstvertrauen und sein gelegentlich eigenwilliges Urteil bereiteten ihm Sorgen. Tito, der selbst einen brutalen Geheimdienst befehligte, mit dem er die nicht-kommunistischen politischen Kräfte verfolgte, wollte nicht dulden, daß überall in seinem Herrschaftsapparat sowjetische Spitzel rekrutiert wurden. Er konnte es jedoch nicht verhindern. Selbst in seiner unmittelbaren Umgebung plazierten die Sowjets ihre Agenten.

Organisatorisch und hinsichtlich seiner Praktiken lehnte sich der jugoslawische UDBA an das sowjetische Modell an. Im März 1946 wurden die Abteilungen für das Inland wie das sowjetische Vorbild dem Innenminister unterstellt als «Verwaltung für Staatssicherheit». Der Vorläufer war die berüchtigte «Abteilung für Volksschutz» unter der Führung von Aleksandar Ranković, der 1946 Innenminister wurde, also Geheimdienstchef blieb – bis 1966. In der Schlußphase des Krieges und in den Monaten danach richtete er unter den Tschetniks, den antikommunistischen serbischen Milizen, ein fürchterliches Massaker an.

Weit über 12.000 wurden ermordet. Ein weiteres Objekt des Geheimdienstterrors waren die Albaner, sowohl im Kosovo als auch in Albanien, das ebenfalls kommunistisch war und zunächst ein Bündnis mit Tito einging. 1948 nutzte Stalin einen heftigen Konflikt in der albanischen Führung, um mittels seines Geheimdienstes die gegen Tito gerichtete Fraktion siegen zu lassen. Tito wiederum versuchte eine Balkanföderation zu gründen, die der Ausdehnung seines eigenen Einflusses gedient hätte. Diesem Vorhaben setzte Stalin ein Ende, indem er es zum Bruch mit Tito kommen ließ und die Nachbarstaaten Jugoslawiens fester an Moskau band. In Tirana wurden die Titoisten als Agenten der Westmächte gebrandmarkt und verfolgt. In Stalins Dämonologie nahm Tito den Platz von Trotzki ein – als schlimmster Verräter im eigenen Lager.

Das zerrissene Frankreich

Einen besonders schwierigen Fall von institutioneller Anpassung stellte Frankreich dar, denn General Charles de Gaulle, der am 25. August 1944 in Paris einzog und eine provisorische Regierung bildete, hatte es mit einer Bevölkerung zu tun, die sich in Kollaborateure und Widerständler teilte, zu denen noch Millionen von Franzosen hinzukamen, die gleichsam unpolitisch auf das Ende des Krieges gewartet hatten. Und auch der Widerstand *(Résistance)* zerfiel wiederum in unzählige Fraktionen, Gruppen und Grüppchen, die sich teilweise mit Waffengewalt bekämpften.

Diese vielfache Spaltung zog sich quer durch die staatlichen Sicherheitsorgane: die Polizei, das Militär und die Geheimdienste. Um die Situation zu verstehen, muß man in die Zeit nach der Kapitulation von 1940 zurückgehen, als de Gaulle eine kleine Schar von Leuten um sich sammelte und versuchte, aus französischen Soldaten in Großbritannien eine einsatzfähige Truppe zu schmieden. Parallel dazu gründete er einen Geheimdienst, den er einem jungen Offizier und Dozenten an der École Polytechnique namens André Dewavrin anvertraute. Dieser wählte den Decknamen «Colonel Passy» (nach einer Pariser U-Bahn-Station), unter dem man ihn besser kennt.

Passys Geheimdienst (BCRA) war jedoch alles andere als professionell. [10] Mit Hilfe britischer Ausbilder versuchte man das Manko der mangelnden Professionalität zu überwinden, doch die Briten hatten wenig Interesse an einem separaten Geheimdienst unter de Gaulle. Die besten

Leute versuchten sie für Kommandoaktionen von SOE im besetzten Frankreich zu gewinnen. Zudem wußten Passys Leute kaum über die aktuelle Lage in Frankreich Bescheid. Hier waren die Vichy-Geheimdienste unter Colonel Louis Rivet und Colonel Paul Paillole viel besser informiert, die offiziell in der Vichy-Regierung für die Militärspionage und die Spionageabwehr zuständig waren, in Wirklichkeit jedoch für den Widerstand arbeiteten.[11]

Passy versuchte, in Frankreich Kontakt zu Widerständlern aufzubauen und Widerstandsgruppen zu bilden, geriet dabei aber in einen Zielkonflikt, der für die Geheimdienstarbeit nicht untypisch ist. Die Sammlung von Informationen zur Erstellung eines Lagebildes sowie der fortlaufende Kontakt mit Beobachtern vor Ort zur raschen Übermittlung von Nachrichten machte es erforderlich, möglichst unauffällig zu agieren. Doch das Ziel von de Gaulle und seinen Getreuen mußte sein, die französische Bevölkerung zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung zu bewegen und ihr das Gefühl zu vermitteln, es gebe eine mächtige Organisation, die für die Befreiung Frankreichs arbeitete. Dafür eigneten sich spektakuläre Operationen wie Anschläge auf das deutsche Militär und Sprengungen von Brücken, Kraftwerken usw. Passys Devise war: Ein Geheimdienst ist nutzlos ohne Operationen. Erst durch spektakuläre Operationen würden die Franzosen zu einer verschworenen Gemeinschaft von Widerständlern zusammengeschmiedet. Das mochte psychologisch richtig sein. Doch unverkennbar war auch die militärische Nutzlosigkeit der meisten Anschläge und ebenso unverkennbar das Leid der Zivilbevölkerung, die zum Opfer deutscher Repressalien wurde.

In Frankreich, das bis Ende 1942 nur teilweise von den Deutschen besetzt war, bildeten sich allerlei Widerstandsgruppen und Netzwerke zur Information der Geheimdienste, doch diese hatten sehr gegensätzliche politische Orientierungen. Einige der wichtigsten Netzwerke arbeiteten direkt für die Briten. Dazu gehörten auch solche, die aus ehemaligen Soldaten und entlassenen Beamten bestanden, die jedoch de Gaulle ablehnten, weil er mit allen politischen Gruppierungen zusammenarbeiten wollte, auch mit den Kommunisten. Das kommunistische Netzwerk (von den Deutschen als «Rote Kapelle» tituliert) arbeitete erst seit dem Bruch zwischen Hitler und Stalin für die alliierte Seite, jedoch fast ausschließlich für Moskau.

Eine weitere anfängliche Schwäche von de Gaulles BCRA war ihre mangelnde geheimdienstliche Absicherung gegen Verräter im Inneren.

Erst durch Roger Warin (genannt Wybot) erfolgte hier eine Besserung. Auch er war zunächst ein regulärer Armeeoffizier, entwickelte jedoch hinter der Fassade des Vichy-Militärgeheimdienstes eine große Professionalität für die Spionageabwehr. Passy holte ihn dafür in das BCRA, wo er zunächst kaum willkommen war, da er de Gaulle berichtete, daß seine Bewegung in Frankreich nur wenig Unterstützung habe. Vor allem aber krempelte er die Arbeitsweise um, indem er professionelle Methoden der Geheimdiensttätigkeit einführte. Er legte eine riesige Kartei *(fichier)* von mehr als 100.000 Namen an, auf denen er Freunde und Gegner unter den Franzosen, vor allem unter der Elite, verzeichnen ließ. Damit schuf er das Fundament für einen Inlandsgeheimdienst. Gefürchtet waren seine Befragungen, denen er das Personal im Stab von de Gaulle ebenso rücksichtslos wie minutiös unterwarf, um Unstimmigkeiten aufzuspüren und die persönliche Zuverlässigkeit zu prüfen. Dieses Verfahren war gewiß nützlich, um de Gaulles bunt zusammengewürfelte Truppe auf Herz und Nieren zu prüfen, und vor allem, um sie gegenüber den alliierten Geheimdiensten und Militärstäben als vertrauenswürdig auszuweisen. Zugleich kam jedoch der Verdacht auf, es sei das Verhalten einer politischen Sekte, von der man sich besser fernhalte.

Lieber als mit de Gaulle, der in London nur eine von vielen Exilgruppen repräsentierte, die keine eigenen Machtmittel, also keine Streitkräfte und Territorien, besaßen, wollten die Alliierten mit denjenigen Kräften in Vichy und in den französischen Überseeterritorien in Kontakt treten, die etwas gegen die zunehmend nazifreundliche Vichy-Regierung unternehmen wollten. Dort nämlich gab es nicht nur ökonomische Ressourcen, sondern auch französische Truppen, Kolonialtruppen und Territorien, die für die alliierte Kriegführung strategisch günstig lagen. In diesen Wettlauf um die französischen Kolonien versuchte de Gaulle auf eigene Faust einzugreifen, indem er – mit britischer Unterstützung – im September 1940 in Dakar (Senegal) eine Landeoperation unternahm, die allerdings fehlschlug, weil der dortige Generalgouverneur Pierre Boisson den Übertritt zu den Alliierten verweigerte. Im Sommer 1941 gelang es de Gaulle dann, in den von Vichy-Frankreich verwalteten Gebieten Syrien und Libanon Fuß zu fassen.

Anläßlich der alliierten Landung in Nordafrika zogen es die Amerikaner vor, mit dem Vichy-Befehlshaber Admiral François Darlan sowie dem aus deutscher Kriegsgefangenschaft geflohenen General Henri Giraud zu verhandeln. Beide waren zum Übertritt ins alliierte Lager bereit. De Gaulle

hingegen stieß wegen seiner politischen Eigenwilligkeiten bei Präsident Roosevelt auf Ablehnung. Als die Landung glückte und Darlan einem Attentat zum Opfer fiel, erzwangen Roosevelt und Churchill eine Doppelspitze aus Giraud und de Gaulle, unter der im Mai 1943 in Algier ein nationales Befreiungskomitee gebildet wurde.

Nun war es höchste Zeit, auch das Neben- und Gegeneinander der französischen Geheimdienste zu beenden. Das gelang im November 1943, doch behielt Paillole, der ein Parteigänger Girauds war, die Kontrolle über Nordafrika sowie über seine Netzwerke in Frankreich, obgleich dieses nunmehr vollständig von der Wehrmacht besetzt war. Die nominelle Leitung hatte der Sozialist Jacques Soustelle, doch die tatsächliche Arbeit wurde durch Passy, Paillole, Wybot, Rivet und einige andere geleistet.[12]

Mit der alliierten Landung in der Normandie und der sukzessiven Befreiung Frankreichs kehrten auch die französischen Geheimdienste zurück. Angesichts des nun drohenden Bürgerkrieges kam ihnen sogar eine besonders hohe Bedeutung zu. Hatten die verschiedenen politisch-ideologischen Gruppierungen während der deutschen Besatzungszeit nur mit Mühe zueinandergefunden, so bot der teilweise anarchische Übergang zur Befreiung die Möglichkeit, mit Waffengewalt die Macht an sich zu reißen. Diese Neigung war besonders groß bei den Kommunisten, deren Ideologie ohnehin auf den Umsturz der bürgerlich-privatwirt-schaftlichen Ordnung abzielte.

Verständlicherweise wollten die alliierten Truppen unter dem Oberbefehl von General Eisenhower keine derartige Anarchie dulden, weil sie den Vormarsch unendlich erschwert und die Truppenversorgung gefährdet hätte. Sie beabsichtigten deshalb, in eigener Regie eine Militärverwaltung einzurichten. Doch de Gaulle, der nach dem Rücktritt von Giraud allein an der Spitze der provisorischen Regierung stand, beanspruchte die ausschließliche Kontrolle über die befreiten Teile Frankreichs. Trotz der massiven Einwände Roosevelts, der de Gaulle für einen potentiellen Militärdiktator hielt, kam es am 12. Juli 1944 zur Entscheidung, auf eine alliierte Militärverwaltung zu verzichten. Nun wurden an zahlreichen wichtigen Punkten Geheimdienstleute mit Fallschirmen abgesetzt, um die Verbindung zwischen der provisorischen Regierung und den örtlichen Widerstandschefs herzustellen. Zugleich versuchte man, örtliche Geheimdienststellen aufzubauen, um die Polizeigewalt zu sichern und gefährliche Elemente, vor allem eventuell zurückgelassene deutsche Agenten und Saboteure, aufzuspüren.

Wenige Tage nachdem de Gaulle an der Spitze französischer und amerikanischer Truppen in Paris einmarschierte und mit seinen Leuten die Schaltstellen der Macht besetzte, kündigte er die Auflösung und Entwaffnung der französischen Untergrundarmee (FFI) an. Wer wolle, so sagte er, könne als Soldat in die reguläre Armee eintreten. Dieser Schritt löste eine heftige Gegenreaktion aus, insbesondere bei den «patriotischen Milizen» der Kommunistischen Partei. Wie wir heute wissen, gab Stalin selbst den Befehl zur Zusammenarbeit mit de Gaulle, da er sich vermutlich davon mehr Gewinn erwartete als von einem französischen Bürgerkrieg – zumal Deutschland noch nicht kapituliert hatte und die Sowjets somit ihren kommunistischen Verbündeten in Frankreich keine Hilfe leisten konnten.

De Gaulle wollte das Gewaltmonopol des Staates wiederherstellen, das eine Bewaffnung nur für die Armee und die Polizei vorsah. Deshalb hatte der Aufbau einer zuverlässigen Polizei, samt politischer Polizei *(Sûreté nationale)*, hohe Priorität. In enger Zusammenarbeit mit den Angelsachsen organisierten Navarre und Paillole die Suche nach den Netzwerken und Kollaborateuren der deutschen Geheim- und Sicherheitsdienste. Bald entstand eine Reihe von Geheimdiensten, die entweder neu waren oder aus den Exilstrukturen hervorgingen oder mit «gereinigtem Personal» traditionelle Organisationen weiterführten. Unter Aufsicht des Regierungschefs wurde die DGER für die Auslandsspionage gebildet, neben der DSM für die rein militärischen Belange. Die technischen Dienste vor allem der Telephon- und Briefüberwachung oblagen der DCT. Die Überwachung der Zivilbevölkerung in den Departments wurde hauptsächlich den RG übertragen, welche dem Innenminister unterstellt wurden. Daneben wurde die DST wiederbelebt, die für besondere Probleme der inneren Sicherheit zuständig war und in enger Verbindung zur nationalen Polizei stand, ohne den Umweg über die Präfekten.

Wybot trat an die Spitze der DST, die erstmals die Spionageabwehr aus den Händen des Militärs in die Zuständigkeit des Innenministers gab. Er setzte mittels seiner Zentralkartei die systematische Verzeichnung von Fakten und Beobachtungen von Personen und Organisationen fort, die er in London begonnen hatte. Sodann benutzte er die durch Navarre und Paillole erfolgte Auswertung der erbeuteten deutschen Geheimdienst- und Militärakten, um binnen weniger Wochen nahezu 10.000 Nazis und Kollaborateure festzunehmen. Zwei militärische Geheimdienststellen (SRO und SSM) versuchten, deutsche Wissenschaftler und Techniker

aufzuspüren, um sie für eine Mitarbeit in der französischen Rüstungsindustrie zu gewinnen und den Stand der geheimen deutschen Rüstungsentwicklung, einschließlich der Atomprojekte, zu erkunden. Dabei kam es allerdings zu Pannen, weil einige der französischen Agenten lieber für Moskau als für de Gaulle arbeiteten.

Die DGER spezialisierte sich unter der Leitung von André Dewavrin (Passy) vor allem auf das besetzte Deutschland, insbesondere sein Industriepotential. In Baden-Baden, wo auch die französischen Streitkräfte in Deutschland ihr Hauptquartier hatten, wurde eine Dienststelle eingerichtet. Der zweite Schwerpunkt lag in Nordafrika sowie in den Überseegebieten, von denen Indochina erst im September 1945 von der japanischen Herrschaft befreit wurde. Es kam aber zunächst unter britisch-chinesische Verwaltung, ehe Frankreich im März 1946 den Abzug der letzten chinesischen Truppen erreichte. Durch besondere Beziehungen zum katholischen Episkopat soll es auch gelungen sein, Priester in Mitteleuropa sowie im Fernen Osten als Beobachter für die DGER zu gewinnen.[13]

Passys schwierigste Aufgabe bestand zunächst darin, das Personal zu reduzieren und auf seine tatsächliche Eignung zu überprüfen. Von 10.000 Mitarbeitern wurden über 8000 entlassen. Auch hier entfachte die Kommunistische Partei eine Kampagne und behauptete, es würden die Gegner de Gaulles sowie Kommunisten als «Volksfeinde» hingestellt und entlassen. Passy wurde mit Korruptionsvorwürfen überzogen und zum Rücktritt gezwungen, obgleich die Justiz alle Verdächtigungen zurückwies. Seine Militärkarriere ging in die Brüche. Wie Paillole und andere führende Geheimdienstleute wechselte er in die Privatwirtschaft, nicht jedoch ohne – wie übrigens fast alle französischen Geheimdienstchefs – seine Memoiren zu schreiben.[14] Sein Fall zeigt vor allem, wie sehr die Geheimdienste zum Objekt der Parteien und Seilschaften wurden, welche die französische Politik in den ersten Nachkriegsjahren so stark beherrschten.

Auch nach seiner Umbenennung in SDECE blieb der französische Auslandsgeheimdienst zunächst ein Spionagedienst ohne die Fähigkeit zu bewaffneten Operationen, im Französischen als *service action* bezeichnet.[15] Erst im März 1946 begann man, im Pyrenäendorf Mont-Louis eine Fallschirmjägereinheit aufzustellen, die bald darauf als 11. Choc-Bataillon bezeichnet und von verwegenen Einzelkämpfern wie Hauptmann Paul Aussaresses geführt wurde, der später im Algerienkrieg eine umstrittene Rolle spielte.[16] Jacques Foccart ist ebenfalls zu erwähnen, der bei den Staatspräsidenten de Gaulle und Pompidou dubiose Beziehungen zum

frankophonen Afrika organisierte.[17] Man stellte aus den Veteranen der Spezialeinsätze im Zweiten Weltkrieg – ob unter britischer, amerikanischer oder französischer Regie – eine Liste der brauchbaren Leute zusammen.

Ein andauerndes Problem war die starke Präsenz von Kommunisten in der französischen Politik und im Staatsapparat. Wie sollte man in dem sich abzeichnenden Konflikt mit der Sowjetunion geheimdienstlich operieren, wenn Kommunisten im Parlament, bis Mai 1947 sogar im Kabinett und in schwer festzustellendem Umfang in der Beamtenschaft sowie in den Sicherheitsorganen saßen? Im Juli 1947, also kurz nach dem Austritt der kommunistischen Minister aus der Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Ramadier, wurden allein im SDECE beinahe 350 Personen entlassen.[18] Für das Militär wurde ein eigener Geheimdienst «für die Sicherheit der Streitkräfte» gegründet, den Colonel André Sérot leitete, der ein Jahr später als Militärberater des UNO-Sonderbe-auftragten Graf Folke Bernadotte zusammen mit diesem bei einem Bombenattentat in Jerusalem starb.

Für die militärische und geheimdienstliche Kooperation mit den Briten und Amerikanern war der starke kommunistische Einfluß in Frankreich ein großes, aber kein unüberwindliches Risiko, da sich die wichtigsten Geheimdienstleute und Militärs persönlich gut kannten. Für die französische Innenpolitik war dieser Einfluß jedoch eine schwere Hypothek, weil die Geheimdienste stets im Verdacht standen, gegen den eigenen Staat und gegen die linken Parteien und Gewerkschaften gerichtet zu sein. Putschgerüchte gingen durch die Presse. Schließlich gab es gefährliche Sicherheitsrisiken für Armee und Geheimdienste, die sich zunächst vor allem während des Indochinakrieges äußerten. Unter den in Indochina eingesetzten Soldaten gab es nicht wenige, die zuvor an der Seite von vietnamesischen und chinesischen Kommunisten gegen die Japaner gekämpft hatten. Einige unter ihnen liefen über oder leiteten heimlich Lieferungen von Medikamenten und Waffen an den Gegner.[19] Insgesamt allerdings wirkte sich die innere kommunistische Bedrohung bei den Geheimdiensten und im Militär weniger dramatisch aus als befürchtet. An die Großtaten der *Cambridge Five* und der in den USA tätigen sowjetischen Atomspione reichten die französischen Verräter nicht heran.

Ein deutscher Geheimdienst der besonderen Art

Einen in jeder Hinsicht besonderen Fall von institutioneller Anpassung an neue politische Umstände bildete die Bundesrepublik Deutschland. Immerhin war sie am meisten von kommunistischer Subversion bedroht. Doch zugleich gab es eine große Zahl von Leuten, die der neuen politischen Ordnung feindselig gegenüberstanden. Viele davon waren fanatische, unbelehrbare Nazis geblieben. Viele fühlten sich in ihrem Stolz verletzt, weil die alliierten Siegermächte mit offensichtlichem Zwang diese neue politische Ordnung eingepflanzt hatten, auch wenn sich diese – jedenfalls in den drei Westzonen – auf politische und institutionelle Traditionen aus der Weimarer Republik stützte.

Beim Aufbau der Polizei gab es wenig mehr zu tun, als die übelsten Nazigendarmen fernzuhalten. Doch für eine Absicherung der politischen Stabilität, also vor allem der neuen demokratischen Institutionen, brauchte man einen Inlandsgeheimdienst, der zunächst mit sehr eingeschränkten Kompetenzen in den Innenministerien der Länder angesiedelt wurde.[20] 1950 kam das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hinzu, das durch verdeckte Ermittlungen sowie mittels angeworbener Spitzel (V-Leute) allerlei Organisationen und Zirkel beobachten durfte, welche im Verdacht standen, die geltende Verfassungsordnung stürzen zu wollen.[21] Hinzu kamen Aufgaben der Spionageabwehr.

Nach Lage der Dinge war vor allem an kommunistische und nationalsozialistische Gefahrenpotentiale zu denken, wobei das größte Gefahrenszenario darin bestand, daß politische Unruhen ein bewaffnetes Eingreifen aus der sowjetischen Besatzungszone – ab 1949 aus der DDR – auslösen könnte. Wären es kommunistische und andere linke Kräfte gewesen, so hätte man «brüderliche Hilfe» gegen die «faschistische Clique» in Bonn geleistet. Im Fall von Unruhen mit sichtbarer Beteiligung von Nazis hätte man der Welt vorführen können, daß allein die Sowjetunion samt ihren ostdeutschen Gehilfen Deutschland vor dem Wiederaufleben der Nazipest bewahren könne. Wie konnte sich die westliche Seite gegen ein solches Eingreifen schützen? Gewiß gab es in Westdeutschland eine erhebliche Anzahl von westalliierten Soldaten, Militärpolizisten und Geheimdienstleuten, die derartige Unruhen im Keim ersticken konnten, doch wären insbesondere die US-Streitkräfte kaum in der Lage gewesen, sowjetischen Übergriffen wirksam zu begegnen. Auch deshalb bedurfte die nur schwach bewaffnete deutsche Polizei der Unterstützung durch einen Inlandsgeheimdienst.

Bei der Besetzung des Chefpostens im BfV mußte die Bundesregierung eine empfindliche Niederlage hinnehmen, als die Westalliierten auf der Ernennung eines Mannes bestanden, der während des Krieges für den britischen Geheimdienst tätig war und aus Deutschland fliehen mußte, weil er mit den Verschwörern des 20. Juli 1944 in Kontakt gestanden hatte. Der Jurist Dr. Otto John hatte beim Nürnberger Prozeß sowie bei anderen Prozessen gegen NS-Straftäter ausgesagt. Mit dieser Biographie paßte er schwerlich in das politische Bonn, wo viele ehemalige Nazis, insbesondere Juristen, rasch in den Staatsdienst zurückkehrten und wo sich der Deutsche Bundestag quer durch die Fraktionen vehement für die Entlassung verurteilter NS-Straftäter einsetzte und forderte, einen «Schlußstrich» unter die Entnazifizierung zu ziehen. Als John 1954 unter mysteriösen Umständen nach Ostberlin reiste und dort die schleichende Nazifizierung des westdeutschen Staatsapparates anprangerte, hatte die Bundesrepublik einen ihrer ersten Geheimdienstskandale. Johns Äußerungen waren nicht aus der Luft gegriffen. Sein Nachfolger mußte zurücktreten, allerdings erst 1972, weil er wissentlich ehemalige SS- und SD-Leute eingestellt hatte. Diese in der Rückschau völlig inakzeptable Einstellungspolitik der bundesdeutschen Polizei- und Geheimdienstbehörden ist selbst heute noch nicht vollständig offengelegt worden.

Weitaus spannender war die institutionelle Anpassung in Westdeutschland, die sich im Vorfeld der Gründung der Bundeswehr (1955) anbahnte. Die Geschichte des 1956 gegründeten Bundesnachrichtendienstes (BND) begann nämlich bereits 1945, als der ehemalige Leiter der Wehrmachts-Generalstabsabteilung «Fremde Heere Ost», General Reinhard Gehlen, in Erwartung der deutschen Kapitulation beschloß, sein Wissen den Amerikanern zur Verfügung zu stellen, da diese allein in der Lage sein würden, eine vollständige Sowjetisierung Europas zu verhindern. In seinen 1971 erschienenen Memoiren schrieb Gehlen, er habe damals mit einigen Vertrauten seine wichtigsten Unterlagen in Metallkisten verpacken und in den bayerischen Alpen vergraben lassen. Im übrigen sei es sein Ziel gewesen, den personellen Grundstock sowie wichtige Unterlagen über das sowjetische Militär für die Bildung eines künftigen deutschen geheimen «Nachrichtendienstes» zu retten. Was Gehlen jedoch nach seiner Pensionierung zu Papier brachte, bedarf der sorgfältigen historischen Nachprüfung. Gewiß gab es die genannten Unterlagen in den Blechkisten. Gehlen und einige seiner Mitarbeiter

stellten sich bei ihrer Gefangennahme den amerikanischen Geheimdiensten zur Verfügung. Doch was tatsächlich in Gehlens Kopf damals vorging, läßt sich kaum noch rekonstruieren. Erhebliche Zweifel bestehen vor allem hinsichtlich der *Motive* Gehlens. Es ist kaum aufzuklären, wie stark sich Gehlen damals dem Nazigedankengut verpflichtet fühlte. Bereits die Behauptung Gehlens, man müsse den politisch naiven Amerikanern «die Wahrheit» über die sowjetische Gefahr beibringen, bildete einen Mythos, der bei alten Nazis besonders tief verwurzelt war.

Seit der Freigabe umfangreicher Akten der CIA im Jahr 2002 läßt sich ein genaueres Bild gewinnen, wie die Zusammenarbeit der amerikanischen Geheimdienste mit Gehlen und vielen weiteren ehemaligen Wehrmachtssoldaten aus den deutschen militärischen Geheimdiensten zustande kam, welche Absichten es auf der amerikanischen Seite gab und wie die Amerikaner dieses geheimdienstliche Angebot der Deutschen nutzten.[22] Obgleich ihnen Gehlen nachweislich die in seinen Memoiren gegebene Erklärung von der weisen Voraussicht einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion präsentierte, waren diese zutiefst skeptisch. Über Jahre hinweg überprüften sie immer wieder bestimmte Einzelheiten dieses Berichtes, befragten Gehlen und seine Leute zu einzelnen Unstimmigkeiten, die sich aus der Befragung von deutschen Kriegsgefangenen sowie aus den beschlagnahmten deutschen Akten ergaben.

Vor allem wollten sie wissen, wie deutlich und wann Gehlen tatsächlich eine innere Distanz zum Gedankengut des Nationalsozialismus, zu Hitlers Kriegführung und zur Kriegführung der Wehrmacht fand. Sein Verhältnis zu Walter Schellenberg, dem SS-Geheimdienstmann, der seit 1944 praktisch den gesamten deutschen Militärgeheimdienst befehligte, war wiederholt Gegenstand amerikanischer Befragungen, zumal Schellenberg über die Verlegung der FHO-Akten und des Personals nach Süddeutschland unterrichtet war. Gehlen rechtfertigte damals seine Initiative mit der Vorbereitung eines bewaffneten Guerillawiderstandes «nach polnischem Muster», der in den Kontext einer geplanten «Alpenfestung» für den «Endkampf» der Wehrmacht gehörte.[23] Im nachhinein gab Gehlen diese Erklärung als Kriegslist gegenüber den fanatischen Befürwortern eines «Endkampfes» aus, doch mehrere Offiziere aus seiner Umgebung sagten aus, Gehlen sei es damit ernst gewesen.[24]

Gewiß brauchte er eine Legende für den Transport von Aktenkisten und

Mitarbeitern, doch was wollte er mit diesen Geheimdienstressourcen unternehmen? Hoffte er nicht doch wie so viele Deutsche, der Krieg gegen den Bolschewismus könne mit westalliierter Hilfe weitergeführt und gewonnen werden? Der Nutzen für die Wehrmachtsführung wäre allzu offensichtlich gewesen. Sie hätte nicht mehr befürchten müssen, wegen ihrer Kriegsverbrechen gerichtlich belangt oder standrechtlich erschossen zu werden. Um es zu wiederholen: Bezüglich Gehlen läßt sich diese Frage nach den Motiven vom Beginn des Jahres 1945 nicht eindeutig beantworten.

Völlig falsch lag Gehlen mit seinen Vermutungen über die amerikanische Globalpolitik. Die USA hatten nämlich keinerlei Absicht, mit den Überresten der deutschen Geheimdienste zusammenzuarbeiten. Noch weniger wollten sie den deutschen Krieg gegen die Sowjetunion fortführen. Ihr Interesse an Gehlens Gruppe gründete sich vielmehr auf die simple Überzeugung, daß die Militärgeschichte, auch diejenige des Gegners, ein nützliches Lehrmaterial für das eigene professionelle Militär sei. Was immer die Wehrmacht an Waffen, taktischer Erfahrung und auch an Geheimdienstexpertise gesammelt hatte, wurde festgehalten, um später eventuell daraus einen eigenen Nutzen zu ziehen. Wo, wie und wann das geschehen konnte, war für den Prozeß des Sammelns weitgehend irrelevant.[25]

Das mag banal klingen, erklärt jedoch den anfänglichen Umgang der Amerikaner mit Gehlen am besten, zumal die neuere Forschung eine Fülle weiterer Beispiele für diese zum Teil hochgeheime Sammeltätigkeit zutage gefördert hat. Übrigens gingen die drei anderen Siegermächte ähnlich vor, wenn auch nicht immer mit dem gleichen Aufwand. Die Sowjets verhörten sogar den greisen ehemaligen Chef des kaiserlichen Armeegeheimdienstes Oberst Walter Nicolai, obwohl dieser seit 1918 außer Dienst war. Er kam dabei 1947 zu Tode und wurde 1999 rehabilitiert.[26]

Seit langem wußte man, daß ehemalige hohe Wehrmachtsoffiziere von den Amerikanern systematisch befragt und in Kriegsgefangenschaft aufgefordert wurden, ihre Erfahrungen niederzuschreiben. Die Akribie, mit der die deutsche Waffen- und Ziviltechnik samt den gescheiterten deutschen Atomprogrammen erforscht wurde, war zunächst nur partiell bekannt geworden.[27] Auf dem Gebiet der Geheimdienste und der Kenntnis des Sowjetsystems sowie des sowjetischen Militärs wurden ebenfalls nur einige Umrisse bekannt. Dabei wurden, oft auch in amerikanischen Darstellungen, alle oder viele Kenntnisse der USA über die

Rote Armee ihrer Kooperation mit Gehlen zugeschrieben. In Wirklichkeit gab es noch andere, in Teilbereichen viel wichtigere deutsche Informationsquellen, welche die USA über Jahre hinweg akribisch auswerteten, meist in Kooperation mit den Briten. Dazu gehörte das Luftbild- und Kartenmaterial der Luftwaffe, das die genaue Verortung von Tausenden von strategisch wichtigen Objekten (Brücken, Bahnstrecken, Kasernen, Benzindepots usw.) erlaubte, während Gehlens Verzeichnisse der sowjetischen Militäreinheiten und ihres Führungspersonals nach Kriegsende rasch überholt waren.[28] Bedeutender als dessen Listen und Karteikarten war eine Studie der deutschen Methoden zur Abwehr der sowjetischen Geheimdienste. Eine erbeutete Druckmaschine mit kyrillischen Lettern, Hunderte von sowjetischen Berechtigungskarten für Lebensmittelrationen, von Soldbüchern, Formularen und Stempeln – das waren gesuchte Utensilien für die amerikanische Geheimdienstarbeit gegen den sowjetischen Machtbereich.[29]

Von unmittelbarem Gebrauchswert waren auch die vormals von Oberst Hermann Baun geleiteten, auf die Rote Armee spezialisierten deutschen Militärfunker, die bereits im Januar 1946 in der Nähe von Frankfurt am Main versammelt und in den Dienst des Geheimdienststabes der *US Army* gestellt wurden. Bald danach begann Baun, in der sowjetischen Besatzungszone mit Agenten zu arbeiten. Seine Organisation (Stab-Walli) hatte während des Krieges nicht Gehlens FHO unterstanden, weshalb Gehlen und sein Stellvertreter Oberst Gerhard Wessel Anfang April 1945 nach Bad Elster fuhren, um Baun zur Mitwirkung an ihren Plänen zu bewegen. Das gelang, doch Baun lehnte eine Gesamtführung durch Gehlen ab, zumal Gehlen überhaupt kein Sowjetexperte war. Er sprach kein Russisch und auch sonst keine moderne Fremdsprache. Zudem hatte er keinerlei Erfahrung mit Agenten, denn FHO wertete nur Informationen aus, die anderswo beschafft wurden. Somit wäre Baun viel geeigneter gewesen, die entstehende deutsche Spionageorganisation zu führen, doch seine schwierige Persönlichkeit und sein mangelndes Geschick in bürokratischen Grabenkämpfen ließen ihn letzten Endes gegenüber Gehlen unterliegen.

Gehlen wurde im August 1945 mit einer kleinen Gruppe von sechs Getreuen samt den ausgegrabenen Kisten in die USA geflogen, wo sie auf einem abgeschirmten Militärgelände bei Washington geheimdienstlich auf Herz und Nieren geprüft wurden. Wessel blieb in Deutschland, wo er als getreuer Gefolgsmann den Führungsanspruch Gehlens verteidigte und

bemüht war, mit Baun zusammenzuarbeiten. Im Juli 1946 kehrte die Gruppe aus den USA zurück, um in Oberursel bei Frankfurt einquartiert zu werden. Es folgte ein langwieriges Hin und Her unter den verschiedenen Dienststellen der in Deutschland tätigen US-Militärgeheimdienste, wer die Aufsicht über die rasch anwachsende «Organisation Gehlen» übernehmen, und nicht zuletzt, wer dafür bezahlen sollte.

Nachdem die im September 1947 gegründete CIA damit nichts zu tun haben wollte, verblieb die Operation «RUSTY» zunächst bei der *US Army*, die im Dezember 1947 dafür eine militärische Tarnorganisation bildete *(7821st Composite Group)* und damit begann, diese in die ehemalige «Rudolf-Heß-Siedlung» nach Pullach bei München zu verbringen, wo sich noch heute der Sitz des BND befindet.[30] Immer wieder beauftragte man Spezialisten mit einer Überprüfung des Projektes, dessen Management den Zuständigen bei der *US Army* über den Kopf wuchs. Es sei zu teuer, zu sehr für sowjetische Unterwanderung anfällig und, falls es publik würde, zu schädlich für das internationale Ansehen der USA, hieß es immer wieder.[31] Inzwischen seien 2500 bis 3000 Leute dort tätig, die geheimdienstlich von Stockholm bis Prag, Sofia, Rom und Paris operierten.[32] Das mochte übertrieben gewesen sein, da sich die Arbeit stark auf Deutschland konzentrierte, doch wenn die Buchhaltung korrekt war, sollen sich die Kosten auf 47.367 Dollar monatlich belaufen haben. Das waren 15 Dollar pro Kopf.[33] Damit bestehe die Gefahr, so der gleiche Bericht vom Mai 1947, daß daraus eine gefährliche Untergrundarmee werden könnte, falls die USA ihre Kontrolle aufgeben sollten.[34] Gleichwohl dachte der Verfasser bereits daran, daß im Falle der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung die USA bereits «über den Kern eines künftigen deutschen Geheimdienstes verfügen würden.»[35]

Schon damals war die Verwendung von Leuten mit SS- oder SD-Vergangenheit ein strittiges Thema. Den Anfang hatten allerdings die Amerikaner selbst gemacht, als sie mit SS-General Wolff die militärische Teilkapitulation in Norditalien aushandelten und dabei kompromittierende Zusicherungen gaben. Sodann haben sie allerlei SS-Leute, darunter solche mit bekannten Kriegsverbrechen im Lebenslauf, angeheuert, um Zugang zu eventuell fortbestehenden SS-Zirkeln im politischen Untergrund zu gewinnen.[36] Das Potential für eine Rekrutierung solcher Leute durch den sowjetischen Geheimdienst lag auf der Hand und wurde bereits damals gesehen.[37] Gehlen beschäftigte derartige Leute vor allem in der Spionageabwehr, was 1961 das Drama um die Sowjetagenten Heinz Felfe

und Hans Clemens provozierte.

Im großen Stil bewährte sich RUSTY bei der Berlinkrise von 1948/1949, als die drei Westmächte eine Luftbrücke einrichteten, um Westberlin während der sowjetischen Berlinblockade mit dem Nötigsten zu versorgen. Diese Operation mit militärischen Frachtmaschinen, die jedoch unbewaffnet waren und ausdrücklich ohne Geleitschutz durch Jagdflugzeuge flogen, konnte nur unter der Voraussetzung funktionieren, daß die Sowjets diesen Konflikt nicht zur Auslösung eines Krieges benutzen würden. Doch woher sollte man wissen, ob diese Absicht bestand? Gewiß nicht durch westliche Spione im Kreml, die es nämlich nicht gab. Also blieb nur die minutiöse, fortlaufende Beobachtung des in Ostdeutschland stationierten Militärs sowie der Nachschubwege durch Polen. Hierbei leistete RUSTY wichtige Dienste, wobei man auf ein Netz von Beobachtern zurückgreifen konnte, das unter der ostdeutschen Bevölkerung rekrutiert wurde.[38] Trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse gelang es, diese Berichte in dichter Folge dem Stab des US-Militärgouverneurs General Clay sowie dem für die *US Air Force* in Europa zuständigen Befehlshaber General LeMay zuzuleiten. Da eine Armee oder auch eine Luftstreitmacht nicht aus dem Stand angreifen kann, sondern zuvor eine Fülle von Vorbereitungen treffen muß, konnten die entsprechenden Indikatoren wie Truppenbewegungen, Bevorratung, Munitionstransporte und ähnliches beobachtet beziehungsweise ausgeschlossen werden. Eine stark verfeinerte Weiterentwicklung dieses Systems von Indikatoren sollte später die Basis für das NATO-Frühwarnsystem bilden.

Während der Berlinkrise deuteten praktisch alle Zeichen darauf hin, daß Stalin eine wirtschaftliche und politische, vor allem aber eine psychologische Kampagne gegen Westdeutschland und die Westalliierten betrieb, jedoch vor der Eskalation eines Krieges zurückschreckte. Vermutlich hielt er das eigene Militär samt der sowjetischen Wirtschaft noch für zu schwach, um einen Krieg riskieren zu können.

In einem Bericht von Colonel James Critchfield, der die Operation RUSTY seit November 1948 ein weiteres Mal überprüfte, heißt es: «Die US Airforce hat das größte Interesse an RUSTY und an den Ergebnissen von RUSTYs Aufzeichnung, Ortung und Entschlüsselung des Funkverkehrs der sowjetischen Luftstreitkräfte, da diese die einzige rasche Information über die sowjetischen taktischen Luftbewegungen in Mitteleuropa darstellen. (…) Die Airforce hat des weiteren angeregt, daß RUSTY die Möglichkeiten für die mögliche Rettung von Flugzeugbesatzungen und für Fluchtwege aus

der UdSSR erkunden möge.»[39] Neben der Beschreibung der Funkbeobachtung und Entschlüsselung fällt im letzten Satz auf, daß eine derartige Evakuierung auf geplante und laufende Spionageoperationen hindeutete, bei denen Überflüge nicht nur der Satellitenstaaten, sondern auch des sowjetischen Territoriums erfolgten. Bekannt ist auch, daß amerikanische B-29-Bomber entlang der Zonengrenze flogen, um die Sowjets zur Aktivierung ihrer Luftabwehrsysteme zu zwingen, deren Dichte und technische Fähigkeiten von allergrößtem Interesse für die USA waren.

Zugleich traf die Operation RUSTY Vorbereitungen für den Kriegsfall. Das Hauptquartier in Pullach würde in die Schweiz und von dort nach Spanien verlegt werden. Entsprechende Planungen seien abgeschlossen und mit dem europäischen Kommandostab (EUCOM) der US-Streitkräfte in Europa abgesprochen.[40] Critchfield fügte hinzu: Die 4000 Leute in der Operation RUSTY seien «ein wichtiger politischer Faktor im Hinblick auf Deutschlands Zukunft». Da viele der Mitarbeiter ehemalige Wehrmachtsoffiziere seien, darunter viele Generalstäbler, könne RUSTY eine Rolle spielen «in einer westlichen Militärallianz».[41] Für Critchfield und vermutlich für viele andere amerikanische Offiziere ging es bei RUSTY also nicht allein um die Beschaffung von Geheimdienstinformationen, sondern RUSTY diente auch als Sammelbecken für ein künftiges deutsches Offizierskorps, das auf diese Weise unter amerikanischem Einfluß stehen würde. Ob es sich dabei um ein vereinigtes Deutschland oder einen westdeutschen Teilstaat handeln sollte, wurde nicht angesprochen.

Critchfield unternahm diese Bestandsaufnahme zunächst für die CIA, da die *US Army* weiterhin darauf drängte, die personelle und finanzielle Bürde loszuwerden. Doch bei der CIA hatte man Bedenken. «… die Sicherheit und die Aufgabenstellung von RUSTY ist sehr zweifelhaft …», wie ein CIA-Beamter im Dezember 1948 schrieb. «… wir wissen nicht viel über den inneren Betrieb der RUSTY-Organisation, und wahrscheinlich geht es der Army ebenso. (…) … wir öffnen [mit einer Übernahme von RUSTY] möglicherweise die CIA auf der ganzen Linie der Unterwanderung … [und] … wir haben keine Ahnung, ob die Russen vielleicht Täuschungsmanöver durch den RUSTY-Apparat einbringen.»[42] Ein weiteres Hindernis war General Clay, der die CIA nicht als Großunternehmung in Deutschland haben wollte, noch dazu mit einer zweifelhaften Organisation wie RUSTY.[43] Als Clay im Sommer 1949 seinen Posten aufgab, kam mit der im Herbst 1949 gebildeten

Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer ein weiteres Problem hinzu. Wie konnten deutsche Staatsbürger auf deutschem Boden geheimdienstlich für eine auswärtige Macht tätig sein? Gewiß hatte die neue Bundesrepublik eine sehr eingeschränkte Souveränität, insbesondere in Fragen der äußeren Sicherheit, doch Gehlen nutzte dieses Dilemma, indem er bei der Übernahme von RUSTY durch die CIA eine schriftliche Abmachung traf, die ihm und seinen Leuten die Freiheit gab, im Falle einer Rückgabe der Souveränitätsrechte als deutscher Auslandsgeheimdienst tätig zu werden.[44] Adenauer jedoch hatte damit nichts zu tun und behielt alle Freiheit hinsichtlich einer späteren Entscheidung.

Es ist fraglich, ob ZIPPER, wie die Gehlen-Organisation fortan hieß, ohne die dramatische Verschärfung des kalten Krieges in Ostasien überlebt hätte.[45] Gehlens Zentrale in Pullach lag 600 km vom neuen Regierungszentrum in Bonn entfernt. Adenauer war nicht nur mißtrauisch gegenüber Wehrmachtsoffizieren, sondern pflegte eine Distanz zu den alten protestantischen preußischen Eliten insgesamt, zumal sie zu einem Großteil seine Politik der Westintegration und der nur in diesem Rahmen von ihm für möglich gehaltenen Wiederbewaffnungspolitik ablehnten, die im Herbst 1950 offiziell einsetzte. Doch Gehlen gelang es, einen Kontakt zu Hans Globke, einem katholischen Rheinländer und ehemaligen Zentrumspolitiker, aufzubauen, der zu Adenauers engsten Vertrauten im Kanzleramt gehörte. Nicht nur schickte Gehlen Berichte zur außenpolitischen Lage, sondern er lieferte auch delikate Informationen über Adenauers politische Freunde und Gegner. Sodann bot er einer Reihe von Bundestagsabgeordneten seine Dienste an, wodurch das westdeutsche Parlament zumindest inoffiziell über Gehlens Arbeit für die Amerikaner erfuhr und zugleich sicherheitspolitisch durch Gehlen beeinflußt wurde.[46]Denn sein Ziel war es, zum obersten Chef eines zukünftigen deutschen Militär- und Auslandsgeheimdienstes zu werden.

Zu diesem Zweck versuchte er, auf den Aufbau des neuen westdeutschen Militärs Einfluß zu nehmen. Viele höhere Offiziere, die eine Zeitlang bei der Organisation Gehlen überwintert hatten, kamen für Führungspositionen in Frage. Sein enger Vertrauter aus FHO-Zeiten, Gerhard Wessel, der 1968 sein Nachfolger werden sollte, trat in die Bundeswehr ein und wirkte dabei mit, daß diese keinen selbständigen Militärischen Geheimdienst erhielt, wie er überall bei den NATO-Streitkräften üblich war. Zunächst allerdings entwickelten sich in der

Planungsorganisation, dem «Amt Blank», auch geheimdienstliche Strukturen, insbesondere der Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst, benannt nach einem ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der in der Abwehr als Widerständler einen gegen Hitler gerichteten Putsch mitgeplant und später bei der Division Brandenburg gedient hatte, einer Spezialtruppe der Abwehr für Sabotageaktionen und andere «Sonderaufgaben».[47] Die Zentrale für Heimatdienst war das organisatorische Dach, unter dem das Bundeskanzleramt geheimdienstliche Arbeit, insbesondere zur innenpolitischen Absicherung der Wiederbewaffnung, betrieb. Die Rivalität zu Gehlen war offensichtlich, doch die ungleichen Kräfteverhältnisse waren es ebenso. Während Heinz nur über 200 Mitarbeiter verfügte, waren es bei Gehlen mehrere tausend.

Wie es im einzelnen zur Gründung des Bundesnachrichtendienstes mit Wirkung vom 1. April 1956 kam, der *außerhalb* der Bundeswehr eingerichtet und direkt dem Kanzleramt zugeordnet wurde, ist mehr als 50 Jahre später noch immer dem Geheimschutz unterworfen. Der Grund dafür kann eigentlich nur eine politische Strippenzieherei sein. Nicht bekannt ist vor allem, welche Rolle die USA dabei spielten, direkt oder indirekt. Selbst über die Motive Adenauers weiß man kaum etwas. Zu vermuten ist, daß er den Aufbau eines geheimen Nachrichtendienstes für eine politisch hochbrisante Angelegenheit hielt, die er nicht zum Gegenstand deutsch-amerikanischer Konflikte machen wollte. Innenpolitisch wollte er gewiß neben dem äußerst schwierigen Aufbau bundesdeutscher Streitkräfte keine zusätzlichen Probleme im Bereich der Sicherheitspolitik schaffen. Indem Adenauer also die Gehlen-Organisation und deren Personal weitgehend übernahm, schob er die Verantwortung den Amerikanern zu.

Es entwickelte sich nunmehr ein neues Verhältnis der US-Geheimdienste zur Bundesrepublik. Gehlen wurde mehrmals zu offiziellen Besuchen in die USA eingeladen. Im September 1955 durfte er einer Übung der 6. amerikanischen Flotte im Mittelmeer beiwohnen. Es war offensichtlich, daß sich die USA eine große Zahl deutscher Geheimdienstler herangezogen hatten, die ihnen fortan eng verbunden blieben. Man muß sich klarmachen, daß mit Eberhard Blum noch in den Jahren 1982–1985 ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier an der Spitze des BND stand, der seit 1947 ununterbrochen bei RUSTY und seinen Nachfolgern tätig war. Ob es sich dabei – in Hinblick auf diesen besonderen Fall von institutioneller Anpassung nach 1945 – um ein halbkoloniales Verhältnis handelte, ob

man Gehlens Truppe als amerikanische Geheimdienstsöldner bezeichnen kann, läßt sich beim aktuellen Stand des Archivzuganges nicht sagen. Die gegenteilige Behauptung in Gehlens Memoiren einer weitgehenden deutschen Selbständigkeit darf man allerdings nicht für bare Münze nehmen.

Eine spezielle Geheimdienstallianz

Eine völlig anders geartete *special relationship* auf dem Gebiet der Geheimdienste bildete sich zwischen den USA und Großbritannien aus. War bereits die enge geheimdienstliche Zusammenarbeit während des Krieges eine historische Neuheit, so war es ihre Fortsetzung nach Kriegsende um so mehr, denn keine Großmacht der Moderne hatte je in diesem Ausmaß und in dieser Intensität mit einer anderen zusammengearbeitet. Jedoch darf auch hier nicht verkannt werden, daß keiner jemals dem anderen freien Zugang zu allen Staatsgeheimnissen oder allen Geheimdienststellen gewährte. Vielmehr bestand (und besteht) diese Kooperation auf einer großen Zahl einzelner Abkommen, die spezifische Angaben über die betroffenen Dienststellen, Prozeduren und Zielsetzungen enthalten. Dabei ist nicht zu übersehen, daß außerhalb wie auch innerhalb dieser Kooperationen erhebliche politische Rivalitäten und Divergenzen bestanden, die entweder aufgrund geheimdienstlicher Sichtweisen und Praktiken auftraten oder wegen unterschiedlicher Zielsetzungen beider Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Zwei der bekanntesten Beispiele betrafen die Kernwaffenpolitik und die britische Imperialpolitik. Obgleich die USA zusammen mit Großbritannien und Kanada die ersten Atombomben bauten, versuchte Washington nach 1945, London zu einem Verzicht auf eigene Atomwaffen zu bewegen – bekanntlich ohne Erfolg. Allerdings konnte sich Washington in den Konflikten um die britische Imperialpolitik immer wieder durchsetzen, beispielsweise während der Suezkrise im Herbst 1956, als die Amerikaner in einer reichlich brutalen diplomatischen Aktion, unter Androhung eines Kredit- und Ölboykotts, die Briten zum Rückzug zwangen. Beide Konflikte und viele andere, die hier zu nennen wären, führten erstaunlicherweise nicht zur Aufgabe der engen geheimdienstlichen Zusammenarbeit, auch nicht in den beiden betroffenen Politikfeldern. So gehörte die Zusammenarbeit in der zunächst gegen die Sowjetunion gerichteten

Atomspionage zu den wichtigsten, bis heute am stärksten geheimgehaltenen Feldern. Ähnliches gilt in der Zusammenarbeit gegenüber den Kolonialgebieten und Staaten der Dritten Welt, wie noch zu zeigen ist.

Zu den ersten gemeinsamen Projekten gehörten die streng geheimen Spionageflüge über Osteuropa und die Sowjetunion. Dabei ging es zunächst darum, die Fähigkeiten der sowjetischen Luftabwehr zu erkunden. Später kamen die sowjetischen Bomber- und Raketenfabrikation sowie die Atomanlagen hinzu. Zu Beginn der Berlinkrise verlegten die USA 90 ihrer Bomber vom größten und modernsten Typ B-29 nach Großbritannien. Mit diesem Flugzeug waren wenige Jahre zuvor der Feuersturm von Tokyo erzeugt worden und die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erfolgt. Allerdings dürften die Sowjets gewußt haben, daß die nach Europa entsandten Maschinen keine technischen Vorrichtungen für den Atombombenabwurf hatten. Die atomare Drohung war also mehr symbolisch als real.[48] Während diese Verlegung mit großer Publicity verbunden war – durch demonstrative Überflüge der Stadt London –, erfolgten die Spionageflüge mit kleineren Transportmaschinen unter größter Geheimhaltung. Zahlreiche dieser Flüge endeten übrigens tödlich.[49]

Weitaus sicherer, da für die sowjetische Luftabwehr zunächst unerreichbar hoch fliegend, war das amerikanische Spionageflugzeug U-2, das im April 1956 erstmals auf dem Stützpunkt Lakenheath landete. Doch für ihre ersten Überflüge von sowjetischem Territorium mußte die U-2 in Wiesbaden starten, weil sich London nicht zu einer Startgenehmigung durchringen konnte. Die Britischen Inseln lagen in Reichweite der sowjetischen Bomber, während das US-Territorium erst in den 1970er Jahren einer glaubhaften nuklearen Bedrohung durch die Sowjetunion ausgesetzt war. Im März 1957 revidierte Premierminister Macmillan das Geheimabkommen über die U-2. Mit zweijähriger Verzögerung nahmen die Briten ab Mai 1958 U-2-Flüge mit britischem Personal auf. 1970 wurden diese Flüge eingestellt, da Satellitenaufnahmen nun ausreichend häufig und in zufriedenstellender Qualität vorlagen.[50]

Interessanterweise fiel Macmillans Entscheidung in jene Phase nach dem Suez-Desaster, als London mit allen Mitteln die Beziehungen zu den USA wieder verbessern wollte, um die *special relationship* zu bewahren. Vielleicht war er beeindruckt, welche Leistung die U-2 im Suezkonflikt erbrachte, als die Amerikaner am 31. Oktober 1956, dem ersten Tag der

britisch-französischen Landeoperation im Kanalgebiet, ihren britischen Kollegen U-2-Luftaufnahmen von Ägypten zeigten. Darauf war zu erkennen, daß es keine sowjetischen Militärbewegungen gab, obgleich die Sowjets in Ägypten präsent und vermutlich durch ihre Spione über die Operation vorab informiert waren.

Die ersten militärisch verwertbaren Luftaufnahmen sowjetischer Infrastruktur stammten jedoch aus den Überflügen der Wehrmacht. Ein amerikanisch-britisches Geheimdienstabkommen von Anfang 1946 sah «den weltweiten Austausch von Photomaterial jeglicher Art» vor, und zwar ausdrücklich ohne finanzielle Erstattung.[51] Dieses Abkommen ging also weit über die von Deutschland erbeuteten Sammlungen hinaus. Doch zunächst wurden in Pinetree in der Grafschaft Essex gemischte amerikanisch-britische Teams mit dieser Auswertung von erbeutetem Bild- und Kartenmaterial betraut. In einem Nuklearkrieg hätte das Strategische Luftkommando der USA, das man aus dem Film *Dr Strangelove* kennt, mit diesem Geheimdienstmaterial operiert.

Nach Ausbruch des Koreakrieges und wegen der zunehmenden sowjetischen Fähigkeiten zum Angriff britischer und amerikanischer Militärbasen in Großbritannien versuchte die britische Seite, die «aggressiven» Methoden der Informationsbeschaffung einzuschränken. 1952 forderte die Londoner Regierung eine westliche Politik der «allgemeinen Stabilisierung» gegenüber der Sowjetunion. Die amerikanischen Partner waren enttäuscht, da ein solcher Wechsel vielerlei Geheimdienstoperationen gegen Polen, Jugoslawien und Albanien unmöglich machen würde.[52] General Omar Bradley, der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, entgegnete sogar, «das klingt nach Appeasement».[53]

Doch die britischen Vorbehalte betrafen Operationen, welche direkt sowjetisches Territorium bedrohten, nicht solche gegen die sowjetische Politik außerhalb der Sowjetunion. Zu den waghalsigsten amerikanisch-britischen Geheimdienstprojekten gehörte der Berliner Tunnel, mit dem Telephonkabel im sowjetischen Sektor in Berlin abgehört wurden. Ähnliche gemeinsame Spionagetunnel hatte man bereits in Wien und Triest gebaut.[54] In Wien wie in Berlin ging es darum, vor allem den militärischen Telephonverkehr abzuhören, um eventuelle militärische Angriffsvorbereitungen der Roten Armee rechtzeitig nach Washington und London melden zu können. Dabei hoffte man die Verluste an Informationen zu kompensieren, welche entstanden waren, seit der

sowjetische Funkverkehr nahezu perfekt verschlüsselt war. Durch eine Reihe von Geheimdienstpannen, die in der Hauptsache durch sowjetische Überläufer ausgelöst wurden, waren die sowjetischen Verschlüsselungen kompromittiert worden. Deshalb verwendeten die Sowjets fast ausschließlich die aufwendige, aber nicht zu brechende Einmalverschlüsselung.[55] Der Berliner Tunnel war von Februar 1955 bis April 1956 in Betrieb und lieferte eine ungeheuere Menge an aufgezeichneten Telephongesprächen, welche übersetzt und analysiert werden mußten, ehe sich ihr Informationswert abschätzen ließ. Hunderte von Mitarbeitern brauchten mehrere Jahre, um die Ausbeute von 14 Monaten zu prüfen. Das Ergebnis ist bekannt. Die Sowjets planten keinen Krieg in Europa.

Doch es bleibt rätselhaft, warum die Sowjets den amerikanisch-britischen Spionagetunnel erst im April 1956 auffliegen ließen, obwohl sie bereits in der Vorbereitungsphase von dieser Operation Kenntnis hatten. George Blake, seit 1948 im britischen Auslandsgeheimdienst MI-6 tätig und nach seiner Entlassung aus nordkoreanischer Gefangenschaft zugleich für die sowjetische Seite aktiv, gehörte zum kleinen Kreis derer, die in die Planungen eingeweiht waren. Somit lag der Gedanke nahe, daß die Sowjets den Spionagetunnel für eine riesige Täuschungsoperation genutzt haben könnten. Nach allem, was man heute weiß, war dies jedoch nicht der Fall. Sie ließen vielmehr die amerikanisch-britische Operation eine Zeitlang laufen, um damit ihre besonders wertvolle Quelle, nämlich Blake, zu schützen.[56] Also war die Auswertung des sowjetischen Telephonverkehrs doch nicht völlig nutzlos.

Die britisch-amerikanische Zusammenarbeit bei der technischen Nachrichtenbeschaffung, einschließlich der Entschlüsselung des Funk- und Telephonverkehrs, war von herausragender Bedeutung. Die über den ganzen Erdball verteilten Gebiete des britischen Commonwealth erlaubten es, eine weltumspannende Infrastruktur von technischen Geheimdiensteinrichtungen zu unterhalten, insbesondere von Kommunikationseinrichtungen. Dadurch bekamen die USA Zugang zu Afrika, dem Mittleren Osten, Asien und Australien, wo sie keine eigenen Besitzungen hatten. In China verfügten die Briten nicht nur über den Stützpunkt Hongkong, sondern auch über eine diplomatische Vertretung, da London die Volksrepublik bereits 1950 diplomatisch anerkannte. Als die USA nach 1945 zwar ihre Streitkräfte stark reduzierten, aber ihre globale technische Infrastruktur behielten und weiter ausbauten, erzielten sie

durch die Verbindung mit den britischen Militärbasen und Stützpunkten eine historisch völlig neuartige globale Struktur von geheimdienstlichen und militärischen Einrichtungen.[57] Der Sowjetunion gelang nie etwas annähernd Vergleichbares, obgleich ihre machtpolitische Expansion nach Afrika und Lateinamerika durchaus als Versuch in diese Richtung zu sehen war.

Von großer Bedeutung waren die Commonwealth-Staaten Kanada, Australien und Neuseeland wegen ihrer geographischen Lage. Während London darauf bestand, als einziger Partner der USA aufzutreten und diese Commonwealth-Staaten mitzuvertreten, verwiesen die USA auf bereits bestehende Abmachungen mit diesen und somit deren Selbständigkeit. Die USA wiederum bestanden darauf, daß Lateinamerika und die Philippinen nicht Teil einer amerikanisch-britischen Vereinbarung sein könnten. Das heißt, Verträge über die internationale Geheimdienstkooperation hatten sich an der Imperialpolitik Londons und Washingtons zu orientieren.[58] Wegen dieser Komplikationen kam es erst 1948 zu einem Grundsatzabkommen für die Zusammenarbeit im Bereich der technischen Nachrichtenbeschaffung (SIGINT), dem *UKUSA Agreement.* Es sah eine geographische Aufteilung der Beschaffung vor, wobei Kanada für die nördliche Sowjetunion und Teile Europas zuständig war, Großbritannien für Europa und Afrika, Australien und Neuseeland für die Pazifikregion (später auch für China) und die USA für den Rest. Diese Allianz, die über die Jahre in technischer Hinsicht modernisiert und erweitert wurde (Radaranlagen, Satellitenempfangsanlagen usw.), besteht bis heute.

Der Schock der sowjetischen Spionage

Wie berichtet, pflegten die Sowjets ihre Geheimdienstmitteilungen mit einem zusätzlichen Einmalschlüssel zu versehen, wodurch sie praktisch unlesbar wurden. Gleichwohl sammelten die Amerikaner solche Nachrichten, insbesondere die Telegramme, welche von sowjetischen Botschaftsmitarbeitern verschickt wurden. Da die Sowjets keine eigenen Unterseekabel hatten, mußten diese Telegramme bei einem amerikanischen Telegraphenamt aufgegeben werden, wo eine Kopie für die US-Regierung angefertigt werden konnte. Das war nichts weiter als Routine, und vermutlich hätte man sich keine Mühe gegeben, eine Entzifferung zu versuchen, wenn nicht im Herbst 1945 eine Reihe von

Hinweisen auf eine großangelegte sowjetische Spionagetätigkeit in Nordamerika aufgetaucht wäre. Besonders wichtig war der zu den Kanadiern übergelaufene junge Geheimdienstoffizier Igor Gouzenko.

Dieser 26jährige Offizier des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU verließ am Abend des 5. September 1945 die sowjetische Botschaft mit 109 Dokumenten, die er sich in die Hose stopfte, um unbehelligt an den Wachen vorbeizukommen. Er hatte beschlossen, den Befehl zur Rückkehr in die Heimat zu mißachten und mit seiner Familie in Kanada zu bleiben. Diese Papiere und Gouzenkos Aussagen waren so sensationell, daß der kanadische Premierminister am 20. September 1945 nach Washington flog, um Präsident Truman persönlich über zwei Entdeckungen zu informieren: Die Sowjets hatten sich offensichtlich Zugang zum ultrageheimen britisch-amerikanisch-kanadischen Atomprogramm verschafft, und sie hatten einen Spion auf der Leitungsebene im US-Außenministerium (Alger Hiss). Nachfolgend konnten in Kanada 18 Personen, in den USA etwa 180 Spione im Regierungsapparat der USA identifiziert werden. Eine entscheidende Hilfe bei der Identifikation dieser Spione waren, wie bereits erwähnt, die beiden Amerikaner Chambers und Bentley, die sich freiwillig dem FBI offenbarten. Sie waren vor und während Krieges als Kuriere und Mittelsleute für kommunistische Spionageringe tätig gewesen.[59]

Vor diesem Hintergrund erhielten nun die bislang unleserlichen sowjetischen Telegramme eine besondere Bedeutung. Das erst 1995 öffentlich gemachte VENONA-Projekt wurde gestartet, das auf der britischen Seite BRIDE hieß. Im Oktober 1948 gelang es dem hochbegabten Linguisten Meredith Gardner, einige Textpassagen lesbar zu machen. Es war ein bescheidener Anfang, denn selbst mit einem großen Team der *Army Security Agency* gelang in fünf Jahren nur die Entzifferung von einem Prozent der vorliegenden Telegramme.

Mittels dieser bescheidenen Teilergebnisse war man bald in der Lage, Hinweise auf sowjetische Spione aufzuspüren oder zu bestätigen. Allerdings entstand dabei das Problem, wie diese Beweise vor Gericht genutzt werden sollten, ohne die geheimdienstliche Operation der Entzifferung preisgeben zu müssen. Am schlechtesten schnitt hier die amerikanische Justiz ab, die nur wenige Agenten einer Verurteilung zuführen konnte, weil seit 1937 abgehörte Telephongespräche zur Überwachung der Verdächtigen bei Gericht nicht als Beweise zugelassen waren. Somit war man auf Aussagen von Überläufern angewiesen, deren

Glaubwürdigkeit durch findige Anwälte geschickt in Zweifel gezogen wurde, oder auf strafmildernde Geständnisse von Mitangeklagten.

Das Resultat war eine Serie von umstrittenen Prozessen, von denen derjenige gegen das Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg gewiß der umstrittenste war. Durch die schwer belastende Aussage des mitangeklagten Bruders von Ethel gelang eine Verurteilung, die in beiden Fällen die Todesstrafe bedeutete. Das heute vorliegende Beweismaterial beweist eindeutig deren Verwicklung in die sowjetische Atomspionage, doch kam es zumindest im Fall der minderen Mittäterschaft von Ethel zu einem schweren Justizverbrechen, da die gegen sie verhängte Todesstrafe politisch motiviert und der Tat in keiner Weise angemessen war.

Die Folge dieser Prozesse, vor allem auch der fehlenden Anklage dringend Tatverdächtiger, war ein Mythos, der sich bei der amerikanischen Linken und weit über sie hinaus verbreitete. Man behauptete, es habe gar keine nennenswerte Bedrohung durch Spionage gegeben, sondern nur eine von der amerikanischen Rechten künstlich erzeugte Hetzkampagne gegen fortschrittliche und linke Amerikaner. Der Mythos des McCarthyismus war geboren.[60]

Als geheimdienstgeschichtliche Anmerkung ist hinzuzufügen, daß die Sowjets über das Projekt VENONA bestens unterrichtet waren. Zum einen war ihr britischer Topspion Kim Philby in das VENONA/BRIDE-Geheimnis eingeweiht. Zum anderen gehörte ein gewisser William Weisband zum Team der Entschlüsselungsexperten. Auch er berichtete nach Moskau. Er war es übrigens auch, der in gewisser Weise den nordkoreanischen Überraschungsangriff vom Juni 1950 ermöglichte, denn durch seinen Verrat wurden die Sowjets über das Mithören ihres Militärfunkverkehrs informiert. Seit 1949 konnten die USA den sowjetischen militärischen Funkverkehr nicht mehr mitlesen und so auch die sowjetischen Rüstungslieferungen an Pjöngjang nicht registrieren. Doch für eine Hochverratsanklage reichte das Beweismaterial damals nicht aus, weshalb man Weisband nur wegen Mißachtung des Gerichts zu einem Jahr Gefängnis verurteilte und bis zu seinem Tod 1967 unbehelligt ließ.

Auf der britischen Seite blieb die Rolle der Justiz bei der Bekämpfung der Sowjetspionage ebenfalls bescheiden, allerdings aus anderen Gründen. Zwar gelang es, den vermutlich wichtigsten Atomspion, Klaus Fuchs, zu verurteilen, doch die 14jährige Gefängnisstrafe fiel vergleichsweise mild aus. Es war die maximale Strafe für einen Geheimnisverrat, der kein Hochverrat war, weil die Sowjetunion zum Zeitpunkt des Verrats eine

verbündete Macht war.[61] Die Cambridge-Spione entgingen der Justiz samt und sonders. Im Mai 1951 flohen Guy Burgess and Donald Maclean in die Sowjetunion. Kim Philby wurde mehrmals befragt und 1951 aus MI-6 entlassen – zwar unter Fortfall seiner Pensionsansprüche, aber dafür mit einer kleinen Rente und mit weiteren Aufträgen, die er als Journalist nebenbei für den britischen Geheimdienst erledigen konnte. Er floh im Januar 1963 nach Moskau, wo er bald seine Memoiren publizierte. Das volle Ausmaß seiner Spionage wurde erst 1998 durch russische Aktenveröffentlichungen bekannt.[62] Blunt und Cairncross wurden im stillen enttarnt, aber nicht der Justiz überstellt. Man kommt nicht umhin, eine gewisse soziale Privilegierung zu vermuten, zumal nur der im Ausland geborene, von niederländisch-türkischen Eltern abstammende George Blake 1961 eine Haftstrafe von 41 Jahren erhielt, die er allerdings 1966 durch seine spektakuläre Flucht aus dem Gefängnis beenden konnte. Er lebte fortan in Moskau, wo ihm Wladimir Putin im Jahr 2007 zum 85. Geburtstag einen Orden verlieh.

Nicht zuletzt um ihre Geheimdienstallianz mit den USA zu retten, begannen die Briten, die staatlichen Geheimnisträger einer genaueren Überprüfung *(positive vetting)* zu unterziehen. Zwischen 1948 und Mitte der 1950er Jahre wurden Hunderte von ihnen dazu gedrängt, «freiwillig» ihre Posten zu räumen.[63] Auch hier wollte man Gerichtsprozesse vermeiden, um keine geheimdienstlichen Quellen und Methoden preisgeben zu müssen.

Im übrigen waren die institutionellen Anpassungen der britischen Geheimdienste eher geringfügig. An der britischen Weltmachtrolle wollte man festhalten. Ihrer schrittweisen Auflösung stemmte man sich mit geheimdienstlichen Mitteln nur dort entgegen, wo es um kommunistische Subversion ging und somit um die Gefahr einer Ausweitung des sowjetischen Einflußbereiches. Gegen den Zerfall von Britisch-Indien von 1947 bis 1948 in vier unabhängige Teilstaaten – Indien, Pakistan, Ceylon und Burma – war kaum etwas auszurichten. Auch an der Verankerung der Geheimdienste im Regierungsapparat wurde wenig verändert. Die technische Nachrichtenbeschaffung wurde 1946 im *Government Communications Headquarters* (GCHQ) gebündelt. Das Militär behielt eigene geheimdienstliche Dienststellen. Die Analyse blieb weiterhin getrennt von den Geheimdiensten MI-5 (Inland) und MI-6 (Ausland). Sie erfolgte in dem 1939 eingerichteten *Joint Intelligence Committee (*JIC), das dem Chef des Generalstabes unterstand, bis es 1957 – nach der Suezkrise –

dem Amt des Premierministers *(Cabinet Office)* unterstellt wurde. Gestützt auf einen Stab von Auswertungsspezialisten *(Assessment Staff)*, erstellten hohe Beamte der mit Sicherheitspolitik befaßten Ministerien die wichtigsten Lageeinschätzungen. Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Das neue amerikanische Geheimdienstimperium

Im Fall der USA reicht es nicht, von einer institutionellen Anpassung an die Nachkriegszeit zu sprechen. Vielmehr entstand dort nach 1945 ein weitgehend neues Geheimdienstsystem. Da die Amerikaner in Friedenszeiten bislang keinen zivilen und umfassend tätigen Auslandsgeheimdienst betrieben hatten, ihre neue Weltmachtrolle jedoch schwerlich ohne ein solches Instrument ausfüllen konnten, stand Präsident Truman vor der Frage, ob er das OSS auflösen oder gemäß den Bedürfnissen der Nachkriegspolitik umgestalten sollte. Er entschied sich rasch für die Auflösung, denn er wollte sich nicht den Zorn von zwei mächtigen Bürokratien, des Militärs und des FBI, zuziehen. Beide hatten großen Rückhalt im Kongreß, während Truman selbst nur wenige Monate zuvor in die übergroßen Fußstapfen des verstorbenen Präsidenten Roosevelt getreten war. Zudem hatte dessen Militärberater Oberst Richard Park bereits im April 1945 geschrieben, das OSS sei schlecht organisiert, schlecht ausgebildet und würde bei einer näheren Überprüfung sich als «die teuerste und am meisten verschwenderische Regierungsbehörde» herausstellen.[64] Einige Wochen später wurde dieser Bericht in der amerikanischen Presse zitiert, nun allerdings mit dem Vorwurf, das OSS sei ein Arm des britischen Geheimdienstes und plane einen Krieg gegen die Sowjetunion. Zusätzlich wurde ihm Korruption im großen Stil vorgeworfen. Donovan, der als OSS-Chef seine Organisation in die Friedenszeit hinüberretten wollte, ging daraufhin seinerseits an die Presse und ließ Berichte über Heldentaten unter seiner Führung verbreiten.

Hinter dieser Kampagne gegen das OSS durfte man J. Edgar Hoover und sein FBI vermuten. Hoover wollte die Aufgabe eines Auslandsgeheimdienstes an sich reißen, zumal das FBI bereits für ganz Lateinamerika zuständig und mit Agenten dort vertreten war. Doch Truman wollte keine «amerikanische Gestapo», wie er immer wieder sagte. Da Donovan ein schwieriges Verhältnis zur Militärführung hatte – sein OSS hatte im Pazifikkrieg kaum aktiv werden dürfen –, entließ ihn

Truman am 1. Oktober 1945. Für Hoover gab er damit ein indirektes Signal, daß sich sein FBI mit den Polizeiaufgaben abfinden mußte, denn aus der Konkursmasse des OSS ging die Forschungs- und Analyseabteilung (R & A) an das Außenministerium. Die Agentennetzwerke und die Abteilung für Spionageabwehr übergab man dem Kriegsministerium, das sie in einer neuen Organisation *(Strategic Services Unit*, SSU) unterbrachte. Ersatzlos aufgelöst wurden die Abteilungen für Sabotage und geheime Kriegführung.

Allerdings fehlte dem Präsidenten eine zentrale Stelle, an der die Meldungen aus den verschiedenen Geheimdiensten der Ministerien zu einer übersichtlichen Zusammenfassung gebündelt wurden. Das Außenministerium und der Vereinigte Generalstab machten jeweils Vorschläge dazu, wobei jede Seite um einen privilegierten Zugang zum Weißen Haus kämpfte. Truman traf deshalb eine wegweisende Entscheidung, indem er den Posten eines *Director of Central Intelligence* (DCI) schuf, der keinem der Ministerien, sondern direkt dem Weißen Haus unterstellt wurde. Dafür bestimmte er einen befreundeten Geschäftsmann aus seinem Heimatstaat Missouri, Sidney Souers, der während des Krieges im Marinegeheimdienst tätig gewesen war und damit den Rang eines Admirals der Reserve erreicht hatte. Zur Unterstützung erhielt er einen kleinen Analysestab, die *Central Intelligence Group*, welche man als Vorläuferin der späteren CIA bezeichnen kann. Allerdings bestand sie nur aus ein paar Dutzend Leuten. Zudem hatte sie eine einzige Aufgabe: Sie sollte die von den militärischen Geheimdiensten und den zivilen Geheimdienstabteilungen in verschiedenen Ministerien beschafften Informationen sichten und die wichtigsten zu einem lesbaren Text für die tägliche Unterrichtung des Präsidenten machen. Daraus entstand später das *President's Daily Brief* (PDB), jene tägliche Morgenlektüre, die heute durch den *Director of National Intelligence* (oder seinen Vertreter) überbracht und bei Bedarf mit ihm besprochen wird.[65] Um die Analyse von Geheimdienstmeldungen zu bewerten und um laufende Lagebeurteilungen zwischen den Lieferanten der Geheimdienstinformationen zu koordinieren, schuf Truman die *National Intelligence Authority*, bestehend aus einigen Ministern und den obersten Militärberatern des Präsidenten.

Souers blieb nur wenige Monate im Amt. Sein Nachfolger wurde Luftwaffengeneral Hoyt S. Vandenberg, ein aktiver Soldat mit Fronterfahrung, der aus der CIG einen echten Geheimdienst machte,

indem er eine Zuständigkeit für die eigenständige Beschaffung von Geheimdienstinformationen, also für die Spionage im Ausland, erwarb. Dafür löste er die entsprechenden Anteile der SSU aus dem Kriegsministerium heraus und machte sie unter der Bezeichnung *Office of Special Operations* zu einer Abteilung seiner CIG. Zugleich gelang es ihm, dem FBI die Zuständigkeit für Lateinamerika zu entwinden. Nun konnte die CIG weltweit tätig werden.

Doch die Fähigkeit zur eigenständigen Informationsbeschaffung machte die CIG keineswegs zum wichtigsten oder gar zum einzigen US-Geheimdienst für das Ausland. Die Teilstreitkräfte behielten wie selbstverständlich ihre eigenen Militärgeheimdienste. Zudem hatte Präsident Truman noch vor der Auflösung des OSS eine Sonderregelung für die Geheimdienste zur technischen Beschaffung, vor allem von SIGINT, getroffen. Er bildete mit der *Army Security Agency* (ASA) eine zentrale Stelle für alle militärischen Dienste zur geheimen (verschlüsselten) Kommunikation sowie zur Funkentschlüsselung von gegnerischen Nachrichten.[66] Ausdrücklich wurde damit die herausragende Bedeutung der Funkentschlüsselung für die Kriegführung sowie die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit Großbritannien hervorgehoben. Für die Fortführung dieser Zusammenarbeit erließ Truman am 12. September 1945, also zwei Wochen vor Auflösung des OSS, eine geheime Direktive. Somit demonstrierte er, zusammen mit der militärischen Führung, die hohe Priorität, welche er diesem Teil der amerikanischen Geheimdienstarbeit zumaß. Interessanterweise war die ASA nach der Kapitulation Deutschlands und Japans zunächst damit beschäftigt, nach möglichen militärischen Widerstandsnestern zu suchen. Das war gewiß ein Grund für die fortdauernde hohe Geheimhaltungsstufe der Funkentschlüsselung. Doch wichtiger waren zwei andere Aspekte. Zum einen wollte man eine Legendenbildung vermeiden, nach der Deutschland und Japan nicht durch Waffengewalt, sondern durch Arglist zur Kapitulation gebracht worden seien. Man braucht nur an die deutsche Dolchstoßlegende von 1918/19 zu denken, um sich diese Gefahr klarzumachen. Zum anderen wollte man eventuellen zukünftigen Kriegsgegnern keine Warnung geben, ihre Verschlüsselungen seien eventuell nicht sicher. Wie angemerkt, hatte diese letzte Überlegung zumindest gegenüber der Sowjetunion keine Wirkung, da dort das ULTRA-Geheimnis bereits durch die Spione Philby und Weisband bekannt war.

Truman wußte sehr wohl, daß die Gründung der CIG und die

Ausweitung ihrer Aufgaben – und damit ihres Personals – ein erhebliches Budget-Problem schuf, denn ohne die Zustimmung durch den Konreß konnte diesem neuen Geheimdienst kein eigenes Budget zur Verfügung gestellt werden. Vor allem konnte kein Haushaltstitel mit *unvouchered funds*, also mit geheimen Haushaltsmitteln ohne Abrechnungspflicht, gewährt werden. Doch der Präsident hatte zunächst eine andere Priorität. Er wollte die Teilstreitkräfte zu einem einzigen Verteidigungsministerium zusammenfassen, um die für eine moderne Kriegführung absurde Spaltung in ein Heeresministerium *(War Department)* und ein Marineministerium *(Navy Department)* zu überwinden. Zudem sollten die Luftstreitkräfte selbständig werden, was sie beispielsweise in Großbritannien seit 1918 und Deutschland seit 1935 bereits waren. Die institutionellen Widerstände waren enorm, weshalb auch nur eine Teilintegration zustande kam. Erst das Goldwater-Nichols-Gesetz von 1986 schuf diesen Zusammenschluß der Teilstreitkräfte. Immerhin gelang es, mit dem *National Security Act* vom Juli 1947 das *Department of Defense* zu schaffen und zwei weitere sicherheitspolitische Institutionen einzurichten: den Nationalen Sicherheitsrat (NSC) und die CIA als Nachfolgerin der CIG. Ein Ausführungsgesetz samt einer eigenständigen Haushaltsbewilligung für die CIA ließ allerdings noch bis Mitte 1949 auf sich warten.

Noch immer sollte die Hauptaufgabe der CIA in der Analyse und Aufbereitung von Geheimdienstinformationen *anderer* US-Geheimdienste liegen. Jedenfalls waren die militärischen Nachrichtendienste nicht bereit, von ihrer Zuständigkeit für die Beschaffung und Auswertung irgend etwas abzugeben. Bemerkenswert ist die gesetzliche Verpflichtung, die Geheimdienstanalysen nicht nur zeitnah vorzulegen, sondern auch «objektiv, unabhängig von politischen Überlegungen und basierend auf allen Quellen, welche der *intelligence community* [also der Gesamtheit der US-Geheimdienste] zur Verfügung stehen». Ein Beratungsgremium aus Experten der CIA und von außerhalb *(National Intelligence Council*, NIC) sollte die sicherheitspolitischen Lageeinschätzungen und Prognosen erarbeiten.

Damit wäre die CIA eine verbesserte Version der früheren Analyseabteilung (R & A) des OSS gewesen, ergänzt um einige auswärtige Stationen zur Agentenführung. Doch im Gesetz stand eine vieldeutige, kurze Klausel, nach der die CIA «… jene anderen geheimdienstlichen Aufgaben und Pflichten für die nationale Sicherheit [übernehmen soll], welche ihr der Präsident oder der Nationale Sicherheitsrat von Zeit zu Zeit

überträgt.»[67]

Eine der ersten dieser nicht näher definierten Aufgaben war die psychologische Kriegführung, also die verdeckte Beeinflussung anderer Staaten durch Propaganda und Geld. Wie die Direktive NSC 4A (des Nationalen Sicherheitsrates) es ausdrückte, sollte den sowjetischen Aktivitäten der Beeinflussung entgegengewirkt werden, da diese eine Bedrohung für den Weltfrieden darstellten.[68] Dafür wurde eine Spezialabteilung eingerichtet, der zunächst 10 Millionen Dollar aus erbeuteten Mitteln der besiegten Staaten zuflossen, welche nicht gegenüber dem amerikanischen Kongreß abgerechnet werden mußten.[69] Diese Gelder wurden hauptsächlich zur Beeinflussung der Parlamentswahlen in Italien verwendet, um dort die Christlichen Demokraten gegenüber den Kommunisten zu stärken. Das Außenministerium war über dieses Vorgehen nicht glücklich und verlangte eine größere Mitsprache. Wortführer war der Sowjetexperte und Diplomat George Kennan, der bereits im März 1946 jene Strategie zum Umgang mit der Sowjetunion entworfen hatte, die später unter dem Stichwort *containment*, also der Einhegung der sowjetischen Expansion, bekannt wurde. Mit der Direktive NSC 10/2 wurde der Auftrag zu verdeckten Operationen ausgeweitet. Zugleich wurde innerhalb der CIA das *Office of Policy Coordination* (OPC) eingerichtet. Hinzu kam jetzt die Ermächtigung zur ökonomischen Kriegführung sowie zu Waffenlieferungen und bewaffneten Operationen. Dem Außenministerium sowie dem Verteidigungsministerium wurde ein erhebliches Mitspracherecht eingeräumt. Die Leitung übernahm Frank G. Wisner, ein OSS-Veteran, der während des Krieges durch spektakuläre Aktionen aufgefallen war, beispielsweise zur Befreiung amerikanischer Piloten, die auf rumänischem Gebiet als Kriegsgefangene gehalten wurden. Unter seiner Führung wurden die verdeckten Operationen unterschiedlichster Art – bis hin zum Sturz von Regierungen im Iran und in Guatemala – zum Markenzeichen der CIA.

Somit hatte die CIA drei Aufgaben zugewiesen bekommen:

1. die Erstellung von täglichen Lageeinschätzungen für den Präsidenten; und von langfristigeren Zukunftsprognosen für den Nationalen Sicherheitsrat;
2. die Auslandsspionage; und
3. die verdeckten Operationen, welche von der Propaganda bis zum Wirtschaftsboykott und zu bewaffneten Operationen und

Waffenlieferungen reichten.

Diese breite Aufgabenstellung kam nur zustande, weil das amerikanische Militärbudget damals sehr knapp war und somit im Pentagon ein gewisses Interesse bestand, große Teile der Geheimdiensttätigkeit auszulagern. Es hatte sich nach Beginn des politisch-ideologischen Konfliktes mit der Sowjetunion rasch herausgestellt, daß mit klassischen Mitteln der Spionage wenig gegen Moskau auszurichten war. Die üblichen Methoden einer Rekrutierung von Informanten im gegnerischen Führungsapparat waren in der Sowjetunion kaum mit Erfolg anzuwenden. Das rasch wachsende Feld der verdeckten Operationen war hochgradig riskant und konnte leicht das damals sehr hohe Ansehen des Militärs beschädigen. Erst als 1950, mit Beginn des Koreakrieges, das US-Militärbudget verdreifacht wurde und in rascher Folge eine Ausrüstung aller Waffengattungen mit Kernwaffen erfolgte, hatte das Militär ein starkes Interesse an eigenen geheimdienstlichen Aktivitäten zur Beschaffung und Analyse von militärischen Informationen über die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten. Denn nun diente der Nachweis von Rüstungsprogrammen im sowjetischen Lager als Begründung für eigene amerikanische Rüstungsprogramme.

Aufgrund dieser dramatischen Wende nach 1950 gelang es der CIA nie, die Rolle eines zentralen Auslandsgeheimdienstes vollständig auszufüllen. Das nun rasch anwachsende Budget für die technische Militärspionage (SIGINT, IMINT, COMINT usw.) blieb unter der Kontrolle des Verteidigungsministeriums und stellte die CIA, zumindest hinsichtlich der verfügbaren Finanzen, weit in den Schatten. Nun wurde der Verteidigungsminister zum weitaus größten amerikanischen Geheimdienstchef. Noch heute verfügt er über 80 Prozent des Gesamtbudgets für die Geheimdienste, während sich der CIA-Direktor mit 16 Prozent begnügen muß. «Zentral» war und ist die CIA also nur hinsichtlich ihrer Zuordnung im US-Regierungsapparat, da sie der Regierungszentrale, dem Weißen Haus, unterstellt ist und nicht einem Ministerium. Gleichwohl wurde sie zu demjenigen der heute 17 amerikanischen Geheimdienste, der in der Öffentlichkeit und hinsichtlich seiner internationalen Aufmerksamkeit für «die» amerikanischen Geheimdienste steht. Dafür sind vor allem die im Rückblick umstrittenen verdeckten Operationen verantwortlich, unter denen es zahlreiche spektakuläre Fehlschläge gab, die durch Kongreßuntersuchungen und Presseveröffentlichungen publik wurden.

Die entscheidende Weichenstellung zum massiven Ausbau der technischen Spionageeinrichtungen erfolgte bereits 1949, als mit einem Schlag die nukleare Bedrohung durch die Sowjetunion zum wichtigsten Thema der Geheimdienste wurde. Bei den amerikanischen Militär- und Geheimdienstexperten herrschte zunächst die Vorstellung, die Sowjetunion sei für die Entwicklung von Atomwaffen viel zu rückständig. Im übrigen fehle es ihr an spaltbarem Material. Doch bereits Anfang 1946 gab es gegenteilige Hinweise. Informationen über ein Geheimabkommen zwischen der Sowjetunion und der damals noch nicht kommunistisch regierten Tschechoslowakei zum Abbau von Uran in St. Joachimsthal bei Karlsbad drangen durch. Zudem erhielt man Kenntnis von der Rekrutierung und Verschleppung deutscher Wissenschaftler und Ingenieure, die an Teilprojekten der sowjetischen Atomforschung arbeiteten.[70] Als die ersten Hinweise auf die sowjetische Atomspionage im *Manhattan Project* auftauchten, war klar: Die Sowjets wollen eigene Atomwaffen bauen. Unklar blieb nur, wie rasch sie ans Ziel kommen würden.

Dem britischen Geheimdienst gelang es sodann, zumindest einige der nuklearen Forschungsprojekte und Standorte zu ermitteln. Zudem erhielt er Informationen über die sowjetische Uranausbeute in Nordböhmen, welche die ursprünglichen britischen Schätzungen um das Fünf- bis Achtfache übertrafen. Das häufig gebrauchte Argument, die Sowjets hätten zuwenig Uran für einen raschen Erfolg beim Bau von Atombomben, war somit gegenstandslos. Deshalb schätzten Experten, daß die Sowjetunion vielleicht schon 1949, doch mit höherer Wahrscheinlichkeit 1952 ihren ersten Atomtest realisieren könnte. Der Geheimdienstausschuß des amerikanischen Vereinigten Generalstabes hielt Mitte 1953 für wahrscheinlicher.[71] Angesichts dieser Fehlprognose wird verständlich, warum der erste sowjetische Atomtest am 29. August 1949 das Vertrauen in die Prognosefähigkeit der Geheimdienste und Kernwaffenexperten, aber auch des Militärs so stark erschütterte.

Immerhin wurden die technischen Methoden zum Nachweis von Atomexplosionen weiterentwickelt, mit denen man bereits 1945 radioaktive Partikel in fünf- bis zehntausend Metern auffing. Dafür wurden spezielle Meßflugzeuge mit Filtern in den Lufteinlaßdüsen ausgestattet. Zusätzlich experimentierte man mit Ballonen, die ein Meßgerät für Schalldruckwellen in fünfzehntausend Meter Höhe befördern konnten, wo diese Wellen besonders stark reflektiert und damit praktisch

um den Erdball transportiert werden. Aus diesen und anderen Technologien entwickelte man ein amerikanisch-britisches Geheimdienstprojekt zur Entdeckung und Lokalisierung von Atomexplosionen. Als Referenz dienten die eigenen amerikanischen Tests von 1946 auf dem Bikini-Atoll. Getarnt wurden diese Flüge, die im Atlantik, im Pazifik sowie in Nordafrika durchgeführt wurden, durch den Wetterdienst der Luftstreitkräfte.

In den ersten Septembertagen des Jahres 1949 geschah es dann. Amerikanische Meßflugzeuge registrierten zwischen Japan und Alaska eine stark erhöhte Radioaktivität. Britische Flugzeuge kamen über Schottland mit ähnlichen Ergebnissen zu ihren Basen zurück. Einige Tage später bestätigte sich dieser Verdacht im Regenwasser. Die Schallmeßgeräte förderten allerdings nichts Brauchbares zutage. Besonders verdächtig war, daß neben Uranspuren auch Plutoniumspuren gefunden wurden, die eindeutig auf einen Atomtest verwiesen. Am 23. September 1949 informierte Truman die Öffentlichkeit, doch er sprach nur von einem Atomtest, der die Notwendigkeit eines internationalen Abkommens zum Verbot von Kernwaffen aufzeige. Im Kongreß und in der Presse stellte man zwei äußerst unbequeme Fragen: Warum hatten die Geheimdienste die sowjetische Atomentwicklung so falsch eingeschätzt? Wie schnell und mit welchen Folgen würden die Sowjets den Westen mit Atomwaffen bedrohen können? Für die amerikanischen und britischen Geheimdienste wurde erschreckend deutlich, wie wirksam sich die totalitäre Sowjetunion abzuschirmen vermochte, obgleich geschätzte 150.000 Menschen an der Atombombenentwicklung arbeiteten, wie CIA-Chef Hillenkoetter im Kongreß aussagte.[72] Immerhin gelang es, mit Hilfe eines 1950 übergelaufenen sowjetischen Geheimdienstoffiziers («Ikarus») sowie durch die Befragung von Flüchtlingen weitere Einzelheiten in Erfahrung zu bringen. Die Schätzung der am sowjetischen Atomprojekt Beteiligten wurde auf das Dreifache erhöht.

Nun konnte es keinen Zweifel mehr geben. Der nukleare Rüstungswettlauf hatte begonnen. Nachdem sich die Geheimdienste seit 1946 auf den kalten Krieg als ideologisch-territorialen Konflikt eingestellt hatten, mußten sie ab 1949 auf das Mega-Thema «sowjetische Atomrüstung» ausgerichtet werden. Die Folge war in den USA die Dominanz der immens teuren technischen Spionageeinrichtungen, zu denen ab 1959 die Satellitenüberwachung gehörte. Dieses neue Aufgabengebiet dürfte während des kalten Krieges etwa 80 Prozent des

gesamten amerikanischen Geheimdienstbudgets verschlungen haben. Nahezu alle damit verbundenen Kapazitäten fielen dem Pentagon zu. Der CIA war damit die Möglichkeit genommen, sich zu einem umfassenden zentralen Auslandsgeheimdienst zu entwickeln.

8 Verdeckte Operationen, Spionage, Analyse

Nachdem die Geheimdienste während des Zweiten Weltkrieges an Personalstärke sehr stark zunahmen und für die Kriegführung eine weitaus wichtigere Rolle spielten als in allen vorausgegangenen Kriegen, glaubten die Regierenden in ihnen ein vielseitig verwendbares, neues Herrschaftsinstrument gefunden zu haben, mit dem man alte und neue Probleme der internationalen Sicherheitspolitik sowie der künftigen Kriege viel besser oder gar in völlig geänderter Weise lösen könne. Diese Hoffnung sollte sich in vielen Teilbereichen bald als völlig überzogen herausstellen.

Gewiß gelang es, durch die Geheimdienstreformen nach 1945 ein weitgehend verbessertes, zumeist umfassenderes und stärker professionalisiertes Machtinstrument an die Hand zu bekommen. Gleichwohl waren die ersten Nachkriegsjahrzehnte voll von Fehlschlägen, für die allerdings die Verantwortung keineswegs allein oder hauptsächlich bei den Geheimdiensten selbst, sondern bei ihren politischen Operateuren, also den Staats- und Regierungschefs sowie ihren Ministern und Geheimdienstmanagern, lag. Diese Schlußfolgerung mag nicht in allen Fällen gelten, doch ist sie den in der zeitgenössischen Geheimdienstliteratur vertretenen Behauptungen vom «Versagen der Geheimdienste» oder ihren «Machenschaften» entgegenzuhalten. Keineswegs sollen damit die Geheimdienste aus ihrer Verantwortung entlassen oder pauschal für unschuldig erklärt werden. Es geht vielmehr darum, die Verantwortung der jeweiligen politischen Führung, aber auch der Parlamente und Gerichte – übrigens auch der Presse und der öffentlichen Meinung – stärker zu beleuchten, als es in der gängigen, weithin polemisch ausgerichteten Literatur geschieht.

Nachdem sich die amerikanischen und britischen Geheimdienste bei der Einschätzung des sowjetischen Atomprojektes erheblich verschätzt hatten, blühte ihnen ein weit größeres Desaster im Koreakrieg. Man muß sich allerdings die grundlegenden Unterschiede zwischen diesen beiden Fällen klarmachen. Auch im historischen Rückblick ist nicht erkennbar, was man

bei der Beobachtung des sowjetischen Atomprojektes hätte besser machen können. Die auf der amerikanischen und britischen Seite verwendeten technischen Analysemethoden sind noch heute durchaus beeindruckend. Sie legten das Fundament für die aktuelle Beobachtung von Verstößen gegen die atomare Nichtverbreitungspolitik. Zudem erwuchs aus der falschen Berechnung des Zeitpunktes eines ersten sowjetischen Atomversuches dem Westen kein unmittelbarer Schaden. Eine zeitlich genauere Vorhersage hätte wohl kaum zu einer wesentlich geänderten Politik der westlichen Großmächte geführt. Zu einem «chirurgischen Präventivschlag» gegen die Sowjetunion, wie er heute im Fall des Iran immer wieder diskutiert wird, gab es damals keinerlei Bereitschaft seitens der USA oder Großbritanniens.

Völlig anders liegen die Dinge bei den Fehleinschätzungen der amerikanischen Geheimdienste zu Beginn und während des Koreakrieges. Sie waren vermeidbar, und sie kosteten viele Menschenleben und viel außenpolitisches Prestige.

Die Serie der Geheimdienstpannen begann mit dem nordkoreanischen Angriff vom 25. Juni 1950 auf Südkorea, der den Westen kalt erwischte. Zwar hatte man die Aktivitäten des kommunistischen Regimes unter Beobachtung, doch hielt man es in der amerikanischen Führung, auch in der CIA, für völlig ausgeschlossen, daß ein solcher Angriff ohne eine sichtbare sowjetische Beteiligung und somit ohne eine offensichtliche sowjetische Absicht zu einem Großmächtekrieg erfolgen würde. Wie man heute weiß, war Stalin tatsächlich nicht bereit, einen großen Krieg vom Zaun zu brechen. Mehrmals verweigerte er den nordkoreanischen Kommunisten seine Zustimmung zu einem solchen Überfall. Indes lieferte er ihnen eine Menge von modernem Kriegsgerät, mit dem Nordkorea rasch ein erhebliches Militärpotential aufbaute. Seit Beginn des Jahres 1950 war es den schwachen südkoreanischen Streitkräften weit überlegen.

Ende Januar 1950 telegraphierte Stalin an Kim Il-sung eine optimistischere Botschaft. Falls Nordkorea mindestens jährlich 25.000 Tonnen Blei liefere, könne Moskau bei der Wiedervereinigung Koreas eventuell behilflich sein. Im März kam ein Abkommen über die Lieferung weiterer Mineralien, darunter auch Silber und Gold, zustande. Dabei war der Zeitpunkt für Stalins Initiative bedeutsam, denn wenige Tage zuvor, am 12. Januar 1950, hatte der stellvertretende amerikanische Außenminister Dean Acheson in einer Rede davon gesprochen, daß die politischen Spannungen in Korea ein Fall für die Vereinten Nationen

seien. Der Verteidigungsperimeter der USA reiche nur bis zu den Aleuten, Japan und den Philippinen. Korea berühre somit nicht die unmittelbaren amerikanischen Sicherheitsinteressen. Stalin könnte daraus geschlossen haben, daß die USA im Falle einer raschen Eroberung Südkoreas nicht eingreifen würden, zumal sie im Oktober 1949 die weltpolitisch viel wichtigere Proklamation der kommunistischen Volksrepublik China ohne Gegenmaßnahmen hingenommen hatten. Stalin dürfte zudem geglaubt haben, daß die Eroberung Südkoreas abgeschlossen werden könne, ehe die USA überhaupt die Chance bekämen, militärisch einzugreifen – eine Kalkulation, die nur insofern zutraf, als es der nordkoreanischen Armee in der Tat gelang, die südkoreanische Hauptstadt Seoul binnen dreier Tage einzunehmen.

Doch Präsident Truman entschied anders als erwartet. Er benutzte die Vereinten Nationen, um auf der Basis einer UNO-Resolution eine Kriegskoalition zu bilden und in Korea zu intervenieren. Bereits am 27. Juni erteilte er den Befehl, die im Pazifikraum stationierten US-Truppen und -Luftstreitkräfte zur Unterstützung Südkoreas einzusetzen und die 7. amerikanische Flotte bei Taiwan in Position zu bringen, um einen Krieg zwischen den beiden Chinas zu verhindern. Am 15. September landete General MacArthur, der UNO-Oberbefehlshaber, mit seinen Truppen bei Inchon (nahe Seoul). Binnen fünf Wochen gewann er den Süden zurück und drang weit nach Nordkorea vor. In dieser Situation stellte Präsident Truman, ehe er zu einem Treffen mit MacArthur zur Pazifikinsel Wake aufbrach, seinen Geheimdiensten die Frage nach dem Risiko einer Ausweitung des Krieges. Würden Rotchina oder die Sowjets eingreifen? Oder beide zusammen? General MacArthur glaubte es nicht, zumal Rotchina den günstigsten Zeitpunkt für ein Eingreifen bereits verpaßt habe. Die Analysten der CIA kamen zum gleichen Schluß, da nach ihrer Überzeugung die Sowjets über die Politik Pekings bestimmten und ein chinesisches Eingreifen nicht ohne eine akute Kriegsgefahr für die Sowjetunion selbst zulassen könnten. Peking könne zudem kein Interesse daran haben, in eine noch stärkere Abhängigkeit von Moskau zu geraten. [1]

Entgegen allen Vorhersagen griffen jedoch 300.000 chinesische «Freiwillige» ein, nachdem etwa 200.000 von ihnen den Grenzfluß Yalu bereits unbemerkt überquert hatten. Dieses Eingreifen geschah mit der Zustimmung Moskaus, aber ohne offizielle Kriegserklärung Pekings oder Moskaus. Auch die USA bezeichneten ihre Militäroperationen nicht als

Krieg, zumal der amerikanische Senat keiner Kriegserklärung zugestimmt hatte, wie es die Verfassung der USA vorsah. Die offizielle amerikanische Sprachregelung lautete *police action.* In der Presse sprach man zumeist von *conflict.* Es handelte sich somit um eine neue Art von Krieg, bei dem die mit geheimdienstlichen Mitteln nicht feststellbaren «eigentlichen» Absichten Stalins im Mittelpunkt standen. Am stärksten drückte sich die Vorsicht Präsident Trumans im Umgang mit der Sowjetunion aus, als er dem Militär verbot, die feindlichen Nachschubwege auf chinesischem Territorium zu bombardieren und somit den Krieg nach Rotchina zu tragen.

Noch einmal bestätigte sich, wie schwierig es war, mit den Mitteln der westlichen Spionage an die Entscheidungsträger im sowjetischen Lager heranzukommen. Somit blieb nur die Möglichkeit, aus militärischen Indizien – Truppenbewegungen, Volumen des Funkverkehrs, Kriegsgefangenen usw. – auf deren Absichten zu schließen. Doch die Gefahr, das Opfer von Täuschungsaktionen zu werden, war dabei sehr groß.

In der Tat geriet die amerikanische Militärspionage im Koreakrieg zum Fiasko. Durch den Verrat von William Weisband konnten die Amerikaner seit Ende 1949 den sowjetischen Militärfunk nicht mehr entschlüsseln. Somit waren sie auf Berichte ihrer Geheimdienstpartner in Südkorea und Taiwan angewiesen, die jedoch ebenso korrupt wie kommunistisch unterwandert waren. Der Versuch, im Schnellverfahren neue Agenten zu rekrutieren und hinter die feindlichen Linien zu entsenden, endete für Tausende von Koreanern und Chinesen tragisch. Sie wurden von den Kommunisten abgefangen und teilweise für Täuschungsaktionen benutzt. Kaum einer dieser Agenten kehrte zurück oder vermochte korrekte Informationen zu senden. OPC-Chef Wisner ließ auf der Pazifikinsel Saipan in den Nördlichen Marianen ein Trainingslager errichten, in dem Flüchtlinge und Kriegsgefangene auf ihre Spionagemissionen vorbereitet wurden. Nur wenige von ihnen sprachen Englisch, und kaum einer auf der amerikanischen Seite sprach Koreanisch oder Chinesisch. Damit war es unmöglich, selbst die einfachsten Sicherheitsüberprüfungen vorzunehmen. Auch keiner der 200 in Seoul stationierten CIA-Mitarbeiter war des Koreanischen mächtig.[2]

Neben reinen Spionagemissionen gab es Versuche, antikommunistische Widerstandsgruppen in China aufzuspüren und für den Guerillakampf zu präparieren. Diese Operationen fanden vor allem statt, nachdem im

Sommer 1951 der Bewegungskrieg zum Stillstand gekommen war. Über 1500 Koreaner wurden in den von den Kommunisten zurück-gewonnenen Nordteil der koreanischen Halbinsel entsandt. Spätere Recherchen ergaben, daß alle umkamen. Rückblickend, in verschiedenen internen Untersuchungen, mußte eine vernichtende Bilanz der amerikanischen Geheimdiensttätigkeit im Koreakrieg gezogen werden. Die meisten Spionagenachrichten waren vom Gegner gefälscht worden, nahezu alle verdeckten Operationen waren fehlgeschlagen – zumeist, weil sie von Anfang an feindlich unterwandert waren.[3] Das traf übrigens gleichermaßen für Operationen der CIA und der militärischen Geheimdienste zu. Etwas besser schnitt immerhin die SIGINT- und IMINT-Aufklärung ab. Ihr gelang beispielsweise der Nachweis, daß im chinesischen Grenzgebiet 200 sowjetische Bomber in Bereitschaft waren und daß sowjetische Piloten über Korea in den modernsten MIG-15-Maschinen Kampfeinsätze flogen, obgleich die Sowjetunion in der Öffentlichkeit jede militärische Beteiligung kategorisch abstritt.

Verdeckte Operationen in Europa

Obwohl die USA in Korea ihr größtes Desaster im Geheimdienstkrieg gegen das sowjetisch-chinesische Imperium erlebten, war es doch nicht das erste. Bereits in einer Reihe von Operationen im sowjetischen Einflußgebiet Osteuropas hatte es schwere Verluste gegeben. 1949 hatte das OPC einen Kontakt zu einer Geheimorganisation namens «Freiheit und Unabhängigkeit» in Polen hergestellt, die angeblich in der Lage sein sollte, die Sowjets zu vertreiben, wenn sie mit Waffen, Funkgeräten und anderem Material versorgt würde. OPC-Chef Wisner hoffte, in Albanien und in der Ukraine ähnliche Bewegungen beliefern zu können, um damit den sowjetischen Einfluß in Europa zurückzudrängen *(roll back)* und die Völker Osteuropas zu befreien. General Lemay, der Befehlshaber der strategischen Bomberflotte, dachte an die Eventualitäten eines Krieges gegen die Sowjetunion, in dem es notwendig sein könnte, westlich orientierte Partisanen für die Bergung abgestürzter amerikanischer Piloten bereitzustellen – eine Praxis, die sich wenige Jahre zuvor im Krieg gegen Deutschland bewährt hatte.[4]

Tatsächlich gab es in Polen, in der Ukraine sowie in Teilen des Baltikums derartige Guerillakräfte, die auf Jahre hinaus nach dem Ende

des Zweiten Weltkrieges gegen die Sowjetherrschaft kämpften. Doch den sowjetischen Geheimdiensten gelang es, diese Bewegungen zu unterwandem. Im übrigen hatten sie ihren Spion Philby, der als Verbindungsagent des britischen MI-6 zu den Amerikanern über die amerikanisch-britischen Operationen nach Moskau berichtete.

Die amerikanische Besatzungszone in Deutschland spielte für die Kontakte zu osteuropäischen Exilorganisationen eine besondere Rolle. In München wurde beispielsweise der Oberste Rat für die Befreiung der Ukraine zum Partner der CIA, die für Exil-Ukrainer eine paramilitärische Ausbildung organisierte und sie in einzelnen Kommandos durch waghalsige ungarische Piloten über ihrer Heimat mit dem Fallschirm absetzen ließ oder beispielsweise im September 1949 mit einem amerikanischen Militärtransporter des Nachts in die Nähe von Lemberg (Lwow) bringen ließ. Keiner dieser Ukrainer überlebte. Ein ähnliches Schicksal traf die britisch-amerikanischen Operationen in Albanien.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit war die Organisation Gehlen an den Operationen mit osteuropäischen Exilgruppen beteiligt. Die Einzelheiten sind jedoch bislang nicht offiziell bekanntgemacht worden. Das dürfte insbesondere für etwa 20.000 Exil-Balten zutreffen, von denen viele für nächtliche Landungen mit kleinen Schnellboten an der sowjetischen Ostseeküste trainiert wurden. Der britische MI-6 hatte bereits den Deutschen Minenräumdienst für geheimdienstliche Zwecke genutzt, insbesondere die in der Ostsee tätigen Einheiten. Daraus bildete man kleine Stoßtrupps mit Schnellboten, die unter der Tarnung einer britischen Marineeinheit, dem für den Schutz der Ostseefischerei zuständigen *Baltic Fishery Protection Service*, geheimdienstliche Aufträge erhielten. Zu den deutschen Seeleuten, denen man diese Aufträge übertrug, gehörte Hans-Helmut Klose, der ab 1956 dabei mitwirkte, für die entstehende Bundesmarine eine Aufklärungskapazität zu entwickeln. In den 1970er Jahren avencierte er zum Chef des Flottenkommandos.[5]

Als jedoch im September 1951 die ersten Exil-Letten an Land gebracht wurden, war der Guerillakrieg in ihrer Heimat bereits verloren. Nur in Litauen soll es noch bis 1952 mehrere tausend Kämpfer gegeben haben. Vereinzelte Kämpfe gab es im übrigen Baltikum bis 1956. Ihnen sollen einige zehntausend Soldaten der Roten Armee sowie kommunistische Funktionäre und Kollaborateure zum Opfer gefallen sein. Die Sowjetunion räumte ihrerseits hohe Verluste ein, jedoch weit unter den Zahlen der Exilgruppen.[6]

Einen Propagandasieg trug die sowjetische Seite davon, als sie im Dezember 1951 im polnischen Radio publik machte, wie man die westlichen Geheimdienste mit der polnischen Geheimorganisation «Freiheit und Unabhängigkeit» hereingelegt hatte. Wenige Jahre nach Kriegsende meldete sich beim antikommunistischen General Anders ein Pole, der anbot, einen Kontakt zum polnischen Untergrund herzustellen. Anders hatte zunächst auf der sowjetischen Seite, dann in den Armeen Eisenhowers gegen Deutschland gekämpft, wurde jedoch seiner polnischen Staatsangehörigkeit beraubt und lebte in London im Exil. Vermutlich war es seine Autorität, welche die britischen und amerikanischen Geheimdienste dazu brachte, die angeforderte Hilfe für polnische Guerillakämpfer zu gewähren, die aus erheblichen Mengen an Geld und Waffen sowie in der Entsendung von Agenten bestand. Wie sich bald herausstellte, war es der gleiche sowjetische Trick, mit dem der bolschewistische «Trest» bereits in den 1920er Jahren westliche Geheimdienstler hinters Licht geführt hatte.

Erfolg hatten in Europa eigentlich nur die amerikanischen oder britisch-amerikanischen Geheimdienstaktivitäten in Westeuropa. Hier sind die italienischen Parlamentswahlen von 1948 zu nennen, bei denen die CIA mit Propagandamaterial und Finanzhilfen für nicht-kommunistische Parteien und Medien intervenierte. Sodann die geheime Unterstützung für freie Gewerkschaften in Westeuropa, welche durch zwei ehemalige amerikanische Kommunisten, Jay Lovestone und Irving Brown, organisiert wurde. Damit sollten europäische Gewerkschaften und übrigens auch lateinamerikanische gegen kommunistische Unterwanderung abgesichert werden. Erst 1974 wurde die enge Kooperation des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes mit der CIA bekannt.[7]

Trotz aller Kritik aus dem linken politischen Spektrum wird man auch den 1950 im Berliner Titania-Palast gegründeten Kongreß für Kulturelle Freiheit als Erfolg bezeichnen müssen. Er diente dazu, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, die ja auch eine intellektuelle war, wieder eine Kommunikation der europäischen Intellektuellen untereinander und mit ihren amerikanischen Zeitgenossen herzustellen. Viele der Teilnehmer waren ehemalige Kommunisten und aktive Sozialisten oder Sozialdemokraten. Viele waren vor Hitler oder Stalin oder vor beiden geflohen.

Am Gründungskongreß in Berlin nahmen Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler wie Raymond Aron, Franz Borkenau, Benedetto Croce, Karl

Jaspers, Ignazio Silone, James Burnham, Hugh Trevor-Roper, Arthur Schlesinger jr., Bertrand Russell, Ernst Reuter, Arthur Koestler, Richard Löwenthal, Melvin J. Lasky und Tennessee Williams teil. Aus dieser Initiative entstanden weitere Treffen sowie Intellektuellenzeitschriften wie *Encounter* (Großbritannien), *Preuves* (Frankreich) und *Der Monat* (Westdeutschland). Ob es wirklich nötig war, mit CIA-Mitteln derart in die europäische Intellektuellenszene einzugreifen, mag dahingestellt bleiben. Zu bedenken ist immerhin, daß in den 1930er und 1940er Jahren ein hoher Prozentsatz der europäischen Intellektuellen für den Sowjetkommunismus, den Faschismus und den Nationalsozialismus auf das heftigste Partei ergriffen hatte, ganz als hätte eine kollektive (aber freiwillige) Gehirnwäsche stattgefunden. Vor diesem Hintergrund erschien es plausibel, denjenigen Persönlichkeiten eine gewisse Schützenhilfe zu geben, die diesem Wahn nicht erlegen waren oder die sich – im Unterschied zu den meisten totalitär gewordenen Intellektuellen – offen zu ihren eigenen Irrwegen bekannten und die alles daransetzen wollten, um der nachwachsenden Generation ähnliche Irrwege zu ersparen. Wenn man die Umleitung der US-Steuergelder über die CIA kritisiert, ist auch zu bedenken, daß es damals eine direkte Kulturförderung durch die amerikanische Bundesregierung kaum gab. Im übrigen wäre es gewiß schwer, vermutlich sogar unmöglich gewesen, entsprechende Gelder im Kongreß zu erhalten und dabei eine öffentliche Debatte über einen Marshallplan für europäische Intellektuelle zu führen, zumal so viele von ihnen der politischen Linken angehörten.[8]

Am bemerkenswertesten, wenn auch nicht in ein simples Erfolg-Mißerfolg-Schema passend, war schließlich die Gründung von zwei Radiostationen, Radio Free Europe und Radio Liberty, in München – in der amerikanischen Besatzungszone. Als Träger firmierte das *National Committee for a Free Europe* in New York. Die ersten Kurzwellenprogramme wurden im Juli 1950 in die Tschechoslowakei gesendet. Weitere Programme, ebenfalls in den jeweiligen Landessprachen, folgten für die übrigen Staaten Osteuropas. 1953 kam Radio Liberation hinzu, das 1964 in Radio Liberty umbenannt wurde und in russisch, später auch in anderen Landessprachen der Sowjetunion sendete.

Das Modell war der RIAS Berlin *(Radio in the American Sector)*, der bereits 1946 den Sendebetrieb aufgenommen hatte. Während jedoch der RIAS ganz offen ein aus Steuergeldern der USA finanzierter Sender war,

allerdings weitgehend von deutschen Journalisten betrieben, wurden die beiden anderen Stationen bis 1971 aus dem CIA-Budget finanziert. Erst in diesem Jahr stellte der amerikanische Kongreß ein eigenes öffentliches Budget zur Verfügung. Der Sendebetrieb wurden vom *Board for International Broadcasting* beaufsichtigt, also nicht mehr von der US-Regierung selbst.[9] Bis dahin allerdings hatten die CIA und das Außenministerium immer wieder Einfluß genommen, insbesondere während der 1950er Jahre. Die Rolle von *Radio Free Europe* während des Ungarnaufstandes von 1956 war besonders kontrovers, da den Ungarn der Eindruck vermittelt wurde, sie würden Waffen und andere Hilfe aus Amerika erhalten, während Washington den Sowjets mitgeteilt hatte, daß es sich nicht einmischen würde, insbesondere nicht militärisch. Die Politik der «Befreiung der gefangenen Völker» Osteuropas entpuppte sich in diesem Sinn als leere Propaganda, die hauptsächlich dazu diente, die amerikanische Öffentlichkeit, darunter vor allem die osteuropäischen Einwanderer, mit patriotischen Sprüchen aufzumuntern.[10]

Aus amerikanischer Sicht war der gezielte politische Einsatz des Massenmediums Rundfunk, der in den europäischen Diktaturen Mussolinis, Hitlers und Stalins eine große Rolle gespielt hatte, reichlich ungewöhnlich, denn in den USA selbst gab es keinen Regierungsfunk, sondern nur private Radiosender. Großbritannien hatte allerdings mit seiner halbstaatlichen *BBC* vorgemacht, wie eine liberale Demokratie sich auf andere Weise des Rundfunks bedienen konnte. Dieses britische Modell wurde übrigens bei der politischen Umgestaltung für das besiegte Deutschland zum Vorbild genommen und in die Form des «öffentlichrechtlichen» Rundfunks (und später Fernsehens) gegossen. Nun sollte der Rundfunk als Instrument der inneren Beeinflussung gegen das Sowjetimperium gerichtet werden. Ob damit das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung verletzt wurde, war und blieb strittig. Immerhin konnten die kommunistischen Staaten sich nicht ernsthaft darauf berufen, denn sie selbst hielten sich nirgendwo an die ebenfalls in der UN-Charta vorgeschriebenen Menschenrechte. Im übrigen beteiligte sich der Ostblock sehr intensiv an diesem «Krieg im Äther». Radio Moskau hatte bereits 1939 begonnen, in französisch, englisch, arabisch und italienisch zu senden. Radio Peking sendete seit 1947 englischsprachige Programme. Die DDR wurde 1959 aktiv. Viele andere kamen hinzu.[11]

In einem engeren Verständnis von geheimdienstlicher Tätigkeit hatten öffentliche Radioprogramme keinen Platz. Doch boten *Radio Free Europe*

und *Radio Liberation/Liberty* die für die CIA interessante Möglichkeit zur Beschäftigung von Emigranten, die zugleich ihre persönlichen und beruflichen Kontakte im Ostblock zur Verfügung stellten. Damit wurden Verbindungen zu Dissidentenkreisen hergestellt, die wiederum für die Informationsgewinnung nutzbar waren. Wie sonst konnte man herausfinden, was in den Gesellschaften des Ostblocks wirklich vorging? Dissidenten und Flüchtlinge waren für viele Bereiche die beste Informationsquelle. Da jedoch Dissidenten von den kommunistischen Geheimdiensten akribisch überwacht wurden, war die Kontaktaufnahme für westliche Geheimdienstagenten eine gefährliche Sache. Allerdings war sie auch lohnend, denn mit den authentischen Informationen dieser Leute konnten die Auslandssender ihre Zuhörer in den Worten ihrer eigenen Landsleute über die inneren Zustände in ihren Staaten informieren und so die Autorität der Staatspropaganda untergraben. Verbotene literarische Werke wie die Romane der russischen Nobelpreisträger Boris Pasternak und Alexander Solschenizyn wurden von *Radio Liberation/Liberty* zu Gehör gebracht, ehe sie Jahrzehnte später in Rußland legal verbreitet werden durften. Insofern wurde dort neben einem wichtigen Kapitel der Geheimdienstgeschichte auch eines der europäischen Geistesgeschichte geschrieben.

Geheimdienstkriege in der Dritten Welt

Mit der Auflösung der britischen Imperialherrschaft in Indien 1947 und der Unabhängigkeit der Philippinen im Jahr zuvor begann ein fundamentaler Umbau der Weltpolitik, den man üblicherweise als Entkolonialisierung bezeichnet und mit der Entstehung der Dritten Welt verbindet. Der Begriff der Entkolonialisierung ist insofern falsch, als zahlreiche davon betroffene Völker und Territorien nicht in einem *kolonialen* Abhängigkeitsverhältnis standen, sondern wie im Falle Britisch-Indiens oder Ägyptens, Tunesiens und Marokkos Protektorate waren oder sich selbst regierende Fürstentümer, die in einer gewissen, jeweils unterschiedlich definierten Abhängigkeit zur Imperialmacht standen. Algerien hatte zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges sogar den Status von französischen *Départements* (zunächst drei, später 17). Das heißt, die Abhängigkeiten von den europäischen Kolonialmächten und den USA waren viel komplexer, als der vergleichsweise enge Begriff der Kolonie es

suggeriert.

Seit der Oktoberrevolution war jedoch klar, daß der sehr viel ältere Kampf um die nationale Unabhängigkeit dieser Stämme und Völker eine zunehmende Bedeutung für den heraufziehenden ideologischen und machtpolitischen Konflikt zwischen der Sowjetunion – später der Gesamtheit der kommunistischen Staaten – und dem Westen haben würde. Diese Bedrohung für die westlichen Imperien wurde nach 1945 größer, weil insbesondere in Asien die japanische Propaganda der 1930er Jahre für «Asien den Asiaten» auf fruchtbaren Boden gefallen war und weil die Sowjetunion nach 1945 weitaus mächtiger war als je zuvor.

Allerdings gab es auch große Hindernisse für eine gegen den «Imperialismus» gerichtete Politik Moskaus. Zum einen war die Sowjetunion selbst ein multinationales Imperium, das nicht-russische Ethnien benachteiligte, unterdrückte und ausbeutete. Hieran hatte sich beim Wechsel von der Zarenherrschaft zur Herrschaft der kommunistischen Partei, entgegen ursprünglicher Zusagen, wenig geändert. Zum anderen widersprach die atheistische Sowjetideologie zutiefst den nach religiösen Vorstellungen geordneten vormodernen Gesellschaften der muslimischen Welt, aber auch Afrikas und Lateinamerikas. Es verwundert somit nicht, daß die Sowjets im Nahen Osten zunächst auf das stark säkular ausgerichtete Israel setzten und dessen arabische Gegner ignorierten. Erst später bildeten sich Allianzen mit einigen muslimischen Staaten, allerdings nur mit den modernistisch-säkularen unter ihnen wie Ägypten und Syrien.

Trotz allerlei verbaler Aufrufe zur Überwindung des Imperialismus durch den Sozialismus entschloß sich die Sowjetunion erstaunlich spät, ihre Machtmittel – darunter auch ihre Geheimdienste – in den Dienst der «Dritten Welt» zu stellen. Das erste strategische Konzept dazu dürfte ein 1961 entstandener Plan im KGB sein, der vom vergleichsweise jungen KGB-Chef Alexander Schelepin – er war 43 Jahre alt – enthusiastisch gegen die alte Kremlführung vertreten wurde.[12] Immerhin griff Chruschtschow diesen Gedanken auf. Er sah in den jungen Revolutionären der Dritten Welt, insbesondere in Fidel Castro, den gleichen kommunistischen Elan, der ihn selbst in seiner Jugend angetrieben hatte.

Nachdem Chruschtschow 1964 gestürzt worden war, griff Breschnew den Gedanken auf, daß die kapitalistischen Staaten des Westens in den Kämpfen um die Dritte Welt endgültig besiegt werden könnten. Im KGB wuchs eine Generation von jungen Dritte-Welt-Spezialisten heran, deren

Rückhalt in der Internationalen Abteilung des KPdSU-Zentralkomitees für den Vormarsch dieses neuen Konzeptes der sowjetischen Außenpolitik sorgte. Auch der Chefideologe Mikhail Suslov erklärte, daß die Schwächung des kapitalistischen Systems durch die «antiimperialistischen Kräfte» «historisch unvermeidlich» sei.

Interessanterweise stemmte sich der offizielle Chef der sowjetischen Außenpolitik, Außenminister Gromyko, unverdrossen gegen diese optimistische Sichtweise. Selbst das Politbüro konnte ihn nicht dazu überreden, in den Nahen Osten, nach Afrika oder nach Lateinamerika zu reisen.[13] Und auch KGB-Chef Juri Andropow scheint nicht durchgängig daran geglaubt zu haben, daß der Westen auf den ideologischen und militärischen Schlachtfeldern der Dritten Welt zu besiegen sei. Mitte April 1975, nur zwei Wochen vor dem Abzug der letzten Amerikaner aus Saigon, erklärte er auf einem internen, streng geheimen Arbeitstreffen, man möge sich an den Koreakrieg erinnern. Auch damals hätten die kommunistischen Truppen praktisch das ganze Land beherrscht, und dann hätten sie nach einer amerikanischen Landeoperation eine schreckliche Niederlage erlitten. Das gleiche könne jetzt in Vietnam geschehen, wo die Armeen des Nordens praktisch alle im Süden stünden und der Weg nach Hanoi «offen» sei für einen amerikanischen Überraschungsangriff im Norden.[14] Eine Niederlage der USA in Vietnam konnte sich Andropow schlichtweg nicht vorstellen.

Insgesamt läßt sich die sowjetische Geheimdienstpolitik in der Dritten Welt als opportunistisch und bis in die 1970er Jahre hinein als eher zögerlich charakterisieren. Gewiß bot Moskau einer Vielzahl von nationalen oder lokalen kommunistischen Befreiungsbewegungen seine Unterstützung an, doch ließ es dabei zumeist große Vorsicht walten, um die westlichen Großmächte nicht zu einer offenen Konfrontation zu provozieren. Zudem hatte man lernen müssen, daß sich diese Bewegungen im Erfolgsfall nur schwer durch Moskau kontrollieren ließen. Das zeigte sich in China ebenso wie in Vietnam.

Gleichwohl ging man in den westlichen Geheimdiensten und Regierungen eher von der entgegengesetzten Annahme aus, daß nämlich Moskau jede nur mögliche Gelegenheit suche, um durch die Unterstützung kommunistischer Parteien, Organisationen und Befreiungsbewegungen den sowjetischen Einfluß in der Welt zu vergrößern. Mit dieser Überzeugung begannen MI-6 und CIA im Jahr 1952, den Sturz der iranischen Regierung zu planen. Deren Ministerpräsident Mohammad

Mossadegh hatte 1951 die Anglo-Iranian Oil Company, die Vorgängerin der späteren BP, verstaatlicht. Obgleich er selbst nicht als Kommunist bezeichnet werden konnte, sah die britische Regierung, aber auch die amerikanische eine erhöhte Gefahr sowjetischer Expansion. Dieser Gedanke entbehrte nicht einer gewissen Grundlage, denn während des Zweiten Weltkrieges hatte die Sowjetunion die nördliche, Großbritannien die südliche Hälfte des Iran besetzt, um einer möglichen deutschen Subversion zuvorzukommen. Moskau nutzte diese Gelegenheit, um über 40 Residenturen und Unterresidenturen seines Geheimdienstes einzurichten. Allein in Teheran wurden 115 Führungsoffiziere für Agenten stationiert. Es war bis dahin die größte Auslandspräsenz der sowjetischen Geheimdienste.[15]Den Westmächten war es 1946 gelungen, die Sowjets zum Rückzug zu bewegen, doch blieb ein starker Einfluß auf die kommunistische Tudeh-Partei sowie auf die Stämme im nördlichen Grenzgebiet erhalten, deren familiäre Verbindungen über die Grenze hinweg reichten. 1949 gab es ein Attentat auf den Schah, das Tudeh-Sympathisanten des iranischen Offizierskorps ausführten.

Als Mossadegh während des Ölstreits, im Oktober 1952, die britische Botschaft in Teheran schließen ließ und damit auch das dort untergebrachte MI-6-Personal auswies, kam bei den Briten der Plan auf, die amerikanische CIA um Hilfe zu bitten. In Washington gab es jedoch wenig Neigung, die britische Dominanz der Ölförderung im Mittleren Osten zu unterstützen. Präsident Truman hatte sogar im Juni 1951 eine Direktive des Nationalen Sicherheitsrates unterzeichnet, in der gefordert wurde, die Kontrolle der souveränen Staaten über ihre Bodenschätze zu respektieren. Doch der im Januar 1953 frisch ins Amt gekommene Präsident Eisenhower sah den iranisch-britischen Streit überwiegend im Licht des Ost-West-Konfliktes. Zudem hielt er verdeckte Operationen für ein unverzichtbares Instrument, um den sowjetischen Einfluß überall auf der Welt zu bekämpfen.

Im Juni 1953 präsentierte Kermit Roosevelt, ein Abkömmling und Verwandter der beiden Roosevelt-Präsidenten, der in der Mittelost-Abteilung der CIA tätig war, dem amerikanischen Außenminister Dulles einen 22seitigen Plan für einen Putsch im Iran. Was als amerikanische Eigenproduktion ausgegeben wurde, stammte in Wirklichkeit vom MI-6. Durch die Bestechung hoher Offiziere sowie durch gekaufte Unruhen der iranischen Bevölkerung auf den Straßen von Teheran sollte der Eindruck eines iranischen Putsches erweckt werden. Ein ebenfalls

gekaufter iranischer General sollte zum neuen Ministerpräsidenten gemacht, Mossadegh verhaftet oder liquidiert werden.

Doch Mossadegh erhielt von der Sache Wind und brachte seinerseits im August 1953 einen Mob auf die Straße. Der Schah floh nach Europa. Die geheimdienstlich inszenierte Operation schien zu scheitern. Die in Teheran befindlichen CIA-Agenten wurden aus Washington angewiesen, das Abenteuer abzubrechen. Aber die Briten, über deren MI-6-Station in Zypern die Nachrichtenverbindungen liefen, wußten die Übermittlung dieser Direktive zu verhindern. Schließlich gelang es den CIA-Agenten, die Teheraner Rundfunkstation in Beschlag zu nehmen und eine Meldung zu verkünden, wonach Mossadegh abgesetzt und der Schah nach Teheran zurückgekehrt sei. Beides war gelogen, doch es beruhigte die Öffentlichkeit, und so konnte der Schah tatsächlich eine Woche später aus Italien zurückgeholt werden, nachdem schahfreundliche Militärverbände in die Straßenkämpfe eingegriffen hatten. Mossadegh, der noch rechtzeitig geflohen war, mußte sich am 21. August ergeben. Er wurde durch ein Militärgericht verurteilt, jedoch nach drei Jahren Haft in seinem Heimatdorf unter Hausarrest gestellt, wo er 1967 starb. Die neue Regierung fand sich mit London zu einer einvernehmlichen Aufteilung der Öleinnahmen bereit.[16]

Heute, im Angesicht der Regime-Change-Doktrin unter der Präsidentschaft des jüngeren George Bush, erscheint diese Operation als der Anfang der Entfremdung zwischen dem Iran und den westlichen Demokratien, insbesondere den USA und Großbritannien, welche ein Vierteljahrhundert später, 1978/79, in die iranischen Revolution des Ajatollah Khomeini mündete. Das passierte gewiß nicht zwangsläufig, doch eine Verbindung dieser beiden Ereignisse ist kaum zu leugnen.

Auf Geheiß des britischen Außenministers Eden erstellte MI-6 eine Liste anderer, vor allem mittelöstlicher Regierungen – in Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten –, die auf ähnliche Weise gestürzt werden könnten, da sie den westlichen Interessen im Weg stünden. MI-6-Chef John Sinclair wurde nach Washington eingeladen, wo ein Rahmenabkommen über künftige Operationen dieser Art abgeschlossen wurde, wobei den USA besonders daran lag, die Expertise der Briten im Fernen Osten, einschließlich ihrer dortigen Residenturen, für den Kampf gegen den Kommunismus in Asien zu gewinnen. Nach dem Koreakrieg kamen Französisch-Indochina, Thailand und Indonesien ins Blickfeld, wo man um jeden Preis einen kommunistischen «Domino-Effekt» verhindern wollte.

Dazu wurde im März 1954 innerhalb der CIA das *Directorate of Operations* gebildet. Mit der Direktive NSC-5412 wurde der Auftrag präzisiert. Man forderte «eine aggressive [gemeint ist sehr aktive] verdeckte Organisation für psychologische, politische und paramilitärische [Operationen], die … wenn nötig, rücksichtsloser sein muß als die vom Feind eingesetzte.» Im Konflikt mit dem Kommunismus gebe es «keine Regeln … Bisher gültige Regeln des menschlichen Verhaltens seien nicht anwendbar.»[17] Eine Ausführungsbestimmung der genannten NSC-Direktive, die zugleich einen Lenkungsausschuß für derartige Operationen einsetzte *(5412 Group)*, erklärte als Ziel die Behinderung und Schädigung des internationalen Kommunismus in allen denkbaren Bereichen. Dabei solle «die Fähigkeit und der Wille [aller mit den USA und den Völkern der freien Welt kooperierenden] … Nationen gestärkt werden, damit sie dem internationalen Kommunismus widerstehen können.»[18]

Im US-Militär wurden die Einheiten für besondere Kriegführung *(Special Warfare)* ausgebaut. Präsident Kennedy, der sich besonders für die geheime Kriegführung und den Einsatz von Spezialtruppen an internationalen Brennpunkten begeisterte, verdoppelte die Zahl dieser Einheiten. Sie hatten am Ende seiner Amtszeit über 11.000 Mann.[19] Dabei erlebte Kennedy bereits zu Beginn seiner Amtszeit, wie rasch derartige Operationen schiefgehen konnten, insbesondere wenn die USA nicht wirklich bereit waren, einen tatsächlichen Kriegseinsatz in Erwägung zu ziehen. Nachdem bereits unter Präsident Eisenhower die Vorbereitung für ein geheimes Landeunternehmen auf der kommunistisch gewordenen Insel Kuba geplant wurde, gab Kennedy grünes Licht. Dabei waren die Pläne immer wieder abgeändert worden, den nur unzureichend militärisch ausgebildeten Exil-Kubanern wurde nahezu alle direkte Unterstützung durch das amerikanische Militär entzogen, insbesondere die Unterstützung durch Flugzeuge. Kennedy, der sich selbst für einen militärischen Experten hielt, verlegte den Angriffszeitpunkt auf die Nachtstunden, obwohl eine derartige Operation nie geübt worden war. Damit wollte er die Möglichkeit vergrößern, im Falle eines Fehlschlages die Beteiligung seiner Regierung «plausibel» abstreiten zu können. Als schließlich auch noch die von Flugzeugen abgeworfenen Nachschubbündel irgendwo im Sumpf niedergingen und einige der Boote ihre Motoren nicht starten konnten, war das Desaster unausweichlich, denn Fidel Castros Truppen wußten hinreichend genau über das Unternehmen Bescheid.

Kennedy versuchte diesen Fehlschlag seinem Amtsvorgänger

zuzuschieben. Sein Glaube an geheime Operationen war keineswegs erschüttert, zumal wenn US-Soldaten und Agenten selbst kämpften, wie in Indochina. Dort nahmen die Amerikaner das französische Scheitern von 1954 zum Anlaß zu eigenständigen Geheimoperationen, mit denen Südvietnam und Laos gegen den Kommunismus verteidigt werden sollten. Als Kennedy ins Amt kam, lag die Zahl der amerikanischen Berater bei etwa 700. Binnen vier Jahren stieg sie auf 22.000. Zugleich verschlechterte sich die Situation laufend. Immer wieder wurden neue Programme und Projekte erfunden, um die Infiltration von Kämpfern aus dem Norden und die Bildung von Guerillaeinheiten im Süden zu stoppen. Dazu gehörte seit 1961 das Wehrdörfer-Programm *(Strategic Hamlet Program)*.

Eigentlich sollten vor allem die verbündeten Vietnamesen selbst die meisten Operationen ausführen, unter amerikanischer Anleitung. Seit 1958 gab es südvietnamesische Kommandoeinheiten, die gegen den Norden operierten. Über 200 davon gingen verloren, in der Hauptsache, weil das Projekt von Anfang an kommunistisch unterwandert war. Auch das Ende des eigenwilligen südvietnamesischen Präsidenten Diem im November 1963, dessen Sturz Kennedy unterstützte, aber nicht direkt anordnete, brachte keine Verbesserung. So schlitterten die USA im Sommer 1964 in einen offenen Krieg, nachdem eine Geheimdienstoperation in nordvietnamesischen Gewässern fehlgeschlagen war, die man als Golf-von-Tonkin-Zwischenfall bezeichnete. Der amerikanische Kongreß verabschiedete eine Resolution, die Präsident Johnson den Einsatz der *Air Force* erlaubte, wobei er zugleich öffentlich versprach, «keine amerikanischen Jungs» in diesem Kampf einzusetzen. Daraus wurde bekanntlich ein riesiger amerikanischer Krieg zu Lande, zu Wasser und in der Luft, wobei zu beachten ist, daß die Geheimdienstoperationen zusätzlich, ja sogar in stark erweiterter Form weitergeführt wurden.

Gleichwohl lag die entscheidende Lektion dieses Wechsels darin, daß der konventionelle Krieg dort einsetzte – aus der damaligen Sicht der USA einsetzen mußte –, wo der Geheimdienstkrieg gescheitert war. Gewiß – dieses Muster war in Kuba nicht anwendbar, da Chruschtschows waghalsige Stationierung von Atomraketen auf Kuba den Konflikt mit den USA auf die Ebene eines Weltkrieges hob, wodurch er für die USA nicht als Krieg führbar wurde. Aber das Muster wiederholte sich an anderer Stelle, zuletzt im Irakkrieg seit 2003, der hauptsächlich deshalb durch die USA angezettelt wurde, weil die vorangegangenen Versuche eines

Regimewechsels durch Geheimdienstoperationen gescheitert waren. Saddam Hussein war es gelungen, sowohl die geplanten Attentate auf seine Person abzuwehren als auch die Umsturzversuche durch diverse Gruppierungen, welche mit massiver amerikanischer Unterstützung agierten.

Auch der sowjetische Einmarsch in Afghanistan vom Dezember 1979 entsprach diesem Muster. Die Intervention mit regulären Truppen erfolgte auch hier zu einem Zeitpunkt, als die geheimdienstlichen Bemühungen zum Regimewechsel fehlgeschlagen waren und – aus der damaligen Sicht Moskaus – keine Alternative zum direkten Einsatz des eigenen Militärs bestand.

Allerdings diente der sowjetische Einmarsch einem Regimewechsel der besonderen Art, denn Afghanistan war seit einem kommunistischen Militärputsch vom April 1978 bereits eine «Volksrepublik» gewesen. Dazu hatte die Sowjetunion durch eine jahrelange geduldige Geheimdienstarbeit beigetragen. Im Dezember 1978 schloß sie mit dieser Volksrepublik einen Vertrag über Freundschaft und Kooperation, der dem im Ostblock üblichen Muster folgte. Allerdings war man in Moskau mit der brutalen Vorgehensweise gegen muslimische Geistliche, traditionelle Clan-Führer und fromme Muslime nicht einverstanden, da sie einen massiven gewalttätigen Widerstand hervorrief, dem die afghanischen Sicherheitskräfte nicht gewachsen waren. Im März 1979 wurden sowjetische Berater und ihre Familien zu Opfern von Straßenkämpfen. Ihre Leichen wurden öffentlich zur Schau gestellt. Die Regierung Taraki geriet in Panik und bat um ein militärisches Eingreifen, was das Moskauer Politbüro jedoch verweigerte. Im Juli 1979 wurde ein Kommando von Fallschirmjägern zum Schutz der sowjetischen Luftwaffenbasis in Bagram, 65 km nördlich von Kabul, entsandt. Das KGB verstärkte die Wachen für die sowjetische Botschaft. Das übrige wollte man den afghanischen Genossen überlassen, die durch sowjetische Berater, vor allem Geheimdienstleute, angeleitet wurden.

Als jedoch im Oktober 1979 Taraki von seinem ebenfalls kommunistischen Rivalen Amin ermordet und an der politischen Spitze ersetzt wurde, reifte in Moskau die Entscheidung zum militärischen Eingreifen. Man hielt Amin für einen amerikanischen Spion, der mit den gegnerischen, traditionell-muslimischen Mudschahedin («Kämpfer für Allah») verhandeln wollte und eventuell die sowjetischen Berater, Geheimdienstleute und Soldaten ausweisen würde, wie es der Ägypter

Sadat im Jahr 1972 gemacht hatte.

Auch hier versuchte man zunächst, Amin durch eine geheimdienstliche Giftattacke zu beseitigen, deren wiederholter Fehlschlag zum Angriff sowjetischer Alpha- und Zenith-Spezialkräfte *(Spetznaz)* am 27. Dezember 1979 führte. Diese Truppe von 700 Mann verkleidete sich in afghanische Uniformen, ehe sie den Präsidentenpalast angriff. Sie tötete Amin, seine Familie und engen Vertrauten, verlor jedoch selbst über 100 Soldaten, einschließlich ihres Kommandanten. Diese Tatsache wurde nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern sogar gegenüber der sowjetischen Führung verschleiert. Man sprach von «Kräften, die gegen Amin gerichtet» waren, und von «einer Welle von patriotischen Gefühlen», mit denen die sowjetischen Truppen begrüßt wurden, welche «in enger Übereinstimmung mit dem sowjetisch-afghanischen Vertrag von 1978» eingesetzt würden.[20]

Tatsächlich begannen bereits nach wenigen Tagen in Kandahar heftige Proteste gegen die Sowjetarmee. Auch den durchschnittlich 100.000 präsenten Sowjetsoldaten gelang es nicht, den antikommunistischen Widerstand unter Kontrolle zu bringen. Nach Massendemonstrationen in Kabul wurde das Kriegsrecht verkündet. Hunderte von Oppositionellen wurden festgenommen, viele davon ermordet. Doch der Großteil des Landes geriet unter die Kontrolle der islamischen Rebellen.

Es zeigte sich, daß die sowjetischen Truppen keinerlei Erfahrung im Guerillakrieg hatten. Zudem waren sie schlecht ausgerüstet. Überall fehlte warme Winterausrüstung. Die medizinische Versorgung war erbärmlich. 40 Prozent der in Afghanistan eingesetzten Soldaten infizierten sich mit Hepatitis. Im April 1980 mußte die Afghanistan-Kommission des Moskauer Politbüros eingestehen, daß das afghanische Regime «ideologisch und organisatorisch» schwach sei. Große Teile des Landes könnten nicht verwaltet werden. Armee und Volksmiliz seien unzureichend im Kampf gegen die Aufständischen. Babrak Karmal, der moskautreue Spitzenmann, werde zum Alkoholiker und halte sich für größer als Fidel Castro.[21]

Da die Repression mittels regulärer Streitkräfte kaum Wirkung zeigte, konzentrierte man sich auf die im Januar 1980 neu organisierte afghanische Geheimpolizei KhAD unter der Führung von Muhammad Najibullah. Ihr gelang es, die oppositionellen Mudschahedin zu unterwandern und in Konflikte miteinander zu verwickeln. Bis 1982 sollen über 20.000 von ihnen getötet worden sein. Die Kampfmethoden der Roten Armee wurden der Situation des afghanischen Bürgerkrieges

angepaßt – Napalm, Giftgas, Landminen, Kinderspielzeug mit Sprengstoff usw. Allerdings reichten die sowjetischen Streitkräfte niemals aus, um die zerfallenden afghanischen Regierungstruppen adäquat zu ersetzen. Wie der sowjetische Oberkommandierende Marschall Akhromeyew zugeben mußte, hatten die sowjetischen Soldaten alle Teile Afghanistans erobert, teilweise mehrmals, jedoch immer wieder an die Mudschahedin verloren. Im März 1983 mußte die Afghanistan-Kommission des Politbüros einräumen, daß die kommunistische Regierung unfähig sei, das Land zu verwalten und zu regieren.

Hier ist zu bedenken, daß die USA erst seit 1984 ihre massive Waffenhilfe leisteten. Bis dahin waren sie von der pakistanischen Regierung unter Zia-Ul-Haq daran gehindert worden, da dieser einen Konflikt mit Moskau vermeiden wollte. Im April 1979 favorisierte die Carter-Administration zunächst ein nicht-militärisches Hilfsprogramm für die muslimische Widerstandsbewegung. Man wollte die für Juni geplante Unterzeichnung des amerikanisch-sowjetischen SALT-II-Abkommens nicht stören. Zudem war für die USA eine Instrumentalisierung der radikalen Islamisten politisch gefährlich, denn durch die iranische Revolution von Khomeini, der am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran ausrief, drohte den USA ein großer Machtverlust in der islamischen Welt, der dann im November 1979 zur Demütigung der Botschaftsbesetzung in Teheran führte. Fast gleichzeitig wurde übrigens die US-Botschaft in Pakistan von radikalen Islamisten gestürmt – und Pakistan war der einzige Staat, durch den Hilfslieferungen nach Afghanistan möglich waren.

Jedoch richtete sich die Aufmerksamkeit der gesamten islamischen Welt auf die gewaltsame Besetzung der großen Moschee von Mekka am 20. November 1979, bei der viele hundert Pilger als Geiseln genommen und über 350 Menschen getötet wurden. Der politische Islamismus erwies sich also auch für muslimische Staaten als unmittelbare Gefahr. Deshalb kam es im Dezember 1979, wenige Wochen vor dem sowjetischen Einmarsch, zu einem Hilfsabkommen für Afghanistan, dessen Kosten Saudi-Arabien und die USA je zur Hälfte tragen sollten. Pakistan erklärte sich nun zur Weiterleitung der Güter bereit.

Der Einmarsch der Sowjets in Afghanisten kam für die USA keineswegs überraschend. Die CIA hatte die sowjetischen Truppenbewegungen genau beobachtet. Wie Robert Gates, damals ein hoher CIA-Beamter, später schrieb, war der sowjetische Einmarsch eine präzise durch die CIA vorhergesehene Krise.[22] Trotzdem demonstrierte Präsident Carter in der

Öffentlichkeit seine «persönliche Enttäuschung» und «Überraschung» über die Politik Moskaus. Er rief zu Sanktionen auf, zu denen bald der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau im Sommer 1980 kam. 36 islamische Staaten und 28 weitere Staaten schlossen sich diesem Boykott an – darunter reichlich widerwillig auch die Bundesrepublik Deutschland. In seiner *State of the Union Address*, seiner letzten, vom Januar 1980 erklärte Carter die Kontrolle über den Persischen Golf mit seinen Ölvorräten zum nationalen Interesse der USA. Dieses Interesse würden die USA «mit allen Mitteln, auch mit militärischen, verteidigen».

Wie üblich verschleierten die USA ihre Hilfe für die afghanischen Mudschahedin vor der Öffentlichkeit und um die Sowjetunion nicht zu einer Reaktion zu provozieren. Das alte Spiel der Supermächte blieb also auch in Afghanistan erhalten. Man kaufte gebrauchte sowjetische Waffen in China und Ägypten, um keine Beweise für eine direkte amerikanische Hilfe zu hinterlassen. Diese Waffen waren übrigens in schlechtem Zustand und schadeten den Mudschahedin mehr, als sie ihnen nützten. Für sie war es besser, Waffen der afghanischen Armee oder direkt von den sowjetischen Transporten zu erbeuten. Pakistan bestand darauf, alle Transaktionen durch seinen militärischen Geheimdienst ISI zu tätigen. Damit konnte Zia Profite machen und die Zahl der amerikanischen Berater niedrig halten. Entlang der Grenze ließ er Hunderte von Koranschulen bauen.[23] Der Krieg in Afghanistan war nicht nur ein militärischer und diplomatischer, sondern auch ein ideologischer und religiöser. Aus aller Welt kamen muslimische Freiwillige, darunter auch Osama Bin Laden, der jedoch erst 1984 begann, Kämpfer auszubilden und zu finanzieren. Er war damals noch nicht von Bedeutung.

Mit dem Regierungswechsel in Washington von Jimmy Carter zu Ronald Reagan kam eine neue Begeisterung für den kalten Krieg auf, insbesondere für verdeckte Geheimdienstoperationen. Manche Autoren sprechen von Caseys Krieg. William Casey restituierte als CIA-Chef eine romantische Vision des antikommunistischen Kampfes, wie sie unter Eisenhower und Kennedy geherrscht hatte. Im Kongreß gab es starke Verbündete dafür, vor allem den Abgeordneten Charlie Wilson, einen Demokraten aus Texas, der aus dem Geheimdiensteinsatz in Afghanistan einen amerikanischen Kreuzzug machen wollte.

1985 begann das Jahr der großen Eskalation des Krieges. Der neue sowjetische Parteichef Gorbatschow gab dem Militär eine letzte Möglichkeit, den Krieg zu gewinnen. Die Sowjets intensivierten den Krieg

dramatisch. Als Reaktion vervielfachten die USA ihre Waffenlieferungen. Im Sommer 1986 lieferten sie erstmals Luftabwehrraketen vom Typ *Stinger*, mit denen bereits im September 1986 drei sowjetische Kampfhubschrauber abgeschossen wurden. Die sowjetischen Verluste stiegen stark an. Bei einem letzten Versuch im Kampf um die Erhaltung eines moskautreuen kommunistischen Regimes in Afghanistan setzte Gorbatschow den Regierungschef Karmal ab, der seinen Platz dem Geheimdienstchef Najibullah überlassen mußte. Doch im November 1986 befahl er schließlich den sowjetischen Rückzug binnen zwei Jahren. Mehr als eine Million Menschen waren in diesem Krieg umgekommen, davon rund 15.000 sowjetische Soldaten.

Nach dem sowjetischen Abzug 1988/89 setzte sich der afghanische Krieg als Bürgerkrieg fort, bis 1996 die wahhabitischen Taliban die Herrschaft in Kabul übernahmen. Der angebliche Sieg des amerikanischsaudischen Geheimdienstkrieges hatte einen islamistischen Staat hervorgebracht, der nur von Saudi-Arabien, Pakistan und den Vereinigten Arabischen Emiraten diplomatisch anerkannt wurde und sich den Gebräuchen der Staatenwelt entzog, indem er offen die Ausbildungslager für islamistische Terroristen duldete, aus denen die Terroranschläge von Al-Qaida hervorgingen.

Der amerikanische Geheimdienstkrieg in Afghanistan war, nach finanziellem Aufwand gerechnet, die bei weitem größte verdeckte Operation der USA während des kalten Krieges. Ob sie zum Niedergang der Sowjetherrschaft beitrug, läßt sich trefflich diskutieren. Unbestritten ist, daß die USA schließlich selbst unter den negativen Konsequenzen dieser bewußt geschürten Eskalation des Islamismus zu leiden hatten. Der 11. September 2001 war eine direkte Folge davon. Die vermutlich nicht mehr abwendbare Niederlage im amerikanischen Irakkrieg ebenso. Im Geheimdienstjargon spricht man von *blow-back*, um derartige unerwartete Nebenwirkungen von Geheimdienstoperationen zu bezeichnen.

Die großen Spione und Verräter im Geheimdienstkrieg der Supermächte

Das in der Populärliteratur, in Romanen und Filmen populärste Geheimdienstthema sind nicht die *Dummheiten der Herrschenden*, wie Barbara Tuchman ihr klassisch gewordenes Buch von 1984 nannte – mit dem bezeichnenden Untertitel *Von Troja bis Vietnam* –, sondern die großen

Spione und Verräter. Das ist bedauerlich, denn der falsche Einsatz von Geheimdiensten und selbstverständlich auch des Militärs seitens der Regierenden, wie ihn diese große amerikanische Historikerin so meisterlich beschrieb, ist zweifellos der viel größere Motor der Weltgeschichte.

Als nüchterner Historiker kommt man bereits durch das Adjektiv «groß» ins Stolpern. Soll damit die Menge der gelieferten Informationen bezeichnet werden? Oder deren Bedeutung für den Gang der Geschichte, also ihr historisches Gewicht? Oder gar nur der Bekanntheitsgrad eines enttarnten Spions? Am liebsten würde man «große» Spione nach ihrem historischen Gewicht bewerten. Wir sind jedoch über die Zeit nach 1945 bislang noch zuwenig unterrichtet, um einen zweifelsfreien Maßstab zu haben. Vielleicht kennen wir die Größten noch gar nicht, weil sie bislang nicht der Öffentlichkeit preisgegeben wurden.

Trotz dieser Unsicherheiten in der Einschätzung wird man nicht fehlgehen, wenn man Oberst Oleg Penkowski, einen sowjetischen Generalstabsoffizier im Militärgeheimdienst GRU, zu den bedeutendsten Spionen des kalten Krieges zählt. Seine amerikanischen Biographen nannten ihn den *Spion, der die Welt rettete.*[24] Wir wissen, daß Penkowski zwischen 1960 und 1962 seinen britischen und amerikanischen Kontaktleuten eine große Menge an Originaldokumenten übergab, die schätzungsweise 1200 Seiten Papier und weit über 100 Filmrollen umfaßten. Daraus dürften bis zu 10.000 Seiten an Geheimdienstberichten gefertigt worden sein. Wir wissen, daß es sich dabei um Angaben zur sowjetischen Atomrüstung, insbesondere zu den Raketen vom Typ SS-1, SS-4, SS-5 und SS-6 handelte, von denen einige in der Kubakrise von 1962 eine zentrale Rolle spielten. Er enthüllte diverse militärische Einrichtungen in der Sowjetunion, die dem Westen bis dahin unbekannt waren. Er lieferte die Namen von über 300 GRU-Offizieren, vor allem auch von solchen, die sich noch in der Ausbildung befanden. Und er machte auf die streng geheime Version der internen sowjetischen Militärzeitschrift *Voyennaya Mysl* (Militärisches Denken) aufmerksam, die wichtige Informationen zur sowjetischen Militärstrategie enthielt. Ohne Zweifel trugen diese Informationen viel zur Analyse des sowjetischen Militär- und Geheimdienstapparates bei. Sie mochten auch der Kennedy-Administration bei der Bewältigung der Kubakrise nützlich gewesen sein. Gleichwohl konnten sie nicht verhindern, daß Kennedy die Stationierung sowjetischer Mittelstrecken- und Flugabwehrraketen – beide nuklear bewaffnet – über

Monate hinweg übersah, obgleich ihm eine Fülle von Indizien vorlagen. Man darf gewiß nicht Penkowski dafür die Schuld geben, der alles tat, um den Westen vor der Politik Chruschtschows zu warnen.

Penkowskis Motivation zum Geheimnisverrat, oder sagen wir vorsichtiger, das, was uns nach den zugänglichen Informationen als Motiv plausibel erscheint, lag in einem Karriereknick, der ihn ganz unverschuldet traf. Sein Vater war ein Offizier der zarischen Armee gewesen, hatte auf der Seite der «Weißen» im Russischen Bürgerkrieg gekämpft und überlebt. Diese Tatsache war bei Nachforschungen des KGB herausgekommen, als Penkowski Ende der 1950er Jahre als GRU-Resident nach Indien geschickt werden sollte. Bis dahin dürfte er ein treuer Sowjetoffizier gewesen sein, der im Krieg verwundet und viermal ausgezeichnet worden war, danach die berühmte Frunze-Militärakademie und im Anschluß die militärisch-diplomatische Akademie des GRU besucht hatte. Im Sommer 1960, als ihm der KGB das grüne Licht für die Beförderung zum Generalsrang verweigerte, vollzog er eine innere Wende gegenüber dem Sowjetstaat und bot sich den Briten und Amerikanern an, für die er bis zu seiner Verhaftung am 12. Oktober 1962 tätig war.

Eine vergleichbar große Bedeutung, gemessen an der Fülle und am Informationswert der gelieferten Information, trifft man nur noch bei wenigen anderen sowjetischen Informanten und Überläufern an. Dazu gehörte zweifellos der sowjetische General Dimitri Polyakov, auch er beim GRU tätig, der sich während einer Mission in New York in den Jahren 1959 bis 1961 beim FBI meldete, um seine Dienste für die Enttarnung sowjetischer Spione anzubieten. Als Motiv vermutet man seinen Schmerz über den Tod seines schwerkranken Sohnes, der in der Sowjetunion starb, nachdem ihm die Behörden eine Ausreise zu einer medizinischen Behandlung in den USA verweigert hatten. Zusätzlich erfuhr er auf einer Auslandsmission in Burma und Indien, in welchem Maße die sowjetische Führung korrupt war.

Polyakov war 25 Jahre lang für die US-Geheimdienste tätig. Durch seine Informationen konnte die Nixon-Administration davon überzeugt werden, daß es sich beim Konflikt zwischen Moskau und Peking um eine tiefreichende, unüberbrückbare Feindschaft handelte, die Nixon zum Ausgangspunkt für seine «Öffnung Chinas» im Jahr 1972 und damit zu einem eminent wichtigen Kapitel der Entspannungspolitik in den Ost-West-Beziehungen machte. Wichtige waffentechnische Informationen spielten eine Rolle beim raschen Sieg der USA von 1991 über den Irak, der

überwiegend mit sowjetischen Waffen ausgerüstet war. Wie der ehemalige hohe CIA-Beamte Milt Bearden schreibt, habe Polyakov «die umfangreichsten und detailliertesten Berichte über die Rote Armee während des gesamten kalten Krieges geliefert.» 1986 wurde er durch den Verrat des FBI-Beamten Robert Hanssen sowie des CIA-Beamten Aldrich Ames enttarnt und vermutlich in einem Geheimprozeß zu Tode gebracht. [25]

Oleg Gordievski, ein Oberst des KGB und seit 1982 dessen Resident in London, war durch den sowjetischen Einmarsch in Prag im August 1968 vom Glauben an die Richtigkeit der Sowjetideologie abgefallen. Er bot sich 1974 dem britischen Geheimdienst an und wurde durch seinen offiziellen Aufenthalt in London besonders nützlich. Möglicherweise verhinderte er 1983 eine nukleare Konfrontation, als die sowjetische Führung absurderweise eine NATO-Stabsübung für den nuklearen Verteidigunsfall als Kriegslist für einen tatsächlichen nuklearen Erstschlag des Westens interpretierte und daraufhin ihre nuklear bewaffneten Einheiten auf dem Boden der DDR und Polens in Alarmbereitschaft versetzte. Dahinter stand die Verschwörungstheorie eines durch die Reagan-Administration geplanten Angriffes auf die Sowjetunion, der KGB-Chef Juri Andropow anhing (Operation RYAN) und die er als Generalsekretär der KPdSU weiterverfolgte.[26]

Vermutlich aufgrund eines westlichen Verrates, möglicherweise durch Hansen und Ames, geriet Gordievsky im Mai 1985 in Verdacht. Er wurde nach Moskau zurückbeordert und festgehalten. Von dort allerdings gelang es dem britischen Geheimdienst, ihn über Finnland auszuschleusen und in Großbritannien am Leben zu erhalten. Er soll danach der britischen Regierung wichtige Orientierungshilfen für die Beurteilung der für den Westen so undurchsichtigen Reformpolitik Gorbatschows geliefert haben. Zudem verfaßte er mehrere bedeutende Bücher über die sowjetische Geheimdienstgeschichte. Er war übrigens der höchstrangige KGB-Offizier, der jemals in den Westen überlief. [27]

Schließlich ist der Archivar des KGB Vasili Mitrokhin zu nennen, der nach seiner Pensionierung und dem Untergang der Sowjetunion im Oktober 1992 aus Riga ausgeschleust werden konnte – im Unterschied zu anderen samt seiner Familie. Das Ausmaß der von ihm mitgebrachten Dokumente und Informationen läßt sich bei der Lektüre zweier dicker Bände abschätzen, die er zusammen mit Christopher Andrew von Cambridge University als *Mitrokhin-Archiv* verfaßte. Ob damit tatsächlich

alles publik gemacht wurde, was Mitrokhin lieferte, darf bezweifelt werden.

Neben den sachlichen Informationen zum sowjetischen Militär sowie zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Sowjetunion gaben die großen und kleinen Informanten vor allem eines preis: die Namen von sowjetischen Maulwürfen in den westlichen Militär- und Staatsapparaten sowie in Privatfirmen und politisch-gesellschaftlichen Organisationen aller Art. Dies war der eigentliche Kern des «großen Spieles der Geheimdienste», wie man es oft genannt hat. Denn nur wenn man sicher sein konnte, daß die eigenen Staatsgeheimnisse wirklich geheim blieben, glaubte man sich sicher fühlen zu können. Das war selbstverständlich nie möglich, weshalb die große Gefahr bestand, sich in einem unendlichen Spiegelkabinett zu verlieren, in dem die Unterscheidung zwischen Tatsachen und Fiktionen unmöglich wurde.

Bislang am besten erforscht ist die ebenso fanatische wie absurde und letztlich für die CIA äußerst schädliche Suche nach unentdeckten Maulwürfen, welche der für Spionageabwehr zuständige Abteilungsleiter James Angleton 1964 begann und über mehr als ein Jahrzehnt weiterführte. Den hauptsächlichen Anlaß bot der im Dezember 1961 übergelaufene KGB-Major Analoli Golizyn, der zunächst einige wichtige Hinweise auf Verräter auf der westlichen Seite lieferte, sich dann jedoch in phantasievolle Verschwörungstheorien hineinsteigerte, die nahezu jeden verdächtigten, der mit den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen zu tun hatte. Er lenkte den Verdacht auf hohe westliche Politiker wie den späteren Premierminister Harold Wilson und den schwedischen Premierminister Olof Palme. Er säte Zwietracht in den Geheimdienstbeziehungen zwischen Frankreich und den USA, die zu einer mehrjährigen Verweigerung des geheimdienstlichen Informationsaustausches führte.[28] Warum die Führung der CIA dem zunehmend fanatischen Angleton auf diesem Weg in die Spionitis folgte, ist im Rückblick schwer verständlich. Angleton hatte vermutlich ein psychologisches Problem mit der Tatsache, daß er über Jahre hinweg eine freundschaftliche Beziehung zum Cambridge-Spion Kim Philby unterhielt, als dieser auf Auslandsposten in Washington tätig war. Vermutlich suchte Angleton diesen für einen Mann der Spionageabwehr eigentlich unverzeihlichen Fehler dadurch wettzumachen, daß er nun besonders eifrig nach sowjetischen Maulwürfen suchte.

Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, daß Golizyn mit seinem

«strategischen Täuschungsplan» den Sowjetspezialisten jene grandiose Vision anbot, nach der viele immer schon gesucht hatten. Danach sollte es angeblich zwei KGB geben: einen, dessen Mitarbeiter ins Ausland geschickt werden, und einen zweiten, dessen Personal nur in der Sowjetunion selbst verbleibt und dort im Innersten die konspirativen Fäden zusammenhält. Nach dieser Theorie wären die Überläufer des KGB nur Teil eines großangelegten Täuschungsmanövers, da sie zum «Auslands-KGB» gehören und im Ausland überlaufen. Somit müsse man alle Anstrengung darauf richten, den «wirklichen», also den zweiten KGB und dessen weltpolitische Pläne ausfindig zu machen. Golizyn versuchte die Briten und Amerikaner davon zu überzeugen, daß der Konflikt zwischen Moskau und Peking sowie zwischen Moskau und Tirana nichts weiter als Teil dieser gigantischen Täuschungsoperation sei.

Zu den Opfern dieser Spionitis gehörte der KGB-Überläufer Oberstleutnant Juri Nosenko, der sich 1964 der CIA in Genf anvertraute. Er hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einige Maulwürfe identifiziert, wurde jedoch von Golizyn als Teil einer KGB-Täuschungsoperation bezeichnet. Daraufhin spalteten sich die Sowjetexperten der CIA in zwei Lager. Zunächst überwog das negative Lager, möglicherweise wegen Nosenkos Aussage, der KGB habe mit dem Mord an Präsident Kennedy nichts zu tun, obgleich der Attentäter Oswald vielfache sowjetische Kontakte gehabt hatte. Nosenko wurde zwei Jahre lang in einem isolierten Haus auf einem Militärstützpunkt in Virginia festgehalten, brutal verhört und gedemütigt.

Dabei hatte es in der Tat eine KGB-Täuschungsoperation gegeben, die es mit dem vorgetäuschten KGB-Überläufer Viktor Lessiovski («Fedora») tatsächlich fertiggebracht hatte, die Spitze der CIA, ja sogar Präsident Nixon selbst hinters Licht zu führen. «Fedora» bezeichnete Nosenko als Schwindler und konnte damit nicht nur diesen beinahe physisch und psychisch vernichten, sondern die meisten Sowjetspezialisten in der CIA sowie im FBI irreführen. Erst 1968 begann man, den Fall Nosenko in einem anderen Licht zu sehen. Es folgten allerlei Untersuchungen, die schließlich zu einer Rehabilitierung und einer Entschädigungszahlung führten. Mehrere sowjetische Überläufer wurden zurückgewiesen oder gar zurückgeschickt. Karrieren junger Sowjetologen wurden ruiniert. «Fedora» kehrte schließlich 1981 in die Sowjetunion zurück, um seinen Triumph zu feiern.[29]

Geheimdienstinformationen aus technischen Geräten und die Politisierung der Analysen

Wenn man sich die Dramen der geheimdienstlichen Arbeit mit Agenten, Überläufern und Maulwürfen vor Augen hält, erkennt man rasch die Verlockungen der auf technischem Weg gewonnenen Geheimdienstinformationen. Hier würde es keine Wahrheitsprobleme geben. Aus technischen Spionageanlagen würde man die reinen Fakten, ohne menschliche Beimischungen, erhalten.

Dieses Versprechen war gewiß ein Grund, warum man im ideologischen Zeitalter der Geheimdienstgeschichte so viel Geld in die Weiterentwicklung von Spionageflugzeugen, elektronischen Aufzeichnungsgeräten, Satelliten und dergleichen steckte. Nicht nur waren die gewonnenen Daten besser objektivierbar, sie lieferten einen umfassenderen und vor allem einen zeitnahen Einblick in die hermetisch abgeschirmte Welt der kommunistischen Staaten, die mit Agenten und Überläufern auch im günstigsten Fall nur sehr lückenhaft aufzuklären war.

Hier ist das technische Grundprinzip: Jedes Gerät, also auch jedes bewegliche Waffensystem, sendet Signale aus – beispielsweise durch Schall, Hitze oder metallische Eigenschaften –, die zu einer Identifizierung führen können. Diese Signale aufzufangen und «zum Sprechen zu bringen» ist die Mission der technischen Geheimdienstspezialisten.

Zu Beginn der 1950er Jahre begannen die USA, entlang der Grenzen der Sowjetunion, jedoch in sicherem Abstand von diesen, Empfangsanlagen aufzubauen, mit denen der sowjetische Funkverkehr empfangen und aufgezeichnet werden konnte. Es folgten Anlagen zur Aufzeichnung von Radarsignalen, von Flug- und Schiffsbewegungen, einschließlich U-Booten. Neben die stationären «Horch»-Anlagen in Großbritannien, Deutschland, der Türkei, Iran und später sogar im kommunistischen China, welche die USA über die Jahre hinweg auf- und ausbauten, traten mobile Plattformen wie Flugzeuge und ab 1960 Satelliten. Die Überflüge über sowjetisches Territorium erfolgten zunächst mit umgebauten militärischen Fracht- und Bomberflugzeugen, ab 1956 mit der speziell für Spionagezwecke gebauten U-2, die zwar ebenfalls nur unterhalb der Schallgeschwindigkeit flog, dafür jedoch in großen Höhen, welche die sowjetische Luftabwehr bis zum bekannten U-2-Zwischenfall vom 1. Mai 1960 nicht erreichen konnte. Der damals abgeschossene Pilot Gary Powers wurde in einem Schauprozeß abgeurteilt und nach einigen Jahren freigelassen. Über 100 amerikanische

Piloten und Techniker hatten jedoch weniger Glück. Nach späteren russischen Angaben wurden 12 gefangengenommen. Die übrigen dürften sofort ums Leben gekommen sein.[30] Hinzu kam eine noch unbekannte Anzahl von Briten, Franzosen, Taiwanesen und anderen Opfern dieser waghalsigen Operationen.

Im August 1960 absolvierte der amerikanische Corona-Satellit seine erste Mission, die brauchbare Photos sowjetischer Militäranlagen aus dem Weltraum lieferte. Weitere Satelliten folgten, wobei erstaunliche Verbesserungen der technischen Qualität sowie der Abdeckung des sowjetischen Territoriums erreicht wurden. Das Ergebnis war jedoch für die US-Analysten niederschmetternd, da es zu erheblichen Teilen widerlegte, was bis dahin als gesicherte Wahrheit über die sowjetische Rüstungsentwicklung gegolten hatte. Die angebliche «Raketenlücke», welche der Präsidentschaftskandidat Kennedy 1960 triumphierend der Eisenhower-Administration und dem Gegenkandidaten, Vizepräsident Nixon, vorhielt, entpuppte sich als Phantasiegebilde. Statt der vorhergesagten 200 sowjetischen Interkontinentalraketen bis Mitte 1961 waren es nur 10 bis 25, wie das Pentagon im September 1961 einräumen mußte. Penkovsky setzte die Zahl noch niedriger an. Eine «Lücke» zwischen den amerikanischen und den sowjetischen Raketenzahlen existierte somit nicht. Tatsächlich neigte sich das Ungleichgewicht rasch zugunsten der USA.

Bis Ende 1963 gelang es den USA, durch ihre Satellitenaufklärung alle sowjetischen Großstädte, alle wichtigen Militärflugplätze, fast alle U-Boot-Stationen und den größten Teil des sowjetischen Eisenbahnnetzes zu erfassen.[31] Zusätzlich entwickelte man ein völlig neues Überschallspionageflugzeug (3,6 Mach), das Ende 1965 in Dienst gestellt wurde und unter der Bezeichnung A-12 oder SR-71 lief, je nach Konfiguration. Es wurde bald im Vietnamkrieg eingesetzt. Eine besonders stark dem Geheimschutz unterworfene Variante der technischen Geheimdienstarbeit war und ist die Verfolgung von U-Booten, die für sehr lange Zeit unter Wasser bleiben können, sofern sie einen Atomantrieb haben, und deren Bauweise immer stärker darauf ausgerichtet wurde, möglichst wenig aktive oder passive Signale auszusenden. Auf hoher See waren sie bald nur noch schwer aufzufinden. Es blieb die Möglichkeit, ihre Aus- und Einfahrt an den Häfen zu überwachen, was entweder mit Aufklärungs-U-Booten oder mit versenkten technischen Ortungsgeräten erfolgte.

Als Folge dieser Abhör-, Messungs- und Ortungstechnologien entwickelte sich eine globale technische Infrastruktur, die in besonderer Weise die amerikanische Weltmachtstellung ausmachte. Die übrigen westlichen Mächte hatten entweder kaum vergleichbare Einrichtungen oder nur wenige. Sie waren somit auf Informationen der USA und ihrer Geheimdienstverbündeten angewiesen, unter denen Großbritannien eindeutig der Favorit war. Mit über 700 Überseebasen lagen die USA weit an der Spitze. Die Sowjetunion konnte nur mit großem Abstand folgen, nutzte jedoch ihre Dritte-Welt-Politik gezielt für diesen Zweck.

Es ist nicht einmal annähernd möglich, diese Stützpunkte und ihre Funktionen aufzuzählen, um daran den Wandel der Geheimdiensttechnologien aufzuzeigen. Für ein Verständnis seiner historischen Bedeutung reicht es, sich drei grundlegende Tatsachen klarzumachen. Die erste betrifft die Frage nach den Gründen für diese schier unvorstellbar großen Investitionen in diese Technologien. Sie liegen zuallererst in der Sorge um einen Atomkrieg. Wie läßt er sich verhindern, und wie könnte er dennoch gewonnen werden, falls es dazu kommen sollte? Das war die militärische Kernfrage des kalten Krieges, zu deren Beantwortung die Geheimdienstarsenale in erster Linie dienten. Zweitens kann man die Bedeutung dieser technischen Infrastruktur der Spionage besser einschätzen, wenn man auf die Kostenrelationen schaut. Von den geschätzten Gesamtkosten der amerikanischen Nuklearrüstung im kalten Krieg machte die Entwicklung und Herstellung der tatsächlichen Bomben und Sprengköpfe nur etwa sieben Prozent aus. Das übrige Geld floß in die Trägermittel sowie in die «Peripherie» aus Steuerung, technischer Aufklärung, Absicherung und so fort.[32] Drittens ist zu beachten, daß das Versprechen der objektiven, von menschlichen Unwägbarkeiten freien Informationen aus technischen Quellen keineswegs eingelöst wurde. Selbst wenn es gelang, Daten in Form von Meßwerten, Geldbeträgen oder (bei der Funkentschlüsselung) aufgezeichneten Originalquellen zu erhalten, blieb gleichwohl ein mitunter schwieriges Feld der Interpretation.

Beispielsweise gaben die Daten oft nur indirekte Hinweise auf diejenige Information, um die es eigentlich ging. Aus Satellitenphotos konnte man erkennen, wie groß die Fabriken für Panzer oder für Raketen waren. Man konnte die Fläche der Fabrikhallen genau vermessen. Aber welcher Zahlenschlüssel sollte für die Berechnung der tatsächlichen Produktion verwendet werden? War es sinnvoll, eine vergleichbare amerikanische Fabrik zu nehmen? Diese Annahme wurde bei den US-Geheimdiensten

gemacht, bis man durch Augenzeugenberichte feststellen mußte, daß die Sowjets sehr viel großzügiger mit dem Verbrauch von Land umgingen, also auf mehr Quadratmetern Fläche weniger herstellten. Zudem mußten die hohen Quoten an Produktionsfehlern eingerechnet werden und die geringere Produktivität der Arbeitskräfte. Dabei kam es zu enormen Fehleinschätzungen.

Das gleiche passierte mit dem Versuch, die sowjetische Rüstungsproduktion mit westlichen betriebswirtschaftlichen Methoden zu berechnen. Man nahm westliche Rohstoff- und Herstellungskosten an und suchte daraus die Gesamtkosten der sowjetischen Rüstungsproduktion sowie des Militärhaushaltes zu errechnen. Wie sich später herausstellte, waren die damaligen Rechenergebnisse abenteuerlich schlecht.[33] Während man die Stellen hinter dem Komma diskutierte und Kosten von etwas über zehn Prozent annahm, enthüllte der sowjetische Reformer Gorbatschow schließlich, daß zum einen die genauen Kosten auch den Sowjets nicht bekannt seien und daß die eigenen Schätzungen bei 25 Prozent des Bruttosozialproduktes lägen.

Sehr viel besser waren die Schätzungen der sowjetischen Raketenrüstung, zumal sich diese Großgeräte nicht leicht verstecken ließen. Als Mitte der 1960er Jahre die Rüstungskontrollpolitik einsetzte, bei der es hauptsächlich um die interkontinentalen Systeme ging, mußten sich Amerikaner und Sowjets erst einmal auf ein Zahlenwerk der Stückzahlen, Reichweiten und Zerstörungsfähigkeit einigen, das sie ihren diplomatischen Bemühungen zugrunde legen konnten. Insofern mußten beide Seiten Transparenz schaffen. Das galt jedoch nicht für alle übrigen Waffensysteme, und es galt ohnehin nicht für die geplanten oder in der Entwicklung befindlichen Systeme. Noch weniger sagten sie über die Militärstrategien aus, also die *Absichten* der Sowjets im Unterschied zu ihren aktuellen *Fähigkeiten*.

Diese Unsicherheit hinsichtlich der künftigen sowjetischen Nuklearsysteme führte unter der Ford-Administration, als George Bush (senior) CIA-Direktor war, zur Überprüfung der verwendeten Daten sowie der zugrunde gelegten strategischen Annahmen durch eine Expertengruppe von außerhalb der *intelligence community* («Team-B»), in dem prominente Kritiker der Entspannungspolitik vertreten waren. Das Ergebnis kam allerdings erst auf den Tisch (und auszugsweise in die Presse), als Fords Nachfolger Jimmy Carter Anfang 1977 ins Weiße Haus einzog.[34] Somit wurde der politische Streit fortgesetzt, der letztlich dazu

führte, daß die Rüstungskontrollpolitik zum Stillstand kam. Daß die sowjetische Expansionspolitik in der Dritten Welt sowie die sowjetische Politik der Mittelstreckenraketen in Europa dabei eine große Rolle spielten, darf nicht unerwähnt bleiben. Gleichwohl ruft dieses einmalige Beispiel einer Überprüfung von Geheimdienstanalysen durch Außenstehende in Erinnerung, wie wenig objektiv selbst die aus technischen Einrichtungen gewonnenen Geheimdienstinformationen sind oder doch sein können.

Zusätzlich entstehen Schwierigkeiten der Interpretation, wenn nicht Fachleute, sondern Politiker urteilen, denen die Erkenntnisse der Geheimdienste vorgelegt werden. So ist es beispielsweise der CIA nicht gelungen, die Bush-Administration davon zu überzeugen, daß Saddam Hussein nichts mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 zu tun hatte und daß er keine Verbindungen zu Al-Qaida unterhielt. Die Folge war bekanntlich der Irakkrieg von 2003, der zusätzlich auf der Annahme basierte, es gebe gesicherte Beweise für die Existenz irakischer ABC-Waffen. Auch diese Annahme war nicht abgesichert. Es war allerdings durch das vorhandene Informationsmaterial der amerikanischen und britischen Geheimdienste sowie der befreundeten Staaten, darunter Deutschland, das Gegenteil ebensowenig beweisbar.

Wie die nachfolgenden parlamentarischen Untersuchungen – in Großbritannien erfolgte eine zusätzliche Untersuchung durch private Experten, das *Butler Committee* – ergaben, war nicht nur die geheimdienstliche Beweislage dürftig, sondern der Umgang damit in jeder Hinsicht inakzeptabel.[35] Das Ausmaß an politischer Manipulation von Geheimdienstinformationen war erschreckend. Doch war zugleich festzuhalten, daß die Parlamente in den USA und in Großbritannien und die Öffentlichkeit zumindest in den USA im Vorfeld dieses jüngsten Irakkrieges durchaus derjenigen politischen Linie folgen wollten, welche ihre Regierungen unter Mißbrauch der Geheimdienstinformationen vorgaben. Das zeigte sich, als durch gezielte Indiskretionen entsprechende Hinweise auf die dürftige Beweislage in der Presse gestreut wurden. Die Stimmung kippte erst um, als die Lage im Irak sich dramatisch verschlechterte.

Somit bleibt das ernüchternde Fazit: Die Gewinnung und Analyse von geheimdienstlichen Informationen ist stets auf den menschlichen Faktor angewiesen. Im guten wie im schlechten. Zudem läßt sie sich aus ihrem politischen Korsett nicht befreien. Geheimdienste sind unauflöslich mit

den sie umgebenden politischen Verhältnissen verbunden. Diese leidvolle Erkenntnis mußten die westlichen Demokratien in den Jahren nach dem Ende des ideologischen Zeitalters immer wieder machen.

9 Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen bei den Geheimdiensten und die begrenzten Möglichkeiten der politischen Kontrolle

Wie gefährlich sind die Geheimdienste für die Demokratie? Diese Frage wird heute immer wieder diskutiert, in Deutschland allerdings mit einer kirchturmpolitischen Beschränkung, die eher einer Nabelschau dient als der Aufklärung eines gleichermaßen schwierigen und bedrückenden Sachverhaltes. Ob und in welcher Weise es möglich ist, die Bedürfnisse der Sicherheit mit denjenigen der bürgerlichen Freiheit sowie der Menschenrechte in Einklang zu bringen, läßt sich nicht allein aus der seit 1949 gewonnenen deutschen Perspektive beurteilen, denn die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist sowohl innen- wie auch außenpolitisch weitaus friedlicher verlaufen als diejenige Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika – oder gar Israels. Man denke an den französischen Algerienkrieg, an den Bürgerkrieg in Nordirland, an die bürgerkriegsähnlichen Unruhen in den USA während der 1950er bis 1970er Jahre (ja sogar Anfang der 1990er Jahre in Los Angeles) sowie an die israelisch-palästinensischen Kriege unter Beteiligung der benachbarten arabischen Staaten. Zugleich haben diese Staaten auswärtige Kriege geführt, mit denen sich die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht auf eine Stufe stellen lassen. Wir brauchen also eine breitere Perspektive als die deutsche, denn dort, wo es um die ethischen Normen bei der Anwendung geheimdienstlicher und polizeilicher Mittel geht, sitzen alle freiheitlichen Demokratien in einem Boot. Niemand kann sich bequem zurücklehnen und sagen, wie es im Neuen Testament so schön heißt: Herr, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie dieser Zöllner. (Luk 18,9–14)

Für den Historiker stellen sich hier besondere Probleme bei der Suche nach passenden Maßstäben. Sind die in der Vergangenheit geschehenen Verstöße nach der heutigen Rechtslage zu beurteilen oder nach der damaligen? Sollen die jeweils geltenden staatlichen Normen zugrunde gelegt werden, oder soll man für illegal und unmoralisch nehmen, was

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder ProAsyl dafür halten? Haben sich die ethischen Normen seit den 1950er Jahren «weiterentwickelt», obgleich die Menschenrechte nichts Neues sind?

Beginnen wir mit dem Völkerrecht, das für die Auslandsgeheimdienste kaum Regelungen trifft. Nur in wenigen Fällen, beispielsweise zur Überwachung bestimmter Rüstungskontrollverträge, gab es spezielle internationale Ermächtigungen für die geheimdienstliche Tätigkeit.[1] Einen weiteren Sonderfall bildete die Resolution 1373 des UN-Sicherheitsrates vom 28. September 2001, welche die Staaten aufforderte, ihre Geheimdienste zur Verfolgung des internationalen Terrorismus einzusetzen. Doch die übrige geheimdienstliche Tätigkeit fand und findet im weitgehend ungeregelten Raum statt. Allenfalls das Recht der Staaten auf Selbstverteidigung steckt einen gewissen Handlungsrahmen ab.

Doch wer sind hier die Verantwortlichen? Die Geheimdienste selbst oder ihre staatlichen Auftraggeber? Nur äußerst selten – das ist meine zentrale These, gestützt auf den bisherigen Forschungsstand – handeln die Geheimdienste gegen den Willen der eigenen Regierungen beziehungsweise ohne deren Wissen.[2] Was uns rückblickend oftmals als unmoralisch und als eine Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten erscheint, ist somit in aller Regel durch demokratische Regierungen legitimiert, sofern Parlamente und Justiz diese Handlungen nicht ausdrücklich für Unrecht erklärten. Nicht selten geschehen diese Dinge sogar im Einklang mit der mehrheitlichen demokratischen Öffentlichkeit.

Selbst wenn die Geheimagenten oder Polizisten gegenüber ihrem entsendenden Staat rechtmäßig handeln, bleibt die Frage nach der ethischen Rechtfertigung dieses Handelns. Das BND-Gesetz von 1990 sagt dazu in Artikel 2: «Der BND sammelt und verwertet Informationen/Daten … über Vorgänge im Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, wenn sie *nur auf diese Weise* zu erlangen sind. (…) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat der Bundesnachrichtendienst diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der *erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg* steht.» (Hervorhebung W.K.) Ethisch vertretbar wäre somit, was Erfolg bringt bezüglich der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik und dabei keinen unverhältnismäßigen Schaden anrichtet.

Die heftigsten öffentlichen Debatten über das unethische Handeln der Sicherheitsorgane findet man in den USA, die vermutlich unter den

Demokratien die meisten Geheimdienstoperationen zu verzeichnen haben. Zugleich hat der amerikanische Kongreß und haben die amerikanischen Gerichte sowie die Presse einen ungewöhnlich breiten Zugang zu Informationen über diese Operationen. Beides muß zusammenkommen, um derart breite Diskussionen über ethische Fragen überhaupt möglich zu machen. Denn dort, wo es der Exekutive gelingt, die Fakten unter Verschluß zu halten, darf man nicht leichtfertig auf die Abwesenheit von unethischem Verhalten schließen.

Das amerikanische Beispiel

Der erste große amerikanische Geheimdienstskandal, bei dem es hauptsächlich um ethische Fragen ging, begann im Dezember 1974. Damals berichtete die *New York Times* von Einsätzen der US-Bundespolizei (FBI), teilweise auch der CIA, gegen Aktivisten der schwarzen Bürgerrechtsbewegung sowie gegen die Protestbewegungen, welche sich gegen die amerikanische Kriegführung in Vietnam richteten. In großem Umfang wurden Telephone abgehört. Führende Persönlichkeiten dieser beiden Bewegungen wurden belästigt und durch falsche Anschuldigungen sowie durch die Offenlegung ihres Privatlebens in ihrer Ehre verletzt.[3] Durch parlamentarische Nachforschungen kam die FBI-Operation COINTEL-PRO ans Licht, die von 1956 bis 1971 gedauert hatte. Der Auftrag lautete, man solle alle Aktivitäten und Führer der genannten Bewegungen und Gruppen «offenlegen, stören, irreleiten, diskreditieren oder sonstwie zerstören».

Die amerikanische Öffentlichkeit reagierte empört. Wie konnten ihre Behörden zu derartigen Kampagnen mißbraucht werden? Wie konnten die Gesetze in so großem Umfang, über so viele Jahre verletzt werden? Es folgten weitere Enthüllungen, die schließlich den US-Kongreß dazu brachten, zwei Untersuchungsausschüsse einzurichten, in denen das Fehlverhalten beim FBI sowie bei der CIA ergründet werden sollte. Am bekanntesten wurden die «family jewels» der CIA – eine Liste von fragwürdigen und in den Augen der Öffentlichkeit unmoralischen Operationen oder geplanten Operationen, zu denen allerlei Mordkomplotte gegen den kubanischen Staatschef Fidel Castro gehörten.[4]

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses im Senat, Frank Church,

bezeichnete damals die CIA als einen «rogue elephant on a rampage» (einen außer Kontrolle geratenen Rambo-Elefanten), doch in Wirklichkeit konnte nirgendwo der Nachweis erbracht werden, daß die CIA-Beamten ohne Auftrag oder zumindest eine wissentliche Duldung der politischen Entscheidungsträger, letztlich also der amerikanischen Präsidenten Eisenhower und Kennedy, gehandelt hatten. Da diese beiden Präsidenten zum Zeitpunkt der Untersuchungen bereits verstorben waren, wurden weder strafrechtliche noch politische Untersuchungen zu ihrer persönlichen Verantwortung eingeleitet. Und die Öffentlichkeit zog es vor zu glauben, daß die aufgedeckten illegalen und unmoralischen Pläne und Operationen allein den Geheimdiensten anzulasten seien.[5] Der Untersuchungsbericht formulierte diese von der Öffentlichkeit ebenso wie vom Kongreß nur allzugern verdrängte Wahrheit sehr zurückhaltend: «On occasion, intelligence agencies concealed their programs from those in higher authority; more frequently, it was the senior officials themselves who, through pressure for results, created the climate within which the abuses occurred.»[6]

Tatsächlich muß man die Suche nach den Verantwortlichen viel weiter ausdehnen, denn auch die für innere und äußere Sicherheit zuständigen Kongreßausschüsse waren informiert – oder hätten einschlägigen Hinweisen nachgehen können, was sie aber nicht taten. Das gilt sowohl für die «Vergehen» des FBI wie für jene der CIA. Man muß also hier von einem Versagen der parlamentarischen Kontrolle sprechen. Oder, was den historischen Umständen näherkommt, man muß feststellen, daß der amerikanische Kongreß, jedenfalls seine für die Kontrolle zuständigen Mitglieder, in diesen Operationen keine Verletzung der Menschenrechte und Gesetze sahen. Das trifft in besonderem Maße auf die genannten FBI-Operationen zu. Selbst die friedliche schwarze Bürgerrechtsbewegung eines Martin Luther King wurde erst lange Jahre nach seinem Tod 1968 zu einem Teil des politischen *main stream* der USA. Der ihm gewidmete Feiertag wurde im November 1983 gesetzlich festgelegt, gegen immer noch heftigen öffentlichen Widerstand.

Wie sehr auch die Untersuchungsausschüsse im Kongreß die «Vergehen» von FBI und CIA anprangerten, so ist doch nicht zu übersehen, daß die meisten Operationen noch kurze Zeit vorher toleriert wurden, ja sogar weithin konsensfähig waren. Festzuhalten ist auch, daß die 1976 fertiggestellten Kongreßberichte nicht zu Gerichtsverfahren gegen FBI- oder CIA-Beamte oder politisch Verantwortliche führten. Ihr Zweck war

vielmehr der eines reinigenden Gewitters, welches die Arbeits- und Konsensfähigkeit dieser Sicherheitsorgane wiederherstellen sollte. Im Zusammenhang mit der amerikanischen Niederlage im Vietnamkrieg und der erzwungenen Abdankung von Präsident Nixon 1974 war diese Zielsetzung politisch plausibel.

So versteht man auch, warum die Kongreßausschüsse von den Sicherheitsdiensten keine komplette Offenlegung wirklich aller Programme und Operationen verlangten, sondern in komplizierten Verhandlungen mit dem Weißen Haus und so auch mit den betroffenen Diensten über eine nur selektive Freigabe verhandelten. Das vorgelegte Aktenmaterial sowie die Aussagegenehmigungen für Beamte stellten einen Vorabkompromiß dar, weshalb man die offengelegten Geheiminformationen nicht als eine vollständige Offenlegung wirklich *aller* Sachverhalte nehmen darf, die eventuell als ethisch, politisch und juristisch anstößig eingestuft werden konnten. Kurzum, der Kongreß wollte es gar nicht so genau wissen.

Interessanterweise untersuchte der Kongreß damals nur wenige geheimdienstliche Aktivitäten im Vietnamkrieg. Dabei war insbesondere das «Phoenix»-Programm der CIA, ausgeführt in Verbindung mit der südvietnamesischen Regierung sowie mit Personal der militärischen Geheimdienste, höchst umstritten. Es handelte sich um die Identifizierung des Führungsnetzwerkes der vietnamesischen Kommunisten, das aus Nordvietnam nach Südvietnam einsickerte, um dort gegen die USA und ihre Verbündeten zu kämpfen. Mit «Phoenix» und ähnlichen Operationen sollten diese Kader gezielt ausgeschaltet werden, was zu geschätzten 26.000 oder mehr Tötungen und Tausenden von Festnahmen führte.[7] Es könnten aber auch sehr viel mehr Tote gewesen sein, wenn man die zahlreichen unbeteiligten Zivilisten und Kinder hinzurechnet, die bei den Anschlägen auf mutmaßliche Kader umgebracht wurden. In jedem Fall ist zu fragen, ob derartige Operationen noch mit dem Kriegsvölkerrecht vereinbar waren.

Von dort läßt sich ein Bogen spannen zu den US-Geheimdienstoperationen gegen den islamistischen Terrorismus, vor allem nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Zu nennen ist die Inhaftierung von Terrorverdächtigen, hauptsächlich in Afghanistan und in Pakistan. Diese wurden auf dem US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba sowie in zahlreichen geheimen Gefängnissen außerhalb der USA festgehalten, ohne daß eine gerichtliche Aburteilung angestrebt wurde

und ohne den Gefangenen den völkerrechtlich definierten Status von Kriegsgefangenen zu gewähren. Ihnen diesen Status zu verweigern mochte vertretbare Gründe haben, doch sie in einen gleichsam rechtlosen Zustand fallenzulassen, stieß innerhalb und außerhalb der USA weithin auf Unverständnis. Die zahlreichen Verlegungen der Gefangenen *(extraordinary renditions)* zwischen den Geheimgefängnissen und in die Obhut von Staaten, die nicht rechtsstaatlich zu nennen sind, wurden zunächst von der US-Regierung bestritten, sind jedoch nach diversen richterlichen und parlamentarischen Ermittlungen nicht mehr zu bezweifeln.[8]

Ebenso kontrovers ist, was der ehemalige hohe CIA-Beamte Charles Cogan als *offensive hunt strategy* bezeichnete.[9] Er befürchtete, daß die US-Geheimdienste nicht mehr darauf ausgerichtet seien, die geheimen Netzwerke der Islamisten auszuforschen sowie die geheime Unterstützung durch bestimmte Staaten, sondern daß es nunmehr um eine Strategie der gezielten Tötung von potentiellen Tätern und Drahtziehern gehe. Damit würden sie in den Dienst einer Präventivstrategie gestellt, analog zur präemptiven Sicherheitsstrategie vom 20. September 2002 für das Militär. Geheimdienstleute seien nicht mehr Sammler von Informationen, sondern hauptsächlich Jäger (daher der Begriff *offensive hunt).* Gleichwohl werde, so Cogan, das Sicherheitsdefizit der USA nicht behoben, weil es hauptsächlich im Fehlen eines effektiven Inlandsgeheimdienstes bestehe.

Nachdem für die US-Geheimdienste zwischen den 1970er Jahren und 1990er Jahren aus ethischen wie auch aus psychologisch-politischen Gründen ein Tötungsverbot galt, wurde nun der «Krieg gegen den Terror» als eine neue, im bisherigen Völkerrecht nicht vorgesehene Art der Kriegführung praktiziert. Geht man vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel aus, so ist zu fragen, ob die USA ähnlich stark wie der Staat Israel bedroht waren. Dort hat der Oberste Gerichtshof in mehreren Entscheidungen eine begrenzte Politik der gezielten Tötung von besonders gefährlichen Terroristen ausdrücklich erlaubt.

Hier tut sich ein schwer zu lösendes Problem auf. Wenn in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat Parlament und Justiz gleichermaßen auf Sanktionen verzichten, läßt sich dann vom Fehlverhalten der Sicherheitsorgane sprechen? Man denkt an die Guantánamo-Häftlinge und ähnlich gelagerte Fälle, deren langjährige Tolerierung Bände spricht.

Britische, französische, israelische und deutsche Beispiele

Großbritannien führte in den 1950er Jahren mehrere blutige Kolonialkriege, in denen sich die Brutalität der Rebellen mit den Gegenmaßnahmen der Kolonialbehörden, der britischen Armee sowie der verdeckten Operationen wechselseitig hochschaukelten. Über die Verluste der Mau-Mau-Revolte in Kenia (1952–1957) gibt es Schätzungen, die bei 50.000 Toten liegen, vermutlich die Hälfte davon Kinder.[10] In Britisch-Malaya kam es 1948 zu blutigen Kämpfen gegen kommunistische Aufständische, die aus der Luft, aber auch durch Spezialeinheiten am Boden massiv bekämpft wurden. Ein Massaker im Dezember 1948, bei dem Soldaten eines schottischen Garderegiments 26 unbewaffnete Männer erschossen und ihr Dorf niederbrannten, wurde zunächst totgeschwiegen. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen My-Lai-Massaker vom März 1968 wurde der britische Vorfall als mögliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersucht. Die britische Regierung hielt es jedoch 1970 für politisch opportun, diese Untersuchungen abzubrechen.[11]

Sehr viel intensivere Diskussionen gab es in Großbritannien um den «schmutzigen Krieg» in Nordirland, den die britische Polizei *(Special Branch)*, der Inlandsgeheimdienst MI-5, die Sondereinheiten der britischen Armee und die paramilitärischen Einheiten von Nordirland gegen die irischen/nordirischen Terroristen in den 1970er und 1980er Jahren führten. Dabei kam es zu zahlreichen Fällen von Folter bei Befragungen und von gezielten Tötungen von Terroristen. Hinzuzufügen wären Abhöraktionen und diverse Erpressungen, mit denen die Sicherheitsbehörden versuchten, Spione im Lager der Terroristen zu gewinnen.[12]

Die Fragen der ethischen und rechtlichen Zulässigkeit der im Nordirlandkrieg verwendeten Methoden seitens der britischen Sicherheitsorgane läßt sich am besten mit Hilfe der komplizierten Geschichte von parlamentarischen Untersuchungen und Gerichtsprozessen, auch vor dem Europäischen Gerichtshof, verfolgen. Die britischen Medien haben sich sehr intensiv und nahezu ohne Rücksicht auf die offizielle Politik mit diesen Vorgängen beschäftigt. Eine lange Liste von Spiel- und Dokumentarfilmen läßt sich erstellen, welche auf den verschiedenen Fernsehkanälen zu sehen waren. Die ethischen Fragen des Nordirlandkonfliktes, insbesondere die möglichen und erwiesenen Verfehlungen der britischen Sicherheitsbehörden, waren deshalb immer

wieder ein Gegenstand heftiger öffentlicher Auseinandersetzungen.

Auch Frankreich hatte nach 1945 eine Fülle von Einsätzen von Polizei und Geheimdiensten zu verzeichnen, bei denen von einem Fehlverhalten der Sicherheitsbehörden und ihrer politischen Auftraggeber gesprochen wurde. In Indochina wurde von 1946 bis 1954 ein Krieg unter Einsatz von regulären Einheiten geführt sowie ein paralleler Geheimdienstkrieg, der sich vornehmlich gegen die von der Volksrepublik China und von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Kader richtete.[13] Hierzu gab und gibt es in der französischen Öffentlichkeit immer wieder heftige Debatten.

Politisch brisanter wurde die Erinnerung an den französischen Algerienkrieg (1954–1962). Sie bewegt vor allem die algerischen Migranten, insbesondere der vertriebenen Weißen und gegenüber Paris loyalen arabischen Algerier *(harki)*, die in Frankreich ansässig wurden. In diesem Krieg kämpfte Frankreich nirgendwo gegen reguläre Streitkräfte, sondern es handelte sich um bewaffnete Freischärler und Attentäter, die zum Teil sogar Kinder als Terrorwaffen einsetzten. Bereits damals wurden junge Mädchen mit Sprengstoffladungen behängt, um an belebten Orten Selbstmordanschläge zu verüben. Auf französischer Seite wurde das Instrument der Folter eingesetzt, zeitweise auf ausdrückliche Anordnung des damaligen Innenministers François Mitterrand.[14] Kein Wunder also, daß die Debatte um die Folter während des Algerienkrieges wieder hochkochte, als man in Frankreich begann, den Mythos Mitterrand in Frage zu stellen.

Zu einer Schlüsselfigur in diesen Debatten wurde der Fallschirmjägergeneral Paul Aussaresses (Jahrgang 1918), der sich bei Kommandoeinsätzen und bewaffneten Geheimdienstaktionen während des Zweiten Weltkrieges einen Namen gemacht hatte und der im Algerienkrieg nach eigenem Eingeständnis an harten Repressionsmaßnahmen – Folter, gezielter Tötung durch Todeskommandos – beteiligt war. In einem Zeitungsinterview mit *Le Monde* nannte er Mitterrand und andere französische Politiker als Mitwisser und Auftraggeber dieser Maßnahmen. Er rechtfertigte sie durch den besonderen Charakter des Krieges und als Mittel, um Anschläge zu verhindern.[15]

Mit wenig Übertreibung kann man den französischen Algerienkrieg als die erste große Auseinandersetzung des Westens mit dem politisch radikalisierten Islam bezeichnen. Dabei spielte die Interaktion zwischen Terroraktionen und öffentlicher Reaktion eine herausragende Rolle. Man

denkt an das Wort von Clausewitz, daß es im Krieg darum gehe, dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen. Der Wille des Gegners, hier der französischen Öffentlichkeit, wurde durch terroristische Aktionen gebrochen, wobei sich dieser Terror nur in zweiter Linie gegen das Personal des Westens richtete, denn den Großteil der Verluste erlitt die nicht-radikale, zum Teil bereits verwestlichte muslimische Bevölkerung. Auch in dieser Hinsicht gleicht der damalige *nationalistische* dem heutigen *islamistischen* Terrorismus! In den westlichen Diskursen werden diese hohen muslimischen Opferzahlen jedoch selten berücksichtigt.

Als grober Machtmißbrauch wird in der französischen Öffentlichkeit das Verhalten der Sicherheitskräfte gegenüber den Sympathisanten der algerischen Rebellen in Frankreich selbst beurteilt. Hier sticht das «Massaker» vom 17. Oktober 1961 in Paris hervor, bei dem über 30, vielleicht sogar über 300 Demonstranten zu Tode kamen und in die Seine geworfen wurden. Bei einer Großdemonstration am 8. Februar 1962, ebenfalls in Paris, kamen acht Menschen zu Tode, darunter die 32jährige Mutter des Soziologen Alain Dewerpe, der diese Episode eines brutalen Polizeieinsatzes bis hinunter auf die Mikroebene des Geschehens beschrieben hat.[16]

Das öffentliche Interesse an diesen fragwürdigen Polizeieinsätzen wurde in erheblichem Maße durch die Person des damaligen Pariser Polizeipräfekten bestimmt, der dafür die Verantwortung trug. Es handelte sich um Maurice Papon, dessen spektakulärer Prozeß von 1997/98 die Politik des Vichy-Regimes gegenüber Juden, für die er eine Teilverantwortung trug, ins Gedächtnis zurückrief. Papon gelang nach der Befreiung Frankreichs eine glänzende Beamten- und Politikerkarriere, die ihn nach dem Amt des Pariser Polizeipräfekten noch bis in den Rang des Budgetministers (1978–1981) führte. Eine inhaltliche Verbindung zwischen der Vichy-Judenpolitik und den Polizeieinsätzen gegen die Demonstrationen von 1961/62 zu ziehen, wäre gewiß abwegig. Gleichwohl läßt sich hier aufzeigen, wie stark das Urteil über Fehlverhalten von Sicherheitsorganen durch historische Verknüpfungen geprägt wird – gerechtfertigte sowie ungerechtfertigte.[17]

Schließlich ist die Abhöraffäre unter Präsident Mitterrand zu erwähnen, obgleich sie nicht als besonders schwerer moralischer Verstoß der Geheimdienste gelten kann. Im Unterschied zu der im Ausland viel bekannteren «Rainbow-Warrior-Affäre» von 1985, bei der es zur Versenkung eines Greenpeace-Schiffes durch französische

Geheimdienstagenten kam, handelte es sich bei der Abhöraffäre um rein persönliche Interessen, die Mitterrand hier verfolgte. (Bei der anderen Affäre ging es immerhin um die französische Verteidigungspolitik, nämlich um französische Atomversuche im Südpazifik.)[18] Der Präsident benutzte die im Präsidentenpalast eingerichtete Antiterrorismuszelle, um politische Gegner und sonstwie mißliebige Personen abhören zu lassen. Zudem wollte er damit Journalisten einschüchtern, die ihm drohten, das Geheimnis seiner außerehelichen Tochter Mazarine Pingeot zu lüften, die übrigens mit ihrer Mutter in einer privilegierten Staatsbedienstetenwohnung logierte. Erst im Jahr 2000 gelang es einem französischen Gericht, Zugang zu den einschlägigen Akten zu erhalten. 2005 erfolgte die Verurteilung mehrerer Beamter – wegen Verletzung der Privatsphäre.[19] Zu diesem Zeitpunkt war jedoch der Hauptschuldige, Mitterrand, beinahe zehn Jahre tot.

Dem Staat Israel werden immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt. Dabei geht es vorwiegend um Israels Dauerkrieg gegen den arabisch-palästinensischen Extremismus. Der Spielfilm *München* (2005) löste eine große öffentliche Debatte aus. Er behandelt die gezielte Tötung der Attentäter und Drahtzieher des Anschlages auf die israelische Olympiamannschaft von 1972 in München. Sein Regisseur Spielberg bezog sich auf die Sondereinheit «Caesarea» des israelischen Geheimdienstes Mossad, die in den Jahren 1972 bis 1981 vermutlich 20 Zielpersonen tötete.[20] Daß keiner der Täter des Münchener Attentats vor einem ordentlichen Gericht abgeurteilt wurde, zeigt, wieweit im Kampf gegen den Terrorismus die reguläre Rechtsstaatlichkeit durch alternatives Regierungshandeln abgelöst wurde.

Die gezielten Tötungen lösten offensichtlich eine frühere Praxis ab, in der Verbrecher durch Entführung nach Israel geholt wurden, um vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Der Prozeß gegen Adolf Eichmann im Jahr 1960 wurde mit dessen spektakulärer Entführung durch den Geheimdienst Mossad möglich. Doch im Kampf gegen arabisch-palästinensische Terroristen griff Israel zunehmend zur Waffe der gezielten Tötung, mit partieller Billigung durch den Obersten Israelischen Gerichtshof.

Einen anders gelagerten Fall stellte die sogenannte Bus-300-Affäre vom April 1984 dar. Es handelte sich um die Geiselnahme eines Busses der Linie 300, die sich südlich von Tel Aviv ereignete. Vier bewaffnete Palästinenser zwangen den Bus mit 35 Passagieren, in Richtung Gaza zu

fahren, um 500 inhaftierte Palästinenser freizupressen. Die Polizei und Spezialeinheiten hielten den Bus auf, verhandelten zunächst und lösten schließlich im Schutz der Nacht einen Sturmangriff aus, bei dem zwei der Entführer getötet und die übrigen zwei festgenommen wurden. Kurz darauf gaben die Sicherheitskräfte jedoch bekannt, alle vier Geiselnehmer seien bei der Befreiungsaktion ums Leben gekommen.

Da in Israel eine Militärzensur herrschte, zögerte die Presse, die Beobachtungen der Journalisten publik zu machen. Schließlich wurde ein Pressephoto veröffentlicht, das deutlich zeigte, daß am Tatort zwei junge Männer von Sicherheitskräften abgeführt wurden. Bei einer Untersuchung des Vorfalls stellte sich heraus, daß der Chef des Inlandsgeheimdienstes die Tötung der beiden Personen befohlen und seinen Beamten aufgetragen hatte, Beweise zu fälschen. Erst zwei Jahre später deckten israelische Fernsehjournalisten diese Fälschungen auf. Der Geheimdienstchef mußte seinen Hut nehmen, wurde jedoch nicht vor Gericht gestellt. Ein Untersuchungsbericht stellte dazu klar: «… alles Regierungshandeln, einschließlich das der Sicherheitskräfte, geschieht im Rahmen der Gesetze und muß sich daran halten.»[21]

Der Weg war nun vorgezeichnet für das Geheimdienstgesetz von 2002, das erstmals die Tätigkeit des Inlandsgeheimdienstes *Shabak* (auch *Shin Bet* genannt) sowie die politische Kontrolle über ihn regelte. Danach wurde ein spezieller Disziplinargerichtshof für Geheimdienstbeamte eingerichtet, der sich mit Fällen von Amtsmißbrauch und Rechtsverstößen einzelner Personen befaßt. Die Verhandlungen dürfen geheim geführt werden, unterstehen aber der Aufsicht des Justizministers. Der Ankläger ist stets ein regulärer Staatsanwalt.

Erwähnenswert ist schließlich eine Untersuchungskommission, die der Frage nachgehen sollte, warum es dem Auslandsgeheimdienst Mossad im September 1997 nicht gelungen war, den Hamas-Führer Khaled Mashal zu töten. Damals kam es zu einem internationalen Skandal, der den israelischen Premierminister Netanjahu zwang, diese von ihm befohlene Operation öffentlich bekanntzumachen.

Im Nachkriegsdeutschland läßt sich die Behandlung der Zigeuner, heute als Sinti und Roma bezeichnet, als Beispiel für den Wandel des Menschenrechtsverständnisses nennen. Erst die gemeinsame Erklärung vom 16. Mai 2007 des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber mit Erich Schneeberger, dem Vorsitzenden des bayerischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma, sprach von der «besondere [n]

historische[n] Verantwortung gegenüber den rund 12.000 in Bayern lebenden Angehörigen dieser nationalen Minderheit».[22] Damit sollte für alle deutschen Behörden ein Schlußstrich unter ein besonders beschämendes Kapitel der für die innere Sicherheit zuständigen Länder- und Bundesbehörden gezogen werden.

Was war geschehen? Nach dem Völkermord des nationalsozialistischen Deutschland an den Sinti und Roma erfolgte in den deutschen Verwaltungen, insbesondere in den Polizeibehörden, keineswegs ein grundlegendes Umdenken hinsichtlich dieser Bevölkerungsgruppe. Vielmehr wurde sie weiterhin als gesellschaftliches «Problem» betrachtet, mit polizeilichen Mitteln observiert und in ihrem Lebensalltag beeinträchtigt.[23]Dies geschah auf der Grundlage von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften, die entweder noch aus der NS-Zeit stammten oder den damaligen Regelungen nachgebildet wurden. Das Landeskriminalamt in München führte ihre Erfassung sogar mit den aus der NS-Zeit stammenden Karteien und Akten fort. Unter den zuständigen Beamten befanden sich mindestens vier Personen, die vor 1945 die Deportation der Sinti und Roma in die Vernichtungslager durchgeführt hatten.[24] Einer davon, Joseph Eichberger, der im Reichssicherheitshauptamt für die Deportationen zuständig gewesen war, leitete nun die «Landfahrerzentrale».

Auch anderswo blieben NS-Spezialisten in ihrem Metier oder in dessen Nähe. Der SS-Standartenführer Paul Werner, ebenfalls im RSHA ein Organisator von Deportationen und vor allem ein Spezialist für «vorbeugende Verbrechensbekämpfung», war bis in die 1960er Jahre Ministerialbeamter in Baden-Württemberg. 1955 wurde er sogar für das Amt des Präsidenten des Bundeskriminalamtes vorgeschlagen. Robert Ritter, der Leiter der «Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle» im Reichsgesundheitsamt (seit 1936), führte ab 1947 in Frankfurt am Main die Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkranke. Ein Strafverfahren wegen seiner Beteiligung am Massenmord der Zigeuner wurde 1950 eingestellt.

Die Münchner «Landfahrerzentrale» und Zigeunerkartei war somit nur ein Teil dessen, was quer durch Deutschland gängige Polizei- und Verwaltungspraxis war. Und diese wiederum folgte den damals gebräuchlichen Mustern, nach denen Sinti und Roma als problematische, zu Müßiggang und Kriminalität neigende Menschen eingestuft wurden. Bereits kurz nach Kriegsende wurden sie aus der «Soforthilfe»

ausgeschlossen, welche die Gemeinden den KZ-Überlebenden gewährten. Sodann setzte die polizeiliche Beobachtung ein, wobei neben der NS-Zigeunerkartei auch das übrige einschlägige Aktenmaterial – Rassegutachten, Deportationsunterlagen usw. – Verwendung fand. Sogar die eintätowierten Konzentrationslager-Nummern wurden weiterhin als Identifikationsmerkmale genutzt.

Nachdem die Alliierten die rassisch diskriminierenden NS-Gesetze aufgehoben hatten, verabschiedete der bayerische Landtag 1953 eine «Landfahrerordnung», die erst 1970 wegen Grundgesetzwidrigkeit aufgehoben wurde. Andere Bundesländer hatten ähnliche Gesetze, die, wie auch das bayerische, teilweise auf Gesetze aus der Weimarer Republik zurückgingen. In Polizeihandbüchern lebte die Diktion aus der NS-Zeit fort, so noch in einem Schulungshandbuch des Bundeskriminalamtes von 1967.

An diesem Gedankengut orientierten sich damals auch die Gerichte. Der Bundesgerichtshof wies 1956 Entschädigungsansprüche von deportierten Zigeunern mit der Begründung ab, es habe sich um eine «Umsiedlung» gehandelt, die nicht unter die Entschädigungsbestimmungen falle. Erst 1965 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Entschädigungsgesetz, das jene begünstigen sollte, die nach der BGH-Entscheidung von 1956 keine Entschädigung erhalten hatten. 1981 folgte zusätzlich eine Regelung für Härtefälle. Dabei wurde von Behörden und Gerichten immer wieder behauptet, erforderliche Akten würden nicht mehr existieren. 1992 allerdings tauchten in Köln 1000 «verschollene» Akten wieder auf, die dem Staatsarchiv Düsseldorf übergeben wurden. Zu berichten wäre auch über die wissenschaftliche Beratung von Staat und Kirchen sowie über akademische Karrieren von «Rassenforschern», die bis in die späten 1970er Jahre reichten. Erst im Oktober 2001 erklärte das bayerische Innenministerium der Präsidentin des bayerischen Verfassungsgerichtes schriftlich, «daß die bis dahin in Bayern fortgesetzte Sondererfassung dieser Volksgruppe eingestellt wurde.»[25] Wie dieses Beispiel eindrucksvoll aufzeigt, kann die Mißachtung der Menschenrechte durch die Sicherheitsorgane durchaus im einmütigen Konsens der Parlamente, Gerichte und der Öffentlichkeit geschehen.

Völlig anders gelagert war die «Abhöraffäre Klaus Traube» von 1975/76. Traube, ein Atomwissenschaftler, der als Industriemanager für die Entwicklung des Schnellen Brüters in Kalkar verantwortlich war, wurde durch das Bundesamt für Verfassungsschutz abgehört, weil man

Kontakte zur linken Terroristenszene (RAF) vermutete. Da sich diese Vermutung als haltlos erwies, führte die Aufdeckung des Falles durch den *Spiegel* zu einem politischen Skandal, der den Rücktritt von Bundesinnenminister Werner Maihofer nach sich zog. Die erstmalige gesetzliche Regelung der parlamentarischen Kontrolle von Geheimdiensten im Deutschen Bundestag im Jahr 1978 stand in engem Zusammenhang mit diesem Fall.

In der jüngsten Vergangenheit erregte der Fall des Murat Kurnaz die Gemüter. Zu fragen war, ob es die Bundesregierung möglicherweise unterlassen hatte, den während viereinhalb Jahren in Guantánamo festgehaltenen, in Deutschland geborenen Türken freizubekommen, zumal Kurnaz keine Straftat nachzuweisen war. Doch die Aufregung war eine im engen Sinne politische, nämlich parteipolitische, weil schnell erkennbar wurde, daß der amtierende Außenminister Steinmeier getroffen werden sollte, der zur fraglichen Zeit Chef des Kanzleramtes und damit verantwortlich für die Überwachung der geheimen Nachrichtendienste war.

Einige grundsätzliche Probleme der Geheimdienstkontrolle

Angeregt durch einige historische Beispiele von Verfehlungen der Geheimdienste, der Polizei und ihrer Auftraggeber, wird man das Thema der Geheimdienstkontrolle mit einer gehörigen Portion Skepsis behandeln. Wenn freiheitlich-demokratische Parlamente, Regierungen und Justiz selbst in Konflikt mit dem Menschenrechten geraten, wie sollen sie dann die Sicherheitsorgane, in unserem Fall die Geheimdienste, kontrollieren? Und wenn sie selbst nicht frei von Schuld und Eigeninteresse sind, wie soll diese Kontrolle wirklich effizient erfolgen?

Die Exekutive, bei der die Hauptverantwortung für die Kontrolle der Geheimdienste liegt, steht vor einem schwer zu lösenden Dilemma. Aufgrund strenger Sicherheitsvorkehrungen ist nur eine kleine Zahl von Ministern und hohen Beamten in der Lage, die potentiell gefährlichsten und umstrittensten Geheimdienstoperationen durchgehend und systematisch zu überwachen. Da diese Leute jedoch dieselben sind, welche den Geheimdiensten ihre spezifischen Aufträge bewilligen, haben sie verständlicherweise im Fall eines Versagens oder eines Machtmißbrauchs kaum ein Interesse an einer schonungslosen und genauen Aufklärung

solcher Fälle. Das heißt, das wirksamste und aufgrund seiner Sachkenntnis mächtigste Kontrollinstrument hat in vielerlei Hinsichten das geringste Interesse an einer konsequenten Erfüllung dieser Kontrollaufgabe. Die Parlamente haben sich interessanterweise dieser Aufgabe erst spät angenommen, als andere Staatsorgane der inneren und äußeren Sicherheit, vor allem die Polizei und das Militär, bereits einem dichten Geflecht von Kontrollmechanismen unterworfen waren. In Großbritannien und in den Vereinigten Staaten finden sich Ansätze parlamentarischer Geheimdienstkontrolle in den 1970er bzw. 1990er Jahren. In Frankreich, einer der ältesten europäischen Demokratien, wurde erst 2007 eine umfassende Gesetzgebung in diesem Bereich verabschiedet.[26] Zu den wenigen Ausnahmen zählen die Niederlande (1952) und die Bundesrepublik Deutschland (1956).

In der politischen Praxis nach 1945 hat sich immer wieder gezeigt, daß die mit der Geheimdienstaufsicht betrauten Organe der Exekutive und die Parlamente erst dann wirklich eingreifen, wenn Geheimdienstskandale durch Presseveröffentlichungen enthüllt werden. Dabei ist die Presse ihrerseits auf Tips von Insidern *(whistle blowers)* angewiesen. Ausschließlich mit eigenen Mitteln gelingt der Presse ein solcher Durchbruch in der Regel nicht.[27] Somit ist die oft getroffene Feststellung, die *Washington Post* oder irgendeine andere Zeitung habe den Geheimdienstskandal X oder Y enthüllt, in aller Regel falsch. In Wirklichkeit waren es zumeist anonym gebliebene Insider, welche sich der Presse bedienten. Allenfalls die Justiz verfügt über Instrumentarien, um den Regierungsapparat zur Freigabe von peinlichen Informationen dieser Art zu zwingen.

Seit dem 11. September 2001 und den dadurch angestoßenen «neuen Sicherheitsgesetzen» – in Deutschland oft als Schily-Gesetze bezeichnet – hat sich ein Konsens etabliert, wonach diese Ausweitung des geheimdienstlichen Einsatzspektrums durch eine stärkere Kontrolle der Geheimdienste kompensiert werden müsse. Allgemein wird angenommen, daß sich auf dem Weg der Geheimdienstkontrolle der Schutz der Bürger- und Menschenrechte besser gewährleisten lasse. Seither ist jedoch eine gewisse Skepsis gegenüber dieser Vorstellung angebracht, wie mehrere offizielle, zumeist parlamentarische Untersuchungen zum geheimdienstlichen Hintergrund und zur politischen Instrumentalisierung von Geheimdiensten im Kontext der Anschläge vom 11. September und des dritten Irakkriegs (seit 2003) aufzeigen. Wie konnten die verheerenden

Anschläge vom 11. September in einem Land wie den Vereinigten Staaten geschehen, das bereits über das umfangreichste und am meisten «in die Tiefe» gehende parlamentarische Kontrollsystem verfügte? Wie konnte der US-Kongreß die strukturellen und technischen Probleme der Geheimdienste so lange übersehen, die durch seine Untersuchungen nach dem 11. September aufgedeckt wurden? Auch in Großbritannien wurde das Geheimdienstmanagement der politischen Führung zum Gegenstand mehrerer Untersuchungen. Obwohl die dortigen parlamentarischen Kontrollinstitutionen über weniger umfangreiche Befugnisse und Kompetenzen verfügen als ihre amerikanischen Entsprechungen, wurden sie bis zu diesem Zeitpunkt zumeist sehr positiv bewertet. Gleichwohl hatten sie es nicht vermocht, eine Reihe schwerwiegender Fehleinschätzungen und, was noch schlimmer ist, den Mißbrauch von Geheimdiensterkenntnissen durch die politische Führung zu verhindern.

Eine genaue Lektüre der genannten Berichte läßt breiten Raum für Zweifel, ob überhaupt Kontrollmechanismen denkbar sind, die jeden Mißbrauch verhindern können. Insbesondere ist schwer erkennbar, wie das oben skizzierte Dilemma der regierungsinternen Kontrolle annähernd zufriedenstellend zu lösen sei. Erkennbar ist auch, daß Parlamente in vielerlei Hinsichten für eine derartige präventive Kontrolle ungeeignet sind. Aus dieser Perspektive wird besser verständlich, als es in den Tagen der Kontrolleuphorie der Fall war, weshalb sich insbesondere die präventive Kontrolle einer klugen Selbstbeschränkung unterwerfen sollte. Wo die Erfolgsaussichten einer Tätigkeit so unsicher sind, sollten das Prestige der und das öffentliche Vertrauen in die Parlamente nicht aufs Spiel gesetzt werden. Man beginnt zu begreifen, warum die Parlamente bis in die 1970er Jahre darauf verzichteten, durch gesetzliche Rahmengebung sowie durch eine ins einzelne gehende Haushaltskontrolle die Geheimdienste kontrollieren zu wollen. Die Dienste blieben einer genauen parlamentarischen Kontrolle entzogen. Lediglich Fälle eklatanten Geheimdienstversagens wie der japanische Angriff auf Pearl Harbor hatten zu umfangreichen parlamentarischen Ermittlungen geführt.

Leider bezieht keines der existierenden Kontrollinstrumente jenen Aspekt der Geheimdienstarbeit ein, der heute sehr wichtig ist und in den kommenden Jahren an Bedeutung noch weiter zunehmen wird, nämlich die internationale Zusammenarbeit der Geheimdienste. Ursprünglich waren solche Kooperationen auf Kriegsallianzen beschränkt, zum Beispiel während der beiden Weltkriege. Seit dem 11. September haben liberale

Demokratien ihre Kooperation mit Diktaturen aller Art, vor allem solchen in muslimischen Staaten, massiv verstärkt, insbesondere zum Zweck der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, der auch für die meisten dieser Regime eine große Gefahr darstellt.

Als Grund für die mangelnde parlamentarische Kontrolle der Geheimdienstzusammenarbeit wird häufig das Risiko genannt, daß eine Beschäftigung mit ausländischen Nachrichtendiensten ein enormes Hindernis für die Entwicklung geheimdienstlicher Kooperationen darstellen und zum Verlust dieser Art von ausländischer Unterstützung für die eigene Sicherheitspolitik führen würde. Das Resultat ist jedoch ein Kompetenzverlust der nationalen Parlamente. Hier sei nur an die umfassenden Untersuchungen des EU-Parlamentes zum Echelon-Programm erinnert oder die Kontroversen über die amerikanischen *special rendition flights* durch Europa und über die Existenz geheimer amerikanischer Verhörzentren und Gefängnisse in den osteuropäischen NATO-Staaten. Diese Fragen spielen auch für die sich herausbildende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union eine Rolle. 2006 lud der Kontroll-ausschuß des italienischen Parlaments die Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse in den anderen EU-Staaten nach Rom ein, in der Hoffnung, einen dauerhaften Dialog über ihre jeweiligen Erfahrungen zu etablieren. Dies erscheint notwendig sowohl im Hinblick auf die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und das organisierte Verbrechen als auch für die wachsende Zahl gemeinsamer humanitärer und militärischer Operationen in allen Teilen der Welt.

So begründet die Angst vor Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen durch die Sicherheitsorgane, insbesondere die Geheimdienste, auch ist, sollte man doch nicht verkennen, daß sich in jüngster Zeit auf diesem Gebiet – jedenfalls in den freiheitlichen Demokratien – ein grundlegender Wandel abzeichnet. Seit dem Ende des kalten Krieges sind die Geheimdienste transparenter und demokratischer geworden. Transparenter, weil die Bekämpfung neuer sicherheitspolitischer Bedrohungen wie des islamistischen Terrorismus die Mitwirkung der Bürger dringend erfordert. Hier sieht man eine Parallele zur Ermittlungsarbeit der Polizei, die ebenfalls in hohem Maße auf die Unterstützung der Bürger angewiesen ist. Es erscheint demnach folgerichtig, daß die Grenzen zwischen geheimdienstlicher Tätigkeit im Inland und Ausland auf der einen Seite und Geheimdiensten und Polizei

auf der anderen Seite zunehmend verschwimmen. Sogar der Unterschied zwischen Polizei und Militär hat sich verringert, beispielsweise in internationalen Missionen zur Friedenssicherung oder Friedenserzwingung in Afghanistan und anderswo. Demokratischer wurden die Geheimdienste, weil der Zugang durch offene Rekrutierung, samt Werbung im Internet, verstärkt wurde, wobei Frauen und nationale Minderheiten – insbesondere Einwanderer der zweiten Generation – bevorzugt werden. Sodann erfordert die ungeheuer angestiegene Bedeutung der elektronischen Kommunikation – Stichwort: Mobilfunk, interaktives Internet usw. – weitgehend neue Qualitäten und Kompetenzen, die weit über die herkömmlichen Denkmuster der Geheimdienste hinausreichen.

Man spricht von einem grundlegenden Wandel der Sicherheitskultur, den man in Polizei und Militär gewiß leichter beobachten kann als in den noch immer von der Öffentlichkeit abgeschirmten Geheimdiensten. Doch geht man in der Vermutung nicht fehl, daß dieser Wandel auch dort Einzug gehalten hat. Allerdings darf die größere Transparenz und Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß technisch möglich gewordene Überwachungsinstrumente – Stichwort: «der gläserne Bürger» – die freiheitlichen Gesellschaften zunehmend bedrohen, während gleichzeitig die globalen Sicherheitsrisiken wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und Piratentum nur mit effizienten Sicherheitsorganen bekämpft werden können. Ob es angesichts dieser doppelten Herausforderung möglich ist, die politische Kontrolle der Geheimdienste zu intensivieren und gleichzeitig deren Leistungsfähigkeit zu verbessern, ist weit ungewisser, als man in der Öffentlichkeit der liberalen Demokratien gerne glauben möchte.[28] Für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wird die geheimdienstliche Tätigkeit immer eine ethische und politische Herausforderung der besonderen Art bleiben.

10 Geheimdienste, Internet und *cyber warfare* – ein kurzer Ausblick

Am 20. Mai 2013 flog der 29jährige Edward Snowden von Hawaii nach Hongkong. In seinem Gepäck hatte er vier Laptops mit brisanten geheimdienstlichen Daten, die er dem US-Journalisten Glenn Greenwald und der TV-Autorin Laura Poitras anvertraute. Am 6. Juni publizierte der britische *Guardian* den ersten von zahlreichen Zeitungsberichten über die Ausspähaktionen der 1952 gegründeten National Security Agency (NSA), und damit begann, was die Presse nahezu einhellig als NSA-Skandal bezeichnet – fortgeführt durch die häppchenweise Offenlegung der von Snowden illegal beschafften NSA-Dokumente. Wie viele es insgesamt sind und was sie genau enthalten, weiß bislang niemand. Angeblich auch die NSA selbst nicht.

Whistle blower? Freiheitsheld? Verräter? Überläufer? Wer ist Edward Snowden, der mehr Geheimdokumente gestohlen hat als je ein Geheimdienstler zuvor? Ein Schulabbrecher, der früh Soldat wurde, auf einem US-Stützpunkt in Japan diente, sich für einen Einsatz im Irakkrieg meldete, dann jedoch wegen eines Unfalls den Dienst quittierte und 2006 bei der CIA anheuerte. Dort setzte man den Computerfreak als *systems administrator* ein, schickte ihn nach Genf, um CIA-Datennetzwerke zu warten. Soweit bekannt, wurde er in Genf erstmals auffällig. Er begann, an seiner geheimdienstlichen Tätigkeit zu zweifeln. Gleichwohl blieb er nach seiner Kündigung bei der CIA (2009) dem Metier treu und ließ sich als Mitarbeiter verschiedener Privatfirmen bei der NSA als Servicetechniker für Datensysteme einsetzen. Er bestand alle Sicherheitsüberprüfungen, wurde fortgebildet und verdiente $ 200.000 im Jahr – bis er massenhaft NSA-Daten absaugte und nach Hongkong flog. Angeblich wollte er nach Lateinamerika weiterreisen. Er blieb jedoch in China hängen, weil ihm die US-Behörden den Paß entzogen. Nach Wochen der Unsicherheit fand er schließlich in Moskau Unterschlupf, zunächst für ein Jahr. Ob die chinesischen und russischen Geheimdienste

von seiner Datenbeute profitiert haben, ist unbekannt.

Zweifel an der Echtheit der publizierten Dokumente und Informationen erübrigten sich, als US-Präsident Barack Obama bereits am Tag nach der ersten *Guardian*-Veröffentlichung eine Erklärung abgab: Die verratenen NSA-Operationen seien für den Terrorismus-Abwehrkampf unerläßlich. Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger würden dabei auf ein Minimum begrenzt.

Gewiß haben sich einzelne Bürgerrechtsorganisationen und Parlamentarier empört gezeigt über das massenhafte Sammeln von Telephon- und Internetdaten. Zwei Bundesrichter äußerten Zweifel, ob diese Operationen rechtlich zulässig seien. Liberale Medien wie die *New York Times* setzten sich für Snowden ein, der doch nur aufgedeckt habe, in welchem Umfang die NSA rechtswidrig handle. Aber das alles blieb folgenlos. Die Obama-Administration konnte sicher sein, daß die breite Öffentlichkeit und vor allem der Kongreß auf der Seite der amerikanischen Geheimdienste standen und die Operationen der NSA für richtig und notwendig hielten. Daß auch befreundete Staaten und sogar deren Regierungschefs – darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel – abgehört wurden, dementierte man nicht einmal. Obama versprach nur, diese Praxis einzustellen oder auf wichtige Ausnahmen zu beschränken.

In diesem Sinn ist die wegweisende Obama-Rede vom 17. Januar 2014 zu verstehen. Von einer Reform der NSA oder gar einem «In-die-Schranken-Weisen» zu sprechen, wäre weit übertrieben. Denn Obama machte eindeutig klar, daß die USA ihren großen technologischen Vorsprung bei der elektronischen Kommunikation behalten und ihre Operationen zur Ausforschung der internationalen Telephon- und Datenverkehre fortführen wollen. In einer sofort publik gemachten Weisung zum Ausspähen von elektronischer Kommunikation (PPD-28 vom 17.1.2014) modifiziert er die bestehende Praxis nur geringfügig. Vor allem legt er im einzelnen dar, warum das Abfischen und Speichern großer Datenmengen und Telephon-Verbindungsdaten für die Sicherheit der USA erforderlich sei. Sodann werden die Prozeduren und Vorschriften erklärt, die zur Gewährleistung von Bürgerrechten eingerichtet wurden.

Den Geheimdienstverräter Snowden der amerikanischen Strafverfolgung zu entziehen ist für Obama undenkbar. Ebenso für die meisten amerikanischen Parlamentarier. Hier steht die Disziplin im gesamten staatlichen Sicherheitsapparat auf dem Spiel. Das sind allein bei den US-Geheimdiensten geschätzte 208.000 Personen.

Im übrigen befeuerten die von Snowden publik gemachten NSA-Dokumente nur eine Debatte, die seit langen Jahren unter Experten, gelegentlich unter Beteiligung der Medien, geführt wird. Einem größeren Publikum wurde sie bekannt durch die Enthüllungen von privaten Gruppen wie Wikileaks, durch diverse Abhörskandale sowie durch Kriminal- und Agentenfilme, von denen die vielprämierte TV-Serie «Homeland» besonders realitätsnah sein dürfte. Im Kern geht es um die Frage, wie einerseits der Abwehrkampf gegen den internationalen Terrorismus und andererseits das Internet als neue Kommunikations- und Wirtschaftsplattform den Einsatz staatlicher Geheimdienstmittel verändert haben – mit weitreichenden, noch nicht vollends absehbaren Folgen für die Privatsphäre des einzelnen sowie für die politische Kultur insgesamt.

Bei der Terrorismusbekämpfung kam es zum massiven Einsatz von bewaffneten Drohnen, mit denen bekannte oder vermutete Schlüsselfiguren gezielt getötet wurden. Diese Operationen wurden unter Obama stark ausgeweitet, wobei der Präsident die Liste der Ziele selbst prüfte.[1] Zuständig war zunächst die CIA, doch im Mai 2013 wurde das Pentagon federführend. Bis 2012 sollen über 2600 Menschen durch diese Einsätze getötet worden sein. Die meisten erfolgten in Pakistan, seit 2011 aber auch vermehrt im Jemen; beide Länder sind Rückzugsgebiete der islamistischen Kämpfer. Etwa 20 Prozent des Personals der US-Militärgeheimdienste sind mit Drohneneinsätzen beschäftigt, in der Mehrheit mit unbewaffneten Missionen.

Um die neue Rolle der Geheimdienste in der Welt des Internets zu verstehen, muß man sich die vielschichtigen Realitäten und Auswirkungen dieses Mediums klarmachen. Während Radio und Television nur Geräusche und Bilder transportieren können, die von einer staatlichen oder privaten Sendestation verbreitet werden, erlaubt das Internet die Übermittlung von Bild und Ton in alle Richtungen. Jeder Teilnehmer kann Sender und Empfänger sein. Zugleich wurde die Zugangsschwelle binnen weniger Jahre sowohl technisch als auch finanziell so stark abgesenkt, daß heute bereits die Hälfte der Weltbevölkerung Zugang hat – in den hochentwickelten und Schwellenländern sind es Dreiviertel oder mehr.

Damit wurde das Internet nicht nur zu einer universellen Plattform der Kommunikation (ähnlich dem Telephon, aber weitaus vielseitiger), sondern auch zu einem Wirtschaftsraum oder Marktplatz, und das in einem mehrfachen Sinn. Zuerst entwickelte sich der Zugang, bestehend aus *hardware* und *software*, zu einem milliardenschweren Industrie- und

Wirtschaftszweig. Private und geschäftlich betriebene Computer, Speichermedien, Kabel- und Schaltzentralen, Funkanlagen, Satelliten sowie die jeweils für den Betrieb erforderlichen Programme und schließlich die Betreiber der Internetverbindungen entstanden seit den 1980er Jahren in einem bis dahin unvorstellbaren Tempo, mit gigantischem Kapitaleinsatz und märchenhaften Gewinnchancen. Darauf aufbauend folgten, zweitens, die Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen sowie die dazugehörige Werbung über das Internet. Als dritte, bisher noch am wenigsten fortgeschrittene Einsatzmöglichkeit bietet sich die Fernsteuerung von Maschinen und technischen Systemen an. Hier reichen die Anwendungen von der ferngesteuerten Heizung und Belüftung von Gebäuden, die für Privatpersonen einen zusätzlichen Komfort oder eine neue Möglichkeit des Energiesparens bieten, bis zur Fernsteuerung von Energieversorgung, von Verkehrssystemen oder auch von polizeilichen oder militärischen Einrichtungen.

Was sich zunächst als ein großer Freiheitsgewinn an Kommunikation, an Marktzugängen und schließlich als elektronische Wunderwelt eines neuen technischen Fortschrittes präsentierte, begann jedoch bald, seine Schattenseiten zu zeigen. Kriminelle profitierten von den neuen, überall nutzbaren Kommunikationsmöglichkeiten. Werbung und Vermarktung drohten aus dem Korsett staatlicher Reglementierung *(copyright*, Jugendschutz usw.) auszubrechen; zudem löste der Internethandel ein Sterben traditioneller Printmedien sowie von Kaufhäusern und Fachgeschäften aus. Die Warenproduktion und Vermarktung wurden kostenoptimiert (global verlagert), mit gravierenden Konsequenzen für die Arbeitsmärkte und Sozialstandards.

Rasch konzentrierten sich die Herstellung von *hardware* und *software* sowie der Betrieb von «Datenautobahnen» und Speicherzentren weitgehend auf die USA und auf einige wenige ostasiatische Staaten und Firmen. Damit wurden die Arbeitsplätze und Gewinne dorthin gelenkt. Vor allem aber wurde ein ungeheures Maß an verdeckter Kontrolle über das gesamte Internet in die Hände weniger Firmen und letztlich weniger Personen gelegt. Ohne zu übertreiben, läßt sich sagen, daß amerikanische Firmen wie Microsoft, Google, Facebook, Amazon, Intel, Apple, Cisco und HP zusammen mit einigen ostasiatischen Giganten wie Samsung, Hitachi, Sony und Foxconn das Internet weitgehend beherrschen.

Wie und warum es zu dieser gigantischen Marktkonzentration kam, ist hier nicht zu erörtern. Doch die geostrategischen Auswirkungen liegen auf

der Hand, wie die Enthüllungen des NSA-Skandals zeigen. Trotz ihres milliardenschweren Budgets könnte die NSA nie so global und massiv Daten abschöpfen, wenn sie nicht in einer symbiotischen Beziehung zu diesen amerikanischen Internetgiganten stünde. Damit sind mehrere Aspekte gemeint: Zunächst ein riesiges Potential von Computerspezialisten, die zwischen der Privatwirtschaft und den staatlichen Sicherheitsbehörden hin- und herpendeln, mal da oder dort ausgebildet werden und bei jedem Wechsel ihre Kompetenzen (und beruflichen Netzwerke) mitnehmen. Die NSA ist weltweit der größte Arbeitgeber für Mathematiker und Computerfreaks. Edward Snowden ist dafür ein typisches Beispiel. Übrigens zieht dieser riesige Arbeitsmarkt auch viele ausländische Spezialisten an, die allerdings in der Geheimschutzwelt des Staates kaum einsetzbar sind. Vor allem deshalb sind die Sicherheitsbehörden auf junge Amerikaner wie Snowden angewiesen.

Zweitens ermöglicht es der US-beherrschte Internetbetrieb, an vielerlei Stellen heimliche Zugänge («Fenster») einzurichten, an denen sich unbemerkt Daten abschöpfen lassen. Ähnliches ist durch «Sicherheitslücken» in kommerziell verbreiteter Software möglich. Damit werden bestimmte Daten heimlich an die NSA weitergeleitet, ohne daß der Benutzer etwas bemerkt. Ob solche Lecks mit oder ohne Wissen der Software-Hersteller eingebaut werden, wird sich vermutlich nie aufklären lassen. Man sollte allerdings die empörten Beteuerungen der Firmenbosse nicht für bare Münze nehmen.

Drittens kann der amerikanische Staat per Gesetz den Zugang zu Datenleitungen und -speichern erzwingen – im Interesse der Sicherheit der USA. Das ist keine amerikanische Besonderheit, weil auch andere freiheitliche Staaten von Telephonfirmen die Ablieferung von Verschlüsselungs-Codes, von Verbindungsdaten und – nach richterlicher Anordnung – von Telephonmitschnitten verlangen. Zudem können die Sicherheitsbehörden unbemerkt die Computer von Verdächtigen ausspähen (Stichwort «Bundestrojaner»). Wenn jedoch die meisten *cloud-Daten*-speicher in den USA stehen und die Masse der Internetverbindung über amerikanisches Territorium geleitet wird (selbst eine E-Mail beispielsweise von Hamburg nach Berlin oder von Mailand nach Florenz), hat die NSA einen gigantischen Vorteil im Vergleich zu den Abhördiensten anderer Staaten. Sie kann ausländischen Datenverkehr mühelos auf dem eigenen Territorium anzapfen.

Schließlich, viertens, hat die NSA als Daten-Monstrum eine unvergleichliche Machtposition gegenüber den ausländischen Partnern. Wenn diese ein Stück vom NSA-Datenkuchen abhaben wollen und beispielsweise etwas über Terroristen und Verbrecher auf dem eigenen Staatsgebiet wissen wollen, müssen sie bei der NSA betteln gehen und dafür mit der Münze einer ebenso engen wie ungleichen Kooperation bezahlen. Deshalb ist die in aller Welt, auch in Deutschland, gestellte Frage nach eventuellen Kooperationen der eigenen Dienste mit der NSA von vornherein absurd. Es gibt keinen Geheimdienst, der nicht auf die NSA angewiesen wäre. Variabel sind allenfalls das Niveau und der Umfang dieser Kooperation, denn wer nichts anzubieten hat, wird nichts bekommen. Die geheimdienstliche Kooperation ist nahezu immer ein Tauschgeschäft. Die Partner der SIGINT-Allianz (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) werden bevorzugt bedient; sie liefern zu Premium-Bedingungen, wie die enge Zusammenarbeit der NSA mit dem britischen GCHQ zeigt. Alle übrigen sind zweit- oder drittrangige Partner (oder noch weniger).

Wenn man sich diese – hier nur grob skizzierten – Tatsachen zum Verhältnis von Internet und USA klarmacht, erübrigt es sich, eine Liste aller durch Snowden bekanntgewordener «Missetaten» der NSA aufzustellen, zumal bisher, wie gesagt, nur ein Bruchteil des Snowden-Materials publik gemacht wurde. Man sollte realistisch davon ausgehen, daß die NSA zum einen alle technischen Möglichkeiten nutzt und zum anderen allenfalls im Umgang mit US-Bürgern bestimmte bürgerrechtliche Grenzen respektiert.[2] Wie sagte Präsident Obama so schön über die Auslandsarbeit der NSA: «Wir werden uns nicht dafür entschuldigen, daß wir besser sind als andere.»

Daraus folgt: Eine Änderung der Verhältnisse ist nur möglich, wenn die Machtposition der USA im Internet reduziert wird und wenn anderswo, beispielsweise in Deutschland, größere Potentiale sowohl der Datenwirtschaft als auch des Ausspähens entstehen. Diktaturen wie China und der Iran verfügen längst über Methoden der Zensur und Manipulation des Internetzuganges – Praktiken, die für freiheitlich-demokratische Staaten undenkbar sind. Dort gilt allerdings der Grundsatz, nach dem das Internet kein rechtsfreier Raum sein darf. Doch wie soll dieser Anspruch durchgesetzt werden? Das Internet völkerrechtlich zu kontrollieren, um das globale Ausspähen von Daten abzuschaffen oder auch nur einzugrenzen, dürfte eine Illusion sein. Wer Milliarden in seine

technischen Geheimdienste pumpt, wie es alle fünf Vetomächte des UN-Sicherheitsrates tun, wird sich diese neue «Waffe» nicht wegnehmen lassen.

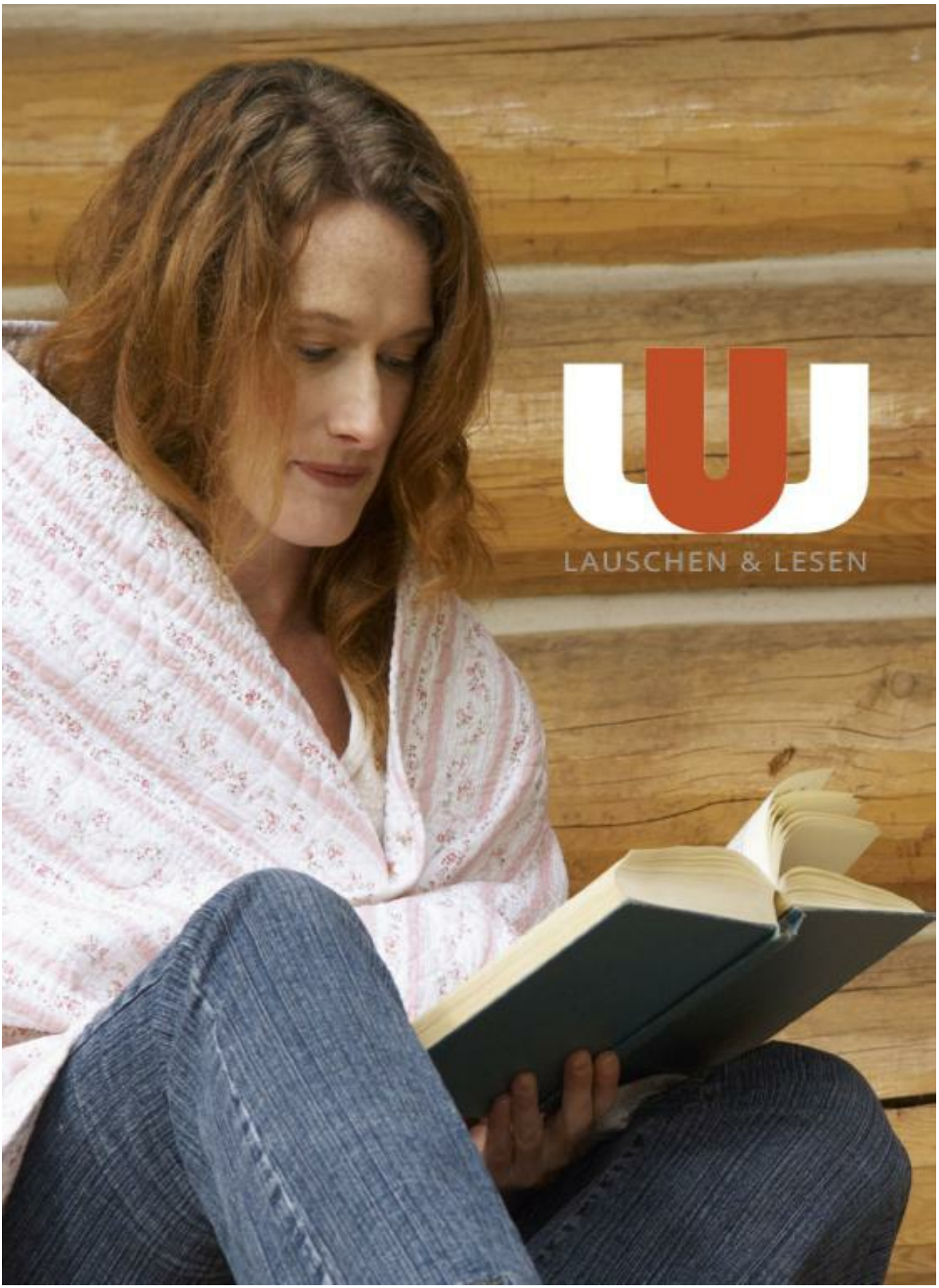
Damit sind wir beim Thema *cyber warfare*, denn das Internet wird zunehmend nicht nur zum Ort für kriminelles Handeln, sondern auch zum Kriegsschauplatz zwischen Staaten. Der Strategie-Experte Colin S. Gray spricht von einer neuen Waffengattung, die auf die historische Entwicklung von Land-, See-, Luft- und Weltraumstreitkräften folgt.[3]Wie bei diesen komme es auf eine Mischung von defensiven und offensiven Fähigkeiten an, denn nur eine beim Gegner erzeugte «strategische Unsicherheit» biete Schutz vor Angriffen.

Heute verfügen etwa 40 Staaten über militärische *cyber*-Fähigkeiten, wobei nur einige tatsächlich große offensive Potentiale haben – unter ihnen die USA, Rußland, China, Großbritannien und Frankreich. In den USA sind insgesamt 11.000 Soldaten und Zivilisten mit *cyber warfare* beschäftigt, davon über 900 in dem 2010 eingerichteten US Cyber Command, das bezeichnenderweise vom Direktor der NSA befehligt wird. Die Nähe zur elektronischen Aufklärung ist hier unübersehbar. Großbritannien veröffentlichte 2011 eine *cyber security strategy.[4]* Frankreichs Planungen begannen bereits mit dem Verteidigungsweißbuch von 2008. Die derzeitige sozialistische Regierung will die bisherigen Fähigkeiten verdoppeln und ab 2014 zusätzlich € 1,5 Milliarden investieren.[5]Nur in Deutschland ist das 2011 gegründete Nationale Cyber-Abwehrzentrum eine personell dünn besetzte, weitgehend zivile «Informationsdrehscheibe» ohne offensive Fähigkeiten.[6] Teilweise hinzuzuzählen ist allenfalls das 2002 gegründete Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr. Doch das steile Gefälle zu Großbritannien und Frankreich ist unverkennbar.

Beispiele für Cyber-Angriffe im quasimilitärischen Sinn gab es 2008, als Rußland die Luftverteidigung von Georgien ausschaltete, und 2010, als die USA und Israel im Iran einen Teil der Anlagen zur Urananreicherung zerstörten. Internet-Angriffe auf die «kritische Infrastruktur» eines Gegners, also auf dessen Energieversorgung, Verkehrssysteme, Krankenversorgung und so weiter, sind möglich und können eine Gesellschaft lähmen, ohne daß herkömmliche Militärwaffen eingesetzt werden. Kennzeichnend ist stets der massive Einsatz von geheimdienstlichen Fähigkeiten – sowohl hinsichtlich der anvisierten Ziele als auch bei der Durchführung. Die technologischen Grenzen zwischen

geheimdienstlicher Abwehr von Cyber-Attacken und einem eigenen Angriff sind fließend. Die Geheimdienste, einst vor allem zur Informationsbeschaffung eingerichtet, werden unmittelbar zu Kriegswaffen. Das gilt auch dort, wo diese Verbindung weniger sichtbar ist als bei der gemeinsamen amerikanischen Kommandospitze von NSA und US Cyber Command.

Kurz gesagt: Durch den Ausbau des Internets wurden die Geheimdienste größer und stärker der militärstrategischen Logik unterworfen. Vorbei ist der am Ende des Kalten Krieges geträumte Traum von ihrer Abschaffung. Das Internet hat ihn endgültig zerstört.


LAUSCHEN & LESEN

Weiterführende Lektüre

Theorie:

Georg Simmel, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Kap. V, Berlin 1908.
Alain Dewerpe, Espion: Une anthropologie historique du secret d'État contemporain, Paris 1994.
Michael Herman, Intelligence Power in Peace and War, Cambridge 1996.

Umfassende Standardwerke:

Loch K. Johnson (ed.), The Oxford Handbook of National Security Intelligence, Oxford 2010.
Francis H. Hinsley (et al.), British Intelligence in the Second World War, 4 Bde, London 1979–1990.
Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, The Mitrokhin Archive: The KGB in Europe and the West, London 1999.
Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, The World Was Going Our Way: The KGB and the Battle for the Third World, London 2005.

Fallstudien:

Ernest R. May (ed.), Knowing One's Enemies – Intelligence Assessment before the Two World Wars (1986).
Martin Alexander (ed.), Knowing Your Friends: Intelligence inside Alliances and Coalitions from 1914 to the Cold War (1998).
Carlos Collado Seidel (Hrsg.), Geheimdienste, Diplomatie, Krieg: Das Räderwerk der internationalen Beziehungen, Berlin 2013.

Wegweisende Einzelstudien:

Ernest R. May, Strange Victory: Hitler's Conquest of France, New York 2000.
Cees Wiebes, Intelligence and the War in Bosnia 1992–1995, Münster 2003.
Keith Jeffery, The Secret History of MI6, 1909–1949, New York 2010.
Christopher Andrew, Defend the Realm. An Authorized History of MI5, New York 2009.
Brian Latell, Castro's Secrets. The CIA and Cuba's Intelligence Machine, London 2012.

zu den menschlichen Quellen:

Christophe Cornevin, Les Indics. Cette France de l'ombre qui informe l'État, Paris 2011.

zur Wirtschaftsspionage:

Hedieh Nasheri, Economic Espionage and Industrial Spying, Cambridge 2005.
Charles Pellegrini, Histoires d'espions: Le renseignement à l'heure de l'espionnage économique, Paris 2012.

Terrorismusbekämpfung und Spezialkommandos:

Matthew M. Aid, Intel Wars: The Secret History of the Fight against Terror, New York 2012.
Eric Denécé, Commandos et forces spéciales, Rennes 2011.

zu Deutschland:

Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf – deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003.
Michael Wildt (Hrsg), Nachrichtendienst, politische Elite und Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003.
Reinhard R. Doerries, Hitler's Intelligence Chief Walter Schellenberg, New York 2009.

zur Geschichte des Abschöpfens von elektronischer Kommunikation:

Matthew M. Aid, The Secret Sentry. The Untold History of the National Security Agency, New York 2009.
Richard J. Aldrich, GCHQ. The Uncensored Story of Britain's Most Secret Intelligence Agency, London 2010.
Luke Harding, The Snowden Files: the Inside Story of the World's Most Wanted Man, New York 2014.
Glenn Greenwald, No Place to Hide: Edward Snowden, the NSA, and the U.S. Surveillance State, New York 2014.
Michael Gurnow, The Edward Snowden Affair: Exposing the Politics and Media Behind the NSA Scandal, New York 2014.

aus der Perspektive der Kinder von Spionen:

Nicole Glocke/Edina Stiller, Verratene Kinder: zwei Lebensgeschichten aus dem geteilten Deutschland,

Berlin 2003.

Fachzeitschriften:

Intelligence and National Security
Journal of Intelligence History
International Journal of Intelligence and CounterIntelligence
Studies in Intelligence (Hauszeitschrift der CIA; teilweise auf der CIA-Webseite zu finden)
Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies
Horch und Guck (vor allem zur Geschichte der Stasi)

Webseiten:

www.intelligence-history.org/ (Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste)
www.gknd.de/ (Gesprächskreis Nachrichtendienste in Deutschland)
www.bstu.bund.de/ (mit Dokumenten und Bibliographien zur Stasi)
www.intelligence-ethics.org/ (International Intelligence Ethics Association)
www.sistemadiinformazioneperlasicurezza.gov.it/ (italienische Geheimdienste)
www.aassdn.org/ (fortlaufende französische Bibliographie)
www.defense.gouv.fr/dgse/ (französischer Auslandsgeheimdienst)
www.cia.gov/library/index.html (CIA-historische Studien und elektronisches Archiv)
www.nsa.gov/ (US-amerikanischer Abhör- und Internetdienst)
www.sis.gov.uk/ (britischer Auslandsgeheimdienst)
www.bnd.bund.de (Bundesnachrichtendienst)
www.uhk-bnd.de (Unabhängige Historikerkommission für die BND-Geschichte)

Anmerkungen

1. Wie und wozu studiert man die Geschichte der Geheimdienste?

1 David Kahn, An Historical Theory of Intelligence, in: Intelligence and National Security, 16, autumn 2001; Alain Dewerpe, Espion. Une anthropologie historique du secret d'État contemporain, Paris 1994; Michael Herman, Intelligence Power in Peace and War, Cambridge 1996.
2 Stephen K. Iwicki, «Introducing the Concept of ‹Actionable Intelligence›», in: Military Intelligence Professional Bulletin, January–March 2004; Jennifer E. Sims/Burton Gerber (Hrsg.), Transforming U.S.Intelligence, Washington DC 2005.
3 Zum Vergleich zwischen Geheimdienstfiktion und Realität siehe Frederick P. Hitz, The Great Game: The Myths and Reality of Espionage, New York 2004; Eva Horn, Der geheime Krieg. Verrat, Spionage und moderne Fiktion, Frankfurt a.M. 2007.

2. Geheimdienstliche Tätigkeit in der politischen Vormoderne

1 Francis Dvornik, Origins of Intelligence Services, New Brunswick NJ 1974, S. 7–8; dieses Werk ist eine Pionierleistung für die antike Geheimdienstgeschichte, auf die ich mich nachfolgend stütze.
2 Dvornik, Origins, S. 9.
3 Der 1270 geschlossene Friedensvertrag ist der älteste, der uns überliefert ist. Katrin Schmidt, Friede durch Vertrag. Der Friedensvertrag von Kadesch von 1270 v. Chr. Der Friede des Antalkidas von 386 v. Chr. und der Friedensvertrag zwischen Byzanz und Persien von 562 n. Chr., Frankfurt a.M. 2002.
4 Dvornik, Origins, S. 15.
5 Dvornik, Origins, S. 19–23.
6 Xen. Kyr. VIII, II, 10ff. Dt. Übers.: Xenophon: Kyrupädie. Die Erziehung des Kyros, hrsg. u. Übers. v. Rainer Nickel, München 1992.
7 Xen. Kyr. VIII, VI, 18.
8 Hdt. V, 53. Dt. Übers.: Herodot: Historien, hrsg. u. Übers. v. Josef Feix, Düsseldorf/Zürich 2004. Die «Stadion»-Länge ist variabel. Im klassischen Griechenland reicht sie von 177,3 bis 192,3 m. Für die Berechnung ist das attische Stadion von 186 m sinnvoll. Somit lautet die Rechnung: 13.500 Stadien x 186 m = 2.511.000 m.
9 Hdt. 1, 114, 2.
10 Jakob Seibert, «Der Geheimdienst Alexanders des Großen», in: Wolfgang Krieger (Hrsg.), Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart, München 2003, S. 21.
11 Seibert, Geheimdienst Alexanders, S. 20.
12 Dvornik, Origins, S. 37ff.
13 Pedro Barceló, «Hannibals Geheimdienst», in: Krieger, Geheimdienste, S. 30.
14 Liv. XXI, 19f.
15 Pol. III, 22ff. Dt. Übers.: Polybios: Geschichte, Bd. I, eingel. u. übertr. v. Hans Drex-ler, Zürich 1961.
16 App. Mithr., 22. Dt. Übers.: Appian von Alexandria, Römische Geschichte. Erster Teil. Die Römische

Reichsbildung, übers, v. Otto Veh, eingel. u. erl. v. Kai Brodersen, Stuttgart 1987.
17 Cic. Manil. 32. Dt. Übers.: Marcus Tullius Cicero, Sämtliche Reden, eingeh, übers, u. erl. v. Manfred Fuhrmann, Bd. I, Zürich/Stuttgart 1970.
18 Plut. Caes. 23, 3. Dt. Übers.: Plutarch, Große Griechen und Römer, Bd. V, eing. u. Übers. v. K. Ziegler, Zürich/Stuttgart [2]1980.
19 Caes. Gall. IV, 20. Dt. Übers.: Gaius Iulius Caesar, Der Gallische Krieg, übers. Georg Dorminger, München [2]1966.
20 Caes. Gall. VI, 20.
21 Dvornik, Origins, S. 86.
22 Suet. Aug. 49, 3. Dt. Übers.: Sueton, Die Römischen Kaiser, übers. hrsg. v. Hans Martinet, Stuttgart 2003.
23 Cass. Dio LXXIX, 14. Dt. Übers.: Cassius Dio, Römische Geschichte, Bd. V: Epitome der Bücher 61–80, übers. v. Otto Veh, München/Zürich 1987.
24 Man muß sich klarmachen, daß es in der Antike kein Naturrecht gab, das dem menschlichen Leben einen hohen Wert an sich zusprach. Insofern sind die brutalen Vorgehensweisen, die wir aus der Antike gegenüber Kriegsverlierern oder verdächtigen Ausländern und Angehörigen der unteren Gesellschaftsschichten erfahren, in ein anderes Licht zu rücken, als es unseren modernen, insbesondere unseren westlich-humanitären Vorstellungen entspricht. Siehe dazu Rose Mary Sheldon, Intelligence Activities in Ancient Rome: Trust the Gods but Verify, London 2005.
25 Dvornik, Origins, S. 130.
26 Dvornik, Origins, S. 147.
27 Prok., Aed. VI, 7, 16. Dt. Übers.: Prokop, Werke, Bd. V: Bauten, ed. Otto Veh, München 1977.
28 Dvornik, Origins, S. 49.
29 Dvornik, Origins, S. 53.
30 Eine brillante Zusammenfassung der spätantiken und frühmittelalterlichen Handelsgeschichte findet man in: William Bernstein, A Splendid Exchange: How Trade Shaped the World, London 2008, Kap. 5.
31 Prok. Goth. IV (VIII), 17, 1ff.
32 Roger Blockley, The History of Menander the Guardsman, Liverpool 1985.
33 Dvornik, Origins, S. 174.
34 Arnold Toynbee, Constantine Porphyrogenitus and His World, Oxford 1973.
35 Moshe Gil, «The Radhanite Merchants and the Land of Radhan», in: Journal of the Economic and Social History of the Orient, 17/3 (1976), S. 299–328.
36 Bernstein, Splendid Exchange, Kap. 3.
37 Dvornik, Origins, S. 216.
38 William Muir, The Caliphate: Its Rise, Decline and Fall, Khayats 1963.
39 Dvornik, Origins, S. 224.
40 Eine Sammlung arabischer Quellen findet man in: Francesco Gabrieli (Hrsg.), Die Kreuzzüge aus arabischer Sicht, Augsburg 2000.
41 Dvornik, Origins, S. 232–233.
42 Jean-Paul Roux, Histoire de l'Empire Mongol, Paris 1993; Jack Weatherford, Genghis Khan and the Making of the Modern World, New York 2004.
43 Wassilios Klein, Das nestorianische Christentum an den Handelswegen durch Kyr-gyzstan bis zum 14. Jahrhundert, Turnhout 2000.
44 Dvornik, Origins, S. 278–279.
45 Johannes von Plano Carpini, Kunde von den Mongolen 1245–1247, hrsg., eingel. u. erl. von Felicitas Schmieder, Sigmaringen 1997.
46 Guillaume de Rubrouck, Voyage dans l'empire mongol, Trad. et commentaire de Claude Kappler, Paris 1985.
47 Die Reise des seligen Odorich von Pordenone nach Indien und China (1314/18–1330), übers., eingel. u.erl. von Folker Reichert, Heidelberg 1987.

48 Ibn Battuta, Reisen bis ans Ende der Welt 1325–1353, hrsg. u. übers, von Horst Jürgen Grün, 2 Bde., München 2007.
49 Helwig Schmidt-Glintzer, «Spionage im Alten China», in: Krieger, Geheimdienste.
50 Schmidt-Glintzer, Spionage, S. 65; siehe auch Ralph D. Sawyer/Mei-Chu Lee Sawyer, The Tao of Deception: Unorthodox Warfare in Historic and Modern China, New York 2007.
51 Friedrich Wilhelm, «Königsindisch – eine Variante im großen Spiel der Geheimdienste», in: Krieger, Geheimdienste.
52 Wilhelm, Königsindisch, S. 79.
53 Maloy Krishna Dhar, Open Secrets: India's Intelligence Unveiled, New Delhi 2005; Christopher Alan Bayly/Rajnarayan Chandavarkar (Hrsg.), Empire and Information: Intelligence Gathering and Social Communication in India, 1780–1870, Cambridge 2000.
54 4 Moses 33; insgesamt dazu Mary Rose Sheldon, Spies of the Bible: Espionage in Israel from the Exodus to the Bar Kokhba Revolt, Newbury 2007.
55 4 Moses 13.
56 4 Moses 13.
57 4 Moses 14.
58 Josua 2.
59 Josua 2.
60 Josua 6.
61 Hebräer 11; Jakobus 25.
62 Wolfgang Kuhoff, «Kryptographie und geheime Nachrichtenübermittlung in griechisch-römischer Zeit», in: Krieger, Geheimdienste; Andrew Robinson, Die Geschichte der Schrift, Düsseldorf 2004.
63 Kuhoff, Kryptographie, S 45.
64 Plut. Lys. 19, 8ff.
65 Kuhoff, Kryptographie, S. 50.
66 Den umfassendsten Überblick gewinnt man in: Friedrich L. Bauer, Decrypted Secrets, 4th rev. and extended ed., Berlin 2007; Simon Singh, Geheime Botschaften. Die Kunst der Verschlüsselung von der Antike bis in die Zeit des Internet, München 2001.
67 Kuhoff, Kryptographie, S. 52.

3. Neue Gegner: religiöse, revolutionäre, konterrevolutionäre und nationale Kräfte

1 Jean Deuve, Seigneurs de l'ombre: Les services secrets normands au XIIe siècle, Paris 2000.
2 Christopher Allmand, «Spionage und Geheimdienst im Hundertjährigen Krieg», in: Krieger, Geheimdienste, S. 102; Christopher Allmand (Hrsg.), War, Government and Power in late Medieval France, Liverpool 2001.
3 Allmand, Spionage, S. 106.
4 Allmand, Spionage, S. 107.
5 Philippe de Mézières, Le Songe du vieil pélerin. Ed. by G.W.Coopland, 2 Bde., Cambridge 1969.
6 Stephen Budiansky, Her Majesty's Spymaster: Elizabeth I, Sir Francis Walsingham, and the Birth of Modern Espionage, London 2005.
7 Klaus Malettke, «Richelieu und Père Joseph», in: Krieger, Geheimdienste; Françoise Hildesheimer, Richelieu, Paris 2004.
8 Malettke, Richelieu und Père Joseph, S. 122.
9 http://www.defense.gouv.fr/dgse/layout/set/popup/layout/set/print/content/view/full/87909 (5.12.2007).
10 Lucien Bély, Espions et ambassadeurs aux temps de Louis XIV, Paris 1990, S. 14.
11 Bély, Espions, S. 19.

12 Bély, Espions, S. 728.
13 Bély, Espions, S. 52.
14 Bely, Espions, S. 63.
15 Bély, Espions, S. 67.
16 Bély, Espions, S. 73.
17 Bély, Espions, S. 97.
18 Bély, Espions, S. 98–101.
19 Bély, Espions, S. 148.
20 Bauer, Decrypted Secrets, S. 71.
21 Bély, Espions, S. 157ff.
22 Dominique de Villepin (Hrsg.), Histoire de la diplomatie française, Paris 2005, S. 370.
23 Gilles Perrault, Le Secret du Roi, 3 Bde., Paris 1992.
24 Das damalige «Louisiana» war viel größer als der heutige US-Bundesstaat dieses Namens. Es umfaßte mehr als ein Fünftel der Fläche der heutigen USA.
25 Geoffroy de Grandmaison (Hrsg.), Mémoires du Comte de Moré 1758–1837, Paris 1898, S. 187.
26 Francis Wharton (Hrsg.), The Revolutionary Diplomatic Correspondence of the United States, 6 Bde., Washington DC 1889, S. 63–64.
27 Christopher Andrew, For the President's Eyes Only: Secret Intelligence and the American Presidency from Washington to Bush, New York 1996, S. 9–10.
28 John C. Fitzpatrick (Hrsg.), The Writings of George Washington from the Original Manuscript Sources 1745–1799, 39 Bde.,Bd. 24, Washington DC 1944, S. 98.
29 Perrault, Le secret du roi, Bd. 3, S. 429.
30 Perrault, Le secret du roi, Bd. 3, S. 436–438.
31 Alexis de Tocqueville, L'Ancien régime et la révolution, Paris 1856 (zahlreiche Nachdrucke und Ausgaben); Erich Pelzer, «14. Juli 1789 – Geschichte und Mythos», in: Wolfgang Krieger, Und keine Schlacht bei Marathon. Große Ereignisse und Mythen der europäischen Geschichte, Stuttgart 2005.
32 Genovefa Etienne/Claude Moniquet, Histoire de l'espionnage mondial, 2 Bde., Bd. 1, Brüssel 2000, S. 163.
33 Louis Madelin, Fouché. Macht und Ehrgeiz, München 1978, S. 102.
34 Michel Auboin et al., La police. Histoire et dictionnaire, Paris 2005; Paolo Napoli, Naissance de la police moderne: Pouvoir, normes, societé, Paris 2003.
35 Madelin, Fouché, S. 106.
36 Joseph Fouché, Rapports et proclamations du ministre de la police générale, Paris 1998; Joseph Fouché, Écrits révolutionnaires, Paris 1998 (Nachdruck).
37 Louis Madelin, Fouché, 2 Bde.,Bd.2, Paris 1955, S. 200.
38 Jean Savant, Les Espions de Napoléon, Paris 1957, S. 135–143.
39 Abel Douay/Gérard Hertault, Schulmeister. Dans les coulisses de la Grande Armée, Paris 2002.
40 Olivier Blanc, Les espions de la Révolution et de l'Empire, Paris 1995, S. 144ff.
41 Blanc, Les espions, S. 147.
42 Blanc, Les espions, S. 149.
43 Blanc, Les espions, S. 165.
44 Jean Landrieux, Mémoires de l'adjudant-général Jean Landrieux, 1795–1797/avec une introd. biographique et historique par Léonce Grasilier, Paris 1893. Die Biographie umfaßt 340 Seiten. Es folgen 372 Seiten Memoiren, die leider unvollendet sind.
45 Savant, Les Espions, S. 18ff.
46 Der Schweizer Militärexperte Antoine-Henri de Jomini beschrieb diese Art der Kriegführung in seinem klassischen Werk Histoire critique et militaire des guerres de la Révolution von 1840.
47 Savant, Les Espions, S. 62.
48 Landrieux, Mémoires, S. 109.
49 Landrieux, Mémoires, S. 109. Charles Édouard Jennings de Kilmaine (1751–1799) war irischer Herkunft. Er war zeitweilig der Stellvertreter Bonapartes im Kommando der Italienarmee.

50 Landrieux, Mémoires, S. 133–136.
51 Landrieux, Mémoires, S. 72–78; Savant, Les Espions, S. 37–38.
52 Savant, Les Espions, S. 65.
53 Savant, Les Espions, S. 77.
54 Blanc, Les Espions, S. 37.
55 Charles J. Esdaile, The Peninsular War: A New History, London 2003; David Gates, The Spanish Ulcer: A History of the Peninsular War, New York 2001.
56 Es wurde 1814 gemalt und hängt im Prado in Madrid.
57 John Keegan, Intelligence in War: Knowledge of the Enemy from Napoleon to Al-Qaeda, New York 2003, S. 26–65.

4. Großmächtepolitik und Revolutionsfurcht

1 David Alvarez, Spies in the Vatican: Espionage and Intrigue from Napoleon to the Holocaust, Lawrence KS 2002.
2 Alvarez, Spies, Kapitel 1 und 2.
3 Nicola Niceforo, Conspirazioni romane, 1817–1868, Rom 1899, S. 16–24.
4 Friedrich Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan, 1846–1918, 2 Bde., Bd. 1, Graz 1958, S. 25.
5 Alan Sked, «Poor Intelligence, Flawed Results: Metternich, Radetzky, and the Crisis Management of Austria's ‹Occupation› of Ferrara in 1847», in: Peter Jackson/Jennifer Siegel (Hrsg.), Intelligence and Statecraft: The Use and limits of Intelligence in International Society, Westport CT 2005, S. 57.
6 Sked, Poor Intelligence, S. 63.
7 Sked, Poor Intelligence, S. 71.
8 François Furet, Le passé d'une illusion. Essai sur l'idée communiste au XXe siècle, Paris 1995.
9 Jean-Paul Brunet, La police de l'ombre: Indicateurs et provocateurs dans la France contemporaine, Paris 1990; Bruno Fuligni (Hrsg.), Dans les Secrets de la Police, Paris 2008.
10 Jacques Brenner (Hrsg.), Mémoires de Canler, ancien chef du service de Sûreté, 1797–1865, Paris 2006, S. 562–689.
11 Brunet, La police, S. 151–185.
12 Albert Pethö, Agenten für den Doppeladler: Österreich-Ungarns Geheimer Dienst im Weltkrieg, Wien 1998; Manfred Fuchs, Der österreichische Geheimdienst, Wien 1994; Verena Moritz/Hannes Leidinger/Gerhard Jagschitz, Im Zentrum der Macht. Die vielen Gesichter des Geheimdienstchefs Maximilian Ronge, St. Pölten 2007.
13 Pethö, Agenten, S. 9–30.
14 Keegan, Intelligence, S. 66.
15 Pethö, Agenten S. 25, 192.
16 Heinrich Otto Meisner, Militärattachés und Militärbevollmächtigte in Preußen und im Deutschen Reich, Berlin 1957, S. 10; Maureen O'Connor Witter, «Sanctioned Spying: The Development of the Military Attaché in the Nineteenth Century», in: Jackson/Siegel, Intelligence and Statecraft, S. 87–107.
17 Witter, Sanctioned Spying, S. 93.
18 Witter, Sanctioned Spying, S. 95.
19 Baron Colonel Stoffel, Rapports Militaires, Écrits de Berlin 1866–1870, Paris 1871.
20 Witter, Sanctioned Spying, S. 102.
21 Meisner, Militärattachés, S. 36.
22 Jennifer Siegel, «Training Thieves: The Instruction of ‹Efficient Intelligence Officers› in Pre-1914 Britain», in: Jackson/Siegel, Intelligence, S. 128–129.
23 David H. Schimmelpenninck van der Oye, «Russian Intelligence and the Younghusband Expedition to Tibet», in: Jackson/Siegel, Intelligence, S. 115.

24 Oye, Russian Intelligence, S. 122–125.
25 Max Ronge, Kriegs- und Industriespionage: zwölf Jahre Kundschaftsdienst, Zürich 1930, S. 394–403.
26 Pethö, Agenten, S. 234; Ronge, Kriegs- und Industriespionage, S. 18–19.
27 Pethö, Agenten, S. 64–66; Ronge, Kriegs- und Industriespionage, S. 23, erwähnt das polnische Angebot, deutet aber an, es sei in Wien abgelehnt worden.
28 Er war über gemeinsame Urgroßeltern mit dem Schriftsteller Robert Musil verwandt.
29 Pethö, Agenten, S. 105–111; der englische Kriegsheld und Publizist hieß eigentlich Thomas Edward Lawrence (1888–1935) und wurde durch sein Buch The Seven Pillars of Wisdom von 1922 berühmt.
30 Pethö, Agenten, S. 142, 191–204.
31 Albert Pethö, Oberst Redl, in: Krieger, Geheimdienste, S. 144–145.
32 Jean Doise, Un secret bien gardé: Histoire militaire de l'affaire Dreyfus, Paris 1999.
33 Alfred Dreyfus, der sich nach seiner Rehabilitation ins Privatleben zurückzog, meldete sich 1914 als Kriegsfreiwilliger und verbrachte den ganzen Krieg als Soldat, auch im Fronteinsatz. Er starb 1935.

5. Moderne bürokratische und technologiebasierte Geheimdienste seit 1900

1 Paul Kennedy/Anthony Nicholls (Hrsg.), Nationalist and Racialist Movements in Britain and Germany before 1914, Oxford 1981.
2 Christopher Andrew, Her Majesty's Secret Service: The Making of the British Intelligence Community, New York 1987, S. 8ff.
3 Andrew, Her Majesty's, S. 12–15.
4 Thomas G. Fergusson, British Military Intelligence 1870–1914, Frederick MD 1984, S. 85 et passim.
5 Andrew, Her Majesty's, S. 23.
6 Robert Baden-Powell, My Adventures as a Spy, London 1915, S. 11–12.
7 Baden-Powell, My Adventures, S. 159.
8 Andrew, Her Majesty's, S. 27.
9 Fergusson, British Military Intelligence, S. 113ff.
10 Celia Sandys, Churchill: Wanted Dead or Alive, London 2000. Die Autorin ist eine Enkelin Churchills.
11 Peter Hopkirk, Quest for Kim: In Search of Kipling's Great Game, Ann Arbor MI 1999, rekonstruiert die Vorbilder für die Romanfiguren und ihre Verbindung zur zeitgenössischen indischen Geheimdienstszene.
12 Andrew, Her Majety's, S. 36–37.
13 E. Phillips Oppenheim, A Maker of History, New York 1905, S. 258.
14 Andrew, Her Majesty's, S. 43.
15 Jürgen W. Schmidt, Gegen Rußland und Frankreich. Der deutsche militärische Geheimdienst 1890–1914, Ludwigsfelde 2006.
16 Nigel West, At Her Majety's Secret Service: The Chiefs of Britain's Intelligence Agency MI-6, London 2006, S. 21ff.
17 Andrew, Her Majesty's, S. 61.
18 Andrew, Her Majesty's, S. 63–64.
19 Bertrand Warusfel, Contre-espionnage et protection du secret. Histoire, droit et organisation de la sécurité nationale en France, Paris 2000, S. 143–157.
20 Ähnliche Gesetzgebungen erfolgten in Österreich (1852), Deutschland (1870/1893), in den Niederlanden (1881) und anderswo. Überall ging es zunächst darum, der Spionageabwehr eigenständige strafrechtliche Mittel an die Hand zu geben.
21 Entnommen aus der Verlautbarung des französischen Innenministeriums vom 20. August 1899. Siehe: Warusfel, Contre-espionnage, S. 16–17.
22 Die weiteren Schritte der Eingliederung der Geheimdienste in den französischen Staatsapparat analysiert die Habilitationsschrift von Olivier Forcade, La République secrète. Histoire des services

spéciaux français de 1918 à 1939, Paris 2008.
23 Paul Kennedy, «Imperial Cable Communications and Strategy, 1820–1914», in: English Historical Review, October 1971, S. 728–752; Keegan, Intelligence, S. 99–143.
24 Alternativ zu den coaling stations verwendete die deutsche Kriegsflotte Versorgungsschiffe, obgleich das Umladen auf hoher See ein waghalsiges Manöver darstellte.
25 Keegan, Intelligence, S. 106–132.
26 Andreas Hofer, Kapitänleutnant Hellmuth von Mücke: Marineoffizier – Politiker – Widerstandskämpfer; ein Leben zwischen den Fronten, Marburg 2003.
27 Andrew, Her Majesty's, S. 86ff.
28 Für die zweite Variante spricht der Umstand, daß es nicht von Meerwasser durchtränkt war, wie Churchill später in seinen Memoiren behauptete. Das erst 1980 freigegebene Exemplar weist keinerlei Wasserspuren auf. Möglicherweise wollte Churchill eine falsche Fährte legen, um die wahre Herkunft zu verschleiern.
29 Andrew, Her Majesty's, S. 90.
30 Andrew, Her Majesty's, S. 96ff.
31 Andrew, Her Majesty's, S. 106.
32 Christopher Andrew/Oleg Gordievsky, KGB: The Inside Story of Its Foreign Operations from Lenin to Gorbachev, New York 1990, S. 31.
33 Douglas Porch, The French Secret Services. A History of French Intelligence from the Dreyfus Affair to the Gulf War, New York 1995, S. 68.
34 Andrew, Her Majesty's, S. 132–133.
35 Leon C. Messenger, «The White Lady Intelligence Network», in: Studies in Intelligence, Summer 1988.
36 Gerhard Hirschfeld, «Mata Hari: die größte Spionin des 20. Jahrhunderts?», in: Krieger, Geheimdienste.
37 Andrew, Her Majesty's, S. 169.
38 Painvin starb mit 94 Jahren im Jahr 1980. Seine Dechiffrierleistungen wurden durch das französische Militär erst 1962 offengelegt. Der Verfasser des Schlüssels, der deutsche Oberst Fritz Nebel, soll erst 1967, im Jahr seines Todes, davon erfahren haben. Singh, Geheime Botschaften, S. 132–134; eine vollständigere Erklärung findet man in Bauer, Decrypted Secrets, S. 87 et passim.
39 David Kahn, «Intelligence Studies on the Continent», in: Intelligence and National Security, 23/2, April 2008, S. 265, Hilmar-Detlef Brückner, «Schluga von Rastenfeld», in: Newsletter der International Intelligence History Study Group 6/2 (1998).
40 Friedrich Gempp war 1920–1927 Leiter der Abwehr. Danach arbeitete er an einer Sammlung von Dokumenten zur Geschichte der deutschen Militärspionage im Ersten Weltkrieg («Geheimer Nachrichtendienst und Spionageabwehr des Heeres»), die sich im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg i. Br. befindet. Einen exzellenten Überblick über die deutsche Militärspionage der Kriegsjahre gibt Markus Pöhl-mann, «German Intelligence at War 1914–1918», in: Journal of Intelligence History, 5/2, 2005.
41 Brückner, Schluga, S. 4.
42 Patrick Beesly, Room 40: British Naval Intelligence 1914–1918, New York 1982; Barbara W. Tuchman, The Zimmermann Telegram, New York 1958; Andrew, Her Majesty's, S. 114–126.
43 Reinhard R. Doerries, «Die Tätigkeit deutscher Agenten in den USA», in: ders. (Hrsg.), Diplomaten und Agenten. Nachrichtendienste in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Heidelberg 2001, S. 16.
44 Richard Spence, «Englishmen in New York: The SIS American Station, 1915–21», in: Intelligence and National Security, 19/3, 2004.
45 Doerries, Tätigkeit deutscher Agenten, S. 19.
46 Der amerikanische Secret Service wurde 1865 gegründet und zunächst hauptsächlich gegen Banknotenfälscher eingesetzt. Aus diesem Grund wurde er dem US Department of the Treasury (Finanz- und Schatzministerium) zugeordnet. Doch bald erweiterte man das Aufgabenfeld auf andere Arten von Verbrechen gegen Bundesgesetze. Nach dem tödlichen Attentat auf Präsident McKinley im

Jahr 1901 wurden die Befugnisse auf den Schutz des Präsidenten und auf die Abwehr von Angriffen gegen Personen und Einrichtungen der Bundesregierung ausgeweitet, was im Grunde genommen der Tätigkeit eines Inlandsgeheimdienstes sowie der Spionageabwehr gleichkam. Mit der Entwicklung einer Bundespolizei zum FBI (1935 gegründet) änderten sich die Zuständigkeiten des Secret Service, bis dieser im Zuge der großen Geheimdienstreformen von 2003 dem Department of Homeland Security eingegliedert wurde.

47 Burkhard Jähnicke, Washington und Berlin zwischen den Kriegen. Die Mixed Claims Commission in den transatlantischen Beziehungen, Baden-Baden 2003.

48 Doerries, Tätigkeit deutscher Agenten, S. 51.

49 Schmidt, Gegen Rußland und Frankreich.

50 Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien 1966; Winfried B. Scharlau/Z.A.B. Zeman, Freibeuter der Revolution: Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964.

51 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 32–34.

52 Als Reaktion auf die Spiegel-Serie «Die gekaufte Revolution» vom 10.12.2007 erschienen zahlreiche Gegendarstellungen im Internet, darunter eine auf der «World Socialist Website» am 13.12.2007 - www.wsws.org.

53 Mikhail Heller/Alexandr Nekrich, Utopia in Power: The History of the Soviet Union from 1917 to the Present, London 1987, S. 34–35; Richard Pipes, The Russian Revolution, New York 1990, S. 410–412.

54 Vorwärts (14. Januar 1921). Dieses zentrale Presseorgan der SPD wurde 1876 gegründet.

55 Winfried Baumgart, «Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April-Juni 1918», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 16/1, 1968.

56 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 49–50.

6. Vier Gegner im 20. Jahrhundert: Kommunisten, Faschisten/Nationalsozialisten, Kapitalisten und «Terroristen» der Dritten Welt

1 Die nachfolgenden organisatorischen Wandlungen zum KGB (seit 1954) sind nur für ein vertieftes Studium der sowjetischen Geheimdienstgeschichte aufschlußreich und sollen deshalb hier außer Betracht bleiben.

2 Joel Kotek/Pierre Rigoulot, Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin 2001, S. 129.

3 Jeffrey T. Richelson, A Century of Spies: Intelligence in the Twentieth Century, Oxford 1995, S. 49.

4 Der Begriff Soziozid spielt vor allem eine Rolle im Zusammenhang mit den späteren politisch gewollten Hungerkatastrophen in der Ukraine. Robert Conquest, Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933, München 1997.

5 Richelson, Century of Spies, S. 51.

6 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 21.

7 Richelson, Century of Spies, S. 53.

8 Siehe Tabellenanhang in: George Leggett, The Cheka: Lenin's Political Police, Oxford 1981.

9 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 23–30.

10 Dieser ursprünglich für einen Versicherungskonzern errichtete Moskauer Prachtbau dient seit 1920 als Hauptquartier und Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes.

11 Andrew Cook, Ace of Spies: The True Story of Sidney Reilly, London 2004.

12 Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, The Mitrokhin Archive: The KGB in Europe and the West, London 1999, S. 46.

13 Richelson, Century of Spies, S. 60–63.

14 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 71.
15 Peter Lübbe, Kommunismus und Sozialdemokratie, Berlin 1978, S. 52–53.
16 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 68; zur Komintern siehe auch Bernhard H. Bayerlein, «Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung», in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2004.
17 Aino Kuusinen, Der Gott stürzt seine Engel, Wien 1972.
18 Zitiert nach: Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums, http://www.stalinwerke.de/mp1936/mp1936.html.
19 Paul Avrich, Kronstadt 1921, Princeton NJ 1971.
20 Roger Faligot/Rémi Kauffer, L'Hermine rouge de Shanghai, Paris 2005.
21 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 49, 69–72.
22 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 50.
23 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 80.
24 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 89.
25 Roy Medwedew, Das Urteil der Geschichte: Stalin und Stalinismus, 3 Bde., Bd. 3, Berlin 1992, S. 149–157.
26 Gary Kern, A Death in Washington: Walter G. Krivitsky and the Stalin Terror, New York 2004.
27 Das unvorstellbar harte Lagerleben hat Alexander Solschenizyn in seinem mehrbändigen Epos Der Archipel GULAG (veröffentlicht 1974) dargestellt. Aus der umfangreichen neueren Forschungsliteratur sei hervorgehoben Anne Applebaum, Der GULAG, München 2005.
28 Matthias Uhl, «‹Und deshalb besteht die Aufgabe darin, die Aufklärung wieder auf die Füße zu stellen›: zu den Großen Säuberungen in der sowjetischen Militäraufklärung», in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 2004.
29 Medwedew, Urteil der Geschichte Bd. 3, S. 154–155.
30 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 88.
31 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 98ff.
32 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 112, 118.
33 Hans Schafranek/Johannes Tuchel (Hrsg.), Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien 2004; Hans Coppi jr./Jürgen Danyel/Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen Hitler, Berlin 1992.
34 Heiner Timmermann/Sergej A. Kondraschow/Hisaya Shirai (Hrsg.), Spionage, Ideologie, Mythos. Der Fall Richard Sorge, Münster 2005.
35 V.S. Antonov/V.N.Karpov (Hrsg.), Veterany Vneshnei razvedki Rossii: kratkii bio-graficheskii spravochnik, Moskau 1995, S. 154.
36 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 122.
37 Andrew/Mitrokhin, Mitrokhin Archive, S. 264. Interessanterweise stammt dieser Bericht aus einem Presseartikel in der Pravda im Jahr 1989, als das Versagen Stalins als militärischer Führer des «Großen Patriotischen Krieges» erstmals umfassend diskutiert werden durfte.
38 Arkady Vaksberg, The Prosecutor and the Prey: Vyshinsky and the 1930's Moscow Show Trials, London 1990, S. 220.
39 Zu den wenigen ernstzunehmenden Untersuchungen dieser Art gehört Robert Stinnett, Day of Deceit: The Truth About FDR and Pearl Harbor, New York 2001.
40 Roberta Wohlstetter, Pearl Harbor: Warning and Decision, Stanford CA 1962.
41 David Kahn, «The Intelligence Failure of Pearl Harbor», in: Foreign Affairs, 70/5, 1991–1992.
42 Andrew, President's Eyes, S. 106–108.
43 David Kahn, The Codebreakers: The Comprehensive History of Secret Communication from Ancient Times to the Internet, revised edition, New York 1996, S. 29.
44 Department of Defense (Hrsg.), The Magic Background of Pearl Harbor, 5 Bde. mit 3 Ergänzungsbänden und Index, Washington DC 1977, Bd. 4, Appendix, Dokument 162 (Telegramm 812 von Tokyo an die japanische Botschaft in Washington vom 22.11.1941). Diese Sammlung von MAGIC-Dokumenten ist auch online verfügbar – http://www.ibiblio.org/pha/magic/.

45 Frederick D. Parker, «The Unsolved Messages of Pearl Harbor», in: Cryptologica, 15/4,1991.
46 Thomas Powers, Intelligence Wars: American Secret History from Hitler to Al-Qaeda, revised and expanded edition, New York 2004, S. 3.
47 Thomas F. Troy, Donovan and the CIA: A History of the Establishment of the Central Intelligence Agency, Bethesda MD 1981.
48 Nigel West (Hrsg.), British Security Coordination: The Secret History of British Intelligence in the Americas 1940–45, London 1998.
49 Robert J. Young, «Spokesmen for Economic Warfare: The Industrial Intelligence Centre in the 1930s», in: European History Quarterly, 6, 1976.
50 Samuel I. Rosenman (Hrsg.), Public Papers and Addresses of Franklin Delano Roosevelt, 13 Bde.,NewYork 1938–1950, Bd.4, S. 439–440.
51 Rhodri Jeffreys-Jones, The FBI: A History, London 2007, S. 109.
52 Andrew, President's Eyes, S. 97.
53 Das Dokument ist publiziert in der Zeitschrift Intelligence and National Security, 1, 1986, S. 445–450.
54 West, British Security Coordination.
55 Petra Marquardt-Bigman, Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949, München 1998; Earl Ziemke, The US Army in the Occupation of Germany 1944–1946, Washington DC 1975; Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, Stuttgart 1987.
56 Die ersten militärischen Anwendungen waren für die britische Luftabwehr sowie für die Schiffskonvois von Nordamerika zu den Britischen Inseln gedacht. Eine wichtige Rolle spielten der britische Nobelpreisträger für Physik (1948) Patrick Blackett sowie der amerikanische Mathematiker George Dantzig von der Stanford University.
57 Sherman Kent, Strategic Intelligence for American World Policy, Princeton NJ 1949.
58 Barry M. Katz, Foreign Intelligence: Research and Analysis in the Office of Strategic Services, 1942–1945, Cambridge MA 1989; Robin Winks, Cloak and Gown: Scholars in the Secret War, 1939–1961, Cambridge MA 1987.
59 Tim B.Müller, «Die gelehrten Krieger und die Rockefeller-Revolution: Intellektuelle zwischen Geheimdienst, Neuer Linken und dem Entwurf einer neuen Ideengeschichte», in: Geschichte und Gesellschaft, 33, 2007.
60 Robert Murphy, Diplomat among Warriors, New York 1964.
61 Thomas Lippman, Arabian Knight: Colonel Bill Eddy USMC and the Rise of American Power in the Middle East, Vista CA 2008; Hal Vaughan, FDR's 12 Apostles: The Spies Who Paved the Way for the Invasion of North Africa, Guilford CT 2006.
62 Lucas Delattre, Fritz Kolbe: Der wichtigste Spion des Zweiten Weltkriegs, München 2004. Ähnlich Gisevius konnte Kolbe im Nachkriegsdeutschland nicht mehr Fuß fassen. Das Auswärtige Amt verweigerte ihm eine Anstellung und sogar eine Übergangspension. Er lebte in den USA als Verkäufer von Motorsägen und erhielt eine kleine Rente vom amerikanischen Staat.
63 Frederic E. Wakeman, Spymaster: Dai Li and the Chinese Secret Service, Berkeley CA 2003.
64 Maochun Yu, OSS in China: Prelude to Cold War, New Haven CT 1996; Maochun Yu, The Dragon's War: Allied Operations and the Fate of China, 1937–1947, Annapolis MD 2006; Forrest C. Pogue, George C. Marshall: Statesman, 1945–1959, New York 1987.
65 Jean Lacouture, Hô Chi Minh, Paris 1967; Pierre Brocheux, Hô Chi Minh: Du révolutionnaire à l'icône, Paris 2003.
66 Wesley Wark, The Ultimate Enemy. British Intelligence and Nazi Germany 1933–1939, Ithaca NY 1985; John R. Ferris, «‹Now that the Milk is Spilt: Appeasement and the Archive on Intelligence›» in: Diplomacy and Statecraft, 19/3, 2008.
67 Andrew, Her Majesty's, S. 383.
68 Andrew, Her Majesty's, S. 390.
69 Andrew, Her Majesty's, S. 391.

70 Andrew, Her Majesty's, S. 398–399.
71 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 10 Bde., Stuttgart 1979–2008. Eine wichtige Ausnahme unter den älteren deutschen Militärhistorikern bildet Jürgen Rohwer, der als profunder Kenner der britischen und amerikanischen Marinegeschichte samt deren Geheimdiensten gilt. Als Beispiel: Jürgen Rohwer, «Der Einfluß der alliierten Funkaufklärung auf den Verlauf des Zweiten Weltkrieges», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27, 1979.
72 Wilhelm Ritter von Schramm, Geheimdienste im Zweiten Weltkrieg, 6. Überarb. u.erw. Aufl. von Hans Büchler, München 2002, S. 34–35.
73 Siehe hierzu die ergänzenden und korrigierenden Anmerkungen von Hans Büchler in Schramm, Geheimdienste, S. 405ff.
74 David Kahn, Hitler's Spies: German Military Intelligence in World War II, New York 2000, S. 176–184.
75 Kahn, Hitler's Spies, S. 184–187.
76 Heike Lattka, «Vergeben kann ich nicht», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.6.2007 (ein Gespräch mit Bredows Sohn Carl-Hasso von Bredow).
77 Irene Strenge, Kurt von Schleicher. Politik im Reichswehrministerium am Ende der Weimarer Republik, Berlin 2006.
78 Jürgen Heideking/Christoph Mauch (Hrsg.), American Intelligence and the German Resistance to Hitler: A Documentary History, Boulder CO 1996, S. 130–142.
79 Bradley F. Smith, Sharing Secrets with Stalin: How the Allies Traded Intelligence, 1941–1945, Lawrence KS 1996.
80 Jürgen Heideking, «Das Office of Strategic Services und der deutsche Widerstand», in: Doerries, Diplomaten und Agenten, S. 112–148.
81 Heideking, Das Office, S. 130.
82 Heideking, Das Office, S. 131.
83 Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung: die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989.
84 Heideking/Mauch, American Intelligence, S. 373–375.
85 Heike Bungert, Das Nationalkomitee und der Westen: die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen 1943–1948, Wiesbaden 1997.
86 Heideking/Mauch, American Intelligence, S. 375–377.
87 Heideking, Das Office, S. 142 FN 66; insgesamt dazu Christof Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler: das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941–1945, Stuttgart 1999.
88 Catherine Schiemann Rittri, «Der Geheimdienst beendet den Krieg: Operation Sunrise und die deutsche Kapitulation in Italien», in: Jürgen Heideking/Christoph Mauch (Hrsg.), Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1993, S. 142–165; autobiographisch: Allen W. Dulles/Gero von Schultze Gaevernitz, The Secret Surrender, New York 1966.
89 Jürgen Rohwer, «Die ENIGMA-Schlüsselmaschine», in: Krieger, Geheimdienste; Heinz Ulbricht, Die Chiffriermaschine Enigma: trügerische Sicherheit. Ein Beitrag zur Geschichte der Nachrichtendienste, Saarbrücken 2007; Michael Smith/Ralph Erskine (Hrsg.), Action This Day! Bletchley Park from the Breaking of the Enigma Code to the Modern Computer, New York 2002.
90 Marian Rejewski, «How Polish Mathematicians Deciphered the Enigma», in: Annals of the History of Computing, 3, 1981; Zdzislaw J. Kapera, Before Ultra There Was Gale: Some Contributions to the History of the Polish Enigma, 1932–1942, Krakau 2002.
91 David Kahn, Seizing the Enigma: The Race to Break the German U-Boats Codes 1939–1943, New York 1991.
92 Keegan, Intelligence in War, S. 144–183.
93 Richelson, Century of Spies, S. 180–184; Keegan, Intelligence in War, S. 184–220; Donald A. Davis, Lightning strike: the Secret Mission to Kill Admiral Yamamoto and Avenge Pearl Harbor, New York 2005.

7. Der Krieg der Geheimdienste im kalten Krieg

1 Krieger, Clay, S. 278.
2 Allerdings plante das sowjetische Militär einen regional begrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa. Vojtech Mastny/Sven G. Holtsmark/Andreas Wenger (Hrsg.), War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West, London 2006.
3 Andrew/Gordiewsky, KGB, S. 341.
4 Robert W. Stephan, Stalin's Secret War: Soviet Counterintelligence against the Nazis 1941–1945, Lawrence KS 2004.
5 Nikolai Tolstoy, Die Verratenen von Jalta, Berlin 1987.
6 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 351–352.
7 Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950, 2 Bde., Berlin 1998; Henry Leide, NS-Ver-brecher und Staatssicherheit, Göttingen 2005.
8 Roger Engelmann, «‹Schild und Schwert› als Exportartikel: die Sowjets und der Aufbau der DDR-Geheimdienste», in: Krieger, Geheimdienste.
9 Milovan Djilas, Rise and Fall, London 1985, S. 106–107.
10 Die Abkürzung steht für Bureau Central de Renseignements et d'Action.
11 Die beste Überblicksdarstellung ist Claude Faure, Aux Services de la République: du BCRA à la DGSE, Paris 2004. Sie beruht teilweise auf Aktenmaterial, das dem ehemaligen DGSE-Mitarbeiter Faure zugänglich gemacht wurde. Siehe auch Douglas Porch, The French Secret Services: From the Dreyfus Affair to the Gulf War, New York 1995.
12 Faure, Aux Services, S. 131–147.
13 Faure, Aux Services, S. 189.
14 Colonel Passy, Mémoires du Chef des Services Secrets de la France libre, Paris 1947/1951, Nachdr. 2000; Guy Perrier, Le colonel Passy et les services secrets de la France libre, Paris 1999; Sébastien Laurent, «The Free French Secret Services: Intelligence and the Politics of Republican Legitimacy», in: Intelligence and National Security, 15/4, Winter 2000. Passy soll erhebliche Geldbeträge auf ausländischen Konten «geparkt» haben, um im Fall eines französischen Bürgerkrieges erneut aus dem Ausland operieren zu können.
15 Die Abkürzung steht für Service de Documentation Extérieure et de Contre-Espionnage, der 1982 zur heutigen Direction Générale de la Sécurité Extérieure (DGSE) wurde.
16 Paul Aussaresses, Pour la France: Services spéciaux 1942–1954, Paris 2001.
17 Jacques Foccart, Journal de l'Elysée, 5 Bde., Paris 1997–2001; Antoine Glaser/Stephen Smith, Ces messieurs d'Afrique, 2 Bde., Paris 1994/1997.
18 Faure, Aux Services, S. 215.
19 Faure, Aux Services, S. 224–225, 241.
20 Wolfgang Buschfort, «Fritz Tejessy (1895–1964). Verfassungsschützer aus demokratischer Überzeugung», in: Dieter Krüger/Armin Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf: deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003.
21 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), 50Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000; Wolfgang Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, Paderborn 2004.
22 Kevin C. Ruffner (Hrsg.), Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND 1945–49, 2 vols., Washington DC 1999, unveröffentliche Quellensammlung des Center for the Study of Intelligence der CIA, deklassifiziert 2002, fortan zitiert als CIA vol. 1/CIA vol. 2; James H. Critchfield, Partners at the Creation: The Men behind Postwar Germany's Defense and Intelligence Establishments, Annapolis MD 2003.
23 CIA vol. 1, S. 11–15.
24 CIA vol. 1, S. 17–18.
25 Kevin Soutour, «To Stem the Tide: The German Report Series and Its Effect on American Defense Doctrine, 1948–1954», in: Journal of Military History, 57, 1993.

26 Z. Taratuta/A. Zdanovic, Tainstvennyj sef Mata Chari, Moskau 2001.
27 Rainer Karlsch, Hitlers Bombe: Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, aktual. Ausg., München 2008.
28 Richard J. Aldrich, The Hidden Hand: Britain, America and Cold War Secret Intelligence, Woodstock NY 2002.
29 CIA vol. 1, S. 25–26.
30 CIA vol. 1, S. 160.
31 CIA vol. 1, S. 201, datiert 25. Februar 1947.
32 CIA vol. 1, S. 333, 341.
33 CIA vol. 1, S. 344.
34 CIA vol. 1, S. 353.
35 CIA vol. 1, S. 368.
36 Richard Breitman u.a. (Hrsg.), U.S. Intelligence and the Nazis, New York 2005.
37 CIA vol. 1, S. 355.
38 Armin Wagner/Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR, Berlin 2007.
39 CIA vol. 2, S. 38–39, 105–109.
40 CIA vol. 2, S. 39, 71–72.
41 CIA vol. 2, S. 40.
42 CIA vol. 2, S. 126; Critchfield, Partners, S. 167–171.
43 CIA vol. 2, S. 137ff.
44 CIA vol. 2, S. 231–309.
45 Critchfield, Partners, S. 122ff.; CIA vol. 2, S. 282–286. Gehlen hieß in den amerikanischen Akten UTILITY, wurde jedoch im eigenen Haus als «Dr. Schneider» geführt, sein Deckname bis zur Pensionierung als BND-Präsident 1968.
46 Stefanie Waske, Mehr Liaison als Kontrolle: Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955–1978, Wiesbaden 2008.
47 Susanne Meinl, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000.
48 Harry R. Borowsky, A Hollow Threat: Strategic Airpower and Containment before Korea, Westport CT 1982.
49 James Bamford, Body of Secrets: Anatomy of the Ultra-Secret National Security Agency from the Cold War to the Dawn of A New Century, New York 2001.
50 Aldrich, Hidden Hand, S. 521ff.
51 Aldrich, Hidden Hand, S. 213.
52 Stephen Dorril, MI-6: Fifty Years of Special Operations, London 2000.
53 Richard Aldrich, «British Intelligence and the Anglo-American Special Relationship during the Cold War», in: Review of International Studies, 24, 1998, S. 339–340.
54 David Stafford, Spies beneath Berlin, rev. ed., London 2002, S. 14ff.
55 Andrew/Gordievsky, KGB, S. 367ff.
56 David E. Murphy/S.A.Kondrashev/George Bailey, Battleground Berlin: CIA vs KGB in the Cold War, New Haven CT 1997; zur britischen Seite siehe Nigel West, At Her Majesty's Secret Service: The Chiefs of Britain's Intelligence Agency, MI-6, London 2006, S. 73–77.
57 Simon Duke/Wolfgang Krieger (Hrsg.), US Military Forces in Europe: The Early Years 1945–1970, Boulder CO 1993; Chalmers Johnson, Nemesis: The Last Days of the American Republic, New York 2008, S. 137ff.
58 Martin Rudner, «Canada's Communications Security Establishment: From the Cold War to Globalization», in: Intelligence and National Security, 16/1, 2001.
59 Jerrold Schecter/Leona Schecter, Sacred Secrets: How Soviet Intelligence Operations Changed American History, Washington DC 2003; Allen Weinstein/Alexander Vassiliev, The Haunted Wood: Soviet Espionage in America. The Stalin Era, New York 1999.

60 John E. Haynes/Harvey Klehr, Early Cold War Spies: The Espionage Trials that Shaped American Politics, New York 2007; John E. Haynes/Harvey Klehr, In Denial: Historians, Communism, and Espionage. New York 2002.
61 Er mußte neun Jahre absitzen und wurde 1959 nach Ostberlin ausgetauscht.
62 West, At Her Majesty's, S. 62.
63 Aldrich, Hidden Hand, S. 421ff.
64 Andrew, For the President's, S. 156.
65 Der DNI ist ein im Zuge der Geheimdienstreformen von 2004 geschaffener Posten. Bis dahin fiel diese Aufgabe an den Direktor der CIA, der zugleich Geheimdienstberater (DCI) des Präsidenten war.
66 Andrew, For the President's, S. 161–163; James Bamford, Body of Secrets: Anatomy of the Ultra-Secret National Security Agency, New York 2007. Die ASA wurde 1952 zur National Security Agency und ist heute einer der großen technischen Geheimdienste der USA. Sie untersteht dem Pentagon.
67 National Security Act of 1947, sec. 103 (im Internet leicht auffindbar).
68 Michael Warner (Hrsg.), The CIA under Harry Truman, Washington DC 1994, S. 173ff.
69 United States Senate, Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence (Church Committee), Final Report, book 4, S. 28–29.
70 Jeffrey T. Richelson, Spying on the Bomb: American Nuclear Intelligence from Nazi Germany to Iran and North Korea, New York 2006, S. 67ff.; Michael Goodman, Spying on the Nuclear Bear: Anglo-American Intelligence and the Soviet Bomb, Stanford 2007.
71 Richelson, Spying, S. 76.
72 Richelson, Spying, S. 93.

8. Verdeckte Operationen, Spionage, Analyse

1 Rolf Steininger, Der vergessene Krieg. Korea 1950–1953, München 2006, S. 66ff.
2 Tim Weiner, Legacy of Ashes: The History of the CIA, New York 2007, S. 57.
3 Weiner, Legacy, pp. 49–58; Andrew, For the President's, S. 184ff.; Prados, Safe for Democracy, S. 78–96.
4 Weiner, Legacy, S. 33.
5 Sigurd Hess, «Die Schnellbootgruppe Klose und der British Baltic Fishery Protection Service (BBFPS)», in: Marineforum, H. 3/4, 2001.
6 West, At Her Majesty's, S. 70ff.; Prados, Safe for Democracy, S. 52–57.
7 Ted Morgan, A Covert Life: Jay Lovestone. Communist, Anti-Communist & Spy-master, New York 1999.
8 Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998; Frances Stonor Saunders, Wer die Zeche zahlt. Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001; Michel Winock, Le Siècle des intellectuels, Paris 1999; Giles Scott-Smith/Hans Krabbendam (Hrsg.), The Cultural Cold War in Western Europe 1945–1960, London 2003.
9 Gene Sosin, Sparks of Liberty: an Insider's Memoir of Radio Liberty, University Park PA 1999; Sig Mickelson, America's Other Voice: the Story of Radio Free Europe and Radio Liberty, New York 1983.
10 Csaba Bekes/Malcolm Byrne/Janos Rainer (Hrsg.), The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents, Prague 2003; Charles Gati, Failed Illusions: Moscow, Washington, Budapest, and the 1956 Hungarian Revolt, Stanford CA 2006; Paul Lendvai, Der Ungarnaufstand 1956 – eine Revolution und ihre Folgen, München 2006.
11 James Wood, History of International Broadcasting, 2 Bde., Stevenage 1992/2000.
12 Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, The World Was Going Our Way. The KGB and the Battle for

the Third World, New York 2005, S. 9.
13 Andrew/Mitrokhin, The World, S. 10–11.
14 Andrew/Mitrokhin, The World, S. 13.
15 Andrew/Mitrokhin, The World, S. 169.
16 Eine interne CIA-Geschichte der Operation AJAX ist im Internet verfügbar - http://web.payk.net/politics/cia-docs/published/one-main/main.html; Stephen Kinzer, Overthrow: America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq, New York 2007.
17 Department of State (Hrsg.), Foreign Relations of the United States (Abk. FRUS) 1950–1955, The Intelligence Community, Washington DC 2007, S. 542–561.
18 Die genannten NSC-Dokumente finden sich in: FRUS Intelligence Community 1950–1955, S. 475–478, 746–749.
19 Prados, Safe for Democracy, S. 288.
20 Andrew/Mitrokhin, The World, S. 403.
21 Andrew/Mitrokhin, The World, S. 407.
22 Robert Gates, From the Shadows: The Ultimate Insider's Story of Five Presidents and How They Won the Cold War, New York 1996, S. 131.
23 Muhammad Yousaf, Afghanistan: The Bear Trap, London 1992. Der Autor war im pakistanischen Geheimdienst für diese Lieferungen zuständig.
24 Jerrold L. Schechter/Peter S. Deriabin, The Spy Who Saved the World, London 1992; Matthias Uhl/Dimitrij N. Filippovych, Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, München 2004.
25 Milt Bearden/James Risen, The Main Enemy: The Inside Story of the CIA's Final Showdown with the KGB, New York 2003, S. 193–195.
26 Benjamin B. Fischer, A Cold War Conundrum: The 1983 Soviet War Scare, online-Veröffentlichung der CIA, -https://www.cia.gov/library/center-for-the-study-of-intelligence/csi-publications/books-and-monographs/a-cold-war-conundrum/source.htm.
28 West, Her Majesty's, S. 205ff.
29 Faure, Aux Services, S. 366ff.
30 Nosenko lebte bis zu seinem Tod im August 2008 unter einer neuen Identität in den USA.
31 Richelson, Century, S. 261–262.
32 Richelson, Century, S. 302
33 Stephen I. Schwartz, Atomic Audit: The Cost and Consequences of U.S.Nuclear Weapons since 1940, Washington DC 1998.
34 Donald Steury (Hrsg.), Intentions and Capabilities: Estimates on Soviet Strategic Forces, 1950–1983, Washington DC 1996.
35 Eine Auswahl der Originaldokumente findet sich in: Steury, Intentions and Capabilities.
36 Review of Intelligence on Weapons of Mass Destruction (Butler Committee Report), London 2004; The 9/11 Commission Report: Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, Washington DC 2004. Beide Berichte sind im Internet leicht auffindbar.

9. Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen bei den Geheimdiensten und die begrenzten Möglichkeiten der politischen Kontrolle

1 Als klassischer Fall gilt der SALT-II-Vertrag von 1979, der erstmals explizit eine gegenseitige Satellitenüberwachung der Rüstungskontrollvereinbarungen vorsah.
2 Wolfgang Krieger, Fehlbare Staatsgewalt: Verstöße von Polizei und Geheimdiensten gegen ethische Normen in der Geschichte demokratischer Staaten, Manuskript, erscheint in einem von Ulrike Poppe

und Wolbert Smidt herausgegebenen Sammelband im LIT-Verlag Münster. Deshalb unterbleiben hier detaillierte Hinweise.

3 Prados, Safe for Democracy, S. 431–466; Jeffreys-Jones, FBI, S. 160ff.

4 Frederick A. O. Schwartz Jr, «The Church Committee and a New Era of Intelligence Oversight», in: Intelligence and National Security, 22/2, 2007; Harry Howe Ransom, «A Half-Century of Spy-Watching», in: Loch K. Johnson (Hrsg.), Strategic Intelligence, vol. 5: Intelligence and Accountability, Boulder CO 2007. Michael Warner/J. Kenneth MacDonald, US Intelligence Community Reform Studies since 1947, Washington, DC 2005. Den genannten CIA-Bericht findet man auf der Internetseite der CIA – https://www.cia.gov/library/center-for-the-study-of-intelligence/index.html – unter dem Stichwort «family jewels».

5 Zum Beispiel wollte die Öffentlichkeit ungern zur Kenntnis nehmen, daß der ehemalige Justizminister Robert Kennedy persönlich die Planung des Castro-Mordes beaufsichtigte und einen Lauschangriff auf Martin Luther King anordnete, dann aber vor Kongreßausschüssen diese Verstrickung ableugnete. Kennedy blieb gleichwohl eine Ikone der politischen Linken.

6 Schwartz, Church Committee, S. 290.

7 Douglas Valentine, The Phoenix Program, New York 1990; Ralph McGehee, Deadly Deceits: My 25 Years in the CIA, New York 1983.

8 Jane Mayer, «Outsourcing Torture: The Secret History of America's Extraordinary Rendition) Program», in: The New Yorker vom 14.2.2005; Stephen Grey, Ghost Plane: The True Story of the CIA Rendition and Torture Program, London 2006; zu den Auseinandersetzungen innerhalb der CIA siehe Mark Mazzetti/Scott Shane, «Watchdog of CIA Is Subject of CIA Inquiry», New York Times vom 11.10.2007.

9 Charles Cogan, «Hunters not Gatherers: Intelligence in the Twenty-First Century», in: L.V.Scott/P.D.Jackson (Hrsg.), Unterstanding Intelligence in the Twenty-First Century: Journeys in Shadows, London 2004.

10 David Anderson, Histories of the Hanged: Britain's Dirty War in Kenya and the End of Empire, London 2005.

11 Leon Comber, «The Malayan Special Branch on the Malayan-Thai Frontier during the Malayan Emergency», in: Intelligence and National Security, 21/1, 2006; Aid-rich, Hidden Hand, S. 494–518.

12 David Ormand, «Ethical Guidelines for Using Secret Intelligence for Public Security», in: Cambridge Review of International Affairs, 19/4, 2006; Greg Harkin/Martin Ingram, Stakeknife: Britain's Secret Agents in Ireland, London 2005.

13 Betroffen war das Gebiet, welches heute Laos, Kampuchea (Kambodscha) und Vietnam umfaßt. Siehe dazu Philippe Franchini, Les mensonges de la guerre d'Indochine, Paris 2005; Alain Vincent, Indochine. La guerre oubliée, Paris 2007.

14 In seinem wiederaufgelegten, mit einem aktuellen Vorwort versehenen Klassiker A Savage War of Peace: Algeria 1954–1962, London 2006 (zuerst 1977) beschreibt Alistair Horne die schrittweise Brutalisierung des Krieges, welche auf französischer Seite großenteils aus der Hilflosigkeit der politischen und militärischen Führung gegenüber dieser ungewöhnlichen Kriegführung des Gegners resultierte.

15 Le Monde vom 3.5.2001; Aussaresses, Services spéciaux.

16 Alain Dewerpe, Charonne, 8 février 1962, Anthropologie d'un massacre d'État, Paris 2006.

17 Gérard Boulanger, Papon, un intrus dans la République, Paris 1997.

18 Maurice Vaisse, «Die «Rainbow Warrior»-Affäre», in: Krieger, Geheimdienste.

19 Jean-Marie Pontaut/Jérome Dupuis, Les oreilles du Président, Paris 1996.

20 Michael Bar-Zohar/Eitan Haber, Rache für München. Terroristen im Visier des Mossad, Düsseldorf 2006.

21 Ian Black/Benny Morris, Israel's Secret Wars: A History of Israel's Intelligence Services, London 1991, S. 409.

22 Markus Metz, «Gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenhaß», in: Einsichten und Perspektiven – Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Heft 2, 2007.

23 Dazu insgesamt: Daniel Strauß, Zur Nachkriegsgeschichte der Sinti und Roma in Deutschland, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Zwischen Romantisierung und Rassismus: Sinti und Roma 600 Jahre in Deutschland (1998), S. 26–36; Herbert Uerlings/Iulia-Karin Patrut (Hrsg.), Zigeuner und Nation (2008).
24 Hans Eller, Georg Geyer, August Wutz und Joseph Eichberger.
25 Erich Schneeberger, Vortrag zur Geschichte der deutschen Sinti und Roma, 18.11.2006, Manuskript im Internet – http://www.isfbb.de/download/HomepageSchnee-berger.pdf.
26 Frankreich richtete jedoch 1991 ein spezielles Verfahren zur Kontrolle für Tele-phonüberwachungen ein. 2002 folgte eine Regelungen zur Aufsicht über geheime Finanzmittel.
27 Loch K. Johnson, «Lawmakers and Spies: Congressional Oversight of Intelligence in the United States», in: Wolbert Smidt u.a. (Hrsg.), Geheimhaltung und Transparenz: demokratische Kontrolle der Geheimdienste im internationalen Vergleich, Münster 2007; Wolfgang Krieger, «Die demokratische Kontrolle von Nachrichtendiensten im internationalen Vergleich», in: Thomas Jäger/Anna Daun (Hrsg.), Geheimdienste in Europa: Transformation, Kooperation, Kontrolle, Wiesbaden 2009 (mit ausführlichen Nachweisen der Spezialliteratur).
28 David Ormand, «Can We Have the Pleasure of the Grin Without Seeing the Cat? Must the Effectiveness of Secret Agencies Inevitably Fade on Exposure to the Light?», in: Intelligence and National Security, 23/5, 2008.

10. Geheimdienste, Internet und *cyber warfare* – ein kurzer Ausblick

1 Matthew M. Aid, Intel Wars: The Secret History of the Fight against Terror, New York 2012, S. 53ff.
2 Gerhard Schmid, Abhören in der Premiumklasse, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (7/2014); weitere Literaturhinweise siehe oben S. 349f.
3 Colin S. Gray, Making Strategic Sense of Cyber Power: Why the Sky Is Not Falling, Carlisle PA 2013.
4 https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/60961/uk-cyber-security-strategy-final.pdf
5 «Cyberguerre: nos armes informatiques sont opérationnelles», *Le Point*, 29.1.2014; Michel Baud, Cyberguerre – en quête d'une stratégie, Paris 2013.
6 Bundesministerium des Inneren, Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland, Berlin 2011.

1. Auflage in der beck'schen Reihe. 2009
2., durchgesehene Auflage. 2010

3., aktualisierte und erweiterte Auflage in C.H.Paperback. 2014
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2009
Umschlaggestaltung: malsyteufel, Willich
Umschlagabbildung: Carl-W. Röhrig, „The World of the Agent", mixed media on card,
© akg-images/Carl-W. Röhrig
ISBN Buch 978 3 406 66784 8
ISBN eBook 978 3 406 66785 5

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel sowie versandkostenfrei auf unserer Website
www.chbeck.de.
Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere Informationen.

www.LuL.to

Inhaltsverzeichnis

Titel 2
Zum Buch 3
Über den Autor 4
Inhalt 5
Vorwort 8
1 WIE UND WOZU STUDIERT MAN DIE GESCHICHTE DER GEHEIMDIENSTE? 13
2 GEHEIMDIENSTLICHE TÄTIGKEIT IN DER POLITISCHEN VORMODERNE 19
Alexander der Große 24
Rom – ein Großreich ohne Geheimdienst? 27
Byzantinische Weltpolitik und ihre Geheimdienste 38
Die arabisch-muslimische Expansion 45
Die Herausforderung Asiens 48
Geheimdienstliches in politischen und religiösen Schriften 52
Schrift und Geheimschrift 61
3 NEUE GEGNER: RELIGIÖSE, REVOLUTIONÄRE, KONTERREVOLUTIONÄRE UND NATIONALE KRÄFTE 66
Erbfolgekriege zwischen Frankreich und England 68
Francis Walsingham als Geheimdienstchef 73
Spionage und Diplomatie 77
Geheimdienst und innere Sicherheit 82
Frankreichs erster bürokratischer Geheimdienst 85
Die Amerikanische Revolution 88
Die Französische Revolution 96
Napoléon Bonaparte 102
4 GROSSMÄCHTEPOLITIK UND REVOLUTIONSFURCHT 112
Die Professionalisierung von Polizei und Inlandsgeheimdiensten 117
Generalstab und Geheimdienst 122
«Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse …» 125

Der Militärattaché 128
Der lange Weg zum Geheimdienstoffizier 131
Großmacht gegen Großmacht 134
Alfred Redl 138
Der mißbrauchte Patriot 141
5 MODERNE BÜROKRATISCHE UND TECHNOLOGIEBASIERTE GEHEIMDIENSTE SEIT 1900 145
Großmächtepoker und Geheimdienstamateure 149
Demokratie und Spionitis 155
Geheimschutz zur Spionageabwehr 160
Die Kommunikationsrevolution 163
Der Erste Weltkrieg 168
Geheimdienste auf dem Schlachtfeld 172
Neutrale Staaten als Operationsgebiet 177
Lenin und die Folgen 182
6 VIER GEGNER IM 20. JAHRHUNDERT: KOMMUNISTEN, FASCHISTEN/NATIONALSOZIALISTEN, KAPITALISTEN UND «TERRORISTEN» DER DRITTEN WELT 186
Die Repression in der jungen Sowjetunion 187
Die frühen sowjetischen Auslandsoperationen 189
Der Weg zur Diktatur Stalins 194
Die erste Blüte der sowjetischen Auslandsspionage 196
Stalins «Säuberungen» 203
Stalins mißachtete Auslandsspionage 207
Pearl Harbor 211
Die USA ohne Geheimdienste? 215
Das OSS im Kriegseinsatz 223
Der Einsatz gegen Hitlers Deutschland 228
Die deutschen Geheimdienste im Nationalsozialismus 232
Die Alliierten und der deutsche Widerstand 238
Die Funkentschlüsselung 243
7 DER KRIEG DER GEHEIMDIENSTE IM KALTEN KRIEG 249
Anpassung in der Sowjetunion 251

Das zerrissene Frankreich 256
Ein deutscher Geheimdienst der besonderen Art 262
Eine spezielle Geheimdienstallianz 273
Der Schock der sowjetischen Spionage 277
Das neue amerikanische Geheimdienstimperium 281
8 VERDECKTE OPERATIONEN, SPIONAGE, ANALYSE 290
Verdeckte Operationen in Europa 294
Geheimdienstkriege in der Dritten Welt 299
Die großen Spione und Verräter im Geheimdienstkrieg der Supermächte 310
Geheimdienstinformationen aus technischen Geräten und die Politisierung der Analysen 316
9 MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTSVERLETZUNGEN BEI DEN GEHEIMDIENSTEN UND DIE BEGRENZTEN MÖGLICHKEITEN DER POLITISCHEN KONTROLLE 322
Das amerikanische Beispiel 324
Britische, französische, israelische und deutsche Beispiele 328
Einige grundsätzliche Probleme der Geheimdienstkontrolle 335
10 GEHEIMDIENSTE, INTERNET UND CYBER WARFARE – EIN KURZER AUSBLICK 340
Weiterführende Lektüre 350
Anmerkungen 353
Impressum 370